

Jedem das Seine Gelobt sei was hart mache  
Platz an den Sonne Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hg) TH

Germans to the front Wacht auf, Verdamme dieser Erde Im Felde

unbesiegt, der Dolche erlegen Proletarier aller

Länder Friede der Hütten Am deutschen Wesen soll die Welt genesen Freiheit

Gleichheit Baderlichkeit Pflug

Junkerland Brot und Sattel Werte der Züchtung

scharen Zuckerbrot und Reitsche Fardon wird nicht gegen

ben Niebelungentreue Kanone statt Butter Die Partei hat immer

Recht Wir sind das Volk Kra

durch Freud und Leid der Völker Geht gegen den Völke auf

Blühen die Freiheit und Frieden in der di

Freiheit der Andersdenkenden Führer befiehl, wir folgen dir Da

Gericht der Sieger Wir sind noch mit Arbeit mit, planen

mit, regieren. Sagt die Faschisten

wo ihr sie trefft Den Sozialismus in seinem Lauf ha

ten weder Ochs noch Esel auf Bis zur letzten Patrone und zu

letzten Atemzug Deine Söhne erwache Jedem das Sein

Gelobt sei was Platz an der Sonn

hart mach Wacht auf, Verdammte Freiheit Im Felde unbesiegt, der

Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte

Dolche erlegen Proletarier aller Länder, vereinigt euch Krieg der

Palästen, Friede den Hütten Freiheit ist immer

Wacht auf, Verdammte Freiheit Im Felde unbesiegt, der

Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte

Dolche erlegen Proletarier aller Länder, vereinigt euch Krieg der

Palästen, Friede den Hütten Freiheit ist immer

Wacht auf, Verdammte Freiheit Im Felde unbesiegt, der

Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte

Dolche erlegen Proletarier aller Länder, vereinigt euch Krieg der

Palästen, Friede den Hütten Freiheit ist immer

Wacht auf, Verdammte Freiheit Im Felde unbesiegt, der

Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte

Dolche erlegen Proletarier aller Länder, vereinigt euch Krieg der

Palästen, Friede den Hütten Freiheit ist immer

# SCHLAG WÖRTER

# SCHLACHT RUF

**1 BAND 1**

Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte



Militzke

**Schlagwörter und Schlachtrufe  
Band 1**

Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte

Herausgegeben von

Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker

Militzke Verlag 2002

## VORWORT

In ihren politischen und insbesondere in den sie begleitenden geistigen Auseinandersetzungen nicht anders als in ihren wirtschaftlichen Geschäften kommen die Menschen ohne den Einsatz von Schlagwörtern und Schlachtrufen offenkundig nicht aus. Davon überzeugt jeder nur flüchtige Blick in Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehsendungen oder auf Plakatwände. Es scheint, dass die Verwendung von Parolen, Lösungen, befehlsförmigen Forderungen, altbekannten und eben erfundenen Sprüchen, einprägsamen Wortwendungen aller Art unausgesetzt zunimmt. Sie senden im Grunde nur Signale aus. Sie haben Erklärungen nicht nötig, kommen ohne Begründungen daher, brauchen keine Rechtfertigung. Sie versprechen Nutzen, Vorteil, Gewinn, Annehmlichkeiten für Leib und Geist. Zumeist sind sie kurzlebig und müssen ihrer Wirkung wegen fortwährend ausgetauscht werden.

Was uns auf der Schwelle ins 21. Jahrhundert da begegnet, besitzt eine lange Geschichte. Merkwürdigerweise wurde sie von Historikern bisher nur in Teil- und Bruchstücken beschrieben. Doch auch ohne deren Hilfe, allein aufgrund von Beobachtungen im Alltag der Gegenwart, weiß jeder, dass die Schlagwörter und Schlachtrufe, mit denen Menschen erreicht, ihr Denken beeinflusst, ihre Handlungen ausgelöst und ausgerichtet werden sollen, ganz unterschiedlichen Zwecken dienen und völlig unvereinbare Ziele bezeichnen können. Die einen riefen zur Freiheit, andere zur Unterdrückung. Diese forderten Demokratie, jene den Führer. Frieden war die Parole da, Krieg die Lösung dort. Manch in die Kämpfe der Zeitgenossen gerufenes Wort erlangte Berühmtheit wie das in vielen Ländern aufgenommene „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ der französischen Revolutionäre. So auch die vertonte Liedzeile „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, die Menschen vieler Sprachen gemeinsam zu singen vermochten. Unvergessen und wieder und wieder erneuert sind die Rufe „Die Waffen nieder“ und „Schwerter zu Pflugscharen“.

Doch ebenso leicht findet sich da auch jene andere Linie, die Feindbilder malte und den Krieg verherrlichte. Wie die erste lässt sie sich in der Geschichte vieler Nationen und Völker auffinden. Die [9:] deutsche Geschichte aber erscheint an ihr überreich. „Viel Feind, viel Ehr“, „The Germans to the front“ und „Juda verrecke“ markieren sie und führten auf Wege, die zuerst meist einer Minderheit von Mitmenschen und Millionen Nachbarn jenseits der deutschen Grenzen, dann aber auch den Rufern selbst Unheil und Tod brachten und Schande zudem. Schon eine erste Durchmusterung dieser Begleittexte deutscher Politik wirft viele Fragen auf: Wer waren deren Urheber? Wie wurden die Parolen unter die Leute gebracht? Warum wurde geglaubt, was geglaubt werden sollte? Warum befolgt, was empfohlen oder befohlen worden war? Worin lag das Geheimnis des Wirkens solcher Lösungen? Was war dessen jeweiliges Resultat? Und warum wurde jene Wortwendung über Jahre, mitunter über Generationen im Denken festgehalten, während eine andere mehr oder weniger rasch verloren ging? Die Fragen wie die Antworten führen zu Interessen von Einzelnen und mehr noch von Gruppen, von Schichten und Klassen, von Staaten und Staatenbünden.

Dem Aufkommen, der Verbreitung, der Verwendung und auch dem Verschwinden von Schlagwörtern und Schlachtrufen nachzugehen, heißt durch Tore und Fenster in die Geschichte blicken, die selten geöffnet werden. Dazu laden die Herausgeber und Autoren dieses Bandes ein. Als sie ihre Absicht entwickelten, sahen sie sich, wiewohl das Unternehmen auf die letzten beiden Jahrhunderte deutscher Geschichte beschränkt werden sollte, zuerst einem überreichen Angebot gegenüber. Die Gewichtung fiel nicht immer leicht. Die Auswahl wurde schließlich dadurch mitbestimmt, ob sich für eine Abhandlung eine Autorin oder ein Autor finden ließ. Stoff für irgendeine Art von Fortsetzung ist jedenfalls geblieben.

Zeitlich setzt unser Unternehmen im Jahr 1797 und mit jenem „Üb’ immer Treu und Redlichkeit“ ein, das nahezu anderthalb Jahrhunderte vom Turm der Potsdamer Garnisonskirche und zuletzt noch regelmäßig aus Rundfunkgeräten erklang. Und wir enden mit den hochaktuell gebliebenen Rufen zum Frieden. Doch auf eine chronologische Anlage des Bandes haben wir verzichtet und auch den Gedanken verworfen, nach der Art eines Lexikons das Dargebotene alphabetisch zu ordnen. Das Informative, das besten Nachschlagewerken eignet, wollten wir schon anstreben, es dabei aber doch nicht belassen. Lesevergnügen und – wenn auch vielfach wegen des Gegenstandes schwierig –

Unterhaltungswert sollten hinzukommen. Für eine Vielfalt des Herangehens und der Stile wollten wir uns Raum lassen.

[10:] Damit ist der Kreis der Anregungen schon nahezu erschöpft, welche von den Herausgebern den Autoren zukamen, die wir komplikationslos fanden und für unsere Idee einnehmen konnten. Natürlich musste mit Rücksicht auf die Gestaltung zum Buch eine Obergrenze für die Texte gesetzt werden. Die insgesamt 113 Beiträge, die eine Teilung in zwei Bände notwendig machten und zehn Kapiteln zugeordnet wurden, wodurch Kontinuitäten und auch mehr oder weniger nahe Verwandtschaften hervortreten, sind von 50 Fachleuten verfasst worden. Zu ihnen gehören Historiker verschiedenster Disziplinen, Juristen, Theologen, Philosophen, Politologen, Psychologen und Kollegen, die nach Neigung und Beruf der Kunst so nahe stehen wie der Wissenschaft. Ob das Angebotene auf Bedürfnisse trifft und ihnen gerecht wird, entscheiden nun Leser.

Die Herausgeber wollen am Ende ihres Vorworts nicht verschweigen, dass es ihre Absicht war, die Sinne für Schlagwörter und Schlachtrufe unserer Gegenwart zu schärfen und zu bewirken, dass Menschen ihre Entscheidungen nach eigenen wohlverstandenen Interessen treffen und nicht – wie so oft – nach den verkappten und einprägsam verknappten Ratschlägen von Personen, die sich als ihre Sachwalter nur ausgeben. In diesem Vorsatz wussten wir uns mit den Autoren eins. Deren Biographien begannen übrigens in den alten wie in den neuen Bundesländern, unsere Bekanntschaften sind häufig erstjungen Datums und gediehen dennoch zu einem kollegialen Miteinander. Dank gilt dem Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. sowie dem Leiter und den Mitarbeitern des Verlages, insbesondere seinem Cheflektor Dr. Siegfried Kätzel, für die schon mehrfach erprobte Zusammenarbeit.

*Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker*

Berlin / Jena im Januar 2002

## KAPITEL 1

### FREIHEIT – wovon? DEMOKRATIE – wofür?

*Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden*<sup>1</sup>

*Von Helmut Seidel*

Dieser Satz wurde von Rosa Luxemburg im Frühherbst 1918 geschrieben und zwar hinter Breslauer Gefängnismauern. Sie war in Haft genommen worden nicht deshalb, weil sie ein Verbrechen begangen hatte, sondern weil sie gegen ein riesiges Verbrechen, das Weltkrieg hieß, protestierte und die Täter und ihre Helfershelfer beim Namen nannte. Vordergründig steht der Satz mit ihrer kritischen Analyse der russischen Revolution vom Oktober 1917 im Zusammenhang. Wer aber auf die Sprache zu achten versteht, wird den existentiellen Aufschrei, der in ihm steckt, nicht überhören. Wer mundtot gemacht werden soll, hat das Recht auf derartigen Ausbruch. Nicht zufällig fügte Rosa Luxemburg diesen Satz in das Manuskript ein.

Mit ihm steht sie in der Tradition all jener, die für Gedankenfreiheit stritten.

Dass Denken schlechthin nicht zu unterdrücken sei, wusste nicht nur der ironische Brecht: „Der Mensch hat einen Fehler, er kann denken.“ Schon Spinoza forderte deshalb, dass man nicht nur denken könne, was man will, sondern auch sagen darf, was man denkt. Gedankenfreiheit wohnt nicht im stillen Kämmerlein, sondern ist immer mit dem freien Wort verbunden. Rosa Luxemburg akzentuiert eben deshalb „die Freiheit, sich zu äußern“.<sup>2</sup>

Die Forderung nach Gedankenfreiheit war nie eine abstrakte, in geschichtsloser Luft schwebende, sie war und ist immer historisch-konkret. In der Geschichte – auch in unserer jüngsten, sei es die der DDR oder anderer Länder – war sie vorwiegend gegen jene gerichtet, die ein machtgeschütztes Monopol auf die „absolute Wahrheit“ beanspruchten und daher das Recht zu besitzen glaubten, von der „Wahrheit“ abweichende Meinungen ausgrenzen zu können. Keineswegs zufällig stand sie im Mittelpunkt auch jener denkwürdigen [12:] Demonstration, die am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz stattfand.

Die Geschichte ist prall gefüllt von Beispielen, die vom intoleranten und mörderischen Umgang mit Andersdenkenden zeugen. Sie reichen vom Tod des Sokrates und den Sünden der katholischen Kirche bis zu den Brutalitäten des Faschismus und den „Säuberungen“ Stalins. Die Rechtfertigungsargumente glichen einander immer: Es geschehe dies alles nur, um die Gefahren abzuwenden, die von den „Andersdenkenden“ ausgehen, um den Bestand des Staates, der Kirche oder der Partei zu bewahren.

Dem wurde schon im 17. Jahrhundert ein anderes Argument entgegengesetzt: Nicht die Gedankenfreiheit ruiniere den Staat, es ist ihre Unterdrückung, welche die Gesellschaft gefährdet. Gedankenfreiheit ist eine Bedingung für den Bestand und das Blühen eines Staates. Mit dieser Argumentation stimmte die Demokratie-Auffassung von Rosa Luxemburg überein. Gegen Demokratie-Defizite wandte sie ein: „Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die

<sup>1</sup> Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1979, S. 359, Anmerkung 3

<sup>2</sup> In einer textkritischen, sich an den Editionsprinzipien der neuen MEGA orientierenden Ausgabe des unvollendet gebliebenen Breslauer Gefängnismanuskriptes zur russischen Revolution wird Rosa Luxemburgs Satz so wiedergegeben: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden, sich zu äußern.“ Anneliese Laschitzka polemisiert gegen diese Fassung, weil sie in dem Nebensatz eine Einschränkung sieht. Ich denke, dass es sich hier nicht um eine Einschränkung, sondern um eine Konkretisierung handelt. Eine Interpretation des Satzes in der Form, wie er in der Überschrift angegeben wurde- die sowieso nicht aus der Welt zu schaffen ist – sollte jedoch den Nebensatz berücksichtigen.

Siehe Rosa Luxemburgs Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution – Textkritische Ausgabe. Editorisches Probestück von Caedyn Kühne, Silvia Fiedler, Peter Möbius und Frank Andert. In Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 2/2001, Rosa-Luxemburg Stiftung Sachsen e. V. Hg. v. Klaus Kinner/Manfred Neubaus, Leipzig 2001, S. 34 und Annelies Laschitzka: Bemerkungen zum Probestück, ebenda, Anhang, S. 2 f.

lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums absperrt.“<sup>3</sup> Von dieser Position aus unterwarf sie die Politik der Bolschewiki nach der Oktoberrevolution von 1917 einer kritischen Analyse. Die Einschränkung der Demokratie hemmte nach ihrer Auffassung den Fortschritt des revolutionären Prozesses, lähmte das „pulsierende Leben“ und führte zu Erstarrungen.<sup>4</sup> „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Pressefreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.“<sup>5</sup> Die Geschichte, die das „Weltgerichte“ ist, hat diese Befürchtungen bestätigt.

Rosa Luxemburgs Satz kann rechtens keineswegs für einen auf den Marktfetischismus heruntergekommenen Liberalismus in Anspruch genommen werden. Die Helden der Aufklärung wussten sehr wohl, gegen wen sich ihre Forderung nach Gedankenfreiheit richtete. „Zurückforderung der Denkfreiheit von den Fürsten Europas, die sie bisher unterdrückten“ heißt der Titel einer Schrift von Johann Gottlieb Fichte, die im Jahre 1793 erschien. Rosa Luxemburg wusste ebenfalls, gegen wen sich ihr Satz richtete. Und sie war so konsequent, dass sie auch die Unterdrückung der Denkfreiheit in den eigenen Reihen anprangerte. Doch redete die Revolutionärin mit ihrem Satz keineswegs der gegenwärtig stark grassierenden Beliebigkeit das [13:] Wort. Gedankenfreiheit war für sie mit dem Streben nach Wahrheit im Bunde, ein Streben, das die Möglichkeit des Irrtums nicht ausschließt. Denkfreiheit ist daher immer auch Freiheit für irrendes Denken. Aber der Irrtum unterscheidet sich radikal von der Lüge. Freiheit für lügnerisches Denken wird hier nicht gefordert. Aber eben weil *errare humanum est* gilt, ist die freie geistige Auseinandersetzung, die in keiner Weise eingeschränkt werden darf, ein notwendiges Moment jeglichen Fortschritts. In dieser Auseinandersetzung ist argumentativ Position zu beziehen. Denkfreiheit heißt nicht, sich gleichgültig gegenüber dem Lauf der Denkprozesse und Dinge zu verhalten.

Denkfreiheit bedeutet deshalb Freiheit der Kritik. Wo kritisches Denken unterdrückt wird, dort ist keine Gedankenfreiheit. Allerdings ist kritisches Denken nicht eindimensional. Eine schematische Einteilung in diejenigen, die kritisieren dürfen, und in jene, deren Handlungen und Denken kritisiert werden, ist der Tod aller Geistesfreiheit und Demokratie. Kant, der sein Zeitalter als das der Kritik bezeichnete, forderte deshalb „Öffentliche Prüfung“ aller menschlichen Verhältnisse. Diese muss gewährleistet sein, wenn Denkfreiheit blühen soll.

Sich in diesen kritischen Prüfungsprozess durch selbstständiges Denken einzuschalten, sich im Streit eindeutig festzulegen, also Partei zu ergreifen, ist Aufgabe des *Citoyen*. Dass Rosa Luxemburg dieser Anforderung gerecht wurde, dokumentiert ihr ganzes kämpferisches Leben.

Ein Grundsatz des Philosophen Ernst Bloch, der ein großer Verehrer von Rosa Luxemburg war, lautet: Denken heißt überschreiten. Kritik bleibt im Skeptizismus nicht stecken. Kritik blickt zwar auch nach rückwärts, weil geschichtliche Erfahrungen verarbeitet werden müssen. Vor allem aber tendiert sie nach vorn, verbleibt nicht im Rahmen des *status quo*, zielt auf Veränderung. Freiheit des Denkens impliziert deshalb überschreitendes, Fortschritt förderndes Denken.

[14:] Im Denken wird Interessen ideeller Ausdruck verliehen. Da es aber bekanntlich nicht nur übereinstimmende Interessen gibt, sondern unterschiedliche und gegensätzliche, ist geistige Auseinandersetzung ein Merkmal menschlicher Kultur. Daher hat Rosa Luxemburg stets den Streit der Meinungen gesucht und gegen Einschränkungen, von welcher Seite sie auch kamen, protestiert. Es ist kein Zweifel, dass sie vor allem die Interessen jener vertrat, denen die Schätze der Denkkultur durch die bestehenden Verhältnisse verwehrt wurden, die also in besonderer Weise Freiheit des Denkens bedurften.

Im letzten Jahrzehnt ist wohl kaum ein Satz von unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Positionen aus in zustimmender Weise zitiert worden als der hier behandelte. Dass sich die nach Erneuerung strebende sozialistische Bewegung bei der erneut geistigen Durcharbeitung ihrer Geschichte auf ihn beruft, ist verständlich. Weniger verständlich war, dass sich auch der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl auf ihn berief.

<sup>3</sup> Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke, a. a. O., S. 360.

<sup>4</sup> Siehe Helmut Seidel: Lob des freien Gedanken. In: Neues Deutschland vom 13./14.10.2001, S. 20.

<sup>5</sup> Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke, a. a. O., S. 362.

Mehr als eine Unverschämtheit aber war es, dass ein Abgeordneter der Deutschen Volks-Union im sächsisch-anhaltinischen Landtag ausgerechnet Rosa Luxemburg anrief, um Freiheit für rechtsextremistisches Gedankengut zu fordern. Letztgenannte – aber leider nicht nur sie – kennen von Rosa Luxemburg offensichtlich nur diesen einen Satz. Die ihn aus dem Gedankenzusammenhang reißen, wollen ihn für beliebigen Gebrauch nutzen, der in Wirklichkeit Missbrauch ist. Dem wäre das Hegel-Wort entgegenzustellen, dass nur das Ganze, das freilich Widersprüche einschließt, das Wahre sei. So heißt den Satz Rosa Luxemburgs verteidigen, allerdings auch, sich dagegen zu wenden, dass er in ein Abstraktum verwandet und seiner Substanz beraubt wird. Er widerspricht nicht ihrer Denkweise, sondern ist Ausdruck derselben.

## ***Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit***

*Von Reinhard Kühnl*

I. Mit diesem Dreigestirn der Trikolore verkündete die Französische Revolution den Anbruch einer neuen Epoche der Menschheitsgeschichte.

[15:] Sicherlich: Der konkrete Schauplatz der Neugestaltung war – zunächst – begrenzt auf Frankreich. Doch der Adressat der Botschaft war die gesamte Menschheit.

Sicherlich: Da gab es mancherlei politische Vorläufer in Gestalt der bürgerlichen Revolutionen in Holland, in England und in den USA. Doch erst die Französische Revolution verband die Verfassungsprinzipien des aufsteigenden Bürgertums konsequent mit der Deklaration der allgemeinen Menschenrechte, mit den Prinzipien der Gleichheit der Rechte und der Universalität dieser Rechte: gleiche Rechte für alle Menschen.

Sicherlich: Die geistige Vorarbeit reicht zurück bis zur antiken griechischen und römischen Philosophie und zu den Lehren des Urchristentums. Die Stoa lehrte die Einheit des Menschengeschlechts, und das Christentum lehrte die Seelen-Gleichheit der Menschen vor Gott. Doch erst die Französische Revolution griff diese Ideen auf als politisches Projekt zur gezielten Umgestaltung der Welt.

II. Mit der Verkündung von *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* war nun zwar eine allgemeine Richtung angegeben, in welcher die Welt verändert werden sollte. Aber es war noch keineswegs geklärt, was die drei Worte denn konkret zu bedeuten hatten und in welcher Beziehung sie zueinander stehen sollten. Politische Differenzen brachen denn auch sofort auf, denen Interessengegensätze zugrunde lagen. Diese strukturierten die Herausbildung der großen politisch-sozialen Bewegungen – der Liberalen, der Demokraten und der Sozialisten – im 19. Jahrhundert und bestimmen die zentralen politischen Kontroversen bis zum heutigen Tag.

Schon die Frage, ob diese drei Forderungen überhaupt zusammenpassen, wurde alsbald von den oberen Klassen und den liberalkonservativen Philosophen mit „nein“ beantwortet: Wer *Freiheit* verlange, negiere damit jede Forderung nach *Gleichheit*, falls diese hinausgehe über die *Gleichheit* vor dem Gesetz. Und wer *Gleichheit* verlange, sei von vornherein ein Feind der *Freiheit*. Im Gefolge des Zusammenbruchs des sozialistischen Staatensystems und des Aufschwungs des Neoliberalismus konnte diese Interpretation jetzt sogar wieder eine dominante Stellung erlangen.

III. Es ist also notwendig, die sozialen, politischen und geistigen Konfliktlinien genauer zu betrachten, um den realen und den potentiellen Gehalt der Formeln *Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit* [16:] bestimmen zu können. Zu bedenken ist, dass in allen zentralen Deklarationen der Französischen Revolution ein viertes Prinzip schon präsent ist, nämlich *Privateigentum*. So folgt in der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte, verabschiedet von der Nationalversammlung am 26. August 1789, gleich nach der Erklärung des Artikels 1 „Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten“ die Auflistung dieser „natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte“: Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung (Artikel 2). Und der Artikel 17 fügt noch hinzu, dass „das Eigentum ein unverletzliches und heiliges Recht ist“.

Von diesem „heiligen Recht“ war nun aber schon zum Zeitpunkt dieser Deklaration die Mehrheit ausgeschlossen, die aus Eigentumslosen bestand. Das konnte nicht gänzlich ignoriert werden. So heißt es schon im Artikel 1 einschränkend: „Soziale Unterschiede dürfen nur im gemeinen Nutzen begründet sein. „Und der Artikel 4 betont, dass „die Ausübung der Rechte“ ihre Grenze habe, um „den anderen Gliedern der Gesellschaft den Genuss der gleichen Rechte zu sichern“. Die vom linken Flügel der Revolution, den Jakobinern, dominierte Verfassung von 1793 nennt dann als „natürliche und unveräußerliche Rechte“: „Gleichheit, Freiheit, Sicherheit, Eigentum“ (Artikel 2) und fügt hinzu: „Das Recht auf Eigentum ist das, das jedem Bürger erlaubt, seine Güter, seine Einkünfte, den Ertrag seiner Arbeit und seines Fleißes zu genießen“ (Artikel 16). Und „die gesellschaftliche Bürgschaft“ bestehe darin, „einem Jeden die Mittel“ für sein Dasein zu sichern, einschließlich des Zugangs zum Unterricht für alle (Artikel 21, 22).

Das Recht auf Eigentum zu begründen als das Recht, die Früchte der eigenen Arbeit zu genießen, ebenso wie die Forderung der Sansculotten (2. September 1793), „es soll ein Maximum für Vermögen festgesetzt werden“ und „ein Bürger soll nicht mehr als eine Werkstatt oder einen Laden besitzen dürfen“, zeigen anschaulich auf, dass die bald einsetzende rasante Konzentration des Kapitals und die Enteignung der Kleineigentümer noch nicht in voller Wucht erfahrbar, wohl aber als Befürchtung schon präsent waren.

IV. *Freiheit*, darüber bestand und besteht Einigkeit, bedeutet Abwesenheit von Unterdrückung und Zwang, damals also die Aufhebung der feudalen Abhängigkeit der Bauern und der Bevormundung des Bürgertums durch den monarchischen Staat. Handlungs-[17:]freiheit, philosophisch gesprochen der Modus des menschlichen Verhaltens gegenüber objektiv-realer Möglichkeit, konkret: die *Freiheit*, das eigene Leben zu gestalten, konnte daraus freilich nur dann erwachsen, wenn auch ökonomische Abhängigkeit aufgehoben war. Und die *Freiheit*, nicht nur das eigene individuelle Leben zu gestalten, sondern das der gesamten Gesellschaft gemäß den Prinzipien der Menschenrechte, also Selbstbestimmung zur Geschichtsbestimmung zu steigern, konnte nur gelingen, wenn der Volkssouverän auch die Eigentumsverfassung frei gestalten konnte. In diesem Sinn bedeutet *Freiheit* also die Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse, die den Menschen als fremde Macht, als Sachzwang, als Schicksal gegenüberstehen. Beides war nun aber mit der „Heiligkeit“ des Privateigentums unvereinbar.

Dies war die Linie, die die Besitzenden von den eigentumslosen Klassen, die Liberalen von den Sozialisten in der Frage, was *Freiheit* bedeute, alsbald trennte. Wie man sieht, reicht diese Differenz auch in die Demokratiedebatte hinein, denn sie betrifft die Frage, was der Volkssouverän darf oder nicht darf. (Beispielsweise hat sich in der Bundesrepublik Deutschland – entgegen dem Wortlaut der Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes – als herrschende Demokratie-Interpretation herausgebildet, dass die materiellen Grundlagen der Gesellschaft dem Zugriff des Volkssouveräns entzogen sind.<sup>1</sup>

V. Auch in der Frage der *Gleichheit* gab (und gibt) es eine, freilich schmale gemeinsame Basis – mindestens zwischen denen, die die allgemeinen Prinzipien der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte akzeptieren. (Außerhalb stehen freilich alle, die die *Gleichheit* der Rechte prinzipiell bekämpfen und die naturgegebene und unaufhebbare Unterschiedlichkeit und unterschiedliche Wertigkeit der Völker, der Rassen, der Klassen und der Geschlechter behaupten. Außerhalb stehen also alle, die zur extremen Rechten gehören.) Das Bürgertum hatte rechtliche *Gleichheit* gegenüber dem Adelstand, die Bauernschaft gegenüber den Grundherren verlangt.

Dieses Minimum ist die *Gleichheit* aller Bürger vor dem Gesetz. Dieser Grundsatz, der die bürgerliche Gesellschaft prinzipiell von allen die Unterschiedlichkeit der Rechte betonenden Stände- und Kastengesellschaften unterscheidet, war jedoch keineswegs von Anfang an unumstritten. Dass diese *Gleichheit* auch für die Frauen gelten könnte, schien selbst der Mehrheit der Revolutionäre ein abwegiger Gedanke. Und in der Tat konnte sie bis in die 2. Hälfte des [18:] 20. Jahrhunderts hinein – trotz aller schönen Bekundungen in den Verfassungen – in der bürgerlichen Gesellschaft nicht voll durchgesetzt werden.

Noch viel heftiger war der Protest dagegen, auch den schwarzen Sklaven die gleichen Rechte vor dem Gesetz wie den Weißen zu konzedieren. Denn hier standen enorme Ausbeutungsmöglichkeiten und hier stand die freie Verfügung über das Privateigentum auf dem Spiel – hatte man doch diese Sklaven „ordnungsgemäß gekauft“. Die Jakobinerregierung der Französischen Republik musste Kriegsschiffe ausrüsten, um die Sklavenbefreiung gegen den Willen der französischen Plantagenbesitzer in der Karibik durchzusetzen. Und die Regierung Napoleon hat 1801 denn auch, trotz der allgemeinen Aufrechterhaltung der *Gleichheit* der Bürger vor dem Gesetz in Frankreich, die befreiten und kämpfenden Sklaven durch französisches Militär niedergeworfen und die Sklaverei wiederhergestellt.

---

<sup>1</sup> Siehe Reinhard Kühnl: „Demokratie“- Zur Vieldeutigkeit eines Allerweltsbegriffs. In: Dorothee Wolf u. a. (Hg.): Auf der Suche nach dem Kompass, Köln 1999, S. 139-154.

Die Machthaber in den USA sahen überhaupt kein Problem darin, trotz der schönen Menschenrechtsklärung in ihrer Verfassung Millionen von Schwarzen in der Sklaverei zu halten. Sie vertraten – getragen auch von ihrer Justiz – bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Auffassung, dass die Menschenrechte sich eben nur auf Menschen beziehen, dass die schwarzen Sklaven aber – rechtlich gesehen – analog zu Tieren zu behandeln seien. Und auch nach der Abschaffung der Sklaverei im Gefolge des Bürgerkrieges von 1865 dauerte es noch über 100 Jahre, bis die *Gleichheit* der Schwarzen vor dem Gesetz allmählich – und bis heute keineswegs vollständig – realisiert wurde.

Die heftigsten – und bis heute anhaltenden – Kämpfe aber entstanden aus dem Anspruch der eigen-  
tumslosen und arbeitenden Klassen, das Prinzip der *Gleichheit* sowohl auf die politische Willensbildung wie auf die sozialen Verhältnisse auszudehnen. Während in einer Reihe von Ländern der Kampf um das allgemeine Wahlrecht im Gefolge der Revolutionen nach dem Ersten Weltkrieg sowohl für die arbeitenden Klassen wie für die Frauen erfolgreich beendet werden konnte, blieb die Forderung nach politischer Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung auf soziale *Gleichheit* die Kontroverse, die einen Hauptinhalt der Kämpfe des gesamten 20. Jahrhunderts ausgemacht hat. „Die internationale Politik des ganzen kurzen 20. Jahrhunderts seit der Oktoberrevolution ... könnte am einleuchtendsten als ein Jahrhundertkampf der Mächte der alten Ordnung gegen die soziale Revolution beschrieben werden.“ So die Bilanz von Eric Hobsbaw.<sup>2</sup> In den sozialistischen Staaten war die Politik – be-  
[19:]ruhend auf traditioneller Zustimmung der internationalen Arbeiterbewegung zu den drei Forde-  
rungen der Französischen Revolution und in differenzierender Auseinandersetzung mit ihnen – sehr wesentlich auf die Herstellung eines hohen Maßes an sozialer *Gleichheit* gerichtet. In den entwickel-  
ten kapitalistischen Staaten Europas wurden – auch unter dem Druck der russischen Oktoberrevolution und dann der Politik der sozialistischen Staaten – sozialstaatliche Elemente eingeführt, die in die gleiche Richtung wiesen, freilich von geringerer Reichweite waren. Mit der politischen Emanzipation der ehemaligen Kolonialvölker in Afrika und Asien, mit deren Einzug in die UNO bei gleichzeitiger Fortdauer von ökonomischer Abhängigkeit und sozialem Elend wurde das Problem sozialer Sicherheit und *Gleichheit* zu einem globalen, wie die Resolutionen und Deklarationen der UNO eindringlich immer wieder herausstellen. Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten hat deren Durchset-  
zungschancen jedoch wesentlich vermindert. Dass jedes Jahr 60 Millionen Menschen verhungern – bei gleichzeitiger Akkumulation von ungeheurem Reichtum bei den besitzenden Klassen einiger Län-  
der – zeigt die anhaltende Dringlichkeit der Problematik sozialer Ungleichheit.

VI. Was die Beziehung zwischen *Freiheit* und *Gleichheit* betrifft, so ergeben sich also von der Interessenlage der besitzenden Klassen aus gänzlich andere Folgerungen als aus der Sicht der abhängig Arbeitenden und der Eigentumslosen. Für die besitzenden Klassen stellt sich jede Forderung nach *Gleichheit* als Beschränkung ihrer *Freiheit* dar: Ihrer Freiheit zur Durchsetzung ihrer Machtpotentiale und zur ungehinderten Entfaltung ihres Eigentums. Schon die *Gleichheit* vor dem Gesetz stellte sich in dieser Perspektive als unzulässige Beschränkung der *Freiheit* dar, wie der Widerstand gegen die Sklavenbefreiung gezeigt hat. Noch länger und härter war der Widerstand gegen die politische *Gleichheit*. Und was die Forderungen nach sozialer *Gleichheit* betrifft, so werden diese bis heute schlicht als Abschaffung, als Negation der *Freiheit* bewertet. In dieser Perspektive kommt die Frage, was eine so verstandene *Freiheit* für den Rest der Gesellschaft und – global gesehen – für den Rest der Menschheit bedeutet, nicht vor. Das „Recht auf freie Entfaltung“ des Eigentums, auf *Freiheit* der Investitionen und Märkte, auf freien Zugriff auf Rohstoffe und Arbeitskräfte wird ohne Umschweife zum „Recht des Stärkeren“. Welche Folgen dieser Begriff von *Freiheit* zeitigt, wenn er [20:] auf die Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern angewandt wird, haben Kolonialkriege, zwei Welt-  
kriege und die große Zahl von Militärinterventionen seit 1945 besonders durch die USA anschaulich gezeigt. Und welche Folgen er zeitigt, wenn er in Gestalt des Neoliberalismus in den großen kapita-  
listischen Staaten erneut dominant wird, ist in eben diesen Staaten und weltweit gegenwärtig zu be-  
sichtigen. Die fast zwei Milliarden Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, und die vielen Millionen Hungertote stellen sozusagen die *Kollateralschäden* dieser *Freiheit* dar.

---

<sup>2</sup> Eric Hobsbaw: Das Zeitalter der Extreme, München/Wien 1995, S. 80.

Für den konträren Begriff von *Freiheit* stellt die *Gleichheit* das Basiselement dar. Dieser Begriff nimmt die realen gesellschaftlichen Bedingungen in den Blick und fragt danach, ob diese denn so beschaffen sind, „dass ein jeder seine menschliche Natur frei entwickeln kann“. Zu schaffen wäre also eine Gesellschaft als „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.<sup>3</sup> In diesem Verständnis ist ein hohes Maß an *Gleichheit* der realen Entwicklungsmöglichkeiten also die Voraussetzung dafür, dass *Freiheit*, d. h. die freie Entfaltung der Fähigkeiten für alle, überhaupt gedeihen kann. Für alle – das ist der Kern der Sache. *Gleichheit* wird dabei nicht als Gleichmacherei gedacht, sondern als freie Entfaltung der Vielfalt individueller Fähigkeiten auf der Basis optimaler Entwicklungsbedingungen für alle.

VII. Die *Brüderlichkeit* – mitunter wird ihr das Rot in der Trikolore zugeordnet – negiert noch einmal explizit jene *Freiheit* als Recht des Stärkeren, die den Mitmenschen als Konkurrenten, als Bedrohung und als Wolf begreift und die Gesellschaft als Dschungelkampf, in dem der Schwächere eben auf der Strecke bleibt: homo homini lupus. „*Brüderlichkeit*“ ist der Affekt der Verbundenheit zum gleichen Ziel, der erkannten Abstammung alles dessen, was man wert ist und am anderen werthält, vom gemeinsamen Ziel“. Dieses Wertgefühl kann deshalb „niemals wahllos, bedingungslos umarmend“ sein: Es schließt die Feinde des Ziels aus. *Krieg den Palästen, Friede den Hütten* verkündeten die Armeen der Französischen Revolution. Dieses Wertgefühl schließt aber auch den „harmonistischen Betrug“ aus, die „Volksgemeinschaft mit den Mörtern des Volks“. (Dies alles gilt gleichermaßen für den Begriff der Solidarität.) Die realisierte Brüderlichkeit schafft eine *Gleichheit*, „worin es keiner mehr nötig hat, ja überhaupt in der Lage ist, dem anderen ein Wolf zu sein“. So die Diagnose von Ernst Bloch.<sup>4</sup>

[21:] Also: *Freiheit*, *Gleichheit*, *Brüderlichkeit* passen – recht verstanden – sehr gut zusammen, bilden eine Einheit und formulieren in ihrem Zusammenwirken die Bedingungen, die erforderlich sind, wenn in einem seriösen Sinn von „Menschenrechten“ die Rede sein soll, und davon, dass „die Würde des Menschen unantastbar“ ist, wie es Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland verlangt. Die Formel von der Brüderlichkeit verweist uns freilich auch auf jenes Defizit, das in der Zeit der Französischen Revolution noch weithin als selbstverständlich galt: Die Frauen waren außen vor. Geschwisterlichkeit hätte also an ihre Stelle zu treten, um den umfassenden Sinn dieser Botschaft der Humanität unzweifelhaft deutlich zu machen.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 2, Berlin 1959, S. 556 und Bd. 4, Berlin 1959, S. 482.

<sup>4</sup> Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt a. M. 1961, S. 192 f.

<sup>5</sup> Näher ausgeführt hat der Verfasser das Thema in seinem Buch „Deutschland seit der Französischen Revolution. Untersuchungen zum deutschen Sonderweg“, Heilbronn 1996

## **Brüder, zur Sonne, zur Freiheit**

*Von Inge Lammel*

Es entspricht dem Anliegen eines Arbeiterliedes, bereits in den Anfangs- und Refrainzeilen durch Kampfrufe und Appelle auf sich und seine Botschaft aufmerksam zu machen. In dieser Weise wurden auch traditionelle Kampflieder des 19. Jahrhunderts gestaltet, zum Beispiel Georg Herweghs Bundeslied „Bet‘ und arbeit‘! Ruft die Welt“ mit der prägnanten Refrainzeile „Mann der Arbeit, aufgewacht!“ oder der Sozialistenmarsch „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!“

Die revolutionäre Aufbruchstimmung nach Ende des Ersten Weltkrieges spiegelt sich deutlich in einem der bekanntesten und beliebtesten Demonstrationslieder der deutschen Arbeiterbewegung wider:

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit,  
Brüder, zum Lichte empor!  
Hell aus dem dunklen Vergang’nen  
Leuchtet die Zukunft hervor!

Als Symbol im Sinne von „durch Nacht zum Licht“ ist die Anfangszeile gern in Aufsätzen und auf Spruchbändern verwendet und von Künstlern – so von Heinrich Zille und Frans Masereel – grafisch nachempfunden worden.

Der bekannte deutsche Liedtext geht auf ein russisches revolutionäres Lied vom Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Die Verse hatte der junge Revolutionär Leonid P. Radin in einer Zelle des Moskauer [22:] Tagansker Gefängnisses kurz vor seinem Abtransport nach Sibirien verfasst. Zur Melodie eines populären Studentenliedes ertönte der Gesang des neuen Liedes erstmals 1897 auf dem Marsch der politischen Gefangenen bei ihrer Überführung in ein anderes Gefängnis.

Der deutsche Musiker und Dirigent Hermann Scherchen, während des Ersten Weltkrieges Zivilinterner in Russland, hörte das Lied während der revolutionären Tage im Oktober 1917 in Petersburg anlässlich einer großen Volksdemonstration. Unter dem unvergesslichen Eindruck der damaligen Ereignisse schrieb er zehn Jahre später: „Volk zog durch die Stadt, in endlosen, unübersehbaren Mengen, ausgehungert, unterernährt und doch entschlossen und voll Zukunftswillen. Ein Lied begleitete ohne Aufhören den vielstündigen Vorbeimarsch; immer wieder hämmerte sich mir die Melodie in die Ohren, die heute als ‚Brüder, zur Sonne, zur Freiheit‘ überall, wo Proletarier sind, gesungen wird.“<sup>1</sup>

Bald nach seiner Rückkehr nach Berlin im April 1918 übernahm Scherchen die Leitung eines Männerchores, der seit 1920 als Berliner Schubert-Chor zu den qualifiziertesten Berliner Arbeiterchören gehörte. Für ihn bearbeitete er das russische Lied (wie auch den in Petersburg erlebten russischen Trauermarsch aus der Revolution von 1905, in Deutschland mit der Nachdichtung Scherchens als „Unsterbliche Opfer“ bekannt) im Männerchorsatz und übertrug die Worte ins Deutsche. Er beabsichtigte keine wörtliche Übersetzung des russischen Textes, sondern eine in deutscher Sprache singbare sinngemäße Nachdichtung, die seinem persönlichen Empfinden des kürzlich Erlebten entsprach. Mit seinem Schubert-Chor unternahm Scherchen bereits im August 1920 eine dreiwöchige Konzertreise durch das oberschlesische Industriegebiet. Diese Tournee erfolgte im Auftrag der Regierung als Propagandafahrt im Rahmen jener politischen Kampagne, die sich auf den Ausgang der am 20. März 1921 bevorstehenden Volksabstimmung richtete. Die Einwohner weiter Gebiete Oberschlesiens mussten einer Klausel des Versailler Vertrages entsprechend entscheiden, ob ihr Wohngebiet künftig zu Polen oder zum Deutschen Reich gehören sollte. Auch die Darbietung deutscher Volksmusik schien geeignet, für ein Votum zugunsten des Verbleibs bei Deutschland zu werben.

Die Arbeitersänger nutzten die Gelegenheit auf ihre Weise. Bei ihren abendlichen Konzerten vor den Arbeitern der Steinkohlegruben und Hüttenwerke sangen sie neben Chorkompositionen und Volksliedern erstmals in Deutschland auch die beiden von ihrem [23:] Dirigenten bearbeiteten und nachgedichteten russischen Revolutionslieder. Beendet wurde der Abend meist mit der Internationale.

<sup>1</sup> Hermann Scherchen: Russland 1917 und 1927. In: Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung, 4/1928.

Zum Abschluss der Konzerttournee stellte Scherchen dem Berliner Publikum seinen Schubert-Chor am 3. September 1920 in der Philharmonie vor. Hier lernten Berliner Arbeiter „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ und „Unsterbliche Opfer“ erstmals als Chorlieder kennen.

Noch im gleichen Monat gründete Scherchen einen weiteren Arbeiterchor, den Gemischten Chor Groß-Berlin, und fertigte für die Sänger einen Chorsatz für Frauen- und Männerstimmen an. Das erste öffentliche Konzert dieses Chores fand wenig später, am 21. September 1920, im großen Saal der Neuen Welt in der Berliner Hasenheide statt. Auch hier erklangen die beiden russischen Lieder in Scherchens musikalischer Bearbeitung und Textfassung. Mit häufigen Auftritten haben die beiden Arbeiterchöre wesentlich beigetragen, die Lieder unter den deutschen Arbeitern zu verbreiten.

Während „Brüder, zur Sonne“ von den Chören auf Veranstaltungen und in Sälen als getragener Hymnus dargeboten wurde, machten die Arbeiter sich das Lied als Marsch- und Demonstrationslied für die Straße zu Eigen. Unter der Bezeichnung „Russischer Rotgardistenmarsch“ wurde es auf Liedblättern, in Arbeiterliederbüchern und auf Schellackplatten veröffentlicht.

Mehrfach fügten Arbeiter dem Lied zusätzliche Strophen an, eigene Schöpfungen oder Übernahmen aus anderen Liedern, deren Worte erkennen lassen, dass ihnen der Scherehen-Text nicht kämpferisch genug war. Eine beliebte Zusatzstrophe „Brüder, ergreift die Gewehre, auf zur entscheidenden Schlacht!“ stammt aus einer anderen Textübertragung des Liedes, die sich enger an den revolutionären russischen Originaltext anlehnt. Beide Textfassungen existierten in der Öffentlichkeit nebeneinander und wurden zuweilen in [24:] demselben Liederbuch gedruckt. Doch ist das Lied in der Nachdichtung von Hermann Scherehen – ob als Chorgesang oder als Marschlied – fest in den Liedschatz der deutschen Arbeiter eingegangen und hat die Jahre der faschistischen Diktatur überdauert. Besonders die letzte Strophe mit dem Appell „Brüder, in eins nun die Hände“ erhielt in dieser Zeit eine brisante Aktualität.

## ***Erschossen wie Robert Blum***

*Von Walter Schmidt*

Wann dieses Schlagwort entstanden sein muss, ist ziemlich genau auszumachen; nicht aber wie es sukzessive in den Volksmund drang; und unerschlossen ist auch immer noch, von wem an seiner Verbreitung vor allem gearbeitet wurde. Geht man davon aus, dass mit dieser Wortwendung gesagt sein sollte, es gäbe keine Chance mehr, im Grunde sei bereits alles verloren, dann könnten die deutschen Konservativen den Halbsatz nach 1849 in Umlauf gesetzt haben. Dagegen spricht aber, dass durch den Namen des Erschossenen der Abscheu gegenüber der Konterrevolution und so gerade ein Stück deutsches Revolutionserbe im Denken der Massen erhalten blieb, das zu tilgen die deutsche Reaktion sich über viele Jahrzehnte gerade große Mühe gab. Was es genau auf sich hat mit diesem Manne, der da dereinst erschossen wurde, war und ist sicher noch heute nur wenigen wirklich bekannt. Der Geschichtsunterricht in Deutschland hat ihn jahrzehntelang zielstrebig „vergessen“ und auch in der DDR offenbar nur geringe Langzeitwirkung gezeigt. Gleichwohl verband sich bei vielen einfachen Leuten in unserem Lande mit diesem Namen – mehr ahnend denn wissend – die Erinnerung an eine deutsche Revolution, an die demokratische Erhebung von 1848/49.

Wer also war dieser Robert Blum und von wem wurde er aus welchem Grunde durch Erschießen „mit Pulver und Blei“ vom Leben zum Tode gebracht? Und welches Echo fand dieses Ereignis im Volke und welcher Stellenwert kam dem Geschehen in der deutschen Geschichte zu?<sup>1</sup>

Robert Blum, geboren 1807 in Köln als Sohn eines Fassbinders, wuchs auf in einem ärmlichen, von Not und Hunger gekennzeichneten proletarischen Milieu. Der intelligente Arbeiterjunge, dem [25:] höhere Schulbildung oder gar akademische Studien versagt blieben, stillte seinen Bildungshunger als Autodidakt. Er hatte zunächst mehrere Jahre eine Lehre als Messinggießer absolviert, aber sein Meister meinte, aus dem ausgemachten Federfuchser werde sicher kein Handwerksmann. Seine geistigen und literarischen Fähigkeiten konnten sich erst entfalten, nachdem er 1830 in Köln als Theaterdiener angestellt worden war und 1832 in Leipzig zum Theatersekretär avancierte. Er hatte in den 30er Jahren so engen Kontakt zur politisch engagierten Leipziger Studentenschaft, dass ihn die Burschenschaft „Kochei“ als ihr Ehrenmitglied aufnahm.

In der sächsischen Metropole, wo alljährliche Messen und ein ausgedehnter Buchhandel für eine weltoffene Atmosphäre sorgten, vollzog sich der Aufstieg des Theatersekretärs zu einem bald auch über die Grenzen Sachsens hinaus bekannten oppositionellen Politiker. Die halbfeudalen Verhältnisse im Deutschland der 36 Fürsten und Könige zu beseitigen, eine bürgerliche Zivilgesellschaft zur Herrschaft zu bringen und das Land in einer demokratischen und parlamentarisch kontrollierten Republik staatlich zu einigen, das war sein Ziel. Blum wurde Hauptrepräsentant der deutschkatholischen ebenso religiösen wie auch politischen Dissidentenbewegung von 1844 in Sachsen. Die von ihm redigierten „Sächsischen Vaterlandsblätter“ wurden im Vormärz zu einer weit über Sachsens Grenzen hinaus wirkenden demokratischen Zeitung. Er engagierte sich als Förderer des Leipziger Redebüungsvereins von 1845, der zum Kern der späteren demokratischen Partei in Sachsen sich entwickelte und in dem die Führungskräfte dieser Partei wie der jungen Arbeiterbewegung in Sachsen herangebildet wurden. So stand er bald an der Spitze der radikalen Elemente in Sachsen, die sich im Vormärz schrittweise vom gemäßigten Liberalismus der Bourgeoisie abnelten, aufs Volk orientierten und als überzeugte Demokraten dessen Interessen und Bedürfnisse zur Geltung zu bringen suchten. Kontakte mit Liberalen und Demokraten in ganz Deutschland, namentlich im Rahmen des geheimen Hallgartenkreises, machten den seit 1847 freien Schriftsteller und Verleger, der im gleichen Jahr ein „Staatslexikon“ für das gemeine Volk herauszugeben begann, auch in ganz Deutschland als Mann der Demokratie bekannt.

Kein Wunder, dass er zu den führenden Köpfen der Revolution gezählt wurde, als im März 1848 überall in deutschen Landen die Allmacht der Reaktion durch Aufstände und Massendemonstrationen

---

<sup>1</sup> Dazu Siegfried Schmidt: Robert Blum. Vom Leipziger Liberalen zum Märtyrer der deutschen Demokratie, Weimar 1971.

des Volkes gebrochen und den Herrschenden eine Reihe [26:] bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten abgetrotzt wurde: Pressefreiheit, Assoziationsfreiheit und das Recht, ein nationales Parlament zu wählen und auch die Länder nur noch konstitutionell zu regieren. Als Vertreter Zwickaus wurde er ins Ende März in Frankfurt am Main tagende Vorparlament geschickt, das der Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands den Weg bereiten sollte. Hier stritt er mit der nur eine Minderheit repräsentierenden Linken für eine Permanenzerklärung dieser Versammlung bis zur Eröffnung des Nationalparlaments, was die gemäßigt liberale Mehrheit allerdings zu verhindern wusste. Distanziert verhielt er sich gegenüber den Radikalen um Friedrich Hecker und Gustav von Struve, die meinten, ohne hinreichende Sympathie und Stützung durch das Volk mit einem bewaffneten Aufstand in Baden sofort die Republik errichten zu können.

Mit der Wahl zum Leipziger Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt wurde er zum anerkannten Führer der gemäßigten Richtung der deutschen Demokratie, die sich als Parlamentsfraktion im „Deutschen Hof“ zusammengefunden hatte. Er war sicher nicht frei von liberal-parlamentarischen Illusionen und immer wieder auch zu Kompromissen bereit, weil er fälschlich meinte, dass bereits die Schubkraft der Märzrevolution ausreichend wäre, um die Revolution ohne weitere Anwendung revolutionärer Gewalt, lediglich auf parlamentarischem Wege zum Sieg der Demokratie treiben zu können. Gleichwohl hielt er uneingeschränkt fest an seinen republikanischen Idealen, setzte sich entschlossen für ein selbstständiges demokratisches Polen ein und schloss letztendlich auch nicht aus, „dass nötigenfalls auch ein Waffenkampf nicht gescheut werden dürfe“.<sup>2</sup>

Und Blum stand zu dieser Schlussfolgerung im Herbst des Jahres 1848, als die Konterrevolution zum entscheidenden Gegenschlag in Österreich ausholte. Er reifte in den wenigen Tagen im Oktober 1848 zum konsequenten revolutionären Demokraten, als er von der Frankfurter Linken in einer Deputation mit einer Solidaritätsadresse ins revolutionäre Wien entsandt wurde. Der Zwang der Ereignisse setzte seine revolutionäre Leidenschaft und Entschiedenheit frei. In den erbitterten Auseinandersetzungen mit der habsburgischen Konterrevolution streifte er alle bisherigen Illusionen ab. Sein, wie Engels schrieb, „plebeischer Instinkt“ trieb ihn jetzt ins größte Kampfgetümmel. Er entschied sich für den bewaffneten Kampf und reihte sich als Kommandeur einer Kompanie des Elitekorps in die mit der Waffe Widerstand leistenden Wiener Revolutionäre ein.

[27:] Die schwarzgelbe Österreichische Konterrevolution ließ ihn diese revolutionäre Tatbereitschaft teuer bezahlen, nachdem sie am 31. Oktober 1848 Wien erobert hatte. Obwohl als Abgeordneter der Deutschen Nationalversammlung von parlamentarischer Immunität geschützt, haben ihn der Österreichische Regierungschef Felix Ludwig Johann Friedrich Fürst zu Schwarzenberg und der militärische Eroberer Wiens Alfred Candidus Ferdinand Fürst zu Windisch-Grätz gemeinsam dem militärischen Standgericht überantwortet, das nur das Todesurteil kannte. Wie gewollt, verurteilte ihn dieses am 8. November 1848 wegen tätigen Anteils „am bewaffneten Aufruhr in Wien als Kommandant einer Kompanie des Elitencorps“ zum Tode, „mit Pulver und Blei durch Erschießen zu vollziehen“.<sup>3</sup> Am Tag darauf, dem 8. November 1848 um 7 Uhr dreißig starb Robert Blum unter den Kugeln eines Hinrichtungspelotons österreichischer Jäger in der Brigitteau bei Wien.

Nur wenige Ereignisse in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts haben die Menschen in Deutschland so aufgewühlt wie der feige Mord an diesem Demokraten und Patrioten. Die einfachen Leute in Stadt und Land begriffen, dass einer von ihnen, einer, der für ihre Rechte und Freiheiten einstand, brutal hingemordet worden war. Er war populär geworden durch seine Verbundenheit mit dem einfachen Volk, auf das er als Träger des Fortschritts setzte. Sein Einsatz für die Revolution mit der Waffe in der Hand machte ihn in den Augen der Arbeiter, Bauern und Handwerker, die sich mit der Revolution verbunden fühlten, zum Volkshelden, der nun zum Märtyrer der Freiheit geworden war.

Von seinem Tod gingen verschiedene Signale aus. Für die siegreiche Konterrevolution wurde seine Erschießung zum Zeichen für den untrüglichen Sieg des monarchischen über das parlamentarische

<sup>2</sup> Zit. nach Robert Blum. Briefe und Dokumente. Hg. v. Siegfried Schmidt, Leipzig 1981, S. 143.

<sup>3</sup> Schmidt, Robert Blum, S. 253.

und demokratische Prinzip. Damit schien der Parlamentarismus selbst geradezu hingerichtet. Noch mehr aber wurde Blums Tod von der Reaktion als das Ende, das endgültige Scheitern der Revolution und der Demokratie gedeutet. In deren Verständnis war *Erschossen wie Robert Blum* gleichbedeutend mit Chancenlosigkeit jedes revolutionären Aufbruchversuchs.

Die deutschen Demokraten jedoch zogen aus der Ermordung Blums genau entgegengesetzte Konsequenzen. Sie verstanden diese Meucheltat als Aufruf und Verpflichtung, im Kampf um Demokratie nicht nachzulassen. Ihre Totenehrungen verbanden sich mit einer Mobilisierung aller politischen Kräfte zur Fortführung der Revolu-[28:]tion, mit dem Appell vom Wort zur Tat überzugehen. Eine Welle von Demonstrationen gegen den Mord an Blum durchzog am Jahresende 1848 die deutschen Länder. Nicht nur in Sachsen, wo Blum wohl am bekanntesten war, sondern überall in Deutschland fanden Trauereiern und Gedenkkundgebungen statt.<sup>4</sup> Gefordert wurde eine Bestrafung der Mörder. Verlangt und durchgesetzt die Versorgung der Familie Blums, wofür eine Sammlung letztlich sorgte.

Ferdinand Freiligrath veröffentlichte in der von Karl Marx als „redacteur en chef“ herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung“ am 18. November 1848 ein Gedicht auf den gemordeten Blum, in dem es hieß:<sup>5</sup>

Ja ruhig hat man ihn gemacht: – er liegt in seiner Truhe!  
So scholl' ihm denn ein Requiem, ein Lied der ew'gen Ruhe!  
Ruh' ihm, der uns die Unruh' hat als Erbteil hinterlassen:  
Mir, als ich heut im Tempel stand in den bewegten Massen,  
Mir war's, als hört ich durch den Sturm der Töne ein Geraune:  
Du, rechte mit der Stunde nicht! die Orgel wird Posaune!  
Es werden, die du singen siehst, das Schwert in Händen tragen –  
Denn Nichts als Kampf und wieder Kampf entringt sich diesen Tagen!  
Ein Requiem ist Rache nicht, ein Requiem nicht Sühne –  
Bald aber steht die Rächerin auf schwarzbehängner Bühne!  
Du dunkelrote Rächerin! Mit Blut bespritzt und Zähren,  
Wird sie und soll und muss sie sich in Permanenz erklären!  
Dann wird ein ander Requiem den toten Opfern klingen –  
Du rufst sie nicht, die Rächerin, doch wird die Zeit sie bringen.  
Der Andern Gräuel rufen sie! So wird es sich vollenden –  
Weh Allen, denen schuldlos Blut klebt an den Henkerhänden!

Namentlich die politisch bewussten Arbeiter machten fortan den 9. November zu einem Tag, an dem des Märtyrers der Revolution gedacht wurde, wobei sie, wie Wilhelm Liebknecht schrieb, „in Robert Blum nicht die Person, sondern die verkörperte Tradition feierten“.<sup>6</sup> Blum war ihnen politisches Symbol für versuchte, aber zunächst gemeuchelte Demokratie in Deutschland. *Erschossen wie Robert Blum* hieß für Demokraten und Arbeiter, die Mordtaten der halbfeudalen Konterrevolution nie zu vergessen, Rache zu nehmen an seinen Mörtern und zugleich die Erinnerung an die zwar gescheiterte, aber nicht wirkungslos gebliebene Revolution wachzuhalten, in der sie ihren Mann gestanden hatten. Blums Tod wurde begriffen als Opfer im Kampf um Demokratie. Der Märtyrer der Freiheit verkörperte für Demokraten wie Arbeiter zugleich die Hoffnung auf [29:] eine letztendliche Verwirklichung der Demokratie im Interesse des Volkes.

Aus dem Blum-Kult der ersten Wochen nach seiner Ermordung entwickelte sich in den folgenden Jahren und Jahrzehnten unter den Arbeitern und Demokraten eine revolutionäre Robert-Blum-Tradtion, Teil einer demokratischen Gedenkkultur. Deren Sinn bestand vorrangig darin, die Erinnerung an die Revolution, die Konservative wie Liberale durch totales Verschweigen aus dem Bewusstsein

<sup>4</sup> Dazu Schmidt, Roben Blum, S. 255 ff. und Manfred Hettling: Revolution als kognitive Struktur. Der Totenkult für Roben Blum und der Maiaufstand in Dresden. In: Martina Schattkowsky (Hg.): Dresdner Maiaufstand und Reichsverfassung. Revolutionäres Nachbeben oder demokratische politische Kultur, Leipzig 2000, S. 81 ff.

<sup>5</sup> Neue Rheinische Zeitung, Nr. 146, 18. 11. 1848, S. 1.

<sup>6</sup> Wilhelm Liebknecht: Roben Blum und seine Zeit, Nürnberg 1888, S. IV.

des Volkes löschen wollten, zu bewahren und neuen Generationen zu vermitteln. 1850 erschien aus der Feder des Demokraten Adolph Streckfuß die erste Blum-Biographie. Namentlich die in den 1860er Jahren wieder auflebende politisch organisierte deutsche Arbeiterbewegung hat diese Blum-Tradition gepflegt. In Arbeitervereinen wurde immer wieder des g. November 1848 gedacht und damit zugleich an die Revolution erinnert. Wilhelm Liebknecht, der in mehreren solchen Blum-Gedächtnis-Veranstaltungen auftrat, legte zum 40. Jahrestag der 1848er Revolution im Jahre 1888 eine umfangreiche Blum-Biographie vor.<sup>7</sup> Die politisch bewussten deutschen Arbeiter ehrten in Robert Blum einen, von dem Franz Mehring sagte, mit ihm habe das „Kleinbürgertum der bürgerlichen Revolution seinen besten Mann gestellt“.<sup>8</sup> In dieser Tradition hat die marxistische deutsche Historiographie in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts das Erbe Blums erstmals in einer umfassenden wissenschaftlichen Biographie zu erschließen gewusst.<sup>9</sup>

Den Bemühungen vor allem der deutschen Arbeiterbewegung wie marxistischer Historiker von Wilhelm Liebknecht und Franz Mehring bis zu Siegfried Schmidt ist zu danken, dass der Name Robert Blum nicht dem Vergessen anheim fiel. Im Bewusstsein der Deutschen wurde er neben Friedrich Hecker, der vor allem in Baden große Popularität erlangte, zum wohl bekanntesten Mann der deutschen Revolution von 1848/49. Köln und Leipzig ehrten ihn immerhin mit Robert-Blum-Straßen, nicht so dureinst Berlin-Ost wie -West. Mit dem Schlagwort *Erschossen wie Robert Blum* blieb die Erinnerung an einen deutschen Revolutionsversuch und die gleichzeitige Mahnung, das Pulver trocken zu halten und im Kampf gegen die deutsche Reaktion, die ihn meuchelte, für ein demokratisches Deutschland Verantwortung wahrzunehmen.

---

<sup>7</sup> Ebenda. Dazu Walter Schmidt: Wilhelm Liebknecht und die Tradition der Revolution von 1848/ 49. In: Wilhelm Liebknecht. Revolutionärer Demokrat und Sozialist (1826-1900) (Pankower Vorträge, Heft 31), Berlin 2001, S. 5 ff.

<sup>8</sup> Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Erster Teil, Berlin 1960, S. 426; ders., Roben Blum. In: ders., Zur deutschen Geschichte von der Zeit der Französischen Revolution bis zum Vormärz (1 789 bis 1847), Berlin 1965, S. 4.

<sup>9</sup> Schmidt, Robert Blum.

[30:]

### **Der Feind steht rechts**

*Von Manfred Weißbecker*

Haut immer feste auf den Wirth!  
Haut seinen Schädel, dass es klierrt!  
Knallt ab den Walther Rathenau,  
die gottverfluchte Judensau!<sup>1</sup>

Unzählige Sprüche solcher Art waberten in den frühen zwanziger Jahren durch Deutschland, ersonnen von strikten Gegnern der Revolution des Jahres 1918 und der Weimarer Republik, verbreitet von völkisch-antisemitischen Zeitungen, leichthin aufgegriffen an zahlreichen bierseligen Stammtischen. In blutigen Ernst verwandelten sie jene geheimen nationalistisch-rechtsextremen Organisationen, die sich vorgenommen hatten, mit allen Mitteln und koste es was es wolle, das junge und ihnen zutiefst verhasste, weil aus dem Novemberumsturz hervorgegangene parlamentarisch-demokratische System aus den Angeln zu heben. Ihren Zielen zuliebe setzten sie unentwegt den verlorenen Weltkrieg als Bürgerkrieg fort. Verbrechen zu begehen galt ihnen als sinnerfüllte Heldentat in den Auseinandersetzungen mit innenpolitischen Gegnern; sie wollten ein entschiedener Feind sowohl der beiden großen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften als auch aller jener bürgerlichen Kräfte sein, die für eine demokratische Verfasstheit des Staates und für die Überwindung der *Ketten von Versailles* durch Verhandlungen mit den Siegern eintraten.

Tausende Arbeiter, gleich ob sie für bessere Lebensbedingungen streikten oder für eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien eintraten, gleich ob sie den Weimarer Staat verteidigten oder eine sozialistische Gesellschaft erkämpfen wollten, fielen diesem Terror der Rechten zum Opfer. Spektakuläre Bluttaten richteten sich gegen ihre Führer: Dies begann, als Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von einer barbarischen Soldateska am 15. Januar 1919 regelrecht hingerichtet worden waren, und setzte sich fort mit der Ermordung von Leo Jogiches, der nach dem Tode der beiden die Leitung der KPD übernommen hatte. Neben Eugen Leviné kamen Anfang Mai 1919 viele andere als Funktionäre und Anhänger der zeitweilig in München errichteten Räterepublik gewaltsam zu Tode. Im Frühjahr 1920 forderte die Niederschlagung der gegen den [31:] Kapp-Lüttwitz-Putsch gerichteten Aktionen ebenfalls zahlreiche Opfer.

Im Jahr darauf erhab sich erneut eine große Welle rechtsradikaler Terroraktionen. Sie traf Anfang Juni 1921 den bayerischen USPD-Führer Karl Gareis und am 26. August Matthias Erzberger, der bei einer Wanderung im Schwarzwald von zwei ehemaligen Offizieren erschossen wurde. Das Attentat galt weniger dem amtierenden Reichsfinanzminister, vielmehr dem Politiker aus der großbürgerlich-katholischen Zentrumspartei, der im November 1918 als Zivilist couragiert genug gewesen war, einen Waffenstillstand zu unterzeichnen, den die Oberste Heeresleitung zwar gefordert, aber selbst zu unterschreiben geschickt vermieden hatte. Hugo Haase, der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, erlag im November 1921 einem Mordanschlag. Am 4. Juni 1922 wurde auf den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann ein Blausäure-Attentat verübt, das er nur dank glücklicher Umstände überlebte.

Unverblümt riefen im Frühjahr und im Sommer 1922 nationalistische Zeitungen zu weiteren Morden auf. In ihr Visier gerieten nun vor allem der Jude Walther Rathenau, der im Februar 1922 in das Amt des Außenministers eingeführt worden war, und Reichskanzler Joseph Wirth. Beide hatten maßgeblich den Vertrag von Rapallo vorbereitet und durchgesetzt, der im April mit Sowjetrussland geschlossen wurde und die internationale Isolierung Deutschlands aufbrechen half, jedoch allen nationalistischen und antikommunistischen Kreisen ein Dorn im Auge war. Insbesondere Rathenau galt der völkischen Rechten als Inkarnation der verhassten „Judenrepublik“. Deutschnationale Reichstagsabgeordnete scheuten nicht vor der Forderung zurück, die deutsche Regierung müsse vor dem Staatsgerichtshof

---

<sup>1</sup> Zit. nach Ulrike Hörster Philipp: Joseph Wirth 1879-1956. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1998, S. 260.

angeklagt werden, weil sie eine zu nachgiebige und daher „verbrecherisch“ zu nennende Politik gegenüber den Siegermächten des Krieges betreiben würde.

Mit einem solchen Appell war der Bankier Karl Helfferich – während einiger Jahre vor dem Ende des Ersten Weltkrieges Vizekanzler und nun einer der führenden deutschnationalen Politiker – am 23. Juni 1922 im Reichstag aufgetreten. Am Morgen des nächsten Tages wurde Rathenau ermordet, als er im offenen Wagen durch Berlin-Grunewald fuhr, um ins Auswärtige Amt zu gelangen. Ein anderes Auto hatte ihn verfolgt und in dem Moment, da sich beide Wagen auf gleicher Höhe befanden, fielen fünf Schüsse, eine Handgranate explodierte.

[32:] Alles schien darauf hinzudeuten, dass der Anschlag von langer Hand vorbereitet worden war. In welchen politischen Kreisen die Mörder zu suchen waren, konnte jeder wissen. Nach einer reichsweiten Fahndung stellte die Polizei schließlich am 17. Juli zwei der Täter: Erwin Kern und Hermann Fischer. Den einen trafen tödliche Schüsse der Verfolger, der andere nahm sich das Leben. Alle Spuren führten zur Organisation Consul (OC), die im Mai 1920 aus der am Kapp-Lüttwitz-Putsch aktiv beteiligten und danach verbotenen Marinebrigade des Kapitäns Hermann Ehrhardt hervorgegangen war. Diese geheime Terror- und Femeorganisation hatte sich die Sammlung von „entschlossenen nationalen Männern“ zum Ziel gesetzt, bereit zu Mordtaten und putschistischen Aktionen. In ihren Sitzungen umschrieb sie diese als unumgänglich für die „Einsetzung einer nationalen Regierung“, welche die „Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich“ mache. Auch die Mörder Rathenaus kamen aus der OC, aus einer von vielen völkisch-rassistischen Organisationen, die allesamt den Boden für die Ausbreitung der nationalsozialistischen Bewegung bereiten halfen.<sup>2</sup>

Rathenaus Tod rief Erschütterung und Empörung hervor. Als der Reichstag sich am 24. und 25. Juni versammelte, um über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik zu debattieren, stieß die Nachricht von der neuerlichen Untat auf Entrüstung und Protest der parlamentarischen Mehrheit. Den Deutschnationalen Karl Helfferich empfingen mehrere Abgeordnete mit dem Ruf „Mörder, Mörder, hinaus mit dem Mörder“, anderen Mitgliedern der rechten Parteien wurden sogar Schläge angedroht. In dieser gespannten Situation hielt Wirth eine leidenschaftliche, von tiefer Trauer erfüllte Rede, an deren Ende er – auf die rechte Seite des Plenums schauend – erklärte: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt: Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts.“<sup>3</sup> Rhetorisch brillant und von unerhörter Wirkung stellte diese Rede zweifellos einen der Höhepunkte in der Geschichte deutscher Parlamente dar.

Wirths Ansprache richtete sich in ihrer Gänze gegen die Mörder und ihre geistigen Urheber. Mit der Ermordung Rathenaus seien „die großen Entwicklungen jäh unterbrochen, und die Herren, die die Verantwortung dafür tragen, können das niemals mehr vor ihrem Volke wieder gutmachen“. Von den Deutschnationalen, insbesondere vom Fraktionsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) Oskar Herdt habe er erwartet, „dass heute nicht nur [33:] eine Verurteilung des Mordes an sich erfolgt, sondern dass diese Gelegenheit benutzt wird, einen Schnitt zu machen gegenüber denen,

---

<sup>2</sup> Siehe dazu u. a. Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. Zürich 1992; Martin Sabrow: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt a. M. 1999.

<sup>3</sup> Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. 1. Wahlperiode 1920, Bd. 356. 236. Sitzung. Berlin 1922, S. 8054-8058. Joseph Wirth: Reden während der Kanzlerschaft, Berlin 1925, S. 395-406 (hier 406). Überliefert ist auch eine zweite Version: „Da steht der Feind, wo Mephisto sein Gift in die Wunde eines Volkes träufelt, da steht der Feind, und dieser Feind steht rechts.“ Sie spielte eine Rolle, als Wirth 1932 einen Beleidigungsprozess gegen ein NSDAP-Mitglied angestrengt hatte und vor einem Schöffengericht in Freiburg erklärte, er habe nicht gesagt, der Feind stehe rechts. 1933/34 – da befand er sich bereits im Exil – wurde er deshalb mit einem Meinungsprozess überzogen. In der Deutschen Botschaft zu Paris gab er zu Protokoll, er habe gesagt, der Feind stehe da, wo Mephisto sein Gift träufele. Dies sei kein Werturteil im staatspolitischen Sinne dem politischen Gegner gegenüber gewesen. Er habe „die Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung treffen wollen, der sein Freund Rathenau zum Opfer gefallen sei.“ Keineswegs habe er mit dem Satz „die Rechte als Ganzes diffamiert“. Zit. nach Hugo Ott: „Dieser Feind steht rechts“. Überlegungen zur Reichstagsrede von Reichskanzler Dr. Wirth nach der Ermordung Rathenaus im Jahre 1922. In: Alemannisches Jahrbuch 1979/80. Hrsg. vom Alemannischen Institut Freiburg i. Br., S. 197 f.

gegen die sich die leidenschaftlichen Anklagen des Volkes durch ganz Deutschland erheben. Ich habe erwartet, dass von dieser Seite heute ein Wörtchen falle, um einmal auch die in Ihren eignen Reihen zu einer gewissen Ordnung zu rufen, die an der Entwicklung einer Mordatmosphäre in Deutschland zweifellos persönlich Schuld tragen“. Einem anderen Abgeordneten der DNVP hielt er vor, verlangt zu haben, dass das ganze System zum Teufel gejagt werden müsse, weil „eine deutsche Regierung, aber keine Ententekommission“ gebraucht würde. Man dürfe sich daher nicht „über die Verwilderung der Sitten“ wundern: „Wir haben in Deutschland geradezu eine politische Vertiertheit.“ Es sei eine Atmosphäre geschaffen worden, in der auch „der letzte Funke politischer Vernunft erloschen ist“.

Bevor Wirth seine Rede mit dem Wort *Dieser Feind steht rechts* abschloss, hatte er formuliert: „In jeder Stunde, meine Damen und Herren, Demokratie! Aber nicht Demokratie, die auf den Tisch schlägt und sagt: wir sind an der Macht! – nein, sondern jene Demokratie, die geduldig in jeder Lage für das eigene unglückliche Vaterland eine Förderung der Freiheit sucht! In diesem Sinne, meine Damen und Herren, Mitarbeit! In diesem Sinne müssen alle Hände, muss jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung zu zerstören!“

Gegen die Mordat bekundeten Millionen von Deutschen Trauer, Entrüstung und Empörung. Am 27. Juni fand ein landesweiter Proteststreik statt. Über politische Grenzen hinweg formierte sich eine breite Protestbewegung gegen den Terror von rechts. Sie ging von den großen Arbeiterorganisationen aus, jedoch beteiligten sich an ihr auch andere demokratische Parteien und ebenso die Reichsregierung. Am Tag der Trauerfeier für den toten Minister schloss sich desgleichen die preußische Regierung mit all ihren Behörden dein Streik an. Die Feier selbst wurde in allen großen deutschen Städten zu einer Demonstration für die Republik. In einigen Großstädten waren es mehr als 100.000 Menschen, die für die Republik auf die Straße gingen. Es schien, als könnte die gespaltene Linke näher zusammenrücken. Noch am Tag der Ermordung war es im Ruhrgebiet zu Trauer- und Protestkundgebungen gekommen: In Bochum, Essen, Gelsenkirchen nahmen jeweils bis zu 70.000 Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter u. a. an den Kundgebungen teil.

[34:] Wirths Argument *Dieser Feind steht rechts* verbreitete sich rasch in allen deutschen Landen, häufig in jener viel bekannteren verkürzten Form, die da verallgemeinerte: *Der Feind steht rechts*. Indessen war nicht neu, was Wirth gesagt hatte. Dass er es als bürgerlicher Politiker und als Reichskanzler ausgesprochen hatte, verlieh dem Wort so bedeutungsvolles Gewicht. *Der Feind steht rechts* – Erkenntnis und Formulierung gehörten in den Reihen der proletarischen Bewegungen seit langem zu selbstverständlicher Gewissheit. Immerhin waren Sozialdemokraten und Gewerkschafter Jahrzehnte hindurch als Feinde von Thron und Altar, als Feinde der Nation und „Vaterlandsverräte“ beschimpft worden. Sie hatten über sich ergehen lassen müssen, was z. B. 1911 in der Zeitschrift „Jugend“ gedichtet worden war:

„Der Sozi, rötlch und gemein  
hat Hörner, Schwanz und Hinkebein.  
Er hasst die Kirche, lieber Sohn,  
und stinkt auf 100 Meilen schon.“<sup>4</sup>

Solche Verteufelung der Linken ging stets einher mit der sprichwörtlichen „Blindheit“ auf dem rechten Auge, und das auch bei jenen Parteien, die sich selbst in der so genannten Mitte verorteten und in den Rechten keine „Feinde“, allenfalls nur Gegner und Rivalen sahen. Die der deutschen Sozialdemokratie nahestehende satirische Zeitschrift „Der wahre Jacob“ kennzeichnete das Verhalten insbesondere der Nationalliberalen mit den Worten: „Der Feind steht links, der Gegner rechts!“<sup>5</sup>

Der Satz *Der Feind steht rechts* geht unmittelbar auf Philipp Scheidemann zurück, der ihn im Herbst 1919 erstmalig in seinen Reden<sup>6</sup> und 1922 nach dem überstandenen Attentat verwendete. Auch Otto

<sup>4</sup> Zit. nach Der rote Ballon. Die deutsche Sozialdemokratie in der Karikatur. Hrsg. v. Michael Klant, Hannover 1988, S. 84.

<sup>5</sup> Der wahre Jacob, 20.6. 1911, S. 7110.

<sup>6</sup> Philipp Scheidemann: Der Feind steht rechts! Arbeiter, seid einig! Zwei Reden gehalten am 11. September 1919 in Kassel und am 7. November 1919 vor der Nationalversammlung. Berlin 1919.

Wels, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, sprach ihn aus, als er am 30. März 1920 im Reichstag den Kapp-Lüttwitz-Putsch geißelte. Doch in den Sprachgebrauch der Deutschen ging das Schlagwort erst ein, seit ihn Reichskanzler Wirth ausgesprochen hatte und im Zusammenhang mit dem Mord an Rathenau im Juli 1922 ein Gesetz zum Schutz der Republik in Kraft trat. Von diesem erwarteten viele, dass es zu wirksamer Eindämmung terroristischer Aktionen rechter Kräfte genutzt würde. In der Praxis handhabten es die Regierenden der Weimarer Republik zumeist gegen Kommunisten und Sozialisten.

Zweifellos war die Äußerung Wirths unmittelbar der Situation geschuldet. Ihr Inhalt entsprang jedoch voll und ganz den Auffassungen eines Mannes, der als Mitglied der katholisch-großbürgerlichen Zentrumspartei den Idealen der Revolution von 1848/49 huldigte und sich wortgewaltig für das Ende des Weltkrieges eingesetzt hatte. Wirth entstammte einem sozial und politisch engagierten katholischen Elternhaus, dem Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe keine leeren Begriffe, sondern Handlungsanspruch bedeuteten. Seine Vision eines „sozialen und demokratischen Volksstaates“ ließ ihn häufig in Konflikt mit der Führung der Zentrumspartei geraten. Gegen deren Kurs, sich nach rechts zu öffnen, opponierte er in den folgenden Jahren und spielte zeitweilig mit dem Gedanken, aus der Fraktion auszutreten. Dass Wirth im Lager republikanischer Demokraten nicht allein stand und Politiker anderer Parteien der „Mitte“ ebenfalls die Feststellung *Der Feind steht rechts* aufgriffen, bewies unter anderem Hugo Preuß, der 1918/19 großen Anteil an der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung genommen hatte. Als er 1924 eine Rede anlässlich des Verfassungstages hielt, wiederholte er bewusst den Wirthschen Satz und kritisierte als Erbübel, Schwäche und Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums, dass es leider dazu neige, „die Gefahren von links mit einem Vergrößerungsglas und aus Furcht vor diesen Gefahren die von rechts gar nicht zu sehen.“<sup>7</sup>

Aus solcher Erkenntnis – vielfach und mit bissiger Schärfe formuliert von Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky u. a. – wäre verantwortungsvolle Politik auf einen Ausbau der Weimarer Demokratie zu richten gewesen, auf deren verstärkte und breitere Anwendung, auf Ihre Sicherung durch ernsthafte Schwächung alter und neuer rechtsradikaler Feinde der Republik. Doch als die Weltwirtschaftskrise begann, der Reichsverband der Deutschen Industrie als Alternative „Aufstieg oder Niedergang“ vorgab und die NSDAP ihre ersten größeren Erfolge errang, schienen die Warnungen von Wirth und Preuß der Mehrheit unter den bürgerlichen Parteien nicht mehr [36:] opportun. Im Gegenteil: Da dominierten einerseits selbstgefällige Lobpreisungen, da wurden andererseits – war von Gefährdungen der Demokratie die Rede – diese vor allem den Linken, sowohl den Kommunisten als auch sozialdemokratischen Organisationen, zugeordnet. Neurotische Furchtsamkeit und hysterische Realitätsverkennung führten zu immer weiter nach rechts gewendeten Formen parlamentarisch-demokratisch verfasster Herrschaftssysteme und ließen bedenkenlos, nahezu gierig nach der sich anbietenden rechtsextremen „Hilfe“ greifen ...

Was dem folgte, ist bekannt: Zwölf Jahre faschistische Diktatur, Zweiter Weltkrieg und barbarische Vernichtung anderer Völker. Seither besagt eine der bittersten, leider oftmals unberücksichtigten Erfahrungen deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert: Wer damals, in jenen Jahren der Weimarer Republik, das Potential der Rechten unter den Rechten zu nutzen versucht hatte, half es entscheidend zu fördern. Insbesondere die Duldung und Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen, der Versuch, sie zu legalisieren und – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, erhoben den sich braun färbenden Rand der Gesellschaft in den Rang von Normalität. Tagespolitische Einträchtigkeit wurde zum obersten politischen Prinzip erhoben und ließ schließlich die vielgerühmte „Mitte“ der Gesellschaft zum opferwilligen Spielball selbstzerstörerischer Absagen an jegliche Form von Demokratie werden. Wer seine Gegner hauptsächlich unter den deutschen Linken, unter Antifaschisten aller Richtungen sah, stärkte den Rechten den Rücken, der erleichterte die schrittweise Hinwendung nach rechts und lieferte zugleich Munition für die zahllosen Argumente, mit denen Gefahren kleingeredet und unterschätzt wurden. Wer den Demagogen einer rassereinen deutschen Volksgemeinschaft nach dem Munde redete, besorgte auch deren undemokratische Geschäfte.

<sup>7</sup> Hugo Preuß: Um die Reichsverfassung von Weimar, Berlin 1924, S. 72.

Die Weimarer Republik scheiterte. Ein Übermaß an Chancen hatten ihre Repräsentanten den ausgesprochen rechten Parteien zuteil werden lassen und dem damaligen Rechtsextremismus geboten, hoffend, ihn in ihre Machtambitionen einbinden und als Juniorpartner gegen die Linken nutzen zu können. Sie ging zugrunde, weil konkret benennbare Kräfte – rechts stehende Feinde – sich zugunsten undemokratischer Machtausübung, politischen Wahns und zu Ungunsten demokratischer Organisationen entfalten konnten.<sup>8</sup> Welch schlimme Folge der Missachtung jener von Wirth und vielen anderen ausgesprochenen Warnung *Der Feind steht rechts ...*

---

<sup>8</sup> Siehe Manfred Weißbecker: Das Übermaß der Chancen für die Bourgeoisie führte 1933 zur Niederlage aller nicht-faschistischen Kräfte. In: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.): Erben deutscher Geschichte. DDR-BRD. Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 154 ff.

[37:]

### ***Freiheit oder Sozialismus***

*Von Günter Platzdasch*

Während jede Fidel-Castro-Rede im Ausruf „Socialismo o Muerte! Patria o Muerte! Venceremos!“ gipfelt, erreichen Reden Edmund Stoibers rituell mit der Alternative *Sozialismus oder Freiheit* ihren Höhepunkt. Das war schon Mitte der 70er Jahre so, als die CDU/CSU unter dieser Parole Bundestagswahlkampf betrieb – danach avancierte Stoiber zum CSU-Generalsekretär. Und das war am 13. August 2001 wieder so, als der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende im Berliner Wahlkampf verkündete, die PDS baue weiter an der Mauer zwischen Freiheit und Sozialismus.

Der Schlachtruf *Freiheit oder Sozialismus* begleitet in unterschiedlichen Variationen die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft seit Bestehen einer Systemopposition. So war die Rote-Socken-Kampagne des inzwischen abgehalfterten CDU-Generalsekretärs Peter Hinze nur eine popmoderne Kreation für die Mediendemokratie. Anfang der 50er Jahre wurde noch intellektuell Anspruchsvolleres inszeniert, etwa mit dem Congress for Cultural Freedom, der 1950 medienwirksam mit 1800 Gästen aus aller Welt, darunter Schriftsteller wie Ignazio Silone, Eugen Kogon oder Theodor Plievier, in der „Frontstadt“ Berlin/West erstmals tagte und bis 1966/67 bestand, als bekannt wurde, dass er von der CIA, dem Geheimdienst der USA, die gerade im Vietnamkrieg „die Freiheit verteidigten“, finanziert war.

Mitunter ist die Polemik auch methodisch inkonsequent: Nämlich dann, wenn die Bilanz bürgerlicher Freiheiten aus Idealen, Proklamationen und Rechtsurkunden gezogen wird, ohne dass – trotz allen Globalisierungsgeredes – das Ausmaß an Freiheit in den realen Verhältnissen weltweit abgelesen wird; wenn beim Sozialismus hingegen dessen Ansprüche und Versprechungen ignoriert werden und ausschließlich die diesen nicht entsprechende Realität Beachtung findet; wenn, wogegen nichts einzuwenden ist, die sieben Jahrzehnte zwischen 1917 und 1989 für die Bewertung des Sozialismus herangezogen werden und gleichzeitig so getan wird, als wäre der aktuelle Zustand bürgerlicher Gesellschaften immerwährend gewesen: Die heute als Mindestmaß demokratischer Herrschaft gelgenden Kriterien allgemeines, gleiches und freies Wahlrecht für Mann und Frau gab es anno 1900 nach Jahrzehnten bürgerlicher Herrschaft und Freiheit nur in Neuseeland, und dort seit 1893.

[38:] Thomas Mann wusste mit Blick gen Osten um die Berechtigung, das Verhältnis von Sozialismus und Freiheit zu problematisieren, aber eingedenk der faschistischen Barbarei, die ihn des Landes vertrieben hatte, auch um das Schindluder, das mit der Entgegenseitung jener Begriffe getrieben wird, als er im Jahre 1943 sagte: „Sie sehen, dass ich in einem Sozialismus, in dem die Idee der Gleichheit die der Freiheit vollkommen überwiegt, nicht das menschliche Ideal erblicke, und ich glaube, ich bin vor dem Verdacht geschützt, ein Vorkämpfer des Kommunismus zu sein. Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Wort Kommunismus, diesem Schrecken, von dem der Faschismus so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche.“<sup>1</sup>

Zur Legitimation der bürgerlichen Gesellschaft gehört seit Beginn freiheitliches Pathos; anfangs rückwärtsgewandt, antifeudal – später antisozialistisch mit Heiligsprechung des Privateigentums.<sup>2</sup> Als Urahns des fraglichen Antagonismus könnte man Alexis de Tocqueville ansehen, der in seiner Studie über „Die Demokratie in Amerika“ 1835/40 meinte, „dass die Menschen die Gleichheit in der Knechtschaft der Ungleichheit in der Freiheit vorziehen“.

Derzeit einflussreichster Theoretiker der populären Entgegenseitung, jedenfalls in Deutschland, ist der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft Friedrich August von Hayek. Vor englischen Historikern in Cambridge trug er 1944 erstmals die Idee vor, eine dem Ideal persönlicher Freiheit in Ablehnung des Sozialismus verpflichtete Gesellschaft zu gründen. Hieraus entstand die international

<sup>1</sup> Thomas Mann: Schicksal und Aufgabe. In: Deutsche Blätter, Santiago de Chile, 2. Jg., Nr. 7/1944.

<sup>2</sup> So deutlich der Wirtschaftswissenschaft-Nobelpreisträger Milton Friedman im 1962 erschienenen Buch „Capitalism and Freedom“; deutsch: „Kapitalismus und Freiheit“, Stuttgart 1971. Er und seine Schüler, die Chicago Boys, konnten dann im Chile des Militärdiktators Pinochet ihr monetaristisches „Freiheits“-Konzept umsetzen.

wirkende Mont Pelérin Society, die sich gern liberaler Staatsferne brüstete, jedoch vom Bundeswirtschaftsministerium heimlich gefördert wurde. Ebenfalls 1944 in England erschien sein „den Sozialisten in allen Parteien“ gewidmetes Werk „Der Weg zur Knechtschaft“, in dem er – im Unterschied zum Credo der ebenfalls im Exil wirkenden Sozialphilosophen der Frankfurter Schule: Wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, solle zum Faschismus schweigen – nachzuweisen versuchte, dass italienischer Faschismus und deutscher Nationalsozialismus wesentlich linke, sozialistische Wurzeln hätten. Ein anderer ins Exil getriebener Ökonom, der als einer der geistigen Väter der bundesdeutschen Sozialen Marktwirtschaft angesehen wird, deutete in einer nach Kriegsende 1945 erschienenen Programmschrift ebenfalls die Niederlage des NS-Systems als „Zusammenbruch eines sozialistischen Systems“ und warnte die Deutschen, nicht ihre [39:] Freiheit nochmals zugunsten des Sozialismus aufzugeben: „Werden sie dann nicht ihren früheren Zustand als ein Paradies der Freiheit empfinden, es sei denn, es gelänge diesem Staate, sie durch unablässige und unwidersprochene Propaganda sogar des Gefühls für die Freiheit und des selbstständigen Denkens zu beraubten“<sup>3</sup>

Der Einfluss der Freiburger Schule Hayeks in Wirtschafts- und Rechtswissenschaft sowie Politik war und ist immens. Seine Sympathien unverblümt bekannt zu haben hat Hayek nicht geschadet. Seine Version der Freiheitsliebe verdeutlichte etwa sein Leserbrief, in dem er „aufs schärfste“ gegen eine Karikatur in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ protestierte, in der das polnische Notstandsregime und die chilenische Militärdiktatur gleichgestellt wurden: „Ich glaube, dass alle Teilnehmer an der vor wenigen Wochen in Chile veranstalteten Tagung der Mont-Pelérin-Society mit mir übereinstimmen, dass Sie der chilenischen Regierung eine demütige Entschuldigung für eine derartige Entstellung der Tatsachen schulden. Jeder Pole, der das Glück hätte, nach Chile entkommen zu können, könnte sich glücklich preisen.“<sup>4</sup>

Antisozialistische Parteistrategen, die sich der Parole *Freiheit oder Sozialismus* bedienen, gehen allerdings nicht davon aus, dass ihre Adressaten Tocqueville, Hayek oder Wilhelm Röpke gelesen haben, sondern spielen auf der Klaviatur der Ängste. In schonungsloser Offenheit gestand dies der konservative Publizist Winfried Martini ein: „Als ich 1957 der CDU den Wahlslogan *Keine Experimente* lieferte, mit dem sie die absolute Mehrheit errang, dachte ich selbstverständlich nicht an eine sachliche Kompetenz des Wählers. Ich bedachte lediglich die damals weit- bis in die Reihen der SPD hinein-verbreitete Stimmung.“ Im Bundestagswahlkampf 1952 hatte Konrad Adenauer erklärt, es gehe darum, „Ob Europa christlich bleibt oder ob Europa heidnisch wird“.

*Sozialismus oder Freiheit* erinnert viele (West-)Deutsche an den Bundestagswahlkampf vor einem Vierteljahrhundert: 1976 verfehlten die Christdemokraten mit dieser radikalen Parole gegen einen anerkannten, eher konservativ-sozialdemokratischen Kanzler wie Helmut Schmidt die absolute Mehrheit nur um anderthalb Prozent, in polarisierter Atmosphäre bei extrem hoher Wahlbeteiligung als Folge des vergifteten Klimas jener Zeit. „*Wir wollen mehr Demokratie wagen*“, hatte Schmidts Vorgänger, der SPD-Bundeskanzler Willy Brandt, versprochen. Die SPD-Linke erstarkte und bekam Zulauf aus Kreisen der 68er-Opposition. Innerparteilich einflussreiche [40:] Jungsozialisten wie Rudolf Scharping, Ottmar Schreiner, Karsten Dietrich Voigt oder „die rote Heidi“ Wieczorek-Zeul diskutierten in der SPD über „systemüberwindende Reformen“ und Gerhard Schröder nahm ausgerechnet auf einem Juso-Kongress in Bad Godesberg, für die SPD historischer Boden, sogar die als DDR-freundlich gescholtenen Anhänger der „Stamokap“-Jusos (Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus) vor der Parteiführung in Schutz. Die DKP pendelte bei Wahlen nur um die Ein-Prozent-Marke. So wurde die SPD zur Zielscheibe antisozialistischer Kampagnen der Rechten.

Als im Mai 1973 eine „Konzentration demokratischer Kräfte“ mit ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal Strauß als Hauptredner zu einer Veranstaltung *Freiheit oder Sozialismus* nach Wiesbaden einlud, blieb das noch ohne größere Beachtung. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg im April 1976 wurden zum Probelauf für die Bundestagswahl im Oktober. Der spätere Bundestagswahl-Slogan *Freiheit statt Sozialismus*, den die CSU in Bayern in der Fassung *Freiheit oder Sozialismus* plakatierte, bestimmte

<sup>3</sup> Wilhelm Röpke: Die Deutsche Frage, Erlenbach-Zürich, 3. Aufl. 1948, S. 324.

<sup>4</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.1982.

diesen Landtagswahlkampf. Der CDU-Ministerpräsident Hans Filbinger erklärte, es gehe darum „die Freiheit gegen den Sozialismus zu verteidigen“.

Die Wahlforschung ermittelte, dass diese Formel das einzige Schlagwort des Bundestags-Wahlkampfs war, das Resonanz in der Öffentlichkeit fand. Nebeneffekt dessen war, dass der Schlachtruf zur Mobilisierung des SPD-Lagers mehr beigetragen hatte als dessen eigene Lösungen. Befragungen ergaben, dass die Wähler, die sich mit dem Slogan mobilisieren ließen, keineswegs meinten, dass mit der Wahl über diese Alternative entschieden wurde. Appelliert wurde mit dem Slogan eher an ein Sekuritätsbedürfnis, an diffuse, systematisch spätestens seit 1933 gezüchtete antikommunistische Ängste sowie an Ressentiments aufgrund konkreter, millionenfacher persönlicher Negativerfahrungen mit Flucht, Vertreibung und SBZ/ DDR, die dann mancher pauschal dem Sozialismus zuschrieb. Seinerzeit gab es in Westdeutschland und international eine erstarkende Linke, insbesondere bei den Eurokommunisten. Vor diesem Hintergrund sprach sich das Unionswahlprogramm „gegen ein sozialistisch geprägtes Deutschland in einem von Volksfronten bedrohten Europa“ aus. Universitätsabsolventen, die sich zu Sozialisten entwickelt hatten, drängten in die Schulen, was vorrangig bei DKP-Mitgliedern mit dem von Sozialdemokraten initiierten „Radikalenerlass“ verhindert wurde. Eine CDU-Wahlkampfanzeige bildet ein [41:] leeres Klassenzimmer ab, an dessen Tafel Hammer und Sichel (übrigens, inspiriert vom berühmten Juristen Hans Kelsen, nach wie vor im Staatswappen Österreichs!) gezeichnet sind – Bildunterschrift „Wir werden nicht zulassen, dass Kommunisten unsere Kinder zu Kommunisten erziehen.“ Ein weiteres Inserat dieser Anzeigenserie enthüllt lapidar den Kern des Ganzen: „Warum CDU wählen: ... weil ich Angst vor dem Sozialismus habe.“

Suggeriert wurde, dass unter „Sozialismus“ auch Frustrationen über bildungspolitische Experimente in Hessen, wo Eltern sich über „Rahmenrichtlinien“ ärgerten, oder über sozialdemokratisch-bürokratische Kommunal-“Reformen“ abgeladen werden konnten: So verschwand damals vorübergehend Wetzlar, die Stadt des noch Goethe wohlbekannten Reichskammergerichts, von Landkarten und sollte zusammen mit der Nachbarstadt Gießen die als Kopfgeburt kreierte Stadt „Lahn“ bilden; Autokennzeichen war „L“. Es war die Zeit, in der Bundeskanzler Schmidt öffentlich bekannte, seine Stromrechnung nicht zu verstehen. Peter Glotz berichtete als SPD-Geschäftsführer in seinem Tagebuch, dass Arbeiter ihn fragten: „„Wollt ihr die Lehrlingsausbildung jetzt auch in den Schulen machen?“ Sie rechneten mir vor, dass sie von Steuern erdrückt werden; und meinten eigentlich die Sozialabgaben. Sie fluchen über Verwaltungs- und Gebietsreformen ... Und sie wüteten über den Papierkrieg, über die Computer, die falsche Daten auswerfen, über unfreundliche Beamte, eben über Funktionäre. Wenn ich dann verzweifelt sage: „Aber das ist doch kein Sozialismus, das ist doch Bürokratie, was ihr da beschreibt“, schauen sie mich ungläubig, mitleidig, achselzuckend an. Die Kampagne hat gewirkt ... die Gleichung: Sozialismus gleich Bürokratie gleich Strangulierung der Freiheit erscheint den Leuten plausibel.“

Eine Renaissance der *Freiheit oder Sozialismus-Kampagne* erlebte Anfang 2000 die Schweiz. Nach dem politischen Rechtsruck bei der Wahl Christoph Blochers reagierte dieser auf die Kritik der von ihm repräsentierten Positionen mit einer Standortbestimmung unter dem Motto *Freiheit oder Sozialismus*, die, versehen mit jener Hayek-Widmung, als „Aufruf an die Sozialisten in allen Parteien“ an alle Schweizer Haushalte verteilt wurde. Dieser mit Fußnoten – sie reichen vom „Schwarzbuch des Kommunismus“ über die Historiker Bracher und Furet bis zur Zeitung „Neues Deutschland“ – ver sehene Aufruf kann wohl als der modernste politische Einsatz dieses Schlagworts betrachtet werden.

[42:] Linke haben es ihren Gegnern oft erleichtert, Freiheit gegen Sozialismus auszuspielen. Karl Marx' hervorragende Analysen der sozialen Funktion von Menschenrechten bzw. bürgerlichen Freiheiten, beginnend mit der Schrift „Zur Judenfrage“, wurden dogmatisiert und so gedeutet, als würden mit dem Untergang des Kapitalismus auch alle bürgerlichen Freiheiten entbehrliech. Missachtet wurde, dass beim Übergang zum Sozialismus, bei Strafe des Nichtfunktionierens, auch eine Erbschaft bürgerlicher Demokratie übertragen werden muss, soweit diese von universalen menschlichen Bedürfnissen her strukturiert, historisch nicht ausgeschöpft, untrennbar mit der ökonomischen und sozialen Differenzierung der Gesellschaft verwoben oder ein allgemeingültiges Regulativ jeglicher Staatsmacht ist.

Es gab durchaus innersozialistische Diskussionen, die sich gerade möglichen Synthesen von errungenen bürgerlichen Freiheiten und Sozialismus widmeten. Die Gruppe „Socialisme ou Barbarie“ um Cornelius Castoriadis (1922-1997) mit der gleichnamigen Zeitschrift, die sich ständig der Thematik Freiheit und Sozialismus widmete, hatte nicht nur in Frankreich ab 1949 auf wichtige Teile der Linken Einfluss. Zu dieser Thematik erschienen zu Zeiten des Erstarkens der Linken eurokommunistische Schriften sogar in großen westdeutschen Verlagen.<sup>5</sup> Keines dieser Werke wurde in der DDR auch nur rezipiert. Der Höhepunkt der Diskussion war dort die Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 8. bis 10. März jenes turbulenten Jahres 1956 über „Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus“, auf der man sich auch explizit mit dem „Kongress für kulturelle Freiheit“ auseinander setzte. „Eines der zugkräftigsten ideologischen Schlagwörter ist das einer direkt fetischisierten Freiheit“, wurde von einem der Teilnehmer erklärt. Erregend kontroverse Debatten führten hierüber Konferenzteilnehmer, die später als unorthodoxe Sozialisten internationale Anerkennung fanden: Wilhelm Raimund Beyer, Ernst Bloch, Ernst Fischer, Roger Garaudy, Wolfgang Harich, Hans Heinz Holz, Leszek Kołakowski, Henri Lefebvre, Rudolf Schottlaender. Auch der alte Marxismuslehrer der Arbeiterbewegung und Mitgründer der KPD Hermann Duncker mischte sich in die Diskussion ein und zitierte aus Friedrich Engels Schrift „Grundsätze des Kommunismus“ den Passus: „Wir sind keine Kommunisten, welche die persönliche Freiheit vernichten und aus der Welt eine große Kaserne oder ein großes Arbeitshaus [43:] machen wollen. Wie haben keine Lust, die Gleichheit mit der Freiheit zu erkaufen.“ Das in den 70er Jahren in der DDR erschienene Lebensbild „Hermann Duncker – Lehrer dreier Generationen“ erwähnt zwar minutiös kleinste Reisen und Auftritte, jedoch mit keinem Wort Dunckers Teilnahme an dieser Freiheitskonferenz, deren Protokollband nach der Auflieferung an den Buchhandel im Spätherbst 1956 beschlagnahmt worden sein soll.

Engels’ Replik ist Beleg dafür, dass die Auseinandersetzung über *Freiheit oder Sozialismus* nicht an die Existenz sozialistischer Staaten gebunden ist, sondern bereits aus inneren Widersprüchen des Kapitalismus entsteht. Zweifellos kommt aber den Verfechtern der Parole zugute, dass Staaten des realen Sozialismus nicht zuletzt am Freiheitsdefizit untergingen.

Der pointierteste aktuelle Versuch, von links in diesen Alternativenstreit einzugreifen, ist die PDS-Programmdebatte um den Begriff „Freiheitsgüter“, die Michael Brie, einer der Mitauteuren des Programmewurfs, so zuspitzte: „Der Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland wurde möglich, weil die große Mehrheit der Bevölkerung sich vor die Alternative *Freiheit oder Sozialismus* gestellt sah und die Freiheit wählte. Und jene, die dies auch heute nur als Griff nach der D-Mark missverstehen, sollten wissen, dass auf dem dünnen Rand dieses Geldes die Worte eingeprägt waren: Einigkeit und Recht und Freiheit ... Nicht Freiheit oder Sozialismus, sondern sozialistische Politik als Politik der Befreiung, der Emanzipation, des Freiheitsgewinns“, um den Zugang „Zu den wichtigsten Freiheitsgütern moderner Gesellschaften“ zu eröffnen.

So lässt sich die Linke nicht in das Gefängnis der Scheinalternative einsperren, nach der die beste aller Welten bereits erreicht wäre und jeder sozialistische Ansatz unweigerlich als freiheitsfeindliche Diktatur enden würde. Mit der Erbschaft der Zeit 1917 bis 1989/90, im Wissen um gegangene Irrwege wie auch um verdrängte linke Alternativen, die immer wieder zum Vorschein gekommen waren, kann gezeigt werden, dass Alternativen zum kapitalistischen „Terror der Ökonomie“ (Viviane Forrester) durchaus denk- und praktizierbar sind.

<sup>5</sup> Umberto Cerronis Schrift „Marx und das moderne Recht“ (Frankfurt a. M. 1974) war in Italien allerdings bereits 1962 erschienen. Das Buch „Rousseau und Marx – Beiträge zur Dialektik geschichtlicher Strukturen“ von Galvano della Volpe (Darmstadt/Neuwied 1975) wurde in Italien seit 1956, dem Jahr des Entstalinisierungsparteitags der KPdSU, wiederholt aufgelegt.

[44:]

## ***Mehr Demokratie wagen***

*Von Ludwig Elm*

Es mag überraschen, dass nach zwei Jahrzehnten Bundesrepublik der Slogan *Mehr Demokratie wagen* mobilisierend wirken konnte, nachhaltig Resonanz – und schließlich seinen Platz in den Geschichtsbüchern – fand. Im offiziösen Selbstverständnis sieht sich die Bundesrepublik doch von Anbeginn als „zweite deutsche Demokratie“ nach der Weimarer Republik und unzweifelhaft stellte sie einen bürgerlich-parlamentarischen und rechtsstaatlichen Neubeginn nach dem Nationalsozialismus dar. Zugleich war jedoch die Verfassungswirklichkeit der 50er Jahre in hohem Maße von den restaurativen und konservativen Zügen der Staatsgründung und von einer autoritären Praxis des politischen Systems geprägt. Der Begriff der „Kanzlerdemokratie“ Adenauers bezeichnet kritisch diese Verhältnisse sowie das ihnen eigene restriktive, patriarchalisch-autoritäre Verständnis von Demokratie.

Die außerparlamentarischen Bewegungen der 60er Jahre hatten begonnen, diese verkrusteten Strukturen und deren hauptsächliche ideologisch-politische Voraussetzungen und Inhalte zu attackieren und in Frage zu stellen. Sie artikulierten basis- und radikaldemokratische Forderungen nach demokratischer Öffnung und Erneuerung des politischen Systems. Diese Initiativen blieben nicht ohne Auswirkung auf die Erwartungen an einen politischen Wechsel im Ergebnis der Bundestagswahl am 28. September 1969.

Aus dieser Wahl ging die Koalitionsregierung von SPD und FDP unter Bundeskanzler Willy Brandt hervor. Der FDP-Vorsitzende Walter Scheel wurde Vizekanzler und Außenminister. Als Regierender Bürgermeister von Berlin (1957-1966), Vizekanzler und Außenminister der Großen Koalition (1966-1969) und SPD-Vorsitzender seit 1964 war Brandt bereits international bekannt. In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 sagte er: „In den 70er Jahren werden wir aber in diesem Lande nur soviel Ordnung haben, wie wir an Mitverantwortung ermutigen. Solche demokratische Ordnung braucht außerordentliche Geduld im Zuhören und außerordentliche Anstrengung, sich gegenseitig zu verstehen. Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun.“ Brandt wandte sich ausdrücklich „an die im Frieden nachgewachsenen Generatio-[45:]nen“. Mitbestimmung und Mitverantwortung würden „eine bewegende Kraft der kommenden Jahre“ sein: „Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.“

CDU/CSU schieden erstmals seit 1949 aus der Bundesregierung aus. Dort hatten sie mit Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger in verschiedenen Koalitionen den Kanzler gestellt. Der Wechsel war kein zwingendes Resultat des Wahlergebnisses. Zwar hatte die SPD sich auf 42,7 Prozent verbessert; die Unionsparteien waren jedoch ungeachtet eines geringfügigen Verlustes mit 46,1 Prozent erneut stärkste Fraktion geworden. Die NPD erzielte als viertstärkste Partei 4,3 Prozent und wäre beinahe in den Bundestag eingezogen. Damit blieb der Union die Frage erspart, ob sie die Kanzlerschaft auch mit den Stimmen der Rechtsextremisten angestrebt hätte. Immerhin unterschied sich die NPD nicht unüberbrückbar vom langjährigen Koalitionspartner Deutsche Partei (DP).

Entscheidend für den Wechsel war das Verhalten der FDP. Sie hatte deutlich verloren und gelangte mit nur noch 30 gegenüber vorher 49 Sitzen ins Parlament. Seit 1961 (bis 1983) gab es nur noch drei Fraktionen im Bundestag. Nur in zwei Ausnahmesituationen war die Kleinste nicht als Mehrheitsbeschaffer benötigt worden: Als die Union 1957 die absolute Mehrheit erreichte und während der Großen Koalition von 1966 bis 1969. Die FDP hatte bei der Wahl des Bundespräsidenten am 5. März 1969 bereits eine Vorentscheidung getroffen. Der Kandidat der CDU/CSU, der konservative Politiker und langjährige Bundesminister, Gerhard Schröder, war für sie mehrheitlich nicht wählbar. In der Bundesversammlung entschieden die FDP-Stimmen, dass der von der SPD nominierte Gustav Heinemann als dritter Bundespräsident nach Theodor Heuss (FDP) und Heinrich Lübke (CDU) gewählt wurde.

Die eigentlichen Gründe für die Veränderungen im Herbst 1969 lagen jedoch nicht in zufälligen personellen Konstellationen. Es gab sowohl in den internationalen Beziehungen als auch in der

bundesdeutschen Gesellschaft Wandlungen, die zu einer Ablösung der konservativen Kräfte aus der Regierungsverantwortung drängten. Außenpolitisch zeichnete sich der Übergang zur Entspannungs- politik ab. Das betraf wesentlich vertragliche Regelungen zur friedlichen Koexistenz in Europa und damit insbesondere das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion, zur Volksrepublik Polen und Zur DDR. Die Unionsparteien verkörperten das Bekenntnis zu den deutschen Grenzen von 1937 und verweigerten eine Anerkennung [46:] der Oder-Neiße-Grenze; sie standen für die mit der Hallstein- Doktrin festgeschriebene Alleinvertretungsanmaßung und lehnten auf Normalisierung gerichtete Verhandlungen mit dem zweiten deutschen Staat ab. Die Symptome einer außenpolitischen Isolierung der BRD hatten sich verstärkt. Es wurde offensichtlich, dass CDU und CSU unfähig waren, ohne weiteren Zeitverlust die außenpolitische Handlungsfähigkeit des Landes unter den sich wandelnden Bedingungen fortzuentwickeln.

*Mehr Demokratie wagen* signalisierte jedoch vor allem die Bereitschaft, auf die Veränderungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik in den 60er Jahren zu reagieren sowie Forderungen und Impulse für neue Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten aufzunehmen. Dieser Zeitgeist speiste die mobilisierend wirkende Zielorientierung einer weitergehenden Demokratisierung.

Auch ein veränderter Umgang mit der NS-Vergangenheit war unumgänglich geworden. Der Eichmann-Prozess in Jerusalem 1960/61 und der erste Frankfurter Auschwitzprozess 1963-1965 hatten ein Umdenken unter großen Teilen der Bevölkerung und insbesondere unter der jüngeren Generation bewirkt. CDU/CSU und FDP scheiterten bei dem Versuch, 1965 sämtliche Nazi- und Kriegsverbrechen verjähren zu lassen. Rolf Hochhuth erlangte mit der Uraufführung seines Dramas „Der Stellvertreter“ im Theater am Kurfürstendamm am 20. Februar 1963 einen herausragenden Publizitätserfolg: Tabus um das Verhältnis von Papst Pius XII. zum NS-Regime zu brechen, bedeutete damals überhaupt, dem bisher vorherrschenden Verdrängen und Beschweigen entgegenzutreten. Wahlerfolge der 1964 gegründeten NPD, die 1966/67 in sechs Landtage eingezogen war und dies im April 1968 mit 9,8 Prozent der Stimmen in Baden-Württemberg fortsetzte, verliehen diesen Auseinandersetzungen zusätzliche Brisanz. Es erschien vielen Menschen im In- und Ausland als folgerichtig und begrüßenswert, dass der ehemalige antifaschistische Emigrant Brandt den früheren Mitarbeiter der nationalsozialistischen Auslandspropaganda, Kiesinger, als Regierungschef ablöste.

Gesellschaftspolitisch bedeutend waren die von der außerparlamentarischen Opposition ausgehenden Neuerungen und Umbrüche, bei denen ebenfalls antifaschistische Motive und die „Vergangenheitsbewältigung“ einen hohen Rang einnahmen. Das Spektrum der Auseinandersetzungen reichte von der Notstandsgesetzgebung bis zum Vietnam-Krieg und zu weiteren Themen der Dritten Welt, [47:] von der Bildungs- und Hochschulreform bis zur Neugestaltung der Beziehungen zu Osteuropa, die DDR eingeschlossen.

Auch an der Basis und im Umfeld der SPD hatten sich Plattformen und Initiativen zu Wort gemeldet, die weitergehende Erwartungen und Ziele an die Demokratie und die Verfassungswirklichkeit stellten. Waldemar von Knoeringen, Mitglied des Parteivorstands der SPD und Vorsitzender von diesem Bildungspolitischen Ausschuss, brachte 1966 mit einem Kreis jüngerer sozialdemokratischer Autoren – unter ihnen Peter Glotz – eine programmatiche Schrift für eine „Demokratiereform“ heraus. Sie war auch eine Erwiderung auf das im Vorjahr aus dem Umkreis von Kanzler Erhard vorgestellte autoritär-ständische Modell der „formierten Gesellschaft“: Das Abklingen ideologischer Gegensätze habe keineswegs politische Alternativen beseitigt. „Im Gegenteil: erst jetzt besteht die Möglichkeit, durch ernste Diskussion und Reform der Demokratie, den Sinn und Zweck moderner parteipolitischer Auseinandersetzung sichtbar zu machen und die *wirklichen* gesellschaftspolitischen Alternativen zu verdeutlichen. So ruht z. B. die CDU-Formel von der ‚formierten Gesellschaft‘ auf einer durchaus anderen Betrachtung des demokratischen Prozesses als die sozialdemokratische Konzeption der ‚sozialen Demokratie‘. Darum muss die Auseinandersetzung tiefer und gründlicher geführt werden.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Mobilisierung der Demokratie. Ein Beitrag zur Demokratiereform, vorgelegt von Waldemar von Knoeringen, Peter Glotz u. a., München 1966, S. 8.

Von den langjährigen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetzgebung gingen ebenfalls Anstöße für die Debatte um die Zukunft der Demokratie aus. Sie blieben auch wirksam, nachdem die Parteien der Großen Koalition die verfassungsändernden Notstandsgesetze am 30. Mai 1968 mit Zwei-Dritt-Mehrheit verabschiedet hatten. Die 1968 erschienene Studie Ralf Dahrendorfs über „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ förderte kritische Einsichten: „Die Chancen der liberalen Demokratie waren in einer deutschen Gesellschaft noch nie so groß, wie sie es in der Bundesrepublik Deutschland sind. Auch hier werden sie allerdings durch alte und neue Sozialentwicklungen noch vielfältig eingeschränkt. Wir müssen uns daher auch die Soll-Seite der sozialen Strukturen betrachten, die die Verfassung der Freiheit begründen. Dass die fehlenden gesellschaftlichen Grundlagen der staatsbürgerlichen Gleichheit hier einen beträchtlichen Posten ausmachen, haben wir schon gesehen.“<sup>2</sup> Auch andere Bereiche zwangen zu kritischen Fragen, zumal „die Last der illiberalen Vergangenheit durch neue, spezifisch moderne Tendenzen der Illiberalität weiter verstärkt“ werde.

[48:] Noch kritischer fiel die Bestandsaufnahme zum „CDU-Staat“ und seinen Defiziten an gelebter Demokratie in einem erstmals 1967 erschienenen Sammelband aus. In der „nach den Erfahrungen der Großen Koalition, den legalisierten Notstandsgesetzen, der außerparlamentarischen Protestbewegung“ überarbeiteten zweiten Auflage von 1969 hieß es einleitend: „Ein CDU-Staat ist die Bundesrepublik insofern geblieben, als politisch wirksames Handeln, programmatische Leitsätze und Verschleierungen der um die CDU/CSU gruppierten Interessen nach wie vor die spezifische Gestalt des westdeutschen Staats als Teil der ‚westlichen‘ Welt prägen. Wer gleichwohl dafür hält, dass wir ja auch einen SPD- oder FDP-Staat hätten, mag durchaus Recht haben; weder von diesen noch von anderen etablierten Gruppen werden die von der CDU/CSU vertretenen ökonomischen, sozialen und politischen Maßstäbe, ideologischen Konzepte und gesellschaftlichen Inhalte ernsthaft und nachhaltig in Frage gestellt oder gar gefährdet.“<sup>3</sup>

Anfang der 70er Jahre signalisierten Veröffentlichungen aus dem linken sozialdemokratischen Spektrum, dass die Verheißung *Mehr Demokratie wagen* nach der Bildung der sozialliberalen Koalition keineswegs im Selbstlauf Wirklichkeit werde. Wilhelm Ribhegge stellte im sozialdemokratischen „Vorwärts“ vom 21. Januar 1971 „Mutmaßungen über den Trend“ an. Die Selbstdarstellung der SPD bleibe im Unterschied zur „Rechtsprofilierung der CDU“ vage und blass; als Regierungspartei wirke sie verschämt und verschüchtert. „In der politischen Programmatik distanziert sie sich mehr von den Jungsozialisten in den eigenen Reihen als von der CDU.“ Die SPD müsse die Wählerschaft „für Reformen und gegen den gesellschaftlichen status quo mobilisieren“.

Die an der Nahtstelle zwischen Ost und West gelegene Bundesrepublik bedürfe glaubwürdiger friedenspolitischer Bemühungen, schrieb Rolf Seeliger als Herausgeber eines Sammelbandes. Sie bedarf ferner „politischer Initiativen, die in Anerkennung der grundsätzlichen Entwicklungstendenzen unserer Zeit einen handlungsfähigen, mit Reformwillen ausgestatteten Staat gestalten, der ein Mittel ist, um die Interessen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen, Demokratisierung in allen Bereichen der Gesellschaft zu bewirken und die Demokratie in unserem Lande zu sichern.“<sup>4</sup> Die Autoren – unter ihnen Karl-Heinz Hansen, Björn Engholm und Peter Glotz – wandten sich Problemfeldern und Herausforderungen zu wie Demokratisierung der Wirtschaft, Verwirklichung des Sozialstaats, Vermögensverteilung („ein öffentlicher Skandal“), Bildung und Reform der Massenmedien, „Parlamentarismus kritisch betrachtet“ und Kommunalpolitik, die Jungsozialisten als „die SPD der achtziger Jahre“ sowie Auseinandersetzung mit den sich formierenden rechtsgerichteten Kräften“.

Im folgenden Jahr griff Ribhegge das inzwischen geflügelte Wort als Thema eines Beitrags wieder auf: „*Mehr Demokratie wagen – Überlegungen zu einer neuen SPD-Wahlkampfstrategie.*“ Seine

<sup>2</sup> Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968, S. 472.

<sup>3</sup> Der CDU-Staat 1. Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. Hg. v. Gert Schäfer/Carl Nedelmann, Frankfurt a. M. 1969, S. 7.

<sup>4</sup> Rolf Seeliger: Vorbemerkungen. In: *Quo vadis SPD? Aktuelle Beiträge zur Mobilisierung der Sozialdemokratie*. Hg. v. Rolf Seeliger, München 1971, S. 7 f.

Vorschläge sollten helfen, sich von „den SPD-Bundestagswahlkämpfen der 60er Jahre“ abzusetzen. Politische Einstellungen in der Bevölkerung seien veränderbar: „Solange sich die SPD jedoch darauf beschränkt, ihre politischen Aussagen dem vorherrschenden Konservatismus anzupassen, ist es völlig ausgeschlossen, dass sie jemals eine solide Mehrheit für eine sozialdemokratische Politik erhalten wird.“<sup>5</sup>

Der „Radikalenerlass“ des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. Januar 1972 ließ die kritisierte Tendenz offenkundig werden. Die antidemokratische Funktion des Erlasses ergab sich aus einer primär antikommunistischen, extensiv gegen linke und linksliberale Vorstellungen und Positionen gerichteten Zielstellung. Die zunächst rigorose Durchsetzung von Berufsverboten erfolgte nicht zufällig in einer Phase, als Absolventen der Jahre des studentischen Aufbegehrens gegen konservativ-nationalistische Überlieferung und systemkonforme Formierung die Hochschulen verließen.

Vorausgegangen war die Entschließung von Parteivorstand, Pareirat und Kontrollkommission der SPD „Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus“ vom 26. Februar 1971, in der vor allem die grundsätzlich unvereinbaren Positionen beider Strömungen dargestellt worden waren. Den erklärten demokratischen Zielen abträglich war der Beschluss, die Führungsgremien der SPD „erwarten von allen Mitgliedern der Partei die unmissverständliche Respektierung des Beschlusses über die Unvereinbarkeit von Aktionsgemeinschaften mit kommunistischen Organisationen, welcher Richtung auch immer“.

Brandt überstand das von den Unionsparteien initiierte konstruktive Misstrauensvotum am 27. April 1972 und führte die Koalition in der vorgezogenen Bundestagswahl vom 19. November 1972 Zu einem deutlichen Sieg und zu einer klaren Mehrheit. Sein im Verlauf der Guillaume-Affäre im Mai 1974 erklärter Rücktritt als [50:] Bundeskanzler und der Wechsel im Amt zu Helmut Schmidt signalisierten, dass von dem verheißungsvollen Aufbruch *Mehr Demokratie wagen* mehr unerfüllte Erwartungen als wirkliche Veränderungen geblieben waren. Die seitherige Entwicklung zeigt, dass demokratische Rechte und Freiheiten immer wieder gefährdet sind. Seit dem 11. September 2001 werden terroristische Anschläge auch seitens einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung benutzt, um die Instrumente der Überwachung und Repression auszubauen und dafür erneut Grundrechte der Bürger einzuschränken. *Mehr Demokratie wagen* bleibt eine gültige Parole, um unter Einbeziehung von möglichst vielen Menschen die Chancen der Demokratie immer neu zu verteidigen und zu nutzen.

---

<sup>5</sup> SPD 72. Neue Beiträge zur Mobilisierung der Sozialdemokratie. Hg. v. Rolf Seeliger, München 1972, S. 95

## ***Wir sind das Volk***

*Von Ludwig Elm*

Ab Spätsommer 1989 trat die Krise der DDR in ihre akute Phase. Darin kulminierte die seit Jahren unzureichende ökonomische Effizienz und mangelnde Innovationsfähigkeit, die autoritäre Erstarrung des politischen Systems und die geistig-kulturelle Stagnation und Repression. Gleichartige Erschütterungen, Umbrüche und Erneuerungsbestrebungen in allen osteuropäischen Ländern verdeutlichten, dass es sich um einen Teil eines weltgeschichtlichen Vorgangs, um das internationale Scheitern des seit 1917 aufgekommenen realsozialistischen Gesellschafts- und Herrschaftsmodells handelte. Der sprunghafte Anstieg der Fluchtbewegung signalisierte die nunmehr unumkehrbar werdenden Veränderungen. Die während einer Erkrankung Erich Honeckers nahezu gelähmte und dann wesentlich mit den Veranstaltungen anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR befasste „Partei- und Staatsführung“ zeigte sich unfähig, ernst zu nehmende Reformschritte und eine politische Öffnung nach innen und außen einzuleiten. Selbst die Entfremdung gegenüber der eigenen Parteibasis, immerhin weit über zwei Millionen Mitglieder, vertiefte sich.

Eine fortgeschrittene Stufe der Formierung oppositioneller Kräfte offenbarte sich ab September, als „Aufbruch 89 – Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“ (DJ) und „Demokratischer Aufbruch“ (DA) [51:] gegründet wurden. Die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) konstituierte sich am 7. Oktober in Schwante bei Berlin „nach einer mitreißenden, aber unklaren Rede von Markus Meckel“.<sup>1</sup> Einer gemeinsamen Erklärung vom 4. Oktober 1989 zufolge, band diese neuen Zusammenschlüsse und weitere Gruppen der Wille, Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten.

In Leipzig kam es am 4. September i 989 zur ersten Montagsdemonstration nach den Sommerferien, an der sich nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche etwa 1000 Menschen beteiligten. Ungeachtet der Gegenmaßnahmen der SED-Leitungen und der Behörden fanden diese Demonstrationen nunmehr wöchentlich und mit wachsendem Zuspruch statt. Ab Ende September waren sie als Großdemonstrationen auf dem Leipziger Ring im In- und Ausland unübersehbar geworden. Zunehmend entwickelten sich ähnliche Demonstrationen und Kundgebungen in weiteren Städten; gefordert wurden vor allem Reformen, freie Wahlen, Beendigung des Machtmonopols der SED, Presse- und Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit sowie Reisefreiheit.

Ab Anfang Oktober nahm auf den dramatisch angewachsenen Demonstrationen in Leipzig und anderswo die Lösung *Wir sind das Volk* einen bestimmenden Platz ein. Sie korrespondierte mit Parolen und Forderungen wie: „Das Volk sind wir – gehen sollt ihr“, „Alle Macht dem Volke – nicht der SED“, „Wir bleiben hier“, „SED allein – das darf nicht sein“, „Keine Gewalt“, „Freiheit, freie Wahlen“, „Keine Kosmetik, sondern Reformen“, „Demokratie – jetzt oder nie“, „Rechtssicherheit spart Staatsicherheit“, „Reisepass für jedermann – Laufpass für die SED“, „Privilegien für alle“, „Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei“. Das Bekenntnis selbst war schon einmal in einer revolutionären Situation formuliert worden: Ferdinand Freiligrath dichtete im Juni 1848:

„Nur was zerfällt, vertretet Ihr!  
Seid Kasten nur, trotz alledem!  
Wir sind das Volk, die Menschheit wir  
Sind ewig drum, trotz alledem!“

Die Kundgebung am 4. November auf dem Alexanderplatz in Berlin, an der etwa 600.000 Menschen teilnahmen, bildete den Höhepunkt im Auftreten der demokratischen Bewegungen im Herbst 1989. Der Fall der Mauer am 9. November wurde das weltpolitisch spektakulärste Ereignis; er leitete zu wesentlich veränderten Bedingungen der Auseinandersetzungen in der Folgezeit über. Nach dem bereits im [52:] Oktober erzwungenen Rücktritt von Honecker und anderen ging es um die personelle und substanzielle Fortsetzung des Erneuerungsprozesses und die radikale demokratische Reformierung der DDR. Bis Ende November traten Forderungen nach deutscher Einheit auf den Demonstrationen und

<sup>1</sup> Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt a. M. 195, S. 66.

Kundgebungen nur vereinzelt auf. *Wir sind das Volk* brachte hauptsächliche Empfindungen und Erwartungen von Millionen zum Ausdruck und signalisierte, dass die Flucht aus der DDR nicht mehr als hauptsächlicher, vorwiegend individueller Lösungsweg angesichts der angestauten Probleme angesehen und akzeptiert wurde.

Das Bekenntnis bedeutete, sich gegen das autoritäre, antiliberale und vielfach auch diktatorisch gewordene politische System und die darin selbstherrlich agierende Partei- und Staatsbürokratie aufzulehnen. Die Geduld war erschöpft, sich weiter in allen wesentlichen Belangen bevormunden und entmündigen sowie zu den sich verschärfenden Problemen weiter den Mund verbieten zu lassen. Die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an sozialistische Demokratie sollten ernst genommen und die Dinge im Lande grundsätzlich geändert und zum Besseren gewendet werden. Es ging darum, endlich unter eigenverantwortlicher und freier öffentlicher Mitsprache sowie mit echten Chancen der Mitwirkung gemeinsam Wege aus der Sackgasse zu suchen. Das war auch die Intention des am 28. November 1989 von dem Schriftsteller Stefan Heym in Berlin vorgestellten Aufrufes „Für unser Land“, in dem eine reformierte DDR als sozialistische Alternative zur Bundesrepublik angesehen wurde.

In einer frühen Darstellung jener dramatischen Ereignisse hieß es einleitend: „Wir sind das Volk“ – dieser schlichte Satz hat Weltgeschichte gemacht. Er bündelte unterschiedliche Interessen zu gemeinsamem Aufbegehren, er diente als Sprengkraft und als Programm. Seine Signalwirkung röhrt aus vier Jahrzehnten Propaganda her, in denen eine sich immer mehr vom Volk entfernde Führung immer lauter behauptete, alles für das Volk zu tun, ganz in seinem Sinne zu handeln. Dem setzten Hunderttausende ein klares Zeichen entgegen. Sie sprachen der Führung mit diesem einen Satz jede Legitimation ab, denn nur aus der Behauptung, Sachwalter der Volksinteressen zu sein, leitete sich ihr Herrschaftsanspruch ab, der durch keine ehrlichen Wahlen untermauert war. Das Volk nahm seine Entmündigung nicht länger hin.“<sup>2</sup>

*Wir sind das Volk* drückte ein radikaldemokratisches und weithin basisdemokratisches, staatsbürgerliches Bewusstsein aus. Das war [53:] gegenüber der Art und Weise, wie bisher politische Herrschaft in der DDR ausgestaltet und gehandhabt wurde. Ein unmittelbares Ergebnis bestand darin, dass auf Antrag aller zehn Fraktionen der Volkskammer am 1. Dezember 1989 der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen wurde. Zwangsläufig kam das Staatssicherheitssystem als hauptsächliches Repressionsinstrument der SED-Führung zunehmend in die Kritik und es wurde immer entschiedener gefordert, seine Tätigkeit offen zu legen und beenden sowie seine Strukturen aufzulösen.

Es gelang jedoch ungeachtet des im Spätherbst eintretenden Machtvakuums nicht, dauerhaft ein demokratisch legitimiertes, geschichtliches Subjekt im Sinne des ursprünglichen radikaldemotischen Anspruchs zu formieren und es zu einem wirkungsmächtigen Handeln gelangen zu lassen. Dieses Defizit hatte unmittelbare, aber auch erhebliche mittel- und langfristige Auswirkungen. Es beeinträchtigte ab Ende 1989/Anfang 1990 die Interessenvertretung der ostdeutschen Bevölkerungsmehrheit und schwächte die Positionen der DDR auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur staatlichen Einheit. Zugleich wurde damit das wirtschaftliche, politische und ideologisch-kulturelle Übergewicht der alten Bundesrepublik im staatlich vereinten Deutschland für viele Jahre in einer Weise verstärkt, dass sowohl demokratische, rechtsstaatliche und emanzipatorische Erwartungen des Aufbruchs vom Herbst 1989 als auch elementare Ansprüche auf Gegenseitigkeit, Gleichberechtigung und ein neues Miteinander seit dem 3. Oktober 1990 auf lange Zeit weithin unerfüllt blieben und zu Enttäuschungen und neuen Abgrenzungen führten.

Das Aufkommen der Lösung „Wir sind *ein* Volk“ in den Demonstrationen ab Anfang Dezember 1989 verriet den Stimmungsumschwung unter einem großen Teil der Ostdeutschen, auf den auch die neu gewonnenen Erfahrungen und Chancen seit der Maueröffnung einwirkten. Bei der Leipziger Montagsdemonstration am 11. Dezember überwog bereits der Ruf nach Wiedervereinigung. Zunächst wurde noch Widerspruch artikuliert, darunter mit Aussagen wie „Wir lassen uns nicht BRDigen“,

---

<sup>2</sup> Hannes Bahrmann/Christoph Links: *Wir sind das Volk. Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989. Eine Chronik*, Berlin/Weimar/Wuppertal 1990, S. 5.

„Kein Ausverkauf der DDR“, „Wider Vereinigung“. Als ab dem Jahreswechsel 1989/90 die Staatliche Vereinigung zunehmend als absehbare reale Möglichkeit begriffen wurde, beschleunigte sich der vorherrschende politische Trend und ließ mit den Reformplänen für die DDR auch das machtvolle *Wir sind das Volk* Geschichte werden.

[54:] Der Wechsel von *Wir sind das Volk* zu „Wir sind *ein* Volk“ war der Übergang von einer radikaldemokratischen Position zu einer nationalistischen, insofern sie das nationale Moment – die mögliche staatliche Vereinigung – zur Schlüsselfrage erklärte und die anstehenden sozialen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Fragen in ihrem Rang abwertete. Zugleich war das nicht schlechthin Äußerung von Nationalismus, da die staatliche Vereinigung – die nationale Form – von der Mehrheit der Ostdeutschen nicht primär als Gebot nationaler Identität, als unabdingbare ethnisch-kulturelle Zusammengehörigkeit oder gar im Sinne großdeutscher Ambitionen erstrebt wurde. Für sie ging es vorrangig um den Zugang sowohl zu bisher verweigerten oder wesentlich eingeschränkten politischen Rechten und Freiheiten als auch zu einem qualitativ höherem und anderem Lebensstandard. Als Wolfgang Schäuble erläuterte, warum er mit einem Buchtitel auf den von Johannes R. Becher verfassten Text der Nationalhymne der DDR zurückgriff, erinnerte er an jenen Wendepunkt: „Als aber in der Zeit der Wende der Ruf ‚Wir sind das Volk‘ in ‚Wir sind ein Volk‘ überging, da scheute kein Mensch davor zurück, ihren bekanntesten Vers zu zitieren: ‚Deutschland, einig Vaterland‘.“<sup>3</sup>

Dem Wechsel des leitenden politischen Motivs entsprach auch eine Veränderung der soziokulturellen Struktur der Demonstrationen, ihrer hauptsächlichen Initiatoren und Teilnehmer: „Während [55:] im Oktober und Anfang November eher die alternative Szene, Studenten und junge Intellektuelle das Bild prägten, die sich inzwischen in den Führungsgremien der neuen Oppositionsparteien, in unabhängigen Arbeitsausschüssen und am ‚Runden Tisch‘ wiederfinden, beherrschen auf der Straße jetzt junge Arbeiter das Geschehen. Sie bringen auch andere Interessen zur Geltung.“<sup>4</sup> Ähnlich wird es in einer späteren Darstellung charakterisiert: „Kirchen, Friedens-, Umwelt- und Bürgergruppen, darunter viele Intellektuelle, die für die Eigenständigkeit und die Souveränität der DDR eintreten, ziehen sich enttäuscht von den Kundgebungen zurück. Oft werden sie von den Befürwortern der Wiedervereinigung ‚ausgepfiffen‘“. Den Auftakt zu diesem Abstieg der Bürgerrechtsbewegung hatte bereits der 9. November 1989 markiert: Nachdem wichtige Freiheitsrechte und die Grenzöffnung erkämpft worden waren, hatten die basisdemokratischen Reformgruppen den Zenit ihres Einflusses zugleich überschritten.“<sup>5</sup>

Der Übergang in die Richtung staatlicher Einigung führte zum Verlust an Einfluss dieser Bewegungen. Sie waren nicht nur mit dem etablierten politischen System der Bundesrepublik und den Ambitionen von dessen tragenden wirtschaftlichen und politischen Kräften kaum vereinbar. Die Bundesrepublik war von ihren Ursprüngen und Grundlagen her erklärtermaßen als „repräsentative Demokratie“ gegen solche Bestrebungen entstanden und hatte sich in der Abwehr plebiszitärer Demokratie sowie radikal- bzw. basisdemokratischer Bewegungen entwickelt. Deren rascher Bedeutungsverlust auf dem Weg zur staatlichen Einheit und erst recht nach dem Beitritt der DDR zur BRD war die unvermeidliche Folge der Bedingungen und des Charakters dieser Vereinigung.

Die seither verbreitete euphorische Würdigung der „friedlichen Revolution“ vom Herbst 1989 wird den geschichtlichen Verläufen nur bedingt gerecht. Es sollte nachdenklich stimmen, dass sie selbst Von rechtskonservativen Kreisen gefeiert wird, die Revolutionen prinzipiell skeptisch bis feindselig gegenüberstehen, die vor allem aber im eigenen Herrschaftsbereich demokratischen Volksbewegungen, basis- und radikaldemokratischen und sogar selbstbewussten gewerkschaftlichen Bestrebungen ablehnend begegnen. Tatsächlich war im Herbst 1989 in der DDR eine revolutionäre Situation entstanden, die ein Machtvakuum entstehen ließ und in der aktiv handelnde Bewegungen und Gruppen eine entschiedene demokratische Reformierung und Erneuerung der DDR anstrebten. Das führte zu

<sup>3</sup> Wolfgang Schäuble: *Und der Zukunft zugewandt*, Berlin 1994, S. 9.

<sup>4</sup> Hannes Bahrmann/Christoph Links, a. a. O., S. 195.

<sup>5</sup> Hans Georg Lehmann: *Deutschland-Chronik 1945 bis 2000*, Bonn 2000, S. 385 (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 366).

einem [56:] Übergangsregime in Gestalt der Regierung unter Hans Modrow, des Runden Tisches und der Verbindung beider durch Kabinettsmitglieder aus den größeren Oppositionsgruppen. Die offiziöse Schwärmerie von der „friedlichen Revolution“ ist wesentlich antikommunistisch geprägt und bedeutet – wie auch die nachfolgende Entwicklung in der größer gewordenen Bundesrepublik illustriert – in der Regel keine Bereicherung der demokratischen Substanz und Programmatik der Parteien und Gruppierungen, die die Formel so leicht im Mund führen.

Das Votum des am 7. Dezember 1989 konstituierten Runden Tisches auf seiner letzten Tagung am 12. März 1990, den Einigungsprozess nicht durch Beitritt der DDR und die bloße Übertragung des Grundgesetzes, sondern bei Wahrung der Gleichberechtigung beider Staaten und des Selbstbestimmungsrechtes aller Bürger zu vollziehen, wurde schließlich ebenso wie der gemeinsam erarbeitete Entwurf für eine neue Verfassung verworfen. Der Sieg der konservativen „Allianz für Deutschland“ in der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 verstärkte alle Tendenzen und Bestrebungen zum baldmöglichen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG, der zum 3. Oktober 1990 vollzogen wurde. Die neuerliche Entmündigung wurde darin sichtbar, dass der 1949 in das Provisorium Grundgesetz eingefügte Art. 146 missachtet und gestrichen wurde: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen wird.“ Die historische Chance wurde vertan, durch die Verwirklichung dieses Auftrags erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik zu einer durch die Entscheidung des Volkes und als Willensakt zur staatlichen Einigung von unten angenommenen Verfassung zu gelangen.

## KAPITEL

# KRIEGERLÄRM UND FELDGESCHREI

### *Gott mit uns*

*Von Peter Franz*

Wer zu den Wurzeln dieser bis zum Überdruss strapazierten Formel vordringen will, muss ihre erstmalige Erwähnung in der Bibel, genauer im Ersten („Alten“) hebräisch verfassten Testament – in christlicher Terminologie –, besser gesagt in der jüdischen Tora, zur Kenntnis nehmen.

#### *Der biblische Befund*

Ereignis-Hintergrund für die Entstehung dieses Slogans ist eine weltgeschichtliche Situation, wie sie häufiger vorkommt. Ein imperiales Großreich (Assyrien) schickt sich im Jahre 733 v. u. Z. an, seinen Machtbereich zu erweitern, indem es sich benachbarte kleinere Territorien zu unterwerfen gedenkt. Zwei der akut bedrohten Kleinstaaten (Syrien und Ephraim) beschließen, ein Militärbündnis zu schmieden, um dem potentiellen Aggressor chancenreicher widerstehen zu können. Dazu fordern diese einen dritten kleinen Staat (Quda) auf, sich ihnen anzuschließen. Doch Juda versagt sich in kluger Chancenabwägung dieser aussichtslosen Militärpolitik, weil es nicht in die zu erwartende Katastrophe hineingezogen werden will, die ein Krieg mit Assur bedeuten würde. Soweit – so gut.

Doch nun droht ihm eine ganz andere Gefahr von einer weiteren Möglichkeit, auf eine solch bedrohliche Situation zu reagieren. Angesichts einer beginnenden Strafexpedition der verprellten kleinen Nachbarn, die nach der Verweigerung Judas, mit ihnen gegen Assyrien zu paktieren, einen König ihrer Wahl in Juda einsetzen wollen, gerät König Ahas von Juda in Panik. In dieser machtpolitischen und machtpsychologischen Gemengelage tritt der Prophet Jesaja mit seinem Ruf zum Glauben auf, der untrennbar mit dem Rat zu einer konkreten politischen Ethik verbunden ist:

[58:] Im Buch Jesaja (Kapitel 7) kündigt der gleichnamige Prophet, der auch als Autor dieses Teils des Jesaja-Buches gilt, dem König Ahas von Juda die Geburt eines Knaben an, dessen Name bereits neues Vertrauen des Gottesvolkes in seinen Gott bewirken soll: „Darum wird euch der Herr selbst ein Zeichen geben: Siehe, eine Jungfrau ist schwanger und wird einen Sohn gebären, den wird sie nennen Immanuel, d. h. Gott mit uns! Butter und Honig wird er essen, bis er weiß, Böses zu verwerfen und Gutes zu erwählen. Denn ehe der Knabe lernt Böses verwerfen und Gutes erwählen, wird das Land verödet sein, vor dessen zwei Königen dir graut.“ (7,14-16)

Der Sinn dieser Aktion besteht darin, den jüdischen König und seine Administration zu einer selbstbewussten Politik kluger Zurückhaltung gegenüber falschen machtpolitischen Optionen zu bewegen. Weil in der Antike Eigennamen nicht nur zur Personenerkennung dienen, sondern zugleich etwas über die Bedeutung und Berufung dieses Menschen aussagen, hat der Name „Immanuel = Gott mit uns“ den Sinn, Ahas vor einem in den Augen Jesajas falschem Schritt zu bewahren, nämlich im vorauseilenden Gehorsam sich dem übermächtigen Assyrerkönig Tiglat-Pileesar III. zu unterwerfen, auch wenn er befürchten muss, gleich den beiden Nachbarstaaten von diesem mit militärischer Gewalt unterworfen zu werden. Die Botschaft lautet in Parenthese: Hab doch Vertrauen zu dem Gott der Väter und der Gebote, denn er kann auch dem Gewaltpotential einer Supermacht Einhalt gebieten. Unterwirf dich nicht voreilig, denn „Gott wird mit dir sein!“ – („Immanuel“). Ahas kann jedoch kein Vertrauen aufbringen in diese prophetische Ermunterung zur Furchtlosigkeit – zugleich Unglaube gegenüber dem aufrichtenden Gotteswort, dem man in der Bibel auf Schritt und Tritt begegnet. Jesaja teilt dieses Los mit manchen anderen Propheten, auf die das Gottesvolk permanent nicht hören will: „Kein Prophet gilt etwas in seinem Vaterland.“ (Lukas 4,24) Und so nimmt seinen Lauf, was Jesaja mit seiner Immanuel-Figur zu seinem Bedauern nicht verhindern kann.

Ahas unterwirft sich schließlich den Assyrern in vorauseilendem Gehorsam gegenüber dem vermeintlichen „Sachzwang“, der zugleich Ungehorsam gegenüber dem vernommenen Prophetenwort ist. Nun wird aus Juda auf Jahrzehnte ein Vasallenstaat, während die Syrer und Ephraimiten militärisch vernichtet und unterworfen werden.

Doch obgleich also diese Verkündigung des Propheten ein absoluter Misserfolg wurde, verstummt sein Mund auch in Zukunft nicht. [59:] Zwei Kapitel weiter, im Kapitel 9, kündigt er ein weiteres Mal das Kommen eines Menschen an, der Gottes Vertrauen genießen soll und dem jüdischen Volk Frieden und Wohlfahrt bringen wird, wenn es bereit wäre, ihm zu vertrauen. Diesmal ist das Prophetenwort so drängend formuliert, dass das beschriebene Geschehen nicht im Futurum, sondern in der Zeitform des Perfekt verkündet wird: „Denn uns ist ein Kind geboren, ein Sohn ist uns gegeben, und die Herrschaft ruht auf seiner Schulter; und er heißt Wunder-Rat, Gott-Held, Ewig-Vater, Friede-Fürst; auf dass seine Herrschaft groß werde und des Friedens kein Ende auf dem Thron Davids und in seinem Königreich, dass er's stärke und stütze durch Recht und Gerechtigkeit von nun an bis in Ewigkeit. Solches wird tun der Eifer des Herrn Zebaoth.“ (9,5-6)

Erst viel später wird den Assyrern Einhalt geboten, als Babylon zur neuen Großmacht aufsteigt, die nun das machtpolitische Geschehen im Vorderen Orient dominiert, ohne dass sich an der Untertanenrolle des jüdischen Volkes Entscheidendes ändern sollte.

Mit dem Eintritt des Christentums in die Welt der Religionen gelangt die prophetische Ansage des Jesaja noch einmal in einen neuen Wirkungszusammenhang. In der Geburtsgeschichte Jesu nach dem Evangelisten Matthäus (allerdings nur bei ihm, nicht auch bei den drei anderen Evangelisten) deutet dieser die Ankündigung der Geburt von Jesus durch den Engel des Herrn als eine Erfüllung jener Jahrhunderte zuvor ergangenen Prophetie des Jesaja: „Das ist aber alles geschehen, damit erfüllt würde, was der Herr durch den Propheten gesagt hat, der da spricht: ‚Siehe, eine Jungfrau wird schwanger sein und einen Sohn gebären, und sie werden ihm den Namen Immanuel geben‘, das heißt übersetzt: Gott mit uns.“ (Matthäus 1,22-23).

Dass der von seinen späteren Anhängern als Gottessohn Gegläubte tatsächlich den inhaltlich ähnlichen Namen „hebr. Jeschuaah, lat. Jesus“ = „Gott rettet“ erhalten hat, betrachtet der Evangelist als geschehene Erfüllung der heilsgeschichtlichen Prophetie aus alten Tagen.

#### *Die Fortwirkung im biblisch-jesuanischen Sinne*

Dieses Immanuel-Motiv durchzieht seither in vielgestaltiger Form die christlich geprägte Völkergeschichte, die Politikgeschichte wie die Kulturgeschichte des so genannten christlichen Abendlandes. Dabei [60:] sind zwei unterschiedliche, ja denkbar gegensätzliche Tendenzen zu beobachten. Die eine Tendenz bewahrt in geradliniger Weise den Immanuel als den „Gott mit uns“ nach Matthäus 1 und zugleich verheißenen „Friede-Fürsten“ nach Jesaja g. Immer wieder haben sich religiös-christlich motivierte Menschen unterschiedlichster Denominationen und Konfessionen an dem Trost-Charakter der alten Jesaja-Verheißung orientiert, d. h. der Selbstbehauptung durch Gewaltanwendung widerstanden.

Mit einem 1653 entstandenen Choral des Liederichters Paul Gerhardt nach einer 1539 komponierten Melodie Martin Luthers singen evangelische Christen: „Wir singen dir, Immanuel, du Lebensfürst und Gnadenquell, / du Himmelsblum und Morgenstern, du Jungfrauunsohn, Herr aller Herrn.“ (EG Nr. 543) Eines der eindrucksvollsten Zeugnisse dieser Überlieferung hat Johann Sebastian Bach (1685-1750) in seinem Weihnachtsoratorium vom Jahre 1734 für Christen wie Nicht-Christen hinterlassen. In seinem Bass-Rezitativ und Arioso Nr. 38 heißt es:

Immanuel, o süßes Wort!  
Mein Jesus heißt mein Hort,  
mein Jesus heißt mein Leben.  
Mein Jesus hat sich mir ergeben,  
mein Jesus soll mir immerfort  
vor meinen Augen schweben.  
Mein Jesus heißtet meine Lust,  
mein Jesus labet Herz und Brust.

Dieser Jesus war der authentische Friedensbringer der Bergpredigt, der Gerechtigkeit und Nächstenliebe predigt, kriegerischer Gewaltanwendung widerspricht und den Sanftmütigen das Wohnrecht auf der Erde verspricht.

Nicht wenige Eltern haben ihren Kindern diesen Namen gegeben, um damit ihre eigene oder die von diesen Nachkommen erhoffte Bindung an den *Gott mit uns* zum Ausdruck zu bringen. Zu den bekannteren zählen z. B. der Philosoph Immanuel Kant. (1724-1804) oder der Dichter Emanuel Geibel (1815-1884).

Selbstverständlich wurden im Verlauf der Kirchengeschichte unzählige christliche Bau- und Kunstwerke in vielgestaltigster Form mit diesem Motto geschmückt, das auch heute noch in zahlreichen Kirchen, u. a. an Altären und Kanzeln, betrachtet werden kann.

[61:]

#### *Die Fortwirkung im blasphemisch-chauvinistischen Sinne*

Leider hat die Immanuel-Weissagung des Jesaja nicht nur kulturvolle und zivilisierende Wirkungen wie die oben beschriebenen hervorgebracht, sondern auch eine gegensätzliche Tradition begründet. Das „Gott mit uns“-Motiv konnte auch in einem höchst eigensüchtigen und evangeliumsfernen Sinne missbraucht werden. Als solches ist es vermutlich wesentlich geschichtsmächtiger geworden als das andere. Mit dem Wort „Gott“ auf den Lippen, genauer mit der Instrumentalisierung von Glauben und Theologie für höchst eigennützige Zwecke, ging ein umfangreicher und verzweigter Missbrauch dieses Wortes einher.

Die mittelalterliche Kirche und die mit ihr verflochtenen gesellschaftlichen Kräfte nutzten die Immanuel-Verheißung bei ihren zahlreichen Kreuzzügen, Glaubenskriegen und Strafexpeditionen gegen Andersdenkende in plakativer und hetzerischer Weise. Osbernum, der Chronist des so genannten 2. Kreuzzuges von 1147 zur Endlösung der Heidenfrage in Portugal, schließt seinem Bericht über ein siegbestätigendes Himmelswunder für die Kreuzfahrer die Bemerkung an: „Sehet, der Herr ist mit uns! Zerstreut ward die Macht unserer Feinde!“<sup>1</sup>

Nicht anders ließen die preußischen Könige ihre absolutistische Herrschaft in einem angeblichen Gottesgnadentum „gründen“, indem sie die Losung *Gott mit uns* zu ihrem Wahlspruch machten.

Eine nahtlose Anknüpfung an diese unheilvolle Tradition vollzog das Herrscherhaus der Hohenzollern, das nach Installierung des Zweiten deutschen Kaiserreiches 1871 mit der preußischen Krone zugleich die deutsche Kaiserwürde übernahm. Nun waren es die Heeressoldaten aus allen Ländern dieses Reiches, die am 2. August 1914 zu den Waffen gerufen und unter diesem Motto ihre Waffen im ersten imperialistischen Weltkrieg einsetzen sollten: „Noch nie wurde Deutschland überwunden, wenn es einig war. Vorwärts mit Gott, der mit uns sein wird, wie er mit den Vätern war.“<sup>2</sup>

Entsprechend waren auch die militärischen Begleiterscheinungen, z. B. wurde auf den Koppelschlössern der Frontsoldaten die Immanuel-Losung als allgegenwärtig abrufbare Motivierung angebracht. Die patriotisch gesonnenen Kirchen, besonders die evangelische, beteiligten sich durch ihre Vertreter und ihr nahe stehende Intellektuelle an der ideologischen Kriegsführung mithilfe von Kriegs predigten, Kriegsliteratur und Kriegsliedern. So gab etwa der [62:] spätere Bischof Otto Dibelius im Jahre 1914 diese Predigtsammlung heraus, um die in den Schützengräben liegenden deutschen Heeressoldaten „geistlich aufzurüsten“:

Als dieser Krieg mit einer furchtbaren Niederlage für Deutschland und seine Verbündeten endete, entstanden nach und nach in einer Vielzahl deutscher Gemeinden und Städte Kriegerdenkmäler, auf denen die Losung „Gott mit uns“ in einer trotzigen und unbußfertigen Weise angebracht wurde, um damit die „Helden“ zu ehren, die ihr Leben angeblich im Glauben an diesen Gott „für ihr Vaterland

<sup>1</sup> Osbernum, De expugnatione Lyxbonensi, S. 90, ed. C. W. David, New York 1936: Portugalae Monumenta Historica, Script. I, ed. A. Herculano, Lissabon 1861: ed. W. Stubbs, Rolls Series XXXVIII, 1, London, 1864. Hervorhebungen durch den Vf.

<sup>2</sup> Aufruf Wilhelms II.: An das deutsche Volk! vom 6. August 1914. Hervorhebungen durch den Vf.

gaben“.<sup>3</sup> Das war z. B. in Frankreich etwas anders, wo auf den Denkmälern „der Soldat als Bürger“ gefeiert wird, während im deutschen Totenkult umgekehrt der „Bürger als Soldat“ Darstellung und Huldigung findet.<sup>4</sup>

Nachdem sich die Periode der in Weimar gegründeten Republik nicht als Friedenszeit, sondern nur als Zwischenzeit zwischen den Kriegen herausgestellt hatte, kam die Jesaja-Botschaft noch einmal zu zweifelhaften Ehren. Kein anderer als Hitler war es, der 1936 mit der Wiedereinführung der Wehrmacht auch diesen Soldaten wiederum das *Gott mit uns* auf die Koppelschlösser prägen ließ.

Fazit: Kaum ein anderes Wort der Bibel ist so diskreditiert worden wie gerade diese altüberlieferte Friedens-Prophezeiung vor fast 3000 Jahren. Diese Tatsache ist sicher ein warnendes und zur Nachdenklichkeit mahnendes Beispiel gerade für religiöse Menschen, wie sie mit den ihnen anvertrauten Heiligen Schriften umgehen sollen. Nichts passt dazu besser ins kirchlich-christliche Stammbuch geschrieben als diese zweittestamentliche („neutestamentliche“) Weisung Jesu: „Es werden nicht alle, die zu mir sagen: Herr, Herr!, in das Himmelreich kommen, sondern die den Willen tun meines Vaters im Himmel.“ (Matthäus 7,21)

Ein neuerlich warnendes Beispiel für die Inanspruchnahme jener blasphemischen kirchlichen Formel dürfte die jüngste Verwendung der Parole durch aufmarschierende Nazis in Berlin sein – und die Kirchen schweigen dazu ...

---

<sup>3</sup> Siehe Peter Franz: *Martialische Idole. Die Kriegerdenkmäler in Thüringen und ihre Botschaften*, Jena 2000. Hg. vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena.

<sup>4</sup> Michael Jeismann/Rolf Westheider: *Wofür stirbt der Bürger? Nationaler Totenkult und Staatsbürgertum in Deutschland und Frankreich seit der Französischen Revolution*. In: Reinhart Koselleck/Michael Jeismann (Hg.): *Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*, München 1994, S. 36.

[63:]

### ***Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte***

*Von Peter Franz*

So lautet die erste Zeile eines Liedes, das im Verlaufe des 19. Jahrhunderts und bis ins 20. hinein ganze Generationen von Schulkindern auswendig gelernt und auch gesungen haben. In seinen „Liedern für Deutsche“ (1813) veröffentlichte Ernst Moritz Arndt (1769-1860) dieses „Vaterlandslied“ neben anderen patriotischen und kämpferischen Gesängen. Es war die Zeit der Erhebung progressiver und vaterländischer Kräfte gegen die Napoleonische Fremdherrschaft.

Dieses Lied des umtriebigen Publizisten, Historikers und Lyrikers mit einem Hang zum Romantisieren ist aus der Aufbruchstimmung der damaligen Zeit zu verstehen, da sich durch die vernichtende Niederlage des korsischen Diktators vor Moskau 1812 auch völlig neue Perspektiven für die anderen geknechteten Völker abzeichneten. Es verbindet plebeischen Zorn und Erbitterung gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung mit einem todesverachtenden Glauben und geradezu religiös-verzückten Vertrauen in den Erfolg von Waffengewalt, die sich gegen die Tyrannie der französischen Besatzungsmacht richtet.

So verständlich die Attitüde des Aufbegehrns gegen eine ungerechte Fremdherrschaft in dieser Situation war, so gefahrlich waren bestimmte Konsequenzen, die sich in Arndts Lebensgang, vor allem aber in der weiteren Wirkungsgeschichte dieses Liedes ablesen ließen. Auch er selber ist der Gefahr nicht entgangen, die darin lag, den Hass auf den Diktator gleitend in eine Verachtung „des Franzosen“, an sich übergehen zu lassen. Daraus konnte ein sich später weiter verfestigender antifranzösischer Chauvinismus seinen Honig saugen und die westliche Nachbarnation schließlich zum „Erbfeind“ erklären. Der aber wurde zunächst im Krieg von 1870/71 besiegt, was die spiegelbildlichen deutschfeindlichen Ressentiments in den folgenden Jahrzehnten auf französischer Seite zumindest nicht ganz unverständlich erscheinen lässt.

Als sich das deutsche Kaiserreich 1914 sehr bereitwillig in einen neuen Krieg hineinziehen ließ, verbanden sich natürlich wiederum Franzosenfeindschaft, deutscher Nationalismus und Chauvinismus auf das Innigste. Es kann nicht verwundern, wenn dabei auf die nationalistischen Ambitionen des verehrten Dichters des Vater-[64:]landsliedes zurückgegriffen wurde. In einem Aufruf von 1813 hatte Ernst Moritz Arndt einst geschrieben: „Nicht mehr Katholiken und Protestanten, nicht mehr Preußen und Österreicher, Sachsen und Bayern, Schlesier und Hannoveraner, nicht mehr verschiedenen Glaubens, verschiedener Gesinnung und verschiedenen Willens – Deutsche seid, eins seid, wollet eins sein durch Liebe und Treue!“<sup>1</sup> Und wenige Tage nach Kriegsausbruch, am 4. August 1914, erklärte Kaiser Wilhelm II. in seiner Thronrede bei Eröffnung des Reichstages zu Berlin, er *kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche*. Und dies geschah in jener Sitzung des Reichstages, in der SPD-Fraktionsvorsitzender Hugo Haase auch jene Erklärung abgab, die Sozialdemokraten ließen „in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“, und gleichzeitig die Zustimmung zu den geforderten Kriegskrediten erteilte.

Nun konnte *der Gott, der Eisen wachsen ließ*, eine neue Todessaat in den Fabriken an Rhein und Ruhr heranwachsen sehen, die unvergleichlich größer war als das relativ bescheidene Waffenarsenal einhundert Jahre zuvor. Dank der – auch mit Hilfe der SPD beschafften – Gelder konnte der wilhelminische Staat eine gewaltige Waffenproduktion in Auftrag geben, die von den Herren der Rüstungsschmieden gegen Barzahlung dankbar in Gang gesetzt wurde.

Die Mehrzahl der in diesen imperialistischen Krieg gezogenen Soldaten erkannte spät oder gar nicht, dass sie zu Knechten ökonomisch und politisch Mächtiger geworden waren. Der Götze Krieg, der sie in furchtbare „Stahlgewitter“<sup>2</sup> hatte ziehen lassen, bescherte dagegen allzu vielen ein elendes

<sup>1</sup> „Ein einig Volk von Brüdern!“ – so lautete der Titel eines Buches, das als „Kriegs-Katechismus für deutsche Soldaten“ erschien.

<sup>2</sup> So der Titel des gleichnamigen Buches von Ernst Jünger.

Verröcheln in den Schützengräben [65:] oder ein späteres jammervolles Siechtum als Krüppel. Die Novemberrevolution von 1918/19 leitete einen Teil der Erbitterung und Verzweiflung über diesen Eisen säenden Todesgott um in einen Aufruhr, der das Kaisertum hinwegfegte und Chancen für ein besseres Staatswesen eröffnete.

Aus vielen Gründen, die hier nicht erörtert werden können, wurden diese Chancen jedoch vertan. Sinnlicher Ausdruck für dieses Versagen war das Entstehen unzähliger Kriegerdenkmäler<sup>3</sup> an die umgekommenen Soldaten des „großen Krieges“, auf denen das falsche Etikett vom „Heldentod“ angebracht wurde. Einer der Sprüche, die sich dafür eigneten, war – wie könnte es anders sein – Ernst Moritz Arndts erste Zeile seines Vaterlandsliedes.

Dass die Arndtsche Tradition auch später in der Nazizeit dankbar aufgegriffen wurde, zeigt eine Kriegererehrung, die sich der Bochumer Verein für Gussstahlfabrikation AG im Jahre 1934 hat einfallen lassen: Ein zwölf Meter hohes Schwert aus Stahl trägt eben diese stolze Inschrift, mit der Ernst Moritz Arndt sein berühmtes Lied beginnen ließ.

---

<sup>3</sup> Siehe dazu Peter Franz: *Martialische Idole. Die Kriegerdenkmäler in Thüringen und ihre Botschaften*, Jena 2000. Hg. vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena.

## **Der ewige Friede ist ein Traum**

*Von Reinhard Brühl*

Mit diesen Worten begann der greise Generalfeldmarschall Graf Helmuth von Moltke einen Brief, den er am 11. Dezember 1880 an den Geheimrat Bluntschli, Professor für Völkerrecht in Heidelberg schrieb. Dieser hatte ihm die an seinem Institut verfasste Schrift „Les Lais de la Guerre sur terre“ übersandt, in der die Gesetze des Landkrieges nach dem neuesten Stand der internationalen Vereinbarungen erläutert wurden. Moltke begnügte sich in seinem Brief nicht mit einem Dank an den Professor und der von diesem erbetenen „Anerkennung“ der Schrift, sondern nutzte seine Antwort, um in relativ knappen Worten seine Auffassung zu Krieg und Frieden darzulegen. Seine Hauptaussage formulierte er wie folgt: „Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Muth und Entzagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne den Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen.“<sup>1</sup>

[66:] Moltke verwies damit nicht nur den Wunsch nach Frieden in das Reich der Träume und den Einsatz für ihn in die Ecke nutzlosen, wider Gottes Weltordnung gerichteten Tuns. Er pries darüber hinaus den Krieg als Auslöser und Förderer herausragenden und beispielhaften menschlichen Handelns und goss Wasser auf die Mühlen jenes deutsch-nationalen Heldenkults und Chauvinismus, der nach dem Sieg über Frankreich üppig ins Kraut geschossen war. Er versäumte auch nicht, den Krieg als Retter vor jenem Materialismus darzustellen, der nach seiner Ansicht das Ziel der „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ war. Diese Anklage hatte das vom Reichstag 1878 verabschiedete Sozialistengesetz schon in seiner Überschrift erhoben.

Moltkes Brief löste nach seiner Veröffentlichung in einer Berliner Zeitung lebhafte Diskussionen aus. Deren Teilnehmer verstanden unter ewigem Frieden ja nicht den himmlischen, sondern einen durchaus irdischen, aber eben dauerhaften Frieden. Für die einen war Moltkes Aussage die aus „berufenen“ Munde gegebene Bestätigung ihrer Ansicht, der Krieg sei gottgewolltes und damit auch fürderhin unabwendbares Menschenschicksal. Folglich befürworteten sie die weitere Stärkung der militärischen Macht des Reiches, sie sei notwendig um dessen sicherer Zukunft willen. Für die anderen war der Krieg das größte Unglück aus Menschenhand, ein mit militärischen Mitteln ausgetragener Streit um Interessen, Macht und Einfluss, eine Geißel der Menschheit. Folglich sahen sie in Moltkes Wort den Ausfluss einer militaristischen Gesinnung und die vorweggenommene Rechtfertigung künftiger Kriege. Der Autor selbst war an der Veröffentlichung seines Briefes durchaus interessiert. Denn es ging ihm, der ungeachtet seines hohen Alters weiterhin an der Spitze des Großen Generalstabes stand, darum, sich erneut, wie schon mehrfach im Reichstag, in eine nicht nur dort, sondern auch in der Öffentlichkeit im Jahre 1874, 1878 und nun wieder 1880 heftig umstrittene Frage einzumischen: um die in den jeweiligen Militärvorlagen geforderte und durchgesetzte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres.

Tatsächlich war der Krieg steter Begleiter der Geschichte der Menschheit gewesen, der Wunsch nach einem dauerhaften Frieden hingegen hatte sich noch nie wirklich erfüllt. Im Bewusstsein der Völker waren von den Kriegen tiefere Spuren geblieben als von den Jahren friedlicher Entwicklung. Kriege hatten sich als das urtümliche Mittel eingeprägt, scheinbar unüberbrückbare Interessengegensätze [67:] zwischen Völkern und Staaten, ethnischen und religiösen Gemeinschaften sowie sozialen Gruppierungen auszutragen. Sie hatten zum Untergang wie zum Aufstieg von Zivilisationen und Völkern beigetragen, alte Herrschaftsverhältnisse zerstört und zum Entstehen und Erstarken neuer gesellschaftlicher Verhältnisse beigetragen.

Die erst kurze Zeit zurückliegenden so genannten deutschen Einigungskriege von 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich und 1870/71 gegen Frankreich schienen geradezu eine Bestätigung für die fortschrittsfördernde Rolle des Krieges zu sein. Nach Jahrhunderten der territorialen Zersplitterung

---

<sup>1</sup> Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Grafen Helmuth von Moltke, 5. Band, Briefe, zweite Sammlung, Berlin 1892, S. 194.

und der damit verbundenen Schwäche des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation“ war das nunmehr geeinte Deutschland ein Machtfaktor im Zentrum Europas geworden. Neben der gewonnenen staatlichen Einheit förderten auch die Annexion Elsass-Lothringens und die von Frankreich eingeforderten Kriegskontributionen eine stürmische Entwicklung der kapitalistischen Produktion in Deutschland.

Moltke war in seinem Brief nicht auf das Janusgesicht des Krieges eingegangen. Er hatte ihn einzig als den Fortschritt der Menschheit bewegende und fördernde, nicht aber als diesen Fortschritt auch hemmende Kraft dargestellt, als den Verursacher unermesslichen menschlichen Leids und großer materieller, kultureller und ideeller Verluste. Darauf machte ihn ein Herr Goubareff, Mitglied der französischen Gesellschaft der Freunde des Friedens und der internationalen Assoziation für eine Reform des Völkerrechts, aufmerksam. In einem Brief an Moltke vom 4. Februar 1881 bezeichnete er den Krieg als eine „Ungeheuerlichkeit“ und ein „in Versen besungenes Verbrechen, welches unserm Jahrhundert, unserer Gesittung Hohn“ spricht. Der Krieg verursache Zerrüttung in den Finanzen, entreiße Millionen von Männern ihren Familien und ihrem Vaterland und nehme den Besiegten Freiheit und Unabhängigkeit.<sup>2</sup>

In seiner Antwort an Goubareff vom 10. Februar 1881 bekräftigte Moltke, er halte den Krieg „für ein letztes, aber vollkommen gerechtfertigtes Mittel, das Bestehen, die Unabhängigkeit und die Ehre eines Staates zu behaupten“. Zwar stelle er nicht in Abrede, „dass jeder Krieg, auch der siegreiche, ein Unglück für das eigene Volk ist, denn kein Landerwerb, keine Milliarden können Menschenleben ersetzen und die Trauer der Familien aufwiegen“. Moltke sprach die Hoffnung aus, dass „dies letzte Mittel bei fortschreitender Kultur immer seltener zur Anwendung kommen (werde), aber ganz darauf verzichten kann kein Staat“. Abschließend versicherte er: „Deutschland hat sein [68:] Ziel, die Wiedervereinigung, erreicht; es hat nicht die mindeste Veranlassung, auf kriegerische Abenteuer auszu ziehen, aber es kann zur Abwehr gezwungen werden und muss darauf vorbereitet sein.“<sup>3</sup>

Nach Moltkes in militärischen Kategorien geschultem Denken ließ sich Friede für Deutschland nur durch dessen militärische Stärke sichern. Deshalb setzte er das ganze Gewicht seiner Autorität für die Verabschiedung der Militärgesetze vom Mai 1880 und vom März 1887 sowie des Gesetzes zur Erweiterung der Kriegsdienstplicht vom Februar 1888 ein. Doch was Deutschland den Frieden sichern sollte, verkehrte sich in sein Gegenteil. Es löste die erste große Rüstungswelle in Deutschland aus, führte bei seinen Nachbarn und Konkurrenten erneut zu Bedrohungssängsten und leitete eine neue Etappe im europäischen Wettrüsten ein. Von da war es nur ein kurzer Schritt von Moltkes Versicherung, Deutschland habe nicht den geringsten Anlass, auf kriegerische Abenteuer auszugehen, zu dem Verlangen, dessen neue Größe auch zur Erweiterung seines Macht- und Einflussbereichs zu nutzen. Gerade die wachsende militärische Stärke Deutschlands stachelte den Ehrgeiz jener an, die – anders als Moltke – glaubten, Deutschland habe doch Gründe, sich auf solche Abenteuer einzulassen. Sie befürchteten nicht nur die Revanche Frankreichs für die Annexion Elsass-Lothringens und für die als nationale Demütigung empfundene Gründung des zweiten deutschen Reiches im Herzen Frankreichs. Sie sahen darüber hinaus Deutschland angesichts wachsender internationaler Konkurrenz und zunehmender ökonomischer und politischer Konflikte von anderen Großmächten generell bedroht. Zum Bedrohungsgefühl gesellten sich eigene Machtansprüche und Forderungen, insbesondere die nach neuen Rohstoffquellen und Absatzmärkten und nach einem Deutschlands neuer Größe entsprechenden Anteil an der nahezu aufgeteilten Welt. *Platz an der Sonne* war das Schlagwort, das eigenes Weltmachtstreben umschrieb.

Zu den Befürwortern und aktiven Mitgestaltern dieser Politik gehörten führende Militärs, darunter General Alfred Graf von Waldersee, seit 1882 Stellvertreter und von 1888-1891 Nachfolger Moltkes als Chef des Großen Generalstabes, sodann dessen bis 1905 amtierender Nachfolger General Alfred Graf von Schlieffen sowie Admiral Alfred von Tirpitz, seit 1888 Chef des Stabes des Marineoberkommandos und seit 1897 Staatssekretär im Reichsmarineamt. In ihrer Amtszeit begann die

---

<sup>2</sup> Ebenda, S. 197 ff.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 199 ff.

Vorbereitung Deutschlands auf einen Zweifrontenkrieg sowie eine Flottenrüstung, die Ausdruck aggressiven Seemachtstrebens war.

[69:] Ausgelöst durch diese Entwicklung verstärkte die deutsche Sozialdemokratie ihre antimilitärische und Antikriegspropaganda und forderte die Ersetzung des stehenden Heeres durch eine Volkswehr. Bürgerliche Pazifisten verfochten die Lösung *Die Waffen nieder*. Für sie alle war der ewige Friede kein Traum, er galt ihnen als erreichbares Ziel. Dagegen machten nun die Vertreter und Anhänger deutscher Großmachtpolitik Front. Sie erklärten die verstärkte Rüstung als der Wohlfahrt des Reiches dienend, stellten den Krieg vor allem als eine den Fortschritt beschleunigende Kraft dar und bemühten sich, „gesunden patriotischen Sinn“ zu fördern. Unter den Vereinen und Verbänden, die sich dieser Aufgabe stellten, profilierte sich der 1891 gegründete Alldeutsche Verband als eines der wichtigsten Sprachrohre einer chauvinistischen Großmacht- und Expansionspolitik. Schon im Jahr seiner Gründung verkündete er in einem Flugblatt unverhohlen: „Die deutsche Nation muss wissen, weshalb sie jahrzehntelang mit gesteigerter Anspannung aller Volkskräfte sich waffen und zum Kampf rüsten muss. Es wäre wahrer Hohn auf die dabei vergeudete Volksarbeit, wenn das alles nur zur Erhaltung des Friedens und zur Verteidigung des Besitzstandes wäre.“<sup>4</sup>

Ähnliche Stimmen machten sich aus dem Großen Generalstab hörbar. Eine von ihnen war die des Oberquartiermeisters für Kriegsgeschichte, General Hugo von Freytag-Loringhoven, der in seiner 1911 erschienenen Schrift „Krieg und Politik in der Neuzeit“ die Ansicht vertrat, dass der Krieg naturgegeben und folglich kriegerische Eroberungspolitik nur zu begreiflich sei, stelle sie doch nationale Politik schlechthin dar. Durch sie habe Friedrich der Große seinem Land vor Europa Achtung zu verschaffen gewusst und es in die Reihe der großen Mächte eingeführt. Noch größere Erfolge seien dem deutschen Volk 1870/ 71 erwachsen, weil sich eine Politik des festen Willens auf wirkliche Macht hätte stützen können. Entschieden verurteilte er „die Klagen über die Last der dauernden Kriegsbereitschaft ..., die doch für ein stolzes Volk etwas völlig Natürliches ist“. Die Forderungen nach Abrüstung hingegen seien Folge des Wahns, „dass wir uns dem Ende aller Kriege näherten ...“. Der Wunsch nach Frieden sei in Wirklichkeit nichts anderes als ein „Ausfluss weichlicher Gesinnung“, der Krieg hingegen nun einmal Menschenlos.<sup>5</sup>

Der Erste Weltkrieg schien Moltkes Wort, wonach der ewige Friede ein Traum sei, erneut zu bestätigen. Doch er war weder unvermeidbar, noch – was Moltke als einzigen Kriegsgrund für [70:] Deutschland angegeben hatte – ein dem Land aufgezwungener Verteidigungskrieg. Der bis dahin währende Friede war dem Machtkampf der europäischen Großmächte zum Opfer gefallen und Deutschland selbst hatte daran maßgeblichen Anteil.

---

<sup>4</sup> Zit. nach Jürgen Kuczynski: Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd. 2, Berlin 1950, S. 13.  
<sup>5</sup> Hugo von Freytag-Loringhoven: Krieg und Politik in der Neuzeit, Berlin 1911, S. 209 ff.

## ***Viel Feind, viel Ehr***

*Von Ludwig Elm*

In einer Sammlung von Kriegsgedichten gefallener deutscher Soldaten, die 1917 unter dem Titel „Dichtergrüße toter Helden“ erschien, findet sich eines, das der Kriegsfreiwillige Edmund Scotti-Hagen, Rechtsanwalt, vor dem Aufbruch an die Front Anfang August 1914 im schwülstigen Pathos jener Zeit geschrieben hatte:

Steig empor, du deutscher Aar,  
Sieh um dich in die Welt,  
Wie schon der list'gen Feinde Schar  
Dich fest umklammert hält!  
Heut' heißt's nicht bloß: „Zum Rhein marschiert!“  
Heut' zeig dich doppelt stark:  
Schau, wie der blut'ge Hunne giert  
Nach deines Ostens Mark!  
Allein der Deutsche bangt sich nicht,  
Er traut auf seine Wehr,  
Und still und ruhevoll er spricht:  
Nur zu, „viel Feind, viel Ehr!“

Der Kriegsdichter beschloss seinen Vers mit einem Motto, das vor dem ersten Weltkrieg und mit dessen Ausbruch im Denken und in Reden von Deutschen höchst verbreitet war. Es fand sich sinngemäß in kaum minder verbreiteten Formeln und Schlagworten wie das aus einem Gedicht vom Ende des 18. Jahrhunderts überlieferte „Feinde ringsum!“ und die Beschwörung „einer Welt von Feinden“.

Das Bild einer Deutschland einkreisenden und auf seine Vernichtung hinwirkenden Verschwörung wurde mit dem Kriegsausbruch 1914 in vielen Variationen gezeichnet. „Feinde ringsum! Das ist das Kennzeichen der Lage“, hieß es in einem Appell Wilhelm II. an Heer und Marine vom 6. August 1914. Und am gleichen Tag an das „Deutsche Volk“ gewandt, es ginge um „Sein oder Nichtsein deut-[71:]scher Macht und deutschen Wesens“: „Und wir werden diesen Kampf bestehen auch gegen eine Welt von Feinden.“ Im Aufruf „An die Kulturwelt!“ vom Oktober 1914, mit dem sich eine Vielzahl von Künstlern und Wissenschaftlern mit nationalistischem Pathos hinter den deutschen Militarismus stellte, wurde behauptet, erst „als eine schon lange an den Grenzen lauernde Übermacht von drei Seiten über unser Volk herfiel“, habe es sich „erhoben wie ein Mann“. Tatsächlich wurde die Minderheit von Pazifisten und Kriegsgegnern – bis in die SPD hinein – beim Kriegsausbruch desorientiert, gelähmt oder vom nationalistisch-militaristischen Taumel überrollt und zunächst mundtot gemacht.

Mit der forcierten Aufrüstung und dem Eintritt in die Kolonialpolitik war seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts intensiv an den Planungen für denkbare kriegerische Konflikte gearbeitet worden. Dabei wurden frühzeitig die Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges in Betracht gezogen und Varianten des Präventivkrieges gegen die wahrscheinlichen Kriegsgegner erwogen. Unter Generalfeldmarschall Alfred Graf von Schlieffen, 1891 bis 1906 Chef des Großen Generalstabs, wurden die offensiven Pläne zu Blitzkriegsstrategien weiterentwickelt. Aus der Selbstüberschätzung der eigenen Kräfte und der Unterschätzung der vereinten Potentiale einer „Welt von Feinden“ erwuchsen die abenteuerlichen Züge der Außen- und Militärpolitik, für deren Realisierung ab August 1914 ein hoher Preis bezahlt werden musste.

Waren durch die verschiedensten Bedrohungs- und Verschwörungsszenarien Ängste, vor allem aber nationalistische Ressentiments und soldatischer Ehrgeiz geweckt, oblag es dem überzeichneten Feindbild und maßlosen Hassstiraden, dazu beizutragen, dass menschliche und vernunftmäßige Hemmschwellen herabgesetzt wurden. An Waggons, die an die Front rollten, waren Inschriften zu lesen wie: Jeder Schuss ein Russ; Jeder Stoß ein Franzos; Jeder Tritt kein Brit; Auch in Serbien sollen sie sterben, und in Belgien uns nicht beheligen. Auf einer der unzähligen illustrierten Kriegspostkarten züchtigte ein deutscher Infanterist, mit Karabiner und Peitsche bewaffnet, die als Getier dargestellten Nationen Belgien, England, Frankreich, Russland, Japan, Serbien, Montenegro und Ägypten: „Euch Bestien muss ich noch alle

dressieren, Ihr müsst zuerst deutsche Hiebe verspüren.“ Eine Karikatur des „Kladderadatsch“ vom 26. Juli 1914 zeigte den österreichischen Doppeladler, der sich vom serbischen Ungeziefer säuberte.

[72:] Die 1914 unübersehbare Massenwirksamkeit eines geradezu globalen Feindbildes ist letztlich nur aus der deutschen Geistes- und Kulturgeschichte seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert verstehbar. Die Ursprünge finden sich in der Deutschtümelei und dem Welschenhass während des antinapoléonischen Befreiungskampfes, in rückwärtsgewandter Innerlichkeit und Todessehnsucht der Romantik, in der autoritär-militaristischen Erbschaft Preußens sowie einer mit Blut und Eisen verwirklichten Reichseinigung, im Antisemitismus sowie in den seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert massiv auflebenden völkisch-nationalistischen und imperialen Leitbildern. Der 1891 gegründete Alldeutsche Verband bündelte solche aggressiven Bestrebungen und Ziele, verband sie mit rigidem Antisozialismus, und kultivierte die der verhängnisvollen wilhelminischen Außenpolitik entsprechenden Feindbilder, bei denen die hauptsächlichen konkurrierenden Mächte Frankreich, England und Russland im Mittelpunkt standen.

Der seit 1908 (und bis zum Ende des Verbandes 1939) amtierende Vorsitzende Heinrich Claß veröffentlichte 1912 unter dem Pseudonym Daniel Frymann das Buch „Wenn ich der Kaiser wär“ (später: Das Kaiserbuch), das im Verlauf etlicher Neuauflagen zum Inbegriff deutscher chauvinistisch-rassisches Arroganz und militaristischen Größenwahns wurde. Er wählte *Viel Feind' – viel Ehr'* als Sinnspruch seiner Schrift. Verantwortliche für die äußere Politik, so Claß, weisen darauf hin, „wir hätten eben das Unglück, in Ost und West von unbedingten Feinden umklammert zu sein, im Südosten außerdem das deutsche Sprachgebiet von Südslawen bedroht zu sehen, während im Nordwesten England auf der Lauer liege, das uns jederzeit den Weg zum Weltmeer versperren könne“.<sup>1</sup> Was solle, fragte er, mit der Liebe zur Menschheit zugemutet werden und wer gehöre überhaupt dazu? „Ist der verkommene und halb tierische Bauer des Mir, der Schwarze in Ostafrika, das Halbblut Deutsch-Südwests oder der unerträgliche Jude Galiziens oder Rumäniens ein Glied dieser Menschheit?“ Es könne nur um „die des Menschentums Würdigen“ gehen, bei „Schonung und Erhaltung edelster Rassekräfte“: „Aber, das dürfen wir sagen, dem edelsten Teile der Menschheit und seiner Erhaltung dienen wir, wenn wir mit allen Mitteln unser eigenes Volk zu bessern und zu stärken streben.“<sup>2</sup> Bekräftigend zitierte er Emanuel Geibel: Und es wird am deutschen Wesen / Einmal noch die Welt genesen.

Beim Ausbruch des Weltkrieges erklärte die alldeutsche Führung in einem „Waffensegen“: „Die Stunde haben wir ersehnt – unsere [73:] Freunde wissen es –, wo wir vor die gewaltigste Schicksalsentscheidung gestellt werden, weil wir glauben und wissen, dass sie neben furchtbar Schwerem Rettung und Segen bringen wird ... Gewaltigstes bereitet sich vor, ein Riesenkampf, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, gegen den alles, was sie bisher an Völkerringen aufzuweisen hat, sich ausnehmen wird wie das Geplänkel gegen die Schlacht – derartiges mitzuerleben lohnet ein Leben.“<sup>3</sup>

Der im Januar 1912 in Berlin konstituierte Deutsche Wehrverein forderte in seiner Satzung, die Wehrmacht 50 Verbandstag des Alldeutschen Verbandes zu stärken, dass sie „den in Plauen am 8. und 9. September 1928 Schutz des Reiches und dessen Machtstellung in der Welt zu verbürgen“ imstande ist. Er warb für die Vorbereitung eines Krieges, mit dem deutsche Macht weltweit zu vergrößern sei. In einem Aufruf vom 5. Oktober 1912 erklärte er: „Es ist unleugbar, dass die drei gewaltigsten Militärmächte der Welt zu gemeinsamem Handeln gegen uns verbunden sind. Und mehr als das, jede von ihnen hat es in der Hand, uns nach Belieben auf den Kampfplatz zu fordern, denn der ungelösten Fragen, an denen wir als Weltmacht beteiligt sind, gibt es übergenug. Jeder Zusammenstoß mit einer der drei Mächte würde aber auch die beiden anderen ins Feld bringen.“<sup>4</sup>

Der Historiker Dietrich Schäfer, von 1912 bis 1915 stellvertretender Vorsitzender des Wehrvereins, schrieb 1912, dass das Deutsche Reich „schon in Europa kein freudig begrüßter Gast“ war; noch

<sup>1</sup> Daniel Frymann: Das Kaiserbuch. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Siebente Auflage, Leipzig 1925, S. 117.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 127 f.

<sup>3</sup> Zit. nach Edgar Hartwig: Alldeutscher Verband (ADV) 1891-1939. In: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 28.

<sup>4</sup> Zit. nach Dietrich Schäfer: Aufsätze, Vorträge und Reden. Zweiter Band, Jena 1913, S. 375.

weniger war dies seit dem Eintritt in die Kolonialpolitik 1884 zu erwarten gewesen. In einem Aufsatz anlässlich des 100. Jahrestages des antinapoleonischen Krieges analysierte er die fortgeschrittene Stufe der außenpolitischen Isolierung Deutschlands und die Annäherung [74:] unter seinen potentiellen Kriegsgegnern und bemerkte: „In dem Kriege, mit dem gerechnet werden muss“, sei von den Verbündeten Österreich und Italien nicht allzuviel zu erwarten. „Die schwerste Last des Krieges wird auf Deutschland fallen; der Starke zieht an sich den Feind an.“<sup>5</sup>

Unter „Deutsches Neujahr 1909“ hatte Ernst von Wildenbruch die ressentimentbeladene, irrationale Schicksalsgläubigkeit auf dem Weg ins nächste, größere Völkermorden in Verse gefasst:

Heut', von zwanzig Jahre langem Traum erwachend

blicken wir wie Bettler in die Welt:

„Nirgends Freunde?“ und von allen Enden lachend  
kommt der Hass, der uns die Antwort gellt.

Und von rechts und links wie eine blut'ge Welle,  
wider uns verschworen, naht die Not;  
mit der Pöbelfaust an unsers Hauses Schwelle  
schlägt der Feind uns Stammesbrüder tot.

Deutschland, Deutschland, rings Gefahr und Angst und Schrecken  
um dich her. Die Schicksalsvögel schrein!  
Wenn die Raben dich vom Schlaf erwecken,  
soll das Unheil mir gesegnet sein.

Werde wieder, was an deinem großen Tage  
du gewesen; zu dir selbst wach auf!  
Lern verachten! Buhl um Gunst nicht! Hass ertrage!  
Schreib dir selbst Gesetz und Lebenslauf!<sup>6</sup>

Die Ansicht habe sich ihm aufgedrängt, so beschrieb Hindenburg später seine Wahrnehmungen in der unmittelbaren Vorkriegszeit, „dass wir in den weiten Ozean der Weltpolitik hinaustrieben, ohne dass wir in Europa selbst genügend fest standen.“ Ob bei politischen Wetterwolken über Marokko oder über dem Balkan, habe man mit der Mehrheit der Landsleute geahnt, dass der deutsche Boden unterminiert würde: „Wir standen in den letzten Jahren zweifellos einer der sich augenscheinlich regelmäßig wiederholenden französischchauvinistischen Hochfluten gegenüber. Ihr Ursprung war bekannt; ihre Stütze suchte und fand sie in Russland wie in England, ganz gleichgültig, wer und was dort die offenen oder geheimen, die bewussten oder unbewussten Triebfedern bildete.“<sup>7</sup> Auch wenn er bestimmte außenpolitische Versäumnisse der deutschen Reichsleitung seit den neunziger Jahren anmerkte, trug seine Schilderung [75:] dazu bei, die entscheidende Schuld der gegnerischen Politik und „fremden Begehrlichkeiten“ zuzuweisen.

Das gilt uneingeschränkt für Wilhelm II. Seine eigene, verhängnisvolle Rolle später rechtfertigend, behauptete er, unzählig seien „die Zeugnisse dafür, dass schon im Frühjahr und Sommer 1914, als bei uns noch niemand an den Angriff der Entente dachte, der Krieg in Russland, Frankreich, Belgien und England vorbereitet worden ist.“<sup>8</sup> Das Heer habe „in Abwehr des uns freuentlich aufgezwungenen Krieges nicht nur die erdrückende Übermacht von 28 Feindstaaten abgewehrt“, sondern auch glanzvolle Siege errungen und „auf allen Kampfplätzen des ausgedehnten Weltkrieges“ gefochten: „Fürwahr, die heldenmütige Tapferkeit des deutschen Volkes hätte ein besseres Los verdient, als dass sie dem tückischen Dolchstoße von hinten zum Opfer fiel.“<sup>9</sup>

<sup>5</sup> Ebenda, S. 465.

<sup>6</sup> Du mein Deutschland. Ein Buch von unseres Volkes Tun und Dichten. Schroedels Mittelschullesebuch, Halle (Saale) 1929, S. 72. Das Gedicht erfüllt hier schon wieder eine Funktion auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg.

<sup>7</sup> Generalfeldmarschall von Hindenburg: Aus meinem Leben, Leipzig 1920, S. 71.

<sup>8</sup> Kaiser Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/Berlin 1922, S. 212.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 221.

Als massenwirksamer Slogan trat *Viel Feind, viel Ehr* nach der militärischen und politisch-moralischen Niederlage von 1918, nach Revolution und Abdankung des Monarchen in den Hintergrund. Die ihm zugrunde liegende nationalistische und machtbesessene Geisteshaltung lebte mit der Abweisung deutscher Kriegsschuld und mit der Dolchstoßlegende, mit dem Hass auf die Siegermächte des Weltkrieges und den Vertrag von Versailles sowie schließlich in der nazistischen Erfindung einer jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung gegen das „Deutschtum“ sowie das mystifizierte „Reich“ fort.

In der 1923 erschienenen präfaschistischen Programmschrift „Das dritte Reich“ von Moeller van den Bruck, einem der Wortführer der Konservativen Revolution, findet sich die geschichtsmythologisch verdunkelte Prophetie einer künftigen weltweiten Schlacht, die noch die Dimensionen des Ersten Weltkrieges hinter sich lassen würde: Kein Volk habe „ein ewiges Lebensrecht“, auf das es sich „um einer elenden Gegenwart willen berufen“ könne: „Für alle Völker kommt die Stunde, in der sie durch Mord oder Selbstmord sterben, und kein großartigeres Ende ließe sich für ein großes Volk denken, als der Untergang in einem Weltkriege, der die ganze Erde aufbieten musste, um ein einziges Land zu bewältigen.“<sup>10</sup>

Der in großenwahnsinniger Umnachtung verfolgte Leitspruch *Viel Feind, viel Ehr* und der erneute Aufbruch gegen „eine Welt von Feinden“ ab 1939 führten zu einem Eroberungs- und Vernichtungskrieg, dessen Zahl von Feinden und an Opfern die des Ersten Weltkriegs bei weitem übertrafen: Die Mehrheit der Weltbevölkerung wurde direkt und indirekt vom Kriegsgeschehen betroffen, mehr als [76:] 60 Staaten befanden sich im Kriegszustand, weit über 100 Millionen Menschen wurden einberufen und über 50 Millionen – mehrheitlich Zivilpersonen – kamen um.

Die Wirklichkeit war der wahnwitzigen Vision van den Brucks allzu nahe gekommen und die Menschheit musste die Bilanz bei dem von ihm ersehnten „großartigen Ende“ im Frühsommer 1945 zur Kenntnis nehmen. Für Jahrzehnte wurden das deutsche Volk und seine politischen Vertreter außen- und militärisch unter die Vormundschaft der Hauptmächte der Antihitlerkoalition gestellt. Die bis 1945 und noch danach Unbelehrbaren erhielten keine neue Chance, ihre Rachsucht und ihren Hass auszuleben. Bis zur staatlichen Vereinigung 1990 blieb im Ergebnis jener opferreich vereitelten Weltherrschaftspläne die außenpolitische Handlungsfähigkeit beider deutscher Staaten durch die Relikte des Viermächte-Status und die Einbindung in sich gegenüberstehende Militärblöcke, der jeweiligen Supermacht untergeordnet, eingeschränkt. Seither ist eine größere außenpolitische Verantwortung der Bundesrepublik auf der Grundlage eines gewachsenen Handlungsspielraums gegeben. Dabei muss sich noch erweisen, dass Rückfälle in imperiale und interventionistische Politik ausgeschlossen sind und die Zukunft ausschließlich in der Gestaltung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern auf der Grundlage gegenseitiger Achtung gesehen und gesucht wird.

---

<sup>10</sup> Moeller van den Bruck: Das Dritte Reich. Dritte Auflage bearbeitet von Hans Schwarz, Hamburg 1931, S. 301.

## **Blut und Eisen**

Von Armin Jähne

Dumpf krachten sie zu Boden, die mit Helm und Rüstung bewehrten Helden, wenn ihnen vor Troias Mauern das leibzerschneidende Erz in Brust, Herz, Hals oder in die Seite fuhr. Blut spritzte aus offener Wunde, netzte die Erde, wurde zum Strom und troff von den Achsen der Kampfwagen. Europas erstes Epos, Homers „Ilias“, ließ keinen Zweifel, dass metallene Waffen und viel Blut im Spiele waren, wenn es um Macht und Beute ging. Das Getöse von Kriegsgerät, anfangs aus Bronze, dann aus Eisen und Stahl, tönt bis auf den heutigen Tag durch die Weltgeschichte und der Geruch von Blut weht aus den Jahrhunderten. Ohne *Eisen und Blut* kein Sparta und Athen, kein [77:] Römisches Reich, keine Heerfahrten von Germanen, Slawen und Wikingern, keine Kreuzzüge, kein englisches Kolonialreich, kein Genozid an den indianischen Ureinwohnern Amerikas, kein Erster und Zweiter Weltkrieg, kein Krieg in Vietnam, keine Balkankriege, aber auch keine Revolutionen – eine Aufzählung ohne Ende.

Nicht anders sah es in der Kriminalgeschichte aus, denn aus Eisen bzw. Stahl geformte Dolche, Stilette, Jagd- oder einfach nur Küchenmesser wurden zu gern benutzten Mordwerkzeugen. In eben diesem Zusammenhang gebrauchten erstmals wohl der römische Rhetor M. Fabius Quintilianus (1. Jh.) oder einer seiner Schüler die Wortverbindung *Blut und Eisen* in der Sentenz „*Caedes videtur significare sanguinem et ferrum*“ („Mord scheint Blut und Eisen zu bedeuten“).<sup>1</sup>

In Deutschland waren es die Napoleonischen Kriege und der Befreiungskampf von 1813/14, die *Eisen und Blut* in einem ganz bestimmten Sinne thematisierten. Wenn aber der Dichter, Historiker und Publizist Ernst Moritz Arndt (1769-1860) in seinem Gedicht „Lehre an den Menschen“ (1800) äußert: „Zwar der Tapfre nennt sich Herr der Länder durch sein Eisen, durch sein Blut, aber wie der Iris Farbenränder, wie des Himmels wechselnde Gewänder, ist die Erd' ein wechselnd Gut“, dann meinte er mit diesen Versen noch allgemein den Eroberer und die ihm eigenen Hilfsmittel sowie die Vergänglichkeit gewaltsamen Landraubs. Das Blatt der Geschichte könnte sich wenden, auch im Falle der von den Franzosen seit 1795 annexierten deutschen westrheinischen Gebiete. Zugleich rückte Arndt – bei nicht weniger direktem Zeitbezug – allgemeine menschliche Werte moralisierend in den Vordergrund. Feigheit, Resignation, tatenloses Stillehalten oder Böswilligkeit erniedrigen den Menschen. „Und die Schwäche, in das Joch sich fugend, isst sich unter Schrecken satt“. Es braucht Willens- und Charakterstärke, notwendig sind furchtloses, verantwortliches Handeln und Selbstvertrauen, um dem Leben Sinn zu geben, den Unbillen des Schicksals zu trotzen und sich im Auf und Ab einer unbeständigen Welt – auch gegen den fremden Eroberer – zu behaupten: „Nur aus Streit erblüht der heil'ge Friede und aus Heldenmut die Macht.“

Anders klingt „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“ in Arndts „Vaterlandslied“ von 1812. Nicht Knecht zu sein, bedeutete Freiheit, persönliche ebenso wie die eines Volkes, und diese Freiheit oder Befreiung von fremder Herrschaft verlangte nach Aktion, nach Wagnis, hieß, nicht nur das Wort zu führen, sondern [78:] auch zum Eisen der Waffe zu greifen. Noch deutlicher wurde der Dichter Max von Schenkendorf (1783-1817), der Sohn eines preußischen Offiziers, in seinen Freiheitsliedern. Im Gedicht „Das eiserne Kreuz“, entstanden 1813, heißt es: „Denn nur Eisen kann uns retten, und erlösen kann nur Blut von der Sünde schweren Ketten, von des Bösen Übermut ...“ Der Kampf gegen die napoleonische Unterdrückung floss zusammen mit dem Kampf für ein unabhängiges und einheitliches Deutschland („Deutschland heißtet unser Haus“), dessen – und damit ist als dritte Komponente der Kampf um demokratische Reformen genannt – feudale Verkrustungen aufgebrochen werden sollten. Zur äußeren Freiheit hatte die innere zu kommen, waren endlich bürgerliche Freiheiten durchzusetzen, die Leibeigenschaft aufzuheben und – namentlich im Interesse der Bauern – einige der drückendsten Feudallasten abzulösen.

Diejenigen Deutschen, die den Kampf gegen Napoleon zur eigenen Sache machten, spendeten unter der Losung „Gold gab ich für Eisen“ 6,5 Millionen Taler für militärische Zurüstungen, während viele

---

<sup>1</sup> Quintilianus: *Declamationes* 350,6 (S. 377).

Freiwillige, die zu den Waffen eilten, mit ihrem Blut für die heiß ersehnten Freiheiten einstanden. „Es gehen junge Leute aus allen Ständen; Studenten, Gymnasiasten, Primaner, Handlungskommis, Apotheker, Handwerker aus allen Zünften; gereifte Männer von Amt und Stand, Familienväter usw.“, schrieb im Februar 1813 der Politiker und Historiker Barthold Georg Niebuhr (1776-1831).<sup>2</sup> Auch junge Frauen waren unter den Freiwilligen.

Die Hoffnungen, die sich an die Befreiungskriege knüpften, erfüllten sich nicht oder nur zum Teil. Des Volkes *Blut und Eisen* hatten nicht vermocht, die deutsche Kleinstaaterei zu überwinden. 1848/49, in den Jahren der letztlich missglückten bürgerlich-demokratischen Revolution, ging es erneut um die Einheit Deutschlands, um demokratische Grundrechte und den Sturz der feudalabsolutistischen Regimes. „Wach auf, wach auf du deutsches Land, hörst du das Eisen klingen?“, rief der Journalist und Demokrat August Brass (1818 bis 1876) in seinen „Drei schönen, neuen, roten Liedern“ (1848).<sup>3</sup>

Wieder wurden die Erwartungen enttäuscht. Es war nur eine Frage der Zeit, der Umstände und des diplomatischen Geschicks, ob sich der Einigungsprozess entweder auf großdeutschem, unter Einschluss Österreichs, oder – bei dessen Ausschluss – auf kleindeutschem Wege und dann dominiert von Preußen vollziehen werde.

Mit Otto von Bismarck (1815-1898), der 1862 preußischer Ministerpräsident und Außenminister wurde, war ein Mann an ent-[79:]scheidende Stelle gelangt, der ohne Wenn und Aber den preußisch-kleindeutschen Weg der Reichseinigung durchsetzen wollte. Er legte am 30. September 1862 vor der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses unverblümt dar, wie er die Vereinigung unter Preußens Hegemonie zu verwirklichen gedenke: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht ... Preußen muss seine Macht zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpasst ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen (von 1815 – A. J.) sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849, sondern durch Eisen und Blut.“<sup>4</sup> Am 28. Januar 1886, in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses, erklärte er rückblickend noch einmal, was er 1862 gesagt und gemeint hatte: „Legt eine möglichst starke militärische Kraft, mit anderen Worten möglichst viel Blut und Eisen in die Hand des Königs von Preußen, dann wird er die Politik machen können, die Ihr wünscht; mit Reden und Schützenfesten und Liedern macht sie sich nicht, sie macht sich nur durch Blut und Eisen“.<sup>5</sup>

Erst mit Bismarck wurde das Wortpaar *Blut und Eisen* zum Schlagwort. Der ihm 1813 ursprünglich – als eine seiner Bedeutungen – eigene demokratische Gedanke verblasste bald. Es blieb die Assoziation von Gewaltpolitik, militärischem Druck und Krieg.

Sinnverwandt war *Blut und Eisen* dem „mit Feuer und Schwert“, dem „igni atque ferro“ oder wie bei Bismarck in einem Petersburger Brief (1859) „ferro et igni“.<sup>6</sup> Die Schritte hin zur deutschen Reichseinheit, ließen keinen Zweifel an der dann ausschließlich negativen Wertung dieses Wortpaars. Auf den Krieg gegen Dänemark (1864) folgte der gegen Österreich (1866), das u. a. mit Sachsen, Bayern und Württemberg verbündet war, und schließlich der von Bismarck provozierte deutsch-französische Krieg (1870/71), der in der Ausrufung des „Deutschen Reiches“ und der Krönung des „Deutschen Kaisers“ gipfelte.

<sup>2</sup> Lebensnachrichten über Barthold Georg Niebuhr aus Briefen desselben und aus Erinnerungen einiger seiner nächst-ten Freunde, Bd. 1, Hamburg 1838, Nr. 247, S. 540.

<sup>3</sup> August Brass: Drei schöne, neue, rote Lieder, Berlin 1848 (im Selbstverlag).

<sup>4</sup> Otto von Bismarck: Rede in der Sitzung der Budgetkommission am 30. September 1862. In: Die gesammelten Werke, Berlin 1924-1933, Bd. 10, S. 140.

<sup>5</sup> Ebenda, Bd. 13, S. 150 (Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 28. Januar 1886).

<sup>6</sup> Ders.: Brief an Alexander Gustav Adolf Freiherr von Schleinitz v. 12. Mai 1859, St. Petersburg. In: Briefe. Hg. v. Horst Kohl, Bielefeld/Leipzig 1900, S. 262.

Bismarcks markiges Wort vom *Blut und Eisen* zitierten deutsche Politiker und Militärs, auch so genannte Stammtischstrategen gern, in Vereinsreden oder bei öffentlichen Anlässen. Ein Beispiel für viele: Am 24. August 1940, anlässlich der Indienststellung des Schlachtschiffes „Bismarck“ – Mannschaften und Offiziere waren auf dem Oberdeck angetreten – erinnerte Kapitän zur See Ernst Linde-mann [80:] in seiner Ansprache an Bismarcks Sentenz und zeigte sich überzeugt, dass die stahlgepanzerte Schiffsfestung bald mit Kriegserfolgen aufwarten werde. Die „Bismarck“ versank am 27. Mai 1941. Von den 2221 Besatzungsmitgliedern überlebten nur 115.

Im Ausland wurde das Bismarcksche *Blut und Eisen* mit negativen Gefühlen und Ängsten aufgenommen. Der russische Lyriker Fjodor I. Tjutèev (1803-1873) verfasste Ende September 1870 unter dem Eindruck der von Preußen und Preußen-Deutschland geführten Kriege das Gedicht „Zweierlei Vereinigung“: „Aus dem von Gottes Zorne übervollen Kelch strömt Blut, in dem der Westen nun versinkt. Und Blut ergießt sich auch auf Euch, ihr unsre Freunde, unsre Brüder. Schließ enger dich zusammen, Welt der Slawen ... , Vereinen kann‘, so sprachs Orakel unsrer Tage, „nur Blut und Eisen ... ‘ Mit Liebe aber werden wirs versuchen, – und dann schon sehen, was wird dauerhafter sein ...“<sup>7</sup>. Hier wird ein der Gewalt entgegengesetzter Standpunkt verkündet, an ein freundschaftliches und friedliches Miteinander zumindest der Slawen appelliert, das natürlich Illusion blieb. Russland ging nicht zimperlich mit seinen slawischen Nachbarn um, und die Welt der Slawen wurde immer wieder durch blutigen Bruderzwist erschüttert. Auch verschwand das Zarenreich noch vor dem deutschen Kaiserreich im Orkus der Geschichte.

*Blut und Eisen* – zu diesem Mittel der Politik griffen sie irgendwann alle: Preußen und später Deutschland, die Weltmächte Frankreich und England, Türken, Japaner, Israel und immer wieder die USA. Wer glaubte, mit dem waffenstarrenden und blutigen 20. Jahrhundert würde auch der Alptraum von *Blut und Eisen* vergehen, musste sich eines Besseren belehren lassen. Sicher gab und gibt es Versuche, den Krieg, diese letzte Konsequenz einer auf *Blut und Eisen* bauenden Gewaltpolitik, aus den internationalen Beziehungen zu verbannen. 1928 unterzeichneten in Paris fast alle Staaten der Welt den Briand-Kellogg-Pakt, so benannt nach dem damaligen französischen und dem damaligen amerikanischem Außenminister. Sie verpflichteten sich, Konflikte künftig friedlich zu regeln und auf Kriege zu verzichten. Das war eine sehr weitgehende politische Zielsetzung, die aber Utopie bleiben musste, weil der Vertrag weder durch abrüstungstechnische Maßnahmen noch durch Sanktionen gegen Aggressoren abgesichert wurde. Auch anderen Vertragswerken, die den Gebrauch bestimmter Waffenarten oder -formen – von Dum dumgeschossen, dreikantigen Seitengewehren oder jüngst von Landminen – ächteten, war keine nachhaltige Wirkung beschieden. [81:] Bei den in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dominierenden Kernwaffen konnte zwar kein grundsätzliches Verbot erreicht werden, aber es wurden immerhin Abmachungen getroffen, die ihre Verbreitung eingrenzen und ihre Anwendung erschweren. Inzwischen sind neue konventionelle Waffen entwickelt worden, deren Zerstörungskraft so hoch ist, dass Kernwaffen vorläufig nicht zum Einsatz kommen müssen. Dieses hochmoderne militärische Eisenzeug wird vorwiegend in den USA, in Russland, Großbritannien, Deutschland, Frankreich oder Tschechien hergestellt. Es wird gehortet, weltweit gehandelt, gern gekauft und immer wieder auch eingesetzt – im Falle territorialer Konflikte, in Bürgerkriegen, bei Terroranschlägen.

Andererseits bekennt sich heute kaum noch ein Staatsmann offen und bedingungslos zu *Blut und Eisen*. Man äußert eher Abscheu vor Krieg und Gewalt, gibt sich friedfertig-besorgt, bemüht sich mit Hilfe internationaler Gremien um Konfliktbewältigung und vertragliche Regelungen, und doch wird zugleich Provokationen Vorschub geleistet, um Kriegsanlässe zu finden, wird einseitig Partei ergriffen, wie für die Taliban, als sie in Afghanistan gegen die Sowjetarmee kämpften, werden, wie unlängst im Kosovo oder in Makedonien geschehen, Terroristen zu Freiheitskämpfern erklärt. Hat sich die Situation dann unrettbar zugespitzt und die Gewalt endlich entladen, konstatieren Politiker der „in der Welt führenden Länder“ Alternativlosigkeit, so dass nur Gewalt bleibt, um Gewalt zu bekämpfen. Sie reden von „robusten“ Militäreinsätzen, brechen selbst Kriege vom Zaun, wollen Feinde

<sup>7</sup> F. I. Tjutschev: Lyrika, Bd. 2, Moskva 1965, S. 223 (Übertragung A. J.).

gnadenlos bis in den letzten Schlupfwinkel hetzen, Kriegsverbrecher vor ein Tribunal stellen und suchen nach Analogien für ihr Tun. Musste sich nicht Europa zusammenschließen, heißt es mit Blick zurück, als Napoleon übermächtig wurde? Und wurde die Nazibarbarei nicht durch die geballte Kraft der Alliierten gebändigt? Bomben waren es auch, die den „serbischen Imperialismus“ zügelten. Aber hat man damit das Übel, die sich auf *Blut und Eisen* stützende Gewalt, tatsächlich schon an seiner Wurzel gepackt? Werden bei einer solchen Sicht der Dinge nicht die Ursachen und die anfängliche Duldung primärer Gewalt, die gewöhnlich auf Gegengewalt stößt, und – ist der Konflikt einmal entbrannt – auch Gewaltanwendung durch Dritte nicht ausschließt, mehr oder weniger bewusst im Dunkeln gelassen? Die gleichsam alternativlos-hehre Bekämpfung von Gewalt dient häufig genug der Rechtfertigung und Bemächtigung eigener Herrschaftsziele und Machtambitionen.

[82:] Zu Beginn des 21. Jahrhunderts scheint sich in der internationalen Politik die Tendenz abzuzeichnen, dass ein selbsternannter Weltgendarm und seine Hilfspolizisten das entscheidende Machtmonopol beanspruchen. Sie legen fest, wer auf der Welt als ein „Schurkenstaat“ oder „Terrorist“ zu gelten hat, um dann, wie im jüngsten Afghanistan-Krieg (2001), nach einem demagogischen und quasidemokratischen Vorspiel gegen den jeweiligen Feind mit *Blut und Eisen* zu Felde zu ziehen. Aber in solch einem Distanzkrieg, in dem die Krieg führenden Länder weit auseinander liegen und in dem mit hoch technisierten Waffen aus großer Entfernung gekämpft wird, gebührt dem Eisen in Form von Flugzeugen, Flugzeugträgern, Raketen, Marschflugkörpern, Drohnen, Bomben und den schon simplen Panzern der Vorrang.

Es wird von einer der Krieg führenden Mächte entweder direkt eingesetzt, oder – als einfacheres Kriegsgerät – jener Konfliktpartei, für die man Partei ergriffen hat, großzügig zur Verfügung gestellt. Das Teuflische einer solchen Kriegsführung besteht darin, das man das eigene *Blut* schont, die eigenen Soldaten aus den unmittelbaren Kämpfen nach Möglichkeit heraushält, dafür mit teurem *Eisen* nicht spart und das *Blut* des Gegners – der Taliban – wie jener afghanischen Verbündeten fließen lässt, die stellvertretend den Bodenkrieg ausfechten. Es bedarf keiner sonderlichen Hellsichtigkeit, um an der Wende des 20./21. Jahrhunderts zu erkennen: Im global herrschenden Kapitalismus, in einer Welt schärfster Interessengegensätze, wohnen die Politik von *Blut und Eisen* ebenso wie in der Gewitterwolke Blitz und Donner.

## **Pardon wird nicht gegeben**

*Von Kurt Pätzold*

„Kommt Ihr vor den Feind, so wird er geschlagen, Pardon wird nicht gegeben; Gefangene nicht gemacht. Wer Euch in die Hand fällt, sei in Eurer Hand. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen lässt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise betätigt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, einen [83:] Deutschen auch nur scheel anzusehen.“<sup>1</sup> Das sind Sätze einer Rede, die Kaiser Wilhelm II. am 27. Juli 1900 in Bremerhaven hielt, als er – nicht zum ersten Mal – ein Kontingent deutscher Truppen in Richtung China auf den Marsch schickte.

Pardon wird nicht gegeben, das mag dem Monarchen als eine Devise seiner Vorfahren schon begegnet sein. So möglicherweise in einem Gedicht, das der um die Mitte des 19. Jahrhunderts mit vaterländischen Erzählungen hervorgetretene J. D. Lüttringhaus unter dem Titel „Die Preußen bei Hohenfriedberg“ verfasst hatte. Darin werden König Friedrich II. vor der im zweiten schlesischen Kriege 1745 gegen die Österreicher und Sachsen geschlagenen Schlacht die an seine Generale und Obristen gerichteten Worte in den Mund gelegt: „Merkt's, Pardon wird nicht gegeben in des Kampfes heißer Schlacht.“

Nach dem Willen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Bernhard Graf von Bülow, der die Rede des Kaisers angehört hatte, sollten einige Sätze aus ihr niemand weiterem vor Ohren und Augen kommen, ausgenommen jene, die Zeuge der Szene gewesen waren. Zum wenigsten waren sie für Geschichtsbücher gedacht. Der Mann, der die Außenpolitik des Reiches leitete, brauchte wenig Phantasie, um sich vorzustellen, welche Munition insbesondere jene Redepassage vom zu verweigernden Pardon allen lieferte, die künftig mit dem Deutschen Kaiserreich in Konflikt geraten würden. Ebenso wenig war er im Zweifel darüber, welchen Gebrauch die innere Opposition, vornehmlich die deutsche Sozialdemokratie, von der Äußerung machen würde, die das Großmachtgelüst Seiner Majestät ins grelle Licht rückte. Doch die Verheimlichung misslang infolge eines Zufalls. Zwar hatte der Staatssekretär die Mehrheit der Journalisten informieren können, welche Texte er in Zeitungen nicht zu lesen wünschte. Doch sein Gebot war nicht zu Ohren eines Mannes gekommen, der das aus Kaisermund Gesprochene stenographiert hatte. Das geriet augenblicklich in die nur regional bedeutsame „Nordwestdeutsche Zeitung“. Von dort aber nahm der Text seinen Weg in die Zeitungswelt, begeisterten Beifall und heftigen Widerspruch auslösend.

Wilhelm II. hatte sich – militärisch angetan und den Oberbefehlshaber herauskehrend – von einem hölzernen Gerüst herab an die vor ihm angetretenen Offiziere und Soldaten eines „ostasiatischen Expeditionskorps“ gewandt. Dessen Aufstellung war einen Monat zuvor am 25. Juni 1900 durch eine Kabinettsorder befohlen worden. [84:] Es sollte – insgesamt 20000 Mann stark – in China gemeinsam mit militärischen Formationen anderer Staaten jene Ordnung wiederherstellen, die deutschen Unternehmern und denen anderer imperialistischer Staaten bislang das ungehinderte ökonomische Vordringen ins Landesinnere ermöglicht hatte. Ausdrücklich wurde im Reichstag erklärt, die Zahl der zu entsendenden Truppen werde so bemessen sein, dass sie der „politischen Bedeutung Deutschlands“ entspreche. Der politischen und militärischen Führung des Reiches war nach nahezu dreißig Friedensjahren an einer Demonstration deutscher Stärke weithin gelegen.

Ausgelöst wurde die Entsendung der Streitmacht durch die Nachricht, die in und um China zu Lande und zur See ständig stationierten Truppen europäischer Staaten hätten einen Aufstand nicht niederschlagen können, mit dem sich Chinesen vor allem in der Provinz Shandong gegen Kolonialisierung und Christianisierung sowie deren wirkliche und vermeintliche Folgen zur Wehr setzten.<sup>2</sup> Eine jüngere Kunde besagte, dass bei der Belagerung des Gesandtschaftsviertels in der Hauptstadt des „Reiches

<sup>1</sup> Von diesem Teil der Rede existieren im Einzelnen in der Wortwahl abweichende Versionen, jedoch gibt es keinen Zweifel an ihrem Kern und der erhobenen Forderung, keine Gefangenen zu machen.

<sup>2</sup> Siehe zu dessen Vorgeschichte und anfänglichem Verlauf den Beitrag „The German to the front“ in diesem Band, S. 89 ff.

der Mitte“ der deutsche Diplomat Klemens Freiherr von Ketteler am 20. Juli von einem chinesischen Soldaten getötet und sein Begleiter, der Dolmetscher Heinrich Cordes, schwer verletzt worden sei.

Die Rede Wilhelms II. war die eines rachedürstenden Rassisten. Der Monarch machte die Behandlung eines Kriegsgegners von dessen Hautfarbe und nicht davon abhängig, ob er bewaffnet war oder die Waffen bereits weggeworfen und, um das zu bekunden, die Hände gehoben hatte. Seinen Bezug auf die Hunnen und König Attila verstanden auch deutsche Volksschüler, denn Legenden und Historienbilder von deren Einfall in Mitteleuropa, die Metzeleien einer fernen Zeit und die Schlacht auf den Katalaunischen Feldern, die 451 dem weiteren Vordringen der kriegerischen Nomaden Einhalt geboten und sie zum Rückzug nach Osteuropa gezwungen hatte, gehörten zu den Themen noch des anspruchslosesten patriotischen Geschichtsunterrichts. Mit seiner Aufforderung zum Gefangenemord stand der Kaiser nicht allein. Gegen Kritik verteidigt wurde er beispielsweise von der Redaktion des „Frankfurter General-Anzeiger“. Sie schrieb, die geforderte Kriegspraxis sei von den Russen bereits angewendet worden und die Engländer wären im afrikanischen Omdurman nicht anders verfahren. Es wäre vielleicht angebracht, die von allzu großer Wildheit geprägten Soldaten anderer Nationen zur Zurückhaltung zu ermahnen. Bei den Deutschen [85:] aber sei das überflüssig und das Umgekehrte nötig, stünden sie doch in der „Gefahr falscher Humanität“.

In diesen Tagen veröffentlichte die satirische Zeitung „Der wahre Jacob“ eine Persiflage auf das Deutschlandlied, das „Neue deutsche Nationalhymne“ überschrieben war. Dessen 4. Strophe lautete:

Darum lasst uns Flotten bauen  
Über alles in der Welt,  
Lasst uns stechen, lasst uns hauen,  
Was uns in die Klauen fällt.  
Wenn nur der chines'sche Drache  
Blutend erst am Boden liegt,  
Dann wird England, Russland, Frankreich  
Und die neue Welt bekriegt.

Die Reichsregierung stellte nicht nur das zahlenstärkste Kontingent aller an der Intervention beteiligten Staaten, sondern mit Feldmarschall Adolf Graf von Waldersee, einem ehrgeizigen Militär und Politiker, der als Nachfolger Helmuth von Moltkes kurzzeitig bis 1891 Generalstabschef des Kaiserheeres und Wortführer des Gedankens an einen „präventiven“ Krieg gegen Rußland und Frankreich gewesen war, auch den Oberkommandierenden der internationalen Truppe. Wiewohl Chinas Regierung schon kapituliert hatte und Peking besetzt war, bevor die Masse der deutschen Einheiten eintraf, zogen diese nicht unverrichteter Dinge ab. Sie begannen gesondert oder in Gemeinschaft mit Truppen anderer Interventionsmächte „Strafexpeditionen“, deren Opfer Männer, Frauen und Kinder wurden. Während Redner der Opposition im Reichstag das Sengen und Morden brandmarkten und es anhand von Briefen dokumentierten, die von den Tätern in die Heimat gesandt worden waren, erklärte der preußische Kriegsminister von Gößler den Abgeordneten am 16. März 1901, es handele sich bei den Gräueltaten um Gerüchte. Er drohte, sowohl Briefeschreiber wie Zeitungen zu belangen, die solche Nachrichten verbreiten würden. Nicht anders in Frankreich, wo im Parlament die Forderung, Informationen über von Soldaten begangene Verbrechen zu untersuchen, durch die Mehrheit der Abgeordneten niedergestimmt wurde. Da hatte Wilhelm II. Angehörige der Marine, die kurz vor Weihnachten 1900 aus China zurückgekehrt waren, schon lobend begrüßt: „Eure Hand hat nicht gezittert“ und dem für alle künftigen Fälle hinzugefügt: „... wo ich meine blauen Jungens hinsetze, sich niemand darüber setzt.“ Ein paar Jahrzehnte später wiederholte Hitler diese Redewendung nur [86:] wenig variiert, als er marktschreierisch ausrief: „Wo der deutsche Soldat steht, da steht er und da steht kein anderer.“

So bestimmten ruhmredige „Kriegsberichte“ das Bild, das sich in den Köpfen vieler Deutscher bildete.<sup>3</sup> Einer ihrer Titel las sich wie die Ankündigung eines Reiseberichtes, er lautete: „Mit Graf Waldersee in

---

<sup>3</sup> Paul Schlieper: Meine Kriegserlebnisse in China, Minden 1902. Der Band des Korvettenkapitäns, der an dem gescheiterten Unternehmen unter dem Oberbefehl Seymours gemeinsam mit 20 deutschen Offizieren und 489

China“.<sup>4</sup> Der Verfasser, ein Duzfreund des Feldmarschalls, dem dieser sein Werk auch widmen wollte, hatte auf eigenen Wunsch als so genannter Pressebeauftragter (vier Jahrzehnte später wird es in den deutschen Streitkräften ganze Propagandakompanien geben) an dem Feldzug teilgenommen. Er wies Berichte über – von Angehörigen des Korps begangene – Verbrechen als unwahr zurück. Zwar habe es anfänglich manche Rohheit, auch Vergehen am Eigentum und gegen die Selbstzucht – was damit gemeint war, blieb ungesagt – gegeben. Diese aber wären durch die „Neuheit der Verhältnisse hervorgerufen“ gewesen.<sup>5</sup> Das Oberkommando der Armee sei mit Strenge eingeschritten. So suchten Zeitgenossen das Geschehen mit dem Mantel der Lüge zu verdecken. Und noch nachdem es ein Dreivierteljahrhundert zurücklag – das klassische Kolonialsystem der europäischen Mächte war vollkommen zusammengebrochen –, vermochten sich nicht alle deutschen Geschichtsprofessoren dazu zu entschließen, in von ihnen herausgegebene Bücher auch nur einen Nebensatz über von Waldersees Rolle als Exekutor kolonialer Disziplinierung hinein zu schreiben.<sup>6</sup>

Von der Durchsetzung des Prinzips, sich an den Chinesen zu rächen, zeugte auch das Ende des Soldaten, der den deutschen Gesandten erschossen hatte und in die Hände der deutschen Militärs übergeben worden war. Wiewohl er sich auf einen erteilten Befehl berief, und der Befehlshaber des deutschen Expeditionskorps General Emil von Lessel, dem glaubend, es deswegen für ausgeschlossen hielt, dass ein deutsches Militärgericht ihn zum Tode verurteilen würde, ließ Waldersee die Enthauptung des Täters mit Hilfe eines von willfährigen Chinesen gefällten Spruches durchsetzen. Sie erfolgte am 31. Dezember 1900. Weitere demütigende Sühneverlangen der deutschen Machthaber schlossen sich an.

Die Tirade des Kaisers in Bremerhaven aber verdeutlichte über ihren unmittelbaren Zweck hinaus, was das Staatsoberhaupt über die Verhandlungen dachte, die etwa gleichzeitig zwischen Vertretern europäischer Staaten in Gang gekommen waren und Rechte und Pflichten der Staaten und Armeen verbindlich festlegen sollten, wenn diese künftig gegeneinander in Kriege geraten würden. Aus [87:] langwierigen diplomatischen Beratungen ging am 18. Oktober 1907 eine Vereinbarung hervor, die nach dem niederländischen Ort ihrer Unterzeichnung Haager Landkriegsordnung (meist abgekürzt: HLKO) genannt wurde. Sie markierte eine neue Etappe des Kriegsvölkerrechts und den Versuch, Soldaten, falls sie in Feindeshand gerieten, vor Willkür zu schützen und ihnen eine menschenwürdige Behandlung zu sichern. Das zweite Kapitel des Abkommens befasste sich in den Artikel 4 bis 20 ausschließlich mit Status, Rechten und Pflichten von Kriegsgefangenen und den Grundsätzen, nach denen sie zu behandeln waren.

Die Bestimmungen, zu deren Einhaltung sich Deutschland sowie alle europäischen Mächte verpflichteten, mit denen es sich wenige Jahre später im Weltkrieg befand, besagten, dass Gefangene ordentlich und so zu behausen und zu verpflegen wären, wie die Angehörigen der eigenen Armee. Auch sollten sie weder an den Fronten noch im Hinterland zu Arbeiten herangezogen werden, die dem eigenen Staat schaden würden. Vor Beleidigungen waren sie zu schützen, und sie sollten das Recht haben, ihre Religion auszuüben. Offizieren wurde in Gefangenschaft eine privilegierte Behandlung zugesichert. Es las sich wie eine Antwort auf die Rede des deutschen Kaisers: Die HLKO untersagt Kriegführenden ausdrücklich, dass „kein Pardon gegeben wird“.<sup>7</sup>

---

Unteroffizieren und Mannschaften, kommandiert von Kapitän z. S. von Usedom teilgenommen hatte, erlebte rasch in die Zehntausende gehende Auflagen

<sup>4</sup> F. v. Rauch: Mit Graf Waldersee in China, 1907. Ganz ähnlich auch Jahrzehnte später der Titel eines Buches über einen anderen exotisch anmutenden Feldzug der Jahre von 1941 bis 1943: Volkmar Kühn: Mit Rommel in Afrika, Stuttgart 1990, 11. Auflage.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 368. Waldersee hatte seinem Freund, als er ihm die Absicht mitteilte, seinen Bericht zu schreiben, geantwortet, das müsse aber „mit Takt“ geschehen, und sich, bevor ihm gewidmet würde, ausbedungen, den Text zu lesen. Vorwort Seite V. Das vollständig zu tun, hinderte den Grafen der Tod.

<sup>6</sup> Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte. Hg. v. Karl Bosl/Günther Franz/Hans Hubert Hofmann, Band III, München 1975, Sp. 3023.

<sup>7</sup> Hg. v. Helmut Stoecker unter Mitarbeit von Adolf Rüger, Berlin 1968, S. 112.

Die deutsche Delegation hatte nicht zu denjenigen Unterhändlern gehört, die sich für möglichst weitgehende und konkrete Regelungen aussprachen. Das war besonders deutlich geworden, als darüber gestritten wurde, wie jene Kriegsteilnehmer zu behandeln wären, die nicht zu den regulären Armeen gehörten, sondern als Partisanen kämpften. Während in ihren Büchern den Schulkindern im Kaiserreich die Taten deutscher und österreichischer antinapoleonischer Partisanen rühmend und rührend erzählt und in Liedern besungen [88:] wurden – besonderer Beliebtheit erfreute sich das „Andreas-Hofer-Lied“ –, war der deutsche Delegierte interessiert, die Bestimmungen über Bekämpfung und Behandlung dieser Kriegsteilnehmer möglich unbestimmt zu halten. Dennoch wurden Partisanen nicht außerhalb der getroffenen Vereinbarung gestellt, vorausgesetzt sie erfüllten eine Anzahl von Bedingungen. Jedenfalls besagten die Artikel über den Landkrieg das Gegenteil der brutalen Parole *Pardon wird nicht gegeben*.

Doch die Kaiserrede war, wie sich im Verlauf des Weltkrieges zeigte, nicht nur kriminellen Elementen, deren Neigungen der Krieg freisetzt und gegen die sich kein Massenheer vollkommen zu schützen vermag, aus der Seele gesprochen. Scharfmacherische Parolen wie „Not kennt kein Gebot“ signallisierten bereits 1914 die Bereitschaft, sich über Gebote und Verbote hinwegzusetzen, wenn das den eigenen Zielen diente. Mehrfach verletzten deutsche Soldaten und Offiziere zwischen 1914 und 1918 kodifiziertes Kriegsvölkerrecht. Nach Kriegsende konnten auch Personen namhaft gemacht werden, die das getan oder angeregt hatten. Zunächst bestanden die Siegermächte auf deren Auslieferung, gaben sich dann aber damit zufrieden, dass Angehörige des Kaiserheeres und der Kriegsmarine wegen von ihnen begangener oder zu verantwortender Untaten vor deutschen Gerichten angeklagt wurden. So erhob das Reichsgericht unter dem Druck Frankreichs u.a. Anklage gegen General Stenger. Von dem war ein Befehl ergangen, der in dem Satz gipfelte: „Hinter uns dürfen keine lebenden Feinde zurückbleiben.“ Das hatte die Ermordung französischer Gefangener zur Folge gehabt. Jedoch: Ovationen begrüßten Stenger, als er das Gerichtsgebäude unbestraft verlassen konnte.<sup>8</sup> Sie bezeugten, dass der Geist Wilhelms II., anders als dessen inzwischen im niederländischen Exil lebender Träger, in deutschen Landen fortlebte.

Was im Ersten Weltkrieg geschah, erwies sich als Vorspiel, gemessen an der verbrecherischen Kriegsführung im Zweiten, namentlich, seit ihn die deutsche Führung 1941 zum Krieg gegen die Sowjetunion ausgeweitet hatte. *Pardon wird nicht gegeben* – diese Devise gab Hitler den Feldmarschällen und Generalen des deutschen Heeres noch vor Beginn des Überfalls. Sie galt ausdrücklich den politischen Offizieren der Roten Armee und ist als „Kommissarbefehl“ in die Geschichte der Kriegsbarbarei eingegangen. Generell bestand auch für Untaten, begangen von deutschen Soldaten an Zivilpersonen im Feindesland kein Verfolgungzwang, „auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.“<sup>9</sup>

[89:] Doch anders als nach 1918 hat die Erteilung und Befolgung von Befehlen, die den vereinbarten und auch von den faschistischen Machthabern nicht aufgekündigten Verträgen über das Kriegsvölkerrecht widersprachen und massenhaft verbrecherische Handlungen an Soldaten, Partisanen und Zivilisten der Gegner zeitigten, ihre Richter gefunden. Der Versuch scheiterte, sie als unvermeidbare Nebenerscheinungen des Krieges einzuordnen, als Kriegsnotwendigkeiten zu rechtfertigen und abzutun oder mit der „Hitze des Gefechts“ zu erklären und zu entschuldigen. Die Richter der Alliierten Mächte waren nicht bereit, denen „Pardon“ zu gewähren, die etwa drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene hatten verhungern, erfrieren oder auf andere Weise zugrunde gehen oder britische Luftwaffenoffiziere, die aus einem Lager in Sagen in Schlesien geflohen waren, nach ihrer erneuten Gefangennahme kurzerhand hatten erschießen lassen. Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, der Chef des Generalstabes der Wehrmacht, Generaloberst

<sup>8</sup> Fritz Bauer: Die Kriegsverbrecher vor Gericht, S. 59 und 63.

<sup>9</sup> Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa‘ (das ist: im eroberten Territorium der UdSSR – K. P.) und über besondere Maßnahmen der Truppen. Zit. nach Dokumente der deutschen Geschichte 1930-1942. Hg. v. Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann, bearbeitet von Gerhart Hass, Berlin/DDR 1977, S. 65.

Alfred Jodl, und der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Hermann Göring, endeten nach Sprüchen der Richter in Nürnberg am Galgen.

Schon vor Kriegsbeginn hatte die Parole *Pardon wird nicht gegeben* die Faschisten in den innenpolitischen Auseinandersetzungen mit Kriegsgegnern geleitet. Darauf bezog sich der Romancier Alfred Döblin, der die Wendung zum Titel eines Romans wählte, den er, in die Emigration getrieben, 1934 schrieb, und der ein Jahr darauf im Amsterdamer Querido Verlag veröffentlicht wurde. Döblin beschrieb den tief greifenden Wandel und die Enthumanisierung der deutschen Zustände, die bis in die Beziehungen von Familien reichten und zu vorher ungeahnten Verfeindungen führten.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Im Einzelnen siehe dazu auch das Nachwort von Klaus Hermsdorf in der Ausgabe des Romans von Alfred Döblin „*Pardon wird nicht gegeben*“, Berlin/DDR 1961.

## ***The Germans to the front***

*Von Kurt Pätzold*

Zu den wenigen Worten aus fremden Sprachen, die Deutsche kannten, die in keiner von ihnen systematisch unterrichtet worden waren, gehörten über Jahrzehnte auch diese fünf: *The Germans to the front*. So hatte ein Befehl gelautet, gegeben vom britischen Kommandeur einer internationalen Streitmacht, Sir Edward Hobert Seymour, am [90:] 22. Juni 1900. Zu diesem Zeitpunkt war das von ihm befehlige Unternehmen gescheitert, mit einer Truppe von etwa 2000 Soldaten in die Kaiserstadt nach Peking vorzudringen. Die Europäer befanden sich auf dem Rückzug, verwickelt in ein Gefecht mit Aufständischen und regulären Einheiten des „Reiches der Mitte“. Drei Tage zuvor hatte dessen Regierung den intervenierenden Mächten den Krieg erklärt und damit deren Versuch beantwortet, sich in China, das immer mehr auf einen halbkolonialen Status herabsank, bewaffnet zu bewegen wie in ihren eigenen asiatischen und afrikanischen Kolonien.

Seymours Befehl brachte keine Wende der Geschehnisse. Doch das deutsche Kontingent dieser Streitmacht war in schwieriger Situation auf das Schlachtfeld gerufen worden. Und das hörten und lasen die Deutschen, die von den Ereignissen fernab und falsch unterrichtet wurden, wie eine Ordensverleihung. Ein hoher Offizier der britischen Weltmacht hatte Deutschen eine Aufgabe gestellt, deren Lösung er anderen offenbar nicht zutraute! Und sie hatten sich geschlagen wie befohlen und erwartet! So die deutsche Lesart, 30 Jahre nach dem 1870/71 errungenen Sieg über den französischen *Erbfeind*, in einem Augenblick, da der *Platz an der Sonne* sich bereits fest im Visier der herrschenden Kreise im deutschen Kaiserreich befand.

Wer fragte in den Zeiten des unbestrittenen ius ad bellum nach Menschenrechten? Wer nach Recht und Gesetz? Wer geriet darüber ins Nachdenken oder Grübeln, ob die Truppe, die da schoss und mordete, im fernen Land irgend etwas verloren, also irgend etwas zu suchen hatte? Die Europäer, allenfalls im Verein mit den US-Amerikanern, wenn sie der „weißen Rasse“ angehörten, galten als die berufenen Herren der Welt. Soweit existierte Übereinstimmung. Nur waren die Deutschen bei der Verteilung der Ländereien und Einflusssphären spät und – nach dem Urteil vieler – zu kurz gekommen. Ein Blick auf die Weltkarte bewies das. In China aber hatten sie – seitdem waren noch nicht drei Jahre vergangen – im Nordosten Fuß gefasst. Am 14. November 1897 waren Marinesoldaten in der Bucht von Jiaozhou (Kiaotschou) an Land gegangen. Das morsche Regime in Peking hatte nur Monate später einem auf neunundneunzig Jahre befristeten „Pachtvertrag“ zustimmen müssen, der das Gebiet unter deutsche Oberhoheit stellte.

Nun aber hatten es Chinesen, „schlitzäugige“ – was immer auch hieß: verschlagene und hinterhältige – Asiaten, Angehörige dieser [91:] „gelben Rasse“, gewagt, sich gegen die beutegierigen Eindringlinge zu erheben, die traditionelle Strukturen zerstörten, Reichtümer des Landes ausplünderten, fremde Götter ins Land brachten und auch für das Elend verantwortlich gemacht wurden, das eine Folge staatlicher Misswirtschaft und von Naturkatastrophen war. Und diese Erhebung geschah ausgerechnet in einer Provinz, Schantung (Shandong), die als das bevorzugte deutsche „Einflussgebiet“ galt. Um sich gegriffen hatte ein Rachefeldzug, dessen Opfer ungebettete Fremde ebenso wurden wie Chinesen, die von Missionaren zum Christentum „bekehrt“ worden waren und die eine spätere Zuordnung Kollaborateure genannt haben würde. Manche Aktion dieser Erhebung, etwa die Zerstörung von Eisenbahnlanlagen, erinnerte an die Frühgeschichte des Kapitalismus in Europa und die Zeiten der Maschinensturmerei. Zunächst waren die Aufständischen nach Peking marschiert. Dessen korrupten Machthabern war es geschickt gelungen, die Empörung von sich ab und gegen die Ausländer zu lenken. Als das Gesandtschaftsviertel gestürmt werden sollte, kam es zu erbitterten Gefechten.

Das war die Vorgeschichte jenes missglückten Feldzugs, in dessen Verlauf es schließlich die Deutschen hatten richten sollen. *The Germans to the front* besagte in der nationalistischen Inanspruchnahme durch deutsche Militärs nicht weniger als: Es gab und gibt auf aller Welt keinen besseren Soldaten als den deutschen. Dies und die gepflegte Erinnerung an die militärischen Triumphe über den ersten Napoleon im Jahre 1813 und über den dritten 1870/71 verhieß für alle Zukunft Siege. Die Deutschen, wenn sie nur wollten, schienen auf den Triumph ihrer Waffen geradezu abonniert zu sein.

Millionen von den Badensern bis zu den Ostpreußen, von den Schlesiern bis zu den Oldenburgern glaubten, wie der Taumel der Augusttage 1914 zeigte, dass es ihnen nicht schwer fallen werde, die Feinde zu „dreschen“ und wiederum bis Paris zu gelangen. „Jeder Stoß – ein Franzos“. Jeder Tritt – ein Brit. Jeder Schuss – ein Russ“ und „Weihnachten sind wir wieder zu Hause“, so ausgelassen und naiv zogen Preußen, Bayern, Württemberger und Sachsen und ihre Landsleute auf die Schlachtfelder. Ahnungslos, mit den Bildern von Kriegen vor Augen, die der Geschichte angehörten, überholt von Kriegstechnik und „Kriegskunst“.

Der letzte deutsche Schlachtentriumph, errungen auf französischem Boden bei Sedan und an den Jahrestagen immer aufs Neue enthusiastisch gefeiert, war der Sieg einer inzwischen nicht mehr [92:] kriegsfähigen Generation gewesen. Seine Teilnehmer waren, wenn nicht verstorben, meist schon alte Männer und ehrwürdige Großväter geworden. Sie stellten sich bei nationalen Feiertagen in ihren schwarzen, uniformähnlichen Anzügen und mit einem Zwitter von Postbeamten- und Eisenbahnermütze auf dem Kopf ordengeschmückt auf oder fanden sich zum letzten Abschied von alten Kameraden stramm ein, was ihren Kriegervereinen übrigens die despektierliche Bezeichnung Beerdigungsverein eintrug.

Zeitlicher Abstand erleichtert verklärende Erinnerung zusätzlich. Siegesgewiss ließen sich 1914 die meisten Deutschen also in Viehwagen in die Nähe der Fronten fahren. Geschlagen, ernüchtert und manche auch belehrt marschierten sie vier Jahre später heimwärts, Millionen Tote auf den Schlachtfeldern zurücklassend. Nicht wenige warteten in Gefangenschaft noch auf ihre Freilassung und die Rückkehr zu ihren Familien. Andere befanden sich in Bewahranstalten, die sie zeitlebens wegen ihrer schwersten Verwundungen nicht würden verlassen können. Doch ungeachtet der Niederlage nährten Ereignisse und Episoden des Kriegsverlaufs die These, dass die Deutschen an die Front mussten, wenn die Regimenter der Verbündeten versagten. Beispielsweise die der Österreicher. Die hatten nach dem Beginn des Krieges, für den der Mord an dem habsburgischen Erzherzog Franz Ferdinand den Anlass gelieferte hatte, eine Offensive unternommen, mit der die Serben – die Attentätergruppe hatte aus bosnischen Serben bestanden – abgestraft und ihre Ländereien erobert werden sollten. Weit aber waren die Truppen des in Wien regierenden Kaisers über die Save im Feindesland nicht vorwärts gekommen. Der Ruf „Auf nach Belgrad“ blieb ihnen in den Kehlen stecken. Als bald mussten sie den Rückzug antreten.

1915 betratn daraufhin deutsche Truppen diesen „Nebenkriegsschauplatz“, denn die Hauptkräfte der Gegner waren an der russischen und an der französischen Front versammelt. Es befehligte August von Mackensen. Die ungleich schwächeren serbischen Kräfte hatten gegen die nun formierte Übermacht so wenig eine Chance wie anderthalb Jahrzehnte zuvor die Chinesen. Ihre Reste flohen auf dem Seeweg nach Griechenland. Mackensen wurde ein deutscher Kriegsheld. Seine Nachbildung als Spielzeugsoldat, unverkennbar in der Husarenuniform, war billig zu kaufen und fand sich später in Spielzeugkisten vieler Kinder, die, kaum herangewachsen, 1939 in den Zweiten Weltkrieg zogen.

Der gab anfangs wieder Material, das gerühmte Bild von den [93:] deutschen Kriegern aufzufrischen, die niemand aufzuhalten vermochte und die ihre Verbündeten herauszuhauen verstanden, wenn die in eine kritische Lage geraten waren. Sinnfälliges Beispiel dafür boten die Kämpfe entlang der afrikanischen Küste des Mittelmeers. Dort befanden sich die Truppen des italienischen „Achsenpartners“ gegen die Briten Anfang 1941 auf der Verliererstraße. Es schien nur eine Frage kurzer Zeit, bis ihre Kolonie Libyen vollständig in deren Besitz, Sizilien und das Festland bedroht sein würden. Also: Die Deutschen, an Landfronten eben noch unbeschäftigt, wiederum auch an diese Front. Ein Spezialverband wurde formiert, der den großspurigen Namen „Afrikakorps“ erhielt. Ihn befehligte General Erwin Rommel. Unter dessen Oberkommando gelang eine Wende an dem schmalen Frontstreifen entlang der Mittelmeerküste. Nach wechselvollen Kämpfen drangen seine Truppen im Frühjahr 1942 in Ägypten ein. Der Sprung von Afrika in den vorderen Orient schien greifbar nahe zu sein. Das blieb ein Traum. 100 Kilometer westlich von Alexandria endete der Vorstoß.

Rommel erreichte das biblische Alter Mackensens, der noch 1944 die deutsche Jugend aufrief, sich im längst aussichtslos gewordenen Kampf zu opfern, nicht. Er tötete sich, als er nach dem 20. Juli

1944, dem Tag des misslungenen Attentats auf Hitler, von dessen Abgesandten vor die Frage gestellt wurde, am Galgen zu enden oder ein Staatsbegräbnis zu erhalten. Denn Rommel hatte gewusst, wenn er sich ihr auch nicht anschloss, dass eine Gruppe von Offizieren dem „Führer“ nach dem Leben trachtete und auch er selbst suchte einen Ausweg aus dem Krieg, den er nicht mehr für gewinnbar hielt. Ein Idol wurde Rommel, der von Hitler zum Feldmarschall beförderte „Wüstenfuchs“, trotzdem oder – und zusätzlich – gerade auch wegen seines Endes. Denn er hatte doch bewiesen, was die Deutschen vermochten, auch und gerade unter extremen Bedingungen, im „glühend heißen Wüstensand“. Fast, das meinten nicht nur die Stammtischstrategen, sondern auch er selbst, wäre er bis an den Suezkanal gekommen. Und dann ...

Auch am Ende des Zweiten Weltkrieges fehlte es denen nicht an Stoff, die das Bild vom unübertrefflichen deutschen Soldaten über die diesmal totale Niederlage hinweg zu retten wünschten. Vor die Bilder von den zermürbten, mitunter zerlumpten, verzweifelten Wehrmachtsangehörigen, die in langen, ja unübersehbaren Zügen als Geschlagene in die Kriegsgefangenschaft ziehen mussten, wurden in der Bundesrepublik bereits seit dem Ende der vierziger Jahre [94:] immer wieder andere geschnitten. Sie waren bezogen aus Schlachten; Gefechten und Kämpfen zu Lande, zu Wasser und zur See, vorwiegend aus den Zeiten der Siege und der Erfolge, aber auch aus dem „Heldentum“ der Verteidigungen und der Rückzüge. Generaloberst Heinz Guderian, einer der Schöpfer und Organisatoren der Panzertruppen der Wehrmacht, dann – schon in der Zeit der Niederlagen – als Chef des Generalstabs des Heeres einer der engsten Mitarbeiter Hitlers, brachte die Aussage in seinen Memoiren auf den Punkt, als er, an die Kriegsgenerationen gewandt, schrieb: „Ihr waret die besten Soldaten. Richtet Euch auf meine Kameraden und tragt den Kopf hoch, wie einst zur Parade!“<sup>1</sup>

Doch gelüstete es die Mehrheit der deutschen Männer in jenen frühen Nachkriegsjahren weder nach Paraden noch nach Schlachten. Als die von den USA geführte neue Militärkoalition westeuropäischer Staaten durch die eben gegründete Bundesrepublik Deutschland erweitert und das ursprüngliche Verbot der Aufstellung von Streitkräften durchbrochen werden sollte – was mit dem Eintritt in das nordatlantische Bündnis 1954 auch geschah –, widersetzten sich dem Bürger in beiden deutschen Staaten, die sich die Forderung nach einem demilitarisierten Deutschland zu eigen gemacht hatten. Im westdeutschen Staat entwickelte sich eine Massenbewegung unter der Devise „Ohne uns“. Getragen wurde sie vor allem von jungen Kriegsgegnern, die in einem künftigen, mit hoher Wahrscheinlichkeit unter Einsatz von atomaren Waffen geführten Krieg nicht die „german boys“ der US- Amerikaner und den „verlorenen Haufen“ abgeben wollten.

Vier Jahrzehnte später erscheint die Situation in Deutschland gründlich verändert. Am 24. Oktober 1995 wurden die Deutschen durch den Generalinspekteur der Bundeswehr darauf vorbereitet, dass künftig deutsche Soldaten „auch fern der Heimat“ eingesetzt werden würden, um „Krisen“ von ihrem Land fernzuhalten, das während ihres „Einsatzes in Frieden lebt“. Ähnliche Verwendung hätten deutsche Soldaten „nur zweimal ... vor 1945 erlebt“. Der General meinte, wie eine Nachfrage ergab, damit die Kriege deutscher Soldaten gegen die aufständischen Boxer in China 1900 und die Hereros in Afrika 1904.<sup>2</sup>

Zunächst nahmen deutsche Soldaten 1999 an einem Krieg in Europa teil, dem der NATO gegen Jugoslawien. Die historische und militärische Konstellation erinnerte in mancher Hinsicht an das Unternehmen, das ein Jahrhundert zurücklag. Vordergründig – viel-[95:]leicht zufällig – durch den Umstand, dass ein Luftangriff die chinesische Botschaft in Belgrad zerstörte. Sodann wegen des Zusammenwirkens von Mächten, die 1900 am Krieg in China beteiligt gewesen waren. Am meisten aber wohl, weil wiederum eine Übermacht von Staaten im Vorwissen um das Kräfteverhältnis einen ungleich Schwächeren bezwang, mit dem Ziel, dessen Politik den eigenen Interessen zuzuordnen.

Ruhmredig wie zu Kaisers Zeiten verfuhr die Apologeten dieses Krieges jedoch nicht. Bescheiden, ja artig hieß es, die Deutschen könnten sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Mit dem Blick auf

---

<sup>1</sup> Heinz Guderian: Erinnerung eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 423.

<sup>2</sup> Gerhard Zwerenz: Kriegsziel – Krieg. In: Neues Deutschland, 10./11.11.2001, S. 1

die Neuverteilung der Rolle der Streitkräfte, über welche die USA und die europäischen NATO-Mächte gebieten, prophezeite ein deutsches Magazin gegen Jahresende 2000: „Bei künftigen Einsätzen werden die Amerikaner ‚Germans to the front‘ rufen, anstatt eigene Spezialkräfte zu schicken.“<sup>3</sup> Die Vorhersage ging fehl. So konnte die Regierung der USA nach dem 11. September 2001 nicht verfahren.

---

<sup>3</sup> Der Spiegel, 27.11.2000.

## **Langemarck**

*Von Paul Heider*

*Langemarck*: ein während des Ersten Weltkrieges vielfach umkämpfter Ort in der belgischen Provinz Flandern und seit 1977 Teil der Gemeinde Langemarck-Poelkapelle. Bekannt geworden ist er besonders durch die im Oktober und November 1914 unternommenen überaus verlustreichen Angriffe gerade erst aufgestellter Reservetruppenteile, denen viele Studenten, Schüler und altgediente Reservisten, darunter zahlreiche Lehrer, angehörten. In der Folgezeit wurde das Geschehen um *Langemarck* von Kriegsberichterstattern und amtlicher deutscher Militärgeschichtsschreibung zum Sinnbild unreflektierter Opferbereitschaft der Jugend stilisiert. Diese dem Brackhaus von 1998 entnommenen sachlichen Angaben gehen zu den in älteren Ausgaben verbreiteten Legenden ebenso auf kritische Distanz wie zu Meyers Lexikon von 1939 oder zum „Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften“ von 1937, in denen zu lesen ist, am 10. November 1914 hätten junge Regimenter westlich *Langemarck* unter dem Gesang von „Deutschland, Deutschland über alles“ [96:] im Sturmangriff die von gegnerischen Truppen gehaltene vordere Linie überrannt und eingenommen. *Langemarck* sei zum Sinnbild deutscher Vaterlandsliebe und Einsatzbereitschaft bis zum Tode geworden.

Die Wirklichkeit sah anders aus. Mit der deutschen Niederlage in der Marneschlacht im September 1914 war die zunächst erfolgreiche Offensive gescheitert. Die verlustreichen Kämpfe hatten die Truppen erschöpft. Viele Verbände wiesen eine Gefechtsstärke von nur noch 50 bis 60 Prozent auf. Die Munitionsversorgung, besonders der Artillerie, war äußerst unzureichend. In der Obersten Heeresleitung kam es zu einer Führungskrise. Generalstabschef Helmuth von Moltke (d. J.) trat zurück. Sein Nachfolger Erich von Falkenhayn wollte durch Wiederaufnahme der Offensive und das Aufgebot aller verfügbaren Reserven die Entscheidung des Krieges im Westen erzwingen. Die nordfranzösische Küste sollte in deutsche Hand gebracht und mit ihr die Herrschaft über den Kanal errungen werden.

Noch als preußischer Kriegsminister hatte Falkenhayn am 16. August 1914 die Aufstellung von fünf neuen preußischen Reservekorps (XXII -XXVI) aus Freiwilligen und Reservisten befohlen, die zusammen die 4. Armee unter dem Oberbefehl von Generaloberst Herzog Albrecht von Württemberg bildeten. Diese Truppen bestanden zu einem großen Teil aus Kriegsfreiwilligen, unter ihnen viele Abiturienten und Studenten, die eigentlich den Offiziersnachwuchs hätten bilden sollen. Führer und Unterführer waren meist überalterte Reserveoffiziere und Unteroffiziere, mit antiquierten Vorstellungen vom Krieg. Nur wenige aktive Offiziere wurden in die Reservekorps kommandiert. Die Ausbildung dieser im Raum *Langemarck* eingesetzten Regimenter war völlig ungenügend, Bewaffnung und Ausrüstung waren unzureichend oder wiesen erhebliche Mängel auf. Nicht selten fehlten Feldküchen. Besonders nachteilig wirkte sich die im Vergleich zur gegnerischen Seite relativ dürftige Ausstattung der Korps mit moderner Artillerie aus. Unter diesen Umständen führten die reaktivierten Offiziere ihre Truppen in das Gefecht, in dem sie fast immer zuerst gefallen sind. Der unfertige Zustand der Reservekorps, den später auch die Regimentsgeschichten – graduell unterschiedlich – eingestanden, war der obersten Führung bekannt, weshalb es im Armeeoberkommando und selbst im Generalstab des Heeres Bedenken gegen Zeitpunkt und Raum ihres Einsatzes gab. Doch Falkenhayn „im Drang, im Westen den schnellstmöglichen [97:] Erfolg zu erringen, setzte sich über alle Bedenken hinweg“.<sup>1</sup> In der Annahme, der frische Geist und stürmische Angriffswille der jungen Korps werde sich im Angriff voll entfalten, warf er die Truppen in die Flandernschlacht, die am 20. Oktober 1914 begann und bis in den November andauerte.

Trotz spürbarer Unzulänglichkeiten hielt die zweifellos vorhandene Kriegsbegeisterung der Freiwilligen zunächst noch an. Ahnungslos brannten viele darauf, in ritterlichem Kampf zu siegen. Besonders die Studenten, meist Korporierte, stellten sich das Gefecht als Duell, als „größte Mensur“ vor. Sodann prallten Erwartung und Realität aufeinander.<sup>2</sup> Die Angreifer erlitten unerwartet schwere Verluste, während vom Gegner, der aus verdeckten Stellungen schoss, oft nichts zu sehen war. In ihren

<sup>1</sup> Holger Afflerbach: Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994, S. 194.

<sup>2</sup> Ute Wiedenhoff: „... dass wir auch die größte Mensur unseres Lebens in Ehren bestehen werden“; Kontinuitäten korporierter Mentalität im Ersten Weltkrieg. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Dieter Langewische/Hans-Peter Ullmann (Hg.): Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkrieges, Tübingen 1997, S. 189-207, hier S. 191.

Feldpostbriefen schilderten Soldaten die Situation: „So ganz anders haben wir uns den Krieg vorgestellt. Ich wollte den Gegner sehen und dann wollten wir aufeinander schießen oder mit dem Bajonett aufeinander losstürmen. Aber hier gleich zu Anfang, ohne überhaupt einen lebendigen Feind gesehen zu haben, sich zusammenschießen zu lassen, und dann noch scheinbar zwecklos, da die Franzosen doch nicht angreifen. Zurück können wir nicht wegen der Maschinengewehre ... Ich glaube, ich wäre sonst zurückgelaufen.“<sup>3</sup>

Die Realität des Gefechts in unwegsamem, unübersichtlichem, von Gräben durchzogenem Gelände, in dem man nicht selten im Schlamm versackte, und schließlich der Grabenkrieg zerstörten bald alle Illusionen. Auch die Hoffnung, Weihnachten wieder zu Hause zu sein, schwand. All das wird in Regimentsgeschichten oft ungeschminkt geschildert, auch, dass schon nach der ersten Bekanntschaft mit dem grausamen Tod die Stimmung verfiel. Unter dem Feuerhagel des Gegners, der jeden erneuten Angriff zum Scheitern brachte, geriet die Gefechtsordnung durcheinander und oftmals war kaum noch zwischen gegnerischen und eigenen Truppen zu unterscheiden. In der 1931 erschienenen Geschichte des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 235 wird berichtet, dass sich den häufig führerlos gewordenen, zerstreut im Gelände liegenden Kriegsfreiwilligen allmählich eine tiefe Teilnahmslosigkeit bemächtigte. Unter den wenigen Regimentsangehörigen, die den ersten gescheiterten Angriff auf *Langemarck* vom 21. Oktober überstanden, machte sich bittere Enttäuschung breit, denn ihr Siegesglaube war es gewesen, der ihnen Halt gegeben hatte. Ein studentischer Freiwilliger der Universität Gießen berichtete am 28. Oktober aus Dixmuiden: „Mit welcher [98:] Freude, welcher Lust bin ich hinausgezogen in den Kampf, der mir als höchste Gelegenheit erschien, Lebensdrang und Lebenslust sich austoben zu lassen. Mit welcher Enttäuschung sitze ich hier, das Grauen im Herzen.“<sup>4</sup>

Was geschah, teilt in dünnen Worten eine im Reichsarchiv entstandene Darstellung des Weltkrieges mit: Örtliche Kämpfe an der Küste nördlich *Langemarck* hätten einzelne Fortschritte gebracht, Erfolge von Bedeutung seien indessen nicht erzielt worden. Am 10. November, dem ersten Tag des neuerlichen Angriffs auf *Langemarck*, sei es nicht gelungen, die Ortschaft einzunehmen: „Die Truppen waren erschöpft, die Verluste schwer, die Munition reichte bei weitem nicht aus. Am 18. musste der Kampf endgültig abgebrochen werden.“<sup>5</sup>

Ganz anders hatte die Pressemitteilung der OHL vom 11. November gelautet, die über die Niederlagen, die riesigen Verluste – die Angaben schwanken zwischen 80.000 bis 100.000 Mann – und die sich ausbreitende Niedergeschlagenheit und Kriegsmüdigkeit hinwegzutäuschen suchte: „Am Yserabschnitt machten wir gestern gute Fortschritte ... Westlich Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesange ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vor und nahmen sie.“<sup>6</sup> Damit waren Legende und Mythos *Langemarck* geboren. Die Kämpfe, auf die sich die OHL-Mitteilung bezog, hatten tatsächlich bei Bixschoote, fünf Kilometer westlich Langemarck stattgefunden. Der Name war für Mythenbildung wenig brauchbar. *Langemarck* hingegen klang kernig und ehern, für vaterländische Feiern geeignet. Eingenommen wurde *Langemarck* im Herbst 1914 nie, in den Ort vorgedrungene kleinere Trupps wurden stets zurückgeworfen. Sodann erweckte die OHL-Verlautbarung den Eindruck, es hätten überwiegend jugendliche enthusiastische Freiwillige im Kampf gestanden. Dies und die Darstellung, es sei von ihnen im Sturmangriff das Deutschlandlied gesungen worden, bildete den Kern der alsbald zum Mythos hochstilisierten Legende. Sie knüpft an den in den Augusttagen von 1914 zweifellos vorhandenen patriotisch-nationalistischen Taumel der studentischen und anderer Teile der bürgerlichen Jugend an und erweckt den Eindruck, dass – getragen von vaterländischer Gesinnung – jugendliches Draufgängertum, Kampfesfeuer und Siegeswille ungebrochen gewesen seien, was, wie weiter oben ausgeführt, in dieser Verallgemeinerung unzutreffend ist.

<sup>3</sup> Zit. nach Geschichte des Großherzoglich-Mecklenburgischen Reserve-Infanterie-Regiments-Nr. 214, Dessau 1933, S. 66.

<sup>4</sup> Zit. nach Bernd Hüppauf: Schlachtenmythen und die Konstruktion des „Neuen Menschen“. In: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich (Hg.): Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch ... Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkrieges, Essen 1993, S. 43-79, hier S. 47.

<sup>5</sup> Hermann v. Kuhl: Der Weltkrieg 1914-1918, Bd. 1, Berlin 1929, S. 71.

<sup>6</sup> Zit. nach Karl Unruh: Langemarck. Legende und Wirklichkeit, Koblenz 1986, S. 9.

In den Regimentsgeschichten wird behauptet, nicht nur bei *Langemarck*, sondern auch andernorts in Flandern hätten die kämpfenden und sterbenden Soldaten bei Sturmangriffen das Deutschlandlied gesungen. Wer auch nur eine annähernde Vorstellung davon besitzt, was es bedeutet im gegnerischen Trommelfeuer in kurzen Sprüngen, unter Todesangst vorzudringen, konnte derlei Berichten wenig Glauben schenken. Da kämen niemanden vaterländische Gefühle an, meinte der Weltkriegs-Offizier Ludwig Renn, weshalb er derartige Behauptungen als Lüge, als Phrase und dazu eine verflucht blutige nannte.<sup>7</sup> Auch Thomas Mann wusste um die „grenzenlosen Ängste“ und das „unaussprechliche Mutterheimweh“, das die jungen Soldaten plagte, und meinte, in „stierer, gedankenloser Erregung“ singt man so „vor sich hin ... ohne es zu wissen“.<sup>8</sup>

Die Wirklichkeit der mörderischen Gefechte bei *Langemarck* verklärte sich zu einer erlogen Darstellung, die drei Elemente umfasste: Jugend, Nation oder Vaterland und Opfer. Das militärische Debakel verwandelte sich in ein nationales Symbol, der Heldenkult überdeckte die Katastrophe. Selbst Kaiser Wilhelm II. leistete einen Beitrag zum Mythos. Er sagte vor dem inzwischen nach Serbien verlegten XXII. Reserve-Korps am 16. Januar 1916, selten habe etwas einen so tiefen Eindruck in Deutschland gemacht, wie das Bekanntwerden, dass ein Regiment dieses Korps sich mit dem Gesang „Deutschland, Deutschland über alles mit gefälltem Bajonett dem Feinde entgegengeworfen“ habe. Die jungen Truppen hätten den alten nicht nachgestanden, als es galt, „den Ruhm an ihre Fahnen zu knüpfen. Was ihr geleistet habt, bleibt in der Geschichte eingegraben.“<sup>9</sup> Auch deutsche Geistesschaffende trugen schon 1914 dazu bei, *Langemarck* als Fackel des Nationalismus zu entzünden. So schrieb der Historiker Friedrich Meinecke: „Am Yserkanal, wo die jungen Regimenter der Kriegsfreiwilligen vorstürmten, liegt jetzt unser ver sacrum. Wie viel herrliche Menschen, die uns teuer waren und von denen wir Großes erhofften, hat uns dieser Krieg schon geraubt. Aber ihr Opfer für uns bedeutet einen heiligen Frühling für ganz Deutschland. Wir sind uns wieder gewiss geworden.“<sup>10</sup>

Prägend für die Ausgestaltung und das Fortleben der Legende von *Langemarck* wurden die aus völkisch-nationalistischer Sicht verfassten Publikationen des von den Nationalsozialisten stark geförderten Militärschriftstellers Werner Beumelburg. Die von ihm im Auftrag des Reichsarchivs erarbeitete Darstellung „Ypern 1914“, die 1926 als zehnter Band der Reihe „Schlachten des Weltkrieges“ erschien, hat die Darstellungen der entsprechenden Passagen in den meisten Regimentsgeschichten der 4. Armee beträchtlich beeinflusst.

[100:] Bereits in den frühen Jahren der Weimarer Republik bemächtigte sich auch die faschistische Bewegung des *Langemarck*-Mythos. Adolf Hitler stellte die Flandernoffensive in „Mein Kampf“ in grell patriotischen Farben dar. Er schilderte insbesondere die vermeintliche Wandlung junger Krieger, die in so genannter Frontgemeinschaft lebten und den Kriegs- und Frontalltag hart und emotionslos ertrugen. An den Soldaten seines Regiments habe er beobachtet, wie aus 17jährigen Knaben Männer wurden, die als Freiwillige zwar nicht recht zu kämpfen gelernt hätten, allein zu sterben wussten sie wie alte Soldaten, und das – unvermeidliche Ausschmückung auch bei ihm – mit dem Deutschlandlied auf den Lippen. Und dieser Wandel habe sich in der ganzen Armee vollzogen. Die führenden Militärs der Reichswehr nahmen derartige Signale wohlwollend auf und willigten nur zu gern ein, am 21. März 1933 – dem so genannten Tag von Potsdam – die Vereinigung preußisch-deutscher Militärtradition mit der faschistischen Bewegung zu demonstrieren. Später erklärte Hermann Göring, hochdekoriert Weltkriegshauptmann und zweiter Mann in der NSDAP und des NS-Staates, *Langemarck* bedeute für Nationalsozialisten „Glauben an Deutschland und ein starkes und freies Volk, das von jedem Einzelnen rücksichtlosen Einsatz und größte Opfer verlangen kann“.<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Ludwig Renn: Krieg. Mit einer Dokumentation, Berlin/Weimar 1989, S. 333.

<sup>8</sup> Thomas Mann: Der Zauberberg, Berlin 1962, S. 1013.

<sup>9</sup> Zit. nach Karl Unruh, Langemarck. Legende und Wirklichkeit, S. 171.

<sup>10</sup> Friedrich Meinecke: Die deutsche Erhebung von 1914. Aufsätze und Vorträge, Stuttgart/Berlin 1914, S. 28.

<sup>11</sup> Langemarck. Das Opfer der Jugend an allen Fronten. Eingeleitet durch Generalfeldmarschall Hermann Göring, Reichsjugendführer Baldur von Schirach, Reichskriegsopferführer Oberlindofer. Hg. v. Günter Kaufmann in Verbindung mit dem Arbeitsausschuss Langemarck beim Jugendführer des Deutschen Reiches, Stuttgart 1938, S. 7.

Ausgestaltung und Pflege des Mythos war nicht nur eine Angelegenheit von Ideologie und Propaganda, sondern ebenso geschichtpolitischer Rituale. Im Herbst 1919 trafen sich Überlebende des XXII. Reserve-Infanterie-Korps in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zu Berlin zu einer *Langemarck-Feier*. Damit war ein richtungsweisender Anfang gemacht. Seit 1921 versammelten sich jährlich Angehörige von Jugendverbänden und der Berliner Studentenschaft in der Garnisonkirche zu Potsdam zu *Langemarck*-Kundgebungen. Es wurde ein *Langemarck*-Ausschuss Hochschule und Heer gegründet, der das Gedenken einheitlich ausrichten sollte. Im Sommer 1924 fand aus Anlass des 10. Jahrestages der Schlacht eine Kundgebung in der Rhön statt, wo ein *Langemarck*-Gedenkstein enthüllt wurde. 1929 organisierte der Ausschuss eine Veranstaltung im Berliner Sportpalast, zu der 15.000 Menschen erschienen. Anlässlich der Weihe des neugestalteten, 1924 angelegten Ehrenfriedhofs bei *Langemarck* mit Gräbern von 45.000 Deutschen wurde 1932 der Opfer mit Feiern im ganzen Reich gedacht.

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur wurde der *Langemarck*-Mythos von den Nationalsozialisten systematisch genutzt, um [101:] die Deutschen, namentlich die junge Generation, auf den kommenden Krieg einzustimmen. Seine Pflege wurde der Hitlerjugend (HJ) übertragen. Reichsjugendführer Baldur von Schirach übernahm 1934 die bereits 1921 eingerichtete *Langemarck*-Spende der Deutschen Studentenschaft und führte sie als *Langemarck*-Spende der deutschen Jugend weiter, womit sie aus dem exklusiven studentischen Dasein herausgehoben und Angelegenheit der ganzen Jugend werden sollte. Im 1937 gegründeten „*Langemarck*-Ausschuss beim Jugendführer des Deutschen Reiches“ übernahm Generalmajor Hanns Henning Frhr. von Grote den Vorsitz. Ein *Langemarck*-Opferpfennig, allmonatlich von jedem HJ-Mitglied zu entrichten, sollte – wie Schirach erklärte – der „Dankbarkeit der Jugend gegenüber den Kämpfern für das Reich bleibenden Ausdruck“ geben. Das „Sterben der Blüte der Jugend im Sturm auf *Langemarck*“ wäre eine „sakrale Handlung“ gewesen, deren Sinn rein militärisch nicht zu erfassen sei. Dieser Sinn lebe in der Bereitschaft Millionen Jugendlicher fort, sich zu opfern und treu zum neuen Reich zu stehen. Das sei die Botschaft der Gefallenen, der Ruf des Jenseits an die neue Zeit. Ein Überlebender der Schlacht erklärte, an die Toten gewandt, Hitler zum Vollstrecker und Vollender ihres Willens.<sup>12</sup>

Während des Zweiten Weltkrieges hat die Berufung auf *Langemarck* keine bedeutende Rolle gespielt. Der Mythos vom Opfertod wurde 1943 auf die bei und in Stalingrad untergegangene 6. Armee übertragen. Zwei Regimenter der Waffen-SS hießen *Langemarck*, eines existierte nach der Namensverleihung nur wenige Monate. Obwohl der *Langemarck*-Mythos nach dem Zweiten Weltkrieg nicht auflebte, gab es in der Bundesrepublik dennoch das Bestreben, die Ereignisse zu erklären. So schrieb Walter Hubatsch 1984 in der Schriftenreihe „Innere Führung“ der Bundeswehr, die jungen Regimenter seien in unfertigem Zustand an den Brennpunkten der Feldzugsentscheidung in den Kampf geworfen worden und hätten am 10. November 1914 weithin sichtbar Tapferkeit bewiesen.<sup>13</sup> In der DDR-Historiographie wurde *Langemarck* zwar marginal erwähnt, dem Mythos jedoch keine Aufmerksamkeit geschenkt. In der Bundesrepublik erschienen seit Mitte der 80er Jahre Schriften, die der Entmythologisierung von *Langemarck* dienen.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> Ebenda.

<sup>13</sup> Walter Hubatsch: Deutschland im Weltkrieg 1914-1918. Hg. vom Bundesministerium der Verteidigung, o. O. 1984, S. 50.

<sup>14</sup> Siehe u. a. Karl Unruh: Langemarck. Legende und Wirklichkeit, Koblenz 1986; Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch ... Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkrieges. Hg. v. Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich, Essen 1983.

## **Im Felde unbesiegt, den Dolchstoß im Rücken<sup>1</sup>**

*Von Kurt Pätzold*

Keine Legende, die sich um die Geschichte des Ersten Weltkrieges rankte, hat in den auf ihn folgenden zwei Jahrzehnten eine unheilvollere Rolle im Denken und Handeln von Millionen Deutschen gespielt als die von deutschem Heer und deutscher Flotte, die 1918 den Kampfgeschlagen hätten beenden müssen, in einem Augenblick, da der Sieg nicht nur erreichbar, sondern greifbar nahe gewesen sei. Damals hätte das Deutsche Reich, so hat vor allem Adolf Hitler wieder und wieder behauptet, gleichsam *fünf Minuten vor zwölf* kapituliert. Er werde diesen Fehler keineswegs begehen, niemals kapitulieren und *erst fünf Minuten nach zwölf* die Waffen aus der Hand legen.<sup>2</sup> Siegreich ...

Wie der Krieg nach mehr als vier Jahren tatsächlich endete, formulierte Rosa Luxemburg im Dezember 1918 in einem Satz: „Auf den Schlachtfeldern Frankreichs war der blutige Wahn von der Welt-herrschaft des preußischen Säbels zerronnen.“<sup>3</sup> Nicht anders der sozialdemokratische Reichsminister Adolf Koester: „Wir waren numerisch, physiologisch, materiell, technisch, seelisch, strategisch am Ende.“<sup>4</sup> Diese Feststellungen hätte die Generalität als Kronzeuge bestätigen, ihre Richtigkeit beeiden und damit der Behauptung von den im Felde unbesiegten Deutschen den Boden entziehen können. Doch Respekt vor der Wahrheit wurde im Ehrenkodex der Militärkaste nicht verlangt. Dabei waren es die Generale in der Obersten Heeresleitung (OHL) um Paul von Hindenburg gewesen, die im Sommer 1918 den politischen Führern des Reiches mitteilten, sie wären auf den Schlachtfeldern Westeuropas mit ihrem militärischen Latein fertig. Sie hatten dringend gefordert, es müsse vor dem unvermeidlichen Zusammenbrechen der deutschen Front ein diplomatischer Weg zum Waffenstillstand gefunden werden.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Admiral Paul von Hintze, erinnerte sich seiner Begegnung mit Paul von Hindenburg und General Erich Ludendorff am 29. September 1918 so: „Ich schilderte die Stellung unserer Verbündeten: Bulgarien abgefallen, der Abfall Österreichs bevorstehend, die Türkei nur mehr Last, keine Hilfe ... Ferner die Siegeszuversicht unserer Feinde. Endlich unsere eigene Notlage im Innern. General Ludendorff legte die militärische Lage dar; er ließ die Darlegung in der Erklärung gipfeln: die Lage [103:] der Armee bedinge sofortigen Waffenstillstand, um einer Katastrophe vorzubeugen. – Unter Katastrophe verstand ich Durchbruch mit entscheidender Niederlage, die zu teilweise oder gänzlicher Deroute bzw. Kapitulation geführt haben würde.“<sup>5</sup> Der Staatssekretär hatte vollkommen richtig verstanden.

Zwei Tage darauf eröffnete Erich Ludendorff Offizieren der OHL – wie ein Generalstabsoffizier notierte und was in diesem Kreis niemanden überrascht haben dürfte –, dass „unsere militärische Lage furchtbar ernst sei. Täglich könne unsere Westfront durchbrachen werden ... Die OHL und das deutsche Heer seien am Ende; der Krieg sei nicht mehr zu gewinnen, vielmehr stehe die endgültige

<sup>1</sup> Der Text verdankt meinem früh verstorbenen Kollegen Joachim Petzold und namentlich dessen Dissertation (Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus, Berlin 1963) viele Anregungen. Gleichermaßen gilt für den im selben Jahr erschienenen Beitrag von Friedrich Frh. Hiller von Gaertringen: „Dolchstoß -Diskussion und „Dolchstoß-Legende“ im Wandel von vier Jahrzehnten. In: Geschichte und Gegenwartsbewusstsein. Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag, Göttingen 1963, S. 122 ff., der Petzolds Beitrag knapp kommentiert. Hier: S. 157, Anm. 112a.

<sup>2</sup> Anlässlich des 19. Jahrestages des Putsches vom 9. November 1923, als die Deutschen mehr und mehr die Frage beschlich, wie lange dieser Krieg noch dauern, wie viele Tote und Verwundete er noch fordern werde. Völkischer Beobachter, 10.11.1942.

<sup>3</sup> So in ihrer programmatischen Schrift „Was will der Spartakusbund“, veröffentlicht in der „Roten Fahne“, 14.12.1918, die mitgeringfügigen Änderungen wenig später als Programm der KPD angenommen wurde. Zitiert aus: Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (30. Dezember 1918-1. Januar 1919), Berlin 1972, S. 314.

<sup>4</sup> Adolf Koester: Fort mit der Dolchstoßlegende!, Berlin 1922, S. 99.

<sup>5</sup> Das Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages, Reihe IV, Bd. 2, S. 400 f.

Niederlage wohl unvermeidbar bevor ...“<sup>6</sup> Und dem abgereisten Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ließ Ludendorff gleichen Tages das dringende Verlangen übermitteln, „dass unser Friedensangebot sofort hinausgeht. Heute halte die Truppe. Was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen.“<sup>7</sup>

Diese Eingeständnisse waren nicht für Ohren und Augen des Volkes bestimmt. Zwar gelangten sie wenige Jahre später zur Kenntnis der Öffentlichkeit, doch ihr Bekanntheitsgrad blieb begrenzt. Die Mehrheit der pensionierten und nicht anders die Minderheit der in der Reichswehr weiter verwendeten Militärs besaßen kein Interesse, ihre Niederlage einzugeben und sich zu der Verantwortung zu bekennen, die sie für eine verfehlte Politik trugen. Das passte weder in ihr eitles Selbstbild und, wichtiger noch, nicht in ihre Zukunftspläne. Denn früh verbreitete sich in der Militärkaste die Ansicht, es seien die militärischen Auseinandersetzungen mit der Konkurrenz nur unterbrochen worden. Eines Tages würden sie ihre Fortsetzung finden, dann erst werde die Endabrechnung erfolgen.

Die Möglichkeit, sich dem Eingeständnis des Tatsächlichen zu entziehen und die Legende vom *im Felde unbesiegten* Heer glaubhaft zu machen, wurde durch die Situation begünstigt, in der sich die Truppen des Kaiserreichs und die der Entente am Ende der Feindseligkeiten in Frankreich und Belgien gegenüberstanden. Als der Waffenstillstand am 11. November 1918 unterzeichnet wurde, befand sich kein gegnerischer Soldat auf deutschem Boden, es sei denn als Gefangener. Erst danach folgten den auf den Rhein zurückströmenden Deutschen, die froh waren, den Krieg überlebt zu haben, die Sieger und besetzten vereinbarungsgemäß das linksrheinische Reichsgebiet. Im direkten Sinne erobert hatten sie davon keinen Quadratmeter. Hinzu kam, dass die Deutschen mit ihren [104:] Verbündeten einen Kriegsgegner geschlagen hatten: das zaristische Russland (zuvor, was propagandistisch weniger ins Gewicht fiel, auch Rumänien). An Heerführern und Kriegshelden, die sich auf gewonnene Schlachten berufen konnten, fehlte es nicht.

Obwohl Hunderttausende deutscher Soldaten an der Westfront erlebt hatten, wie vergeblich während der Frühjahrsoffensiven 1918 ihr letztes Anrennen gegen die Stellungen der Alliierten endete, vermochten oder wollten sich nur wenige ein Bild vom militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch machen. Diese Stimmung bediente der Führer der deutschen Sozialdemokratie Friedrich Ebert, als er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten am 10. Dezember 1918 am Brandenburger Tor in Berlin gegen die Revolution mobilisierte Truppen begrüßte: „Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat euch überwunden. Erst als die Übermacht der Feinde an Menschen und Material übermächtig wurde, haben wir den Kampf eingestellt.“<sup>8</sup> Das hieß knapp: Wir sind nicht besiegt worden, vermochten aber auch nicht mehr zu siegen.

Selbst unter jenen, die sich 1918 über die Frontlage und das Kräfteverhältnis nicht mehr täuschten, fanden sich später viele, die den ihnen in der Literatur, der Presse und in Kriegervereinen wie dem Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten), dem Kyffhäuserbund und dem Bund jüdischer Frontsoldaten gebotenen Verklärungen und Fälschungen aufsaßen. Zu ihnen trugen Politiker ebenso bei wie nationalistische Journalisten, Lehrer und Pfarrer. Die Kriegsteilnehmer, die sie ansprachen, fühlten sich durch die Behauptung, sie hätten die Fronten ungeschlagen verlassen, erhoben. Wieder erwies sich, dass eine Lüge, die nicht dreist daherkommt, sondern Partikel von Wahrheit enthält, geglaubt wird, wenn sie mit missdeuteter eigener Erfahrung übereinstimmt und auf einen aufgewühlten und aufgeputzten Gefühlsdschungel trifft.

Die Legende vom *im Felde unbesiegten* Heer verband sich mit der Behauptung, niedergeworfen hätten dieses Heer Kräfte, vor denen es sich selbst nicht zu schützen vermochte und vor denen es nicht geschützt wurde. Von der Heimat her wäre den Frontkämpfern der *Dolch in den Rücken* gestoßen worden, von daher seien die durch die Stimmungen im Hinterland pazifistisch verseuchten kampfunwilligen Soldaten des Nachschubs gekommen. So wäre „die Front“ unfähig geworden, standzuhalten

<sup>6</sup> Albrecht von Thaer: Generalstabsdienst an der Front und in der OHL. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915-1919. Hg. v. Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958, S. 234

<sup>7</sup> Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918, Berlin 1928, S. 59.

<sup>8</sup> Friedrich Ebert: Schriften, Aufzeichnungen, Reden, Dresden 1926, Bd. 2, S. 127.

und, wenn schon nicht den Sieg, doch zumindest einen erträglichen Frieden zu erfechten. Nun träfe [105:] alle, die Wühl-, Zermürbungs-, Zersetzungarbeit verrichtet, das Vaterland verraten oder auch dieses Treiben nur geduldet hätten, „ein hartes Gericht ... von den Händen eines gerechten Gottes“. So predigte am 11. Mai 1919 Otto Dibelius von und zu dem „Volk, dass seinem eigenen Heere den *Dolch in den Rücken* gestoßen hat“.<sup>9</sup>

Da existierte das später verfestigte Bild also schon. Dessen Urheberschaft blieb umstritten. Verwiesen wird auf einen in der „Neuen Zürcher Zeitung“ am 17. Dezember 1918 gedruckten, von deren Korrespondenten in London geschriebenen Bericht, wonach die öffentliche Meinung auf der Insel dahin gehe, die deutsche Armee wäre von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht worden. Andere verwiesen auf Ludendorff. Der sorgte mit seinem früheren Mitarbeiter in der Obersten Heeresleitung, Oberst Max Bauer, – von dem die These stammt, Deutschland sei 1914 (!) „nur um eine Nasenlänge geschlagen“ worden<sup>10</sup> – und ungeachtet ihrer eingetretenen Verfeindung, gemeinsam mit Hindenburg für die Verbreitung des ihm gesprächsweise zugekommenen Bildes in einem Grade, dass mitunter auch von der Ludendorff-Legende gesprochen wurde. Sicher erscheint, dass die Weigerung, sich der militärischen Niederlage ausgenüchtert zu stellen, sich früh in Wortwendungen ausdrückte wie der von der Heimat, die der Front „in den Rücken gefallen“, sei. Sie gerannen rasch zum einprägsamen Dolchstoß-Bild, das sich in der deutschen Presse Ende 1918 in einem Artikel unter der Überschrift „Die ‚erdolchte‘ deutsche Armee“ findet.<sup>11</sup> Es wurde 1919 vor allem von der, im sich neu herausbildenden deutschen Parteiengruppe auf dem äußersten rechten Flügel stehenden Deutschnationalen Volkspartei in Wahlkämpfen benutzt, gegen Demokraten eingesetzt, vor allem [106:] aber gegen Mehrheits- und Unabhängige Sozialdemokraten gewendet.

Der Streit um die Entstehung des Krieges, seinen Verlauf und sein Ende führte in der Nationalversammlung 1919 den Beschluss herbei, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu bilden, dessen vierter Unterausschuss sich mit den Ursachen des „Zusammenbruches“ beschäftigen sollte. Er trug weniger zu einem Durchbruch zur historischen Wahrheit bei, sondern gab Hindenburg und Ludendorff zusätzliche Gelegenheit und ein Forum, als „Sachverständige“ hervorzutreten. An der Verbreitung der Legende beteiligten sich auch Wissenschaftler. Max Weber behauptete, die Revolution habe „Deutschland die Waffen aus der Hand geschlagen“. Der Historiker Siegfried A. Kaehler apostrophierte 1932 in öffentlicher Rede den seit sieben Jahren amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg als „siegreichen Feldherrn“.<sup>12</sup>

Seit Beginn der 20er Jahre entfaltete sich ein intensiver politisch-publizistischer Kampf in Zeitungen, Zeitschriften und broschrürter Literatur, deren Titel (eine Auswahl) lauteten: „Der Dolchstoß“, „Warum das deutsche Heer zusammenbrach“ (1920), „Der Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres“ (1921), „Fort mit der Dolchstoßlegende!“ (1922), „Der Sieg war zum Greifen nahe? Unwiderrückliche Zeugnisse gegen die Lüge vom Dolchstoß“ (1924), „Deutsche Generale und Admirale in Kriegsführung und Kriegspolitik. Ein Beitrag zur Dolchstoßlegende“ (1924), „Der Dolchstoß der USPD. Von einem Frontkämpfer“ (1925). Alfred Rosenberg, Schriftleiter der NSDAP-Zeitung „Völkischer Beobachter“, veröffentlichte im Münchener Parteiverlag 1926 „Dolchstoß-Dokumente. Zeugnisse der Vorbereitung zur Revolte vom 9. November 1918“. Er phantasierte von einem gleichsam dreifachen Dolchstoß, den Entente, Judentum und Marxismus geführt hätten. Wenig später lauteten die Titel der Propagandaschriften aufhetzend „Marxisten als Mörder am deutschen Volke im Solde des Feindes“, eine Schrift, die 1937 in 6. Auflage herausgegeben wurde. Die radikalierte Verfolgung

<sup>9</sup> Otto Dibelius: *Kraft in der Not!* Berlin o. J. (1919), S. 3.

<sup>10</sup> Max Bauer: *Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen?*, Berlin 1919, S. 49 u. 62.

<sup>11</sup> Deutsche Tageszeitung, 19.12.1918. Der Artikel berichtete von dem angeblich in Großbritannien verbreiteten Bild über die Ursachen der deutschen Niederlage, das der Korrespondent der „Zürcher Neuesten Nachrichten“ zuvor dargestellt hatte.

<sup>12</sup> Webers Wertung in Wolfgang J. Mommsen: *Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920*, Tübingen 1959, S. 293. Die Kennzeichnung Hindenburgs durch Kaehler entstammt dessen am 18.01.1932 anlässlich der Reichsgründungsfeier gehaltenen Festrede. Erneut gedruckt in: *Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1961 S. 240.

der jüdischen deutschen Minderheit rechtfertigte eine Schrift „Der Dolchstoß durch das Judentum“ (1936).

Die These vom Dolchstoß bildete die Zwillingsschwester der Legende vom *im Felde unbesiegten* Heer. War das Heer nicht vom Gegner geschlagen worden, dann mussten das andere Kräfte bewirkt haben. Deren Existenz ließ sich nachweisen. Ihre Rolle wurde freilich nicht nur mäßig entstellt, so dass der Historiker Friedrich [107:] Meinecke von „einer tendenziösen Karikatur des Hergangs“ schreiben konnte, die nur mit „einem Körnchen Wahrheit“ versehen sei.<sup>13</sup> In Deutschland hatten Kräfte gewirkt, die den Krieg vom Tage seines Beginns an bekämpften und vor dem schon gesucht hatten, ihn zu verhindern. Die waren 1914 schwach. Ihre Stimme übertönten kriegsbegeisterte und sieghoffende Massen laut. Doch je länger das Morden dauerte, je zahlreicher die Nachrichten von den auf den Schlachtfeldern Umgekommenen, je Ärger die Hungersnot in den Städten, je quälender die Ausbeutung insbesondere auch der zum Kriegsdienst verpflichteten Frauen in den Rüstungsfabriken, umso stärker wuchs die Sehnsucht nach Frieden, die sich in Protesten gegen die Weiterführung des Krieges kundtat.

Ihren ersten Höhepunkt erreichte die Antikriegsbewegung Anfang 1918 mit Massenstreiks. Doch konnten die Herrschenden dieses Aufbäumens mit Hilfe sozialdemokratischer Führer Herr werden. Dann kam der 4. November und mit ihm der Beginn der Revolution, deren zentrale Forderungen Frieden und Brot lauteten. So verdienstvoll Streiks und Demonstrationen und die Befehlsverweigerung der Kieler Matrosen, mit der die Revolution begann, auch waren, so erinnerungswürdig sie bleiben, das militärische Debakel hatten sie nicht bewirkt. Dessen Kommen zeichnete sich schon ab, als der ursprüngliche deutsche Kriegsplan fehl geschlagen war, der 1914 die Niederwerfung Frankreichs und sodann die Russlands vorsah. Von da an war es eine Frage der Zeit, wann die Gegner, zu denen 1917 die USA hinzutrat, ihre überlegenen Kräfte vollends mobilisiert haben würden. Spätestens als unverbrauchte Kontingente der US-amerikanischen Streitkräfte in der Westfront eingesetzt wurden, war kein Zweifel am Kriegsausgang mehr berechtigt.

Doch Parlament und Regierungen im Weimarer Staat ließen zu, dass den deutschen Kriegsgegnern, denen Respekt gehörte, nicht das Verdienst, das Ende des Völkermordens herbeigezwungen zu haben, der Vorwurf des Vaterlandsverrats gemacht und die Haupt-, wenn nicht die Alleinschuld an der Niederlage zugeschoben wurde. Ungehindert durfte die Geschichtsfälschung vom Dolchstoß verbreitet werden. Sie war eines der Hauptinstrumente in den ideologischen und politischen Kämpfen und richtete sich vor allem gegen die Arbeiterparteien. Seine wirkliche Rolle ins Gegenteil verkehrend, konnte selbst das Staatsoberhaupt, der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert, ungestraft des Vaterlandsverrats bezichtigt werden. Hitler war eine immer lauter tönende Stimme in [108:] diesem Chor der Hassgesänge. In seinem Buch „Mein Kampf“ malte er seitenweise aus, dass, während deutsche Männer an der Westfront angeblich noch singend in die Schlacht zogen, in der Heimat sich das Gift der Kriegsunwilligkeit ausgetragen hätte und mit den Rekruten des Nachschubs in Schützengräben und Unterstände gedrungen wäre. Nicht der Feind, Deutsche, die „Führer des Marxismus“ hätten hinterlistig den Dolch geführt. Dass ihnen dies gelingen konnte, erklärte Hitler 1924 zur Folge einer Krankheit, die im deutschen Volke bereits vor Kriegsbeginn geherrscht habe und die er Pest nannte.<sup>14</sup> Das ließ für die Art und Weise, in welcher er und die deutschen Faschisten den nächsten Krieg vorbereiten wollten, wenig Fragen offen.

Die Legende, die ins Zentrum der um sich greifenden Verfälschung der Geschehnisse des Jahres 1918 trat, verdankte ihre Ausbreitung nicht nur der Intensität mit der sie von sonst rivalisierenden und einander bekämpfenden Politikern und Parteien unter die Leute gebracht wurde. Sie prägte sich auch deshalb weithin ein, weil sie eine deutliche Beziehung zum Schatz der Sagen und Märchen besaß. Jedes Schulkind zwischen Ostpreußen und Baden hatte einmal vom „deutschen“ oder „germanischen“

<sup>13</sup> Friedrich Meinecke: Die Revolution, Ursachen und Tatsachen. In: Handwörterbuch des deutschen Staatsrechts. Hg. v. Anschütz und Thoma, Tübingen 1929, S. 111.

<sup>14</sup> Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe, München 1942, 691.-695. Auflage, S. 225 u. 250 f.

Siegfried erzählt und die Lichtgestalt der Sagenwelt in Wort und Bild dargestellt bekommen. Siegfried sei nicht anders zu besiegen und zu töten gewesen, wie die wohl verbreitetste Version der Sage erzählt, als durch einen heimtückisch und hinterlistig geführten Speer, der ihn an der einzigen verwundbaren Stelle seines Körpers in den Rücken trifft. Der die Waffe geführt hatte, Hagen, galt als ekelhafter Finsterling und Meuchler.

In den Auseinandersetzungen um Krieg und Niederlage wurde diese Sage mehrfach aufgerufen. Am 29. Oktober 1919 erklärte der deutsch-nationale Abgeordnete Albrecht von Graefe in der Nationalversammlung, es werde der Tag kommen, „wo das Volk dem Hagen fluchen und sich nach dem Siegfried und seinem Geschlecht zurücksehnen wird. Wir bekennen uns schon heute zu Siegfried ...“<sup>15</sup> Paul von Hindenburg schrieb in seinen 1920 veröffentlichten Memoiren: „Wie Siegfried unter dem hinterlistigen Speerwurf des grimmigen Hagen, so stürzte unsere ermattete Front“<sup>16</sup> und wiederholte diese These in seinem am 16. August 1934 veröffentlichten Testament.

Im Verlauf der erbittert geführten Auseinandersetzungen bildeten sich zwei Varianten der Dolchstoß-Legende heraus. Die ursprüngliche, weniger glaubhaft zu machende Fassung leugnete das [109:] Debakel der militärischen Pläne dreist, er hob eine generelle Anklage gegen „die Heimat“ und richtete ihre Beschuldigungen auch gegen jene bürgerlichen Parteien und Politiker, die seit 1917 angesichts der nahenden Niederlage einen so genannten Verständigungsfrieden angestrebt hatten. Die flexiblere hingegen, gestand mehr oder weniger deutlich die Krise an den Fronten ein, schrieb sie mehreren Ursachen zu, unter denen die Kriegsgegner im Hinterland absichtsvoll herausgestellt wurden. Sie zielte ganz gegen die Sozialisten, vor allem gegen ihren entschlossenen linken Flügel und die als *Novemberverbrecher* diffamierten Revolutionäre.

Wäre die Legende vom *im Felde unbesiegten*, durch heimtückischen Dolchstoß niedergeworfenen Heer nichts gewesen als ein Instrument in den innenpolitischen Kämpfen des Weimarer Staates, dann ließe sich über Urheber und Verbreiter – aus dem Abstand von mehr als einem Menschenalter – gelassen schreiben. Doch aus ihr folgte dogmengleich eine „Lehre“ für jene Politik, mit der das Ergebnis des Weltkrieges bald und gründlich korrigiert werden sollte. Diese besagte im Kern: Werde verhindert, dass den deutschen Streitkräften von der damals schon so genannten Heimatfront Umgemach drohe, dann könne der Ausgang des nächsten Krieges nur der deutsche Sieg sein. Diese Herleitung übersetzten die deutschen Faschisten seit dem Jahre 1933 auf ihre Weise. Hatten Diffamierung und Verfolgung aller, die sich schreibend, redend, komponierend und singend, malend und zeichnend für die Verbreitung der Wahrheit über den Krieg von 1914 bis 1918 einsetzten, schon zum Alltag der Republik gehört, so wurde von nun an Kriegsgegnern jede Möglichkeit legaler öffentlicher Äußerung entzogen. Wer nicht aufgab, ob Marxist, Pazifist, Bibelforscher oder was immer, geriet in Gefängnis, Zuchthaus oder kurzerhand in ein Konzentrationslager. Hitler versprach Generalen und Admiralen beim ersten Zusammentreffen am fünften Tage seiner Kanzlerschaft, er werde eine unerschütterliche Volks-, das bedeutete in seinen Zukunftsvorstellungen: Kriegsgemeinschaft formieren. Dazu werde die Reichswehr nicht benötigt. Sie könne sich auf ihre künftigen außenpolitischen Aufgaben konzentrieren. Ein Teilnehmer notierte sich Stichworte: „Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegensteht (Pazifismus!). Wer sich nicht bekehren lässt, muss gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend u(nd) des ganzen Volkes auf den Gedanken, dass nur d(er) Kampf uns retten kann ...“<sup>17</sup> Das Wort Kampf ersetzte [110:] in Hitlers Sprachgebrauch häufig ein anderes: Krieg. Die Ankündigung bezeichnete die praktischen Schlussfolgerungen, die Hitler aus seiner These von der vor 1914 versäumten Bekämpfung einer in Deutschland angeblich verbreiteten „Pest“ zog.

<sup>15</sup> Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Verfassunggebenden Nationalversammlung, Berlin 1919, S. 3535 BC u. 3547 B u. 3557 B.

<sup>16</sup> Paul von Hindenburg: Aus meinem Leben, Leipzig 1920, S. 403.

<sup>17</sup> Gerhard Förster u. a.: Der preußisch-deutsche Generalstab 1640-1965. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte, Berlin 1966, S. 514.

Hitler erinnerte auch in öffentlichen Reden als Reichskanzler immer wieder an den Dolchstoß, ohne dass er das Sprachbild benutzte. Er bevorzugte die permanente Beschimpfung der *Novemverbrecher*. An deren Wirken, erklärte er im Reichstag am 6. August 1934 anlässlich der Trauersitzung für den verstorbenen Hindenburg, sei „das deutsche Reich und das deutsche Volk“ zerbrochen. Einen Tag später, bei der Beisetzung in Tannenberg, behauptete er wolfig, es sei „der Frevel der Heimat“ gewesen, der die Niederlage bewirkt habe.<sup>18</sup> Daran knüpfte er den Gedanken, die Deutschen stünden, weil sie im Hinterland mit den so genannten Verbrechern nicht fertig geworden wären, gegenüber ihren toten und überlebenden Soldaten, denen sie den Sieg entrissen hätten, in einer Wiedergutmachungspflicht. Beim nächsten Mal ...

An derlei Redepassagen schloss sich stets die beschwörende und drohende Erklärung, es werde einen zweiten neunten November in deutscher Geschichte nicht geben. Deutschlands Kriegsgegner, sagte Hitler nach dem 1. September 1939 mehrfach, würden vergeblich darauf hoffen. Das taten sie zum wenigsten, wenn manche auch gegen Kriegsende erwarteten, irgendwo im schrumpfenden Reich werde es zu selbst befreiender Erhebung kommen. Aber gefehlt. Mit dieser Vorhersage behielt Hitler, so sehr er sich mit anderen als Prahlns erwies, leider recht. Öffentlich kam er zum letzten Mal 1944 in einer Proklamation anlässlich des Jahrestages des Münchener Putsches von 1923 auf das Thema zurück. Nachdem er behauptet hatte, den Gegnern, die an den Fronten nichts auszurichten vermöchten, wäre nur die Hoffnung geblieben, „den entscheidenden Dolchstoß wie immer ... im Innern zu führen“, drohte er: „Wer aber heute den Dolch oder die Bombe (das verwies auf das misslungene Attentat des Grafen Stauffenberg – K. P.) erhebt (sie – K. P.), wird unbarmherzig und rücksichtslos vernichtet.“<sup>19</sup> Schon vordem hatte der 1941 seines Postens als Oberbefehlshaber des Heeres entthobene Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch am 20. August über die Verschwörer geschrieben: „Sie haben einen Dolchstoß zu führen versucht, dessen Gelingen den Untergang Deutschlands bedeutet hätte.“<sup>20</sup>

Das Kriegsende 1945 ließ wenig Raum für eine neue Dolchstoßlegende. Die Truppen der Alliierten hatten sich im Deutscht[111:lands] getroffen. Als der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, gab es keine deutsche Großstadt, die nicht von ihnen besetzt gewesen wäre. Millionen deutsche Soldaten waren Kriegsgefangene. Der totale Krieg mündete in eine totale Niederlage, an der es nichts zu deuteln gab. Versucht worden ist das dennoch. Als Landesverräter, die diesmal das Unheil auf ihr Gewissen geladen hätten, wurden die Akteure des 20. Juli 1944 und die Deutschen hingestellt, die sich als Gefangene zum antinazistischen Nationalkomitee Freies Deutschland und im Bund deutscher Offiziere zusammengeschlossen hatten. Der Versuch, die Legende neu aufzulegen, erwies sich als wenig überzeugungskräftig.

Dominierend wurde und blieb in der Bundesrepublik eine Geschichtspublizistik, die Verantwortung und Schuld für Krieg und Niederlage nahezu allein Hitler zuschrieb. Ihr Einfluss ist, ungeachtet aller gegenteiligen Befunde der Forscher, nicht gebrochen. Gleicher gilt für die Verzeichnung, welche das Gewicht der Niederlage durch die Berufung auf Teilsiege und lange Heldenreihen abschwächen will. Deren Autoren weigern sich, die Kriegsstaten den Zielen und Methoden einer verbrecherischen imperialistischen Politik zuzuordnen, in der sie ihren Ursprung besaßen. Zwar nicht *im Felde unbesiegt*, sondern – wie gehabt – einer Übermacht erlegen, aber das – und wieder – erst nach ritterlichem Kampfe ...

<sup>18</sup> Die beiden Reden Hitlers sind u. a. gedruckt in Kurt Leo Walter: Die Treue ist das Mark der Ehre. Von München bis Tannenberg, Berlin 1934.

<sup>19</sup> Völkischer Beobachter, Berliner Ausgabe, 14.11.1944. Der gesamte Text war in der Zeitung hervorgehoben.

<sup>20</sup> Keesings Archiv der Gegenwart 1944, S. 6494.

## **Volk ohne Raum**

*Von Arno Schoelzel*

Im Jahr 1926 veröffentlichte Hans Grimm den Roman „Volk ohne Raum“, der bereits vor 1933 mehrere Auflagen erlebte, danach schulische Pflichtlektüre wurde. Grimm lieferte mit dem Roman-titel der konservativen und faschistischen Bewegung in Deutschland ein Schlagwort, das – vor dem Hintergrund der Gebietsabtretungen des Versailler Vertrages und des Verlustes der Kolonien – offenbar auf einen enormen Resonanzboden im öffentlichen Bewusstsein stieß. Das erscheint umso bemerkenswerter, als die hinter ihm stehende These von der Übervölkerung Deutschlands und Europas mit der Realität wenig zu tun hatte. Ähnliches gilt für die jüngste Spielart dieser fixen Idee aller Xenophoben, die in der Bundesrepublik 1993 [112:] zur faktischen Abschaffung des Asylrechts führte. Die „Das Boot ist voll“-Agitation des rechten politischen Spektrums, die Anfang der 80er Jahre einen ersten Höhepunkt erreichte, wurde auch von Teilen der SPD und der Gewerkschaften aufgegriffen. In der Auseinandersetzung um ein Zuwanderungsgesetz seit Ende der 90er Jahre stellt die politische Rechte die tatsächlichen demographischen Verhältnisse derart auf den Kopf, dass sie in Konflikt mit Wirtschaftskreisen geriet, die an „nützlichen“ Einwanderern gesteigertes Interesse haben.

Konflikte über politische Konsequenzen aus der Bevölkerungsentwicklung sind in der Geschichte des Kapitalismus nichts Neues. Seit sich um 1800 herausstellte, dass die industrielle Revolution unter kapitalistischem Vorzeichen vor allem massenhaft soziales Elend produziert, ist das Thema ein Spielfeld der politischen Rechten, ein bevorzugter Tummelplatz sozialer Demagogie und Apologetik. Die These, der industrielle Kapitalismus schaffe unvermeidlich Übervölkerung und damit proletarisches Massenelend, hat Thomas Robert Malthus am erfolgreichsten systematisiert. Sie wurde in ihrer Ausformung durch ihn Stereotyp konservativer Kapitalismuskritik. Malthus sah in der Übervölkerung zwar kein Ruhmesblatt des Industriekapitalismus, aber die Grundlage für die Existenz einer bloß konsumierenden Klasse von Aristokraten, Rentiers und Klerikern. Ziel seiner Analyse war der Nachweis, dass die aufgrund der Bevölkerungsentwicklung nicht zu behebende Unterkonsumtion der Arbeitenden den Erhalt einer bloß konsumierenden Klasse aus Aristokraten, Klerikern und Rentiers ermöglicht und notwendig macht, die den Industriekapitalisten die Nachfrage sichert. Rasches Bevölkerungswachstum, für die Betrachtungsweise feudaler Zeiten sicheres Zeichen für die Wohlfahrt des Landes, wurde damit zum notwendigen Übel, vor allem aber zur latenten Gefahr der neuen Gesellschaftsordnung erklärt. Der soziale Inhalt seines Konzepts, nämlich Besitzstandswahrung in einer als bedrohlich empfundenen Umgebung, blieb das leitende Interesse bis in die Gegenwart.

Zunächst aber lieferte die Malthussche Bevölkerungstheorie den unmittelbaren Anstoß zu einer der umwälzenden Theorien des 19. Jahrhunderts. Charles Darwin berichtet in seiner „Autobiographie“: „Im Oktober 1838, also fünfzehn Monate, nachdem ich meine Untersuchungen systematisch angefangen hatte, las ich zufällig zur Unterhaltung Malthus‘ „Über die Bevölkerung“, und da ich hinreichend darauf vorbereitet war, den überall stattfindenden Kampf um [113:] die Existenz zu würdigen, namentlich durch lange fortgesetzte Beobachtung über die Lebensweise von Tieren und Pflanzen, kam mir sofort der Gedanke, dass unter solchen Umständen günstige Abänderungen dazu neigen, erhalten zu werden, und ungünstige, zerstört zu werden ...“<sup>1</sup> Marx war der Auffassung, dass diese Betrachtungsweise ein produktives Missverständnis war. An Engels schrieb er 1862, drei Jahre, nachdem Darwin seine Theorie der Öffentlichkeit vorzustellen gewagt hatte: „Mit dem Darwin, den ich wieder angesehn, amüsiert mich, dass er sagt, er wende die „Malthussche“ Theorie auch auf Pflanzen und Tiere an, als ob bei Herrn Malthus der Witz nicht darin bestände, dass sie nicht auf Pflanzen und Tiere, sondern nur auf Menschen – mit der geometrischen Progression – angewandt wird im Gegensatz zu Pflanzen und Tieren. Es ist merkwürdig, wie Darwin unter Bestien und Pflanzen seine englische Gesellschaft mit ihrer Teilung der Arbeit, Konkurrenz, Aufschluss neuer Märkte, „Erfindungen“ und Malthusschem „Kampf ums Dasein“ wiedererkennt. Es ist Hobbes‘ bellum omnium contra

---

<sup>1</sup> Charles Darwin: Autobiographie. Leipzig/Jena 1959, S. 100 f.

omnes, und es erinnert an Hegel in der ‚Phänomenologie‘, wo die bürgerliche Gesellschaft als ‚geistiges Tierreich‘, während bei Darwin das Tierreich als bürgerliche Gesellschaft figuriert.“<sup>2</sup>

Die ideologische Verkehrung, die Marx hier sah, verfestigte sich bereits mit der ersten Übersetzung des Darwinschen Hauptwerkes über die Entstehung der Arten ins Deutsche zur politisch und vulgärsociologisch aufgeladenen Phrase. Darwins These wird in der deutschen Literatur in der Gründungszeit des Bismarck-Reiches zur Mythisierung von Geschichte und Politik verwendet. Bereits die Übersetzung von „Struggle for life“ bzw. „struggle for existence“ in „Kampf ums Dasein“ entsprach nicht dem von Darwin mit „struggle“ Bezeichneten. Mit ihm war weniger eine Gewaltauseinandersetzung gemeint als in einem weiten metaphorischen Sinn „die Abhängigkeit der Lebewesen voneinander sowie ihre Fähigkeit, Nachkommen zu hinterlassen“.<sup>3</sup>

In der deutschsprachigen Literatur machte der „Kampf ums Dasein“ rasch Karriere. Er stieß auf ein bürgerliches Publikum, in dem mit der Schopenhauer-Mode nach der Revolutionsniederlage von 1848/49 eine pessimistisch-irrationale Geschichtsdeutung populär geworden war. Die naturwissenschaftlich legitimierte Phrase vom „Kampf ums Dasein“ war eine passende Ergänzung. Sie findet sich in den „Weltpolitischen Betrachtungen“ Jacob Burckhardts ebenso wie in den Schriften Friedrich Albert Langes, von dem die deutsche [114:] Variante des Sozialdarwinismus maßgeblich beeinflusst wurde. Wenig beeindruckt von ihr war allerdings Friedrich Nietzsche, der in ihr eine typisch englische Missachtung geistiger Komponenten wahrnahm. Ihm war zu wenig vom Willen zur Macht in der etwas mechanischen Betrachtungsweise enthalten – auch in dieser Hinsicht ähnlich wie die Faschisten späterer Jahrzehnte argumentierend. In der imperialistisch werdenden Welt um die Jahrhundertwende wurde der Sozialdarwinismus zum internationalen Phänomen und blieb bis in die Gegenwart Grundmuster der Selbstverständigung einer Gesellschaft, die sich selbst im Kampf um die stetige Neuauflistung der Welt sieht.

Der geistige Resonanzboden für die Karriere von *Volk ohne Raum* im Deutschland der Weimarer Zeit war so bestimmt von zwei grundlegenden, eng aneinander gekoppelten ideologischen Reflexionen – der Übervölkerung und des „Kampfes ums Dasein“. Unmittelbar vor dem Weltkrieg wurde die von „Geopolitikern“ verschiedener Länder, nicht zuletzt in Großbritannien formulierte These, die Welt sei aufgeteilt, weit verbreitet. Grimms Parole *Volk ohne Raum* schließt so ein Gemenge von Schlagwörtern und politischen Thesen zusammen, die in Deutschland und ganz Europa in der Vorkriegszeit zu Bestandteilen antisozialistischer Propaganda geworden waren. In seinen Romanfiguren realisiert er eine Idee, die ihn zum Epiker des Faschismus werden lässt: Sozialismus und Sozialisierung sind keine Lösung angesichts der Übervölkerung der industrialisierten Länder. Der Held des Romans, dessen Titel Grimm auf Anregung eines britischen Freundes gefunden haben soll, ist halbproletarischer Herkunft, Sohn verarmter Bauern und Steinbrucharbeiter. Die „Enge“ Deutschlands treibt ihn vor dem Weltkrieg in die Kolonien. In der Auseinandersetzung mit einer harten Natur und unzureichender gesellschaftlicher Organisation wird er erfolgreicher Farmer, kehrt aber nach dem verlorenen Krieg mit leeren Händen zurück. Er durchzieht Deutschland als einsamer Wanderprediger gegen die Unzulänglichkeit einer Sozialisierung und für die Annexion von Kolonien, wird kurz vor dem Hitlerputsch 1923 von „Roten“ erschlagen. Die Moral ist schlicht so wie die Weltsicht Grimms, der bis zu seinem Tod auch öffentlich für Hitler Partei ergreift.

Grimms koloniale Heimatkunst findet zwar eine Parole, die von den Nazis populär gemacht wird, die Intentionen der deutschen Faschisten sind mit ihr allerdings nicht völlig erfasst. Vokabeln wie „Rassenkampf“ und „Lebensraum“ markieren eine gewisse Diffe-[115:]renz zum Konzept von Grimm, das eher einem vor dem Ersten Weltkrieg vertretenen Kolonialismus entspricht. Allerdings enthält auch das Programm der NSDAP vom Februar 1920<sup>4</sup> in Punkt drei den Passus: „Wir fordern Land

<sup>2</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 30, Berlin 1974, S. 249.

<sup>3</sup> Rolf Löther: Nachwort. In: Charles Darwin: Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl, Leipzig 1980, S. 548.

<sup>4</sup> Zum Programm der NSDAP siehe Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920-1945, Köln 1998, S. 34.

und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungs-Überschusses.“ Entscheidend für die Expansionsagitation der Partei wird aber nicht der Anspruch auf Rückgewinnung der durch den Friedensschluss von Versailles verlorenen Kolonien, auch nicht der auf Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1914, sondern die im ersten Punkt des Programms enthaltene Forderung „Zusammenschluss aller Deutschen ... zu einem Großdeutschland“. Die Maßlosigkeit dieser Forderung geht nicht zuletzt aus der Tatsache hervor, dass rund 30 Millionen der 90 Millionen Deutschen seit dem Weltkrieg außerhalb der Grenzen des Reiches in Europa und auf anderen Kontinenten lebten.

An der Spitze aller Forderungen unter dem Rubrum *Volk ohne Raum* steht daher Zuwachs an „Land und Boden“ vornehmlich in Osteuropa. Das entspricht zudem der politischen Tradition des Kaiserreichs und der Agitation der Alldeutschen. Bereits 1919 notiert Hitler, „dass auf den Kopf eines Russen 18-mal mehr Grund trifft als auf einen Deutschen“. Es widerspreche jeder natürlichen Ordnung heißt es bei Rosenberg, „dass 36 Millionen Franzosen über ein größeres Land verfügen als 63 Millionen Deutsche; dass auf einen Russen 20mal mehr Grund und Boden kommt als auf einen Deutschen. Dieses naturwidrige Verhältnis muss entweder zur vollkommenen Verkrüppelung des deutschen Volkes führen, oder es wird in einer Weise ein Ende nehmen, wie sich die Dinge in der Geschichte noch immer zugetragen haben: durch einen völkischen Machtkampf. Es gibt auch hier nur Durchsetzung unserer Lebensnotwendigkeiten oder Untergang.“<sup>5</sup> Ähnlich äußert sich Hitler gleich zu Beginn von „Mein Kampf“. Auf dem Satz „Gleicher Blut gehört in ein gemeinsames Reich“ baut das Buch auf. In einer der bekanntesten Passagen des Werkes erklärt Hitler ausdrücklich, dass mit der „Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit“ abzuschließen und eine neue „Bodenpolitik“ in Richtung Osteuropa aufzunehmen sei.

Zur Begründung der außenpolitischen Konzeption für die Errichtung eines Großreiches diente Hitler ein Dogmengemisch aus Rassismus und völkischer Raumnot. In seiner Denkschrift für den Vierjahresplan vom August 1936 setzte er seinen Ministern auseinander: „Wir sind übervölkert und können uns auf der eigenen Grundlage nicht ernähren“ und „Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes“. Dereinst müsse „diese Frage“ gelöst werden.<sup>6</sup> Ein Jahr später erklärte er in einer geheimen Besprechung vor den obersten Befehlshabern der Streitkräfte den Aufzeichnungen des Wehrmachtsadjutanten zufolge: „Wenn auch die Besiedlung insbesondere der Tschechei keine dünne sei, so könne die Einverleibung der Tschechei und Österreichs den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5-6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, dass eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange.“<sup>7</sup> Am 23. Mai 1939 führte Hitler vor Militärs in der Berliner Reichskanzlei aus: „Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung ...“<sup>8</sup>

Eine umfassende Verbindung von Rassenideologie und den Thesen vom Kampf ums Dasein und vom Volk ohne Raum hörten die Befehlshaber der Heeresgruppen und Armeen unmittelbar vor dem Angriff auf Polen aus Hitlers Munde, als sie am 22. August 1939 auf den Obersalzberg gerufen wurden: „Wer über diese Weltordnung nachgedacht hat, ist sich klar, dass ihr Sinn im kämpferischen Durchsetzen des Besten liegt. Das deutsche Volk aber gehört zu den besten Völkern der Erde. Uns hat die Vorsehung zu Führern dieses Volkes gemacht, wir haben damit die Aufgabe, dem deutschen Volk, das mit 140 Menschen auf dem Quadratkilometer zusammengedrängt ist, den nötigen Lebensraum zu geben.“<sup>9</sup> Das Argument der Übervölkerung spielte in den Plänen für eine „Neuordnung“ Europas in den 30er Jahren eher am Rande eine Rolle. Zwar werden Pläne für ein riesiges deutsches

<sup>5</sup> Zit. nach ebenda, S. 38 f.

<sup>6</sup> Vollständiger Text der Vierjahresplan-Denkschrift zuerst in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München 1955, H. 2; später wiederholt Teilabdrucke.

<sup>7</sup> IMT, Bd. XXV, S. 409 f.

<sup>8</sup> IMT, Bd. XXXVII, S. 548.

<sup>9</sup> Aus den Aufzeichnungen des Generaladmirals Boehm. Zit. nach Reinhard Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1979, S. 296 f.

Kolonialreich in Afrika ausgearbeitet, die Forderungen nach Rückgabe der deutschen Kolonien erhebt Hitler noch einmal in seiner Rede vor dem Reichstag am 30. Januar 1939, es werden Konzepte für „Großräume“ formuliert, das Hauptinteresse richtet sich aber – stets in Kontakt mit zahlreichen Wissenschaftsinstitutionen und der Industrie – auf die Schaffung „Großgermaniens“.

Die Argumentation geht nun zweigleisig vor: In die Begründung der Expansions- und Kriegspläne geht ausdrücklich die deutsche „Raumnot“<sup>10</sup> ein. Zugleich wird als politisches Ziel nach innen ein rasches Bevölkerungswachstum propagiert. Hitler proklamiert bei [117:] der Eröffnung des Reichsparteitages 1936 in Nürnberg: „Da nun der nationalsozialistische Staat unter keinen Umständen gewillt ist, eine Beschränkung der Volkszahl vorzunehmen, sondern im Gegenteil entschlossen ist, diese natürlichste Fruchtbarkeit der Nation zu steigern, sind wir gezwungen, die Folgen dieser Entwicklung für die Zukunft zu überlegen und zu bedenken. Eine wesentliche Steigerung des Bodenertrages ist nicht möglich, eine wesentliche Steigerung des Exports in absehbarer Zeit kaum.“<sup>11</sup> Die Lösung konnte nur in Krieg und Vertreibung liegen.

Die mit der Phrase vom *Volk ohne Raum* betriebene Propaganda erfuhr seit 1933 in der systematischen Vertreibung und schließlich Vernichtung von Juden, Sinti und Roma sowie der osteuropäischen Bevölkerung ihre letzte Konsequenz. Eine vertrauliche Information der NSDAP-Parteikanzlei vom 8. Oktober 1942 resümiert die antijüdische Politik seit 1933 so: „Die bisher durchgeführten Lösungsarbeiten lassen sich im Wesentlichen wie folgt unterteilen: 1. Zurückdrängung der Juden aus den einzelnen Lebensgebieten des deutschen Volkes ... 2. Das Bestreben, den Gegner aus dem Reichsgebiet völlig hinauszudrängen. In Anbetracht des dem Deutschen Volk zur Verfügung stehenden nur eng begrenzten Lebensraumes hoffte man, dieses Problem im Wesentlichen durch Beschleunigung der Auswanderung der Juden zu lösen.“

Seit Beginn des Krieges 1939 wurden diese Auswanderungsmöglichkeiten in zunehmendem Maße geringer, zum anderen wuchs neben dem Lebensraum des Deutschen Volkes sein Wirtschaftsraum stetig an, so dass heute in Anbetracht der großen Zahl der in diesen Gebieten ansässigen Juden eine restlose Zurückdrängung durch Auswanderung nicht mehr möglich ist ... Es ist daher die völlige Verdrängung bzw. Ausscheidung der Juden ein zwingendes Gebot im Kampf um die Existenzsicherung des deutschen Volkes.“<sup>12</sup> Die Vernichtung der europäischen Juden, die mit dieser Anweisung noch einmal ratifiziert wurde, verbindet sich so mit einer zynischen Reflexion, die am Anfang der kapitalistischen Industriära formuliert wurde: Um die Konsumtion der einen zu sichern, müssen andere hungern, verhungern, vertrieben oder vernichtet werden.

Die Idee ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts lebendig wie je, auch wenn sie nicht in Gestalt der Parole Grimms und der Nazis daherkommt: Sie eignet sich für das Sammeln von Wählerstimmen in den parlamentarischen Republiken Westeuropas und Nordamerikas und sie bestimmt weitgehend die Ausländergesetzgebung der sich in der [118:] „Festung Europa“ verschanzenden Staaten. Was Malthus freimüdig für den Erhalt der parasitären Existenz seiner Kaste forderte und herleitete, die Enthaltsamkeit der Arbeitenden bis zum Hungertod, hat in den heutigen Zahlen über Armut, Hunger und Tod der „Dritten Welt“ von ihm kaum geahnte Dimensionen angenommen.

<sup>10</sup> Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937. (Hoßbach-Protokoll; Auszüge). In: Kühnl, a. a. O., S. 290.

<sup>11</sup> Die Ankündigung des Vierjahresplanes. Proklamation Adolf Hitlers bei der Eröffnung des 8. Reichsparteitages der NSDAP in Nürnberg am 9. September 1936 (Auszüge). In: Kühnl, a. a. O., S. 288.

<sup>12</sup> Vertrauliche Information der Parteikanzlei vom 9. Oktober 1942, betr. „Vorbereitende Maßnahmen zur Endlösung der europäischen Juden frage. Gerüchte über die Lage der Juden im Osten“. In: Kurt Pätzold (Hg.): Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, Leipzig 1983, S. 352 f.

## Der uns aufgezwungene Krieg

Von Kurt Pätzold

Wer in der neueren Menschheitsgeschichte einen Krieg begann, sah sich der Notwendigkeit gegenüber, dies dem eigenen Volke zu erklären. Nicht eben, dass diejenigen, die den Frieden brachen, von einem besonderen Bedürfnis der Aufklärung gegenüber ihren Untertanen jemals geleitet worden wären. Doch sie brauchten sie als kriegsbegeisterte Instrumente, anders vermochten die Machthabenden in den Zeiten der Massenheere und später der allgemeinen Wehrpflicht nicht zu ihren Zielen zu gelangen. Also mussten Begründungen geliefert werden. Das geschah, wenn nicht schlicht von einer Bedrohung geredet wurde, der man selbst gerade noch zuvorgekommen sei, stets nach einem höchst einfachen Schema, das aus drei Gedankenschritten besteht. Im ersten wurde behauptet, auf dem Felde der Außenpolitik sei eine Frage, ein Problem, eine Aufgabe zu lösen, die keinen Aufschub dulde. Darauffolgte im zweiten die Lüge, alle selbst gewählten Mittel, auf friedlichem Wege zu einer gerechten und vernünftigen Lösung zu gelangen, wären fehlgeschlagen. Im dritten ergab sich der logisch anmutende Schluss, nun also müssten die Waffen „sprechen“. Der Krieg wurde als das letzte, unvermeidbare Mittel des Handelns dargestellt. Damit ist das Gerüst beschrieben. Es wurde mit Reklamefahnen geschmückt, auf denen Vokabeln wie Vaterland, Volk, Nation, neuerdings vermehrt Zivilisation und Menschenrechte gelesen werden konnten.

Nicht anders war es am Morgen des 1. September 1939, als die Deutschen vom Krieg gegen Polen erfuhren. Vollkommen überrascht wurden sie durch diese Nachricht nicht, wenn auch die meisten eben noch geglaubt hatten, es werde dem „Führer“ wieder gelingen, die Ziele seiner Außenpolitik durch einen meisterhaften Ballanceakt am Rande des Krieges zu erreichen. Diese Hoffnung war [119:] auch von Erinnerungen an die Schrecken des Weltkrieges gespeist. Doch diesmal trog sie. Es blieb nicht beim Säbelrasseln.

Den faschistischen Machthabern kam zugute, dass über die wirklichen Ursachen, die in Kriege führen, auf deutschen Schulen und Hochschulen schon vor 1933 nicht gesprochen wurde. Wann Deutsche je zu den Waffen gegriffen hatten, waren stets „die Anderen“ Schuld gewesen, mochten es Napoleon I. oder III., der *Erbfeind*, der Zar, die Dänen oder wer auch immer gewesen sein. Namentlich das getürmte Lügengebäude, welches den Blick auf die Ursachen des Weltkrieges verstellte, wurde Voraussetzung dafür, dass sich die Mehrheit der „Volksgenossen“ der Flut von Informationen und Argumenten, die zu ihrer Irreführung eingesetzt wurde, hilflos ausgesetzt sah.

Die Mittagsstunde des 1. September 1939 war noch nicht erreicht, da gab das Oberkommando der Wehrmacht seinen ersten Kriegsbericht heraus. Er enthielt – anders als die von nun an täglichen Verlautbarungen aus dem „Führerhauptquartier“ – noch keine Angaben über Kriegshandlungen. Die Autoren, Militärs in der Abteilung Wehrmachtspropaganda, griffen die am Morgen von Hitler vor dem nazistischen Reichstag verwendete Lüge vom Angriff polnischer Streitkräfte auf deutsches Hoheitsgebiet auf. Umjubelt hatte der „Führer“ erklärt, jetzt werde „Zurückgeschossen“. Im Bericht des OKW hieß das, es werde nun der polnischen Gewalt durch einen Gegenangriff Einhalt geboten. Armee und Flotte würden das Reich „aktiv“ schützen.<sup>1</sup> Überzeugend war diese Darstellung freilich nicht. Sollte sich die Regierung eines so viel schwächeren Landes wirklich entschlossen haben, den ersichtlich stärkeren Nachbarn anzugreifen? In der Tat blieb diese Version nur bald vergessenes Beiwerk.

<sup>1</sup> Die vier Sätze des Textes enthielten – jeder für sich – eine Lüge. Verwunderlich also, dass die Herausgeber einer vollständigen Sammlung der OKW-Berichte, sie erschien 1982 in der Bundesrepublik und wurde drei Jahre später im Taschenbuchformat auf den Buchmarkt gebracht, dies nirgendwo vermerkten. Siehe hier: Die Wehrmachtsberichte 1939-1945 Bd. 1: 1. September 1939 bis 31. Dezember 1941, München 1985. Die Berichte hätten, heißt es einleitend, je kritischer die Kriegslage für Deutschland wurde, Tatsachen desto mehr beschönigt und verschleiert. Doch diese Feststellung wird nur auf den Kriegsverlauf bezogen. Indessen zeigen insbesondere der erste und der letzte, vom 9. Mai 1945 stammende Bericht, dass die zuständige Abteilung des OKW die Kräfte und Interessen, die zum Kriege, und die Faktoren, die in die totale Niederlage führten, tief zu verbergen suchte. Grotesk liest sich die 1957 geschriebene Beteuerung des ehemaligen Generalmajors Hasso von Wedel, des Autors der Entwürfe für die OKW-Berichte, die vom Chef des Wehrmachtsgeneralstabs, Alfred Jodl, abgezeichnet und von Hitler gebilligt wurden, es habe der Grundsatz geherrscht, sich „niemals der Lüge“ zu bedienen (Vorwort, S. IV).

Klarer und nach dem erprobten Schema hieß es in der Weisung Nr. 1 des Oberkommandos der Wehrmacht vom 31. August 1939, es müsse, „nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft“ seien, mit militärischen Mitteln „eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze“ beseitigt werden.<sup>2</sup> Damit war freilich auch nur vage ein Kriegsgrund bezeichnet, unter dem sich kaum jemand etwas Konkretes vorzustellen vermochte. Zur gleichen Zeit erhielten die Mitglieder der NSDAP von Rudolf Heß, dem Stellvertreter des Führers, einen Katalog von Verhaltensregeln. An vorderster Stelle wurde ihnen abverlangt, „der Bevölkerung immer wieder den Kriegszweck und das Kriegsziel klar, einfach und eindringlich vor Augen zu stellen“.<sup>3</sup> Auch Joseph Goebbels an der Spitze des Propaganda-[120:]ministeriums sah es selbstverständlich als seine besondere Aufgabe an, Kriegsstimmung zu wecken.

Das gelang nur allmählich, wie eine Presseanweisung des Ministeriums eingestand, die drei Wochen nach Kriegsbeginn erging. Die Regierung, hieß es da, habe den Eindruck gewonnen, das Volk glaube, mit der inzwischen erfolgten Eroberung Polens sei der Krieg zu Ende. Daher müsse gesorgt werden, „dass die langsam gewonnene Bereitschaft des Volkes zu kämpfen, nicht nachlässt.“<sup>4</sup> Die Kriegsbegeisterung des August 1914 hatte sich selbst nach dem rasch, unter geringen Opfern errungenen Sieg über den Nachbarstaat nicht eingestellt. Die Propaganda richtete sich darauf ein. Sie mied vorerst allzu schrille Töne. Ihre zentrale Formel lautete: *Der uns aufgezwungene Krieg*. Ihr Sinn lag zu Tage. Wir Deutsche- Führer und Volk wollten ihn nicht. Hitler habe mit „unendlicher Geduld“ Fragen, die Deutschland mit seinem Nachbarn im Osten zu klären hätte, friedlich zu lösen gesucht. Wir wünschten, hieß es in vielen Variationen, unser „nationalsozialistisches Aufbauwerk“ voranzubringen. Die „Anderen“ aber haben des Führers Friedfertigkeit missverstanden. „Neider“ wollen uns nicht ungestört schaffen lassen ...

Hitler, Goebbels, die für Meinungsbildung und Stimmungsmache zuständigen Spezialisten hatten nichts erfunden. Sie hatten sich erinnert, gehörten sie doch zumeist der Generation an, die bis zum Beginn des Weltkrieges zurückdenken konnte. Ob Hitler, ein leidenschaftlicher Zeitungsleser, 1914 die entscheidenden Sätze in der Reichstagsrede des Reichskanzlers sogleich aufgenommen hatte oder ob sie ihm erst später vor Augen oder zu Ohren gekommen waren, ist nicht aufklärbar. Als gewiss kann gelten, dass er die Kernthesen jener verlogenen, von den Abgeordneten beifällig aufgenommenen Erklärung kannte, die Theobald von Bethmann Hollweg am 4 August 1914 im Wallotbau zwischen Tiergarten und Spree verlas. Da war – wie am 1. September 1939 bei Hitlers Rede in der Kroll-Oper – der Krieg bereits Tatsache, von dem der kaiserliche Kanzler behauptete: „Wir stehen in einem *uns aufgezwungenen Krieg* mit Russland und Frankreich.“ Damals schon folgte die Beteuerung: „Wir wollten in friedlicher Arbeit weiterleben ...“<sup>5</sup>

Das war das Original. Die Faschisten fertigten die Kopie. Der erste, der sie vortrug, war Hermann Göring in seiner Eigenschaft als Präsident des Reichstags. In einer Art Gelöbnis, mit dem er am 1. September 1939 auf die Rede Hitlers antwortete, benutzte er Bethmann Hallweds Wortwendung, jedoch mit einer geringfügigen, [121:] aber charakteristischen Abweichung. Er sprach von „dem uns von Polen aufgezwungenen Kampfe“.<sup>6</sup> Diese Variation geschah absichtsvoll. Das unpopuläre Wort Krieg war vermieden. Die Deutschen würden schließlich selbst merken, was sich veränderte. Auch andere Führer umgingen zunächst die einzige klare Kennzeichnung, die der neuen Wirklichkeit gerecht wurde. Hitler erklärte, es sei ihm „kein anderes Mittel!“ geblieben, „als von jetzt ab Gewalt gegen Gewalt zu setzen“.<sup>7</sup> Am 19. September in Danzig, während seiner zweiten öffentlichen Rede

<sup>2</sup> Weisung des Oberkommandos der Wehrmacht Nr. 1 vom 31. August 1939. In: Dokumente zur deutschen Geschichte 1939-1942. Hg. v. Wolfgang Ruge/ Wolfgang Schumann. Bearbeitet von Gerhart Hass/ Klaus Drobisch/ Anke Wappler unter Mitarbeit von Gisela Fischer, Berlin 1977 (fortan: DdG 1939), S. 21.

<sup>3</sup> Geheime Anordnung Rudolf Heß' vom 6. September 1939 In: DdG 1939, S. 24.

<sup>4</sup> Geheime Presseanweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vom 22. September 1939. In: DdG 1939, S. 27.

<sup>5</sup> Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten 1849-1934 Urkunden und Aktenstücke zur inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches in vier Bänden, Bd. II: 1906- 1926, Berlin 1934, S. 523.

<sup>6</sup> Max Domarus: Adolf Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, 1965, Bd. 2/1, S. 1318.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 1307.

nach Kriegsbeginn, behauptete er, dass Polen den „Kampf“ gewählt und „den Kampf nun erhalten“ habe.<sup>8</sup> Krieg schien zunächst so etwas wie ein Tabuwort zu bleiben.

Bethmann Hollweg hatte zur Bekräftigung seiner These vom Friedenswillen des Kaiserreiches ins Feld geführt, dass es von seiner Gründung an 44 Jahre Frieden gehalten, sich nur um das Wohl seiner Bürger gekümmert habe. Die Legende wirkte lange nach. Noch 1946 entwickelte der Göttinger Geschichtsprofessor Siegfried A. Kaehler vor Pädagogen, die er auf die veränderten Anforderungen der Schule nach dem Zweiten Weltkrieg einstellen sollte, das Argument des Reichskanzlers. Er behauptete wie dieser, Deutschland sei am Entstehen des Ersten Weltkrieges vollkommen unschuldig gewesen. Ja, meinte er, dass den Deutschen 1939 ein Krieg aufgezwungen wurde, gehöre zu den Legenden. Aber 1914?<sup>9</sup> Kein Gedanke an Kontinuitäten deutscher Eroberungspolitik schlich sich da ein. Es vergingen noch Jahre, bis der in Hamburg lehrende Historiker Fritz Fischer mit seinem Buch „Griff nach der Weltmacht“ die in die deutsche Geschichte gerichteten Nebelwerfer gegen Scheinwerfer austauschte.

Gab es aber im Spätsommer 1939, als der Zweite Weltkrieg begann, in Deutschland in der älteren Generation niemanden, der daran zurückdachte, dass und wie er schon einmal vom unausweichlichen Abschied vom Frieden überzeugt worden war? Erinnerte sich niemand an die Bücherregale füllenden Schriften zur so genannten Kriegsschuldfrage? Hatte niemand begriffen, dass es handfeste politische und ökonomische Herrschaftsinteressen deutscher Oberschichten gewesen waren, die 1914 in den Krieg führten, in dem Rivalen mit patriotischen Phrasen irrgleitete Völker um Vorherrschaft, Territorien und Einflusssphären kämpfen ließen? Hatte niemand mehr die in euphorischer Siegeserwartung einbekannten imperialistischen Kriegsziele von einst im Gedächtnis behalten, die kompakte Wunschlisten füllten?

[122:] Eine Minderheit, die sich ein Vierteljahrhundert zuvor nicht in die Irre führen ließ, verstärkt durch andere, die post festum zu besserem Wissen gelangt waren, gab es. Mit ihr hatten die Machthaber zu rechnen. Deshalb legten sie fest, wie mit ihnen abzurechnen war, falls sie sagten, was sie wussten. Am dritten Kriegstag erließ der Chef der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich „Grundsätze der inneren Staatssicherung“. Punkt 1 besagte, es sei „gegen jede Person sofort durch Festnahme einzuschreiten, die in ihren Äußerungen ... das Recht des Krieges in Frage stellt“.<sup>10</sup> Damit war die Formel vom *uns aufgezwungenen Krieg* samt allen Ableitungen und Ausschmückungen polizeilich geschützt.

In den folgenden fünfeinhalb Kriegsjahren hat die Lüge vom *uns aufgezwungenen Krieg* vordergründig nicht mehr die Rolle gespielt wie in den ersten Kriegswochen. Zunächst blieb es bei der Grundaussage, dass es das „schnöde Albion“ und dessen Regierung gewesen waren, die den Politikern in Warschau den Rücken gegen berechtigte deutsche Forderung gestärkt und derart den Krieg verschuldet hätten. Seine Ausweitung 1940 nach Nordeuropa und im Frühjahr 1941 auf den Balkan wurde Kriegsnotwendigkeiten zugeschrieben, die auch nicht von deutscher Seite geschaffen worden wären. Beim Einfall in die Sowjetunion mussten dann die vulgäre Bedrohungslüge und die für das Volk nicht nachprüfbarer These vom unmittelbar bevorstehenden Angriff der Roten Armee herhalten, die den eigenen Schritt rechtfertigen und ihm den Stempel eines „uns aufgezwungenen“ Präventivkrieges aufprägten.

Mit der Wende des Geschehens an den Fronten machten sich jedoch neue Rechtfertigungen des Krieges und neue Begründungen für den totalen Kriegseinsatz notwendig. Immer häufiger war vom

<sup>8</sup> Ebenda, S. 1359.

<sup>9</sup> Siegfried A. Kaehler: Vorurteile und Tatsachen. Drei geschichtliche Vorträge, Hameln 1949. Des Deutschen Reiches „Schuld“ habe in seinem bloßen Dasein bestanden, darin dass sich seine Einzelstaaten 1871 zum Deutschen Reich zusammenschlossen und ein Staatswesen entstanden war, dass die „Anderen“ so und in seinem Aufstieg nicht hätten dulden wollen. Kaehler sprach mit Bezug auf den Ersten Weltkrieg von Deutschlands „Lebenskampf“, S. 10 f.

<sup>10</sup> Erlass des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich vom 3. September 1939 In: DdG 1939, S. 23.

„deutschen Lebenskampf“, Kampf um „Sein oder Nichtsein“ oder „Schicksalskampf“ die Rede. Bilder von Aufstieg und Sieg, Untergang und Tod wurden heraufbeschworen. Nun verschwanden jene offenherzigen Bekenntnisse, die zwischen 1940 und 1942 zu Zeiten der Kapitulation Frankreichs und des nahe geglaubten Sieges über die UdSSR die These vom uns aufgezwungenen Krieg ergänzt hatten. Wenn wir Deutsche, so lautete in dieser Phase die imperialistische Philosophie des Krieges, schon ungewollt Krieg führen müssten, so sollten wir daraus allesamt Gewinn ziehen. Die Machthaber rückten, nachdem sie jede bestimmte Aussage über ihre vor Kriegsbeginn bereits gefassten weitgesteckten imperialen Ziele hartnäckig verweigert, anfangs unbestimmt von einem historischen, ethnischen [123:] und wirtschaftlichen Bedingungen entsprechenden Grenzverlauf im Osten und von sicheren Grenzen gesprochen hatten, mit der Sprache heraus. Nun befriedigten sie die großdeutschen Nationalisten und Chauvinisten, die sich von der Errichtung des so genannten Generalgouvernements, der – wie sie es sahen – zurückhaltenden Grenzkorrektur zu Frankreich durch die Einverleibung von Elsass und Lothringen und der kaum bemerkten Liquidierung Luxemburgs keineswegs eingenommen gezeigt hatten. Nun redeten sie von Reichtümern, die das Reich besitzen werde, von Weizen, Erdöl, Erzen, Ländereien und Bodenschätzen, vom Lohn für die „Opfer“ an Gut, Blut und Leben. Goebbels sagte NSDAP-Führern in Wien am 26. Oktober 1940: „Wenn dieser Krieg zu Ende ist, dann ... werden wir endlich wieder einmal zu den besitzenden Nationen gehören, dann werden wir Rohstoffe besitzen und Hilfsquellen, und dann wird ein großes Kolonialreich unser Eigen sein.“<sup>11</sup> Das war das altbekannte Bild von Deutschlands *Platz an der Sonne*, der gegen den am Tische der „Habenichtse“ eingetauscht werden müsse.

Damit war den Deutschen nur unumwunden gesagt, was Hitler höchst gestellten deutschen Militärs bereits eröffnet hatte, bevor der erste Schuss abgefeuert wurde. Niemand wusste besser als Keitel, Raeder, von Brauchitsch, Jodl, Haider und die kommandierenden Generale, dass der Krieg gewollt und nicht erzwungen war. Hitler setzte ihnen mit dem geopolitischen Argument vom *Volk ohne Raum* auseinander, es müsse früher oder später – besser früher, den eigenen Rüstungsvorsprung nutzend – um „Lebensraum“ gekämpft werden. Demnach gab es zum Krieg und zwar zum „großen“ Krieg gegen die ökonomisch mächtigen und militärisch starken Konkurrenten Großbritannien und Frankreich keine Alternative. Nicht ob, wie es in der Sprache der Militärs hieß, „angetreten“ werde, sei die geschichtliche Frage, sondern einzig: Wann. Die Generale, die den Feldzug gegen Polen begannen, erfuhren mithin aus erster Quelle, dass weder das heimkehrwillige Danzig, noch die Volksdeutschen im Nachbarstaat, die angeblich von Ausrottung bedroht wären, den Kriegsgrund bildeten.

Wie vieles andere, das den deutschen Faschisteführern zum Volksbetrug gedient hatte, war 1945 auch die demagogische Floskel vom *uns aufgezwungenen Krieg zunächst* verbraucht.<sup>12</sup> Doch die Praxis, den Schritt in den Krieg als unverschuldet und unausweichlich auszugeben, konnte von jenen, die sich ihn auf das Gewissen luden, um so weniger preisgegeben werden, als Millionen in Europa den Verlust [124:] des Friedens noch stärker fürchten gelernt hatten als nach dem Ersten Weltkrieg. Die propagandistische Vorbereitung, Führung und Rechtfertigung des Krieges der NATO gegen Jugoslawien bestätigte das kürzlich. Die benutzten Argumente wichen von denen der deutschen Faschisten nur sprachlich, nicht auch inhaltlich ab. Wiederum hieß es: Es sei das diplomatische Arsenal durch Verschulden der Gegenseite vollkommen erschöpft gewesen, weshalb es zur Anwendung der Waffen keine Alternative gegeben habe. Gewalt musste eingesetzt werden, erklärte der deutsche Außenminister, um Massaker, Vertreibung und Völkermord zu beenden.<sup>13</sup> Die Schuld trifft nicht uns, sondern sie ...

<sup>11</sup> Zit. nach DdG 1939, S. 55.

<sup>12</sup> Man musste sehr weit von den deutschen geschichtlichen Erfahrungen entfernt sein, um die für Ohren von Bürgern der Bundesrepublik abgegriffene und verräterische Formulierung in einer Schrift, die Deutschen das Zustandekommen eines Krieges erklären sollte, erneut zu verwenden. Das tat die Kulturabteilung der Botschaft der Islamischen Republik Iran in Bonn 1985 in einer von ihr unter dem Titel „Der aufgezwungene Krieg“ verbreiteten Schrift, der in der englischsprachigen Ausgabe „The imposed war“ hieß.

<sup>13</sup> „Realitäten schränken meine Wünsche ein“. Interview mit Außenminister Joseph Fischer. In: Neues Deutschland, 16.02.2001, S. 3.

## ***Wunderwaffen***

*Von Kurt Pätzold*

Welcher auf Krieg ausgehende Staatsmann, welcher Befehlshaber von Heeres-, See- oder Luftstreitkräften hätte nicht davon geträumt, dem militärischen Gegner mit völlig neuen, ihm unbekannten Waffen gegenüberstehen zu können, gegen die es kein Gegen- oder Abwehrmittel gab? Und umgekehrt: Wer unter den Kampf- und Kriegsversessenen nicht gewünscht, gegen Waffen seiner Gegner einen vollkommenen Schutz zu besitzen? Beide Vorstellungen finden sich schon in ältesten Mythen. Sie haben sich in Bildern bis auf den heutigen Tag erhalten. So in Siegfrieds wunderwirkendem Schwert Balmung, das Regin geschmiedet hatte. Ihm war kein anderes Eisen gewachsen und mit ihm ließ sich selbst ein Amboss spalten. Nicht anders der Hammer Mjölnirs, mit dem Thor die Riesen niederknickte. Die andere – gleichsam defensive – Version lebt im Bilde von der Tarnkappe, die unsichtbar, also unangreifbar machte, aber dem Zwerge Alberich im Kampfe gegen Siegfried doch nicht half. Wunderwaffe gegen Wunderwaffe.

Wem derlei Kriegszeug in nordischen, germanischen oder anderen Mythen nicht begegnet war, dessen Phantasie mochte sich in den Bänden Karl Mays an der Schilderung unvergleichlicher Gewehre entzünden, an Silberbüchse, Bärenäter und Henrstutzen. Jedoch: In Mythen der Alten dienen die übermächtigen Waffen der Verteidigung der Menschen gegen die Bedrohungen durch Riesen oder [125:] andere Feinde. Bei dem sächsischen Autor finden sie im tödlichen Kampf Mensch gegen Mensch Verwendung. Von alters her existierte weithin und nicht nur unter den Deutschen der Glaube an Wunder bewirkende Waffen. Das konnten sich die vor dem Ende ihrer Herrschaft stehenden Machthaber im faschistischen Deutschland zu nutze machen, als sie den rettenden Einsatz von *Wunderwaffen* verhießen.

In der langen Geschichte der Kriege hat mehrfach einer der Beteiligten eine folgenschwere militärtechnische Überlegenheit über den Gegner erlangt, ja meist schon vor Beginn der Kämpfe besessen. Über Jahrhunderte verlief die Entwicklung der Kriegsmittel freilich so langsam, dass schon geringfügige Neuerungen und deren taktisch geschickte Verwendung solche Überlegenheit schaffen konnten. Haufen von Söldnern und Aufständischen besiegten Ritterheere. Der eiserne Ladestock setzte die altpreußische Armee in Vorteil gegenüber anderen feudalabsolutistischen Heeren. Verbesserte Artillerie half Napoleon triumphieren. Zu allen Zeiten bildeten sich phantastische Vorstellungen und entstanden geniale Projekte, beispielsweise für den Bau gewaltiger Geschütze oder besonders wirksamer Schützenwaffen. Bekannt blieben Leonardo da Vincis kühne militärtechnische Entwürfe.

Jedoch erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden gesellschaftliche, ökonomische und technischen Vorbedingungen, die zu grundlegender Umwälzung im Militärwesen führten. Am deutlichsten zeigte sich dies an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert im Flottenbau und in der Entwicklung einer Artillerie, die immer verheerendere Zerstörungen bewirken konnte. Zwischen den europäischen Mächten begann ein Wettrüsten. Mit ihm verbanden sich in den Kreisen der Kriegsgegner schlimme Vorahnungen, wenngleich noch niemand sich vorzustellen vermochte, dass der herannahende Krieg mit dem letzten von Deutschland geführten, dem gegen Frankreich 1870/ 71, kaum mehr vergleichbar sein werde.

Am Ende des Ersten Weltkrieges, durch den die Waffenentwicklung einen enormen Impuls erhielt, waren die so genannten Tanks, die spätere Panzerwaffe, eingeführt. Mit dem Einsatz von Luftschiffen und Flugzeugen sowie von U-Booten zeichneten sich neue Dimensionen der Kriegsführung ab. Von beiden Krieg führenden Seiten waren Giftgase eingesetzt worden, mit denen gegnerische Soldaten zeitweilig kampfunfähig gemacht oder getötet wurden und erstarrte Frontlinien aufgebrochen werden sollten. Im Begriff [126:] „Materialschlacht“ drückte sich aus, welchen Rang nun Wirtschaft und Technik im Krieg besetzten. Zugleich lenkte der Begriff davon weg, dass zwischen 1914 und 1918 Massenheere kämpften und Millionen Menschen verbluteten. Schließlich verursachte erst die Erschöpfung der Ressourcen des deutschen Kaiserreiches dessen Niederlage. Die Militärs waren am Ende ihres Lateins, erklärten den Politikern „Übernehmen Sie!“ und überließen diesen die Liquidierung des Krieges.

Sie selbst begannen ihre Erfahrungen aus den Jahren von 1914 bis 1918 auszuwerten. Überall in den industrialisierten Staaten verstärkte sich das Bestreben, bereits im Vorkrieg einen Rüstungsvorsprung zu erreichen, der Verlauf und Ausgang eines kommenden Krieges entscheiden sollte. Den Sieg gleichsam in der Tasche zu haben, bevor der erste Schuss fiel, darauf richteten sich Hoffnungen, Pläne und Unternehmen derer, die den nächsten Krieg vorbereiteten. Dabei hatte der Weltkrieg gezeigt, dass neuartige Waffen wunderbare Wendungen nicht herbeizuführen vermochten. Ein Abstand, wie er zwischen den aus Gewehren schießenden Weißen und den sich mit Pfeil und Bogen der Ein dringlinge erwehrenden Indianern existiert hatte, konnte in den in Europa tobenden Kriegen der Neuzeit von niemandem wieder hergestellt werden. Das schloss gewichtige Vorteile von Kriegsführenden gegenüber schlechter gerüsteten Gegnern nicht aus. Ein berühmt gewordenes Beispiel dafür gab das Zündnadelgewehr, mit dem das preußische Feldherr in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts ausgerüstet wurde. Es brachte ihm in den Kriegen von 1864 gegen Dänemark und 1866 gegen Österreich Vorteile, denn es war leichter zu handhaben und ermöglichte erhöhte Feuergeschwindigkeit und größere Treffsicherheit. Doch war in diesem Zusammenhang wie in anderen ähnlichem nie von *Wunderwaffen* gesprochen worden.

Der Begriff tauchte in der deutschen Kriegsgeschichte erst in einem Moment auf, als die Hoffnung auf den Endsieg im Zweiten Weltkrieg brüchig zu werden begann und nüchterne Rechnung dafür sprach, dass Deutschland unterliegen werde. Zuvor schon hatten Soldaten und Offiziere der Wehrmacht – ganz wider ihre Erwartungen – im Jahre 1941 mit sowjetischen Waffen, Panzern vom Typ T 34 und Raketenwerfern, den so genannten Katjuschas, zu tun bekommen, die ihren eigenen überlegen waren und das Klischee vom Muschik, der nur mit der Mistforke zu hantieren verstand, zusammenbrechen ließ. Als die Zeit der Rückzüge und Niederlagen [127:] begann, das schier unerschöpfliche Potential an menschlichen und materiellen Kräften der Gegner immer drückender wurde, verstärkte sich in der Führung von Heer, Luftwaffe und Marine die Forderung nach wirkungsvoller Kriegsmitteln. An deren Entwicklung wurde mit Hochdruck gearbeitet. Auf *Wunderwaffen* hofften vor allem auch die Inlandspropagandisten, die sich den immer drängenderen Fragen aus der deutschen Bevölkerung gegenüber sahen, wie dieser Krieg noch gewonnen werden könnte. Sie gierten nach Stoff, mit dem sich der schwindende Siegesglaube nähren ließ, und skrupellos beuteten sie die in der Bevölkerung anzutreffende Bereitschaft aus, Nachrichten gläubig aufzunehmen, die eine Wende versprachen. Zugute kam ihnen, dass in weiten Volkskreisen ein aus religiösen und anderen Quellen gespeister Wunderglaube lebendig war, den die Machthaber schon vor dem Kriege benutzt und vertieft hatten, beispielsweise zur Weckung des Kultes um Adolf Hitler, der von sich selbst öffentlich behauptete, dass es ein Wunder sei, dass er die Deutschen und die Deutschen ihn „gefunden“ hätten.

Die Kriegsverstärkung des Glaubens an Wunder ging den ersten Andeutungen vom Einsatz vorgeblicher *Wunderwaffen* erheblich voraus. Sie kam singend daher, mit dem Lied „Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehen, und dann werden alle Wünsche wahr“. Zarah Leander, die bewunderte, auch angehimmelte schwedische [128:] Diva in deutschen Diensten, sang es. Das Versprechen, dass auch alle Träume wahr werden würden, traf in die mit Ungewissheiten geladene Situation. Bei den einen knüpften sich daran Hoffnungen auf die gesunde Rückkehr des Ehemannes, des Vaters oder Sohnes aus dem Kriege, bei anderen bediente der Film auf den Endsieg gerichtete Wunschbilder.

Vor den Kunden von Niederlagen und Rückzügen, die „Absetzbewegungen“ und „Frontbegradigungen“ genannt wurden, flohen immer mehr Deutsche aus der Wirklichkeit in die Illusion. Die einen klammerten sich an die Person Hitlers, in dem sie einen Wundertäter erblickten. Sie folgten der Propaganda aufs Wort und deuteten die „Rettung des Führers“ am 20. Juli 1944, der dem Attentat des Grafen Stauffenberg entkommen war, als das Walten der Vorsehung, die Deutschland nicht untergehen lassen werde. Andere setzten auf Erschöpfung und Zwietracht auf Seiten der Kriegsgegner. Dritte – das waren vergleichsweise noch Realisten unter den Illusionisten – hofften auf kriegswendende Waffen. Daran arbeiteten Techniker und Konstrukteure auf vielen Feldern und – wie nach Kriegsende behauptet und vom einstigen Rüstungsminister Albert Speer dargelegt wurde – auf zu vielen gleichzeitig. Um die Stimmung der Bevölkerung aufzubessern, der immer größerer Einsatz an der so genannten Heimatfront abverlangt wurde, griff Propagandaminister Goebbels früh zu der Methode,

öffentlich vage anzudeuten, demnächst würden neue Kriegsinstrumente verfügbar sein. In einer Rede, die er am 5. Juni 1943 im Berliner Sportpalast hielt, erklärte er, die „riesigen Anstrengungen im Zeichen des totalen Krieges sind nicht umsonst gewesen. Sie (sic!) werden eines Tages zum Einsatz kommen – wann und wo, darüber mögen sich unsere Feinde ihre Köpfe zerbrechen.“<sup>1</sup> Das war die Pose derer, die immer noch vortäuschten, sie wären die Herren der Geschichte, während ihnen in Wahrheit die Initiative bereits entwunden war. Der Minister mochte wissen, dass am 3. Oktober 1942 in Peenemünde der Start einer 5,5 t schweren Rakete gelang, die eine Höhe von 87 km erreicht und nach einem etwa fünfminütigen Flug in die Ostsee gestürzt war. Doch erst am 1. November 1943 erging an den Oberbefehlshaber West der Befehl, streng geheime Vorbereitungen für die Verwendung der neuartigen Waffe zu treffen. Dennoch folgten in der von Goebbels herausgegebenen Zeitschrift „Das Reich“ mehrfach unbestimmte Ankündigungen des Einsatzes ungekannter vernichtender Waffen. Wie Speer berichtet, war das Versprechen des bevorstehenden Einsatzes kriegswendender Waffen [129:] auch für die Stimmung unter den Kommandeuren von Divisionen und Regimentern hoch wichtig, die sich – würde der Kampf wie bisher weitergeführt – in aussichtsloser Lage sahen. Höhere Offiziere hätten sich an phantastische Hoffnungen geklammert. Der informierte Hitler wusste, dass sie unerfüllbar waren, fand sich aber selbst angesichts der unausweichlich nahenden Enttäuschungen sie zu dämpfen nicht bereit.

Neue Hoffnungen keimten, noch hatte kein Soldat einer gegnerischen Armee die Reichsgrenzen erreicht, als der Einsatz einer bisher nicht verwendeten Waffe gemeldet wurde. Am 16. Juni 1944, zehn Tage zuvor waren Truppen der Alliierten in der Normandie gelandet, begann der Wehrmachtsbericht mit den Worten: „Südengland und das Stadtgebiet von London wurden in der vergangenen Nacht und heute Vormittag mit neuartigen Sprengkörpern schwersten Kalibers belegt.“<sup>2</sup> Tags darauf hieß es: „Seit dem 15. Juni, 23.40, liegen Südengland und das Stadtgebiet von London mit nur geringen Unterbrechungen ständig unter dem Feuer unserer schwersten Sprengmittel. Mit stärksten Zerstörungen in den betroffenen Gebieten ist zu rechnen.“<sup>3</sup> Auch an den beiden folgenden Tagen besetzte die Nachricht noch Platz eins des Berichtes. Neu eingeführt wurde der Begriff „Störungsfeuer“.<sup>4</sup> Das Mitgeteilte blieb unbestimmt. Es lieferte Gesprächsstoff an den ausgedünnten Stammtischen, ließ Platz für Vermutungen und Spekulationen.

Doch das Hauptinteresse der Deutschen lag auf der Entwicklung der Kriegshandlungen in Frankreich und der Frage, ob es gelingen werde, die Invasoren vom Festland zu vertreiben. Dem trugen die Autoren der Berichte Rechnung. Die Verwendung der Waffe wurde an den folgenden Tagen nahezu beiläufig erwähnt. Jedoch besorgte die von Joseph Goebbels dirigierte Propaganda das Nötige. Die zunächst intern als Fi 103 „Kirschkern“ bezeichnete Waffe erhielt den Namen V 1. V stand für Vergeltung und die Zahl 1 erweckte den Eindruck, es würden zügig weitere neuartige Kriegsinstrumente folgen. Die Erklärung des unbemannten Flugkörpers, der von Abschussrampen nahe der Kanalküste gestartet wurde, zur Vergeltungswaffe stillte die Erwartung jener Deutschen, die seit langem vergeblich hofften, die Luftwaffe werde „den Engländern“ den Bombenkrieg mit gleicher oder härterer Münze heimzahlen und das werde zum Nachlassen der Angriffe auf die Städte im Reichsgebiet führen.

Auf die knappe Mitteilung über den Einsatz einer neuartigen Waffe hin schien in Deutschland so etwas wie eine Gerüchteküche zu [130:] explodieren. Nach Berichten des Sicherheitsdienstes wurde erwartet, dass nun das Mittel gefunden sei, Großbritannien zur Kapitulation zu zwingen. Die würde nur Tage, allenfalls Wochen auf sich warten lassen. Vermutet wurde, der „Führer“ habe diese Waffe genau zum richtigen Zeitpunkt, eben dem der Invasion, eingesetzt, während dessen Befehl in Wahrheit vom 16. Mai 1944 stammte, also vor dem Tage der Landung der Alliierten erteilt worden war. Schon kurze Zeit später, trat an die Stelle der Begeisterung und, wie es geheißen hatte, eines

<sup>1</sup> Joseph Goebbels: Der steile Aufstieg. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1942/43, München 1944, S. 297.

<sup>2</sup> Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Bd. 3: 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945, München 1985, S. 128.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 129.

<sup>4</sup> OKW-Bericht vom 18. Juni 1944. In: Ebenda, S. 130.

„Freudenrausches“ Ernüchterung. Enttäuschung folgte.<sup>5</sup> Zwar grässerten weiter Spekulationen über alsbald zum Einsatz gelangende Vergeltungswaffen, die bewirken würden, was diese erste nicht zu erreichen vermochte, von „Zwerg-Ubooten“ und „fliegenden Panzern“ wurde phantasiert, aber die bange Erörterung der Nachrichten von der Invasionsfront und der Kunde von der Offensive der Sowjetarmee am Mittelabschnitt der Ostfront herrschte vor. Die Fortdauer der Luftangriffe auf Städte und Industriezentren drückte tagtäglich die Stimmung. Geheimdienstmitarbeiter hörten dem Volksmund ab, es sei die Abkürzung V1 als „Versager eins“ aufgelöst worden. Goebbels hatte dies kommen sehen und in seinem Tagebuch schon am 18. Juni 1944 notiert, dass die Erwartungen an die Wirkung der Waffe zu groß seien, sich in der Bevölkerung ein „Fieberrausch“ ausbreite, die von ihm dirigierte Propaganda das Geschehen dramatisiere und „Öl ins Feuer“ gösse. Doch griff er, mangels anderen Stoffes zur Aufmunterung der Stimmung nicht ein, ja, er malte in eigenem Beitrag<sup>6</sup> ein weit übertriebenes Bild von den angeblich chaotischen Zuständen, die in London entstanden seien, und stärkte sich selbst durch das auf keinerlei Kenntnis gegründete Urteil, das „Kirschkern-Programm“ sei erst noch der „harmlosere Teil“ der Vergeltung und die Briten würden ihr „blaues Wunder“ erst noch erleben.<sup>7</sup>

Die in der Bevölkerung auch beklagtendürftigen Mitteilungen der OKW-Berichte über die Wirkungen der V 1 besaßen ihren Grund. Zwar richteten die Flugkörper in der britischen Hauptstadt erneut schwere Zerstörungen an, aber die gegnerische Luftabwehr war gegen sie nicht machtlos. Zudem verfehlte ein erheblicher Teil davon aufgrund technischer Unzulänglichkeiten die ohnehin nicht präzis zu bestimmenden Ziele, stürzte in den Kanal oder verursachte sonst keinen erheblichen Schaden. Erst gegen die als V2 bezeichneten Raketen, deren Einsatz am 8. September 1944 wiederum gegen London begann und später auf Nachschubbasen der Alliierten in [131:] Belgien, insbesondere in Antwerpen, ausgedehnt wurde, verfügte die britische Luftabwehr über keinerlei Bekämpfungsmittel. Diese 14 Meter lange Flüssigkeitsrakete erreichte eine maximale Geschwindigkeit von 5700 km/h und stellte eine für die künftige Kriegsgeschichte folgenreiche Neuentwicklung dar. Vorarbeiten, in der Weimarer Republik begonnen, waren zunächst in der Heeresversuchsanstalt in Kummersdorf ausgeführt worden. Sie führten 1934 zu ersten praktischen Resultaten. Entwicklung und Erprobung bis zur Einsatzreife wurden sodann in Peenemünde auf Usedom weiter getrieben. Die Serienproduktion erfolgte unterirdisch in Stollen des Kahnsteinmassivs bei Nordhausen unter Anleitung deutscher Spezialkräfte hauptsächlich durch Häftlinge des dort eigens geschaffenen KZ Dora, anfänglich ein Nebenlager des KZ Buchenwald. Es war das eine jener Menschen mordenden Höllen, welche die deutschen Machthaber errichten ließen.

So wenig Erwartungen, die an den Flugkörper V1 geknüpft worden waren, sich erfüllten, so wenig taten es diejenigen an die Rakete V2. Deren Einsatz, wiewohl er die bahnbrechende kriegstechnische Erfindung darstellte, die deutscherseits im Zweiten Weltkrieg gemacht wurde, ließ sich nicht noch einmal so für die Manipulierung der Stimmung nutzen, wie das mit der „geflügelten Bombe“ geschehen war. Denn zwischen dem Ersteinsatz der beiden V-Waffen lagen das Vordringen der sowjetischen Truppen zur Weichsel, die Landung der Alliierten auch in Südfrankreich, die Befreiung von Paris und Brüssel und das Ausscheiden Rumäniens und Finnlands aus dem Kriege.

Drei Tage nach dem Start der ersten Flüssigkeitsrakete gegen Großbritannien erreichten die gegnerischen Truppen die Reichsgrenze bei Aachen. Bald beendete das Vordringen der Alliierten in das Innere Deutschlands jegliche weitere Entwicklungsarbeiten an *Wunderwaffen*, darunter die an einer zweistufigen Rakete mit einer Reichweite von 4000 km und an Fliegerabwehraketen. Wunder waren nicht wahr geworden, die Träume der Führer- und Sieggläubigen hatten sich als Schäume erwiesen. Bei

<sup>5</sup> Meldungen aus den SD-Abschnittsbereichen vom 19. und vom 28. Juni 1944. In: Heinz Boberach (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945 Bd. 17, S. 6595 ff. u. 6613 f.

<sup>6</sup> Das Reich, 23. Juli 1944.

<sup>7</sup> Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte. Hg. v. Elke Fröhlich, Teil II, Diktate 1941-1945, Bd. 12: April-Juni 1944, München 1995, Eintragungen vom 17. und vom 18. Juni 1944, S. 479 f., 488 ff.

einer Minderheit von Deutschen hatten sie sich lange erhalten, wie noch ein Bericht von Ende März 1945 bezeugt: „Bis in die letzten Tage hielt sich ein Rest an Wundergläubigkeit, die seit Mitte des vergangenen Jahres von einer geschickten Propaganda um die neuen Waffen zielbewusst genährt worden ist.“ Jedoch: „Niemand glaubt, dass wir mit den bisherigen Kriegsmitteln und -möglichkeiten noch um die Katastrophe [132:] herumkommen.“ Unter den „letzten Hoffnungsfunk“ wird schließlich „eine geheime Waffe von ungeheurer Wirkung“ aufgezählt. Indessen sei auch dieser Funke am Verlöschen.<sup>8</sup>

Der Glaube, durch den Besitz von *Wunderwaffen* eine weltbeherrschende Stellung dauerhaft zu gewinnen, verlor sich nach dem Zweiten Weltkrieg nicht. Er wanderte über den Atlantik in die USA. Er knüpfte sich an die Vorstellung für lange Zeit das Monopol der Atombombe zu besitzen. Die zerrann rasch und ebenso wie der Glaube an einen unaufholbaren Vorsprung in der Raketentechnik. Die Lektion des „Sputnikschocks“ aus dem Jahre 1957 wurde im Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten“, ohnehin schwer gelernt. Sie scheint nach dem Ende der UdSSR vollkommen vergessen. Ge- genwärtig werden, schwer errungene internationale Abkommen über Rüstungsbegrenzungen preis- gebend, Pläne verfolgt, vom Atlantik bis zum Pazifik einen Sicherheitsschirm über das eigene Terri- torium zu ziehen und die USA unverwundbar zu machen. An dieser Möglichkeit sind seit dem 11. September 2001 erhebliche Zweifel entstanden.

Im Hinblick auf die Militärtechnik ist das Wort von den *Wunderwaffen* weitgehend aus dem Verkehr gekommen. Aber nicht gänzlich, wie beispielsweise die Bezeichnung „Tarnkappenbomber“ verrät. Häufig und marktschreierisch wird der Begriff hingegen in der Reklame von Geschäftsleuten und Politikern verwendet. So etwa um die unfehlbare Wirkung eines pharmazeutisches Erzeugnisses anzupreisen. Politiker debattieren, ob der deutsche Kanzler eine Wunderwaffe gegen die Arbeitslosigkeit besitze ...

---

<sup>8</sup> Bericht aus Akten der Geschäftsführenden Reichsregierung Dönitz vom Ende 1945 In: Meldungen, Bd. 17, S. 6736.

## ***Bis zum letzten Mann, bis zum letzten Blutstropfen***

*Von Reinhard Brühl*

Wanderer, kommst du nach Sparta, so künde dorten,  
Du habest uns hier liegen gesehen, wie das Gesetz es befahl.

So lautet die Inschrift auf dem Gedenkstein für jene etwa 300 spartanischen Kämpfer und ihre etwa 700 Verbündeten, die den Pass der Thermopylen um 480 v. Chr. gegen eine große persische Übermacht verteidigten. Sie kämpften *bis zum letzten Mann und bis zum letzten Blutstropfen*, denn das spartanische Gesetz besagte: „Sieg oder Tod.“ [133:] Mit ihrem Tod im Kampf gegen die persischen Eindringlinge hatten sie dem griechischen Hauptheer einen geordneten Rückzug ermöglicht und Sparta vor der Eroberung der Perser bewahrt. Im Falle der Kapitulation vor dem Feind hätte ihnen und ihren Angehörigen ein Sklavendasein oder gar der Tod durch die Perser gedroht. Auch aus den folgenden Jahrhunderten sind Fälle überliefert, wo Menschen *bis zum letzten Mann und bis zum letzten Blutstropfen* gekämpft haben, wenn ihre, ihrer Angehörigen oder ihres Volkes ureigenste Lebensinteressen auf dem Spiele standen. So verteidigten sich Juden in der Felsenfestung Masada am Toten Meer gegen die überlegenen römischen Invasoren. Erst nachdem im Jahre 67 n. Chr. die Masse der Kämpfer gefallen und jeder Widerstand aussichtslos war, stürzten sich die letzten Überlebenden vom Felsen in den Tod. Sie zogen dieses Los der römischen Knechtschaft vor. Im Jahre 1525 ließen ca. 6000 thüringische Bauern im Kampf für die Beseitigung der feudalen Zustände und der damit verbundenen drückenden Lasten ihr Leben. Von den wenigen, die sich der Übermacht der Fürstenheere ergaben, fanden fast alle durch deren Hand den Tod. Die Bereitschaft zur Hingabe des eigenen Lebens im Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kam im Refrain des Liedes aus der Französischen Revolution von 1789 in den Worten zum Ausdruck: „Mourir pour la patrie! C'est le sort le plus beau, le plus digne d'envie.“ (Für das Vaterland zu sterben, ist das schönste und würdigste Los.) 1941 kämpften die in der Festung Brest eingeschlossenen Soldaten der Roten Armee *bis zum letzten Mann und bis zum letzten Blutstropfen* in der Überzeugung, dies angesichts des verbrecherischen Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion ihrer „Mutter Heimat“ schuldig zu sein, und um so dazu beizutragen, den Vormarsch der Aggressoren zu stoppen.

Die deutsche Militärgeschichte kennt seit der Mitte des 19. Jahrhunderts keine Kriege mehr, in denen die nationale Unabhängigkeit Deutschlands oder grundlegende Lebensinteressen des deutschen Volkes gegen fremdländische Eroberer oder die Gefahr der Unterdrückung und Entrechtung des deutschen Volkes hätte verteidigt werden müssen. Und dennoch sollte gerade hier nach der Jahrhundertwende die Forderung, *bis zum letzten Mann, bis zum letzten Blutstropfen* zu kämpfen, erhoben werden. Dies allerdings unter ganz anderen Umständen als in den vorgenannten Fällen. Nicht für Deutschlands Unabhängigkeit oder für das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes wurden deutsche Soldaten in den beiden [134:] Weltkriegen im 20. Jahrhundert in den Kampf geschickt, sondern für die Verwirklichung der Weltmachtambitionen der politisch und ökonomisch herrschenden Kreise des Reiches. Freilich wurden deren wahre Kriegsziele hinter einem Wust von Lügen und Phrasen über einen angeblichen deutschen Verteidigungs- und Überlebenskampf verborgen.

Wilhelm II. ließ am 6. August 1914 in einem öffentlichen Aushang „An das deutsche Volk“ erklären, Deutschland sei mitten im Frieden vom Feind überfallen worden. Es gehe nun „um Sein oder Nichtsein deutscher Macht und deutschen Wesens“. Und er schloss mit den Worten: „Wir werden uns wehren bis zum letzten Hauch von Mann und Ross.“ Über zwei Millionen deutscher Soldaten bezahlten die Großmannssucht und den Weltmachtanspruch des Kaisers und der politischen, ökonomischen und militärischen Eliten des Reiches buchstäblich mit ihrem letzten Blutstropfen. Keiner von denen aber verantwortete sich für die Millionen Toten vor dem Volk, und der Kaiser setzte sich in Holland zur Ruhe.

Auch Hitler bediente sich bereits zu Beginn des vom NS-Regime entfesselten Zweiten Weltkrieges der Lüge von einem angeblichen deutschen Verteidigungskampf gegen die „Einkreisungsmächte“ und deren „Neid, Missgunst und Hass“.<sup>1</sup> Es handle sich um einen „großdeutschen Freiheitskampf“,

---

<sup>1</sup> Zit. nach Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 237.

der von jedem Soldaten „Hingabe bis zum Letzten“ verlange. Als es selbst im Oberkommando der Wehrmacht keinen Zweifel mehr an der baldigen Niederlage der Wehrmacht bei Stalingrad gab, verweigerte Hitler die Genehmigung zur Kapitulation der 6. Armee und befahl, die Armee solle „bis zum letzten Mann weiterkämpfen“.<sup>2</sup> In der Folgezeit erobt er diese Forderung immer öfter. Im Oberkommando der Wehrmacht und bei hohen Befehlshabern fand sie Unterstützung, wenngleich ihre militärische Sinnlosigkeit immer offensichtlicher wurde. Seinen Höhepunkt erreichte dieses von kalt-schnäuziger Menschenverachtung befohlene „Verheizen“ der eigenen Soldaten in den letzten Monaten des Krieges. Ein besonders makabres Beispiel hierfür war der vom „Befehlshaber des Verteidigungsbereichs Berlin“, Generalleutnant Hellmuth Reymann, am 9. März 1945 erlassene „Grundsätzliche Befehl für die Vorbereitungen zur Verteidigung der Reichshauptstadt“.

Er legte u. a. fest:

„2. Auftrag: Die Reichshauptstadt wird bis zum letzten Mann und zur letzten Patronen verteidigt.

[135:] 3. Kampfweise: Mit den zur unmittelbaren Verteidigung der Reichshauptstadt zur Verfügung stehenden Kräften wird der Kampf um Berlin nicht in offener Feldschlacht ausgetragen, sondern im Wesentlichen als Straßen- und Häuserkampf. Er muss mit Fanatismus, Fantasie, mit allen Mitteln der Täuschung, List und Hinterlist, mit vorbereiteten und aus der Not des Augenblicks geborenen Aus hilfen aller Art auf, über und unter der Erde geführt werden ... Voraussetzung für eine erfolgreiche Verteidigung Berlins ist jedoch, dass jeder Häuserblock, jedes Haus, jedes Stockwerk, jede Hecke, jeder Granattrichter bis zum Äußersten verteidigt wird.“<sup>3</sup>

Als dieser Befehl erteilt wurde, standen die sowjetischen Truppen an der Oder und vor den Toren Wiens, die amerikanischen und britischen Truppen am Rhein sowie die noch in Norditalien und in Norwegen befindlichen deutschen Truppen vor der Kapitulation. Alle ehemaligen Verbündeten hatten sich von Deutschland abgewandt, die deutsche Kriegswirtschaft lag am Boden. Es gab nicht die mindeste Hoffnung, Berlin erfolgreich verteidigen oder gar – wie es der Befehl suggerierte – damit doch noch eine Wende im Kriegsverlauf erreichen zu können. In dieser Situation war der Befehl, *bis zum letzten Mann, bis zum letzten Blutstropfen* zu kämpfen nichts anderes, als eine militärisch sinnlose, politisch verbrecherische Verlängerung des Krieges, der Berlin der völligen Zerstörung preisgab und dem weitere Zehntausende deutscher und alliierter Soldaten sowie Tausende von Zivilisten zum Opfer fielen.

Wie schon nach dem Ersten, so fanden sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg Politiker, Militärs, Traditionenverbände u. a., die den Tod deutscher Soldaten für Kriegsziele, die den Lebensinteressen des deutschen Volkes widersprachen und verbrecherisch waren, zu rechtfertigen suchten. Unter bewusster Ausblendung oder Verfälschung dieser Ziele verherrlichten sie den Kampf einer Truppe *bis zum letzten Mann und bis zum letzten Blutstropfen* als die Krönung soldatischen Einsatzes und soldatischer Pflichterfüllung. Um eventuell aufkommenden Zweifel an dieser Position unter den Soldaten der Bundeswehr von vornherein zu zerstreuen, ließ der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Friedrich Foertsch, im Januar 1963 in einer Instruktion verkünden: Der „Kampf in aussichtsloser Lage bis zum Letzten“, sei „eine Forderung an den Soldaten, die zu allen Zeiten und auch in Zukunft gilt“.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Zit. nach Walter Warlimont: Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939 bis 1945. Grundlagen, Formen, Gestalten, Augsburg 1990, Bd. 2, S. 297.

<sup>3</sup> Zit. nach Dieter Dreetz/Hans Höhn: Die Zerstörung Berlins war von der Wehrmachtführung einkalkuliert. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Heft 2/1965, S. 177 ff.

<sup>4</sup> Der Tagesspiegel, Berlin 06.02.1963.

## **Kollateralschaden**

*Von Georg Füllerth*

1999 wurde *Kollateralschaden* zum „Unwort des Jahres“ gewählt. Wichtiger ist wohl, dass es sich um einen völlig neuen politischen Begriff handelte. Man wird ihn in älteren Lexika nicht finden.

### *Sprachliche Innovation*

Tatsächlich ist *Kollateralschaden* ursprünglich kein deutsches Wort, sondern eine Übersetzung aus „collateral damage“. Dieser Begriff war im Angriffskrieg gegen Jugoslawien vom NATO-Sprecher Shea benutzt worden. Er meinte die Tötung von Zivilpersonen und die Zerstörung nichtmilitärischer Einrichtungen durch Fliegerbomben, die angeblich ausschließlich dazu bestimmt waren, Soldaten und Kriegsgerät zu treffen. Der Umweg über das Englische ist an der Schreibweise abzulesen. Altphilologisch Gebildete gehen wohl zunächst davon aus, das *Wort* komme von lat. *Latus, lateris*, müsse also mit einem l geschrieben werden. Rufen Sie es in der Suchmaschine „Google“ in dieser Buchstabenfolge auf, werden Sie gefragt, ob Sie etwa „Kollateralschaden“ – also mit Doppel-l – meinen. Auf eine ähnliche Erkundigung stoßen Sie, wenn Sie „colateral damage“ eingeben. „Google“ bietet Ihnen stattdessen „collateral damage“ an.

Der Terminus – gleichgültig in welcher Schreibweise – ist von der NATO kaum mit Bedauern gebraucht worden. Shea wollte vielmehr damit ausdrücken, die Schädigung von Zivilpersonen sei neben der Hauptsache, dem Schlag gegen feindliches Militär, nur ein Nebenereignis und insofern hinzunehmen, als der übergeordnete Zweck sonst nicht erreicht werden können.

Diese Haltung ist immer wieder einmal als zynisch bezeichnet worden. In ihr drückt sich ein Pramat militärischen Denkens aus. Verteidiger des NATO-Krieges von 1999 haben dies unter dem Vorgeben akzeptiert, dass der Angriff gegen Jugoslawien nur ein Durchgangspunkt auf dem Weg zu einer neuen Friedensordnung sei. In ihr kann es dann auch keine Kollateralschäden mehr geben.

Krieg als Mittel der Friedenserzwingung – dies scheint eine alte Denkfigur zu sein. Die NATO hat sie vor 1999 allerdings nicht in Anspruch genommen. Seit die Kriegsministerien in Verteidigungsministerien umbenannt sind, also von 1945 an, sollte nicht Krieg den [137:] Frieden erzwingen, sondern Rüstung, nach dem alten römischen Grundsatz „Si vis pacem, para bellum“\*.

Die verbale Innovation deckt eine sachliche. Um sie sichtbar zu machen, ist eine historische Sortierung sinnvoll.

### *Humanisierung durch Kabinettskriege- der „Absolute Krieg“?*

Bekannt ist der Ausspruch Friedrichs II. von Preußen, dass die Untertanen es nicht merken sollten, wenn ihr König Krieg führe. Dies war eine Beschönigung, denn Steuern mussten für das Militär ja gezahlt werden. Auch die Pressung in den Kriegsdienst war ein Eingriff in das zivile Leben. Ähnliches gilt für die Einquartierungen.

Wir haben es also mit Ideologie zu tun. Immerhin legte sie klar, was offiziell nicht akzeptabel war, wenn es auch tatsächlich immer wieder geschah. Diese nominelle Selbstbeschränkung des Militärischen gewann ihr Selbstverständnis vor dem Hintergrund der Glaubenskriege des 17. Jahrhunderts. Nunmehr war der Feldzug nicht mehr zugleich eine Quelle des Raubs für die Söldner und ihre befehlshabenden Unternehmer. Er diente nicht länger religiösen Zwecken. Stattdessen definierte Clausewitz die militärische Aktion als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Der von ihm gebrauchte Terminus „Absoluter Krieg“ meinte eine Eingrenzung. Der Waffengang sollte vom Zivilleben ebenso „absolutus“ sein wie der Monarch von den für seine Untertanen gemachten Gesetzen.

Die beiden Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 sind ihren Intentionen -wenngleich nicht ihren Resultaten – nach noch von solchen Überlegungen beeinflusst. 1899 wurde der Luftkrieg verboten, 1907 allerdings wieder zugelassen – in beiden Fällen, bevor er überhaupt stattgefundenen

---

\* Wenn du (den) Frieden willst, bereite (den) Krieg vor.

hatte. Im Reglement von 1907 versuchte man die Grenzen der Luftkriegsführung gegenüber der Zivilbevölkerung festzulegen. Dies bedeutete das Eingeständnis, dass hier eine neue technische Qualität entstanden war, welche die bisherige Selbstbeschränkung des Militärischen in Frage stellte. Andererseits ging man damals noch davon aus, dass eine solche Eingrenzung nach wie vor möglich sei.

Es ist nicht eindeutig, ob die zuweilen gepriesene relative „Humanität“ der Kriegsführung im 19. Jahrhundert vor allem darauf zurückzuführen ist, dass von 1815 bis 1914 lang andauernde militärische Konflikte ausblieben. Es handelte sich vor allem um Feldzüge. Dass nach der Schlacht von Sedan der Krieg noch mehrere Monate [138:] weiterging, hat die Zeitgenossen überrascht. Bekanntlich nahmen noch die Soldaten vom August 1914 an, sie würden zu Weihnachten wieder zu Hause sein. Dies war ein Irrtum: Nach den langen Rüstungen war eine neue Zeit angebrochen.

### *Totaler Krieg*

Der von Ludendorff proklamierte totale Krieg gewann seine neue Dimension erstens durch die wirtschaftliche Mobilisierung der Zivilbevölkerung, zweitens durch die Industrialisierung des Kriegsgeschehens in den Materialschlachten. Im Zweiten Weltkrieg näherte er sich – drittens – seinem Begriff durch die Flächenbombardements von Wohnquartieren weiter an.

Den Anfang machte die nazistische Luftwaffe mit ihren Angriffen auf Warschau, Rotterdam und Coventry. Hier sollte in erster Linie die Zivilbevölkerung getroffen werden: in Umkehrung der Regeln, die seit dem Absolutismus aufgestellt worden waren. Dem gleichen Prinzip des totalen Kriegs folgten die Flächenbombardements der US-amerikanischen und vor allem der britischen Luftstreitkräfte, nun mit einem vervielfachten Zerstörungspotential. Die beiden Atombomben-Abwürfe auf Hiroshima und Nagasaki 1945 richteten sich ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung.

Durch diese Angriffe wurden die Haager Luftkriegsregeln, die 1923 neu aufgestellt worden waren, verletzt. Dass diese niemals kodifiziertes, bindendes Völkerrecht wurden, ist kein Zufall: In Wirklichkeit war der totale Krieg selbst zur Norm geworden. Mit seinem Begriff und seiner Praxis waren Einhegungen im Geist früherer Jahrhunderte nicht mehr vereinbar.

### *Totale Abschreckung*

Seit der Herausbildung des atomaren Gleichgewichts des Schreckens von der zweiten Hälfte der 50er Jahre an bildete sich die Perspektive eines prekären *ewigen Friedens* heraus. Die Aussicht auf die wechselseitige Vernichtung schien den Krieg – zumindest den großen – unmöglich zu machen. Es gab dennoch *Kollateralschäden*: durch die ständige Hochrüstung und die Gefahr einer Apokalypse. Der im Frieden verharrende Staat war ökonomisch zugleich ein *warfare state*\*. Insoweit hierdurch eine keynesianische Stützung der Konjunktur erfolgte, handelte es sich um eine Art wirtschaftlicher Militarisierung. [139:] Sie war nicht völlig neu: Bereits in den 30er Jahren hatte Roosevelts ziviler New Deal die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen können. Dies gelang ihm danach mit der Rüstung. Auch in Hitlerdeutschland hatte erst die Kriegsvorbereitung zu Vollbeschäftigung geführt.

Angesicht der Tatsache, dass große Kriege nunmehr nicht mehr als führbar galten, muteten die fortgesetzten Bemühungen, Regeln für den Luftkrieg aufzustellen, zunächst eher wie eine Nachbereitung aufgrund der Erfahrungen der Jahre 1939-1945 an. Zugleich aber hatten die „kleinen“ – regional begrenzten – Kriege während der Periode der totalen Abschreckung gezeigt, welche Gefahren der Zivilbevölkerung hier nach wie vor drohten. Dies galt insbesondere für den Krieg der USA in Vietnam.

1977 wurden Zusatzprotokolle zu vier Genfer Konventionen von 1949 beschlossen. Besondere Wichtigkeit kommt hier Artikel 49 des Zusatzprotokolls I zu. Er stellt fest, dass Angriffe nur gegen militärische Objekte zulässig sind, und verbietet die Bombardements unverteidigter Orte.

### *Krieg als Option*

Spätestens mit dem Beschluss der NATO von 1979, in Europa neue Mittelstreckenraketen zu stationieren, wurde das Konzept der Abschreckung durch die Möglichkeit, dass Kriege wieder „führbar“ seien, zunächst ergänzt, dann ersetzt. US-amerikanische Militärtheoretiker sprachen vom „Enthauptungsschlag“,

---

\* Kriegsführender Staat.

mit dem gegnerische Kommandozentralen ausgeschaltet werden könnten, ohne dass die Zivilbevölkerung getroffen werden müsse. Dieses Szenario war noch von der Bipolarität der Abschreckungsperiode bestimmt: Man stellte sich im Grunde ein einziges gegnerisches Zentrum vor – die Sowjetunion. Auf sie sollte der geplante Schlag konzentriert werden. Mit dem Untergang der UdSSR wurde das unilaterale Feindbild durch ein diversifiziertes ersetzt. Die neue NATO-Doktrin vom Frühjahr 1999 – während des Angriffskrieges gegen Jugoslawien – ging zugleich vom bisherigen Konzept des ausschließlichen Verteidigungskrieges ab.

In der bisherigen Geschichte hat es immer zwei verschiedene Rechtfertigungen des Krieges gegeben: Erstens – die Notwehr. Zweitens – der Angriff als ultima ratio, um lebenswichtige Ziele zu erreichen. Hierzu gehört zum Beispiel die Auffassung vom „Gerechten Krieg“, durch den einem Gegner eigene Vorstellungen aufgezwungen werden können. Historische Beispiele sind die Glaubenskriege. Die erste Lehre war häufig nur eine Rationalisierung. So zeichneten die Selbstdarstellungen des antiken Rom die Geschichte der Stadt als eine einzige Serie von Abwehrkriegen, bei denen am Ende merkwürdigerweise ein Weltreich entstand.

Die neue NATO-Doktrin ist von der reinen Verteidigungslehre zum Konzept des „Gerechten Krieges“ – etwa für die Durchsetzung der Menschenrechte – übergegangen. Krieg ist nun etwas, wozu man nicht unbedingt gezwungen wird, sondern er ist eine Möglichkeit, die man hat und der unter Umständen der Vorzug vor durchaus denkbaren anderen Handlungsvarianten gegeben wird – er ist zur Option geworden.

Die von der NATO seit 1999 bevorzugte Variante ist der Interventionskrieg. Er mag auf den ersten Blick als nichts Neues erscheinen, da in der Geschichte Staaten immer wieder einmal in die Konflikte Dritter oder auch in die inneren Angelegenheiten anderer Länder mit Waffengewalt eingegriffen haben – in der Regel mit einer Rechtfertigung aus der Ideologie des „Gerechten Krieges“. Der Völkerbund und später die UNO wollten sich stattdessen mit einem Interventionsmonopol zu einem begrenzten Zweck ausstatten: auf Antrag eines angegriffenen Staates zur Beendigung einer Aggression. Wir hätten damit also eine dritte Rechtfertigung des Krieges: Wiederherstellung des Friedens im Interesse Dritter.

Allerdings haben im Kalten Krieg die beiden Hauptkontrahenten das Interventionsmonopol der UNO unterlaufen: durch Aggressionen in ihrem jeweiligen Hegemonialbereich (die USA mehrmals in Lateinamerika, aber auch, außerhalb der eigenen mittelbaren Machtssphäre, in Vietnam; die UdSSR 1956 in Ungarn und 1968 in der ČSSR). Durch das geltende internationale Recht waren diese Maßnahmen delegitimiert, auch wenn keine Sanktionen gegen sie erfolgten.

Die neue NATO-Doktrin aber begnügt sich nicht mit der Unterlaufung und dem Bruch des bisherigen Völkerrechts – sie ersetzt dieses durch eine eigene Norm. Als Rechtfertigung dienen immer wieder die Menschenrechte. Dies mag als naturrechtliche Erweiterung des positiven Völkerrechts bedenkenswert sein. Hinzu kommt aber schon in den Verteidigungspolitischen Richtlinien des damaligen deutschen Verteidigungsminister Rühe von 1992 ein weiterer Interventionsgrund: die Wahrnehmung eigener – über die Verteidigung hinausgehender – Interessen des Bündnisses und seiner Mitglieder. [141:] Dazu wird ausdrücklich gerechnet: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“

Diese Überlegungen waren bereits 1941 in der von Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt verkündeten Atlantik-Charta – auch damals kombiniert mit den Menschenrechten – niedergelegt worden. Offensichtlich ging man – unmittelbar nach dem Angriff Hitler-Deutschlands auf die UdSSR – schon von einer (allerdings erst später, wenngleich noch im Zweiten Weltkrieg, ausformulierten) Vorstellung einer kapitalistischen „One World“ aus. Der Aufstieg der Sowjetunion zur zweiten Weltmacht und der Kalte Krieg schoben die Verwirklichung dieses Konzept für mehr als eine Generation hinaus.

Mit der neuen NATO-Doktrin erscheint zugleich Clausewitz' These von der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln in einem neuen Licht. Lange Zeit ist sie als eine Beschränkung des Militärischen auf eine Art Dienstleistung für die Politik verstanden worden. Jetzt erscheint nationale Politik, welcher die Kriegs-Option grundsätzlich versagt ist, als unvollständig: Sie sei erst komplett, wenn sie auch mit Waffengewalt fortgesetzt werden kann.

Im Übergang zum neuen Kriegsbild wurde zunächst die Vorstellung von den „chirurgischen Operationen“ gepflegt: Sie sollten gegnerisches Militär treffen, aber nicht die Zivilbevölkerung. Hier haben wir noch einmal das Konzept des „Absoluten Krieges“.

Durch die zivilen Todesopfer und die Vernichtung nichtmilitärischer Anlagen im jugoslawienkrieg 1999 wurde diese Rechtfertigung schon wieder überholt. Das Zusatzprotokoll I von 1977 wurde mehrfach verletzt. Der *Kollateralschaden* ist kein bedauerlicher Unfall, sondern wird durch das Kriegsziel gerechtfertigt. Dies ist zwar nicht mehr Ludendorffs und Goebbels' Vorstellung vom Totalen Krieg, aber doch ein Rückschritt sowohl vom Absoluten als auch vom reinen Notwehrkrieg zum Optionskrieg, der jenes Element des Totalen Krieges: Hineinziehen von Zivilpersonen, nicht mehr ausschließt.

Der Begriff *Kollateralschaden* wird im gleichen Sinn gebraucht wie jene „Risiken und Nebenwirkungen“, auf welche der Beipackzettel für pharmazeutische Produkte hinweist: als unvermeidliche Begleiterscheinung einer guten Sache (dort: der Arznei, hier: nicht des Verteidigungs-, sondern des Interventionskrieges zur Wahrung eigener Interessen, der damit wieder Züge des „Gerechten Krieges“ im Kreuzzugsinne annimmt).

[142:] Die Vorstellung von einem Krieg, der das zivile Leben unbeschädigt lässt, war schon immer eine Absurdität. In der Phase des „Gleichgewichts des Schreckens“ war Frieden – notgedrungen – der oberste Wert. Sie ist vorbei. Nunmehr werden wieder andere Ziele geltend gemacht, welche den Nutzen des Friedens relativieren. Damit aber stellt sich die alte Frage nach den zivilen Schäden des Krieges. Das Reden von der militärischen „chirurgischen Operation“ konnte dieses Problem nur kurzzeitig verdrängen. Danach mussten – ab 1999 – *Kollateralschäden* eingestanden werden. Gegenwärtig soll deren Akzeptanz offenbar erhöht werden, indem Ziele genannt werden, die so wertvoll sind, dass angesichts ihrer Attraktivität – Menschenrechte, Forcierung der eigenen Nation (Deutschland) oder Region (Europa) in der globalen Arena – es süß und ehrenvoll ist, nicht etwa im Krieg zu sterben, sondern andere sterben zu lassen. Anders als in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts sind nämlich die *Kollateralschäden*, deren Unvermeidlichkeit eingestanden wird, immer die Schäden, welche nicht wir selbst erleiden, sondern die anderen, deren Städte und zivilen Reproduktionsmöglichkeiten zerbombt werden.

Hierzu passen zwei Zeitungsmeldungen: Am 4. Dezember 2001 meldete „Neues Deutschland“, dass der Schwarzenegger-Film „Collateral Damage“ wegen des Angriffs auf das World Trade Center vom 11. September zurückgezogen worden sei – also nicht etwa wegen verspäteter Einsichten zum Jugoslawienkrieg von 1999. Diese Schonfrist endete wenig später – der Film wurde in den USA gezeigt und spielte -zig Millionen Dollar ein. Daraufhin spielten ihn auch deutsche Kinos. Bei einem NATO-Bombenangriff auf die Brücke der serbischen Stadt Varvarin waren Pfingsten 1999 zehn Zivilisten ums Leben gekommen und andere verletzt worden. Am 28. Dezember 2001 war in der „Berliner Zeitung“ und in der „Frankfurter Rundschau“ die – allerdings nicht bestätigte – Nachricht zu lesen, überlebende Opfer und Angehörige der Toten hätten nunmehr beim Berliner Landgericht Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland, die an der Militäraktion beteiligt war, eingereicht.

Was lernen wir aus diesen beiden Meldungen? *Kollateralschaden* ist ein Täterbegriff. Die Opfer bringen in der Regel den Humor des Jamie Shea nicht auf.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Der Beitrag stützt sich auf folgende Literatur: ..

I. Deutscher Bundestag, Petitionsausschuss: Betr.: Achtung des Luftkrieges. Hier: Eingabe von Herrn Drewes. 02.11.2001. Pet 4-14-05-08-039334. Nebst Anlage: Auswärtiges Amt an Petitionsausschuss: Völkerrecht. 02.10.2001. Gz.: 500-503-59.

II. Dicks, Hans-Günther: Sterben für das Sternenbanner. In: Neues Deutschland, Nr. 282, 04.12.2001, S. 11.

III. Groehler, Olaf: Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990.

IV. „Serben reichen angeblich Klage gegen Berlin ein“. In: Frankfurter Rundschau, 28.12.2001, S. 5.

V. Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26. November 1992. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1993, S. 1137-1151.

VI. Wehler, Hans-Ulrich: Der Verfall der deutschen Kriegstheorie: Vom „Absoluten“ zum „Totalen“ Krieg oder von Clausewitz zu Ludendorff. In: Ders.: Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918. Studien zur Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970, S. 85-112.

## KAPITEL 3

### FEINDE UND FEINDBILDER

#### *Erbfeind*

*Von Kurt Pätzold*

Von „Erbfeinden“ sollte man überhaupt besser in unserem modernen Staatsystem nicht sprechen, denn es gibt keine Erbfeinde. (Carl Spitteler, Schweizer Dichter, 1885)

Wer als Deutscher heute die Grenze nach Frankreich überschreitet, wird im Nachbarland manch beklammende und beschämende Begegnungen mit der deutsch-französischen Geschichte haben, jedoch kaum auf eine feindselige Haltung der Landeseinwohner stoßen. Dabei liegen die Zeiten der Erbfeindschaft wenig mehr als ein halbes Jahrhundert zurück und zuvor währten sie lange. „Ich will den Hass gegen die Franzosen nicht bloß für diesen Krieg, ich will ihn für lange Zeit. Ich will ihn für immer ... Dieser Hass glühe als Religion des deutschen Volkes, als ein heiliger Wahn in allen Herzen und erhalte uns immer in unserer Treue, Redlichkeit und Tapferkeit.“<sup>1</sup> Franzosenhass als Volksreligion! Feindseligkeit als Erbmasse! Das ist die Stimme Ernst Moritz Arndts aus dem Jahre 1813, erhoben inmitten des Krieges, der Befreiungskrieg genannt wurde. In Preußen beendete er eine seit 1806/07 währende Besetzungszeit, die mit den Niederlagen bei Jena und Auerstedt begonnen und dem Lande und seinen Bewohnern schwer zu tragende materielle Lasten aufgebürdet hatte. Aus jenen Jahren nahmen Deutsche massenhaft eine Erblast mit, den Hass auf die Franzosen:

Das ist des Deutschen Vaterland,  
wo Zorn vertilgt den welschen Tand,  
wo jeder Franzmann heißtet Feind ...

Auch das reimte Arndt, eine Stimmung ebenso ausdrückend wie vertiefend. In abgemilderter Form, sie zugleich mäßig verspottend, legt Goethe dem Brander im „Faust“ Ähnliches in den Mund: „Ein echter deutscher Mann mag keinen Franzosen lieben, doch ihre Weine trinkt er gern. „ Und gegen Ende seines Lebens auf die Zeit zurück-[144:]blickend, da die „Lieder des Hasses“ geschrieben wurden, vertraute Goethe Eckermann (10. März 1830) an: „Ich hasste die Franzosen nicht, wiewohl ich Gott dankte, das wir sie los wurden: Wie hätte ich auch, dem nur Kultur und Barbarei Dinge von Bedeutung sind, eine Nation hassen können, die zu den kultiviertesten der Erde gehört und der ich einen großen Teil meiner eigenen Bildung verdankte!“

Doch zwischen Arndt und Goethe entschied sich die Mehrheit der Deutschen, ihren Schulmeistern folgend, für den Mordspatrioten und nicht für den Weltbürger und nahm aus jener Frühzeit des 19. Jahrhunderts das emotional hoch aufgeladene feindliche Verhältnis zum Nachbarn im Westen her. Er galt ihnen nicht als ihr erster „Erbfeind“. Lange zuvor tauchte der Begriff in deutscher Sprache auf. Zuerst noch, bei Herbort von Fritzlar in dessen zwischen 1210 und 1217 entstandenem Epos „Das Lied von Troye“ meint „erbevint“ den Teufel, den die Menschen mit und als Folge von Adams Erbsünde abbekommen haben. Jahrhunderte später verweltlicht sich das Wort gleichsam und wird gegen die Türken gewendet, die im Verlauf des 16. und 17. Jahrhunderts in Büchern und Flugschriften wieder und wieder mit dieser Kennzeichnung belegt wurden. So rät eine Schrift, die 1595 in Frankfurt/O. gedruckt wurde, wie Gott anzurufen und um Rettung zu bitten sei „wieder den Erbfeindt Christlichen Namens dem Tyrannen und Blutfürstigen Türcken“. Doch diese Eroberer, an anderer Stelle auch „Erbfeind Christlichen Bluts und Nahmens“ genannt, schienen gebändigt, seit sie bei ihrem letzten Auftauchen in Mitteleuropa 1683 vor Wien zurückgeschlagen und in den folgenden Schlachten besiegt worden waren. Der Begriff Erbfeind war für die Deutschen – andere Völker besaßen damals und später ihren jeweils eigenen – gleichsam frei geworden. In Johann Heinrich Zedlers berühmtem Universallexikon aus dem Jahre 1734 scheint er gar nicht auf. Doch ein Menschenalter

<sup>1</sup> Ernst Moritz Arndt: Über Volkshass und über den Gebrauch einer fremden Sprache (1813). Zit. nach Manfred Görtemaker: Deutschland im 19. Jahrhundert, Bonn 1994, S. 56.

später und von da an für nahezu anderthalb Jahrhunderte münzten ihn die Deutschen gegen Frankreich und die Franzosen.

Die Teilnehmer der während des Befreiungskrieges ausgetragenen Schlachten und Gefechte an der Katzbach, bei Bautzen und Leipzig und schließlich bei Waterloo/ Belle Alliance waren wohl nahezu ausnahmslos tot, als sich Deutsche und Franzosen 1870/71 wieder bekriegten. Und so ging es fort: 1914 bis 1918 und wiederum 1939 bis 1945 Seit 1814 fanden die Schlachten mit wenigen Ausnahmen in den Departements Frankreichs statt. Weithin wurden dessen Dörfer und Städte zerstört, seine Felder und Wälder bis zur Un-[145:]kenntlichkeit ruiniert. Danach erst wandelte sich der Erbfeind zu einem Nachbarn. Bis dahin aber sangen die Deutschen, wobei ihnen die Franzosen und deren Nationalchauvinisten entweder den Anlass gaben oder ihnen nichts schuldig blieben, vom oder über den Rhein ihre trutzigen und herausfordernden Lieder. Dazu hatte Max Schneckenburger „Die Wacht am Rhein“ beigesteuert, die mit den Worten anhebt „Es braust ein Ruf wie Donnerhall, wie Schwertgeklirr und Wogenprall: zum Rhein ...“ Und schwurgleich hatte Nikolaus Becker gereimt „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein ...“ Das waren Texte in die so genannte Rheinkrise des Jahres 1840 hineingeschrieben, den ersten scharfen Konflikt mit Frankreich seit 1815. Sie bezeichneten die propagandistische Antwort auf französische Kriegsdrohungen. Diese wiederum stellten eine Reaktion auf die Allianz Englands, Russlands, Österreichs und Preußens dar, die erzwang, das von der Regierung Thiers in Paris betriebene Pläne zur Stärkung eigener Positionen im Osten des Mittelmeeres gescheitert aufgegeben werden mussten.

Allegorische Bilder zeigten „Vater Rhein“ drohend mit einem Schwert in erhobener Hand. Vom Geist derer, die diese Erbfeindschaft pflegten, mag der Titel einer Publikation aus dem Jahre 1870 zeugen „Wider den Erbfeind. Deutsche Hiebe in Versen.“<sup>2</sup> Das tut auch ein Brief des Dichters des „Liedes der Deutschen“ Hoffmann von Fallerslebens, geschrieben am 27. August 1870: „Die gewaltige Zeit ... lässt uns nur den Hass übrig, den Hass gegen dies verworfene Franzosengeschlecht, diese Scheusale der Menschheit, diese tollen Hunde, diese grande nation de l’infamie et de la bassesse.“<sup>3</sup> Und nach dem Kriege lernten Kinder aus deutschen Lese- und Liederbüchern in den Schulen die Verse des Gedichts „Am 3 September 1870“ von Emanuel Geibel kennen, die lauteten:

Es zog vom Westen der Unhold aus,  
Sein Reich zu festen in Blut und Graus,  
Mit allen Mächten der Höll’ im Bund;  
Die Welt zu knechten, das schwur sein Mund.  
Furchtbar dräute der Erbfeind!

Es war Demütigung Frankreichs und Drohung zugleich, dass die Ausrufung des deutschen Kaiserreiches 1871 auf dessen Boden erfolgte. Tags zuvor hatte Wilhelm I. aus seinem „Hauptquartier Versailles“ eine Proklamation erlassen, die keinen Anflug von Versöhnlichkeit gegenüber dem besiegten Nachbarn erkennen ließ, sondern sich auf „die seit Jahrhunderten entehrte Sicherung gegen erneute Angriffe [146:] Frankreichs“ bezog, die von nun an unmöglich gemacht werden sollten. Was mochten sich Franzosen denken, dass in Deutschland Publizisten permanent mit gegen Frankreich aufhetzen- den Schriften hervortraten. „Wider den Erbfeind“ (Erscheinungsjahre: 1870, 1892, 1896), „Der Erbfeind“ (1897), „Des deutschen Volkes Erbfeind“ (1909) oder „Im Kampf mit dem Erbfeind“ (1912) hießen Veröffentlichungen aus Jahrzehnten, in denen zwischen den beiden Staaten Frieden herrschte. Jahr für Jahr wurde in Deutschland des 2. September 1870 als „Sedantag“ festlich-feierlich gedacht und damit an die kläglich erlittene Niederlage Frankreichs erinnert. So mag man es als ein Wunder ansehen, dass die von den Deutschen nach 1871 reichlich errichteten Siegesdenkmäler bei Mars la Tour und Gravelotte, das Jahr 1918 und dann wieder 1945, als die Ortschaften erneut französisch wurden, unbeschädigt überdauerten und sich bis heute erhalten haben.

Denn 1914 waren deutsche Armeen nach nahezu viereinhalb Jahrzehnten Frieden wieder ins Innere Frankreichs gestürmt. Erneut bildete Paris das Ziel. Ein deutscher Karikaturist begleitete den Beginn

<sup>2</sup> Gustav Gerstel: Wider den Erbfeind. Deutsche Hiebe in Versen, Freiburg i. Br. 1870.

<sup>3</sup> Hoffmann von Fallersleben: Briefe an meine Freunde. Hg. v. H. Gerstenberg, Berlin 1907, S. 323.

des Krieges mit flottem Spruch: „Jeder Tritt – ein Brit‘, jeder Stoß – ein Franzos‘, jeder Schuss – ein Russ‘.“ So frisch-fröhlich ging es dann aber nicht her. Die Hauptstadt blieb unerreicht. Es folgten vier Jahre Stellungskrieg. Dann waren die deutschen Kräfte ermattet, die Kapitulation unvermeidlich. Mit den anderen Siegermächten diktieren Frankreichs Machthaber einen Friedensvertrag, der riesige Reparationsverpflichtungen formulierte, Deutschland die alleinige Kriegsschuld anlastete und es auf lange Dauer kriegsunfähig machen sollte. Als seine Artikel bekannt gegeben wurden, drangen Berliner Studenten in das Zeughaus ein und verbrannten auf der Straße „Unter den Linden“ im Kriege 1870/71 eroberte französische Fahnen. Die Abgeordneten der Nationalversammlung versammelten sich in der Aula der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität zu einer Protestkundgebung. Präsident Konstantin Fehrenbach, ein Zentrums politiker, beendete sie mit Worten, von denen er erklärte, dass sie auch die Autoren des Vertrages verstehen würden und die von den Abgeordneten mit Beifall quittiert wurden „Memores estote, inimici, ex ossibus ultor“, was soviel heißt wie: Denkt daran, Feinde, aus den Knochen steigt der Rächer. Und damit auch die des Lateinischen Unkundigen verstünden, was gemeint war, fuhr er fort: „Wenn es unsere Feinde mit ihren Kindern und Enkeln gut meinen, dann besinnen sie sich noch einmal.“ Andernfalls würden die in Deutsch-[147:]land heranwachsenden neuen Generationen mit dem Willen erzogen werden, die Sklavenketten zu brechen.<sup>4</sup> Die Unterzeichnung wurde verlangt und geleistet. Die Drohung betraf nicht die Enkel, sondern schon die Söhne und Töchter derer, die in den Material-, in Wahrheit doch in Menschenschlachten umgekommen oder aus ihnen physisch und psychisch gezeichnet zurückgekehrt waren. Krieg, Kriegsende und Friedensdiktat, weit entfernt, das Bedürfnis nach einem Neuanfang zu erzeugen, vertieften die Erbfeindschaft.

Unter den vielen abfälligen Urteilen, die nach dem Ersten Weltkrieg über Frankreich und die Franzosen abgegeben wurden, stachen die Hitlers noch hervor, der mit geringer – durch Urlaub und Verwundungen verursachten – Unterbrechung als Infanterist am Krieg auf den Schlachtfeldern westlich des Rheines teilgenommen hatte. Später, als er deutscher Reichskanzler war, suchte er glaubhaft zu machen, die Unflätigkeiten unter dem Eindruck der erhitzten Atmosphäre geschrieben zu haben, die durch die zur Sanktion für ausgebliebene Reparationsleistungen erklärte französische Besetzung geschaffen worden sei. Tatsächlich schlügen die antifranzösischen Wellen 1923, das Kriegsende lag noch keine fünf Jahre zurück, hoch. Plakate mit Aufschriften wie „Deutsch bleibt der Rhein“, „Der Schrecken am Rhein“ oder „Wir wollen ihm aufs Neue schwören, wir müssen ihm, er uns gehören“ waren in deutschen Städten zu lesen. Der Nationalchauvinismus gipfelte im Rassenchauvinismus. Schon 1920 erschien in Berlin eine Broschüre „Farbige Soldaten am Rhein. Ein Notschrei deutscher Frauen“. Dass sich drei Jahre später unter den eingerückten französischen Soldaten auch solche aus afrikanischen und asiatischen Kolonien befanden, gab Rassisten erneut Stoff, die „schwarze Schmach“ zu brandmarken, dass sich „Neger“ vor dem Frankfurter Goethehaus aufhielten.

Nur Minderheiten kämpften dagegen an. Beispielsweise die Republikaner und Sozialisten um die von Carl von Ossietzky herausgegebene Zeitschrift „Die Weltbühne“. In den Zeiten des Ruhrkonflikts 1923 und dann, als die faschistische Bewegung unter Hitlers Führung expandierte, demonstrierten deutsche und französische Kommunisten ihre Solidarität. Zugleich erzeugten diplomatische Schritte, deutscherseits taktisch erwogen, die Illusion, dass sich zwischen den beiden Staaten ein neues Verhältnis anbahne. Das taten 1925 die Locarno-Verträge, mit denen die deutsche Regierung die 1919 gezogene Westgrenze ausdrücklich anerkannte. Dann erhielten die beiden Außenminister, der Deutsche Gustav Stresemann und [148:] der Franzose Aristide Briand gar gemeinsam den Friedensnobelpreis zugesprochen. Doch dass die deutschen Nationalisten die Grenze im Westen keineswegs als endgültig ansahen, zeigte sich, als sich die französischen Besatzungstruppen 1930 vereinbarungsmässig aus den Rheinlanden zurückzogen und sogleich eine silberne 3-Reichsmark-Münze mit der Inschrift „Der Rhein – Deutschlands Strom – nicht Deutschlands Grenze“ in Umlauf gesetzt wurde.

Als Hitler Reichskanzler geworden war, bekundete er keinerlei Frankreichfeindschaft. Er beteuerte außenpolitische Friedfertigkeit und erklärte einem Journalisten des Nachbarlandes, er werde durch seine Politik beweisen, dass es sich bei den Passagen aus „Mein Kampf“ um eine momentane Reaktion

<sup>4</sup> Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919. Hg. v. Ed. Heilbron, Berlin o. J., Bd. 4 S. 2716.

gehendelt habe. In Wahrheit hatte er den Krieg gegen Frankreich schon fest im Visier und Militärs bereits am fünften Tage seiner Kanzlerschaft auseinandergesetzt, dass es darauf ankäme, diesen Nachbarn während der deutschen Aufrüstung von präventiven Maßnahmen fern zu halten. Hitler ließ sich auch davon überzeugen, dass es das beste sei, mit Frankreich nicht wegen des von diesem praktisch noch beherrschten Saargebietes vorzeitig in Konflikt zu geraten, sondern bis 1935, dem Termin der Abstimmung über dessen Zukunft zuzuwarten. Indessen durfte der ungekrönte König dieses Grenzlandes, der Franzosen- und Judenhasser und Saargroßindustrielle Hermann Röchling, in einem Verlag im Reich über den Versailler Vertrag publizieren: „Die gräuliche Fratze des französischen Materialismus und Atheismus grinst uns von jeder der 1349 Seiten dieses Schandvertrages entgegen.“<sup>5</sup> Die Hitlerjugend sang Lieder aus den Kriegen gegen Frankreich aus vollem Halse: „Fern bei Sedan ...“

Als die Wehrmacht gegen alle Erwartungen selbst vieler ihrer Generale im Mai und Juni 1940 Frankreich buchstäblich überrennen und zur Kapitulation zwingen konnte, war der *Erbfeind* zuvor nicht die wichtigste Zielscheibe der Befeindung gewesen. Diese gaben die Briten und deren politische Führer Neville Chamberlain und sodann Winston Churchill ab. Ohne deren Intervention wäre Frankreich nicht an Polens Seite getreten, lautete die allgemeine Version. Nachdem der *Erbfeind* besiegt war, bescheinigte der Geheimdienst den Deutschen ritterliche Haltung, „ohne tiefer gehend feindselig oder gar gehässig zu sein“. Nun konzentrierte sich auch unter dem Eindruck der Luftangriffe auf das Reichsgebiet aller „Hass“ gegen die Engländer, der „kaum noch gesteigert werden kann.“<sup>6</sup> Nichtsdestoweniger erwarteten viele Deutsche, Kapitulations- und [149:] Friedensvertragsbedingungen verwechselnd, dass den Franzosen ein Menü à la Versailles bereitet werden würde. Sie bestaunten die „Großzügigkeit“ des Führers und meinten, den Meldungen des Sicherheitsdienstes zufolge, die Franzosen hätten „schon eine größere Strafe verdient“.<sup>7</sup> Hitler hatte Grund, vorerst nicht erkennen zu geben, dass es bei der Einverleibung des Elsass und Lothringens, die zum dritten Male binnen einem Menschenalter den Besitzer wechselten, nicht bleiben und Frankreich in einem neugeordneten Europa auf Dauer Satellit Deutschlands werden sollte. Nachdem der Norden und der Nordwesten Frankreichs besetzt und im Süden das kollaborationswillige Vichy-Regime unter dem Präsidenten Marschall Pétain und mit dem Ministerpräsidenten Pierre Laval errichtet war, tauchte in der deutschen Kriegspropaganda nun mitunter auch ausdrücklich Großbritannien als „Europas Erbfeind“ auf.<sup>8</sup>

Als in Frankreich 1944 wiederum ein Landkrieg, diesmal um die Befreiung von der deutschen Herrschaft geführt wurde, schrieben Einheiten der Waffen-SS mit barbarischer Hand, beispielsweise bei der Niedermetzlung der Einwohner des Ortes Oradour-sur-Glane, die schwärzesten Seiten der Geschichte dieser „Erbfeindschaft“, die den planvoll gepflegten emotionalen Boden dafür abgegeben hatte, Kriege um die Vormacht auf dem Kontinent zu führen. Dass die Deutschen und die Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg davon genug hatten, würde schwerlich ausgereicht haben, ihr neues Verhältnis zu begründen. Soweit waren diesseits und jenseits des Rheins Millionen schon nach 1918. Diesmal hielten es auch die Machthabenden in den beiden benachbarten Staaten und die Regierungen in Bonn und Paris für geboten, schon nach dem Ersten Weltkrieg entworfenen, damals aber nicht verwirklichten Plänen zu folgen und sich auf einem antizonalistischen Kurs zu treffen, der ihre Innen- wie die Außenpolitik regierte. Charles de Gaulle und Konrad Adenauer schlugen ein neues Kapitel (vorerst: west-)deutsch-französischer Beziehungen auf, das von den durchaus nicht widerspruchsfreien Interessen der beiden stärksten Industriestaaten im Westen des Kontinents geprägt war, die sich jeweils gegen die vom Krieg ungleich weniger in Mitleidenschaft gezogene oder gar durch ihn vorangetriebene Konkurrenz jenseits des Kanals und des Atlantik durchzusetzen wünschte.

<sup>5</sup> Hermann Röchling: Wir halten die Saar, Berlin 1934, S. 33 f.

<sup>6</sup> Meldungen aus dem Reich Nr. 99 vom 24. Juni 1940. Zit. nach Heinz Boberach (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Bd. 4, S. 1294 u. 1296 f.

<sup>7</sup> Meldungen aus dem Reich Nr. 100 vom 27. Juni 1940. In: Ebenda, S. 1307.

<sup>8</sup> Arnold Hillen Ziegfeld: Europas Erbfeind England. Die engl. Europapolitik im Spiegel der Geschichte, Berlin-Tempelhof 1940, (1941, 2. Aufl.).

## **Die Gelbe Gefahr**

*Von Gerd Fesser*

Das Schlagwort von der *Gelben Gefahr* ist in Deutschland vor dem Jahr 1900 nur selten verwendet worden, seit der Erhebung der Yihetuan („Boxer“) jedoch etwa ein Jahrzehnt lang sehr häufig. In der amerikanischen und englischen Presse ist „yellow peril“ erst seit 1900 nachweisbar, während in französischen Blättern schon vor der Jahrhundertwende viel von „péril jaune“ die Rede war. Auch Kaiser Wilhelm II., der in Deutschland so viel zur Verbreitung des Schlagworts beigetragen hat, verwendete den Begriff erst seit 1900.<sup>1</sup>

Die Bedrohungssängste und Feindbild-Stereotype, welche hinter der Wendung *Gelbe Gefahr* standen, existierten bereits in den 90er Jahren. Unter dem, was schließlich so genannt wurde, verstand man eine künftige wirtschaftliche und militärische Bedrohung, welche von den Chinesen oder Japanern oder von beiden gemeinsam für die weißen Völker ausgehe. Derlei Befürchtungen hegten nicht nur Regierende der imperialistischen Mächte und ihnen verbundene Autoren. Auch viele Arbeiter in den Industriestaaten plagte die Sorge, sie könnten künftig durch anspruchslose chinesische Kulis verdrängt werden.<sup>2</sup>

Die Beschwörung von Gefahren, die angeblich von Ostasien her drohten, hing im deutschen Kaiserreich eng mit dem Einstieg in die imperialistische „Weltpolitik“ zusammen. Neben mehr oder minder echten Ängsten war gerade bei deutschen Politikern und Publizisten, wenn sie auf die *Gelbe Gefahr* hinwiesen, viel politisches Kalkül im Spiel.

Im Frühjahr 1895 schaute die ganze Welt gebannt nach dem Fernen Osten. Dort war ein Krieg zwischen China und Japan im Gange. Die Japaner siegten zu Wasser und zu Lande und nötigten den Chinesen am 17. April 1895 den Vertrag von Shimonoseki auf. China musste die Halbinsel Liaotung mit dem wichtigen Hafen Lüshun (Port Arthur) und die Insel Formosa (Taiwan) abtreten. Die Regierungen Russlands, Frankreichs und Deutschlands kamen überein, gegen den Friedensvertrag zu protestieren. Am 23. April 1895 erschienen die Gesandten der drei Mächte beim japanischen Außenminister. Im Namen ihrer Regierungen verlangten sie, dass Liaotung den Chinesen zurückgegeben werde. Der Franzose und der Russe trugen ihre Erklärungen in höflicher Sprache vor. Der Deutsche, [151:] Freiherr von Gutschmid, schlug hingegen einen scharfen Ton an und kanzelte den japanischen Minister regelrecht ab. Tief befriedigt telegraфиerte er anschließend nach Berlin: „Meine Sprache machte augenscheinlich Eindruck.“<sup>3</sup> Damit dieser Eindruck sich festigen konnte, übergab der Gesandte dem japanischen Minister seine Erklärung schriftlich. Japan musste sich fügen und Liaotung herausgeben.

Zwei Wochen zuvor, am 9. April, hatte Wilhelm II. den ehemaligen deutschen Gesandten in China, Max August von Brandt, empfangen.<sup>4</sup> Brandt hatte sich in seiner Schrift „Die Zukunft Ostasiens“ für eine energische deutsche Politik in Ostasien ausgesprochen. Der Kaiser kannte die Schrift. Während der Unterredung am 9. April schilderte Brandt eindringlich die Gefahren, die seiner Meinung nach vom Fernen Osten her drohten. Wilhelm II. griff sogleich die Idee auf, man solle Russland zu einem starken Engagement in Ostasien drängen, um „... dadurch auch womöglich eine Entlastung unserer östlichen Grenzen herbeizuführen.“<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Siehe Heinz Gollwitzer: Die Gelbe Gefahr. Geschichte eines Schlagworts. Studien zum imperialistischen Denken, Göttingen 1962, S. 42 ff.

<sup>2</sup> Auf dieses Problem wies auch August Bebel in seiner Reichstagsrede vom 8.2.1898 hin. August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 4, München u. a. 1995, S. 266 f.

<sup>3</sup> Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914 (in der Folge: GP), Bd. 9, Berlin 1923, Nr. 2251, S. 274.

<sup>4</sup> Siehe Gollwitzer, S. 210 f.; A. S. Jerussalimski: Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, Berlin 1954, S. 489, Anm. 28.

<sup>5</sup> GP, Bd. 9, Nr. 2240, S. 268.

Am 26. April 1895 schrieb Wilhelm in solchem Sinne an den Zaren: „Ich werde sicherlich alles tun, was in meiner Macht steht, um Europa ruhig zu halten, und auch den Rücken Russlands decken, so dass niemand Deine Aktionen in der Richtung des Fernen Ostens behindern wird. Denn dies ist offenbar in Zukunft die große Aufgabe für Russland, seine Aufmerksamkeit dem asiatischen Kontinent zuzuwenden und Europa gegen die Angriffe der großen gelben Rasse zu verteidigen. Darin wirst Du mich immer an Deiner Seite finden ...“<sup>6</sup>

Vier Tage später zeichnete Wilhelm eine Skizze des berüchtigten Bildes „Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter!“<sup>7</sup> Der Entwurf des Kaisers ist dann von dem Maler Hermann Knackfuß ausgeführt worden. Am 30. Juli erklärte Wilhelm II. im Auswärtigen Amt: „Man müsse suchen, Russland in Ostasien festzunageln, damit es sich weniger mit Europa und dem europäischen Kontinent beschäftige. Russland müsse unter Verwertung der Macht der orthodoxen Kirche und des orthodoxen Christentums und des Kreuzes als Hort der Zivilisation gegen die drohende Gefahr eines durch Japan mobilisierten chinesischen Ansturms vorgeschoben werden.“<sup>8</sup>

Das Bild „Völker Europas ...“ wurde als Lithographie vervielfältigt. Wilhelm schickte den Flügeladjutanten (und späteren Generalstabschef) Helmuth von Moltke nach St. Petersburg, wo dieser dem Zaren am 30. September ein Exemplar des Bildes übergab. In seinem Begleitbrief vom 26. September schrieb Wilhelm: Seit dem [152:]gemeinsamen Vorgehen Deutschlands und Russlands in Ostasien



„Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter“,  
Lithographie von Hermann Knackfuß nach einem Entwurf  
Wilhelm II., 1895

im Frühjahr habe ihm die Entwicklung im Fernen Osten, „besonders die von dort kommende Gefahr für Europa und unseren christlichen Glauben“ am Herzen gelegen. Die beigefügte Zeichnung erläuterte Wilhelm mit den Worten: „Sie zeigt die europäischen Mächte, jede durch ihren Genius vertreten, zusammengerufen durch den vom Himmel gesandten Erzengel Michael, wie sie sich im Widerstande gegen das Eingreifen des Buddhismus, des Heidenthums und der Barbarei zur Verteidigung des Kreuzes vereinigen. Besonderer Nachdruck ist auf den *vereinigten* Widerstand allereuropäischen Mächte gelegt, der ebenso notwendig ist gegen unsere gemeinsamen inneren Feinde: Anarchismus, Republikanismus, Nihilismus.“<sup>9</sup>

Die drei Großmächte hatten Japan genötigt, einen Teil seiner Eroberungen in China wieder herauszugeben, weil sie dort selbst massive eigene Interessen verfolgten. China war das wichtigste jener überseeischen Gebiete, die noch nicht zu einem der Kolonialreiche gehörten – und es galt als das „größte Profitreservoir, das die Welt je gekannt hat“ (John Atkinson Hobson).<sup>10</sup> Im Jahre 1897 okkupierten deutsche Marineeinheiten das Gebiet von Kiautschou, im folgenden Jahr eigneten sich die Russen Lüshun (Port Arthur) und die Briten Weihaiwei an. Schließlich teilten die fremden Mächte die wichtigsten Regionen Chinas in „Einflussgebiete“ ein. China geriet in eine drückende politische und ökonomische Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten. Deutlich zeichnete sich die Gefahr ab, dass die Fremden schließlich auch die formelle Selbstständigkeit des chinesischen Staates beseitigen und das chinesische Volk unter das Joch der Kolonialsklaverei zwingen würden.

<sup>6</sup> Briefe Wilhelm II. an den Zaren 1894-1914. Hg. u. eingel. v. Walter Goetz, Berlin 1920, S. 12.

<sup>7</sup> Siehe John C. G. Röhl: Wilhelm II. Der Aufbau der Persönlichen Monarchie, München 2001, S. 840 f. u. 1009 f.

<sup>8</sup> GP, Bd. 9, Nr. 2318, S. 358.

<sup>9</sup> Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894-1914, S. 19.

<sup>10</sup> Zit. nach Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein, 3. durchges. Aufl., Berlin 1971, S. 75.

Dies trug entscheidend zum Ausbruch des Aufstands der Yihetuan bei. Im Jahre 1900 marschierten die Yihetuan (von europäischen Autoren „Boxer“ genannt) auf Peking und töteten unterwegs [153:] zahlreiche Europäer und chinesische Christen. Diese Ereignisse riefen in den imperialistischen Ländern für einige Jahre heftige Furcht vor einer *Gelben Gefahr* hervor.

Fünf Jahre später wurde die Weltmacht Russland von der aufsteigenden asiatischen Macht Japan besiegt. Nach dem Kriege sagte Wilhelm II. während einer Unterredung mit Zar Nikolaus II.: „Wenn Ihr Europäer sein wollt, müsst Ihr auch den Schutz Europas gegen die gelbe Gefahr übernehmen. Fühlt ihr Euch als Asiaten, dann müsst ihr Euch mit der gelben Rasse verbünden.“<sup>11</sup>

Die Versuche Wilhelms II. und der Reichsregierung, die weltpolitischen Rivalen Deutschlands gegeneinander auszuspielen, endeten in einem Fiasko. Die Regierenden Großbritanniens, Frankreichs und Russlands, durch die hektische weltpolitische Aktivität Deutschlands tief beunruhigt, legten ihre alten Differenzen bei und schlossen sich 1904 und 1907 zur Entente bzw. Tripel-Entente zusammen.<sup>12</sup> Das empfand man in den herrschenden Kreisen Deutschlands als „Einkreisung“. Auch dies dürfte dazu beigetragen haben, dass in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges die Vorstellung von einer *Gelben Gefahr* eine weitaus geringere Rolle als die Sorge vor einer „slawischen Gefahr“ spielte.<sup>13</sup>

Ohnehin hatte im deutschen Kaiserreich vor und nach der Jahrhundertwende das Gros jener Autoren, die sich zur Frage einer *Gelben Gefahr* äußerten, mehr oder weniger nüchtern geurteilt und die aufgeregteten Visionen des Kaisers nicht geteilt.<sup>14</sup> Wilhelm beklagte sich deshalb am 2. September 1902 in einem Brief an den Zaren, er habe schon vor Jahren vor der *Gelben Gefahr* gewarnt, sei aber „von der größeren Masse des Volkes verlacht worden“.<sup>15</sup> Gegenüber dem Unterstaatssekretär Eugen Schiffer wiederholte Wilhelm im Herbst 1917 diese Klage.<sup>16</sup> Wenige Tage vor dem endgültigen militärischen Zusammenbruch, am 29. Oktober 1918, setzte der Kaiser dann plötzlich alle seine Hoffnungen auf die gefürchteten „Gelben“: Gegenüber dem Admiral Georg Alexander von Müller entwickelte er die fixe Idee, Deutschland könne sich mit den Kriegsgegnern Großbritannien und Japan verständigen. Die japanische Armee werde dann durch Sibirien hindurch an die deutsche Westfront eilen, um die dort stehenden amerikanischen Truppen ins Meer zu werfen.<sup>17</sup>

Die Rassenideologie der Nationalsozialisten erhob dann die europäischen „Arier“ über die Asiaten. Auch verwendeten die Nationalsozialisten die Propagandaformel „asiatischer Bolschewismus“. Es gibt Belege dafür, dass Hitler selbst an eine *Gelbe Gefahr* glaubte, [154:] so eine Aufzeichnung von Josef Goebbels vom 8. Mai 1943.<sup>18</sup> Da Japan aber der Bundesgenosse Hitlerdeutschlands war, verhinderten die Nationalsozialisten öffentliche Äußerungen über eine *Gelbe Gefahr*. Im Kalten Krieg nach 1945 gehörte China dann zum sozialistischen Lager, Japan zum westlichen. Das schloss einen Rückgriff auf dieses Schlagwort aus.

<sup>11</sup> Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878- 1918, Leipzig/Berlin 1922, S. 66 f.

<sup>12</sup> Siehe Gerd Fesser: Der Traum vom Platz an der Sonne. Deutsche „Weltpolitik“ 1897-1914, Bremen 1996, S. 81 ff. u. 111 ff.

<sup>13</sup> Siehe Uwe Puschner: Die völkischen Bewegungen im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion, Darmstadt 2001, S. 102 ff.

<sup>14</sup> Siehe Gollwitzer, S. 175, 179 ff., 189 f., 199 ff.

<sup>15</sup> Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894-1918, S. 89.

<sup>16</sup> Eugen Schiffer: Ein Leben für den Liberalismus, Berlin 1951, S. 60 f.

<sup>17</sup> Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts, Admiral Georg Alexander von Müller. Hg. v. Walter Görlitz, Göttingen u. a. 1959, S. 441.

<sup>18</sup> Siehe Gollwitzer, S. 221.

## **Die Juden sind unser Unglück**

*Von Helmut Metzler*

„Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuts mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück!“ Dieser Satz Heinrich von Treitschkes in seinem national und antijüdisch orientierten Aufsatz „Unsere Aussichten“, im November 1879 in den „Preußischen Jahrbüchern“ veröffentlicht, spielte eine zentrale Rolle in einer Welle des Für und Wider zu diesem antisemitischen Pamphlet. Treitschkes Behauptung, dass die Wendung „die Juden sind unser Unglück“ eine allgemein verbreitete Aussage sei, war nichts weiter als eine Verallgemeinerung seiner eigenen Eindrücke. Als solche war sie bar aller Wissenschaftlichkeit. Vielmehr folgte sie generalisierenden Praktiken des Alltagsdenkens. Sie war aus antijüdischen Äußerungen in seinem Berliner Gesprächskreis der gehobenen Gesellschaft abgeleitet und wurde zum Schlagwort Intellektueller. Die publizistische Auseinandersetzung um den Aufsatz ging in die Geschichte als Berliner Antisemitismusstreit<sup>1</sup> ein.

Treitschke steigerte im Verlaufe des Streites seine Aussagen, insofern er einen „Terrorismus einer rührigen Minderheit“ der Juden im Gefolge der Judenemanzipation behauptete und betonte, dass er aufgrund von ihm mündlich und schriftlich vorgebrachter Klagen erkannt habe, dass die „stille sociale Macht des Judentums“ größer sei, als er bislang angenommen habe. Treitschke lobte einen Instinkt der Massen, der eine Gefährdung „des neuen deutschen Lebens richtig erkannt“ habe, so dass sich von daher die „Judenfrage“ artikuliere. Den Juden wurde eine Mitschuld am „schnöden Materialismus unserer Tage“ angehängt. Antisemitische Hetzreden billigte er [155:] als „laute Agitation des Augenblicks“, „als eine brutale und gehässige, aber natürliche Reaction des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element, das in unserem Leben einen allzu breiten Raum eingenommen hat“. Darauf aufbauend wurde dann der Satz, die Juden sind unser Unglück, als gewissermaßen Volkserkenntnis formuliert. Treitschke zielte, nach eigenen Worten, auf „eine strengere Auffassung vom Staate und seinen Pflichten, ein gekräftigtes Nationalgefühl“ ab. Die Juden forderte er zur vollständigen Assimilation auf, womit sie wesentliche Züge ihrer sozialen Identität, vor allem ihren Glauben und tradierte kulturelle und andere Werte, hätten aufgeben müssen. Protagonisten Treitschkes waren radikale Antisemiten wie H. Naudh und Wilhelm Endner. Ersterer verunglimpfte Juden, indem er ihnen ein einheitliches missgestaltetes Aussehen unterstellte und ihnen eine „geringe Arbeitstüchtigkeit“, verbunden „mit einer noch geringeren Arbeitslust“, nachsagte. Im „Vorgriff“ auf die Nazidiktation deklarierte er eine Ehe eines deutschen Mädchens mit einem Juden als widernatürliche Unzucht. Letzterer verstieg sich in antijüdischen Diffamierungen bis hin zur Forderung einer „Ausmerzung“ von orthodoxen Juden, die nicht anpassungsbereit und somit schädliche Elemente im deutschen Volkskörper seien.

Treitschke und mit ihm im Gefolge Naudh und Endner trugen mit ihren antisemitischen Veröffentlichungen zum Ausbau eines Feindbildes gegen eine Minderheit im eigenen Volke bei.

Kritische Bemerkungen zu Juden und Judentum finden sich in Treitschkes Veröffentlichungen seit seiner Habilitationsschrift von 1858. Die entscheidende Herausforderung der Öffentlichkeit wurde aber durch den Aufsatz „Unsere Aussichten“ ausgelöst. Der Grund ist nicht nur im Text zu suchen, sondern in der historischen Situation. Antijüdische Angriffe wurden in jener Zeit mit der neuen Wortbildung Antisemitismus in eine ideologische Sprechweise gekleidet. Wörter mit der Doppel-silbe „-ismus“ bezeichnen in der Regel Ideologien und Weltanschauungen. Nach der Krise von 1873 – im Gefolge des Booms der Gründerjahre – trat seit 1875 der Antisemitismus mit übelsten Schmähungen der Juden in Zeitungen und anderen Schriften in Erscheinung.

Mit der Aussage *Die Juden sind unser Unglück* kehrte Treitschke ein Opferverhältnis in das von Tätern um. Juden hatten in Deutschland über Jahrhunderte immer wieder Verfolgungen über sich

---

<sup>1</sup> Walter Boehlich gab eine Zusammenstellung der Mehrzahl der Beiträge, verbunden mit einem instruktiven, ausführlichen Nachwort, im Insel-Verlag heraus: Der Berliner Antisemitismusstreit, Frankfurt a. M. 1965. Alle Zitate sind diesem Band entnommen.

ergehen lassen müssen. Noch 1881 war es in Hinterpommern nach antisemiti-[156:]tischen Hetzreden zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen Juden gekommen. Dieser Fakt, wenn auch nicht er allein, bestätigte die Einschätzung des Antisemitismus durch die Liberalen, die ihrerseits die Judenbefreiung als zivilisatorischen Fortschritt im zweiten deutschen Reich vertraten, indem sie ihn als mittelalterlich und barbarisch brandmarkten.

Treitschkes Breitenwirkung war deshalb besonders groß, weil er einerseits bis zur Reichsgründung selbst ein Vertreter liberaler Ideen war und als Historiker einen ausgezeichneten wissenschaftlichen Ruf besaß, andererseits seinen Text insgesamt so verfasste, dass er den sich seinen Gedanken anschließenden ein Alibi gab, sie seien nicht Antisemiten, sondern nur Vertreter einer wissenschaftlichen Beantwortung der so genannten Judenfrage. Er publizierte nicht nur Antisemitisches, sondern trug es auch in die Hörsäle. Insofern erreichte er mindestens zwei Generationen. Als angesehener deutsch-nationaler Professor für Geschichte an der Berliner Kaiser-Wilhelm-Universität brachte Treitschke den Antisemitismus aufs Katheder. Er war das Pendant zum Hofprediger Adolf Stöcker, der 1879 als Abgeordneter den Antisemitismus in die Volksvertretung getragen und hoffähig gemacht hatte. Im Alltagsdenken übertrug sich die wissenschaftliche Autorität Treitschkes auf die Wertung seines Textes, als sei letzterer ein Produkt wissenschaftlicher Erkenntnis. Der Antisemitismus war damit nicht mehr nur eine Sache des Pöbels, sondern er war aufgewertet, so dass er sogar von Intellektuellen, z. B. dem Leipziger Professor Friedrich Zöllner und dem Schwager Friedrich Nietzsches Bernhard Förster, im Jahre 1880 in eine Petition an den Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck umgesetzt werden konnte. Die Petition forderte zur faktischen Aufhebung der Judenemanzipation auf und war ein radikaler politischer Ausdruck des Antisemitismus. Für diese Petition konnten beachtliche 250.000 Unterschriften gesammelt werden.

Antworteten Treitschke 1879 zuerst einmal jüdische Hochschullehrer, so veranlasste 1880 die ständig zunehmende Ausbreitung von Antisemitismus – wie aus der genannten Anzahl Unterschriften zur Zöllner-Försterschen Petition ersichtlich – 75 öffentlich hoch geschätzte Persönlichkeiten zu einem Bekenntnis zur Judenemanzipation und dazu, den Antisemitismus in die Schranken zu weisen. Zu diesem Personenkreis gehörten u. a. der Althistoriker Theodor Mommsen, der Mediziner Rudolf Virchow, der Historiker Johann Gustav Droysen, der Erfinder und Unternehmer Werner v. Siemens, [157:] der Rektor der Berliner Universität August Wilhelm von Hofmann und der Oberbürgermeister von Berlin Max von Forckenbeck. Treitschke wurde in dieser Erklärung nicht namentlich genannt. Dass sich dessen Wirkung dennoch nicht nur auf die Universität beschränkte, lässt sich an Publikationen von Antisemiten wie dem zitierten Naudh ablesen. Höhepunkt in der Auseinandersetzung im Berliner Antisemitismusstreit waren Mommsens offener Brief an Treitschke in der Nationalzeitung, dessen Erwiderung und die zweitägige Debatte im Preußischen Landtag zur „Judenfrage“, ausgelöst durch eine Interpellation des Abgeordneten der Fortschrittspartei Dr. Hänel im November 1880. Nachdem Mommsen Treitschkes Haltung in einer Flugschrift „Auch ein Wort über unser Judentum“ öffentlich kritisiert hatte, endete der Berliner Antisemitismusstreit und, da die genannte Petition abgelehnt worden war, büßte die Antisemitismusbewegung 1881 zeitweilig ihren Aufschwung ein. Damit kann jedoch nicht eine nachhaltige Wirkung des antisemitischen Vorstoßes Treitschkes in Abrede gestellt werden. Selbst im 20. Jahrhundert wurde das Schlagwort noch verwendet, z. B. im „Stürmer“, dem judenfeindlichen Hetzblatt der Nationalsozialisten. Auf der Titelseite vom Januar 1936, Sondernummer 4, diente es als Querbalken.

Im Antisemitismusstreit bedauerte Naudh in seiner Schrift „Professoren über Israel. Von Treitschke und Bresslau“ 1880, dass Treitschke die Wendung *Die Juden sind unser Unglück* nicht schon früher vorgetragen hatte. Diametral hierzu klagte in seinem Beitrag wider Treitschke „Was heißt national?“ der jüdische Mitbegründer der Völkerpsychologie Moritz Lazarus: „Gibt es etwas Härteres und Liebloseres, als jemandem zu sagen: ,Du bist unser Unglück!?’“

[158:] Aufschlussreich ist die kritische Zurückweisung des Treitschkeschen Schlagwortes: Die zeitgenössischen Kritiker hielten Treitschke vor, dass er den Fanatismus der großen Menge gegen eine schwache Minorität schüre. Der Breslauer Professor für Geschichte Heinrich Graetz – bekannt durch seine vielbändige „Geschichte der Juden“ warf Treitschke vor, dass er die Juden beschuldige, gegen

„Vertreter des deutschen Wesens“ Todeshass gepredigt zu haben; dass seine Logik von Chauvinismus und Verbitterung getrübt und daher für sie die Wahrheit unzugänglich sei. Der vom Judentum zum Christentum konvertierte protestantische Pfarrer Paulus Cassel spitzte seine Kritik zu, indem er Treitschke vorhielt, er flüchte sich wegen der Krise der mit dem Liberalismus gekoppelten Modernisierung in die Sündenbockauffassung gegenüber den Juden. Dies sei ein Ausdruck von „Pharisäismus des modernen Bewusstseins“. Wenn er die Juden zum Unglück der Deutschen erkläre, dann erfolge dies infolge mangelnder innerer Freiheit und christlicher Demut. Dass er ein „Monomane der nationalen Idee“ sei und unter Rückgriff auf den römischen Schriftsteller Tacitus den Judenhass predige, warf ihm der Breslauer Rabbiner Manuel Joel vor. Sein Berufskollege an der Berliner Universität Harry Bresslau urteilte, dass sein Text „Salböl“ für den gemeinen Antisemitismus liefere. Er möge zeigen, worin der Unterschied zwischen einem nichtjüdischen germanischen Wucherer und Gründer und einem jüdischen bestehe. Statt gemäß Treitschkes Anliegen das deutsche Volk in seiner nationalen Einheit zu festigen, würde er durch seine polarisierende Sündenbockauffassung die kulturelle Amalgamierung gefährden. Heinrich Bernhard Oppenheim, ein national-liberaler Abgeordneter wie Treitschke selbst, betonte, dass Treitschke vermutlich aus seiner Ablehnung links-liberal engagierter Juden, wie des Reichstagsabgeordneten Eduard Lasker, deren frühes Auftreten gegen die wilde Spekulation der Gründerzeit außer Betracht lasse. Sehr kritisch argumentierend warf Ludwig Bamberger, ebenfalls Abgeordneter und entscheidender Akteur bei der Schaffung der einheitlichen Deutschen Währung nach der politischen Einigung von 1871, Treitschke vor, er sei ein Stichwortgeber zur „cloaca maxima der niedrigsten Leidenschaften“ in der antisemitischen Bewegung und instrumentalisiere die jüdenfeindliche Tradition zur Bekämpfung der Liberalen. Treitschkes Behauptung von einem fehlenden Integrationswillen der Juden trafe nicht zu, sondern das Gegenteil sei der Fall. Der mit Treitschke bis dahin befreundete Theodor Mommsen, ebenfalls Professor für Geschichte [159:] an der Berliner Universität, kritisierte diesen, dass er das „Evangelium der Intoleranz“ predige.

Die verschiedenen kritischen Einwürfe gegen die antisemitische Position Treitschkes machten Bestandteile eines geistigen Produkts sichtbar, das im 20. Jahrhundert als Feindbild auf den Begriff gebracht wurde. Daraus ergibt sich eine Quelle für die nachhaltige Wirkung des Treitschkeschen Textes neben der, dass damit ein Personenkreis von diesem Bild infiziert wurde, aus dem sich viele Führungskräfte rekrutierten, nämlich Studentenschaft und Bildungsbürgertum.

Das von Treitschke und den offen auftretenden Antisemiten erzeugte Feindbild wider die Juden kam, verbunden mit einer Aufwertung der christlich-germanischen Deutschen, asymmetrisch zustande. Es schaukelte sich nicht wechselseitig mit einem etwa antideutschen Feindbild seitens der Juden auf. Die jüdischen Verteidiger ihres Deutschtums deckten zwar im Berliner Antisemitismusstreit die Feindbildzüge der Behauptungen Treitschkes auf, aber sie produzierten keinen Hass gegen oder eine Herabsetzung von Deutschtum. Diese Asymmetrie setzte sich bekanntlich bis in die Nazizeit fort und führte dazu, dass viele deutsche Juden die von den Nazis ausgehenden Gefahren verkannten, ja nicht einmal politisch begriffen, was Rassenantisemitismus eigentlich war, und sich anfänglich auf ihr Deutschsein beriefen.

Die Aussagen der Kritiker und Protagonisten des dictums Treitschkes belegen, wie dieses Schlagwort sich in ein antisemitisches, antiliberales Feindbild vom Juden im Kontrast zu einem gesteigerten deutsch-nationalen Selbstbild einordnet.

## **Ich kenne keine Parteien mehr**

*Von Manfred Weißbecker*

Kaum hatte der Weltkrieg begonnen, da tönte der deutsche Kaiser in der ihm eigenen großsprecherischen Art am 4. August 1914 im Reichstag, er kenne nun *keine Parteien mehr*, er kenne *nur noch Deutsche*. In einer Ansprache „An das Volk“ hatte Wilhelm II. vor dem königlichen Schloss in Berlin drei Tage zuvor ebenfalls verkündet: „In dem bevorstehenden Kampfe kenne ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche.“<sup>1</sup> Das Wort – [160:] seitdem immer wieder zitiert, ebenso oft zustimmend wie ablehnend – war vordergründig der Situation entsprungen und dem Versuch geschuldet, nationalistische Euphorie für den Krieg zu wecken und in ihr die Gegensätze zwischen Herrschenden und Beherrschten zu ersticken. Krieg nach außen und „Burgfrieden“ im Inneren – auf diesen Zustand zielte der wohlüberlegte Satz des Monarchen. Mit der Wirkung konnten er und alle, die den Krieg „gewollt“ hatten<sup>2</sup>, zufrieden sein. Die Notwendigkeit einer „Verteidigung“ Deutschlands postulierend und betonend, man müsse sich mit der „ehernen Tatsache des Krieges“ abfinden, verkündete auch die Führung der Sozialdemokratischen Partei, es gelte nun, „in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich zu lassen“.<sup>3</sup> Aus der Erinnerung war getilgt, dass sie noch wenige Jahre zuvor als „vaterlandslose Gesellen“ beschimpft worden waren, vergessen und über Bord geworfen schienen auch alle Antikriegs-Resolutionen, die von der nun zerfallenden Sozialistischen Internationale zuvor beschlossen worden waren. Die 1914 so hergestellte „Einheit“ der Deutschen im Kampf gegen äußere Feinde bezeichneten später – als der „Burgfrieden“ brüchig wurde, der Krieg verloren war und seine Ergebnisse wiederum kriegerisch revidiert werden sollten – konservative und nationalsozialistische Publizisten hochtrabend als den „Geist von 1914“, der zu einer neuen „Volksgemeinschaft“ führen und *Deutschland, Deutschland über alles* erheben müsse ...

Im unmittelbaren Anliegen Wilhelms II. – das Gegeneinander von Herrschenden und Beherrschten in einem nationalistischen Miteinander aufzuheben, um soziale Hierarchien bewahren zu können – artikulierte sich zugleich sein übergrößer Widerwille gegen Existenz und Betätigung politischer Parteien. Den Parlamentarismus verabscheute er ebenso; es sei ihm „vollständig gleichgültig, ob in dem Reichstagskäfig rote, schwarze oder gelbe Affen herumspringen“, ließ er vernehmen.<sup>4</sup> Deutlich hatte er nun bei Kriegsbeginn alle Antipathien und Aversionen zusammengefasst, die es im 19. Jahrhundert in den Oberschichten der deutschen Gesellschaft zu Parteien gegeben hatte und die sich auch im 20. Jahrhundert fortsetzten. Parteien nicht mehr „kennen“ zu wollen, war stets mit autokratistischem Macht bestreben und friedloser Außenpolitik verknüpft. Die deutsche Parteiengeschichte lässt sich daher auch als eine Geschichte unaufhörlicher Auseinandersetzungen um Ablehnung oder Lobpreisung von Parteien, um Parteienverdrossenheit oder Rechtfertigung betrachten.

<sup>1</sup> In seiner Rede vom 4.8.1914 hieß es: „Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter. An die Völker und Stämme des Deutschen Reichs ergeht mein Ruf, mit gesamter Kraft, in brüderlichem Zusammenstehen mit unseren Bundesgenossen zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben. Nach dem Beispiel unserer Väter, fest und getreu, ernst und ritterlich, demütig vor Gott und kampfesfroh vor dem Feind, so vertrauen wir der ewigen Allmacht, die unsere Abwehr stärken und zu gutem Ende lenken wolle! – Sie haben gelesen, meine Herren, was ich zu meinem Volke vom Balkon des Schlosses aus gesagt habe. Hier wiederhole ich. Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Zum Zeichen dessen, dass sie fest entschlossen sind, ohne Parteunterschied, ohne Stammesunterschied, ohne Konfessionsunterschied durchzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geloben.“ (Stenographische Berichte des Reichstages, Bd. 306, S. 2) Überliefert ist auch die Formulierung: „Wenn es zum Kriege kommen soll, hört jede Partei auf, wir sind nur noch deutsche Brüder.“ Reden, Ansprachen, Predigten und Trinksprüche des Kaisers Wilhelm II. Hrsg. v. Ernst Johann, 2/1977, S. 1253.

<sup>2</sup> Zu dieser Charakterisierung siehe vor allem Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 3. Auflage. Düsseldorf 1964.

<sup>3</sup> So der SPD-Vorsitzende Hugo Haase am 4.8.1914 im Plenum des Reichstages, obgleich er zuvor in der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hatte.

<sup>4</sup> Zit. nach Franz Herre: Wilhelm II. Monarch zwischen den Zeiten, Köln 1993, S. 131. Diese Bemerkung telegraфиerte er unverschlüsselt nach einem Wahlerfolg der Sozialdemokratie. Siehe Ludwig Reiners: In Europa gehen die Lichter aus. Der Untergang des Wilhelminischen Reiches, München 1981, S. 105.

[161:] Was aber stellen politische Parteien tatsächlich dar? Was spricht was gegen sie? Seit sie in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts auf die Bühne des Geschehens getreten waren, um ökonomische, politische, soziale und geistige Interessen einzelner Klassen, Schichten und Gruppen der Gesellschaft zu vertreten, hatten insbesondere königstreue Politiker und konservative Ideologen zahlreiche Vorbehalte gegen diese Organisationen artikuliert. Sie kritisierten deren Streben, ihre jeweiligen Ziele und Programme – wenn erforderlich – auch gegen Monarchen und den Obrigkeitstaat durchzusetzen. Obgleich das Parteienwesen vorrangig auf dem Konkurrenz- und Klientelprinzip der bürgerlichen Gesellschaft beruhte, galt den Verfechtern einer „überstaatlichen“ Idee allein ihre Existenz als Ausdruck des Strebens nach Volkssouveränität und parlamentarischen Verhältnissen. Und damit verstießen jene, die nicht mehr als Untertanen sein sollten, gegen die traditionelle, aus Gottesgnadentum abgeleitete Souveränität herrschender Fürsten und Monarchen. Alles, was emanzipatorisch gegen feudalistokratische Verhältnisse und monarchische Herrschaftsformen gerichtet schien, erfuhr feindseitige Ablehnung. Erst im Verlaufe der Entwicklung, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begannen die „Verteidiger“ des monarchistischen Regimes sich ebenfalls in politischen Organisationen, in konservativ gesinnten Parteien und „alldeutsch“-expansionistisch orientierten Verbänden zu formieren, die für das Reich einen *Platz an der Sonne* erstrebten und die Welt *am deutschen Wesen genesen* lassen wollten.<sup>5</sup> Vernehmlich standen sich bürgerliche und proletarische Parteien gegenüber, die einen als Konkurrenten im Kaiserreich, die anderen als Verfechter anderer gesellschaftlicher Verhältnisse.

Kritiker des Parteienwesens argumentierten jedoch auch weiterhin, Parteien beschädigten das „Vaterland“ und wären eine widernatürliche Ausgeburt der Demokratie; folgerichtig empfahl der konservative Reichstagsabgeordnete Elard von Oldenburg-Januschau 1910, der Kaiser müsse jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: „Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag.“<sup>6</sup> Konservativ-elitäre Intellektuelle hielten den Parteien umfangreiche „Sündenregister“ vor: „Einseitigkeit der Sicht und des Urteils Befangenheit im Dogmatismus und Traditionalismus, Einfallslosigkeit und Immobilität, Ideenarmut und Borniertheit, Irreführung des harmlosen Volkes und ahnungsloser Mitglieder durch hermetisch sich abschließende und im Grunde unkontrollierbare [162:] Führungsoligarchien, innerparteiliche Meinungsknebelung und parlamentarischer Fraktionszwang, Intoleranz und Fanatismus, Intrigantentum und Machiavellismus, Cliquenwesen und Korruption, Ämterpatronage und Karrieremacherei, und schließlich durch all das Schädigung und Aushöhlung der Staatsautorität ...“<sup>7</sup> In der Regel beanspruchten sie demgegenüber für jene Partei, der sie selbst angehörten oder nahe standen, dass auf sie diese Kritik nicht zutreffe; eigene Parteilichkeit bedeckte sich mit dem Tarnmantel absoluter Überparteilichkeit.

Bereits während des Weltkrieges erwies die Phrase, es gäbe nur noch Deutsche, ihre Brüchigkeit. Da genehmigte Wilhelm II. zwar 1916, die vom Baumeister Wallot vorgesehene Inschrift „Dem deutschen Volke“ am Reichstagsgebäude anzubringen, doch zugleich füllten sich die Gefängnisse mit antimilitaristisch gesinnten, kriegsmüden und den Sozialismus ersehnden Menschen. Die Kriegsgemeinschaft zerfiel zusehends. Im Juli 1917 beschloss die Mehrheit des Reichstages eine Resolution, die dazu aufforderte, einen „Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ anzustreben. Und am Ende kannte der Kaiser nicht allein die Parteien, sondern auch „seine“ Deutschen nicht mehr – vor den Aktionen revolutionärer Arbeiter und Soldaten floh er in die Niederlande. Die Monarchie hatte abgewirtschaftet, eine Republik entstand. Selbst großen Teilen des Bürgertums erschienen in der Revolution von 1918/19 Parteien und Parlamentarismus als Rettungsanker gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung und deren Forderung *Alle Macht den Räten*. Lautstark und einmütig, die Unterstützung durch die sozialdemokratischen Parteiführer gern nutzend, riefen sie nach möglichst rascher Wahl und Konstituierung einer verfassunggebenden Nationalversammlung,

<sup>5</sup> Zu den hier und im Folgenden erwähnten Organisationen siehe: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. v. Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs)/Werner Fritsch/Herbert Gottwald/Siegfried Schmidt Manfred Weißbecker, Leipzig m 1983-1986.

<sup>6</sup> Zit. nach Hartmut Wasser: Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation, Stuttgart 1974, S. 49.

<sup>7</sup> Zit. nach Hermann Scheer: Parteien kontra Bürger? Die Zukunft der Parteidemokratie, München 3/1980, S. 163 f.

die am 19. Januar 1919 gewählt und nach Weimar einberufen wurde. Von nun an entwickelten sich die wichtigsten bürgerlichen Parteien – meistens unter neuen Namen und mit dem Anspruch, „Volkspartei“ zu sein – zu wirklichen Mitgliederparteien. Sie vermochten in der Anfangsphase der Weimarer Republik so viele Mitglieder zu organisieren, wie es ihnen zuvor nie möglich gewesen war und wie sie es danach nie mehr erreichen sollten, sieht man von der 1919/20 entstandenen NSDAP ab, die in den Jahren der Weltwirtschaftskrise zur wähler- und mitgliederstärksten Partei aufstieg.

Dennoch überzogen vor allem die Worführer der „konservativen Revolution“ die Weimarer Republik mit hasserfüllter Parteienkritik. [163:] Der jungkonservative Philosoph und durch sein 1918 erschienenes Werk „Der Untergang des Abendlandes“ bekannt gewordene Oswald Spengler klagte, die Deutschen hätten kein Vaterland, keine Rechte, kein Ziel und keine Zukunft mehr, sondern nur noch Parteien als Gemeinschaften „beschränktester und schmutzigster Interessen“.<sup>8</sup> Der Staatsrechtslehrer Heinrich Triepel bestritt die Legitimation der Parteien, die eine „extrakonstitutionelle Erscheinung“ seien und die Gestalt „eines dem Staatsorganismus fremden Körpers“ hätten.<sup>9</sup> Als 1925 aus Anlass der Wahl des Erzreaktionärs Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten eine Gedenkmünze geprägt wurde, las man auf ihr, was der kaiserliche Feldmarschall von Parteien hielt: „Für das Vaterland beide Hände, aber nichts für die Parteien.“

Der Fülle negativer Assoziationen, die Parteien auslösen, stehen indessen vielfältig verbreitete Erklärungen entgegen, kein Staat und keine Regierung könne ohne sie auskommen. Obgleich die Parteien in der Weimarer Verfassung nur am Rande erwähnt wurden – ihr Artikel 130 verlangte, Beamte dürfen keiner Partei dienen –, postulierte Professor Ernst Troeltsch, Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, im Mai 1920: „Parteien müssen sein. Sie sind das einzige Mittel der Regierungsbildung, ob sie einem gefallen oder nicht. Wer früher über Militär- oder Beamtenhochmut sich ärgerte, kann sich heute über die Parteizwistigkeit und Parteiselbstsucht ärgern. Ohne Dinge, über die man sich ärgert oder an denen man leidet, gibt es überhaupt keine Regierung. Regierung-schaffen und Regierung-ertragen ist leider immerdar ein schwieriges und unangenehmes Geschäft gewesen und wird es in jeder Form bleiben.“<sup>10</sup>

In der Tat: Mit der Ersetzung der konstitutionellen Monarchie durch eine parlamentarisch verfasste Republik kamen den Parteien gewichtigere Funktionen als im Kaiserreich zu, wählte doch nunmehr der Reichstag den Kanzler, erwuchsen aus Koalitionen der Parteien die Regierungen, konnten ohne sie schwerlich Parlamente vom Volk gewählt werden. Parteien waren endgültig zu einem konstitutiven Element der Herrschaftsausübung geworden. Vor allem das neue Zusammenspiel von fortschrittsorientierten Parteien und sozialen Bewegungen bot der Demokratie und dem Übergang in eine nichtkapitalistische bzw. in eine den Kapitalismus einschränkende Gesellschaft gewisse Chancen. Ihr aber begegneten konservative und völkisch-rassistische Kreise der deutschen Gesellschaft [164:] sowohl mit offenem Hass als auch mit der Suche nach neuen Formen eigener Parteiorganisation. Letzteres hatte sich im weitgehenden und bereits während der Revolutionszeit erfolgten Zusammenschluss konservativer Parteien zur DNVP gezeigt, in die selbst die 1917 entstandene und einen „Sieg-Frieden“ fordernde Deutsche Vaterlandspartei integriert worden war. Der auf der rechten Seite des deutschen Parteienwesens eingeschlagene Weg führte schließlich zur Herausbildung und Entfaltung einer bürgerlichen Partei „neuen Typs“, der NSDAP, die sich selbst als eine Partei „über den Parteien“ pries.

In der Weimarer Republik bewegten sich alle Debatten über die Parteien größtenteils zwischen den Polen von strikter Ablehnung und ebenso strikter Befürwortung. Publizisten der „konservativen Revolution“ stellten Parlamente und Parteien vehement in Frage. Ernst Jünger sehnte 1925 das Ende des parlamentarischen Systems mit den Worten herbei: „Der Tag, an dem der parlamentarische Staat unter unserem Zugriff zusammenstürzt und an dem wir die nationale Diktatur ausrufen, wird unser höchster Festtag.“<sup>11</sup> Noch massiver äußerte sich der Publizist Edgar Julius Jung, dessen wichtigstes Buch 1927

<sup>8</sup> Oswald Spengler: *Neubau des deutschen Reiches*, München 1924.

<sup>9</sup> Heinrich Triepel: *Die Staatsverfassung und die politischen Parteien*, Berlin 1928, S. 24 f.

<sup>10</sup> Ernst Troeltsch: *Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Claussen*, Frankfurt a. M. 1994, S. 144.

<sup>11</sup> Zit. nach Stefan Breuer: *Anatomie der konservativen Revolution*, Darmstadt 1992, S. 123.

unter dem Titel „Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung“ erschien. Er bezeichnete die Partei als eine „seelenlose Maschine, die das Leben unlebendig macht, Geist und Seele ertötet, die Minderwertigkeit an der Spitze“ trage. Nichts verdiene „so sehr den baldigen Untergang als die Partei. Wer sie mit Feuer und Schwerte austilgt, vollbringt ein frommes Werk.“<sup>12</sup> Hitler, am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler berufen, verwirklichte, was er zuvor als sein größtes Ziel proklamiert hatte: Schluss mit den Parteien.<sup>13</sup> Alle Parteien, die seine ausgenommen, wurden verboten oder zur Selbstauflösung gezwungen. Dieser Schritt wurde damit begründet, dass sie die Schuld an der Zerrissenheit der Deutschen trügen und im Grunde nur ein antideutsches Werk der Juden verrichtet hätten, deren angebliche Herrschaft ja gerade auf dieser Zerrissenheit beruht haben sollte. Die Tatsachen wurden regelrecht auf den Kopf gestellt, denn keineswegs waren die Parteien nur ein Ausdruck der beklagten Zerrissenheit, sondern eher deren Ursache. Zugleich schuf die NSDAP im so genannten Dritten Reich das größte, fast alle Deutschen erfassende Organisationensystem. Ihre „Volksgemeinschaft der Deutschen“ hob nun nationalistisch-rassistische Intoleranz gegenüber allen Nicht-Deutschen, insbesondere gegen die Juden, Slawen, Sinti, Roma usw. sowie gegen körperlich und geistig Behinderte in praktizierte Barbarei.

[165:] Als die Naziherrschaft ihrem Ende entgegenging, hatte sich nicht allein das nationalsozialistische Einparteiensystem diskreditiert, sondern waren auch die Aversionen gegen ein pluralistisches Parteiensystem entstanden. Unter Antifaschisten aller Richtungen spielten sie keine Rolle, allenfalls die Bestrebungen, die Fehler des Weimarer Vielparteiensystems nicht zu wiederholen und ein überschaubares Mehrparteiensystem zu schaffen, dessen Aufgabe es sein sollte, Faschismus und Krieg für immer zu überwinden. In den Vordergrund traten – auf bürgerlicher und auf proletarischer Seite – Initiativen zur Gründung von Einheitsparteien. An eine Zusammenfassung von Parteien, die bis 1933 existiert hatten, zu drei großen Organisationen dachten auch die Oppositionsgruppen um Carl Goerdeler 1943/44. Nach dem Zweiten Weltkrieg vereinigten sich bislang katholisch und protestantisch orientierte Kräfte zur konservativ-interkonfessionellen CDU/CSU. Die Bildung einer einheitlichen Partei erstrebte sowohl in den östlichen als auch in den westlichen Teilen Deutschlands in erster Linie die Arbeiterbewegung. In der Sowjetischen Besatzungszone entstand diese rasch, allerdings unter Verwendung undemokratischer und zum Teil auch repressiver Methoden. Beide deutschen Nachkriegsstaaten entwickelten unterschiedliche Formen des Parteiensystems; der eine die so genannte Parteidemokratie, der andere ein Mehrparteiensystem mit gesetzlich fixierter Führerschaft der SED. Seit 1989/90 dominiert in Deutschland das Parteiensystem der früheren Bundesrepublik – in dessen Gefüge und politische Zielsetzung allenfalls die Partei des Demokratischen Sozialismus nicht zu passen scheint (zumindest noch nicht in jener Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden) – mit allen seinen Voraussetzungen, Schwächen und Problemen, die neue Aversionen neu gegen die Parteien hervorrufen.

Allenthalben und deutlicher als zuvor wird seither wieder Politik- und Parteiverdrossenheit artikuliert. Kritik gilt der Tatsache, dass die Repräsentation der Gesellschaft durch Parteien einer weitgehenden parteipolitischen „Kolonialisierung“ der Öffentlichkeit gewichen ist.<sup>14</sup> Geklagt wird über Skandale unzähliger Art, die das Erscheinungsbild insbesondere der großen Parteien prägen. Festzu stellen ist auch, dass diese nur unzulängliche konzeptionelle Angebote unterbreiten und in personeller

<sup>12</sup> Edgar J. Jung: Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich, Berlin 1930, S. 246.

<sup>13</sup> Als der Zweite Weltkrieg begonnen hatte, erinnerte einer der NSDAP-Gauleiter wohl nicht zufällig an Wilhelms II. und Hitlers Aversion gegen die Parteien: „In einem Jahr 1914 sprach der Kaiser das komische Wort: Er kenne keine Parteien mehr. – Das war die Äußerung eines frommen Wunsches. Mit frommen Wünschen sind wir dann in diesen Krieg gegangen und standen am Ende vor der Vernichtung. Adolf Hitler hat bereits Jahre vorher die Parteien vernichtet und beseitigt. Er hatte bereits, als er in diesen Krieg ging, keine Parteien mehr, sondern hatte ein deutsches Volk. Damals war es so, dass im Jahre 1918 der deutsche Soldat des Krieges sich seiner eigenen Haut schämen musste; denn während er Gut und Blut zum Einsatz brachte, trieben in der Heimat Schieber, Schleichhändler, Kriegsgewinnler und Hamsterer ihr Werk. Während er für seine Nation sein Blut zum Einsatz brachte, verrieten in der Heimat so genannte Regierungen ihr eigenes Volk. Heute ist es anders.“ Rudolf Jordan: Wir und der Krieg. Gedanken aus Reden in diesem Krieg, Dessau 1941, S. 16 f.

<sup>14</sup> Rolf Ebbighausen u. a.: Die Kosten der Parteidemokratie. Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1996, S. 446.

Hinsicht den Typ karrieristisch-anpassungsfähiger Berufspolitiker bevorzugen. Ständig tauchen neue Nachrichten über die Schamlosigkeiten der Parteienfinanzierung auf. Die mangelhafte innerparteiliche Willensbildung und die [166:] verkrusteten Strukturen der Parteiapparate haben in den 90er Jahren ein Übermaß erreicht. Die großen und etablierten Parteien zeigen sich mehr und mehr unfähig, das grundgesetzlich fixierte politische Mitwirkungsgebot der Gesellschaft mit Leben zu erfüllen. Prinzipien wie das der Gewaltenteilung, der institutionellen Machtbalance und der Ermöglichung einer kritischen Öffentlichkeit sind durch einen nicht-öffentlichen Machtgebrauch und offensichtlichen Machtmissbrauch außer Kraft gesetzt. Selbstbezogenheit und nicht zuletzt auch eine Selbstversorgungsmentalität haben aufklärerische Maxime, demokratische und liberale Normen längst über den Haufen geworfen. Zutreffend rügte der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker die „Machtversessenheit“ und „Machtvergessenheit“ der Parteien.<sup>15</sup> Einer der bekanntesten Kritiker des heutigen Parteienwesens, Ulrich von Alemann, sieht vier generelle Mängel: erstens die Bürgerferne und die Entmündigung des Volkes durch die Parteien, zweitens die begrenzte Problemlösungskompetenz der Parteien, drittens die Aushöhlung des Grundsatzes von der Gewaltenteilung und die Entwicklung von Parteien zu einer Monopolmacht und viertens die Dominanz des Eigeninteresses sowie die wachsende Ausbeutung des Staates durch die Parteien.<sup>16</sup>

Möglicherweise lässt sich das 20. Jahrhundert nicht nur anhand der drei Weltkriege (Erster, Zweiter und Kalter Krieg) und der ihnen folgenden systemverändernden Entwicklungsschübe charakterisieren, sondern auch als ein Säkulum unterschiedlichster Parteien und Parteitypen, von Ein-, Mehr- und Vielparteiensystemen sowie von vielgestaltigen Symbiosen staatlicher und parteigebundener Machtapparate bezeichnen. Die soziale Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft blieb jedoch erhalten, und so scheint Neues in der Organisation der Gesellschaft kaum denkbar. Neu ist indessen, dass Kriege wieder zur Tagesordnung gehören; und mit diesen wächst offensichtlich die Neigung der Herrschenden, ganz im Sinne Wilhelms II., vor allem jene Parteien und Organisationen nicht mehr zu kennen, ja diese erneut diffamieren und ausgrenzen zu wollen, die andere politische Konzepte verfolgen und sich jeweiligen Regierungen verweigern, die ein uneingeschränktes „Zusammenstehen“ aller Deutschen im Ringen für den *Standort Deutschland* und um die deutsche Mitwirkung an den Kriegen des 21. Jahrhunderts fordern.

---

<sup>15</sup> G. Hofmann/W. A. Perger: Richard von Weizsäcker im Gespräch, Frankfurt a. M. 1992, S. 40, 164 u. 178.

<sup>16</sup> Verwiesen sei hier aus der Fülle seiner Publikationen lediglich auf sein Buch „rororo spezial Parteien“, Reinbek bei Hamburg 1995.

### ***Einer muss der Bluthund sein***

*Von Wolfram Wette*

Reichshauptstadt Berlin, Januar 1919: Protestmärsche von Arbeitern und Soldaten auf den Straßen der Stadt. Allein am 5. Januar eine Massendemonstration von mehr als hunderttausend Menschen. Eine kleine radikale Minderheit von einigen hundert bewaffneten Demonstranten zieht auf eigene Faust in Richtung Zeitungsviertel und besetzt die Druckerei des sozialdemokratischen „Vorwärts“, das Gebäude des „Berliner Tageblatts“, die großen Betriebe von Mosse, Ullstein, Scherl, Büxenstein und das Wolffsche Telegraphenbüro. Dieser spontanen gewaltsamen Aktion folgt am Abend des 5. Januar die Bildung eines Revolutionsausschusses. Er ruft zum Generalstreik und zum Sturz der Regierung auf. Insgesamt eine unübersichtliche Szenerie für die Regierung der Volksbeauftragten, die seit dem Auseinanderbrechen der SPD/USPD-Koalition Ende Dezember 1918 nur noch aus Vertretern der Mehrheitssozialdemokratischen Partei (MSPD) besteht. Aus ihrer Sicht stellen die demonstrierenden Massen, in denen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) – hervorgegangen aus dem linksradikalen Spartakus-Bund – eine beträchtliche Anhängerschaft zu haben scheint, ein schwer einschätzbares Gefahrenpotential dar.

Am 6. Januar treten die Regierung der Volksbeauftragten sowie Mitglieder des Zentralrats und des preußischen Kabinetts zu einer Krisensitzung zusammen, um über die Maßnahmen zu beraten, die nun getroffen werden müssen. Friedrich Ebert, der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten, erklärt ebenso kategorisch wie allgemein, dass es so nicht weiter gehen könne. Die Regierung müsse sich eine Truppe schaffen, auf die sie sich verlassen könne. Gustav Noske, erfahrener sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und seit Ende Dezember 1918 in der Regierung der Volksbeauftragten mit der Zuständigkeit für Heer und Marine betraut<sup>1</sup>, führt Eberts Gedanken sinngemäß fort, indem er fordert, „dass nun versucht werden müsse, mit Waffengewalt Ordnung zu schaffen“. Er meint damit nicht, was bei innenpolitischen Unruhen nahe gelegen hätte, den Einsatz der Polizei, sondern ein militärisches Vorgehen gegen die bewaffneten Besetzer des Zeitungsviertels in Berlin. Erstaunlicherweise erhebt keiner der anwesenden Regierungs- und Zentralratsmitglieder Einspruch. Offenbar teilen sie die Meinung Noskes, dass [168:] nun durch das Militär und mit Waffengewalt „Ordnung“ geschaffen werden müsse.

Sodann geht es um die Frage, welche Persönlichkeit für die Leitung dieser Aufgabe in Frage kommen könne. Der preußische Kriegsminister, Oberst Walther Reinhardt, einer der wenigen republikanisch gesinnten Militärs jener Zeit, macht den Vorschlag, den Kommandeur der in Berlin stationierten Garde-Kavallerie-Schützendivision (GKSD), Generalleutnant Heinrich v. Hoffmann, mit der Aufgabe zu betrauen. Dagegen wenden die sozialdemokratischen Politiker ein, „dass die Arbeiter gegen einen General größte Bedenken hegen würden“. Also stellen sie Überlegungen darüber an, welcher Nicht-General geeignet sein könnte, das gewaltsame Ordnungsschaffen in der Reichshauptstadt zu übernehmen, ohne dass damit die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit provoziert würde.

Keiner der Politiker kommt auf die Idee, den preußischen Innenminister ins Spiel zu bringen, dem doch die Polizei des größten deutschen Staates untersteht. Offenbar hat man die Polizei als staatliches Instrument zur Befriedung innerer Unruhen seit den Kriegsjahren einfach aus den Augen verloren. An die Berliner Polizei denken die MSPD-Politiker schon gar nicht, da sie wissen, dass die soeben erfolgte Ablösung des Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) die Massendemonstrationen mit ausgelöst hat. Jedenfalls fällt nun der Name des für das Militär zuständigen Volksbeauftragten Gustav Noske. Dieser sieht sich zu einer Erklärung genötigt. Sie lautet: „Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“

---

<sup>1</sup> Siehe dazu auch die von Gustav Noske verfassten Bücher „Kolonialpolitik und Sozialdemokratie“ (1914), „Wie ich wurde“ (1919), „Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution“ (1920) und „Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie“ (1947).

Noske hatte schon im November und Dezember 1918 in dem revolutionären Unruheherd Kiel in der Rolle eines Gouverneurs bewiesen, dass er sich aufs „Ordnungsschaffen“ verstand, und war aus diesem Grunde von seinem Freund Friedrich Ebert nach Berlin geholt worden. Dort hatte er bereits am 27. Oktober 1918, noch vor seinem Eintritt in das Revolutionskabinett der Volksbeauftragten, deutlich gemacht, was nach seiner Überzeugung zu tun sei. Wie ein anwesender Offizier notierte, trat er „sehr energisch dafür ein, zu schießen, wenn sich dies zur Wiederherstellung der Ordnung als notwendig erweisen sollte, und zwar auf jeden, der der Truppe vor die Flinte läuft. Ohne Blut sei die Sache eben nicht zu machen“. Schon damals beschrieb Noske sein politisches Ziel also mit dem Begriff „Ordnung“ und ließ keinen Zweifel daran, dass dieses Ziel nur mit „Blut“ zu erreichen sein würde. Kompromissmöglichkeiten lotete er [169:] jeweils nicht aus. Statt dessen setzte er umstandslos und ohne genaue Analyse der Lage auf den energischen Gewalteinsatz des Militärs.

Die in der Krisensitzung vom 6. Januar 1919 anwesenden MSPD-Politiker wussten also genau, was Noske mit seiner Formulierung meinte. Die Metapher „Bluthund“ gehörte seinerzeit zum gängigen Sprachschatz der Politiker. Sie war dem Milieu der Jäger entliehen. Der Jäger setzt den Bluthund, englisch „bloodhound“, einen so genannten Schweißhund, bei der Jagd ein, um angeschossenes Wild zu verfolgen. Der Kriminalpolizei diente der Bluthund zum Aufspüren der Blutspuren flüchtender Mörder. In der Vorstellungswelt der Allgemeinheit, die weder etwas mit der Jagd noch mit dem Polizeidienst zu tun hatte, figurierte der Bluthund mit seinen tiefstzenden, rot unterlaufenen Augen als ein Tier, das den Menschen Angst einflößte. In der politischen Sprache der damaligen Zeit galt als ein Bluthund, wer sich nicht scheute, in innergesellschaftlichen Konflikten für den Einsatz von Waffengewalt einzutreten.

In diesem Sinne hatte der sozialdemokratische Volksbeauftragte Philipp Scheidemann schon am 28. Dezember 1918 im Hinblick auf die revolutionären Auseinandersetzungen in der Reichshauptstadt Berlin prophezeit, jeder, der nun als neues Mitglied in die Regierung eintrete, stehe in der Gefahr, zum „Bluthund“ zu werden. Noske griff diese gängige Metapher dann am 6. Januar auf. Sie blieb bis zum heutigen Tage mit seinem Namen verbunden. Dazu trug auch die damalige politische Propaganda der Linksräder bei, die nicht müde wurden, das Feindbild vom „Bluthund Noske“ zu zeichnen, der auf revolutionäre Arbeiter habe schießen lassen und der damit alle revolutionären Veränderungsprozesse abgewürgt habe, die über die Wahlen zur Nationalversammlung hinausgingen.

Nachdem Noske seine Bereitschaft erklärt hatte, die Verantwortung für das „Ordnungsschaffen“ zu übernehmen, übertrug ihm die Regierung „weitgehende Vollmachten zum Zwecke der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Berlin“. Die von Kriegsminister Reinhartd vorsorglich mitgebrachte und auf den Namen des Generalleutnants v. Hoffmann ausgestellte schriftliche Vollmacht wurde handschriftlich geändert und der Name Hoffmann durch den Namen Noske ersetzt. Dessen militärische Befehlsgewalt wurde mit der ad hoc gewählten und wenig präzisen Formulierung „Überbefehlshaber der Regierungstruppen in und um Berlin“ umschrieben. Mit dieser Regierungsentscheidung war der Weg zu einer politischen Beilegung des Konflikts verbaut.

[170:] Noske ging sogleich daran, die militärische Niederwerfung des Aufstandes vorzubereiten. Am 11. Januar marschierte er als Oberbefehlshaber von etwa 3000 Regierungssoldaten durch die Berliner Innenstadt und das Regierungsviertel, um der Bevölkerung zu demonstrieren, dass die Regierung nun wieder über militärische Mittel verfügte.

Mit dem Einsatz überlegener militärischer Truppen während der Januar-Unruhen in Berlin begann eine Eskalation der Gewalt. In den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen der ersten Hälfte des Jahres 1919 verloren mehrere tausend Menschen ihr Leben. Einen ähnlichen Blutzoll hatten innere Konflikte in Deutschland seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr gefordert. Diese Eskalation der Gewalt war keineswegs zwingend vorgezeichnet. Vielmehr standen am Beginn dieser Entwicklung Entscheidungen Noskes, deren Notwendigkeit zumindest zweifelhaft war und die selbst eskalierend wirkten. So beruhte die Reaktion der Regierung auf die Berliner Januar-Unruhen auf einer problematischen Lagebeurteilung. Die Gefahren waren weit geringer als von Noske angenommen. Beim Einsatz der Regierungsmacht wurde nicht nach dem polizeilichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel

verfahren, sondern nach dem militärischen Sieg-oder-Niederlage-Prinzip. Unter dem Eindruck dieser Denkweise sperrte sich Noske – zunächst in Berlin, dann in Bremen, München und anderen Städten – gegen politische Kompromisslösungen.

Fragt man nach den Gründen für die Bedenkenlosigkeit Noskes beim Einsatz militärischer Gewaltmittel im Innern, so muss in erster Linie daran erinnert werden, dass das Weltkriegserlebnis auch ihn nachhaltig geprägt hatte. Obwohl er selbst nicht Soldat gewesen war, sondern während der Kriegsjahre wichtige politische Aufgaben als Reichstagsabgeordneter erledigt hatte, scheint ihm in dieser Zeit die militärische Gewalt als Mittel der Politik gleichsam zur Normalität geworden zu sein. Hinzu kommt, dass er wohl aus einer Grundhaltung heraus agierte, die man einmal als „Anti-Chaos-Reflex“ bezeichnet hat. Noske setzte seinerzeit ohne weitere Umstände Chaos und Bolschewismus in eins und war froh, seinem Bestreben, Tür Ruhe und Ordnung zu sorgen, den klingenden Namen „Kampf gegen das bolschewistische Chaos“ geben zu können. Er wusste genau, dass dieses Feindbild als eine ideo-logische Klammer für die sozialdemokratisch-bürgerliche Ordnungskoalition dienen und als wirkungsvolles Kampfmittel gegen die revolutionäre Linke eingesetzt werden konnte.

[171:] Was der damaligen Konfliktkonstellation eine zusätzliche Schärfe verlieh, war der Tatbestand, dass Noske keinerlei Anstalten machte, zu den Offizieren der soeben untergegangenen Monarchie auf Distanz zu gehen. Vielmehr griff er auf Truppen zurück, die während der Revolutionsmonate von diesen „kaiserlichen“ Offizieren unter dem Namen „Freikorps“ aufgestellt worden waren. Die Angehörigen dieser Freikorps waren ausgesprochen konterrevolutionär eingestellt. Sie sahen in den Menschen, die sich 1918/19 für eine revolutionäre Veränderung des militaristischen Systems einsetzen, den inneren Feind schlechthin, der ebenso bekämpft werden musste wie zuvor der äußere Feind.

Die Kooperation der sozialdemokratischen Volksbeauftragten mit der militärischen Elite der Kaiserzeit und mit den zum Teil ausgesprochen rechtsradikal eingestellten Freikorps-Soldaten ist schon bei vielen Zeitgenossen auf Kritik gestoßen. Denn sie hat die politische Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung irreparabel vertieft. An der unterschiedlichen Beantwortung der Frage, wie sich die deutsche Sozialdemokratie zum Kriege stellen sollte, war die Partei 1917 zerbrochen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) hatte sich zum Sammelbecken der sozialistischen Kriegsgegner und Pazifisten entwickelt. Als dieser Hauptstreitpunkt durch die Beendigung des Krieges wegfiel, wurde die Zusammenarbeit beider Parteien in der Regierung der Volksbeauftragten prinzipiell möglich. Sie ging aber bereits Ende Dezember 1918 in die Brüche, weil Friedrich Ebert „kaiserlichen“ Offizieren den Befehl zum gewaltsamen Vorgehen gegen einen als revolutionär eingeschätzten Truppenverband – die so genannte Volksmarine-Division gegeben hatte. In der Verfolgung dieser Kooperation mit dem überkommenen Militär ließ Noske dann alle Versuche, die Revolution weiterzutreiben, durch seine Freikorps zusammenschießen. Die Kluft zu den Unabhängigen wurde dadurch immer größer. Zum einen hielten sie Noskes Zusammenarbeit mit dem reaktionären Militär für einen schweren politischen Fehler. Zum anderen beurteilten sie seinen hemmungslosen Einsatz staatlicher Gewaltmittel als eine vollständige Abkehr von den demokratischen Traditionen und Überzeugungen der Sozialdemokratie. Demokratie – das hieß doch gewaltfreier Konflikttausch im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich. Und nun glaubte ein sozialdemokratischer Reichswehrminister, sämtliche innenpolitischen Konflikte mit Waffengewalt lösen zu können. Nun tat er genau das, was Kaiser Wilhelm II. der [172:] Sozialdemokratie der Vorkriegszeit mehrfach androht, glücklicherweise aber nicht wahr gemacht hatte.

Wie zuvor die Einstellung zum Krieg, so war es während der Revolutionsmonate 1918/19 die Einstellung zum „kaiserlichen“ Militär und zum Gewalteinsetz im Innern, worüber sich rechte und linke Sozialdemokraten, also MSPD und USPD, nicht verständigen konnten. Noske befand sich mit seiner Politik der „eisernen Faust“ auf dem äußersten rechten Flügel der Mehrheitssozialdemokraten. Seit dem Sommer 1919 artikulierte sich die Kritik an ihm auch in den Reihen der eigenen Partei. Noske stellte das Haupthindernis für ein neuerliches Zusammengehen der beiden sozialdemokratischen Parteien dar, das eigentlich in der Logik der politischen Entwicklung gelegen hätte, nachdem die Kommunisten am letzten Tag des Jahres 1918 eine eigene Partei gegründet hatten. Ein Zusammengehen von MSPD und USPD entsprach damals auch einem in der deutschen Arbeiterschaft verbreiteten

Bedürfnis. Auf der Basis der Noskeschen Gewaltpolitik war die Forderung nach einem Zusammengehen jedoch unrealistisch, ja unmöglich. Es ist keineswegs ein Zufall, dass die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien und die Abwanderung eines Teils der USPD-Mitglieder zur KPD erst nach dem Abtritt Noskes von der politischen Bühne vollzogen wurden. Mit seiner gewaltsamen Ordnungspolitik hatte sich Noske „militaristischer“ Methoden bedient und damit das Ideal der gewaltfreien Demokratie, der Kompromisssuche und des friedlichen Ausgleichs nachhaltig desavouiert. Diese Politik gehörte zu den Geburtsfehlern der Weimarer Republik.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Der Beitrag stützt sich insbesondere auf Ulrich Czisnick: Gustav Noske. Ein sozialdemokratischer Staatsmann. Göttingen, Zürich, Frankfurt a. M. 1969; Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie. Düsseldorf 1987, 2. Aufl. 1988; ders.: Gustav Noske. In: Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Ein Lexikon. Hg. von Manfred Asendorf/Rolf von Bockel, Stuttgart/Weimar 1997, S. 457 f.; ders.: Gustav Noske. In: Neue Deutsche Biographie. Hg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 19. Bd., Berlin 1999, S. 347 f.; ders.: Risse im Fundament. Die frühen Jahre der Weimarer Republik unter der Last des militaristischen Erbes. In: „Halb erotisch – halb politisch“. Kabarett und Freundschaft bei Kurt Tucholsky. Hg. Von Stefanie Oswalt/Roland Links im Auftrag der Kurt-Tucholsky-Gesellschaft, Oldenburg 2000, S. 13-32; Reiner Butenschön/Eckart Spoo (Hg.): Wozu muss einer der Bluthund sein? Der deutsche Sozialdemokrat Gustav Noske und der deutsche Militarismus des 20. Jahrhunderts, Heilbronn 1997.

## Novemberverbrecher

Von Manfred Weißbecker

Die Weimarer Republik wurde von großen Teilen deutscher Industriherren, Bankiers, Militaristen und Politiker abgelehnt, zum Teil auch regelrecht gehasst. Viele – vor allem auch jene, die früher Sozialdemokraten und Gewerkschafter pauschal als „Vaterlandsverräter“ beschimpft hatten, sahen in ihrem Ursprung – der Revolution vom November 1918 – das Verbrechen an Volk und Nation schlechthin. In der Novemberrevolution erkannten sie einen der [173:] wesentlichsten Ausgangspunkte parlamentarisch-demokratischer Entwicklung in Deutschland. Für sie stand fest, die Erhebung gegen Monarchie und Krieg habe als Dolchstoß in den Rücken des *im Felde unbesieгten Heeres* gewirkt und sei ausschlaggebende Ursache der Kriegsniederlage und demzufolge auch die aller Lasten des Versailler Friedensvertrages gewesen. Ohne Revolution, so behaupteten je dreist, würde es in Deutschland kein Elend und keine Armut geben, denn allein die für die Revolution Verantwortlichen – völlig undifferenziert gesehen als Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Liberale und zugleich als Juden – hätten Misswirtschaft und Not bewirkt. Mit der Ablenkung von den tatsächlichen Ursachen und Verursachern der wirtschaftlichen Situation wurde zugleich das Kaiserreich als Hort von Zucht und Ordnung gepriesen, an dem feige Treulosigkeit begangen worden sei.

Es war nicht allein die NSDAP, die in solcher Art und Weise ihren Hass auf die Republik herausstellte. Nahezu alle Teile der bürgerlichen Eliten sahen in der Revolution nicht mehr als eine trübe und möglichst für immer zu verstoppfende Quelle katastrophaler Verhältnisse. Konservative, national-liberale und andere Organisationen bemühten sich ebenso, den Eindruck zu vermitteln, lediglich mit ihrer Hilfe und selbstverständlich unter ihrer Führung sei dem – von ihnen selbst an die Wand projizierten – Menetekel vom kommenden Untergang der deutschen Nation zu entgehen. Mit der Weimarer Republik bekämpften sie jeden Versuch, soziale Schranken und Ungerechtigkeiten zu verringern und endlich in Deutschland den großen Idealen bürgerlicher Revolutionen und der Aufklärung zum Durchbruch zu verhelfen, die Prinzipien der Gewaltenteilung zu verwirklichen und des Volkes Souveränität zu sichern, Versuche also, jene Grundsätze zu verwirklichen, von denen jede Demokratie auszugehen hat – zumindest der Theorie zufolge.

Tatsächlich, wenn auch ansatzweise, halbherzig und unzulänglich hatten sich nach der Novemberrevolution Chancen für eine Beschränkung großbürgerlich-autoritärer Macht sowie für eine gewisse Mitbestimmung bislang unterjochter Klassen und Schichten an Politik und Wirtschaft geboten. Zukunftorientierte Ansätze in Sozialpolitik, Schul- und Bildungswesen, Wohnungsbau usw. waren deutlich hervorgetreten, obgleich die mit der demokratischen Weimarer Verfassung verbundenen Chancen zu wenig oder gar nicht wahrgenommen worden sind. Selbst den zeitweilig regierenden Sozialdemokraten missfiel die Revolution, und da sie ihnen auch als verabscheu-[174]ungswürdig galt, taten sie folgerichtig alles, um beispielsweise die Erhebung des 9. November zu einem Staatsfeiertag zu verhindern.

In allen Jahren der Weimarer Republik variierte die NSDAP das Thema vielfältig. Sie stellte es regelrecht in das Zentrum ihrer Propaganda: Immer und immer wieder sprach sie von „Revolutionsverbrechern“ und „Revolutionslumpen“, vom „Novemberstaat“ oder von der „Novemberrepublik“, von „Idioten“ und „Totengräbern“ des Reiches, von den „Berliner Schweinehunden“.<sup>1</sup> Kaum eines der unzähligen Schimpfwörter, die in der deutschen Sprache anzutreffen sind, wurde in solchem Zusammenhang ausgelassen, um die Revolution zu diffamieren und ihre historische Legitimität in Frage zu stellen, um Hass auf die Republik zu propagieren und zum Kampf gegen sie zu mobilisieren. Wo inhaltliche Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner nicht fruchten sollten, sollte eine sich menschenfreundlich gebende Warnung vor den Untaten der „Linken“, der verräterischen „Sozis“ und der jüdischen „Bolschewisten“ greifen. Die Partei der deutschen Faschisten benötigte Totschlag-Argumente, die helfen sollten, eigene Ziele und Methoden zu bemänteln. Darunter spielte jenes vom

<sup>1</sup> Siehe Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924. Hrsg. v. Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn (künftig: Jaeckel), Stuttgart 1980, passim.

Verbrechen der Revolution und vom „roten Terror“ eine außerordentlich große Rolle. Dem könne nicht anders als gewalttätig begegnet werden.

Doch eine solche Rechtfertigung des eigenen Terrorismus entsprach keineswegs der Realität, denn die These von den Verbrechen der Revolutionäre stützte sich im Grunde lediglich auf bloße Behauptungen. Historiker können Beispiel auf Beispiel häufen und belegen, dass in Deutschland „linker Terror“, auf den lediglich reagiert worden sei, keineswegs so radikal gewesen ist, wie es dargestellt wurde. Gerade Novemberrevolution und Weimarer Republik weisen aus, wie sehr die Behauptung vom „roten Terror“ einem Popanz glich, wie falsch und irreführend das Wort von den *Novemberverbrechern* war und wie mit ihm letztlich die Revolution selbst als Verbrechen diffamiert werden sollte. Die überlieferten Zahlen sprechen eine andere Sprache: Die Revolution von 1918/19 vollzog sich zunächst außerordentlich gewaltarm und zählte zu den unblutigsten Revolutionen der Geschichte. Am 3. November 1918 starben acht Demonstranten, als ein Marineoffizier in Kiel auf sie schießen ließ; am 9. des gleichen Monats wurde in Berlin ein junger Kommunist vor der Maikäfer-Kaserne erschossen. War das „roter Terror“? Blut begann in größerem Maße zu fließen, als ein erster Putschversuch gegen die Revolution stattfand – am 7. Dezember 1918 – und wenig [175:] später der so genannte Weihnachtsputsch gegen die Volksmarinedivision organisiert wurde. Beide Aktionen bildeten das Fanal für die dann im Januar 1919 beginnenden und sich rasch verstärkenden bewaffneten Auseinandersetzungen, in denen die führenden Politiker der Jungen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, bestialisch umgebracht wurden.

Der gutmütigen Revolution, so urteilte der Publizist und Historiker Sebastian Haffner in seinem Buch über die deutsche Revolution von 1918, sei eine grausame Konterrevolution gefolgt. Bis zum Mai 1919 sind Tausende von Arbeitern erbarmungslos ermordet worden, die meisten in Berlin nach dem Generalstreik von Anfang März und in Bayern nach der Münchener Räterepublik vom Ende April. Auch die häufig zitierten Lichtenberger Beamtenmorde stellten sich schon damals als ein Schwindel heraus. Die Presse berichtete von 60 bis 150 Ermordeten. Tatsächlich waren zwei Kriminalbeamte ums Leben gekommen; einer in den bewaffneten Auseinandersetzungen, und über die Todesart des anderen konnte offiziell nichts festgestellt werden. Die Aburteilung von sieben Münchener Mitgliedern der völkisch-rassistischen Thule-Gesellschaft und weiterer drei Personen (bei denen Waffen und gefälschte Stempel von Institutionen der Räterepublik gefunden worden waren und die sich als Spione gegen die Räterepublik betätigten) durch ein in arger Bedrängnis handelndes Revolutionstri-bunal erfuhr in der bürgerlichen Presse und erst recht in der nationalsozialistischen Propaganda als „Geiselmord“ eine völlig unzulässige Überhöhung.<sup>2</sup> Das Schreckgespenst der *Novemberverbrecher*, auch wenn es vielfach mit der Oktoberrevolution und dem äußerst blutigen Verlauf des Bürgerkrieges in Russland in Verbindung gebracht worden ist, erwies sich weitgehend als eine Erfindung derjenigen, die selbst kein anderes Mittel als das [176:] des Terrors kannten, um ihre Ziele – sowohl real als auch präventiv gegen die Weimarer Republik durchzusetzen.

Das Schlagwort *Novemberverbrecher* diente der NSDAP in unterschiedlicher Weise. Erstmalig tauchte es in ihren Veranstaltungen am 18. September 1922 auf, begleitet von tosendem Beifall ihrer Besucher im Münchener Zirkus Krone. Hitler erklärte, man könne sich nicht mit denen an einen Tisch setzen, die Deutschland im Interesse und dirigiert von ein paar Dutzend jüdischer Bankiers zugrunde richten würden: „Nein, wir verzeihen nicht, sondern fordern – Vergeltung!“<sup>3</sup> Zu einer Aktionslösung geriet das Wort von den *Novemberverbrechern* im Jahre 1923. Am 11. Januar, unmittelbar nach dem Beginn der französisch-belgischen Sanktionsmaßnahmen gegen das Ruhrgebiet, hielt Hitler eine Rede „Nieder mit den Novemberverbrechern“. Man wolle so lange demonstrieren, bis die *Novemberlumpen* verhaftet seien und dann eine „viel größere Revolution ... als die von 1918“ beginne.<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> Siehe Hermann Gilbhardt: Die Thule-Gesellschaft. Vom okkulten Mummenschanz zum Hakenkreuz, München 1994, S. 121 f.

<sup>3</sup> Jäckel, S. 692.

<sup>4</sup> Jäckel, S. 792.

Verknüpft wurde das Wort *Novemberverbrecher* stets mit konkreten Forderungen. Sie sollten als „Nichtdeutsche“ vernichtet, an „Laternenpfählen“ aufgehängt oder zumindest vor ein Gericht gestellt werden. Wenn sich das deutsche Volk dazu aufraffen würde, wenigstens „22 *Novemberverbrecher*“ umzubringen, würde dies der „ganzen übrigen Welt“ mehr Angst einjagen, als „wenn wir ihnen 22 gut ausgerüstete und wohl disziplinierte Divisionen entgegenstellen“ könnten.<sup>5</sup> Der Name *Novemberverbrecher* werde noch in Jahrhunderten auf diesen Leuten lasten. Nachdem die „Münchener Post“ am 24./25. März 1923 in einem Artikel „Hitler und die Novemberverbrecher“ von Aktivitäten des NSDAP-Führers während der Novemberrevolution in Münchener Arbeiter- und Soldatenräten berichtet und ihn in die gleiche Kategorie eingereiht hatte, trat Hitler mit einer umfangreichen Erklärung hervor. In ihr bezeichnete er diese Meldungen als Lüge und beschimpfte die Räte „als Ausgeburt einer verlotterten Revolutionsepoke“. Zugleich erhob er sogar den Anspruch, das Wort vom *Novemberverbrecher* geprägt zu haben. Er sei immer „der gleiche unversöhnliche Feind“ einer Gesellschaft gewesen, die er lediglich als „einen marxistisch-jüdisch-internationalen Saustall“ ansehen würde. In seinen Augen gebe es für diejenigen, die daran schuld seien, „nur eine gerechte Strafe ...: den Strick.“<sup>6</sup> Unmittelbar vor dem nationalsozialistischen Putsch gegen die Weimarer Republik sowie in seinem Verlauf hieß es dann, die Regierung der „Mörder unseres Vaterlandes“ und der *Novemberverbrecher* sei abzusetzen, Deutschland [177:] vom Parlamentarismus zu säubern und eine „völkische Diktatur“ zu errichten.

Während der Prozessfarce vor dem Münchener Volksgericht gegen die Putschisten verkündete Hitler, auch künftig werde es sein „Reservat“ sein, für die „Auseinandersetzung und die Abrechnung mit den Novemberverbrechern“ zu kämpfen.<sup>7</sup> Auch in den folgenden Jahren gehörte die fortwährende Verwendung der kriminalisierenden Worte vom Novemberverrat und von den *Novemberverbrechern* zu den Mitteln, mit denen die deutschen Faschisten weiter um die Revision aller Ergebnisse der Revolution vom November rangen. Die Begriffe gehörten zur Standardausrüstung ihrer Propaganda.

Nach dem 30. Januar 1933 benutzte die NSDAP das Schlagwort als Grundlage ihrer politischen, juristischen und ideologischen Abrechnung mit der Weimarer Republik. In der April-Ausgabe der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ schrieb einleitend Thilo von Trotha, ein Mann aus der Umgebung Alfred Rosenbergs: „Als unter dem Jubel der Glocken von Potsdam das Novembersystem wie ein Spuk versank, da wandte sich der Blick des deutschen Volkes in neu erwachter Zuversicht nach vorwärts. Vergessen und ausgelöscht erschien mit einem Schlag das halbe Menschenalter der Schmach, das unser Volk durchlebte und, wie so oft, kam an vielen Stellen die alte unkluge Gutmütigkeit des germanischen Menschen wieder zum Vorschein, der wohl zu zürnen vermag, aber nur zu schnell erlittene Unbill vergisst. Wir aber wollen nicht vergessen! Wir decken nicht den Mantel der Liebe über das, was in diesen fünfzehn Jahren geschah. Wir werden schonungslos auch die letzte Schandtat aufdecken, durch die unser Volk entwürdigt worden ist.“ Triumphierend und apodiktisch formulierte er auch: „.... niemals gab es ein kleineres und kläglicheres Geschlecht von Verrätern als das von 1918.“<sup>8</sup>

Welchen Stellenwert die NSDAP diesem Verdammungsurteil einräumte, ging ebenfalls aus dieser Publikation hervor. Als übergreifendes Thema des April-Heftes der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ war ursprünglich ein anderes geplant; es sollte das Werk Richard Wagners behandelt werden. Nunmehr erschien das Heft Unter einem kurzfristig veränderten Titel. Dieser lautete: *Novemberverbrecher*. Auch dies sollte helfen, jene Kriminalisierungs- und Inquisitionsmaschinerie zu rechtfertigen, die 1933 mit allen Antifaschisten barbarisch abzurechnen begann – begeifert als marxistisch-jüdische *Novemberverbrecher*, als „rote“ Gewalttäter und Terroristen, als „Ungeziefer“ an Leib und Seele des deutschen Volkes ...

<sup>5</sup> Jäckel, S. 842.

<sup>6</sup> Jäckel, S. 853.

<sup>7</sup> Jäckel, S. 1128.

<sup>8</sup> Thilo von Trotha: Einleitung. In: Nationalsozialistische Monatshefte, H. 37, April 1933, S. 145.

## Die Ketten von Versailles

Von Manfred Weißbecker

„In Ketten schlug der Feind das Land.  
Schießt sie entzwei mit sicherer Hand!“

(Text auf einer Zielscheibe der Mainberner Schützengesellschaft, 1922)

Kaum ein anderes internationales Abkommen und kein Friedensschluss zwischen Siegern und Besiegten wurde von den Deutschen mehr mit pejorativen Floskeln versehen als jener Vertrag, der am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles unterzeichnet worden ist. Er besiegelte ihre militärische Niederlage im Ersten Weltkrieg und war an die Stelle des erhofften eigenen „Siegfriedens“ über die Mächte der Entente getreten. Auf den Versailler Friedensvertrag – ihn hatten Vertreter von 32 Staaten ausgehandelt, doch weder die USA noch Sowjetrussland unterschrieben – bezogen sich in der Weimarer Republik und im Dritten Reich zahlreiche Schlagwörter und Schlachtufe; ja, sie finden sich noch immer zuhauf auch in neonazistischen Publikationen und Webseiten des Internets.

Geredet wurde ständig von einem beleidigenden *Schmachfrieden* von niederträchtiger Knebelung des deutschen Volkes, das mit ihm in unehrenhafte, demütigende und schändliche *Ketten* gelegt worden sei. Die Deutschen – so hieß es landauf und landab – wären *im Felde unbesiegt* geblieben und lediglich dem *Dolchstoß* in den Rücken des siegreichen Heeres erlegen, von *Novemberverbrechern* in die *Versailler Knechtschaft* geführt und einer schamlosen *Lüge von deutscher Kriegsschuld* unterworfen worden. Versailles würde den „Tod des deutschen Volkes“ bedeuten, das er nicht allein „die heutige Generation“ versklave, sondern „auch die Kinder und Kindeskinder!“ Als 1930 mit Wilhelm Frick erstmals ein Mitglied jener Partei, die ihren Kampf gegen Versailles zugleich mit einer maßlos unmenschlichen antisemitisch-rassistischen Ideologie verknüpfte, Minister einer Landesregierung wurde, setzte er in Thüringen sofort durch, dass Schüler im Unterricht hasserfüllte nationalistische Gebete zu sprechen hatten; später sollten die Kinder bei zahlreichen Gelegenheiten im Chor von sich geben: „Die deutsche Schande soll brennen in unseren Seelen bis zu dem Tage der Ehre und der Freiheit.“<sup>1</sup> Zugleich umgaben deutsche Politiker, Publizisten und Militärs die-[179:]sen Frieden mit unzähligen Legenden, Halbwahrheiten und glatten Lügen. Und alles zeitigte verheerende Wirkungen ...

Gewiss: Der Friedensvertrag von Versailles war hart, schlecht und keineswegs an den Erfordernissen eines friedlichen Zusammenlebens der Völker orientiert. Zwar enthielt er auch die Satzung des ebenfalls in Versailles am 14. Februar 1919 gegründeten Völkerbundes, doch hielt diese internationale Organisation von mehr als 60 Staaten nicht, was sie versprach: den Frieden in der Welt sichern zu wollen. Im Grunde bedeuteten alle jene in den ersten Jahren nach Kriegsende in Pariser Vororten ausgehandelten Friedensverträge, die mit Deutschland und seinen Verbündeten (Bulgarien, Osterreich, Türkei, Ungarn) abgeschlossen worden sind, eine Fortsetzung des Krieges zwischen den imperialistischen Konkurrenten, ausgetragen mit diplomatischen, ökonomischen, politischen und geistigen Mitteln. Sie zu akzeptieren und erfüllen zu wollen oder völlig abzulehnen – das machte gleichsam den neuen Krieg aus, der in Deutschland vor allem auch „um die Köpfe“ jener Menschen geführt wurde, die als Soldaten und Offiziere, Beamte und Angestellte, Arbeiter und Bauern, kurz: als Masse Mensch für ein Erfolg versprechendes Bestreben unentbehrlich waren, den Versailler Friedensvertrag aufzuheben. Historiker und Publizisten, befinden sie sich auf der Suche nach den Ursachen späterer Ereignisse, sehen bis heute vor allem in Deutschland durch den Versailler Frieden den Nährboden bereit für Entstehen und Aufstieg der faschistischen Bewegung, für die Zerschlagung der Weimarer Republik und schließlich für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Indessen wird kaum noch

<sup>1</sup> Alle Belege sind enthalten in Max Wolkowicz: Arbeitsausschuss Deutscher Verbände (AADV) 1921-1937. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. v. Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs)/Werner Fritsch/Herbert Gottwald/Siegfried Schmidt/Manfred Weißbecker, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 102.117.

die Meinung vertreten, Versailles sei hauptsächlich oder gar allein „an Hitler“ schuld; mit ihr hatten es sich die im Nürnberger Prozess angeklagten Hauptkriegsverbrecher<sup>2</sup> und mit ihnen viele Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg leicht gemacht, ihren eigenen Weg zum Faschismus zu bemänteln und alle Schuld wieder einmal anderen zuzuweisen.

Die Sieger von 1918 hatten in der Tat harte Bedingungen diktiert. Die wichtigsten besagten, das Reich habe 67.300 Quadratkilometer seines Gebietes (Elsass-Lothringen, Westpreußen, Teile Ostpreußens und Oberschlesiens, Memelland, Eupen-Malmedy u. a.) abzutreten, mit denen es über 75 Prozent seiner Eisenerz- und 20 Prozent seiner Steinkohleförderung sowie 26 Prozent seiner Roheisenerzeugung verlor; das Saargebiet sei für 15 Jahre unter französische Verwaltung zu stellen, das linksrheinische Gebiet von alliierten [180:] Truppen zu besetzen, die deutschen Kolonien dem Mandat anderer Mächte zu unterstellen. Zudem waren erhebliche Rüstungsbeschränkungen formuliert worden: Das Heer durfte nicht mehr als 100.000 Mann umfassen, die Marine nur 15.000. Verboten war die Ausrüstung der Reichswehr mit Panzern, schwerer Artillerie, Flugzeugen und U-Booten. Auf eine allgemeine Wehrpflicht musste verzichtet werden. Darüber hinaus forderte der Vertrag eine Blanko-Verpflichtung zur Zahlung von Reparationen, die in Form von Geld- und Sachwerten abzuleisten waren. Deren Höhe wurde 1921 zunächst auf 132 Mrd. Goldmark beziffert, 1924 im Dawes-Plan und 1929 im Young-Plan weiter präzisiert – am Ende, also im Jahre 1932, waren tatsächlich Reparationsleistungen im Werte von 53 Mrd. Goldmark erbracht worden. Gleichsam als Sofortlieferung galten alle Handelsschiffe mit mehr als 1600 Bruttoregistertonnen, ein Viertel der Fischfangflotte, Lokomotiven, Eisenbahnen, Maschinen, Vieh usw. Rund 800 deutsche Offiziere und Politiker sollten ausgeliefert und wegen im Kriege begangener Verbrechen von alliierten Gerichten angeklagt und verurteilt werden. Artikel 231 des Friedensvertrages fixierte deutsche Schuld an den Verlusten und Schäden des Krieges, indirekt auch am Ausbruch des Krieges.<sup>3</sup> Auf ihn stützten sich im Grunde alle im Vertrag enthaltenen Forderungen, bot er doch seine historisch-moralische Rechtfertigung. Zudem behielten sich die Siegermächte vor, würden die Reparationsansprüche der Vertragspartner durch Deutschland nicht oder nur unzureichend erfüllt, sie mit Sanktionen zu erzwingen.

In allen politischen Lagern der Weimarer Republik stieß der Versailler Friedensvertrag auf lautstarke Ablehnung, wenngleich mit unterschiedlichen Akzenten und Zielsetzungen. Obgleich Philipp Scheidemann im Mai 1919 davon gesprochen hatte, die Hand müsse verdorren, die Deutschland „in diese Fesseln“ lege, und von seinem Reichskanzleramt zurückgetreten war, blieb der neuen Regierung unter dem Sozialdemokraten Gustav Bauer keine andere Wahl: Deutschland konnte den Krieg nicht wieder aufnehmen, darin waren sich alle einig. Diese Tatsache störte einige Politiker und Militärs indessen nicht, die Legende *vom im Felde unbesiegten Heere* zu verfechten; dies sogar wider besseres Wissen, denn es war mit Ludendorff ein führendes Mitglied der Obersten Heeresleitung gewesen, das am 1. Oktober 1918 offiziell erklärt hatte, das deutsche Heer sei am Ende, der Krieg nicht mehr zu gewinnen und die Niederlage stünde unmittelbar bevor. Es blieb einzig das Mittel [181:] moralischer Entrüstung, die sich nicht zuletzt gegen einige Umstände des Vertragsabschlusses richteten, welche Symbolkraft erlangten und demütigend gemeint waren, beispielsweise die Wahl des Ortes für die Unterzeichnung des Vertrages: Im Spiegelsaal des Schlosses der französischen Könige war nach dem deutschen Sieg über Frankreich am 18. Januar 1871 das bismarcksche Deutsche Reich gegründet und Wilhelm I. zum Kaiser erhoben worden. Dass jedoch in Deutschland wenig danach gefragt wurde, was dies zuvor den Franzosen bedeutet haben mochte, kennzeichnet in besonderer Weise jenen deutschen nationalistischen Ungeist, der sich an den *Ketten von Versailles* rieb.

<sup>2</sup> Göring erklärte ans 18.03.1946 dem Gericht, er habe sich vor allem der NSDAP angeschlossen, weil er das Gefühl gehabt habe, dass Hitler „am klarsten die Folgen des Diktats erkannte und dass er einer derjenigen sein würde, die vielleicht den richtigen Weg zur Beseitigung gehen würden. Das andere, was sonst in der Partei von Versailles geredet wurde, war, verzeihen Sie mir den Ausdruck, ‚Geschwafel‘.“

<sup>3</sup> Er lautete: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

Der Versailler Friedensvertrag trat im Januar 1920 in Kraft. Die Belastungen, von denen behauptet wurde, sie würden alle Teile des Volkes in gleicher Weise treffen, empfanden tatsächlich die meisten Deutschen als existenziell bedrohlich, unangemessen und viel zu hoch. In wachsender Not und Armut, in Preissteigerungen und maßloser Geldentwertung sahen viele einzig das Ergebnis eines aufgezwungenen Diktats, nicht das Resultat einer die Inflation befördernden Wirtschaftspolitik, die lediglich zu erreichen suchte, alle Lasten auf die Schultern der Bevölkerung abzuwälzen. Selbst jene Parteien, die dem Reich ein gewisses Schuldmaß am Krieg zuerkannten und den Vertrag zumindest teilweise erfüllen wollten, um so [182:] seine Unerfüllbarkeit nachzuweisen, bezeichneten ihn als hauptsächliche Ursache des sozialen Desasters. Auf das Urteil Lenins gestützt, sprachen die deutschen Kommunisten von einem „Raubfrieden“, der den Keim eines neuen Krieges in sich berge, ihn doch aber keineswegs wert sei. Der Vertrag diene zugleich dem Kampf der herrschenden Klasse aller imperialistischen Länder gegen das revolutionäre Proletariat und könne nur durch grundlegende Veränderungen der Gesellschaft überwunden werden. In ihren „Leitsätzen über den Frieden“ vom 19. Mai 1919 hieß es, Zweck der Friedensbedingungen sei „die vollständige militärische Knebelung des neu-imperialistischen Deutschlands, seine wirtschaftliche Ausschaltung aus dem Konkurrenzkampf der übrigen imperialistischen Staaten um die nichtkapitalistischen Länder, seine Verwandlung in einen Tributärstaat, dessen Kapitalisten ihre Zwischenmeister werden, seine dauernde Isolierung von der Weltrevolution und die Versetzung in die Unmöglichkeit, als Kraft der Weltrevolution militärisch aufzutreten. Diese Friedensbedingungen erdrücken den neudeutschen Imperialismus, sie erdrücken aber zugleich die kommende proletarische Revolution.“<sup>4</sup>

Mit Bedacht und vor allem unter dem Einfluss des französischen Konkurrenten – in Deutschland als *Erbfeind* betrachtet – waren belastende und einschränkende Bedingungen fixiert worden. Ein mögliches wirtschaftliches und militärisches Wiedererstarken des Reiches sollte verhindert oder zumindest erschwert werden. Sein Fortbestehen stand jedoch nicht zur Disposition, der deutsche Staat bestand – zwar in neu gezogenen Grenzen – weiter, auch die gesellschaftlichen Verhältnisse blieben unangestastet (anders als es nach 1945 das Potsdamer Abkommen in der Forderung vorsah, das Leben sei künftig auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage neu aufzubauen). In vieler Hinsicht war dieser Friedensschluss nicht sonderlich radikaler als andere Friedensverträge des 19. und 20. Jahrhunderts<sup>5</sup>, von jenem Vertrag ganz abgesehen, den Deutschland im Frühjahr in Brest-Litowsk Sowjetrussland diktirt hatte und der geradezu als Musterbeispiel eines schlechten Friedensschlusses bezeichnet werden kann. Angesichts späterer Entwicklungen könnten Kriegsgegner und Antifaschisten gar – wären konjunktivische Fragestellungen an die Geschichte überhaupt sinnvoll – die Frage aufwerfen, ob er nicht zu milde gewesen sei und den Aufstieg Deutschlands zum Aggressor des Zweiten Weltkrieges hätte verhindern können.

[183:] In der historischen Rückschau gilt es vor allem zu untersuchen, in welchem Umfang und mit welchen Methoden der Versailler Frieden in Deutschland von liberalen, konservativen, völkischen und vor allem von faschistischen Kreisen benutzt worden ist, um jene nationalistische Hysterie zu erzeugen, gegen die weder sozialdemokratische und kommunistische noch pazifistische und demokratisch-republikanische Organisationen entscheidendes Gewicht zu erlangen vermochten. So setzte sich statt einer nüchternen, die Weimarer Verfassung verteidigenden, die durch die Novemberrevolution erreichten politischen und sozialen Fortschritte erweiternden und einer nach friedlichen Lösungen internationaler Konflikte suchenden Politik das Konzept durch, um jeden Preis Propaganda zu Gunsten einer völligen „Revision“ dieses Vertrages zu betreiben, was letzten Endes nur in einen neuen Krieg münden konnte. Die „destruktive Sprengkraft“<sup>6</sup> des Friedensschlusses von 1919 lag daher weniger in ihm selbst als in der Art und Weise des Umgangs mit ihm, in seiner Nutzung für Zwecke, die alles andere als friedlich waren. Noch dazu ging dies Hand in Hand mit dem zielorientierten Bemühen deutscher Militärs und Politiker, Propaganda als eine neue und zusätzlich wirksame

<sup>4</sup> Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3: Von 1917 bis 1923, Berlin 1966, S. 232 und S. 558.

<sup>5</sup> Siehe Jost Dülffer: Versailles und die Friedensschlüsse des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung. Hrsg. v. Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlemann, Essen 2001.

<sup>6</sup> Wolfgang J. Mommsen: Der Vertrag von Versailles. Eine Bilanz. In: Ebenda, S. 359.

Kriegswaffe zu entwickeln. Das siegreiche deutsche Heer habe, so schrieb Ludendorff bereits 1919, den Krieg verloren, weil es „keinen Bundesgenossen in einer starken von der Heimat ausgehenden Propaganda“ gefunden hätte: „Deutschland versagte im Kampf gegen die Psyche der feindlichen Völker, während sein Heer auf den Schlachtfeldern siegreich war“.<sup>7</sup> Keineswegs zufällig räumte Hitler daher dem Thema Kriegspropaganda in seinem Buch „Mein Kampf“ ein eigenes Kapitel ein. Hier sah er als eine der wesentlichsten Ursachen der Kriegsniederlage an, dass es in Deutschland den Regierenden nicht gelungen sei, mit ihrem „faden Pazifistenspülwasser ... Menschen zum Sterben zu berauschen“ (sic!), während der Feind gewonnen habe, weil der mit frecher und einseitiger „Sturheit“ gelogen habe.<sup>8</sup>

Zwar waren zunächst fast alle Parteien, darunter auch die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutsche Demokratische Partei (DDP), mit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages einverstanden; in der Nationalversammlung wurde der Vertrag von Versailles mit 237 gegen 138 Stimmen bestätigt. Doch starteten die Rechtsparteien – von der aufstrebenden NSDAP wirkungsvoll unterstützt und bald übertroffen – rasch umfangreiche propagandistische Aktionen [184:] gegen die *Ketten von Versailles*. Sie, der Weimarer Republik ohnehin feindlich gesinnt, wollten sowohl Versailles als auch die Ergebnisse der Revolution vom November 1918 beseitigen. Für diesen doppelten Zweck schufen sie einen aufwändig betriebenen Propaganda- und Publikationsapparat. Flugblätter, Tageszeitungen, Zeitschriften, Bücher, Ausstellungen, Schulungs- und Informationskurse wurden in der Öffentlichkeit zum größten Teil kostenlos angeboten. Die Schriften gegen die *Ketten von Versailles* lagen in Lesehallen und Bibliotheken, in Krankenhäusern und Wartezimmern von Ärzten und Rechtsanwälten aus. Betriebe, Schulen und Universitäten erhielten sie ebenfalls zugesandt. Besonderer Aufmerksamkeit durften sich Jugendliche erfreuen. Für die „Jugendarbeit“, so formulierte es einer der Initiatoren, seien „alle diejenigen Faktoren in Rechnung gestellt (worden), die auf die Gemüts- und Willensbildung der Heranwachsenden Einfluss haben, das Elternhaus, die Schule, die Kirche, die eigenen Zusammenschlüsse u. a.“ Lehrer und Schüler erhielten zahlreiche Hilfsmittel, Handbücher, Tabellen, Übersichten und Plakate, die alle Existenzangst verbreiteten und mobilisierend wirken sollten. Landkarten suggerierten, das Reich sei ringsum von waffenstrotzenden Feinden umgeben, aus allen Himmelsrichtungen bedroht und könne sich dank der *Ketten von Versailles* nicht verteidigen, es sei chancenlos kommendem Verderben ausgeliefert.

In Deutschland entstand nach dem Ersten Weltkrieg eine Vielzahl von Organisationen, die alle nur das Ziel verfolgten, Propaganda gegen die *Ketten von Versailles* zu betreiben. Zu ihnen gehörten u. a. der „Reichsbürgerrat“, der „Deutsche Schutzbund“, die „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“, die „Reichszentrale für Heimatdienst“, der „Volksbund ‚Rettet die Ehre‘“, die „Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung“ und viele andere mehr. Unter Mitwirkung großer Wirtschaftsverbände und politischer Parteien – vor allem der Deutschen Volkspartei (DVP) und des Zentrums – schloss sich ein großer Teil von ihnen am 30. April 1921 zum „Arbeitsausschuss Deutscher Verbände“ (AADV) zusammen. Die Zahl der angeschlossenen und mit ihm verbundenen Organisationen betrug ca. 600, 1930 waren es fast 2000.<sup>9</sup> Seine Tätigkeit beschränkte sich nicht auf Deutschland: Ausländische Politiker, Publizisten und Militärs wurden gern zitiert, wenn sie auf Widersprüche zwischen den Siegermächten aufmerksam machten oder gar Positionen vertraten, die entweder denen deutscher Revisionisten entsprachen oder der Sorge entsprangen, der Versailler Vertrag wer-[185:]de keinen Bestand haben und zu neuen kriegerischen Auseinandersetzungen führen. Führende Köpfe

<sup>7</sup> Erich von Ludendorff: *Meine Kriegserinnerungen 1914-1918*, Berlin 1919, S. 301.

<sup>8</sup> Adolf Hitler: *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. München 1939, S. 201 f. Hitlers Maxime für eine „richtige“ Kriegspropaganda orientierten sich ausschließlich am Zweck, dem gegenüber „alle Erwägungen von Humanität oder Ästhetik in ein Nichts“ fallen würden. (S. 195) „Die Aufgabe der Propaganda ist z. B. nicht ein Abwägen der verschiedenen Rechte, sondern das ausschließliche Betonen des einen eben durch sie zu vertretenden. Sie hat nicht objektiv auch die Wahrheit, soweit sie den anderen günstig ist, zu erforschen, um sie dann der Masse in doktrinärer Aufrichtigkeit vorzusetzen, sondern ununterbrochen der eigenen zu dienen.“ (S. 200) Hitler wettete auch gegen jene, die statt von Reparationen zu sprechen das „ungeheuerliche“ Wort „Wiedergutmachung“ benutzen würden (S. 523).

<sup>9</sup> Ebenda, S. 102.

des AADV – zu ihnen zählten vor allem Heinrich Schnee und Hans Draeger – hofften, die von ihnen Hofierten würden „die Rolle von Fermenten (spielen), die den entsprechenden Gärungsprozess unter ihren Landsleuten in Gang bringen.“ Als eine besondere Aufgabe betrachtete der AADV, überall in der Welt „Deutschtumszentren“ entstehen zu lassen, die sich „selbst tragen und selbständig, aber im Rahmen der allgemeinen Offensive gegen den Versailler Vertrag vorgehen“.<sup>10</sup>

In der Außenpolitik der Weimarer Republik stand die Absicht im Vordergrund, vorrangig mit diplomatischen Mitteln das Versailler Vertragssystem auszuhöhlen und zu Fall zu bringen. Ihnen sollte jedoch zusätzlich Gewicht verliehen werden. Daher bildeten die Reparationsfrage und der so genannte „Kriegsschuld“-Artikel den Kristallisierungspunkt politischer Propaganda und Demagogie gegen die *Ketten von Versailles*. Zuvörderst galten alle Bemühungen dem Nachweis deutscher Friedenspolitik und der Behauptung, das kaiserliche Deutschland sei am Ausbruch des Krieges unschuldig, zumindest nicht allein schuldig gewesen. Daraus wurde abgeleitet, dass zu Unrecht Reparationen geleistet werden müssten. Zahlreiche Bücher solchen Inhalts – Dokumentensammlungen, Erinnerungsberichte, Regimentsgeschichten, monographische Darstellungen<sup>11</sup>, Erzählungen und Romane<sup>12</sup> usw. – erschienen und füllten ganze Bibliotheken. Doch so einig man sich in der verbalen und propagandistischen Ablehnung des Versailler Friedensvertrages war, so sehr gingen die Meinungen über den Weg und das Tempo der Revisionspolitik auseinander. Mehr und mehr dominierte in der zweiten Hälfte der 30er Jahre und erst recht in den 30er Jahren die These von der völligen Unschuld Deutschlands.

Gegen die *Ketten von Versailles* wurde immer noch generell gewettet und eine propagandistische Breitseite nach der anderen abgefeuert, als es Schritt für Schritt gelang, einzelne Bestimmungen des Friedensvertrages aufzuheben. Das begann, als die Forderung, deutsche Kriegsverbrecher auszuliefern, erfolgreich unterlaufen werden konnte. Deutschland wurde 1926 in den Völkerbund aufgenommen, die Entente-Truppen zogen aus der linksrheinischen Zone ab, die Interalliierte Militärkontrollkommission stellte ihre Tätigkeit ein. Letztere hatte ohnehin die geheime Wiederaufrüstung nur be- und nicht verhindert, wie beispielsweise Publizisten in der Wochenschrift „Die Weltbühne“ nachwiesen, woraufhin sie des Landes-[186:]verrats angeklagt werden sollten.<sup>13</sup> Im Sommer 1932 fand das Reparationsproblem sein Ende und im Herbst desselben Jahres hob die Genfer Abrüstungskonferenz des Völkerbundes faktisch auch die Rüstungsbeschränkungen auf. Wirksam blieben bis zum 30. Januar 1933 hauptsächlich die territorialen Festlegungen des Versailler Vertrages. Die nationalistisch-revisionistische Propaganda gegen die *Ketten von Versailles* begleitete dennoch auch alle außenpolitischen Schritte, die Hitler nach seiner Ernennung zum Reichskanzler ging, durchaus kalkulierend, dass es ihretwegen zu neuen kriegerischen Auseinandersetzungen hätte kommen können, und daher stets mit gebetsmühlenartig wiederholten Friedensbeteuerungen garniert. Im März 1935 ließ er die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen, die Reichswehr vergrößern und um die Luftwaffe erweitern. Der am 18. Juni 1935 abgeschlossene deutsch-britische Flottenvertrag erlaubte ein neues und höheres Maß an Aufrüstung der deutschen Marine, die Herstellung von U-Booten eingeschlossen. Ein Jahr darauf wurde das entmilitarisierte Rheinland von deutschen Truppen besetzt. Schließlich verkündete Hitler am 30. Januar 1937, er würde „feierlichst“ die 1919 geleistete deutsche Unterschrift zurückziehen.

<sup>10</sup> Zit. nach Wolkowicz, S. 108.

<sup>11</sup> Aus der Vielzahl der Publikationen sei hier nur erwähnt: Zehn Jahre Versailles. Bd. I: Der Rechtsanspruch auf Revision/Der Kampf um die Revision/Die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrages. Bd. II: Die politischen Folgen des Versailler Vertrages. Hrsg. v. Heinrich Schnee und Hans Draeger, Berlin 1929.

<sup>12</sup> 1940 veröffentlichte der faschistische Schriftsteller Werner Beumelburg einen Roman unter dem Titel „Deutschland in Ketten. Von Versailles bis zum Youngplan“.

<sup>13</sup> So erging es u. a. Carl von Ossietzky. Er hatte am 12.03.1929 als Herausgeber der „Weltbühne“ einen Aufsatz von Walter Kreiser (Pseudonym: Herbert Jäger) mit dem Titel „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“ veröffentlicht. Darin wurde die Verwendung von Haushaltssmitteln des Reichsverkehrsministeriums für die Luftfahrt kritisiert und mit dem Satz „Aber alle Flugzeuge sind nicht immer in Deutschland ...“ die geheime militärische Zusammenarbeit mit der UdSSR angedeutet. Daraufhin stellte das Reichswehrministerium einen Strafantrag wegen Landesverrats. Ossietzky wurde zu einer Gefängnishaft von 18 Monaten verurteilt. Siehe im einzelnen dazu Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück: Politische Justiz 1918-1933, Hamburg 1977, S. 186-192.

Den weiteren Weg zum Zweiten Weltkrieg kennzeichneten nun nicht mehr allein Verletzungen und Außerkraftsetzungen des Friedensvertrages von Versailles, sondern expansionistische und rassistisch-mörderische Aktionen, deren Ziele weit über eine Wiederherstellung der Grenzen von 1914 hinausreichten und der Schaffung eines „Großgermanischen Reiches“ dienten. Vorherrschaft in Europa und in der Welt lautete die Devise. Um den Feldzug für solche Ziele beginnen zu können, hatte es jedoch erst erfolgreicher Propaganda gegen die *Ketten von Versailles* bedurft. Als es diese nicht mehr gab, wurde mehr „mit sicherer Hand entzwei“ geschossen ...

## ***Verräter verfallen der Feme***

*Von Manfred Weißbecker*

Die mittel- und spätmittelalterliche Geschichte der Deutschen kennt Femegerichte, deren Rache- und Strafgewalt allzu oft Furchterregendes anhaftete. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts verbreiteten sie Angst und Schrecken, worauf ihre Wirkung beruhte. Ihr [187:] Strafmaß war gleichermaßen rigide wie einförmig. Es lautete stets: Tod. Das Phänomen der teils öffentlich wirkenden, teils „heimlich“<sup>1</sup> tagenden Gerichte nahm in der Literatur breiten Raum ein – so in Goethes „Götz von Berlichingen“, Kleists „Käthchen von Heilbronn“ oder Immermanns „Münchhausen“. Erneut schien das Thema im 20. Jahrhundert auf. Lion Feuchtwanger befasste sich mit ihm in seinem Roman „Erfolg“, Ödön von Horvath in „Sladek oder die schwarze Armee“, Peter Martin Lampel in „Verratene Jungen“. Vicky Baum betitelte eines ihrer Bücher mit dem Begriff „Feme“.

Bittere Realität bot dazu Anlass und Hintergrund: Politischer Mord und die Feme erlebten in Deutschland während der ersten Jahre nach dem verlorenen Weltkrieg und der Novemberrevolution eine neue Blütezeit. Sie hielt zwar nur wenige Jahre an, doch nahmen ihr Umfang und die Folgen in der spannungsgeladenen, von sozialen und politischen Erschütterungen geprägten Atmosphäre jener Zeit ein unvergleichliches Maß an. Nationalistische und völkisch-rassistische Kräfte setzten gleichsam den verlorenen Krieg als Bürgerkrieg im eigenen Lande fort. Politischer Mord an Gegnern und „Verrätern“ – vom Statistiker und Privatgelehrten Emil Julius Gumbel Zeit seines Lebens ausführlich analysiert und dargestellt<sup>2</sup> – stand auf der Tagesordnung. Von 1919 bis 1922 wurden etwa 400 politische Morde begangen. Von ihnen entfielen rund 95 Prozent auf Täter aus der rechten und rechtsradikalen Szene.<sup>3</sup> Lediglich 22 Mordtaten konnten Kommunisten zugeordnet werden.

Die deutsche Justiz urteilte indessen so, wie es ihr das traditionell blinde rechte Auge vorschrieb und die bürgerliche Gesellschaft es guthieß. Eine von Gumbel in den 70er Jahren noch einmal aus allen verfügbaren Unterlagen zusammengestellte Übersicht<sup>4</sup> spricht Bände:

<i>Politische Morde begangen</i>	<i>von Rechtsstehenden</i>	<i>von Linksstehenden</i>
Ungesühnte Morde	326	4
Teilweise gesühnte Morde	27	1
Gesühnte Morde	1	17
Gesamtzahl der Morde	354	22
Zahl der Verurteilungen	24	38
Geständige Täter freigesprochen	23	–
Geständige Täter befördert	3	–
Dauer der Einsperrung pro Mord	4 Monate	15 Jahre
Zahl der Hinrichtungen	–	10
Geldstrafe pro Mord	2 Papiermark	–

[188:] Unter den politischen Morden jener Zeit nahmen die Feme Verbrechen einen besonderen Platz ein. Als solche galten, wie ein Untersuchungsausschuss des Reichstages 1926 definierte, „Anschläge

<sup>1</sup> Siehe Theodor Lindner: Die Feme. Geschichte der „heimlichen Gerichte“ Westfalens. Unveränderter Nachdruck der 2. Aufl. von 1896, Paderborn u. a. 1989.

<sup>2</sup> Der vorliegende Beitrag stützt sich vor allem auf die Publikationen von Emil Julius Gumbel: Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918-1924. Mit einem Vorwort zur Neuausgabe von Karin Buselmeier und zwei Dokumenten zum Fall Gumbel, Heidelberg 1979; Vom Fememord zur Reichskanzlei. Mit einem Vorwort von Walter Fabian, Heidelberg 1962; Siehe auch Christian Jansen: Emil Julius Gumbel. Porträt eines Zivilisten, Heidelberg 1991.

<sup>3</sup> Gumbel, Vom Fememord zur Reichskanzlei, S. 45.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 46.

auf Menschenleben aufgrund des Spruchs einer Organisation oder der Verabredung einzelner ihrer Mitglieder wegen eines von ihnen als verräterisch oder gemeinschädlich angesehenen Verhaltens sowohl gegen Mitglieder und ehemalige Mitglieder als auch gegen Außenstehende“.<sup>5</sup> Opfer dieser kriminellen Aktionen waren weniger politische Gegner, sondern Personen, denen wissentliche oder unwissentliche Preisgabe von Geheimnissen unterstellt worden ist; zumeist hatten sich jedoch die Ermordeten nichts Schlimmeres zuschulden kommen lassen als kleinere Diebstähle, Unterschlagungen oder eine gewisse Unzuverlässigkeit. Betroffen waren vor allem Angehörige jener paramilitärischen und terroristischen Organisationen, die im Nachkriegsdeutschland wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden geschossen waren.

Stets wurden die Getöteten des Verrats an der „nationalen Sache“ bezichtigt. Und in dieser Hinsicht zählte jede Kleinigkeit: Alles berührte das von deutschen Politikern und Militärs beabsichtigte oder betriebene Unterlaufen wesentlicher Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, die der Reichswehr eine Stärke von 100.000 Mann und der Marine eine von 15.000 Mann vorschrieben, die allgemeine Wehrpflicht verboten und die Ausrüstung mit Panzern, schwerer Artillerie und Flugzeugen untersagten. Dennoch wurde in Deutschland illegal aufgerüstet. Dem dienliche allgemeine Landeschutzmaßnahmen sollten keine Gefahr laufen, enthüllt zu werden. Nicht zuletzt war davon das Verhältnis zwischen der Reichswehrführung und den paramilitärischen Verbänden berührt; die Generäle konnten es sich angesichts der interalliierten Militärkontrollen in Deutschland und drohender Sanktionen nicht leisten, öffentlich als Förderer einer illegalen Truppe (der unter dem Befehl des Majors Bruno Ernst Buchrucker vor allem 1923 agierenden „Schwarzen Reichswehr“) und ihrer geheimen Waffenlager in Erscheinung zu treten. In allem, was den Kampf gegen die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages hätte behindern können, sahen Freikorps und andere paramilitärischen Verbände „Verrat“. Zu den Organisationen, die Fememorde praktizierten, gehörten vor allein das „Bataillon Roßbach“, der „Blücherbund“, die „Organisation Consul“ (OC) und andere Vereinigungen ehemaliger Offiziere des kaiserlichen Heeres oder der Marine. Sie ahndeten als „landes-[189:]verräterisch“ deklariertes Vergehen, wenn Nachrichten über illegal angelegte Waffenlager in die Öffentlichkeit gebracht wurden, was zu deren Aufdeckung führte oder hätte führen können. Über das unmittelbare Anliegen hinaus, einzelne Personen zu bestrafen, sollten die politischen Morde der Rechten zugleich eine Veränderung der innenpolitischen Machtverhältnisse bewirken und helfen, die *Ketten von Versailles* zu brechen.

Insbesondere die OC, deren Wirkungskreis sich vor allem auf Bayern, Oberschlesien, Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg erstreckte, hatte die Feme zum Grundsatz ihres Wirkens erhoben. In ihre Satzung war ausdrücklich aufgenommen worden: *Verräter verfallen der Ferne*. Hervorgegangen war die OC aus der Brigade des Kapitäns Hermann Ehrhardt, die am Morgen des 13. März 1920 in Berlin durch das Brandenburger Tor zog, das Regierungsviertel besetzte und damit den Kapp-Lüttwitz-Putsch gegen die Weimarer Republik einleitete. Nach dem Scheitern des Putsches war sie verboten worden. Ihre Mitglieder sammelten sich daraufhin in neuen Vereinigungen und sangen nach wie vor gern das Lied: „Hakenkreuz und Stahlhelm, schwarzweißrot das Band, / Die Brigade Ehrhardt werden wir genannt ... / Die Brigade Ehrhardt haut alles kurz und klein, / Weh Dir, o weh Dir, Du Arbeiterschwein.“

Die Zahl der Fememordopfer schwankt. Mal wird von 30, mal von 200 oder von 1000 berichtet. Darin kommt zum Vorschein, mit welcher Sorgfalt die Morde organisiert und die Spuren verwischt worden sind. Doch ein Übriges taten Polizisten, Beamte und Richter. Untersuchungen dauerten oft ungewöhnlich lang, die Ausreden der Täter galten als wahr sowie edlen „vaterländischen“ Motiven geschuldet. Man gab sich gern zufrieden, war da von „Fluchtversuch“ die Rede, von missverstandenen Befehlen oder vom guten Glauben der Mörder, einen Dienstbefehl erfüllt zu haben. Das Reichsgericht und der Oberreichsanwalt ließen sich mit der Behauptung abspeisen, die OC meine, wenn sie von Feme spräche, lediglich eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Achtung des Betroffenen. Die

<sup>5</sup> Zit. nach Ulrike Claudia Hofmann: „Verräter verfallen der Feme!“ Fememorde in Bayern in den zwanziger Jahren, Köln u. a. 2000, S. 306.

Mörder konnten der Justiz vertrauen, und dies wiederum darf mit Fug und Recht als eine wesentliche Voraussetzung der Untaten betrachtet werden. Irgendeine schützende Hand fand sich immer, vor allem wenn sich die Reichswehr involviert sah. So umgab die Verbrechen häufig ein Schein von Pseudolegalität. Behördliche Deckung und eine staatlich „lizenzierte Illegalität“<sup>6</sup> ermöglichen es den terroristischen Organisationen, sich nahezu ungehindert zu betätigen.<sup>7</sup> [190:] Historiker sprechen von einer „grauen Zone zweifelhafter Rechtlichkeit, in der mit augenzwinkerndem Einverständnis von Reichs und Landesregierungen dunkle Dinge vor sich gingen“.<sup>8</sup>

Aufschluss über das Vorgehen der Fememörder bietet in vieler Hinsicht das Schicksal, das Marie Sandmayr widerfuhr: Sie hatte im Herbst 1919 bei ihrem bayerischen Arbeitgeber, dem Grafen Treuberg, ein illegales Waffenlager entdeckt. Als sie im Jahr darauf diese Stellung verließ und Kenntnis von einer Bekanntmachung des Reichskommissars für Entwaffnung erhielt, die zur Anzeige von unberechtigtem Waffenbesitz aufforderte, wandte sie sich an die Druckerei, in der das Plakat hergestellt worden war. Die Absicht, sich aus ihrem Wissen um die Verbotsübertretung des Grafen persönlich einen Nutzen zu schaffen, war verhängnisvoll: Am 5. Oktober 1920 erschien bei ihr ein vermeintlicher Abgesandter des Entwaffnungskommissars. Mit ihm verließ die Frau ihre Wohnung und wurde danach nicht mehr lebend gesehen. Tags darauf fand man im Fürstenrieder Park zu München ihre Leiche. Bei der Erdrosselten lag ein Zettel: „Du Schandweib hast verraten dein Vaterland, dich hat gemordet die schwarze Hand.“ Die Täter stammten aus dem Umkreis der bayerischen Einwohnerwehren. Ähnlich lag ein anderer Fall, in dem ein Mann versucht hatte, seinen Chef mit der Drohung einzuschüchtern, auch er könne helfen, Leute zu bestrafen, die „Material an die Entente verraten“. Am 4. März 1921 fand man seine von Kugeln durchsiebte Leiche.<sup>9</sup>

Jeder Mord, der als Ergebnis eines Femeurteils bekannt geworden ist, erregte großes Aufsehen. Im Juli 1921 forderte der angesehene Rechtsgelehrte Gustav Radbruch den Reichsjustizminister auf, den von Gumbel in der Broschüre „Zwei Jahre Mord“ veröffentlichten Fällen nachzugehen. Die daraufhin erarbeitete Denkschrift ging im November 1923 dem Reichstag zu, durfte jedoch nicht als Reichstagsdrucksache erscheinen; Gumbel ließ sie auf eigene Kosten drucken. Der bayerische Landtag hatte sich bereits 1920 genötigt gesehen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Das preußische Parlament folgte dem 1924, auf Drängen der Arbeiterparteien 1926 schließlich auch der Reichstag. Diese Gremien untersuchten einzelne Femeverbrechen, weniger indessen die gesellschaftlichen Ursachen, die zu ihnen geführt und die sie ermöglicht hatten. Als der Ausschuss des Reichstages am 3. Februar 1926 erstmalig zusammentrat, wählte er seine Leitung – darunter auch Paul Levi, der zeitweilig die KPD geleitet hatte und nun für die SPD ein Reichstagsmandat [191:] besaß – und vertagte sich. Der Reichsregierung kam dies entgegen, stand doch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bevor und kündigte sich ein Ende der alliierten Militärkontrollen im Reich an. Da hätten neue Enthüllungen über Verstöße gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages und Morde wegen des „Verrats“ illegaler Waffendepots doch arg gestört ...

In den folgenden Debatten brachte der Reichstagsausschuss etwas Licht in die dunklen Seiten der Weimarer Republik, zumal sich republikanisch und demokratisch gesinnte Juristen und Publizisten – vereint in der Deutschen Liga für Menschenrechte und um die Zeitschrift „Die Weltbühne“ – aktiv und unüberhörbar für Verfolgung und Bestrafung der Mörder engagierten. Zu ihnen zählten u. a. Arnold Freymuth, Robert M. W. Kempner, Gustav Radbruch, Hugo Sinzheimer bzw. Berthold Jacob, Carl Mertens und Carl von Ossietzky.

Letztlich erreichten jene, die auch vor Mordtaten nicht zurückschreckten, doch noch ihr eigentliches Ziel, als mit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 die Republik zu Grabe getragen wurde. Da begann zugleich die Zeit der Rehabilitierungen, neuer Karrieren und der

<sup>6</sup> Den Begriff verwendete erstmalig Gotthard Jasper: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963, S. 212.

<sup>7</sup> Zur Rolle der Justiz siehe vor allem Heinrich und Elisabeth Hannover: Politische Justiz 1918-1933, Frankfurt a. M. 1966.

<sup>8</sup> Hagen Schulze: Weimar Deutschland 1917-1933, Berlin, 2. Aufl./1983, S. 116.

<sup>9</sup> Siehe Irmela Nagel: Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln/Wien 1991, S. 53 ff.

Auszeichnungen mit dem „Blutorden“ der NSDAP, einem ihrer höchsten Ehrenzeichen. Einige Täter stiegen in hohe Ämter auf, unter ihnen Martin Bormann, der im mecklenburgischen Parchim zu einer Kompanie der Rossbacher sowie zur Deutschvölkischen Freiheitspartei gehört hatte. Er avancierte in der NSDAP und war als „Sekretär des Führers“ von 1941 bis 1945 der zweite Mann nach Hitler. Zusammen mit Rudolf Höß, der seit 1922 der NSDAP angehörte, hatten sie 1923 einen wahrscheinlich völlig zu Unrecht des Verrats bezichtigten Mann namens Walther Kadow zu Tode geprügelt und kurze Zeit darauf einen Mittäter, der zur Polizei gegangen war, brutal umgebracht. Höß wurde im März 1924 vom Staatsgerichtshof zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, saß dort jedoch nur bis zur Amnestierung am 14. Juli 1928 und konnte schließlich sein Mordgeschäft in größtem Umfang fortsetzen: Er leitete von 1940 bis 1943 und noch einmal 1944 das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.

Die Karrieren anderer Fememörder fanden derweil ein abruptes Ende: Oberleutnant Paul Schulz – einer der energischsten und zugleich rücksichtslosesten Organisatoren der Schwarzen Reichswehr, Leiter eines „Kommandos zur besonderen Verwendung“ und mehrfach für mehrere Fememorde verantwortlich – brachte es 1931/32 [192:] bis zum Stellvertreter des NSDAP-Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser. Mit diesem fiel auch er in Ungnade, als Strasser Anfang Dezember 1932 mit seinem Rücktritt eine schwere Krise der Nazipartei auslöste. Seiner Ermordung kam er durch Flucht ins Ausland zuvor. SA-Führer Edmund Heines – 1920 an einem Fememord beteiligt, der erst 1928 aufgedeckt werden konnte – sollte für 15 Jahre ins Zuchthaus, saß davon nur ein und ein halbes Jahr im Gefängnis ah. Für die NSDAP zog er 1930 in den Reichstag ein, wo er mit einem geschmeichelten Lächeln reagierte, als er von Linken als Fememörder begrüßt wurde. 1933 wurde er zwar auf den Posten des Polizeipräsidenten von Breslau gehoben; er überlebte jedoch die nazistische „Bartholomäusnacht“ vom 30. Juni 1934 nicht.

In den frühen Jahren der Weimarer Republik hatten kleinere Organisationen, skrupellos und kriminell agierende Verbände, den Wahlspruch *Verräter verfallen der Ferne* ausgegeben und befolgt. Das „Dritte Reich“ bot indessen den Tätern nicht allein Schutz und Anerkennung – es legalisierte den Mord an so genannten „Landesverrättern“, an Kriegsgegnern und Deserteuren und betrieb ihn in aller Öffentlichkeit, und das in einem bis dahin in der Geschichte unbekannten Ausmaß. Jenen Deutschen, die generell ein Menschenleben und humanistische Rechtsprechung herzlich wenig achteten, die wenig getan hatten, um die Fememorde zu unterbinden oder ihnen einen rechtfertigenden „vaterländischen“ Sinn unterlegten – ihnen sollte schließlich auch der Weg zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges ebenso sinnvoll erscheinen wie das faschistische Programm zur Ermordung von Millionen Menschen und zur Ausrottung anderer Völker.

## ***Juda verrecke***

*Von Helmut Metzler*

Standen die Judenverfolgungen in den weite Teile Deutschlands überziehenden Krawallen von 1819 noch unter dem normalerweise Ziegen antreibenden Hep-Hep-Geschrei, wurde *Juda verrecke* im 20. Jahrhundert zum Schlachtruf der Nationalsozialisten und ihrer Sympathisanten. In den Unruhen von 1819, die in Würzburg ausgelöst wurden, tauchten jedoch in Danzig nahe einer Synagoge auch [193:] schon Plakate mit dem Inhalt „Todesurteil für die Juden“ auf und in Hamburg Zettel mit der Aufschrift *Jud verrecke*.

Seit dem Mittelalter äußert sich ein christlich-religiös kaschierter Antijudaismus europaweit. Als Aggressionen bündelnde Bilder dienten: Judas als Verräter Jesus, Juden als vorgebliche Hostienschänder und Ritualmörder an Christenkindern. Mittels Pogromen, Krawallen, Ausweisungen und anderer Formen der Judenverfolgung wurden Juden als Sündenböcke für Konflikte infolge gesellschaftlicher Interessengegensätze und zur Bereinigung ihnen gegenüber eingegangener finanzieller Schuldverhältnisse verfolgt.

Im 19. Jahrhundert wurde Antijudaismus international zum Antisemitismus säkularisiert. Unter Nutzung traditioneller Vorurteile gegenüber Juden als Fremden wurde im Antisemitismus eine Ideologie des Kampfes gegen Juden entwickelt. Da er rassistisch begründet wurde, konnte er jederzeit auf alle semitischen Völker ausgedehnt werden. – Im Zweiten Weltkrieg wurden demgemäß deutschen Soldaten in Nordafrika sexuelle Beziehungen zu libyschen Frauen als Rassenschande untersagt.

Ließ der Antijudaismus Juden noch den Weg offen, ihr religiöses Fremdsein durch Bekehrung zu einer christlichen Konfession abzulegen, so verblieb unter dem Antisemitismus nur noch die Flucht in weniger von dieser Ideologie beherrschte Länder übrig. Jedoch wurde wegen der internationalen Verbreitung des Antisemitismus vielen deutschen Juden auch dieser Ausweg während der Verfolgung durch die Nazis erschwert bzw. verschlossen.

Die Säkularisierung der antijüdischen Ideologie war eine reaktionäre Antwort auf die Aufhebung der letzten antijüdischen Gesetze im Deutschland der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts. Hauptvertreter waren antiliberal und später auch antisozialistische gesellschaftliche Kräfte. Von ihnen selbst wurde diese Ideologie als Antisemitismus deklariert. Um die erwünschte Verbreitung zu erreichen, wurden die propagandistischen Mittel der modernen Massengesellschaft zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung eingesetzt: gedruckte Massenmedien – Presse, Broschüren und Bücher – sowie mündliche Einflussnahme über die mit dem Parlamentarismus gängigen Formen des Organisierens großer Menschengruppen in Parteien, Verbänden, öffentlichen Großveranstaltungen u. ä. m. Auch darin und nicht nur im Inhalt äußerte sich eine neue Qualität, die heute durch den Einsatz des Internets noch an Brisanz gewonnen hat. Anfangs war der Antisemitismus großenteils verbaler Natur, wie er etwa in [194:] Heinrich von Treitschkes Wendung *Die Juden sind unser Unglück* als Schlagwort salonzfähig gemacht wurde, indem er scheinwissenschaftlich verbrämmt und so über den zeitgenössischen Radauantisemitismus, wie ihn z. B. die Journalisten Wilhelm Marr und Otto Glagau verbreiteten, „erhoben“ wurde. Darüber hinausgehend wurden in dieser Entwicklungsphase bereits auch Vernichtungsforderungen aufgestellt. Paul Förster artikulierte Derartiges 1892: „Es kann aus diesem Grunde von einem Wettbewerbe zwischen Juden und Deutschen ... nie und nimmer die Rede sein; sondern es handelt sich um einen Kampf der Vernichtung: Sein oder nicht sein! Ihr oder wir!“<sup>1</sup>

*Juda verrecke* war eine massenwirksame agitatorische Kurzformulierung des Ziels des eliminierenden, mordenden Antisemitismus des 20. Jahrhunderts. Im gleichen Umkreis tauchten auch direkte Mordaufrufe an Wänden, als gebrölt Losungen oder Lieder und selbst als Trinksprüche auf: „Juden – Tod“, „Tod den Juden“ oder der mit der Melodie von „Heil Dir im Siegerkranz“ untersetzte Text: „Schlagt alle Juden tot, / Haut alle Juden tot, / Schlagt alle tot, / Ebert und Scheidemann, /

---

<sup>1</sup> Paul Förster: Der Fall Ahlwardt in der öffentlichen Meinung und im Lichte der Wahrheit. Eine Streitschrift, Berlin o. J., S. 22.

kommen auch noch dran, / Schlagt alle Juden tot, / Schlagt alle tot!“ Diesen Mordaufruf grölte im März 1920 auch die putschende Marinebrigade Ehrhardt.

Juden wurden nach 1918 als Sündenbock für die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg verantwortlich gemacht. Auf sie wurde der Grund für das Erleben des Gedemütigtseins deutschnationaler und militaristischer Kreise projiziert. Antisemitische Agitation projizierte ebenso die Gründe für das erlebte Elend und Ausgebeutetsein der großen Mehrheit der Bevölkerung auf den Sündenbock „Juden“. Damit trat in der Weimarer Republik der Antisemitismus aus dem Dunstkreis von Stamm-tischen und intellektuellem Milieu heraus. Akademische Wendungen und auf Versammlungen bzw. beim Bier geäußerte Parolen wandelten sich in lauthals von den als Masse auf der Straße sich sammelnden Kleinbürgern hinausgeschriene Schlachtrufe. Gleichlaufend mit dieser Veränderung trat eine Brutalisierung der Texte ein. In Hitlers Reden wurde die „Sündenbock“-Projektion zum totalen – „jüdisch-bolschewistischen“ – Feindbild gesteigert, das Vernichtung verlangend über dem Holocaust stand. Antisemitismus wurde zum Herrschaftsinstrument: Da der Judenhass ideologisch sich in vielen Köpfen eingenistet hatte, begann er sich auch spontan im Gewalthandeln zu äußern und dies steigerte sich – z. B. im Verlaufe des Krieges – in dem Maße, wie es erlaubt war, ohne dass es befohlen werden musste. [195:] Dabei bewegte diese Spontaneität sich in den von den Nationalsozialisten gesetzten Grenzen, so dass sie im Wesentlichen Herr des Geschehens blieben und dieses ihnen nicht aus dem Ruder lief.

Gegenüber dem 19. Jahrhundert steigerte sich die Judenverfolgung im Deutschland des 20. Jahrhunderts von der Hetze, die den Juden den Tod an den Hals wünschte, über den damit ausgelösten individuellen Terror bis zum Pogrom von 1938 – dem ersten in Europa nach den Zeiten der russischen Zaren und der Revolutionswirren nach 1917 in Russland<sup>2</sup> – und weiter zu den Massakern 1939 in den eroberten Gebieten Polens sowie zum systematischen Massenmord seit 1941 in den eroberten Teilen der UdSSR und in Jugoslawien, um ab dem gleichen Jahr auf Deutschland und Österreich und nachfolgend auf andere Länder im Machtbereich der Nazis in Europa ausgeweitet zu werden.

An Häuserwände geschrieben, als Hassruf in Nazigruppen skandiert oder auch in antisemitischen Hetzblättern wie Streichers „Stürmer“ verbreitet, tauchte *Juda verrecke* mit der Entwicklung der NSDAP bis schließlich zu ihrer Machtübernahme und deren brutaler Durchsetzung immer häufiger auf. Oft wurde *Juda verrecke* gekoppelt mit *Deutschland erwache*. Während des Ringens um die Macht passierte es jedoch auch, dass, z. B. zum Nürnberger Parteitag von 1929, die zentralen Organisatoren aus mit Berechnung vorgenommener politischer Rücksichtnahme das Rufen von *Juda verrecke* und ähnlichen Gewaltformulierungen untersagten. Nach der Reichskristallnacht konnte man *Juda verrecke* auch an niedergebrannten Synagogen mit darunter gemaltem Hakenkreuz finden. Jüdische Flüchtlinge berichteten im Ausland aber bereits 1934, wie dieses Geschrei bei ihnen Ängste erzeugte.

Karl Kraus reagierte bereits 1931 in „Die Fackel“ öffentlich auf die Schlachtrufdopplung *Deutschland erwache, Juda verrecke* (1931, 1934) und hob hervor, dass *Deutschland erwache* Aufforderungs-, dagegen *Juda verrecke* nur Wunschcharakter hat. Die Besonderheit des textlichen Inhalts *Juda verrecke* bestand darin, dass dieser sich im eigentlichen Wortsinn an die Juden selbst richtete. Wunsch und Aufforderung sind grundverschieden: Kein Mensch kann aufgefordert werden zu sterben, da Sterben kein Handeln beinhaltet, sondern ein Ertragen. Indem dieser Wunsch mit der Aufforderung *Deutschland erwache* in einem Atemzug skandiert wurde, konnte *Juda verrecke* leicht als de facto-Aufruf zum Mord verinnerlicht werden. Insofern beinhaltete diese Wendung eine besonders heimtückische [196:] Form der Hetze. Der Täter wurde scheinbar auf eine „Beihilfe“ für das Sterben eines einzelnen jüdischen Menschen oder auch der ganzen jüdischen Volksgruppe orientiert. Solche gedankliche Ambivalenz erleichterte es, zu Tätern, Beihelfern, ideologischen Wegbereitern oder auch Nutznießern des nationalsozialistischen Judenmordes zu werden.

---

<sup>2</sup> Gegen diese in den Revolutionswirren auftretenden Judenverfolgungen wandte sich W. I. Lenin – in einem Lande, in dem weitgehend der Analphabetismus herrschte – mittels einer auf Schallplatten gesprochenen Rede: „Wider die Schande der Judenpogrome“.

Die beiden einzelnen oder auch gekoppelten Schlachtrufe sprachen Gefühle, Motivationen und Triebe an und steigerten diese. Denken und Vorstellen wurden nur vage angestoßen bzw. erzeugt. Die Ambivalenz von *Juda verrecke* war für solche Vagheit passfähig. Wächst die Intensität der Gefühle, dann werden die Kognitionen meist vereinfacht und damit in ihrem realistischen Gehalt abgeschwächt. Genau diese Gegenläufigkeit von Fühlen einerseits und andererseits Denken, Vorstellen und Wahrnehmen treiben Schlachtrufe an. Das ist treffend in einem Vierzeiler von Peter Sirius eingefangen:

Willst die Meng' du dir gewinnen,  
sorge, dass ein Schlagwort schallt!  
Ob sie's dann auch nicht verstanden,  
einverstanden sind sie bald.

Um die Wirkungsweise dieser von Nationalsozialisten extensiv gebrauchten Lösung zu verstehen, muss man das Feindbild „Jude“ und das Selbstbild „arischer Deutscher“ berücksichtigen. Der Jude wurde als Untermensch abgestempelt, der deutsche Arier dagegen als Herremensch verherrlicht. Zur Erzeugung dieses doppelten Stereotyps trug *Juda verrecke* in Massenaktionen, z. B. Aufmärschen, bei. Der Doppel-Schlachtruf aus dem Munde der Nationalsozialisten sollte eine kognitive Komponente erzeugen, dass die Deutschen erwachen sollten, um ihren Hauptfeind, die Juden, zu erkennen und Hitler als den großen Warner vor diesem Feind zu werten. Wichtiger als die kognitive Komponente des Textes war für das Feindbild „Jude“ die Vermittlung der emotionalen Aufladung, mit Hass bei den Schreiern und mit Angst für die Bedrohten. Die Ausformung des Feindbildes ging einher mit einer zunehmend übersteigerten Selbstwahrnehmung und einer Verfestigung des zugehörigen Stereotyps von der eigenen politischen Gruppe. Aufmärsche nationalsozialistischer Massen, die Schlachtrufe lautstark von sich gaben, trugen dazu bei, das nationale Selbstbild bei Parteimitgliedern und Sympathisanten zu überhöhen. Indem Kar! Kraus sich mit der Kopplung von *Juda verrecke* mit *Deutschland erwache* sprachkritisch [197:] und inhaltlich auseinandersetzte, traf er genau zwei Eckpfeiler für die Entwicklung von Feindbild und einem übersteigerten nationalem Selbstbild.

Von dieserart gestaltetem Feindbild, mit der speziellen Version „jüdischer Bolschewismus“ bzw. „bolschewistisches Judentum“, und nationalem Selbstbild ausgehend, war es relativ leicht, Menschen anderer Völker ebenfalls als Untermenschen abzustempeln und massenhaft in gleicher Weise wie die Juden zu ermorden bzw. wie viele Millionen kriegsgefangener Russen verhungern oder medizinisch unversorgt zu Tode kommen zu lassen. Die organisatorischen und technischen Instrumentarien zur Durchführung des Holocaust konnten nur vor dem Hintergrund der agitatorischen Einflussnahme des Antisemitismus wirksam werden. Diese Ideologie, die von den Nationalsozialisten erlassenen Gesetze und die ausgesprochenen Befehle wurden nicht nur von derjenigen verwirklicht, die unmittelbar an die jüdischen Menschen Hand anlegten, sondern auch durch alle, die ideologisch, organisatorisch und technisch das ganze Vernichtungsprogramm ermöglichten und mitwirkend in die Tat umsetzten.

Für ein Denken in moralischen Kategorien ist es nicht nachvollziehbar, dass *Juda verrecke* überhaupt als Schlachtruf öffentlich geduldet werden konnte. Diese Duldung erklärt sich aus einer seit 1918 im Gefolge des Weltkrieges in und nach der Revolution verbreiteten Praxis politischen Mordes an Juden und Nichtjuden. Unterschiedliche Mördergruppen traten in Aktion und die Aufforderung zum Mord erfolgte öffentlich. Sie wurde nicht nur an linken Führern der Arbeiterbewegung, beginnend bei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, vollzogen, sondern auch an Exponenten des Bürgertums wie Matthias Erzberger und Walther Rathenau. Indem diese politische Atmosphäre von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen öffentlich aufrechterhalten wurde, konnten auch mörderische Lösungen gegen das Judentum verbreitet werden.

Die im Kraussehen Sinne sprachliche Wunschform von *Juda verrecke* wurde von den nationalsozialistischen Judenmörtern als Handlungsaufforderung in die Untaten des Holocaust umgesetzt. Der Schlachtruf orientierte auf ein Abschlachten.

[198:]

## ***Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!***

*Von Harald Lange*

Unter den vielen Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie gehört der Ruf *Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!* zu den einprägsamsten. Seit er 1918 zum erstenmal auftauchte, fand er immer wieder Verwendung.

Von Anfang an waren die Arbeiterbewegung und deren Parteien es gewöhnt, von ihren Gegnern des Vaterlands- und Hochverrats bezichtigt zu werden. Verfolgungen, Einkerkerungen von Parteiführern und Mitgliedern sowie Parteiverbote – wie im Falle des Sozialistengesetzes<sup>1</sup> und der so genannten Machtergreifung der Faschisten – waren die Begleiterscheinungen.

Die Anklage *Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!* Entstand jedoch in den eigenen Reihen. Den Vorwurf des Verrats löste die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 aus, mit der sich der Übergang zur „Burgfriedenspolitik“ vollzog. Der Traditionsbrech war in der Tat tief. Noch im November 1912 hatten die Abgesandten der deutschen Sozialdemokratie auf dem Baseler Kongress der II. Internationale dem „Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage“ zugestimmt, das festlegte, es sei von den Sozialdemokraten aller Länder „alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern ... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“<sup>2</sup> Die deutsche Parteiführung verhielt sich nicht anders als die der meisten sozialdemokratischen Parteien in den Krieg führenden Ländern – wortbrüchig. Mit der Begründung, es sei Pflicht, das Vaterland zu verteidigen, tolerierte und unterstützte sie die Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschlands. Die anfänglich nur zögerlich einsetzende Kritik der Linken an dieser Haltung wuchs im Verlauf des Krieges jedoch rasch an. In ihrem Entwurf zu den Junius-Thesen brachte Rosa Luxemburg 1915 die übereinstimmende Ansicht der damals noch in viele Zirkel zersplitterten Linken zum Ausdruck: „Durch die Zustimmung zu den [199:] Kriegskrediten und die Proklamierung des Burgfriedens haben die offiziellen Führer der sozialistischen Parteien in Deutschland, Frankreich und England dem Imperialismus den Rücken gestärkt ... Diese Taktik der offiziellen Parteiinstanzen der Krieg führenden Länder, in allererster Linie in Deutschland, dem bisherigen führenden Lande innerhalb der Internationale, bedeutet einen Verrat an den elementarsten Grundsätzen des internationalen Sozialismus, an den Lebensinteressen der Volksmassen, an den freiheitlichen und demokratischen Interessen ihrer Länder.“<sup>3</sup> Die Linken in der deutschen Arbeiterbewegung sahen sich durch die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in ihrem Misstrauen gegen die Parteiführung bestätigt. Denn schon seit der Zeit des Sozialistengesetzes war ihr wiederholt vorgeworfen worden, die revolutionären Prinzipien verwässert und verraten zu haben. In Sonderheit waren es die Bewegungen der „jungen“ und der „Unabhängigen Sozialisten“, welche die Führer beschuldigten, zur Verflachung der Arbeiterbewegung beizutragen, aus der Sozialdemokratie eine Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung zu machen<sup>4</sup> und zu „Renegaten der gefährlichsten Art“ zu werden, „um so gefährlicher, als sie äußerlich den Schein der Prinzipientreue aufrechterhalten“<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Der Reichstag nahm am 19.10.1878 mit 221 gegen 149 Stimmen das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ an.

<sup>2</sup> Zit. nach Sachwörterbuch der Geschichte, Bd. 1, Berlin 1969, S. 228.

<sup>3</sup> Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 43.

<sup>4</sup> Aus einem von Paul Kampffmeyer, Bruno Wille, Karl Wildberger, Albert Auerbach u. a. herausgegebenen Manifest. Zit. nach Hans Manfred Bock: Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt a. M. 1976, S. 57.

<sup>5</sup> Hermann Testler: Der Parlamentarismus und die Arbeiterklasse, Berlin 1892, S. 28.

Die zunehmenden Erfolge der Sozialdemokraten bei den Reichstags- und anderen Wahlen, die immer neue Fragen der Taktik aufwarfen und politische Detailentscheidungen erforderten, verstärkten die ständigen Kontroversen über Prinzipientreue und Anpassungzwänge. Die Schwierigkeit, zwischen dem Aufgeben eines revolutionären Klassenstandpunkts und dem notwendigen Aufnehmen neuer Erkenntnisse aus der sich verändernden sozialökonomischen und politischen Entwicklung in die Theorie und Taktik der SPD zu unterscheiden, war in den Debatten über Eduard Bernsteins 1899 veröffentlichte Programmschrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ besonders deutlich geworden, in der Bernstein eine Abkehr von der These eines naturnotwendigen Zusammenbrechens des Kapitalismus forderte. Die Partei müsse deshalb ihre radikal-revolutionären Dogmen revidieren und sich auch theoretisch zu dem bekennen, „was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei“.<sup>6</sup> Die große Autorität August Bebels, der sich in dieser Auseinandersetzung gegen Bernstein wandte, bewirkte zwar, solange der Parteigründer lebte, dass die Parteitagsmehrheit regelmäßig keine Veranlassung sah, die Grundsätze, die Taktik oder den Namen der [200:] Partei zu ändern; doch 1914 erwies sich, dass an der Parteispitze die Reformisten das klare Übergewicht besaßen.

Das Einschwenken der Reichstagsfraktion auf die kaiserliche Kriegspolitik radikalierte die Kritik im Innern der Partei. Deren Führung suchte dem mit rigorosen Mitteln entgegenzutreten, indem sie Strafen und Ausschlüsse verfügte, Zeitungsredaktionen umbesetzte etc. Das Anwachsen der Kritik, die mit dem Entstehen der USPD verbundene Spaltung der Partei und die Bildung linksradikaler Gruppierungen waren damit nicht aufzuhalten. Die „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ (ISD) z. B. nannten als ihre Aufgabe: „Aufklärung über den Verrat der Parteiinstanzen an den Grundsätzen des Sozialismus. Entlarvung der arbeiterfeindlichen Politik der opportunistischen Organisationsbürokratie.“<sup>7</sup>

Verratsvorwürfe häuften sich. Sie trafen die SPD-Führung dann mit voller Wucht, als diese Willen und Fähigkeit vermissen ließ, die Macht zu nutzen, die den sozialistischen Parteien im November 1918 faktisch in den Schoß gefallen war. Die von den Mehrheitssozialisten unter Friedrich Ebert geführte Regierung tat ihr Möglichstes, um den Aufstand der Soldaten und Arbeiter zu behindern und zu unterdrücken. Sie unterließ nicht nur alle Maßnahmen, mit denen die Errungenschaften der Novemberrevolution gegen Übergriffe der Junker und der Monopole hätten gesichert werden können, sondern sie begab sich im Verlauf der Auseinandersetzung mit den Linken in der revolutionären Bewegung in die Handjener Kräfte, die mit dem Schutz der Regierung zugleich die Gegenrevolution zu verwirklichen hofften.

Je mehr die gewaltsamen Auseinandersetzungen eskalierten, desto mehr verdichtete und erweiterte sich der Verratsvorwurf nicht nur gegen die Mehrheitssozialdemokraten, sondern gegen alle – auch gegen Teile der USPD –, die sich einem sofortigen konsequenteren Kampf für die Errichtung einer Räterepublik und für die Vollendung der sozialistischen Revolution versagten. Der von der Mehrheitssozialdemokratie vertretenen Auffassung, mit dem Sieg der Novemberrevolution habe die Arbeiterbewegung ihre wesentlichen Ziele bereits erreicht, wurde auf das Entschiedenste widersprochen. Gegen die ständigen Mahnungen der SPD-Führung, nunmehr den Streit zu vergessen und in der Arbeiterbewegung die Einigkeit zu wahren, schrieb Karl Liebknecht am 19. November 1918: Die „wirksamsten und skrupellosen Propagandisten waren die Durchhalte- und Burgfriedenspolitiker der Sozialdemokratie ... Ein großer Teil [201:] der proletarischen Soldaten wie der Arbeiter, die den verblödenden Einflüssen der Sozialimperialisten jahrelang unterworfen waren, wähnt, die Revolution sei vollbracht, nun gelte es nur noch den Frieden und die Demobilisation ... Einigkeit mit Verrätern bedeutet Niederlage ... Können wir mit denen einig sein, die nichts anderes sind, als sozialistisch verkleidete Platzhalter der kapitalistischen Ausbeuter? ... Ihnen gebührt kein brüderlicher Handschlag, ihnen gilt nicht Einigkeit, sondern Kampf ... Zerstreuung des Einigkeits-Phrasennebels,

<sup>6</sup> Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin 1991, S. 188.

<sup>7</sup> Zit. nach Gerhard Engel: Die politisch-ideologische Entwicklung Johann Kniefs (1880-1919). Untersuchungen zur Geschichte der Bremer Linksradikalen, Diss., Berlin 1967, Masch. Manuskr., S. 276.

Bloßstellung der Halbheit und Lauheit, Entlarvung aller falschen Freunde der Arbeiterklasse ist dann das erste Gebot – heute mehr denn je ...“<sup>8</sup>

Auf Demonstrationen, in Versammlungen und in Aufrufen, wo es um das Anprangern der Politik der SPD ging, wurde häufig die griffige Kurzformel verwendet: *Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!* Mitunter wurde sie mit dem Zusatz versehen: „Wer hat Recht?“ „Karl Liebknecht!“<sup>9</sup> Als am 29. Dezember 1918 die bei den Kämpfen mit den von Friedrich Ebert herbeigerufenen Truppen am 24. Dezember gefallenen Matrosen der Volksmarinedivision im Friedrichshain bestattet wurden, trugen die Trauernden Plakate mit der Aufschrift: „Als Matrosenmörder klagen wir an Ebert, Landsberg und Scheidemann“, und sie riefen: „Nieder mit den Verrätern!“<sup>10</sup>

Die Identifikation der SPD-Führung mit der von den radikalen Linken als bürgerlichen Klassenstaat erlebten Weimarer Republik wurde immer erneut als Verrat gegeißelt. Die im Dezember 1918 gegründete KPD, die sich als legitime Fortsetzerin der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung sah, schrieb der SPD-Führung – nicht zu Unrecht – eine Mitschuld an der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs zu. Insbesondere die Kommunisten waren die Opfer des Einsatzes der sozialdemokratisch geführten preußischen Polizei gegen aufbegehrende radikale Linke und rebellierende Arbeitslose. Was die Anwendung von Gewalt betraf, so war sie für den sozialdemokratischen Militärminister Gustav Noske, „der sich schon bald als ein Verhängnis der deutschen Arbeiterbewegung erweisen sollte“<sup>11</sup>, keineswegs die ultima ratio, sondern das Mittel schlechthin, um die „Ordnung im Innern“ herzustellen.<sup>12</sup> Die gesamte Haltung der SPD, ihre Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien, schien die gemutmaßten Chancen für den Übergang zur Revolution zu untergraben. Das musste folglich als Verrat gegeißelt werden. Wenn es die SPD war, die sich als das erste zu nehmende Hindernis dem erfolgreichen Kampf [202:] für die Revolution in den Weg stellte, dann war sie der Feind der Revolution und schließlich – mit allen linken Gruppierungen und Abspaltungen, soweit sich diese nicht zur KPD bekannten – sogar der Hauptfeind.

Die Herausbildung sektiererischer Gruppen in der KPD, falsche Einschätzungen des Kräfteverhältnisses, die Unterordnung unter außenpolitische Interessenlagen der KPdSU sowie die Unkenntnis über das wahre Wesen und über die nicht für möglich gehaltene kommende Barbarei des ab 1933 herrschenden Faschismus trugen dann dazu bei, in der aktuellen Entwicklung der SPD eine Faschisierung zu erblicken, die im Einklang mit einem Hineinwachsen des bürgerlichen Staates in den Faschismus stünde. Höhepunkt der vernichtenden Kritik an der Sozialdemokratie war die Übernahme der 1924 von Sinowjew und Stalin in die Welt gesetzten Sozialfaschismus-These. Auf der Moskauer Konferenz des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Januar 1924 hatte Sinowjew festgestellt: „Die internationale Sozialdemokratie ist jetzt zu einem Flügel des Faschismus geworden.“<sup>13</sup> Noch ein Jahr vor der Machtergreifung des Faschismus identifizierte sich Ernst Thälmann auf einer Plenartagung der KPD mit dieser These, indem er sagte: „Wie steht es mit dem Verhältnis zwischen der Politik der Hitlerpartei und der Sozialdemokratie? ... Am klarsten hat Genosse Stalin schon im Jahre 1924 die Rolle dieser beiden Flügel gekennzeichnet, indem er von ihnen als von ‚Zwillingen‘ sprach, ‚die einander ergänzen‘ ... Die praktische Anwendung dieser Strategie in Deutschland erfordert den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie. Sie ist mit den ‚linken‘ Filialen die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution. Sie ist die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, sie ist

<sup>8</sup> Die Rote Fahne, Berlin, 19.11.1918.

<sup>9</sup> Richard Wiegand: „Wer hat uns verraten ...“: die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution, Freiburg 1999, S. XXX.

<sup>10</sup> Nach Sebastian Haffner: Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19, Bern/München/Wien 1969, S. 138.

<sup>11</sup> Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984, S. 113.

<sup>12</sup> So in Übereinstimmung mit dem Urteil vieler Historiker Susanne Miller: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1979, S. 270.

<sup>13</sup> Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage (Januar 1924), Hamburg 1924. Zit. nach Heinrich August Winkler, a. a. O., S. 704.

der aktive Faktor der Faschisierung.“<sup>14</sup> Die SPD, die ihrerseits einen fast vollständigen Immobilismus gegenüber dem heraufziehenden Faschismus zeigte, die ebenfalls über keine klare Einschätzung der faschistischen Bewegung verfügte und die die KPD als Moskauer Vasallenpartei bzw. als *rot lackierte Nazis*<sup>15</sup> ansah, verstärkte damit die ohnehin vorhandenen tiefen Gegensätze zwischen beiden Parteien. Nach dem Zweiten Weltkrieg führte der Kalte Krieg mit seiner schroffen Frontenbildung nicht nur zu Störungen bei den Bemühungen um mehr Gemeinsamkeit oder gar um Einheit, die sich im antifaschistischen Kampf zu entwickeln begonnen hatten, sondern zumeist zur Wiederbelebung der Konfrontation zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

[203:] Als es 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone gegen den Willen großer Teile der SPD und der sich in den Westzonen um Kurt Schumacher gruppierenden Sozialdemokraten zur Bildung der SED gekommen war, und die SED rasch zu einer leninistischen Partei neuen Typus entwickelt wurde, während sich die SPD in den Westzonen zu einem entschiedenen Antikommunismus bekannte, war das Verhältnis zwischen beiden Parteien für lange Zeit von Feindseligkeit beherrscht. Vorwürfe des Verrats an die Adresse der Sozialdemokratie spielten erneut eine wichtige Rolle. Die „rechtssozialdemokratischen Führer“ – so Walter Ulbricht 1952 auf der II. Parteikonferenz der SED – hätten „ihren Frieden mit der Bourgeoisie geschlossen“, sie seien „ins Lager des amerikanischen, englischen und westdeutschen Imperialismus übergegangen“. Ein Abschnitt seines Referats trug die Überschrift „Der nationale Verrat der herrschenden Kreise der deutschen Bourgeoisie und der Führer der SPD“.<sup>16</sup> Hermann Matern schrieb im selben Jahr: „Die rechten Führer der Sozialdemokratie sind die widerlichsten Klopffechter der imperialistischen Ideologie ... Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse um die Rechte und den Bestand der deutschen Nation erfordert die ständige Entlarvung der Verräterrolle der rechten Führer der Sozialdemokratie.“<sup>17</sup> In seinem Schlusswort auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED im November 1952 forderte Ulbricht dazu auf, „sehr ernst und systematisch den Kampf gegen den Sozialdemokratismus (zu) führen.“<sup>18</sup> In der SED wurde der Kampf gegen den Sozialdemokratismus zu einem zentralen Element beim politisch-ideologischen Ringen um die „Einheit und Reinheit“ der Partei. Rudolf Herrnstadt bezeichnete den Sozialdemokratismus als „eine ideologische Stütze des Kapitalismus“. „Der Sozialdemokratismus“, sagte er, „muss nicht nur auf allen Gebieten des praktischen Lebens bekämpft werden, auf denen er sich zeigt, er muss vor allem auf dem Gebiet bekämpft werden, von dem aus er zu kurieren ist: auf dem ideologischen.“<sup>19</sup> Ulbricht stellte fest, „dass das Fortbestehen von Resten des Sozialdemokratismus in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands selbst sich hemmend auf die Entwicklung der Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik und die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus auswirkt“.<sup>20</sup> Erst in den 70er und 80er Jahren kam es zu einer allmählichen Entkämpfung des Verhältnisses zwischen SED und SPD.

In der damaligen BRD machten sich in der Phase der Studentenrevolte und der Herausbildung einer Außerparlamentarischen [204:] Opposition (APO) linksradikale Gruppen die Lösung *Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!* zu eigen. Nachdem die SPD 1959 die programmatiche Aussöhnung mit dem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem vollzogen und danach auch die

<sup>14</sup> Ernst Thälmann: Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung der KPD am 19. Februar 1932 in Berlin, 1932, S. 25 u. 37.

<sup>15</sup> Der Reichstagsabgeordnete der SPD, Kurt Schumacher, sagte am 30. März 1930 in einer Rede in Eßlingen: „Der Weg der leider ziemlich zahlreichen proletarischen Hakenkreuzler geht über die Kommunisten, die in Wirklichkeit nur rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten sind.“ *Schwäbische Tagwacht*, 1.4.1930.

<sup>16</sup> Walter Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Referat und Schlusswort auf der II. Parteikonferenz der SED, Berlin, 9. bis 12. Juli 1952, Berlin 1952, S. 39 u. 28.

<sup>17</sup> Hermann Matern: Die Arbeiterklasse als Führerin der Nation. In: *Einheit*, Berlin, November 1952, Sonderheft, S. 1166 f.

<sup>18</sup> Walter Ulbricht: Zu einigen ideologischen Fragen. Aus dem Schlusswort des Genossen Walter Ulbricht auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED. In: *Einheit*, Berlin, Dezember 1952, Heft 12, S. 1316.

<sup>19</sup> Rudolf Herrnstadt Gegen alle Erscheinungsformen des Sozialdemokratismus, Diskussionsrede auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED. In: *Einheit*, Berlin, Dezember 1952, Heft 12, S. 1333 u. 1341.

<sup>20</sup> Walter Ulbricht: Diskussion über Fragen des Sozialdemokratismus in der deutschen Arbeiterbewegung. In: *Einheit*, Berlin, Dezember 1952, Heft 12, S. 1330.

nationalpolitische Opposition gegen den außen- und militärischen Adenauer-Kurs aufgegeben hatte, wurde die Debatte um die Notstandsgesetze und um das Eintreten in eine große Koalition mit der CDU/CSU unter einem Kanzler, der der NSDAP angehört hatte, zum Knackpunkt für die linken Kräfte in und am Rand der SPD. Diese Kritik vermischt sich mit der in der Jugend der 60er Jahre aufkommenden Forderung nach einem Aufdecken der Rolle, welche die westdeutschen Nachkriegseliten im Faschismus gespielt hatten, sowie mit dem Kampf gegen den Krieg der USA in Vietnam. Erstmals entstand in der Nachkriegszeit eine bedrückende Atmosphäre der Gewalt, in der es zu Attentaten auf Studentenführer und zur Ermordung von Demonstranten kam. „Dieses Institutionensystem, das Gewaltlosigkeit zum Prinzip hat, enthüllt plötzlich ein Ausmaß von Gewalt, von dem viele, die selbst gar nicht mit der Außerparlamentarischen Opposition sympathisieren, aufs Höchste überrascht und betroffen sind.“<sup>21</sup> Die SPD, nunmehr an der Bundesregierung beteiligt, wurde mit verantwortlich gemacht. Am Vorabend des 1. Mai 1969 führte die Gewerkschaftsjugend in Frankfurt am Main wie jedes Jahr ihre Demonstration durch. Gruppen des SDS und der APO waren in dem von einem großen Polizeiaufgebot begleiteten Zug relativ stark vertreten. Auf ihren Transparenten waren Parolen wie „Gewerkschaft – die Hure des Kapitalismus“ zu lesen; in Sprechchören wurde skandiert „Che lebt!“, „1, 2, 3. Vietnam – fangen wir in Frankfurt an!“ und „Sozialdemokraten haben uns verraten“.<sup>22</sup> Auch Peter Brandt und Günter Minnerup schreiben, dass die in jener Zeit so genannte Neue Linke in ihrer verbalradikalen Kritik an der SPD sich der Losung *Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!* bediente.<sup>23</sup> Von ultralinken Gruppierungen wurde sogar die alte Sozialfaschismus-Anklage wieder aufgenommen. So hieß es in der Zeitung „Roter Morgen“ – dem Organ der KPD/ML im Juni 1976: „Als Partei des Monopolkapitals, als Regierungspartei der westdeutschen Banken und Konzerne hat die SPD die Faschisierung planmäßig und bewusst vorangetrieben, um die revolutionären Kräfte in unserem Volk zu unterdrücken, und, mit der Verschärfung der Klassenwidersprüche, Schritt für Schritt die Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur vorbereitet.“<sup>24</sup> Eine [205:] Publikation von Richard Wiegand aus dem Jahr 1974 trägt den Titel „Wer hat uns verraten ... Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution.“<sup>25</sup> In einem Vorwort von F. E. Hoevels zur Ausgabe des Buches von 1999 heißt es u. a.: „Die SPD ist die scheußlichste Erscheinung der Weltgeschichte.“<sup>26</sup>

Nach der politischen Wende in der DDR und dem Beschluss der Volkskammer, den Beitritt zur BRD zu vollziehen, änderte sich die Konstellation hinsichtlich des Verratsvorwurfs gegen die SPD dergestalt, dass er, außer von unbedeutenden ultralinken Gruppen, nur noch von konservativer Seite erhoben wurde. So skandierte und plakatierte die CDU in der Bezirksverordnetenversammlung des Berliner Bezirks Kreuzberg-Friedrichshain, als dort im Jahr 2001 eine Kandidatin der PDS mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten zur Bürgermeisterin gewählt wurde, wörtlich die alte Anklage *Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!*<sup>27</sup>

Ob Linke den Ruf *Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!* erneut erheben, wird die Zukunft zeigen. Enttäuschung und Erbitterung gegenüber einer SPD, die sich nur noch wenig von jenen Parteien unterscheidet, denen die gegenwärtige sozialökonomische Ordnung mit ihrer Dominanz der Kapitalverwertungsinteressen als unveränderlich gilt, kann ganz spontan wieder zu solchen Anklagen drängen.

<sup>21</sup> Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen 1995, S. 60.

<sup>22</sup> Wolfgang Kraushaar: Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail, 1946 bis 1995, Bel. 1, Chronik, Hamburg 1998, S. 422 f.

<sup>23</sup> Peter Brandt: Schwieriges Vaterland, Berlin 2000, S. 191.

<sup>24</sup> Roter Morgen, 12.6.1976. Zit. nach Frank D. Karl: Die K-Gruppen. Entwicklung – Ideologie – Programme, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 81.

<sup>25</sup> Siehe Ann. 9.

<sup>26</sup> Ebenda, S. XIII.

<sup>27</sup> Miteinander für Berlin, Zeitung der PDS zu den Wahlen am 21.10.2001, S. 5.

## ***Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft***

*Von Heinz Niemann*

Bis in jüngste Zeit tauchen auf Demonstrationen bei autonomen Linken und linksradikalen Gruppen immer mal wieder Spruchbänder auf, die fordern: *Schlagt die Nazis, wo ihr sie trifft*. Erstmals wurde diese Kampfparole von der ultralinken Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1924 für den neu gegründeten Roten Frontkämpferbund ausgegeben. Sie richtete sich gegen den Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten, eine nationalistische, die deutschen Kriegstaten im Ersten Weltkrieg verherrlichende, den Militarismus pflegende und die Revanche verfechtende Organisation. Doch blieb die Lösung zunächst weitgehend unbekannt. Das änderte sich mit dem Vormarsch der NSDAP, als deren Führer erkannten, wie wichtig [206:] es war, die Straße zur Demonstration von Macht und Gewalt zu nutzen. Nun – 1929 – antwortete die radikale und kommunistische Linke darauf mit der vom Mitglied des KPD-Politbüros Heinz Neumann wieder ausgegraben Parole: *Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft*.

Solange sich diese Lösung gegen die Nazipartei als eine diffus antikapitalistische und nationalistisch-revanchistische Bewegung deklassierter Elemente aller Klassen und Schichten richtete, besaß sie einen begrenzten rationalen Kern, denn es musste im Interesse aller antinazistischen und linken Kräfte liegen, den Faschisten nicht den öffentlichen Raum zu überlassen, den sie zur Einschüchterung ihrer Gegner und/oder zur Gewinnung neuer Anhänger nutzten. Doch wurde die Parole kontraproduktiv, als die eigentlichen Triebkräfte aus dem Großkapital sichtbar wurden. Zugleich gerieten mit der Sozialfaschismusthese mit ihrer tendenziellen Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Nazis auch Sozialdemokraten ins Visier der KPD: Schlagt die kleinen Zörgiebels, wo ihr sie trifft!

Es wurde erkennbar, dass diesem Schlagwort kein hinreichend klarer Faschismusbegriff zugrunde lag, spiegelten sich in ihm doch schwerwiegende Schwächen der kommunistischen Strategie und Taktik wider, die seit dem V. Kongress der Kommunistischen Internationale (1924) insbesondere mit der These von der Verwandlung der Sozialdemokratie von einem rechten Flügel der Arbeiterbewegung in einen linken des Faschismus auf die Politik der KPD durchschlugen. Eine oberflächliche Korrektur nahm deren Führung in einem Beschluss vom 4. Juni 1930 vor, der die „schematische Anwendung“ dieser Parole „im gegenwärtigen verschärften Stadium des Kampfes“ für unzweckmäßig erklärte.<sup>1</sup> Sie hatte bei Teilen ihrer Anhänger deren latente Neigung zum individuellen Terror gefördert. Obwohl die Parteiführung sich von nun an gegen den individuellen Terror aussprach und sie mit der Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung vom August 1930 eine strategisch-taktische Wende versuchte, blieb es bis in die Endzeit der Weimarer Republik bei der verhängnisvollen Doppelstrategie des Kampfes sowohl gegen Nazis als auch gegen die Sozialdemokratie als vermeintlich nur unterschiedliche Träger der Faschisierung. Der Schlachtruf *Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft* zielte zwar auf den Faschismus, traf aber die Masse der kleinen, oft nur desorientierten und verzweifelten Mitläufer der SDAP und förderte weiterhin den Hang zum individuellen Terror. Die eigentlichen Drahtzieher des Faschismus blieben im Hintergrund<sup>2</sup> und unbetroffen. Erst nach [207:] einem Beschluss des ZK der KPD vom 10. November 1931 konnte eine Wende erreicht werden. Er wandte sich nun sehr entschieden gegen das Fortwirken der verfehlten Taktik, erklärte „jede Verfechtung oder Duldung der terroristischen Ideologie und Praxis für vollkommen unzulässig“ und als Ausdruck von Verzweiflungsstimmungen, der die Massen vom wirklichen Klassenkampf ablenke, sie von der revolutionären Vorhut abstöse, Provokateuren jeder Art das schmutzige Handwerk erleichtere und der bürgerlichen Mordhetze billige Vorwände liefere.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Resolution des Politbüros des ZK der KPD über den Kampf gegen den Faschismus. Zit. nach Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, Dok. 66, S. 528-532.

<sup>2</sup> Zudem berief sich Hitler vor allem in jener Zeit, da er den sogenannten Legalitätskurs seiner Partei beschwore, direkt auf die KPD-Parole. Es sei sehr schwierig gewesen, für die „absolute Waffenlosigkeit“ der NSDAP zu sorgen, als die Linke dies „geschrieen habe“. Siehe Völkischer Beobachter, 27.9.1930.

<sup>3</sup> Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., Dok. 82, S. 558 f.

Damals wie heute sind solche Schlagwörter Ausdruck der politischen Unreife der Bewegung oder Elemente und Mittel provokativer staatlicher Gegenstrategien zur Diskreditierung und Desorganisation der radikalen Opposition.

## **Die Kommunisten- rot lackierte Nazis**

*Von Heinz Niemann*

Am 30. März 1930, soeben war die Krise der Weimarer Demokratie offen ausgebrochen, fiel in einer Rede des schwäbischen Reichsbannerführers Dr. Kurt Schumacher auf der Gaukonferenz in Esslingen unter der Überschrift „Kommunismus, Faschismus, Reichsbanner“ der Satz: „Der Weg der leider ziemlich zahlreichen proletarischen Hakenkreuzler geht über die Kommunisten, die in Wirklichkeit nur rot lackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten sind.“<sup>1</sup> Das Gewicht der Äußerung ergab sich auch daraus, dass der Redner als Abgeordneter sowohl dem Landtag wie dem Reichstag angehörte und in der Landeshauptstadt Stuttgart Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei war. Schumacher hatte bereits Ende 1921 seine Vorliebe für ähnliche Wortkonstruktionen erkennen lassen. Damals bezeichnete er die nach Paul Levis Parteiausschluss an der Spitze der Kommunistischen Partei verbliebenen Führer als „rot übermalte Panslawisten“. Von nun an also grasierte das Schlagwort von den „Kozis“ als den *rot lackierten Nazis*.

In den wütenden Schimpfkanonaden des sozialdemokratischen Politikers drückten sich in der Weimarer Zeit nachvollziehbare Verletzungen aus, die ihm durch sehr persönliche Angriffe zugefügt worden waren. So hatten Politiker der örtlichen Kommunistischen [208:] Partei von dem im Lande Württemberg bekannten Politiker behauptet, er sei ein „politischer Clown“ und „prinzipienloser Schönredner“ und ihn auch „Sozialfaschist“ geschimpft. Bei dem impulsiven Temperament Schumachers war es nicht verwunderlich, dass der Begriff von der rot lackierten Doppelausgabe der Nazis Furore machte, zumal er genau den politischen und weltanschaulichen Intentionen nicht nur seines Erfinders, sondern auch der offiziellen Parteilinie entsprach.

Zugleich machte Schumachers Vergleich von Kommunisten und Nazis die Schwächen sozialdemokratischer Faschismusanalysen deutlich, wenn er in diesem Kontext ausführte: „Der Stoß der Nationalsozialisten richtet sich nicht gegen das Kapital, sondern in erster Linie gegen die Sozialdemokratie und die sozial empfindenden linken Schichten des Bürgertums. Dass er sich nicht gegen die Kommunisten richtet, wissen wir aus Erfahrung. Der Weg der leider ziemlich zahlreichen proletarischen Hakenkreuzler geht über die Kommunisten, die in Wirklichkeit nur rot lackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten sind. Beiden ist gemeinsam der Hass gegen die Demokratie und die Vorliebe für die Gewalt. Die Kommunisten zumal, die nur in ökonomisch und kulturell zurückgebliebenen Ländern Fortschritte machen konnten, sind die stehenden Heere der sowjetrussischen Außenpolitik.“<sup>2</sup>

Es bedurfte nicht erst dieser Philippika, um Schumacher zu einem bevorzugten Angriffspunkt für die kommunistische Polemik zu machen, waren doch die Erinnerungen an seine Anfang der 20er Jahre erfolgten journalistischen Attacken gegen die Bolschewisten in der „Schwäbischen Tagwacht“ lebendig, die schärfer als die späteren gegen die Nazis gelautet hatten. In diesen ersten Artikeln schon im Jahre 1920/21 brach diese maßlose Verachtung der kommunistischen Bewegung durch, in deren russischer KP sei „der ganze Schmutz der Welt zusammengeschwemmt“, Sinowjew, der Mann an der Spitze der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale, wäre die „schmutzigste und gesinnungsloseste der Kreaturen Lenins“, den Leiter der Tscheka Dershinski nannte er den „wohl widerlichsten Bluthund des letzten Jahrhunderts“ und Lenin bezeichnete er sogar als einen „Urrussen“, dessen „triebhaft chauvinistische Kräfte ihn für die Rolle des Zaren prädestinieren“ würden. Die Führung der KPD firmierte bei ihm nur als „Verbrecherzentrale“.

In dem Maße, wie sich bei den Kommunisten ein epigonaler Stalinismus durchsetzte und vor allem mit der Sozialfaschismus-[209:]theorie im Kampf gegen die Nazis und zur Verteidigung der Weimarer Republik eine falsche Front aufgemacht wurde, begründete Schumacher seine hassvolle Feindschaft zunehmend mit theoretisch-weltanschaulichen Argumenten und weniger als journalistischer Streiter gegen die KPD und ihre ebenso halbherzige wie zwiespältige Einheitsfrontpolitik. Da er bei beiden Bewegungen „Hass gegen die Demokratie“ und „Vorliebe für die Gewalt“ konstatierte, kam

<sup>1</sup> Schwäbische Tagwacht Nr. 76, 1.4.1930.

<sup>2</sup> Ebenda.

es bei ihm zur dauerhaften Gleichsetzung von totalitärem Parteikommunismus und Nazifaschismus. Damit befand er sich sowohl mit dem Theoretiker Karl Kautsky, der 1930 den italienischen Faschistenführer Mussolini als „Affen Lenins“ charakterisierte, als auch mit dem Parteivorsitzenden Otto Wels auf einer Linie, der auf dem Leipziger Parteitag 1931 Nazis und Bolschewisten als Brüder bezeichnete. Dieser frühe Vorläufer der Totalitarismustheorie auf sozialdemokratischer Seite hatte neben der aus der Biografie Schumachers rührenden Quelle zunehmend weitere Ursachen, die seine Wiederbelebung nach 1945 begründeten. Tatsächlich griff der sozialdemokratische Politiker nach 1945 in variiertener Fassung wieder auf seine früheren antikommunistischen Angriffe zurück. Das geschah in erster Linie im entschlossenen Kampf Schumachers, der im Nachkriegsdeutschland die politische Führung gewinnen und es sowohl vor einer Sowjetisierung wie vor einer großkapitalistischen Restauration bewahren wollte. In diesem Ringen dienten ihm drei Schlüsselbegriffe: Demokratie – Sozialismus – Nation als wichtigste Instrumentarien, mit denen alle kommunistischen wie linkssozialistischen Einheitsbestrebungen abgewehrt werden sollten. Zugleich korrespondierten diese Begriffe mit seinem herkömmlichen Totalitarismusverständnis, indem das Bekenntnis der Kommunisten zur Demokratie als unaufrichtig denunziert werden konnte. Denn wäre es ehrlich gemeint, dann müssten diese sich der stärkeren und einzig demokratischen SPD anschließen und so die Einheit der Arbeiterbewegung herstellen. Die sozialdemokratische Propaganda des „Sozialismus als Tagesaufgabe“ diente der taktischen Abwehr der kommunistischen Bündnisstrategie, während die nationale Karte von Schumacher benutzt wurde, um die Kommunistische Partei als „Russenpartei“ und Erfüllungsgehilfin für die Durchsetzung überzogener Wiedergutmachungsforderungen erscheinen zu lassen. Deren nationale Politik wollte er als schwarz-weiß-rot übertünchte Apologetik sowjetischer Großmachtansprüche entlarvt wissen.

[210:] War es auch nicht möglich, direkt auf das alte Schlagwort von den *Kommunisten als rot lackierten Nazis* zurückzugreifen, so blieb Schumacher doch im Kern bei seiner Auffassung und Politik. Seine Vision eines Deutschlands der antimonopolistischen Demokratie, gegründet auf eine gemischte Wirtschaftsordnung und verankert in einem befriedeten, abgerüsteten demokratischen Europa, scheiterte schmählich. Sein kompromissloser Antikommunismus, zusätzlich gespeist aus der Quelle des Stalinismus, besaß eine doppelte Folge. Er ließ ihn einerseits auf jeden Versuch einer offensiven und konstruktiven Erprobung kommunistischer Angebote verzichten und zwang ihn andererseits, auf entscheidenden Gebieten seiner Gesellschaftsstrategie zurückzustecken – sogar bis zur Inkaufnahme der Spaltung des Landes.

## KAPITEL 4

### BOURGEOISIE UND PROLETARIAT

*In Geldangelegenheiten hört die Gemütlichkeit auf*

*Von Jörg Roesler*

Das Jahr 1848 war nicht nur wirtschaftlich ein Krisenjahr. Es war auch ein Jahr zunehmender politischer Spannungen zwischen dem 1840 auf den Thron gelangten Friedrich Wilhelm IV. und „seinem“ Volk. Wegen dieser Spannungen, die sich 1848 in den Märzkämpfen gewaltsam entladen sollten, knisterte die Atmosphäre bereits ein Jahr zuvor, als der preußische König am 11. April 1847 den Vereinigten Landtag zusammenrief. Friedrich Wilhelm IV. gewährte seinen Untertanen die Gnade, die bis dahin separat tagenden preußischen Landstände erstmals in Berlin zusammenzurufen, nicht ohne guten Grund. Er benötigte dringend Geld. Die Staatseinnahmen waren durch das Krisenjahr in Mitleidenschaft gezogen worden. Aber auch so reichten sie nicht aus, um größere Investitionsprojekte, so den Bau einer strategisch wichtigen staatseigenen Eisenbahn von Berlin nach Königsberg, ohne Kredite der Banken zu finanzieren.

Der preußische Staat hatte sich in der Angelegenheit der „Ostbahn“ bereits weit aus dem Fenster gelehnt. Die Bauarbeiten waren begonnen worden, als das Geld ausging. Bei den Privatbanken hatten die zuständigen Regierungsressorts um Kredit nachgesucht. Vergeblich! Die krisenhafte Lage der Wirtschaft stimmte die Bankiers keineswegs risikofreudig. Aber vor allem die wichtigsten, die rheinländischen unter ihnen, hegten auch politischen Groll. Entgegen den Erwartungen der Bourgeoisie hatte sich der anfangs liberal und aufgeklärt gebende Friedrich Wilhelm IV. nicht bereit gefunden, nach seiner Thronbesteigung das bereits 1815 von seinem Vater gegebene Verfassungsversprechen einzulösen. Darauf legten die Bourgeoisie aber großen Wert, da nach ihrer Auffassung nur so Preußen in einen modernen Staat westeuropäischen Musters verwandelt werden konnte, in dem sie selbstverständlich die entscheidende ökonomische und politische Kraft sein würden. In den diskreten Verhandlungen um die Gewährung von Anleihen erinnerten die Bankiers die Beamten Friedrich Wilhelms an ein Königswort von 1820. Demzufolge sollten „Staatsanleihen nur mit Zustimmung und unter Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung“ aufgenommen werden. Nun war der Vereinigte Landtag zwar nicht mit jener „reichsständischen Versammlung“ gleichzusetzen, entsprach ihr jedoch in vieler Hinsicht. Der König forderte deshalb auch am 11. April 1847 die Versammlungen auf, den staatlichen Finanzierungsvorhaben zuzustimmen. Die Delegierten setzten dem aber ihre Forderung nach echten konstitutionellen Rechten und tatsächlichem Einfluss auf die Staatsgeschäfte entgegen. Der Monarch wies das Verlangen nach einer Verfassung strikt zurück und erklärte, „dass es keiner Macht der Erde je gelingen soll, mich zu bewegen, das ... Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu verwandeln ...“ Daraufhin verweigerten die unter dem Einfluss der drei oppositionellen rheinländischen Bankiers und Industriellen Ludolf Camphausen, David Hansemann und Gustav v. Mevissen stehenden Abgeordneten des Vereinigten Landtags der Krone die Kredite.

Hansemann, der populärste und rhetorisch begabteste unter ihnen, sprach jenen Satz aus, der sprichwörtlich wurde: „Bei Geldfragen (zitiert: *In Geldangelegenheiten*) hört die Gemütlichkeit auf, da muss bloß der Verstand uns leiten.“<sup>1</sup> Dieser Satz ließ an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Noch nie waren die Gegensätze zwischen der liberalen Bourgeoisie und der preußischen Regierung in solcher Schärfe aufeinander geprallt. Friedrich Engels hat Hansemanns Auftritt auf dem Vereinigten Preußischen Landtag in einem Rückblick auf das Jahr 1847 auch entsprechend eingeschätzt. Die Bourgeoisie „hatte sich ein Forum erobert, dem König einen Beweis ihrer Macht gegeben und das ganze Land in Aufregung versetzt“.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> David Hansemann: Der erste Vereinigte preußische Landtag in Berlin 1847. Hg. v. Eduard Bleich, Bd. 3, Berlin 1847, S. 1507.

<sup>2</sup> Friedrich Engels: Die Bewegung von 1847. In: MEW, Bd. 4, Berlin 19, S. 496.

David Hansemann galt zum Zeitpunkt seines spektakulären Auftritts im Lande bereits als einer, der etwas von Geldangelegenheiten verstand. Er war als Politiker seit 1845 durch seine Reden im rheinischen Provinziallandtag bekannt geworden und verkörperte durch seinen Lebenslauf viel mehr noch als seine aus begüterten Häusern stammenden rheinländischen politischen Kampfgefährten die Aufstiegsmöglichkeiten, die erst die kapitalistische Industrialisierung möglich gemacht hatte. Er war, wie man es nach amerikanischen Beispiel im 20. Jahrhundert auszudrücken pflegte, ein Selfmademan.

Der 1790 geborene mittellose Pfarrerssohn aus einem Hamburger Vorort ging mit 27 Jahren nach Aachen, damals die größte [213:] Gewerbestadt Deutschlands und Zentrum der in der Textilindustrie bereits in Gang gekommenen industriellen Revolution. Er eröffnete dort eine Wollhandlung und gelangte in kurzer Zeit zu Wohlstand. Bereits 1825 stieg er ins Versicherungsgeschäft ein. Seit 1835 hatte er, vor allem durch seine große Begabung, Finanzierungsmöglichkeiten zu finden und Kapitalgeber zusammenzuführen, bedeutenden Anteil am Bau der rheinländischen Eisenbahnen.

Der Mann, dem wegen seines mutigen Wortes vor dem König nicht nur die Sympathien der Bankiers und Industriellen gehörten, kümmerte sich während der Revolution um das, wovon er am meisten verstand und was ihm das wichtigste schien: um Geldangelegenheiten. Im ersten nach der Märzrevolution vom König ernannten Kabinett wurde er Finanzminister und bald auch Chef der Preußischen Bank. Auch dem zweiten Ministerium nach den Märztagen gehörte er an. Die Revolution machte in Preußen jedoch bald der Konterrevolution Platz. Hansemann verlor nicht nur seinen Kabinettposten, sondern auch seine Stellung als Chef der Preußischen Bank. Sein erzwungener Abschied aus der hohen Politik hat ihn nicht besonders mitgenommen. Im Jahre 1851 gründete er, weiterhin eine der einflussreichsten Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens, mit der Disconto-Gesellschaft eine der wichtigsten Banken des späteren Deutschen Reiches.

Dieser Schritt war ein sicheres Zeichen dafür, dass für Hansemann die *Geldangelegenheiten* wieder stimmten. Denn auf wirtschaftlichem Gebiet fand in Preußen keine Restauration der alten Verhältnisse mehr statt. Zwar wurde dem Volk die politische Freiheit verwehrt, die wirtschaftlichen Freiheiten den Besitzenden dagegen gewährt. Als Handels- und Finanzminister sorgte der aus dem rheinischen Elberfeld stammende Bankier August von der Heydt dafür, dass in den 50er Jahren, wie es der Wirtschaftshistoriker Sartorius von Waltershausen ausdrückte, „die Blütezeit des Manchesterstums“<sup>3</sup>, d. h. des durch den Staat nicht mehr eingeschränkten Wirtschaftens der Bourgeoisie begann.

Die Jahre nach der Revolution bewiesen, dass die Kehrseite des markanten Ausspruches von Hansemann auch der Wahrheit entsprach: Wenn die „*Geldangelegenheiten*“ stimmten, dann sah die Bourgeoisie keinen Grund, gegenüber „Thron und Altar“ ungemütlich zu werden.

Die historische Konstellation, in der das Hansemann-Wort ausgesprochen wurde, war also kurzlebig. Wenn es sich doch seinen Eingang in den Sprichwortsatz der Deutschen verschaffte, dann wohl vor allem deshalb, weil in den nächsten Jahrzehnten die herausragende Wichtigkeit von *Geldangelegenheiten* mit dem Vordringen kapitalistischer Wirtschaftsformen gegenüber feudalen, zünftlerischen und traditionellen Verkehrsformen immer größeren Teilen der Bevölkerung Deutschlands demonstriert wurde. Gewissermaßen entpolitisirt, wurde das Wort auf fast jede Situation des zivilen Lebens, in der es „ums liebe Geld ging“, anwendbar.

Aber auch im engeren, im wirtschaftspolitischen Sinne behielt das Hansemann-Wort seine Aktualität, wenn es zwischen Staat und Bourgeoisie, zwischen Politik und Unternehmerschaft wieder einmal zu Auseinandersetzungen kam. Der Bahnbau erwies sich in der boomenden Wirtschaft Deutschlands während der 50er und 60er Jahre als beliebtes Spekulationsobjekt und erstklassige Möglichkeit, Gründergewinne zu scheffeln. Der inzwischen in Gang gekommene Bau von Staatsbahnen beschnitt derartige Bereicherungsmöglichkeiten. Die Vertreter der liberalen Bourgeoisie im preußischen Abgeordnetenhaus sahen in der beabsichtigten Ausdehnung des Staatsbahnbau eine Bedrohung. Bei derartigen *Geldangelegenheiten* hörte für sie erneut die Gemütlichkeit auf. Durch einen gegen den Staatsbahnbau gerichteten und den Privatbahnbau fördernden Beschluss verhinderten sie unter

<sup>3</sup> A. Sartorius von Waltershausen: Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815-1914, Jena 1923, S. 275.

Nutzung in Mode gekommener wirtschaftsliberaler Lösungen eine Beschneidung der Profite ihrer Klientel.

Eine derartig kämpferische Haltung gegenüber dem Staat, wenn er denn die Profitmaximierung störte, ließ sich in Deutschland in [215:] den folgenden anderthalb Jahrhunderten wiederholt beobachten. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts besinnen sich die Häupter der Arbeitgeberorganisationen der Bundesrepublik häufig auf die Quintessenz des Hansemannsehen Wortes. Die sonst so staatsloyalen Vertreter der Bourgeoisie verweisen, wenn ihre Interessen z. B. durch Verweigerung eines raschen Sozialabbaus seitens der um ihren Einfluss auf die Wähler bangenden Politiker geschädigt werden, darauf, dass in *Geldangelegenheiten die Gemütlichkeit aufhört*. Dann wird dem „regulierungswütigen“ Staat auch schon einmal unter Berufung auf neoliberale Slogans klargemacht, dass er sich in Wirtschaftsangelegenheiten nicht einzumischen habe.

## **Zuckerbrot und Peitsche**

*Von Gerd Fesser*

Ende März 1871, in der Schlussphase des Deutsch-Französischen Krieges, erhoben sich im belagerten Paris die Arbeiter und errichteten die Kommune. Die sozialistischen Kräfte, welche die Macht übernommen hatten, begannen mit einer „vollständigen Umwälzung von Staat und Gesellschaft“.<sup>1</sup> Für die Regierenden und Besitzenden in ganz Europa war das ein mächtiger Schock. Zwar wurde die Erhebung bereits Ende Mai 1871 von französischen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen. Doch am 25. Mai solidarisierte sich der deutsche Sozialist August Bebel mit der Pariser Kommune und sagte voraus, dass es in ganz Europa zu vergleichbaren Erhebungen des Proletariats kommen werde.<sup>2</sup>

Reichskanzler Otto von Bismarck beschloss, gegen die deutsche Sozialdemokratie mit einer Doppelstrategie von Repression und Sozialpolitik vorzugehen. Bereits am 21. Oktober 1871 schrieb er in einer Notiz für den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz: „1. Entgegenkommen gegen die Wünsche der arbeitenden Klassen durch Gesetzgebung und Verwaltung, soweit mit den allgemeinen Staatsinteressen verträglich. 2. Hemmung der staatsgefährlichen Agitationen durch Verbots- und Strafgesetze.“<sup>3</sup>

Sechseinhalb Jahre später, im März 1878, legte Bismarck den ersten Entwurf eines Sozialistengesetzes vor, der aber vom Reichstag abgelehnt wurde. Am 16. September 1878 folgte ein zweiter Entwurf [216:] eines „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, und einen Tag später sprach der Kanzler dazu im Reichstag. Er verwies auf die Rede August Bebels vom 25. Mai 1871 und erklärte: Seit diesem Bekenntnis Bebels habe er „in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Notwehr“ befindet.<sup>4</sup> Bismarck nutzte außerdem zwei Attentate von Anarchisten auf Kaiser Wilhelm I. hemmungslos dazu aus, die Sozialdemokratie zu verteufeln. Er forderte eine Art Vernichtungskrieg gegen die sozialdemokratische Partei und sagte später über ihre Anhänger: „Sie sind die Ratten im Lande und sollten vertilgt werden.“<sup>5</sup> Am 21. Oktober 1878 wurde das Sozialistengesetz erlassen, und unverzüglich wurden die sozialdemokratischen Vereine und Zeitungen verboten. Ein Heer von Polizeispitzeln überwachte fortan die führenden Sozialdemokraten. Etwa 900 Sozialisten wurden aus ihren Heimatorten ausgewiesen.<sup>6</sup>

In den 80er Jahren brachte Bismarck dann seine drei bedeutsamen Sozialgesetze- das Unfallversicherungsgesetz, das Krankenversicherungsgesetz und das Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung – im Reichstag durch. Den Wünschen der Großindustriellen gemäß war im Unfallversicherungsgesetz keine Haftpflichtversicherung, sondern eine überbetriebliche Unfallversicherung vorgesehen.<sup>7</sup> Bismarck hatte zugleich alle Vorstöße der Sozialdemokraten sowie der Zentrumspartei und der Konservativen, die Arbeiterschutzgesetzgebung auszubauen, vereitelt.

Bismarck konnte die sozialdemokratische Partei verbieten lassen, zerschlagen konnte er sie nicht. Die Verfolgungen durch die Staatsorgane schweißten die aktiven Parteimitglieder zusammen. Es entstand eine stabile illegale Parteiorganisation. Seit 1879 wurde das neue Zentralorgan „Der Sozialdemokrat“ in der Schweiz gedruckt und durch die „Rote Feldpost“ in Deutschland verbreitet. 1878 waren zwar

<sup>1</sup> Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen, 1. Bd.: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reichs bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000, S. 212.

<sup>2</sup> Text in: August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1: Reden und Schriften 1863 bis 1878, München u. a. 1995, S. 147 ff.

<sup>3</sup> Zit. nach Volker Ulrich: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches 1871-1918, Frankfurt a. M. 1997, S. 66.

<sup>4</sup> Zit. nach ebenda, S. 64.

<sup>5</sup> Zit. nach Waltraut Engelberg: Das private Leben der Bismarcks, Berlin 1998, S. 198.

<sup>6</sup> Siehe Horst Bartel/Wolfgang Schröder/Gustav Seeber: Das Sozialistengesetz 1878 und 1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterbewegung gegen das Ausnahmegesetz, Berlin 1980.

<sup>7</sup> Siehe Monika Breger: Der Anteil der deutschen Großindustriellen an der Konzeptualisierung der Bismarckschen Sozialgesetzgebung. In: Bismarcks Sozialstaat. Beiträge zur Geschichte der Sozialpolitik und zur sozialpolitischen Geschichtsschreibung. Hg. v. Lothar Machtan, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 23 ff.

die sozialdemokratischen Vereine verboten worden. Die Partei aber durfte sich weiterhin an den Wahlen beteiligen. Hatte sie 1878 bei den Reichstagswahlen 415.000 Stimmen erhalten, so waren es 1890 schon mehr als 1,4 Millionen.

Der zwölfjährige Krieg, den der „Eiserne Kanzler“ gegen die Arbeiterbewegung führte, musste zwangsläufig scheitern. Für die organisierten Arbeiter war die Verknüpfung von Versicherungsgesetzen und Sozialistengesetz unverkennbar. Es lag auf der Hand, dass die Sozialgesetze in erster Linie ein Kampfmittel gegen die Arbeiterbewegung waren und ihr die Massenbasis entziehen sollten. Stand [217:] doch im ersten Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes vom 8. März 1881 schwarz auf weiß zu lesen: Es gehe darum, den „besitzlosen Klassen der Bevölkerung“ durch „erkennbare direkte Vorteile“ zu zeigen, dass der Staat auch eine wohltätige, „ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution“ sei.<sup>8</sup> Für die Linksliberalen gab es keinen Zweifel daran, dass die Sozialgesetzgebung die Herrschaft Bismarcks zementieren sollte.<sup>9</sup> Der „Sozialdemokrat“ schrieb über die Bismarcksche Doppelstrategie von Polizeiterror und Sozialreform: „Wir verachteten Bismarck und seinen Tross, wir verachteten ihn in seiner Strenge, wir verachteten ihn noch viel mehr in seiner Milde.“<sup>10</sup> Die Flugblätter der Sozialdemokratie machten daraus das geflügelte Wort: „Sein Zuckerbrot verachteten wir, seine Peitsche zerbrechen wir.“<sup>11</sup>

Angesichts der offenkundigen Erfolglosigkeit Bismarckscher Unterdrückungspolitik lehnte es der Reichstag am 25. Januar 1890 mit 169 gegen 98 Stimmen ab, das Sozialistengesetz zu verlängern. Am 4. Februar 1890 wurden zwei Erlasse des jungen Kaisers Wilhelm II. zur Arbeiterschutzgesetzgebung veröffentlicht, obwohl der Kanzler sich entschieden dagegen ausgesprochen hatte. Bald darauf, am 20. Februar, errang die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen einen grandiosen Erfolg, konnte die Zahl ihrer Mandate gegenüber 1878 von 9 auf 35 steigen. Friedrich Engels kommentierte das Wahlergebnis in einem Presseartikel, der am 8. März erschien, mit den Worten: „Der 20. Februar 1890 ist der Anfang vom Ende der Ära Bismarck.“<sup>12</sup> Zwölf Tage später wurde die Entlassung Bismarcks offiziell bekannt gegeben.

Die Doppelstrategie, welche der „Eiserne Kanzler“ gegenüber der Arbeiterbewegung verfolgte, ist in den 1880er Jahren gescheitert. Langfristig jedoch trug die von ihm geschaffene Sozialversicherung sehr wohl zur Integrierung der Arbeiterklasse in den bestehenden Staat bei.

Die Leistungen aus der Sozialversicherung waren, aus heutiger Perspektive gesehen, sehr bescheiden. Bei der Krankenversicherung trugen die Kassen die Kosten für ärztliche Behandlung und für die Medikamente und zahlten ein Krankengeld in Höhe von 50 Prozent des Lohnes. Bei Berufsunfähigkeit wurde eine Rente von zwei Dritteln des letzten Arbeitslohnes gezahlt. Die Altersrenten waren sehr niedrig und stiegen nur allmählich an. Nur wer 30 Jahre lang gearbeitet hatte, konnte ab dem 71. Lebensjahr eine Altersrente erhalten. Sie betrug 1891 für das ganze Jahr im Durchschnitt 119,26 Mark [218:] und zur Jahrhundertwende auch erst 145,54 Mark. Arbeitslosengeld gab es überhaupt nicht.

Gleichwohl wurde die Sozialversicherung für die Arbeiter zu einer echten Daseinsvorsorge für Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität.<sup>13</sup> In den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung gewannen Vertreter der Gewerkschaften wachsenden Einfluss. Die sozialdemokratische Partei hielt an ihrer marxistischen Programmatik fest. Ihre praktische Politik war aber seit der Jahrhundertwende darauf gerichtet, im Rahmen der bestehenden Ordnung soziale und politische Reformen

<sup>8</sup> Zit. nach Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, S. 696 f.

<sup>9</sup> Siehe dazu Gustav Seeber/Gerd Fesser: Linksliberale und sozialdemokratische Kritik an Bismarcks Sozialreform. In: Bismarcks Sozialstaat, S. 85 ff.

<sup>10</sup> Zit. nach Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 2. Teil, Berlin 1960, S. 584.

<sup>11</sup> Ebenda.

<sup>12</sup> Friedrich Engels: Was nun? In: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 7.

<sup>13</sup> Siehe Wolfgang Schröder: Subjekt oder Objekt der Sozialpolitik? Zur Wirkung der Sozialpolitik auf die Adressaten. In: Bismarcks Sozialstaat, S. 126 ff.; Lars Kaschke: Nichts als Bettgelder? Wert und Wertschätzung der Alters- und Invalidenrenten im Kaiserreich. In: Historische Zeitschrift, Bd. 270, Heft 2, 2000, S. 345 ff.

durchzusetzen. Ist somit nicht, auf lange Sicht gesehen, Bismarcks politisches Kalkül letzten Endes doch noch aufgegangen?

Heute, mehr als 120 Jahre nach Beginn des Bismarckschen Feldzuges gegen die Sozialdemokratie, ist bei Regierenden die Kombination von *Zuckerbrot und Peitsche* keineswegs völlig aus der Mode gekommen.<sup>14</sup> Die Entwicklung der modernen Massenmedien hat ihnen jedoch enorme Möglichkeiten verschafft, auf die Regierten ideell einzuwirken, ja, sie zu manipulieren. Auf die „Peitsche“ kann deshalb weitgehend verzichtet werden. Heutzutage regen sich in Deutschland einflussreiche Kräfte, welche das Hohelied der privaten Vorsorge singen. Im Kern läuft das auf den Versuch hinaus, den Staat sukzessive aus seinen sozialen Verpflichtungen zu entlassen und gerade den Schwächeren die Risiken des technischen und sozialen Wandels aufzubürden.

---

<sup>14</sup> So bekannte der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon in einem Interview, das am 27.12.2001 in „Die Zeit“ erschien, gegenüber den Palästinensern eine Politik von *Zuckerbrot und Peitsche* verfolgen zu wollen. Tatsächlich bedient er sich lediglich der Peitsche und damit einer Politik, die ohne Aussicht auf Erfolg, gleichwohl für Israel wie für seine Nachbarn hochgefährlich ist. Siehe auch Reuwen Moskowitz: Israel am Abgrund. In: Der Spiegel, Nr. 2, 7.1.2002, S. 126 f.

## **Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will**

*Von Dieter Fricke*

Mann der Arbeit, aufgewacht  
und erkenne deine Macht!  
Alle Räder stehen still,  
wenn dein starker Arm es will!

Der aufrüttelnde Vers stammt aus einem Gedicht, das erstmals auf einer Arbeiterversammlung am 2. November 1863 in Berlin von Ferdinand Lassalle vorgetragen wurde.<sup>1</sup> Sein Verfasser war der mit Lassalle befreundete revolutionär-demokratische Dichter Georg Herwegh (1817-1875).

[219:] Lassalle wollte im Herbst 1863 Berlin „im Sturm erobern“. Um die Arbeiter der Hauptstadt für den von ihm geführten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) zu gewinnen, suchte er ein zündendes, begeisterndes Lied. Ein Anliegen, das ganz im Sinn seiner ästhetisierten Agitation und Propaganda war. Als Autor des Liedtextes, der auf Versammlungen des ADAV gesungen werden sollte, hielt er keinen mehr geeignet als Herwegh.

Der berühmte Dichter des Vormärz und Teilnehmer an der Revolution von 1848/1849 hatte als politischer Flüchtling sein Exil in der Schweiz gefunden. Das Gedicht wollte er zunächst nicht herausgeben, weil es ihm für eine Veröffentlichung noch nicht reif genug erschien. In Form und Inhalt lehnte es sich eng an den englischen Lyriker und revolutionären Frühromantiker Percy B. Shelley an.<sup>2</sup> Es war nicht zufällig, dass Herwegh seinen Versen als Motto das Wort Shelleys „You are many, they are few“\* voranstellte.

Schließlich gab er Lassalles monatelangem Drängen nach und sandte ihm sein Opus am 23. Oktober 1863 zu. Resignierend bemerkte er: „weil Sie es unbedingt haben wollen und dessen Reife nicht erwarten können [...] Ich fürchte, es ist unkomponierbar, und höchstens eine gute Pauke“.<sup>3</sup>

Für die Vertonung des Gedichts wandte sich Lassalle an seinen langjährigen Freund Hans von Bülow. Der bedeutende Musiker und Dirigent war von Lassalles „Mission“ begeistert und bezeichnete sich ihm gegenüber mehrmals als „einen Proletarier wie ich“. Lassalle übersandte ihm Herweghs Manuskript am 6. November 1863 mit den überschwänglichen Worten: „Ihre Schöpfung wird eine Schöpfung von Genie sein, hinreichend bis zum Fanatismus, siegreich bis zur Vernichtung – und wer kann sagen, ob nicht noch diese Hymne eine Geschichte bekommt, wie die Marseillaise?“<sup>4</sup>

Anfang Januar 1864 erhielt Lassalle die gewünschte Komposition. Nachdrücklich hatte er Bülow darum gebeten, sich seinetwegen nicht vor der Öffentlichkeit zu compromittieren und „strenge Anonymität“ zu wahren. Als Pseudonym wurde deshalb mit „Solinger“ der Name der rheinisch-westfälischen Industriestadt gewählt, in der Lassalle bei seiner Arbeiteragitation die größten Erfolge erzielt hatte.

Das vom ADAV zum „Bundeslied“ erklärte Gedicht war das berühmteste des späten Herwegh und, nach Franz Mehring, „im Grunde das einzige, das ihm einen dauernden Platz in der sozialistischen Lyrik“ sicherte.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Siehe Bernhard Becker: Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalle's. Nach authentischen Aktenstücken. = Reprint der Sozialgeschichte. Hg. v. Dieter Dowe = Berlin (West)/Bonn, S. 116 f. – Den Text siehe in: Inge Lammel: Das Arbeiterlied, Leipzig, 93 f. – Sein ältester Beleg in einem Liederbuch: J. M. Hirsch: Lieder für die Mitglieder des ADAV, Erfurt (1867).

<sup>2</sup> Siehe Franz Mehring: Aufsätze zur deutschen Literatur von Klopstock bis Weerth (= Gesammelte Schriften, Bel. 10), Berlin 1961, S. 404.

\* Ihr seid viele, sie sind wenige.

<sup>3</sup> Georg Herwegh an Lassalle, 23. Oktober 1863. In: Lassalles Briefwechsel aus den Jahren seiner Arbeiteragitation 1862-1864. Hg. v. Gustav Mayer = Ferdinand Lassalle. Nachgelassene Briefe und Schriften, Fünfter Band, Stuttgart/Berlin 1925, S. 242.

<sup>4</sup> Lassalle an Hans von Bülow, 6. November 1863. In: Ebenda, S. 252.

<sup>5</sup> Franz Mehring: Aufsätze ..., S. 403.

Die von Lassalle erhoffte Wirkung erreichte es allerdings in seiner [220:] Vertonung nicht. Obwohl es vom Text her wortgewaltiger und literarisch unvergleichlich wertvoller war, konnte es sich bei den Lassalleanern gegenüber anderen ihrer Lieder nicht durchsetzen; wie etwa im Vergleich zu Jakob Audorfs „Arbeiter-Marseillaise“ oder dem von ihm umgedichteten Kirchenlied Martin Luthers „Ein feste Burg ist unser Bund, wie ihn Lassalle geschaffen“.

Herwegh war 1863 von Lassalle zu seinem Beauftragten für die deutschsprachige Schweiz ernannt worden. Außer der Freundschaft zu Lassalle fehlte ihm jedoch eine innere Bindung mit dem ADAV bzw. mit der Arbeiterbewegung überhaupt, so dass er sich zu diesem Amt widerwillig und inaktiv verhielt. Im ADAV selbst, von dem er sich 1865 lossagte, musste sein Gedicht so lange auf Unverständnis und Ablehnung stoßen, wie hier Lassalles gewerkschafts- und streikfeindlichen Lösungen von den „Produktivassoziationen mit Staatshilfe“ und vom „ehernen Lohngesetz“ dominierten.

In den letzten Jahren seines Lebens blieb Herwegh auf den demokratischen Positionen des Vormärz und des mutigen Kampfes gegen Reaktion und Tyrannie, über die kein „Pfaffentrost“ hinwegtäuschen könne. Zugleich entsprach er aber nun in seiner politischen und sozialen Haltung weitaus mehr der von ihm 1863 verkündeten Botschaft. Karl Marx' spöttische Bemerkung von 1864 „Herwegh, dieser platonische Freund der ‚Arbeit‘“<sup>6</sup> traf nun nicht mehr zu.

Herwegh wurde Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei August Bebels und Wilhelm Liebknechts. In ihrem Organ veröffentlichte er nicht nur Gedichte, die das durch Blut und Eisen geschaffene, verpreußte Deutsche Reich anprangerten, sondern er solidarisierte sich in ihnen auch mit den Pariser Kommunarden von 1871.

Herweghs Gedicht erwies sich als „Vorläuferin der Tat“. „Alle Räder“ standen still, als im Winter 1869/1870 8000 Waldenburger Bergarbeiter streikten, im Herbst 1870 8000 Metallarbeiter in Chemnitz die Arbeit niederlegten und im Juni/Juli 1872 ein Streik von bis zu 20.000 Ruhrbergarbeitern der wegen der Pariser Kommune entsetzten bürgerlichen Gesellschaft zeigte, dass der „Mann der Arbeit“ auch in Deutschland aufgewacht war. Bis heute wurde der Streik zu einer der wichtigsten und schlagkräftigsten Waffen in den ökonomischen und politischen Kämpfen der Arbeiter.

Anlässlich von Herweghs Tod erschien im April 1875 in der sozialdemokratischen Presse als Nachruf ein Gedicht. Es endete mit dem Wort „Und unser Reichthum ist Dein Lied!“<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Karl Marx an Friedrich Engels, 7. September 1864. In: MEW, Bd. 30, Berlin 1964, S. 433.

<sup>7</sup> Siehe das Gedicht „Georg Herwegh“. In: Der Volksstaat-Erzähler, 18. April 1875.

## ***Diesem System keinen Mann und keinen Groschen*** <sup>1</sup>

***Von Wolfgang Schröder***

Eine glasklare Parole mit messerscharfer Alternative, so scheint es auf den ersten Blick, ohne Wenn und Aber unverrückbar die Grenzlinie zwischen Hüben und Drüben bezeichnend. Wie einfach der Maßstab, wie leicht das Urteil! Oder sollte diese trotzige Konfrontationsverkündigung eher einem Gordischen Knoten gleichen, in dem sich verschiedene Politikstränge verwirrend miteinander verquickten?

Als Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. anno 1847 in höchster (Finanz-)Not den Vereinigten Landtag einberief, um in kritischer Zeit zusätzliche Mittel zu erlangen, tönte ihm aus dem liberalen Lager der seitdem viel zitierte Ruf Hansemanns entgegen: „In Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf“.<sup>2</sup> Der König verweigerte konstitutionelle Zugeständnisse, die bürgerliche Opposition lehnte daraufhin die finanziellen Forderungen der Krone ab. Damit war eine der politischen Frontlinien gekennzeichnet, die in die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/ 49 führten.

Dass freilich Friedrich Wilhelm IV. das Haupt vor den aufgebahrten Märzgefallenen entblößte, blieb eine Episode. Im November 1848 besetzte General Wrangel mit 13.000 Soldaten Berlin und rief den Belagerungszustand aus. Gegen diesen Staatsstreich beschloss die konstituierende Versammlung am 15. November auf Antrag von Benedikt Waldeck, dass die Regierung nicht mehr berechtigt sei, Steuern zu erheben und über sie zu verfügen, solange das Parlament nicht seine Sitzungen in Berlin frei fortsetzen könne. Die „Neue Rheinische Zeitung, Organ der Demokratie“ erschien seit dem 15. November 1848 mit der Schlagzeile „Keine Steuern mehr!!!“ „Von dem heutigen Tage an sind also die Steuern aufgehoben!!! Die Steuerzahlung ist Hochverrat, die Steuerverweigerung erste Pflicht des Bürgers!“<sup>3</sup>

Die Macht der Konterrevolution war jedoch bereits zu stark, als dass der Aufruf zur Steuerverweigerung landesweit befolgt und bis zum offenen Aufruhr angefacht werden konnte. Der Konflikt Parlament – Krone brach reichlich ein Jahrzehnt später in der Auseinandersetzung um die preußische Heeresreform wieder auf. Kriegsminister von Roon strebte, verbunden mit einer umfangreichen Reorganisation der Militärmaschine, u. a. die Erhöhung der Rekrutierung von 40.000 auf 63.000 Mann und damit [222:] eine wesentliche Vergrößerung des stehenden Heeres an, das nicht auf die Verfassung, sondern auf den König vereidigt war. Demgegenüber drängte das Parlament als Kompensation zumindest auf eine Reduzierung der aktiven Dienstzeit von drei auf zwei Jahre, wogegen sich König Wilhelm (der „Kartätschenprinz“ von 1849) halsstarrig sperrte.

Zweimal hatte das von der linksliberalen Fortschrittspartei dominierte Abgeordnetenhaus in der Hoffnung auf einen Kompromiss die verlangten Mittel provisorisch bewilligt. Doch die Erwartung konstitutioneller Zugeständnisse erwies sich als ebenso trügerisch wie die Reduzierung der Dienstpflicht auf zwei Jahre. Das Abgeordnetenhaus ermannte sich schließlich und verlangte am 6. März 1862 die

<sup>1</sup> Der Beitrag stützt sich u. a. auf die Protokolle der sozialdemokratischen Parteitage 1871-1913 sowie auf Walter Schmidt (Leiter des Autorenkollektivs) u. a.: *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/49*, Berlin 1973; Horst Bartell Wolfgang Schröder/Gustav Seeber: *Das Sozialstengesetz 1878-1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmengesetz*, Berlin 1980; Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, März 1871-April 1898, Red. Ursula Herrmann/Marga Beyer, Anmerkungen Berlin 1974; Gustav Seeber u. a.: *Deutsche Geschichte*, Bd. 5, Der Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Übergang zum Monopolkapitalismus im Kaiserreich von 1871-1897, Berlin 1988; Gustav Seeber (Hg.): *Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag. Tätigkeitsberichte und Wahlausrufe aus den Jahren 1871 bis 1893*, Berlin 1909, Originalgetreue Reproduktion Berlin 1966; Gudrun Hoffmann (Hg.): *Wilhelm Liebknecht. Gegen Militarismus und Eroberungskrieg. Aus Schriften und Reden*, Berlin 1986; Horst Bartel u. a. (Hg.): *Deutsche Geschichte in Daten*, Berlin 1967.

<sup>2</sup> Der Erste Vereinigte Preußische Landtag in Berlin 1847. Hg. v. Eduard Bleich, Bd. 1, Berlin 1847, S. 22. Zit. nach Schmidt, Walter (Leiter des Autorenkollektivs) u. a.: *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 1848/ 49*, Berlin 1973, S. 44.

<sup>3</sup> Karl Marx: Keine Steuern mehr!!! In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 6, S. 30.

Spezifizierung des Militäretats, um die Verschleierung der Militärausgaben zu verhindern. Daraufhin löste König Wilhelm I. das Abgeordnetenhaus auf und ersetzte die liberalisierenden durch stramm konservative Minister. Abrupt endete damit die 1858 eingeleitete „Neue Ära“. Bei den Neuwahlen vom Mai 1862 errang die Fortschrittspartei nicht weniger als 133 Mandate, während die Sitze der Konservativen auf 11 schrumpften. Auch jetzt noch verweigerte sich König Wilhelm nach der Formel „Alles oder Nichts“ starrsinnig einem Kompromiss, zu dem seine Minister rieten, und war eher zum Verzicht auf den Thron als zu einem Zugeständnis an das Parlament bereit. In dieser Situation wurde Otto von Bismarck, damals Gesandter in Paris, am 24. September 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten berufen. Er versprach, die Macht der Krone gegen das Parlament zu verteidigen und die Militärreform auch ohne parlamentarische Bewilligung der Mittel durchzuführen.

Tags zuvor strich das Parlament sämtliche Militärausgaben in Höhe von 6 Mill. Talern aus dem Staatshaushaltsplan für 1862. Das Herrenhaus indessen verwarf diese Beschlüsse. Bismarck entwickelte daraus seine „Lückentheorie“, die der Regierung Handlungsvollmacht einräumte, wenn sich Krone, Abgeordneten- und Herrenhaus nicht über den Etat zu einigen vermochten. Der „Heereskonflikt“ war damit zum Verfassungskonflikts geworden, der sich weiter zuspitzte. Im Mai 1863 verlangte die Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Ablösung Bismarcks und einen Wechsel des Regierungssystems. Auf dem Höhepunkt des preußischen Verfassungskonflikts wurde die Losung „Diesem Ministerium keinen Mann und keinen Groschen“ zur parlamentarischen Kampfparole der Demokraten um Johann Jacoby und des Linksliberalismus.

[223:] Bismarck scherte sich darum nicht. Jedoch brachte er – gegen ultrakonservativen Widerstand – nach dem preußischen Sieg bei Königgrätz (Juli 1866) über Österreich die Indemnitätsvorlage ein, die um die nachträgliche parlamentarische Bewilligung der Militärausgaben nachsuchte. Das Abgeordnetenhaus honorierte devot die großmütige Geste des Siegers und stimmte am 3. September 1866 zu.

Mit „Eisen und Blut“ – dem Krieg gegen Österreich folgte 1870/71 der gegen Frankreich – setzte Bismarck seine „Revolution von oben“ durch, die in der Gründung des preußisch-deutschen Kaiserreiches von 1871 mündete. Der so geschaffene Nationalstaat im Zentrum Europas war durch die Art und Weise seiner Entstehung, insbesondere durch die Annexion von Elsass-Lothringen, schwer belastet. Als einzige Abgeordnete hatten sich August Bebel und Wilhelm Liebknecht im Juli 1870 bei der Abstimmung über die Kriegskredite im Norddeutschen Reichstag der Stimme enthalten, da sie, wie sie in ihrem „Motivierten Votum“ erklärten, weder Napoleon III. noch Bismarck ein Vertrauensvotum zu geben vermochten. Nach der Schlacht von Sedan und dem Sturz Napoleons III. (September 1870) forderten Bebel und Liebknecht einen ehrenvollen Frieden ohne Annexionen mit der Französischen Republik und lehnten im Deutschen Reichstag – ebenso die lassalleianischen Abgeordneten Friedrich Wilhelm Fritzsche, Wilhelm Hasenclever und Johann Baptist von Schweitzer sowie Fritz Mende – Ende November 1871 die Geldmittel zur Fortführung des Krieges ab. Das bestimmte wesentlich die Position der Arbeiterbewegung gegenüber dem bürgerlichen Nationalstaat, der auf einem Klassenkompromiss von Bourgeoisie und Junkertum beruhte und, unter der Vorherrschaft der Hohenzollernmonarchie stehend, eine Demokratisierung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse blockierte.

Und immer wieder – selbst bereits im Prozess des „liberalen Ausbaus“, des Reiches in den 1870er Jahren, als sich die zwischen den Klassen lavierende bonapartistische Diktatur Bismarcks schwerpunktmäßig auf die nationalliberale Bourgeoisie stützte – war es die „Militärfrage“, die zum Ansatzpunkt antidemokratischer Vorstöße oder gar einer reaktionären Wende genutzt wurde. 1874 konnte das von der Bismarck-Regierung geforderte „Äternat“ (Verewigung einmal beschlossener Militärausgaben) zwar verhindert werden, aber das durch einen Kompromiss mit den Nationalliberalen ausgehandelte „Septennat“ sicherte dem Militärapparat für sieben Jahre eine [224:] steigende Friedenspräsenzstärke und schränkte damit das Budgetrecht des Reichstags ein. Das im April 1880 erneuerte Septennat erhöhte um weitere 26.000 Mann die Friedenspräsenzstärke des Heeres, die Ende 1886 ein neues Militärgesetz um rund zehn Prozent auf etwa 470.000 Mann aufstockte. Obwohl eine Mehrheit die Forderungen für drei Jahre bewilligen wollte, verwarf Bismarck jedweden Kompromiss und antwortete mit der Auflösung des Parlaments. Unter Beschwörung akuter Kriegsgefahr – „Auf Messers

Schneide!“ – und einer nationalistischen Hetzkampagne kam in den „Faschingswahlen“ vom Februar 1887 der von Bismarck erstrebte „Kartell-Reichstag“ zustande, dessen Mehrheit (Konservative, Freikonservative und Nationalliberale) dem ungeschmälerten Septennat und einer veränderten Heeresorganisation zustimmte, welche die Kriegsstärke schlagartig auf 2,7 Mill. Mann erhöhte.

Noch am Tage der Auflösung des Reichstages richtete die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 14. Januar 1887 einen Aufruf „An das deutsche Volk!“, den der gerade von einer dreimonatigen Agitationsreise durch die USA zurückgekehrte Wilhelm Liebknecht gemeinsam mit Paul Singer verfasst hatte. Die Wähler stünden vor der Alternativfrage: „Gilt in Deutschland der Wille des Reichskanzlers mehr als der Wille der Volksvertretung?“ Der Aufruf resümierte: „.... im Interesse des arbeitenden Volkes mussten wir der Regierung, welche eine Verstärkung des Militärs forderte, jeden Mann und jeden Groschen verweigern. Mit dem Militarismus, welcher ein notwendiger Auswuchs des herrschenden Staats- und Gesellschaftssystems ist, gibt es für die Sozialdemokratie ebenso wenig eine Aussöhnung wie mit diesem System selbst.“ Und verlangte: „.... Deutschland, von dem die Initiative des modernen Militarismus ausging, [sollte] sich mit den Nachbarstaaten über die Initiative zur Entwaffnung einigen. ... Bis dieses Ziel erreicht ist, werden wir dem Militarismus gegenüber unserer Devise ... unverbrüchlich treu bleiben: Keinen Mann und keinen Groschen!“<sup>4</sup>

Am 28. November 1888 hielt Wilhelm Liebknecht im Reichstag eine großangelegte Etatrede, die in dem Satz mündete: „Wir stehen dem jetzigen System wie dessen Träger prinzipiell, systematisch, feindlich gegenüber. Wie die Dinge sind, können wir einem solchen System keine Bewilligungen irgendwelcher Art machen; unsere Lösung ist also, wie früher, so auch heute – dies spreche ich hier aus in dem Namen meiner Parteigenossen –: *diesem System keinen Mann und keinen Groschen!*“<sup>5</sup>

[225:] Damit war diese Parole unseres Wissens erstmals authentisch ausgesprochen, die in ihrer schroffen Eindeutigkeit wirkungsvoll in vielen Kundgebungen und Flugblättern verbreitet und vom „Parteivolk“ im Ringen gegen den Militarismus und den Staat des Sozialistengesetzes aufgegriffen wurde.

Sie wurde gleichsam einzementiert 1892/93, als eine neue Heeresvorlage die Vermehrung des stehenden Heeres um 86.000 auf 572.000 Mann forderte – das übertraf alle Militärverstärkungen seit 1871 zusammengenommen. Diese Pläne wurden bekannt, als der sozialdemokratische Parteitag Mitte November 1892 in Berlin zusammentrat. In seiner Eröffnungsrede interpretierte Paul Singer den Satz als antimilitaristische Kampfansage: „Die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus ist durch unser Programm gegeben ... wir sind Feinde des Militarismus und werden denselben so lange bekämpfen, bis er zerschmettert am Boden liegt (Beifall). ... bei uns heißt es, entsprechend unserem Prinzip: dem Militarismus, dem herrschenden Militärsystem keinen Mann und keinen Groschen!“<sup>6</sup>

Wieder wurde, wie 1887, ungeachtet einer kompromissbereiten, wenn auch knappen Mehrheit, der Reichstag aufgelöst. Die Neuwahlen vom 15. Juni 1893 waren durch einen immensen militaristischen Propagandaufwand und von Staatsstreichdrohungen Kaiser Wilhelms II. begleitet. Der neu gewählte Reichstag stimmte mit knapper Mehrheit der Heeresverstärkung zu, obwohl die Waagschale der Wählerstimmen sich auf die entgegengesetzte Seite geneigt hatte.

Das Fazit zog die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 1893 in ihrem Bericht an den Kölner Parteitag: „Der von dem gegenwärtigen Regierungssystem betriebenen Militär- und Wirtschaftspolitik setzt die Sozialdemokratie nach wie vor die Parole entgegen: „*Diesem System keinen Mann und*

<sup>4</sup> An das deutsche Volk! Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 14.1.1887 für die auf den 21. Februar ausgeschriebene Neuwahl. In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, März 1871-April 1898, Berlin 1974, S. 259 ff. Der Aufruf trug die Unterschrift von 19 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten; sechs weitere Mitglieder der Fraktion – Auer, Bebel, Dietz, Frohme, Viereck und v. Vollmar – büßten eine im Freiburger „Geheimbundprozess“ zudiktierte Gefängnisstrafe ab.

<sup>5</sup> Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, VII. Legislaturperiode, IV. Session 1888/89, 1. Bd., S. 29-39, 4. Sitzung vom 28.11.1888.

<sup>6</sup> Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892, Berlin 1892, S. 131.

keinen Groschen!“ Damit und angesichts der ungerechten Steuerpolitik werde „die Verwerfung des Gesamtetats zur Pflicht“.<sup>7</sup>

Bislang hatten die sozialdemokratischen Abgeordneten aus guten Gründen stets gegen den Reichshaushaltsplan gestimmt, in dem der Militäretat den Löwenanteil beanspruchte (1872 90 Prozent, trotz wesentlicher Ausweitung der Reichskompetenzen 1880/81 76, 1887/88 59, 1892/93 48 Prozent der fort dauernden Ausgaben des ordentlichen Etats, ohne einmalige Ausgaben). Die im Felde des antimilitaristischen Kampfes erwachsene Parole *Diesem System keinen Mann und keinen Groschen* verfestigte sich zur politischen Maxime, die sich zum grundsätzlichen Maßstab für die Gegnerschaft zur kapi-[226:]italistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erweiterte und sogar noch ein Jahrhundert später in der Historiographie zu einem zentralen Kriterium „revolutionärer Politik“ erkoren wurde.

Dabei ist natürlich das Kräfteverhältnis im Deutschen Reichstag zu berücksichtigen, wo die sozialdemokratische Fraktion 1884 6 Prozent der Mandate, 1893 11,1 Prozent, 1903 20,4 Prozent erreichte. Die Sozialdemokratie war zwar seit 1890 wälderstärkste Partei im Deutschen Reich – eine Position, die sie bis 1912 ständig auszubauen vermochte –, doch blieben ihre Abgeordneten im Reichstag eine Minderheit, die parlamentarische Entscheidungen kaum dirigieren konnte, sofern sie nicht zum „Zünglein an der Waage“ wurde. Das Reichsbudget fand stets trotz der sozialdemokratischen Gegenstimmen eine Mehrheit. Sachlich beschränkte sich demnach die Parole *Diesem System keinen Mann und keinen Groschen* auf die *parlamentarische* Verweigerungshaltung einer lange Zeit nicht ausschlaggebenden Minderheit im Parlament, gewiss von prinzipiellem Sinngehalt, jedoch (anders als bei der „Militärfrage“) ohne damit einen handfesten Budgetkonflikt auslösen zu können. Eine außerparlamentarische Bewegung zur Steuerverweigerung stand nie zur Debatte, schon weil sich der Reichshaushalt hauptsächlich aus indirekten Steuern und Zöllen speiste, die nicht verweigert werden konnten, weil sie im Preis für ein Brot oder einen Sack Kartoffeln unsichtbar enthalten waren.

Die inhaltliche Radikalisierung, welche die Ablehnung des Militäretats als Ansatzpunkt einer demokratisch-sozialistischen Konzeption erweiterte zur prinzipiellen Budgetverweigerung, ignorierte wesentliche Veränderungen im politischen Herrschaftssystem wie etwa den Sturz Bismarcks (1890). Demgegenüber entwickelte Georg von Vollmar, der unter dem Sozialistengesetz als Repräsentant des linken Flügels um Bebel agierte, in seinen „Eldorado-Reden“ vom 1. Juni und 6. Juli 1891 den Standpunkt, dass mit dem Sturz Bismarcks „der grundsätzliche Widerstand gegen jede Art von Veränderung und Reform“ gebrochen sei, und leitete daraus das Konzept „Dem guten Willen die offene Hand, dem schlechten die Faust!“ ab – eine Formel, die auf ein über die bloße Negation hinausgreifendes politisches Aktionsprogramm in der Spannweite zwischen den grundsätzlichen Zielen und den „nächsten Forderungen“ des marxistischen Erfurter Parteiprogramms (1891) abzielte.<sup>8</sup> Dem Ringen um soziale Interessen und die Verteidigung bzw. Erweiterung demokratischer Freiheiten verpflichtet, musste die Sozialdemokratie innerhalb der monarchisch geleiteten junkerlich-bourgeoisen Gesellschaft [227:] agieren, dabei auf das Wechselverhältnis der verschiedenenartigen Klassenkräfte und politischen Strömungen einzuwirken und zugleich bürgerlich-liberale Positionen gegen die Reaktion zu kräftigen suchen, diese wiederum vom demokratischen Standpunkt aus in Frage stellen, ohne die perspektivische Weite der von ihr getragenen politischen und ökonomisch-sozialen Alternative zu vernachlässigen. Darum rankten sich die intensiven Diskussionen, die innerhalb der Partei und ihrer Führung- zu Unrecht als bloßer Kampf zwischen „Marxisten“ und „Opportunisten“ schematisiert – u. a. um das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, um die Lösung der „Agrarfrage“, die Bündnispolitik, über Für und Wider des politischen Massenstreiks oder etwa der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen unter dem Dreiklassenwahlrecht entbrannten. Die Parole *Diesem System keinen Mann und keinen Groschen*, die sich von einem Kampfmittel in Krisenzeiten zum unbedingten Muss verhärtet hatte und für den Reichsetat wie die Länderbudgets Geltung haben sollte, vermochte dafür nicht zu genügen. Es regte sich Widerspruch.

<sup>7</sup> Reichstagsfraktion 1893: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 74.

<sup>8</sup> Georg von Vollmar: Über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie, München 1891, S. 12.

Am 1. Juni 1894 stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten in der bayerischen Kammer (1895 fünf, 1901 elf Sitze) unter Führung von Vollmar und Grillenherger dem Landesetat zu. Als Tabubruch empfunden, löste die Budgetbewilligung auf dem 1894 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie scharfe Auseinandersetzungen und nachfolgend durch Bebels Rebellion gegen den Kompromissbeschluss des Parteitages eine der erbittertsten Polemiken innerhalb der Partei aus. War diese Budgetbewilligung, der später u. a. auch die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags folgte, tatsächlich ein absoluter „Vertrauensbeweis für das monarchistische System“ oder vielmehr ein Akt, der den äußersten Linken politischen Handlungsräum verschaffte? Die Militär- und Rüstungspolitik, die im Reichshaushalt den Löwenanteil ausmachte und überdies durch die seit 1898 massiv vorangetriebene Flottenrüstung forciert wurde, lag außerhalb des Budgetrechts der Parlamente der deutschen Einzelstaaten, die jedoch Entscheidungshoheit in wesentlichen Bereichen ihrer Innenpolitik, wie der Schul- und Bildungspolitik, behalten hatten. Ganz andere Dimensionen gewannen die Diskussionen um Weg und Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung um die Wende zum 20. Jahrhundert. Im Nachbarland, der Republik Frankreich, trat am 22. Juni 1899 mit Millerand erstmals das Mitglied einer sozialistischen Partei in eine bürgerliche Regierung ein. Ein Verbrechen am [228:] Sozialismus? Anfang 1899 veröffentlichte Eduard Bernstein seine Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, die keinesfalls allzu weit von Überlegungen des alten Friedrich Engels entfernt waren. War das Ziel nichts, der Weg alles? Wie verschlungen waren die Pfade, wie hoch die Barrieren, wie schwierig die Suche nach dem richtigen Weg! Und wie weit entfernt war das scheinbar zum Greifen nahe Ziel!

Die heftigen Kontroversen um Strategie und Taktik, von wechselnden Gruppierungen ausgetragen, mündeten bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges in eine schroffe Alternative, deren Pole bezeichnet sind durch den verhängnisvollen Mehrheitsbeschluss der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Bewilligung der Kriegskredite einerseits, andererseits durch die Maxime *Diesem System keinen Mann und keinen Groschen*. Die Diskussionen um die Tragfähigkeit dieser Maxime, erst recht die Abweichungen von ihr, erschienen so als die Spur, die direkt zum 4. August 1914 führte. Das politische Gewicht des 4. August 1914 und die damit verbundenen Folgeentwicklungen prägten seitdem – oft genug einseitig kanalisiert – die politisch-ideologische Sicht auf die vorangegangene Zeit. Der Schlachtruf *Diesem System keinen Mann und keinen Groschen*, von den einen als Episode heruntergespielt, erstarrte bei den anderen zum politischen Axiom. Eine große sozialistische Partei konnte sich jedoch nicht an das Dogma einer Fundamentalopposition ketten, sie musste vielmehr in einem politisch-gesellschaftlichen Spannungsfeld agieren, für dessen Analyse das abweisende Negativum „keinen Mann und keinen Groschen“ keinesfalls ausreichte.

## ***Wissen ist Macht***

*Von Wolfgang Büttner*

Die These, die schon im 19. Jahrhundert zum geflügelten Wort aufstieg, war in bürgerlichen Vereinigungen, die um die Verbesserung der Volksbildung bemüht waren, ebenso populär wie in der Arbeiterbewegung. Aber sie ist wesentlich älter. Unter der Parole *Wissen ist Macht, Macht ist Wissen* trat das englische Bürgertum am Ausgang des Mittelalters zum Kampf an gegen die Herrschaft und Ideologie der Feudal aristokratie. Die Worte stammen von Francis Bacon.

[229:] Der englische Politiker und Gelehrte, Viscount von St. Albans und Lord von Verulam, brach dem Aufschwung der Naturwissenschaften im 16. Jahrhundert „die erste Bahn“, schrieb Franz Mehring in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.<sup>1</sup> Bacon war überzeugt, dass „der Mensch ... mit der Zeit den Gipfel der Wissenschaft erreichen“ würde, dass er, kritisch alle bisherigen Erkenntnisse überprüfend, die „Hindernisse“ überwinden werde, die „wie Berge den Gang des Studiums aufhalten“.<sup>2</sup> Diese sah er vor allem in der Macht der Theologie und ihren scholastischen Lehren, die der Forscher als „unfruchtbar wie eine gottgeweihte Nonne“<sup>3</sup> verspottete. „Er emanzipierte die Physik von der Theologie“, bemerkte Karl Marx zu diesem Urteil, „und – sie wurde fruchtbar.“<sup>4</sup> „Herren und Besitzer der Natur“, forderte Bacon, müssten die Menschen sein, denn: „Wissen ist Macht, Macht ist Wissen“.<sup>5</sup> Im Dienste und als Ideologe des aufstrebenden Kapitalismus wurde Francis Bacon „der wahre Stammvater des englischen Materialismus und aller modernen experimentierenden Wissenschaft“, so die umfassende Wertschätzung von Marx.<sup>6</sup>

Verständlich ist deshalb das Interesse der frühen Arbeiterbewegung, die sich die Überwindung des Kapitalismus durch eine sozial gerechtere Ordnung zum Ziel setzte, an einem Mann wie Bacon, der Wissen auch als gesellschaftliche Macht begriff. Denn Erwerb von Wissen war unabdingbar für Erfolg im politischen Kampf. Das galt für das 16. wie für das 19. Jahrhundert, für die Bourgeoisie wie für die arbeitenden Klassen, und gilt auch heute noch.

Die Forderung nach gediegener Bildung für alle Menschen, unabhängig von sozialem Stand oder Herkunft, besaß in der Arbeiterbewegung von Anbeginn hohen Stellenwert. „Allgemeine, unentgeltliche Volkserziehung“ – dieses Ziel findet sich schon in den „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“<sup>7</sup> vom März 1848. In den Programmen der Sozialdemokratie, dem Eisenacher (1869), dem Gothaer (1875) und auch dem Erfurter (1891), wird die Forderung nach „Unentgeltlichkeit des Unterrichts“, in letzterem auch die nach Lehrmitteln und Verpflegung, ausgesprochen.<sup>8</sup> Bildung, die Macht des Geistes, galt in der frühen Arbeiterbewegung als Schlüssel, um das Tor weit öffnen zu können, das die Straße in ein besseres Leben für die Masse des Volkes bislang verschloss. Und zuversichtlich sangen die Mitglieder sozialdemokratischer Vereinigungen auf ihren Zusammenkünften im letzten Quartal des 19. Jahrhunderts nach der Melodie der bekannten französischen Revolutionshymne die Verse der „Arbeiter-Marseillaise“ von Jakob Audorf, in dessen zweiter Strophe es heißt:

Der Feind, den wir am tiefsten hassen,  
der uns umlagert schwarz und dicht,  
das ist der Unverstand der Massen,  
den nur des Geistes Schwert durchbricht.  
Ist erst dies Bollwerk überstiegen,  
wer will uns dann noch widerstehn?

<sup>1</sup> Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 1. Teil, Gesammelte Schriften, Bd. 1, Berlin 1960, S. 61.

<sup>2</sup> Zit. nach MEW, Bd. 1, Berlin 1961, S. 396.

<sup>3</sup> Große Sowjet-Enzyklopädie, Francis Bacon, Aufbau-Verlag Berlin 1953, S. 4.

<sup>4</sup> MEW, a. a. O., S. 103.

<sup>5</sup> Große Sowjet-Enzyklopädie, a. a. O., S. 4.

<sup>6</sup> MEW, Bd. 2, Berlin 1959, S. 135.

<sup>7</sup> MEW, Bd. 5, Berlin 1959, S. 4.

<sup>8</sup> Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1967, S. 46, 48 u. 85.

Dann werden bald auf allen Höhn  
der wahren Freiheit Banner fliegen.<sup>9</sup>

Es war nicht nur eine Zeit, in der die Mitgliederzahlen der Arbeiterorganisationen sprunghaft anstiegen. Es war auch die hohe Zeit der Arbeiterbildungsvereine, die vielerorts gegründet wurden. Einer ihrer engagiertesten und beliebtesten Lehrer war Wilhelm Liebknecht. Auf den Stiftungsfesten des Dresdener und des Leipziger Arbeiter-Bildungs-Vereins im Februar 1872 hielt er die Festrede, die wenig später in hohen Auflagen gedruckt sich größter Beliebtheit in der Arbeiterbewegung erfreute. Als Titel wählte er die bekannten Worte von Francis Bacon: *Wissen ist Macht – Macht ist Wissen*. In bürgerlichen Bildungsvereinen wurde Bacons Wort häufig durch die These ergänzt: „Bildung macht frei!“. Dieser verbreiteten Illusion setzte Liebknecht eine grundsätzlich andere, Arbeiterinteressen entsprechende Wertung entgegen und betonte: „Knowledge is power – Wissen ist Macht! Wohl ist das ein wahres Wort. Wissen ist Macht, Wissen gibt Macht, und weil es Macht gibt, haben die Wissenden und Mächtigen von jeher das Wissen als ihr Kasten-, ihr Standes-, ihr Klassenmonopol zu bewahren und den Nichtwissenden, Ohnmächtigen – von jeher die Masse des Volkes – vorzuenthalten gesucht. So ist es zu allen Zeiten gewesen, so ist es noch heute.“<sup>10</sup> Die Geschichte, vom Altertum bis in die Neuzeit, bot dem Redner eine Fülle von Beispielen für die Richtigkeit seiner These, belegte doch nicht zuletzt der erst ein Jahr zuvor beendete deutsch-französische Krieg, wie schlecht es um Kultur und Bildung speziell in Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen bestellt war. „Der Militarismus“, heißt es mit Blick auf die Politik des Säbels und ihre Folgen, „ist der Kultus der rohen Gewalt – doppelt roh durch den Kontrast, wenn im Mantel der Wissenschaft und heuchlerisch obendrein, wenn mit Humanitätslappen behängt.“<sup>11</sup> Als wesentliche Stütze des Militarismus beurteilte der Redner die Wirksamkeit der Instrumente der Massenbeeinflussung, mit denen er deshalb auch unerbittlich ins Gericht [231:] ging: „Wir haben nicht ein Unterhaltungsblatt, das den Sinn der Leser zu veredeln strebte. Reine Geldspekulationen, verfolgen sie nur den Zweck: Geld zu machen. Und das meiste Geld ist zu machen, wenn sie mit dem Strom schwimmen, den modischen Vorurteilen schmeicheln, an die Schwächen, niederen Leidenschaften und gemeinen Instinkte appellieren. So haben sie die Kundschaft des großen Haufens, des ‚gebildeten‘ und ungebildeten Pöbels und – die Protektion der Großen, die ein Interesse daran haben, dass der große Haufe, das Volk, nicht die Bildung erlange, welche ‚frei macht‘, nicht das Wissen, welches ‚Macht ist‘.“<sup>12</sup> Wie aktuell! Obwohl es zu dieser Zeit noch gar kein Fernsehen gab! Denn bis heute ist die Tagespresse, heute ergänzt durch eine Vielzahl von Massenmedien, um mit Liebknecht zu sprechen, „der treue Spiegel der Staats- und Gesellschaftszustände ...“<sup>13</sup> Daraus folgte für Liebknecht die Einsicht und sie bildete die an den Schluss der Festrede gestellte Konsequenz: „Nur wenn das Volk sich politische Macht erkämpft“, also die Gesellschaftszustände verändert, „Öffnen sich ihm die Pforten des Wissens. Für die Feinde ist das Wissen Macht, für uns ist die Macht Wissen! Ohne Macht kein Wissen!“<sup>14</sup> Liebknechts Gedanken, die er ausgehend vom Wahlspruch des englischen Wissenschaftlers entwickelte, haben bis hinein in unser soeben angebrochenes Millennium grundsätzliche Bedeutung, wenn sie nicht dogmatisch verabsolutiert werden. Denn ernste Schritte zu Reformen im Bildungswesen gab es – z. B. in der Weimarer Zeit – auch unter kapitalistischen Verhältnissen. Doch gleichberechtigte Möglichkeiten zum Wissenserwerb für alle Schichten des Volkes wurden nicht geschaffen. Liebknechts Rede wurde erstmals 1873 gedruckt. Später erfolgten mehrere Auflagen. Auch in die „Sozialdemokratische Bibliothek“ wurde sie aufgenommen. Sie gehörte zu den bekanntesten Propagandaschriften der damaligen Arbeiterbewegung und hatte maßgeblich Anteil an der Popularität des Schlagworts *Wissen ist Macht*.

Doch diese Macht blieb dem Volk noch lange verwehrt. Besonders das 1871 gegründete deutsche Kaiserreich war zu Schritten in dieser Richtung weder fähig noch bereit. Denn Militarismus und

<sup>9</sup> Volksliederbuch, Thüringer Volksverlag, Weimar o. J., S. 6.

<sup>10</sup> Wilhelm Liebknecht Kleine politische Schriften. Hg. v. Wolfgang Schröder, Leipzig 1976, S. 133.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 140.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 149.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 154.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 173.

Chauvinismus führten erneut zum Krieg, der dem deutschen Kaiserreich von 1871 schon mit der Morgengabe des Raubes von Elsass-Lothringen in die Wiege gelegt worden war. Und die Chance eines grundlegenden Machtwechsels mit seinem Untergang nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg wurde von der Führung der Sozialdemokratie, die revolutionäre gesellschaftliche Veränderungen aus [232:] ihrem Panier gestrichen hatte, vertan. Dem Ersten folgte der Zweite Weltkrieg. Unter vordem unvorstellbaren Opfern, Zerstörungen und Leiden des eigenen und anderer Völker trat 1945 auch das „Dritte Reich“ schuldbeladen von der Bühne der Weltgeschichte ab. Ein Neubeginn im Sinne der Forderung von Wilhelm Liebknecht, die auch grundlegende Reformen des Bildungswesens einschloss, wurde nur in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR versucht und beispielsweise mit der Verwirklichung der Forderung „Arbeiter und Bauern an die Universität“ auch eine tiefgreifende positive Veränderung auf diesem Felde erreicht. Doch die neuen Machtverhältnisse ohne demokratische Legitimation, eingezwängt in stalinistisch-dogmatische Ideologie, wurden nach 40-jähriger Dauer von der Mehrheit des Volkes nicht mehr toleriert. Im Ergebnis der so genannten Wende verstärkt sich erneut die Tendenz zur Förderung alter Bildungsprivilegien. Die Ergebnisse sind, wie die jüngste PISA-Studie ausweist, beschämend. Deshalb müssen die Linken, ja alle Bürger, das Recht auf Bildung und die Möglichkeit, es in Anspruch zu nehmen – namentlich für die Kinder von Staatsbürgern nichtdeutscher Herkunft – erneut einklagen. Denn die Gesellschaft spaltet sich noch immer und gegenwärtig sogar „national und global zunehmend in jene, die über die Kompetenzen zur Beherrschung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien verfügen, und jene, die davon ausgeschlossen sind“, wie es im jüngsten Programmentwurf der Partei des Demokratischen Sozialismus wieder heißt. Deshalb muss „der Skandal andauernder und sogar zunehmender Chancenungleichheit beim Zugang zu Bildung, Wissen und Kultur ... rasch und nachhaltig überwunden werden“. Auch die „alten und neuen Medien werden“ noch immer „an der Profitmaximierung ausgerichtet“ und die „oberen Mittelschichten“ wählen für den Erhalt ihres Bildungsprivilegs „den Weg der Privatisierung“.<sup>15</sup>

Wilhelm Liebknecht schrieb 1887 im Vorwort zum Wiederabdruck der Festrede „Wissen ist Macht“: „Das Volk soll nichts wissen, weil es sonst nicht länger ‚regierbar‘ ist.“<sup>16</sup> Es könnte wohl sonst angesichts neuer Kriegsabenteuer hellhörig werden, vor denen kompetente Köpfe aus Wissenschaft und Kultur auch in unserer Zeit wieder und bislang vergeblich warnen. Denn noch immer herrscht offenbar Macht über Wissen, und der „Geist bleibt machtlos, wenn Macht geistlos walten will“ – wie eine geistvolle und mutige Journalistin neu geplante Kriegseinsätze deutscher Soldaten kommentierte.<sup>17</sup>

---

<sup>15</sup> Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (Entwurf), 5. Bildung, Wissen und Kultur, Berlin, April 2001.

<sup>16</sup> Sozialdemokratische Bibliothek. 11. Band, H. XXII, S. 6 f. Faksimile Zentralantiquariat Leipzig 1971.

<sup>17</sup> Karlen Vesper, Standpunkt, Neues Deutschland v. 12.11.2001, S. 1.

[233:]

### ***Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf***

*Von Günter Platzdasch*

Das Vertrauen in eine sozialistische Zukunft, das Ernst Bloch vor seinem Weggang aus der DDR in die BRD als „docta spes“ – wissende Hoffnung – in philosophiegeschichtlichen Rang zu heben vermochte, wirkte Jahrzehnte später in der trotzig-derben Formulierung des SED-Generalsekretärs Erich Honecker borniert und lächerlich: *Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf*. Dieser Satz, ausgesprochen am Rand des DDR-Grabes, hatte die Glaubwürdigkeit jener großspurigen Ankündigung N. S. Chruschtschows auf dem 21. Parteitag der KPdSU, die lebende Generation würde bereits die Verwirklichung des Kommunismus erleben. Offenbar fehlte bei beiden Politikern die Balance, die Bloch in seinem „Prinzip Hoffnung“ gewahrt wissen wollte: „Die Vernunft kann nicht blühen ohne Hoffnung, die Hoffnung nicht sprechen ohne Vernunft“.<sup>1</sup>

Honeckers Ausspruch stammt vom 14. August 1989 und fand umso mehr Beachtung, als dies der einzige öffentliche Auftritt des Schwerkranken zwischen Juli und September dieses Krisenjahrs war: Er nahm Musterexemplare von 32-Bit-Mikroprozessoren aus dem VEB Kombinat Mikroelektronik „Karl Marx“ in Erfurt entgegen, während sich 200.000 DDR-Touristen in Ungarn befanden, von denen viele nicht in ihren Staat zurückkehren wollten. Honecker pries jedoch Vorzüge des Sozialismus, die zeigen würden, „dass das Triumphgescrei westlicher Medien über das Scheitern der sozialistischen Gesellschaftskonzeption nicht das Geld wert ist, das dafür ausgegeben wird“. Und er fügte hinzu, die alte Erkenntnis, dass *weder Ochs noch Esel den Sozialismus in seinem Lauf aufhalten* könnten, finde durch die große Initiative der Werktätigen der DDR ihre aktuelle Bestätigung. Dies verkündete er nochmals am Vorabend des „Republikgeburtstages“. Noch einmal, am 6. Oktober 1989, zitierte er den Slogan. Da hielt er im Palast der Republik eine Rede zum 40. Jahrestag der DDR, auf die der anwesende Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow mit dem viel zitierten Ausspruch reagierte, wer zu spät komme, den bestrafe das Leben. Aus Honeckers Munde klang der Satz eher als sture Durchhalteparole eines senilen Politbürokraten denn als Fortschrittsglaube einer alten, aber frischen Arbeiterbewegung oder bestenfalls als nostalgische Erinnerung eines resignierenden Parteiveteranen an die bewegten Anfänge seiner Jugend.

[234:] Die Redewendung *Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf* wird seither ständig als Honeckers Erfindung ausgegeben. Später über diesen, dem Zeitgeist kabarettreif erscheinenden Ausspruch haben die Lacher schnell auf ihrer Seite.<sup>2</sup> Die meisten derer, denen auffällt, dass Honecker beanspruchte, eine „alte Erkenntnis der deutschen Arbeiterbewegung“ zu zitieren, schreiben dann diesen Satz August Bebel zu.<sup>3</sup> Tatsächlich liegt der Verweis auf die deutsche Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts nahe, wurde doch bereits dort der Sieg des Sozialismus als „Naturnotwendigkeit“ – ein Lieblingsausdruck des Parteitheoretikers Karl Kautsky – angesehen. Und August Bebel schrieb am 14. März 1886 an Kautsky: „Ich freue mich zu sehen, wie alles sich zu einem großen Welt-Kladderadatsch zusammenzieht.“ Der Fortschrittsglaube sozialdemokratischer Theoretiker und Politiker, sofern er sich nicht an die Wirklichkeit hielt, geriet zum dogmatischen Anspruch. Realismus wlich fatalistischer Hoffnung.

Das Entstehen eines konkreten Handlungen lähmenden Rauschmittels und blinden historischen Optimismus wirkte plausibel angesichts der Gründerkrise 1873, der Unmöglichkeit für die Sozialdemokratie,

<sup>1</sup> Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Bd. 3, Frankfurt a. M. 1973, S. 1618.

<sup>2</sup> Erinnert sei aber auch an einen Kommunismuskritiker, den sozialdemokratischen Historiker Hermann Weber, der in den 80er Jahren in der BRD in der Einleitung zu seinem vielfach aufgelegten Standardwerk zur DDR-Geschichte schrieb, diese sei trotzschlechter Ausgangsbedingungen „einer der historisch stabilsten Staaten der neueren deutschen Geschichte. Einschließlich der Vorgeschichte seit 1945 existiert die DDR inzwischen rund vierzig Jahre, also bereits um ein Vielfaches länger als die vierzehn Jahre Weimarer Republik oder die zwölf Jahre ‚Drittes Reich‘ und ungefähr so lange wie das deutsche Kaiserreich“.

<sup>3</sup> So z. B. Hans Michael Kloth, Mitherausgeber eines Bandes über Opposition in der DDR 1988-90. In: Der Spiegel, 20.9.1999; auch Hanfried Müller meinte, dies sei nicht das „allerweiseste Bebelwort“. In: Weißenseer Blätter, Nr. 2/2001.

Änderungen im politischen System des Kaiserreichs zu erreichen und vor dem Hintergrund des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, selbst als dieses „Sozialistengesetz“ Wahlerfolge nicht zu verhindern vermochte. Aber bereits damals beeinträchtigte ein allzu starker Fortschrittsglaube die Erörterung von Politikmöglichkeiten, wie Bebels selbstgewisse Auseinandersetzung mit den „jungen“ auf dem Parteitag 1891 zeigte: „Nur diejenigen, welche das Ganze nicht zu überschauen vermögen, können anderer Meinung sein. Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, dass wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben.“ Damit wurde die Frage nach konkreten Handlungsalternativen nicht nur abgewiesen, sondern tabuisiert, so dass ein konzeptionelles Vakuum entstand. Ausbreiten konnte sich hierin eine opportunistische Praxis gepaart mit verbal-radikalem Geschichtsdeterminismus, angesichts dessen der Soziologe Max Weber die Sozialdemokratie als Verein bezeichnete, der gebildet sei zur Herbeiführung einer ohnehin stattfindenden Mondfinsternis. Nicht nur als kurios lässt sich verstehen, welche Schlussfolgerung der Gewerkschaftsfunktionär Carl Legien auf dem Frankfurter Parteitag 1894 zog, nachdem er gegen zu hohe Gehälter [235:] von Redakteuren gewettet hatte: „Der Sozialismus ist eine Naturnotwendigkeit, da sind wir auf einzelne Personen nicht angewiesen.“

Erstmals nachweisen lässt sich die Parole im Sommer 1886 als anonymer Gästebucheintrag am Spindlerturm, dem späteren Müggelturm im südöstlichen Ausflugsgebiet Berlins. Da hatte einer – manche vermuten, es sei Paul Singer, der sozialdemokratische Berliner Stadtverordnete und spätere Reichstagsabgeordnete gewesen – das offenbar bereits geflügelte Wort unter anderem Namen eingetragen. Nicht individuell und heimlich, sondern massenhaft und öffentlich erregte die Parole wiederum am Müggelturm 1890 Aufsehen, und zwar bei der ersten Feier des 1. Mai, zu der der Internationale Sozialistenkongress 1889 aufgerufen hatte: „Der Köpenicker Arbeiterveteran Max Tolksdorf berichtet, wie man zu Tausenden nach den Müggelbergen geströmt sei. Der Amtsvorsteher von Grünau-Dahme-Forst, der Herr v. Oppen, hatte ein großes Polizeiaufgebot zusammengezogen. Doch die Maifeier fand statt. Und am Müggelturm brachten die Arbeiter groß und deutlich die beliebte Inschrift an *Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf*, damit auch Spaziergänger etwas vom Weltfeiertag der Arbeit erfuhren.“<sup>4</sup> „Unter den kampfentschlossenen Arbeitern ging der Spottvers (während der Verfolgungen unter dem Sozialistengesetz) von Mund zu Mund“, hieß es im DDR-Standardgeschichtswerk der Ulbricht-Ära.<sup>5</sup> Dies könnte ein Entstehungszusammenhang sein: dass Gendarmen und Spitzel oder gar politisch große Tiere (jener Gästebucheintrag nannte den Sozialistenverfolger Puttkamer) als Ochs und Esel verspottet wurden.

Kundige in Religionsangelegenheiten denken jedoch auch an Ochs und Esel als zentrale Bestandteile in Darstellungen der Weihnachtsgeschichte. Beide Tiere tauchten zwar noch nicht im Lukas-Evangelium der Bibel auf, jedoch in nahezu allen späteren Darstellungen. Inspiriert durch die im Alten Testament bei Jesaja berichtete Klage „Ein Ochse kennt seinen Herrn und ein Esel die Krippe seines Herrn“ wurde die neutestamentliche Weihnachtsgeschichte in mittelalterlichen Weihnachtspredigten und dann auch in Kult und Kunst um Ochs und Esel ergänzt. Weihnachtsfeiern wurden alljährliche Höhepunkte christlicher Existenz, waren zeitweise aber auch laute, exzessive öffentliche Treffen, heutigen Silvesterfeiern vergleichbar, die noch im 18. Jahrhundert zu polizeilichen Verboten in deutschen Landen führten. „Gegen zehn Uhr riss mich der Gedanke an die Fröhlichkeit, die in Paris herrschte, mit einem Mal [236:] aus der Ruhe; ich horchte, ob ich wollte oder nicht, auf den Lärm in den Straßen“, berichtete der Schriftsteller Guy de Maupassant in einer Weihnachtserzählung Ende des 19. Jahrhunderts. Da war in Deutschland die Weihnachtsfeier längst dem öffentlichen Raum entzogen, privatisiert und verbürgerlicht zu einem Fest der Familie. Infolge von Industrialisierung und Proletarisierung konnte jedoch bei vielen, die in elenden Verhältnissen lebten und denen es schon an der „guten Stube“ fehlte, Weihnachtsfreude nicht aufkommen.

<sup>4</sup> Annemarie Lange: Berlin zur Zeit Bebels und Bismarcks. Zwischen Reichsgründung und Jahrhundertwende, Berlin 1972, S. 61 f.

<sup>5</sup> Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 1, Berlin 1966, S. 358.

Hier setzte ebenfalls die kirchliche Sozialarbeit ein. Diakone gingen Weihnachten mit Tannenbäumchen und Gaben in städtische Elendsquartiere, Heiligabend-Familiengottesdienste entstanden, wo zum Feiern Raum geboten wurde. Aber auch Sozialisten nahmen sich gezielt zur Weihnachtszeit der sozialen Frage an: In Polizeirevieren und Kirchenverwaltungen war man Ende 1890 alarmiert, als nach Auslaufen des „Sozialistengesetzes“ sogleich „sozialdemokratische Weihnachtsfeiern“ vorbereitet wurden. In Sachsen wurde in einem Bericht an das Innenministerium gewarnt, hier hätten Sozialdemokraten versucht, „den großen Massen immer mehr ein kommunistisches Empfinden einzuflößen; der Einzelne müsse lernen, dass er nicht in der Familie, sondern in der Gesellschaft seines Feste zu feiern habe“. Die „Volksstimme“ vom 5. Dezember 1890 empfahl, die Axt an das Spießerfamilie-Weihnachtsfest anzulegen, das sozialdemokratische Liederbuch von 1891 enthält eine „Weihnachtsmarseillaise“ („Blick auf, ein Stern in hellem Scheine des Sozialismus winkt dir zu, und der Erlöser, der bist du“). Antisozialistische Propagandaschriften bestätigten die sozialdemokratische Ochs-und-Esel-Gegnerschaft.<sup>6</sup> Der Polizeipräsident Magdeburgs berichtete am 28. Dezember 1890 über eine in mehreren Sälen veranstaltete Weihnachtsfeier, auf der für Kinder Spielzeug verlost und durch „eine Laterna magica ... den Kindern die Bilder von Bebel, Liebknecht und anderen sozialdemokratischen Führern vorgeführt“ worden seien. Die Veranstaltung habe „durchaus den Charakter einer sozialdemokratischen Massendemonstration gehabt, und es ist nicht zu bezweifeln, dass diese Art der Propaganda besonders wirksam und von großem Erfolg begleitet ist“.

In seinem Aufsatz „Christentum und Sozialdemokratie“ berichtete Franz Mehring, dass große sozialdemokratische Volksversammlungen stattgefunden hätten, da „in deutschen Arbeiterkreisen unzweifelhaft ein lebhaftes Interesse an religiösen Fragen“ bestünde. Und vor dem religiösen Hintergrund leuchtet ein, dass die Suche [237:] nach dem Autor der Parole vom unaufhaltbaren Sozialismus zu Bebel führt, der gern „tierisch“ polemisierte, wiederholt etwa mit dem Heine-Satz: Den Himmel überlassen wir den Engeln und Spatzen. Das Ochs/ Esel-Zitat ist bei ihm jedoch nicht nachgewiesen.

Einiges spricht also dafür, dass die Parole anfangs nicht allein Ausdruck allgemeiner Siegeszuversicht war. Auch konkrete spätere Varianten sind auffindbar: Louis Fürnberg, der Dichter des Liedes *Die Partei hat immer recht*, meinte mit ähnlichen Worten das Gleiche nach der Ungarnrevolte 1956: „Nur Narren und Abenteurer glauben, den Sozialismus mit Putschversuchen aufhalten zu können. Der Sozialismus ist unaufhaltsam.“ An die Berliner Grenze zwischen Kreuzberg im Westen und Friedrichshain im Osten, an der Oberbaumbrücke, stellte die DDR im August 1959 eine Propagandatafel mit der Aufschrift: „Den Sozialismus in seinem Siegeslauf halten weder Brandt noch Dulles auf!“; gerichtet gegen den damaligen Regierenden von West-Berlin und den Außenminister der USA.

Während Honecker die „alte Erkenntnis“ zitierte, vernahm man auf dem letzten DDR-Philosophenkongress bei Hauptrednern Begriffe wie „Möglichkeitsfeld“ und „Variantenvielfalt“. Während einer Tagung der Parteihochschule stand ebenfalls 1989 das Thema „Gesetzmäßigkeiten und bewusstes Handeln“ zur Diskussion: „Nicht Wunschvorstellungen bestimmen den Gang der Geschichte, sondern das auf tiefen Einsichten in den Charakter unserer Epoche und die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze beruhende Handeln der werktätigen Massen.“<sup>7</sup> Zu spät – die Demonstranten in Berlin hatten am 4. November 1989 mit dem Transparent „Die Demokratie in ihrem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf“ das letzte Wort. Zwölf Jahre darauf, wiederum mit Bezug auf Berlin, reaktivierte eine große Tageszeitung die Parole anlässlich der Verhandlungen zur Bildung eines Senats aus Vertretern der SPD und der PDS: „Die PDS in ihrem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf.“<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Emil Gregorovius: *Der Himmel auf Erden*, Leipzig 1892, S. 141, unterstellt in seiner utopischen Darstellung sozialdemokratischer „Irrlehren“ die Abschaffung des Heiligabend, der Nacht, „die in der früheren Ordnung der Dinge ‚die heilige Weihnacht‘ genannt wurde“. Noch in einer Glosse der Zeitschrift „Rumpelstilzchen“ Dezember 1927/Januar 1928 liest man: „Seit Jahren bemüht sich das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei um die Ächtung des Christbaumes und um seinen Ersatz durch einen rotbebänderten Tannenkranz.“

<sup>7</sup> Neues Deutschland, 14.2.1989.

<sup>8</sup> Werner van Bebber: Sie wollen fit für Gerhard Schröder werden / So hätte es Gysis Partei zwölf Jahre nach Honeckers Abgang gern: Die PDS in ihrem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 9.12.2001.

Eingenistet hat sich Honeckers Denkungsart inzwischen jedoch längst unter anderem Vorzeichen: Den „digitalen Kapitalismus“ – von ihm sprach der sozialdemokratische Bildungspolitiker Peter Glotz – in seinem Lauf, *würden weder Ochs noch Esel aufhalten*, verkünden heute neoliberalen Theoretiker und Politiker. Sie geben Empfehlungen, wie man diesen unaufhaltsamen Lauf durch „moderne“ Politik nur noch beschleunigen könne. Sogar der USA-Linksintellektuelle Richard Rorty meint fatalistisch: „Es besteht die Gefahr, dass wir den globalen Kapitalismus brutaler erleben werden [238:] als wir uns das je vorstellen konnten. Aber ich sehe niemanden, der eine Vorstellung davon hätte, wie das zu vermeiden wäre.“ „Der Mensch ohne Alternative“ – so lautete der Titel einer Sammlung von Aufsätzen, die Ende der 50er Jahre der polnische kritische Marxist Leszek Kołakowski veröffentlicht hatte – soll nun am „Ende der Geschichte“ stehen, welches nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus in Europa der USA-Politikberater Francis Fukuyama verkündet hatte.

Und heute: Die Globalisierung in ihrem Lauf? „Man kann sich der Globalisierung nicht entziehen, sie hat fast so etwas wie den Charakter eines Naturgesetzes angenommen, man muss damit leben, wie man mit anderen Naturgesetzen leben muss. „Diese Worte des Konzernbeauftragten der Siemens AG für die Weltausstellung „EXPO 2000“ Walter Schusser erschrecken ebenso wie die knapp ein Jahrzehnt zuvor verkündeten ...

## **Alle Macht den Räten**

*Von Manfred Weißbecker*

Über Parteidistanzen hinweg entfaltete sich am Ende des Jahres 1918, noch stärker dann im folgenden Frühjahr, in der deutschen Arbeiterschaft und unter den kriegsmüden Massen eine breite, auf Veränderungen drängende sowie Mitbestimmung und Sozialisierung der Schlüsselindustrienfordernde Bewegung. Die überall und zum größten Teil spontan entstehenden Arbeiter- und Soldatenräte waren ihr Ergebnis und zugleich ihre Träger. Ihnen alle Macht zu übertragen, verlangten die radikalsten unter ihnen sowie die während der Novemberrevolution aus dem Spartakusbund entstandene Kommunistische Partei. Deren Führer orientierten sich an den Revolutionen in Russland, insbesondere an Lenins erstmalig im April 1917 gegen die dortige Doppelherrschaft gerichtete und im darauf folgenden Oktober offiziell proklamierte Parole „Alle Macht den Sowjets“.

Der Gedanke, Räte sollten anstatt der Monarchen oder bürgerlicher Regierungen herrschen, existierte bereits zuvor. In der sich während des 19. Jahrhunderts formierenden und entfaltenden Arbeiterbewegung aller Länder spielte der Rätedenkung eine große [239:] Rolle. Die Erhebung des „dritten Standes“ zur Nationalversammlung in der Französischen Revolution von 1789 bot dafür das geschichtliche Beispiel. Die Erinnerung an Vorgänge, die zur Durchsetzung bürgerlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse geführt hatten, nährte vielfach Hoffnungen von Arbeitern, ihre in den Betrieben gewählten Interessenvertretungen könnten erreichen, was ihnen halbabsolutistische Regime verweigerten und auch die Regenten bürgerlich-parlamentarisch verfasster Staaten mehr oder weniger vorenthielten.

Erstmals hatte in der Pariser Kommune von 1871 ein Rat die Regierungsgewalt übernommen. Ihm gehörten 30 Arbeiter und 34 Handwerker, Angestellte und Intellektuelle sowie zunächst auch 20 Vertreter bürgerlicher Interessen an. Er betrachtete sich gleichzeitig als beschließendes und als ausführendes Organ des Volkes von Paris. Im Verständnis von Karl Marx verkörperte der „Rat der Kommune“ jene politische Form, unter der sich die Befreiung der Arbeiterklasse vollziehen könne. Ganz in diesem Sinne tauchten Räte dann erneut in der russischen Revolution von 1905/07 auf, die sowohl die Einrichtung einer konstitutionellen Versammlung als auch die Einführung des Achtstundentages verlangten. Der Rätedenkung stellte seitdem den Kern der marxistischen Staatstheorie dar, tauchte aber nur noch formell in den die tatsächlich betriebene Politik Lenins und Stalins stützenden Theoriekonstrukten späterer Jahrzehnte auf.

In Deutschland schufen sich Arbeiter vor allem während des Ersten Weltkrieges eigenständige Komitees, zumeist Streikleitungen oder Verhandlungskommissionen. Berliner Metallarbeiter wählten „revolutionäre Obleute“, die später von vielen Sozialdemokraten und Kommunisten als „Keimzelle“ der Räte bezeichnet wurden. Häufig wurde in diesen Gremien improvisiert, fehlten doch Organisationserfahrungen und klare Vorstellungen. Dennoch spiegelte sich in ihrer Tätigkeit der Wille wider, nach neuen Organisationsformen von Interessenvertretung und staatlichen Lenkungsorganen zu suchen. Viele Arbeiter sahen ihre Forderungen sowohl von der Sozialdemokratischen Partei als auch von den Gewerkschaften nur unzureichend vertreten. In Entstehung, Existenz und revolutionärer Wirksamkeit der Räte kamen neben der Unzufriedenheit breiter Massen mit den bestehenden Verhältnissen auch ein tief verwurzeltes Bedürfnis nach Selbstorganisation zum Vorschein. Die Räteidee gewann im Verlauf des Krieges zunehmend an Einfluss, insbesondere als die im September und Oktober 1918 eingeleiteten Reformen [240:] zwar Parlamentarisierung und Demokratisierung der Verhältnisse versprachen und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen vorsahen, diese jedoch weder die sozialen Strukturen der deutschen Gesellschaft veränderten noch die Macht des kaiserlichen Regimes und seiner militärischen Führung wesentlich beschränkten.

In den ersten Tagen des Novembers 1918 standen Räte an der Spitze gewaltiger Aktionen, die sich u. a. gegen den unsinnigen Befehl zum nochmaligen Auslaufen der Hochseeflotte richteten und rasch zum Sturz der Wittelsbacher Monarchie in Bayern und anderer Dynastien führten. In einigen Industriegebieten und Städten Deutschlands übernahmen Arbeiter- und Soldatenräte faktisch die Macht. Überall fungierten sie als Kampforgane oder, wo es zu Verhandlungen mit den militärischen und

zivilen Behörden kam, als Verhandlungskommissionen, deren Wort nicht überhört werden durfte. Zugleich formierten auch andere soziale Gruppen neue Organisationen und Gremien, die sich ebenfalls als „Räte“ bezeichneten; da tauchten während der Revolution Bauernräte ebenso auf wie Angestelltenräte. Mitunter wählten auch Intellektuelle oder Beamte einen ihnen offensichtlich zeitgemäß erscheinenden Namen.

Im Vordergrund des Geschehens standen indessen die Arbeiter- und Soldatenräte. Zusammenfassung und Zuspitzung zugleich fanden deren unmittelbare Vorstellungen darüber, wie neue gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen wären und wie diese beschaffen sein könnten, in der Bestimmung der nächsten Kampfziele durch die Spartakusgruppe, für die Karl Liebknecht ein Flugblatt formulierte, das noch am 9. November 1918 verbreitet worden ist. Darin hieß es: „Arbeiter und Soldaten! Nun ist eure Stunde gekommen. Nun seid ihr nach langem Dulden und stillen Tagen zur Tat geschritten. Es ist nicht zuviel gesagt: In diesen Stunden blickt die Welt auf euch und haltet ihr das Schicksal der Welt in euren Händen. Arbeiter und Soldaten! ... Nun beweist, dass ihr stark seid, nun zeigt, dass ihr klug seid, die Macht zu gebrauchen.“ Im Einzelnen besagten die Forderungen: „1. Befreiung aller zivilen und militärischen Gefangenen. 2. Aufhebung aller Einzelstaaten und Beseitigung aller Dynastien. 3. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, Wahl von Delegierten hierzu in allen Fabriken und Truppenteilen. 4. Sofortige Aufnahme der Beziehungen zu den übrigen deutschen Arbeiter- und Soldatenräten. 5. Übernahme der Regierung durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte. 6. Sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik.“<sup>1</sup>

[241:] Wie stark die alten Eliten und wie die Führungen sozialdemokratischer Organisationen Forderungen dieser Art fürchteten und gleichzeitig auf Existenz der Räte und deren Akzeptanz in großen Teilen der Bevölkerung taktierende Rücksicht nahmen, zeigte sich besonders deutlich am 9. und 10. November in Berlin. Die neue, von dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert geführte Regierung war noch von der alten eingesetzt worden, gab sich selbst jedoch den Namen „Rat der Volksbeauftragten“ und ließ sich zudem von einer Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte legitimieren. Ebert kritisierte zudem die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann als voreilig; erst ein neu zu wählendes parlamentarisches Gremium habe derartige Entscheidungen zu treffen. Damit waren bereits die Legitimität der Revolution und ihr Anspruch auf Schaffung neuer Rechtlichkeit in Frage gestellt. Grundsätzlich war damit der Forderung *Alle Macht den Räten* widersprochen worden. Das sich in und nach der Novemberrevolution herausbildende bürgerlich-parlamentarische System der Weimarer Republik verweigerte den Räten nicht nur, in entscheidenden Fragen Macht auszuüben, es schränkte schließlich deren Wirkungsmöglichkeiten mehr und mehr ein und bürgerliche Parteien versuchten immer wieder, die ursprüngliche Räteidee zu einer Farce geraten zu lassen.

[242:] Dieser Entwicklung kam entgegen, dass es den meisten Arbeiten und Soldatenräten selbst während der Revolution von 1918/19 kaum um sehr weit reichende und den Räten alle Macht sichernde Zielsetzungen gegangen war. In ihrem Visier befand sich nicht alle Macht, allenfalls eine „halbe“ und geteilte Macht. Ein gewisses Maß an Machtbeteiligung und das Recht auf Mitbestimmung schien ihnen das erstrebenswerte und das einzige mögliche Ziel zu sein. Zunächst hatte der in Berlin geschaffene Vollzugsausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte – von Dezember 1918 bis zu seiner Auflösung im November 1919 nannte er sich „Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik“ – durchaus das revolutionäre exekutive und legislative Recht in Anspruch genommen und sich als das höchste Kontrollorgan aller Behörden betrachtet. Er beschloss: „Alle kommunalen, Landes-, Reichs- und Militärbehörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrag des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates. Jedermann hat den Anordnungen dieser Behörde Folge zu leisten.“<sup>2</sup> In der Praxis erwies sich jedoch, dass so die Macht des alten Staatsapparates nicht zu überwinden war. Trotz vorübergehender Ohnmächtigkeit blieb dieser weitgehend intakt und sahen sich die alten Eliten in die Lage versetzt, „die Zügel ... aus der Verborgenheit

<sup>1</sup> Zit. nach Karl Liebknecht. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1952, S. 466 f.

<sup>2</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S. 359.

zu lenken“.<sup>3</sup> Mehr und mehr begnügten sich der Rat der Volksbeauftragten und der Vollzugsausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte in der Regel damit, die zivilen und militärischen Behörden zu kontrollieren, ohne in überkommene Strukturen einzugreifen oder diese gar zu verändern. Sozialdemokratische Führer entschieden sich sogar zu einer Politik der „Konfrontation mit der Massenbewegung, selbst um den Preis des Bündnisses mit dem alten Offizierskorps“<sup>4</sup> und der zu erwartenden Instabilität demokratischer Verhältnisse in der Weimarer Republik.

Der schrittweise Aufbau eines neuartigen, die Räteidee mehr und mehr negierenden politischen Herrschaftssystems wurde endgültig möglich, als die Mehrheit der Delegierten des Ersten Reichsrätekongresses (16.-21. Dezember 1918) entschied, Wahlen zu einer verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung durchzuführen. Von da an richtete sich die weitere Entwicklung nicht allein gegen die Forderung *Alle Macht den Räten*, sondern generell gegen die Räteidee.<sup>5</sup> Von einer revolutionären Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse konnte keine Rede mehr sein, obgleich die Rätebewegung – angesichts der erkennbaren [243:] Wiederbelebung konterrevolutionärer Tendenzen – im Frühjahr 1919 noch einmal erstarkte, sich radikalierte und im Ringen um die Sozialisierung der Schlüsselindustrien einen weiteren Höhepunkt erlebte. Was erreicht werden konnte, schlug sich im Artikel 165 der Weimarer Verfassung nieder, welcher Arbeitern und Angestellten zugestand, „gleichberechtigt und in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“. Das darauf aufbauende, 1920 vom Reichstag beschlossene Betriebsrätegesetz sah demgegenüber bereits gewichtige Einschränkungen vor. Jegliches darüber hinausreichende Bemühen wurde von den Regierenden und den mit ihnen verbündeten Militärs mit brutaler Waffengewalt zerschlagen. In dieser Weise antwortete auch das von dem Sozialdemokraten Gustav Bauer geleitete Kabinett auf die große friedliche Protestaktion, zu der die Zentrale der Betriebsräte Deutschlands, die USPD und die KPD aufgerufen hatten und die am 13. Januar 1920 vor dem Reichstagsgebäude stattfand. Die Demonstranten hatten ein volles Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in den wirtschaftlichen Unternehmen Deutschlands verlangt, um den gesetzlich zu fixierenden Regelungen von vornherein Realisierungschancen sichern zu können. Das Ergebnis: Vor dem Wallotbau, geziert von der Inschrift „Dem deutschen Volke“, lagen 42 Tote und 105 Verletzte in ihrem Blut.

Rätemacht – das galt in den folgenden Jahren einer breiten antikommunistisch und antisowjetisch orientierten Öffentlichkeit stets als Synonym sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. *Alle Macht den Räten* – diese Forderung wurde in der Weimarer Republik jedoch nur noch von einer Minderheit der deutschen Arbeiterbewegung vertreten. Selbst in der KPD, die in den bestehenden Betriebsräten Einfluss zu gewinnen trachtete oder, wo dies nicht gelang, neue und eigenständige „revolutionäre Betriebsräte“ schaffen wollte, blieb die strategieorientierte Verwendung der Parole umstritten. Als die Parteiführung unter dem Einfluss stalinistischer Entwicklungen in der UdSSR und in der Kommunistischen Internationale seit dem Ende der zwanziger Jahre forderte, eine neue und sich gegen Faschismus und „Sozialfaschismus“ richtende Revolution müsse ein „Sowjet“-Deutschland zum Ziel haben<sup>6</sup>, war sie in völliger Verkennung der Situation faktisch zu der in den Revolutionen von 1917 und 1918 vertretenen Lösung zurückgekehrt.

<sup>3</sup> Wilhelm Groener. Lebenserinnerungen. Hrsg. v. F. Frhr. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957, S. 476.

<sup>4</sup> Reinhard Rürup (Hrsg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution von 1918/19, Wuppertal 1975, S. 10.

<sup>5</sup> Demgegenüber beschloss allerdings der Reichsrätekongress<sup>4</sup> die Volksbeauftragten anzusegnen, „mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen“. Ferner sollten sie die militärische Kommandogewalt (unter der Kontrolle des Vollzugsrates) selbst übernehmen und für die „Zertrümmerung des Militarismus“ und die „Abschaffung des Kadavergehorsams“ sorgen. Offenbar existierte in der starken demokratisch-sozialistischen Massenbewegung jener Wochen ein parteiübergreifender Konsens über eine strukturelle Demokratisierung von Heer, Verwaltung und Wirtschaft. Die dafür notwendigen Maßnahmen sollten nicht der kommenden Nationalversammlung überlassen, sondern bereits jetzt von den mit nahezu diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Volksbeauftragten getroffen werden.

<sup>6</sup> Dazu schrieb Erich Mühsam 1930 in einem „Alle Macht den Räten“ betitelten Aufsatz: „Die Lösung ‚Alle Macht den Räten‘, unter der die russische Revolution 1917 ihren Oktobersieg errang, erwies sich als so erschöpfer

[244:] Bislang konnte sich in der Geschichte noch kein allein auf dem Gedanken *Alle Macht den Räten* beruhendes Regierungssystem durchsetzen. Alle Versuche scheiterten, auch weil ihnen nirgendwo eine Chance gegeben wurde, aus sich selbst heraus überbetriebliche und überörtliche Entscheidungszentren hervorzubringen. Und dennoch: die Idee lebte fort, mit Hilfe von Arbeiterräten eine andere und bessere Gesellschaft zu erreichen. Immer wieder griffen einzelne Organisationen und Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung auf sie zurück.

So entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien Arbeiterselbstverwaltungsorgane, mit deren Hilfe die Räteidee während mehrerer Jahrzehnte umgesetzt und das gesellschaftliche Eigentum von den „unmittelbaren Produzenten“ verwaltet wurde. Zumindest zeigte sich hier, dass eine mit der Räteidee verknüpfte Demokratisierung der Wirtschaft nicht die allenthalben prophezeite Leistungsunfähigkeit zur Folge haben muss. Vereinzelt unternahmen auch Arbeiter in den westlichen Ländern Versuche, Modelle einer Rätedemokratie zu entwickeln. Große Aufmerksamkeit fanden z. B. 1973 Bestrebungen französischer Arbeiter, die über Monate hinweg die Uhrenfabrik in Besançon besetzt hielten, die Produktion und den Verkauf der hergestellten Uhren selbst organisierten und ohne Vorgesetzte arbeiteten.<sup>7</sup>

Hingegen erschienen im Krisenjahr 1956 in den sozialistischen Ländern Polen und Ungarn neue Arbeiterräte, welche traditionelle Formen des Kampfes nun gegen stalinistisch Herrschende anwendeten und damit jenem Beispiel folgten, das Kronstädter Matrosen bereits im März 1921 geboten hatten, als sie sich gegen die Diktatur der bolschewistischen Partei erhoben. In gewisser Weise wäre auch daran zu erinnern, dass am Ende der DDR den Räten durchaus vergleichbare „Runde Tische“ nach grundlegenden systemstabilisierenden Veränderungen eines doch nicht mehr reformierbaren realsozialistischen Staates suchten.<sup>8</sup>

In der heutigen Welt scheint die Vorstellung weitgehend illusorisch, Räten alle Macht erkämpfen zu wollen. Dennoch: So lange notwendigerweise eine Alternative zur Organisation bestehender, zudem die Existenz der Menschheit gefährdender Gesellschaften zu suchen ist, wird wohl auch immer wieder einmal an den Rätedenkungen erinnert werden. Anziehungskraft könnte er vor allem dort gewinnen, wo die Masse der Bevölkerung von jeglicher Mitbestimmung und erst recht vom Menschenrecht auf Selbstbestimmung aus-[245:]geschlossen ist. Stets sind es die Verhältnisse selbst, welche das Suchen nach einer lebenswürdigen Alternative zum Bestehenden hervorbringen. In der 1994 erschienenen Festschrift für den sozialdemokratischen Politiker Peter von Oertzen hat einer der Autoren Entscheidungsfragen der Zukunft beschrieben: „Entweder wachsende Konflikte, wachsende Ungleichheit, wachsender Egoismus, wachsende kurzsichtige ‚Realpolitik‘. Dann gehen wir an der wachsenden Explosivität der Konflikte zugrunde. Oder wachsende Selbstständigkeit, wachsendes Aufbegehren, wachsende Fähigkeiten der Menschen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, wachsende Gleichheit, wachsende Solidarität ohne Grenzen.“<sup>9</sup>

---

Ausdruck des wahren Willens der gesamten revolutionären Arbeiterschaft in allen Ländern, dass auch die entschiedensten Autoritären, die Bolschewiken, sie aufnahmen, da sie sonst einfach den Anschluss an die Massen verpasst und keine Gelegenheit gefunden hätten, sich nach dem Sieg der Revolution zu demaskieren. Sie waren, wie es den Menschewiken erging, schon vorher als Staatssozialisten erkannt und zu keiner Teilnahme an der Neuordnung der Verhältnisse zugelassen worden. Nachdem die Dinge in Russland nun leider den Verlauf genommen haben, den jede jacobinische Revolutionsverfälschung nehmen muss von einer Massenerhebung über Klüngeldiktatur und Direktorium zum Bonapartismus – der gegenwärtige Zustand entspricht einer Zwischenstation zwischen Robespierre und Barras, aber die Konturen des Konsulats überschatten schon den Hintergrund –, zwingt die lärmende Anpreisung eines ‚Sowjet-Deutschland‘, das dem Vorbild des heutigen Russland genau nachgeahmt werden soll, zur klarsten Herausstellung des Gegensatzes zwischen einem Sowjetstaat und einer Räterepublik.“

<sup>7</sup> Siehe Monique Pitou: *Anders leben. Chronik eines Arbeitskampfes*: LIP, Besançon, Frankfurt a. M. 1976.

<sup>8</sup> Siehe André Hahn: *Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht. Politische Kultur im letzten Jahr der DDR*. Mit einem Vorwort von Gregor Gysi, Berlin 1998.

<sup>9</sup> Ernest Mandel: *Alle Macht den Räten. Bekenntnis eines notorisch-unbeirrbaren Linken*. In: *Zwischen Rätesozialismus und Reformprojekt. Lesebuch zum 70. Geburtstag von Peter von Oertzen*. Hrsg. v. Karin Benz-Overhage, Wolfgang Jüttner und Horst Peter, Köln 1994, S. 25 f.

## ***Hände weg von Sowjetrussland***

*Von Claus Remer*

Im Gefolge der revolutionären Ereignisse von Februar bis Oktober/November 1917 in Russland und der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten (Sowjets) okkupierten zunächst deutsche und österreichisch-ungarische Truppen sowjetrussische Gebiete. Nicht einmal nach dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk am 3. März 1918 fand der Krieg im Osten ein Ende. Den Armeen der Mittelmächte folgten von 1918 bis 1920 Invasionstruppen Großbritanniens, Frankreichs, Polens, Japans und weiterer Staaten in europäische und asiatische Teile Sowjetrusslands. Ihr Ziel: territoriale Ansprüche durchsetzen, die Sowjetmacht beseitigen und Rohstoffquellen billig ausbeuten. Zudem unterstützten die Regierungen dieser Länder mit umfangreichen militärtechnischen, finanziellen und politischen Mitteln eine ganze Reihe weißgardistischer russischer Generale und deren Armeen im Kampf gegen die Sowjetmacht.

Gegen diese gewaltsame Einmischung in innere Angelegenheiten Russlands und zur Unterstützung der unter solchen Bedingungen Millionen Hungernden und Leidenden fanden unter der Losung *Hände weg von Sowjetrussland* von 1917/18 bis 1920 in zahlreichen europäischen Ländern viele Streiks, Demonstrationen und weitere Aktionen mit dem Ziel statt, die militärische Intervention in Sowjetrussland zu beenden, endlich den Frieden in Europa herzustellen und das Elend der Menschen wenigstens zu lindern.

[246:] Nach vier Jahren blutigem Weltkrieg mit 8,5 Millionen Gefallenen und 21,2 Millionen Verwundeten setzten die Völker große Hoffnungen auf die Ansätze zu einer neuen Politik ohne Krieg, Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit in Osteuropa. Deshalb riefen die Fortführung der Kriegsoperationen in Sowjetrussland, die ausländische Okkupations- und Unterdrückungspolitik sowie die Wirtschaftsblockade der meisten Großmächte vor allem die Solidarität vieler Arbeiter und Angehöriger der Mittelschichten, der Intelligenz und der demokratischen Öffentlichkeit, von Kommunisten und Sozialisten, von Parteilosen, Demokraten und Liberalen hervor. Diese Haltung äußerte sich in unüberhörbaren Protesten insbesondere gegen den unerklärten Krieg, gegen die ausländische bewaffnete Intervention und in Aufrufen zu Spenden und Sammlungen für die Millionen Betroffenen in Sowjetrussland.

Auch in den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen, die in Russland standen, entwickelte sich 1917 und 1918 eine breite Solidaritätsbewegung; Soldaten verbrüdereten sich an den Fronten und forderten rasche Beendigung des Krieges, Rückkehr in die Heimat und Solidarität mit den sowjetrussischen Soldaten, Arbeitern und Bauern. Dennoch blieben nach dem Abschluss des Brester Diktatfriedens die deutschen Truppen in Sowjetrussland, behinderten die friedliche Entwicklung und erschwerten in beträchtlichem Maße die Existenz- und Lebensbedingungen für die Bürger. Erst die deutsche Novemberrevolution 1918 erzwang die Beendigung der militärischen und politischen Okkupation im Osten.

Neben zahlreichen Solidaritätsbekundungen versuchten revolutionäre Kräfte in Deutschland, die Werbung für die konterrevolutionären Freikorps zu verhindern, die seit November/Dezember 1918 mit Billigung der Obersten Heeresleitung und mit finanzieller Unterstützung großbourgeoiser Kreise gegen die revolutionären deutschen Arbeiter und als so genannter Grenzschutz Ost im Baltikum für die Großgrundbesitzer und gegen die dortige Sowjetmacht eingesetzt wurden. Ihr rücksichtsloses Vorgehen ist später nur noch von den faschistischen deutschen Truppen übertroffen worden.

Die Bewegung *Hände weg von Sowjetrussland* erreichte in Deutschland im Jahre 1920 ihren Höhepunkt, als sich viele Demonstrationen und Streiks gegen die antisowjetische Politik der deutschen Regierung und konservativer Kräfte richteten, insbesondere gegen die Waffentransporte der Entente durch Deutschland nach Polen, das [247:] sich von April bis Oktober 1920 im Krieg mit Sowjetrussland befand, bis nach Kiew vorstoßen und es kurzfristig besetzen konnte.

Am 8. Mai 1920 rief die Zentrale der KPD unter der Losung *Hände weg von Sowjetrussland* zu einer großen Solidaritätsaktion für die junge Republik im Osten auf. Große Demonstrationen – die erste

fand schon wenige Tage später am 11. Mai in Berlin statt – sowie konkrete Maßnahmen gegen die Waffenlieferungen an Polen (z. B. in Danzig, Berlin, Stuttgart u. a. Orten) zwangen die deutsche Regierung am 20. Juli 1920, ihre Neutralität im polnisch-sowjetischen Krieg zu erklären. Auch die tschechoslowakische Regierung sah sich gezwungen, ihre Nichteinmischung in diese kriegerischen Auseinandersetzungen zum Ausdruck zu bringen.

Am 7. August vereinbarten KPD, SPD, USPD und ADGB einen gemeinsamen Aufruf zur Verhinderung weiterer Waffentransporte nach Osten. Dieser Aufruf war das erste Dokument in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit der Novemberrevolution, das von den zentralen Leitungen der großen Arbeiterorganisationen gemeinsam beschlossen wurde. Aktionen bestanden u. a. darin, dass Arbeiter der Eisenbahndirektion Erfurt französische Transporte nach Polen kontrollierten, einen Waggon abkoppelten und etwa 300 Kisten Munition auf einem freien Platz vernichteten, Danziger Arbeiter ein für Polen bestimmtes Flugzeug aus einem Waggon holten und zertrümmerten und Stuttgarter Arbeiter des Daimler-Werkes drei bereits zum Abtransport nach Polen verladene Panzerspähwagen zerstörten.

Eine Art Vorreiterrolle spielten die englischen Arbeiter im Rahmen der internationalen „Hands-Off-Russia“-Bewegung, die im Sommer und Herbst 1918 einsetzte. Im Januar 1919 meuterten z. B. Soldaten des englischen Expeditionskorps in Murmansk und Matrosen des Schlachtschiffes „Queen Elisabeth“ verweigerten den Befehl, mit dem Schiff in die Ostsee auszulaufen. Im gleichen Monat richtete sich der Streik von etwa 100.000 Werftarbeitern und Bergleuten in Glasgow auch gegen die Intervention Englands in Sowjetrussland. Nachdem im Juni 1919 die Jahrestagung der englischen Arbeiterpartei (Labour Party) einen Mehrheitsbeschluss angenommen hatte, in dem von der Regierung die Beendigung der Intervention gefordert wurde, verlangte schließlich im September der Gewerkschaftskongress (TUC) in Glasgow den sofortigen Rückzug aller englischen Truppen aus dem Sowjetstaat. Am 7. November 1919 entstand das englische Nationalkomitee „Hands-Off-Russia“. [248:] Im Jahre 1920 forderten führende Vertreter der Gewerkschaften und der Labour Party, Piłsudski-Polen und den Truppen des weißgardistischen Generals Pjotr. N. Baron von Wrangel in Südrussland keinerlei Unterstützung zukommen zu lassen. Am 10. Mai 1920 weigerten sich Londen Schauerleute, das nach Polen auslaufende Schiff „Jolly George“ mit Waffen zu beladen. Im Vergleich zu analogen Aktivitäten in Frankreich, Deutschland, Italien u. a. Ländern war diese Bewegung in England hinsichtlich Umfang und Wirkung besonders nachhaltig.

In Frankreich kam es schon im Oktober 1918 zu großen Kundgebungen unter der Losung *Hände weg von Sowjetrussland*. Matrosen und Soldaten der im Gebiet des Schwarzen Meeres agierenden französischen Truppen (etwa 40.000 Mann) solidarisierten sich mit russischen und ukrainischen Arbeitern und meuterten in ihren Einheiten (z. B. in Tiraspol und auf der Krim), so dass sie entwaffnet und nach Frankreich zurückgeschickt wurden. Matrosen hissten im April 1919 z. B. auf den Schlachtschiffen „France“ und „Jean Bart“ sowie auf dem Panzerschiff „Justice“ rote Fahnen. Am 1. Mai 1919, im Juni 1919 und im August 1920 erreichte die Solidarität der französischen Arbeiter und der demokratischen Intelligenz mit Sowjetrussland und seiner von Intervention und Hunger stark betroffenen Bevölkerung weitere Höhepunkte. Hafenarbeiter und Eisenbahner weigerten sich, Waffen für die in Osteuropa eingesetzten französischen Truppen zu verladen und zu transportieren. Die Bewegung wurde von über 66 bekannten Schriftstellern und Wissenschaftlern unterstützt, so von Henri Barbusse, Romain Rolland, Anatole France, vom Physiker Paul Langevin, von den Historikern Albert Mathiez, François Alphonse Aulard u. a. Als ein Ergebnis musste das französische Oberkommando die eigenen Truppen aus dem Süden Sowjetrusslands abziehen.

In der revolutionären Nachkriegskrise Italiens bildeten Arbeiter Fabrikräte, „rote Garden“ und sogar „soviets“ (statt ital.: „consigli“). Italienische Arbeiter stellten teilweise die Waffenproduktion ein; Eisenbahner und Hafenarbeiter verhinderten 1919 sowie im Mai und Juni 1920 die Abfahrt von Zügen mit Ausrüstungsgegenständen für die gegen Sowjetrussland kämpfenden Truppen; Matrosen und Hafenarbeiter hielten Schiffe mit solchen Militärgütern fest, z. B. die „Fedora“ in Genua und die „Gipson“ sowie die „Nippon“ in Neapel. Schon im Juli 1919 hatten der Allgemeine Italienische Gewerkschaftsbund und viele Werktätige gegen die ausländische militärische Einmischung in

Sowjetrussland und Räteungarn protestiert, so dass schließlich die Regierung unter dem liberalen Ministerpräsidenten F. S. Nitti anordnen musste, die italienischen Truppen aus Sibirien und dem Fernen Osten im August 1919 zurückzuholen und die geplante militärische Intervention in Georgien zu unterlassen.

Auch auf dem amerikanischen Kontinent, z. B. in den USA, in Brasilien und Argentinien, gab es Streiks, Protestversammlungen und Demonstrationen unter der Losung „Hands-Off-Russia!“ und mit Forderungen nach Abzug aller dort vorhandenen ausländischen Truppen. Die USA hatten eigene Truppeneinheiten in Nordrussland und in Sibirien eingesetzt und unterstützten andere konterrevolutionäre Formationen im Baltikum, in Piłsudski-Polen und in Ungarn (Horthy u. a.) mit Waffen und Krediten. Dagegen protestierten Tausende Arbeiter, Schauerleute und Angestellte in New York, Chicago, Seattle u. a. Orten. Solche Aktionen trugen mit dazu bei, dass im Frühjahr 1919 und schließlich im April 1920 die Vereinigten Staaten ihr „Expeditionsheer“ (rund 5000 Soldaten) aus Sowjetrussland zurückziehen mussten.

Im August 1920 verlangte der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdamer Internationale) in einem Appell an die Werktätigen der ganzen Welt, „die unverzügliche Einstellung aller konterrevolutionären kriegerischen Handlungen gegen Russland und für das russische Volk Garantien gegen eine erneute Aggression“. Weiterhin hieß es: „Kein einziger Zug mit Waffen, kein einziges Schiff mit Kriegsmaterial darf durchkommen, kein einziger Soldat darf befördert werden. Dem Krieg keine Nahrung mehr!“ Nicht zuletzt durch die nahezu weltweiten Aktionen sahen sich schließlich die Entente-Staaten und die USA im Verlaufe des Jahres 1920 gezwungen, die Wirtschaftsblockade, Handelsrestriktionen und andere diskriminierende Maßnahmen gegenüber Sowjetrussland einzuschränken oder sogar aufzuheben.

Neben den militärischen Erfolgen und der Friedenspolitik der Sowjetmacht hatten zu dieser Entwicklung ganz erheblich die Proteste und Streiks, die Demonstrationen und Aktionen Hunderttausender in sehr vielen Ländern der Welt beigetragen. Lenin schrieb über die Ursachen der Niederlage der westlichen Allianz: „Wir haben ihr ihre Soldaten genommen. Wir sind ihrer ungeheuren militärischen und technischen Überlegenheit damit begegnet, dass wir diese Überlegenheit durch die Solidarität der Werktätigen gegen die imperialistischen Regierungen zunichte machten.“<sup>1</sup>

[250:] Im Zeichen internationaler Solidarität mit den Sowjetbürgern und auch ganz einfach aus Gründen des Humanismus oder der christlichen Nächstenliebe entwickelte sich vor allem 1921 in vielen europäischen Ländern eine internationale Hilfsaktion für die Hungernden in Sowjetrussland. Als Ergebnis von Bürgerkrieg, ausländischer militärischer Intervention, der Restriktionen im Rahmen der Politik des so genannten Kriegskommunismus, nicht zuletzt außergewöhnlicher Trockenheit und großer Missernten vor allem im Wolgabiet, auf der Krim und am Schwarzen Meer brach in diesen Gebieten 1921 eine in ihren Auswirkungen unvorstellbare Hungersnot, verbunden mit Krankheiten, Seuchen und großer Armut, aus. Über 40 Millionen Menschen litten unter diesen katastrophalen Bedingungen, so dass vier bis fünf Millionen Menschen starben. Viele ausländische Regierungen wollten nur dann Hilfe leisten, wenn die Sowjetmacht die Auslandsschulden der zaristischen Regierung anerkennen würde.

In dieser Situation organisierte zunächst der norwegische Polarforscher Fritjof Nansen nur mit Hilfe einiger kleinerer Staaten Hilfslieferungen. Nach Aufrufen von Lenin und Gorki im August 1921 an die internationale Arbeiterklasse, den Kampf gegen die Dürrekatastrophe zu unterstützen, ist noch im gleichen Monat in Berlin die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) gegründet worden, die sofort Hilfe für die Hungernden in Sowjetrussland organisierte. An der Spitze standen vor allem Clara Zetkin (Vorsitzende) und Willi Münzenberg (Sekretär), der eine überragende Rolle bei der Organisierung der Hungerhilfe spielte. Den Appell zur Hilfeleistung unterzeichneten der Physiker Albert Einstein, die Schriftsteller Henri Barbusse, Anatole France (der seinen Nobelpreis für den Hilfsfond spendete), Maximilian Harden, Arthur Holitscher, Martin Andersen Nexö, der Dramatiker G. B. Shaw, der

---

<sup>1</sup> W. I. Lenin: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 199.

Maler George Grosz, die Graphikerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz, der Maler und Graphiker Heinrich Vogeler u. a. Dem Aufruf zur Unterstützung der Hungernden schloss sich auch der Internationale Gewerkschaftsbund an. Nationale Hilfskomitees sind in über 30 Ländern gebildet worden.

In den Jahren 1921 bis 1923 konnten rund fünf Millionen Dollar gesammelt und über 1000 Transporte mit Lebensmitteln, Medikamenten und Bekleidung nach Sowjetrussland geschickt werden, so 1921 allein vom Hilfskomitee in den USA 250.000 Dollar und große Mengen an Lebensmitteln. In Deutschland und anderen Ländern [251:] wurde diese Welle der Solidarität, die ideelle und materielle Unterstützung für die Menschen in Sowjetrussland vor allem von armen und ärmsten Schichten der Bevölkerung getragen, die Hunger und Elend am besten kannten, von linken Kräften in der Arbeiterbewegung, von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, die zwei Millionen Gulden sowie Schiffsladungen mit Lebensmitteln entsandte, und nicht zuletzt von vielen bürgerlichen Demokraten.

Die Internationale Arbeiterhilfe gründete für den Wiederaufbau eine technische Organisation, initiierte eine internationale proletarische Anleihe, Geldsammlungen für Industrieausrüstungen und Landmaschinen, pachtete in der Sowjetrepublik einige Landwirtschafts- und Industrieobjekte, in denen etwa 30.000 Werktätige beschäftigt waren, und leistete auch in kultureller und wissenschaftlich-technischer Hinsicht eine umfangreiche Tätigkeit, so dass sich Lenin nicht gerade zufällig bei dem Sekretär der IAH, Willi Münzenberg, ausdrücklich bedankte.

In späteren Jahren gab es ähnliche politische und karitative Hilfsaktionen, die an die Erfahrungen von 1917 bis 1921 anknüpfen konnten. Hier seien nur erwähnt für Mitte der 20er Jahre die Protestbewegung „Hände weg von China“ und, nach dem Überfall des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion, die seit September 1941 in England von Arbeitern und auch einigen bekannten Politikern unterstützte Aktion „Panzer-für-Russland“.

## KAPITEL 5

### HAKENKREUZ UND TOTENKOPF

#### *Keiner soll hungern, keiner soll frieren*

*Von Kurt Pätzold*

Unter den Parolen der deutschen Faschisten, mit denen sie während des ersten Jahres der Diktatur Sympathie, Einfluss und Unterstützung zu erwerben und ihre Massenbasis namentlich in ärmeren und ärmsten Schichten der Bevölkerung zu verbreitern trachteten, ragte ihr Werbespruch *Keiner soll hungern, keiner soll frieren* weit heraus. Schon während der Republikzeit hatten sie verkündet, es werde, kämen sie an die Macht, dem sozialen Elend in Deutschland ein Ende gesetzt werden. Für dessen Ursachen boten die Ideologen und Agitatoren der NSDAP zwei demagogische Erklärungen. Zum einen verwiesen sie auf den Versailler Friedensvertrag, der das deutsche Volk angeblich in Ketten lege und mit der Pflicht zu Reparationszahlungen ihm alle Lebenskraft entziehe. Damit war weit über das Parteiinteresse hinaus zweckdienlich von den Quellen des Elends abgelenkt, die in der kapitalistischen Gesellschaft selbst liegen. Zum anderen schrieben sie die sozialen Nöte der Unfähigkeit und dem Unwillen der im Weimarer Staat Herrschenden zu, sich derer anzunehmen, die weit unterhalb des Existenzminimums gleichsam am Grunde der Gesellschaft lebten. Bilder von satten und prassenden Ministern gehörten ebenso wie anonyme Anklagen gegen volksfremde Ausbeuter zum Repertoire aller Reklamereden.

Demgegenüber zeichneten die Werber der NSDAP das Zukunftsbild ihrer solidarischen „nationalsozialistischen“ Gesellschaft, das um so mehr Anziehungskraft besaß, als alle Regierungen im Weimarer Staat sozialpolitisch versagt hatten. Während die einen Reichtum und Luxus ungehemmt zur Schau stellten, hungerten in der Weltwirtschaftskrise wie vorher schon in der Inflationszeit in den Städten Millionen und vegetierten in Elendswohnungen. Ganze Regionen mussten offiziell zu Notstandsgebieten erklärt werden. Die Republik lieferte den Faschisten den Stoff, mit dem sie einen erheblichen Teil ihrer Anhänger zu gewinnen vermochten. Hitler ließ sich nicht nur [253:] als der nationale, sondern auch als der soziale Erlöser präsentieren. An seiner Biographie hatte er zudem früh die dramatisierende Verfälschung vorgenommen, wonach er in jungen Lebensjahren unverschuldet in bitterste Armut gestürzt worden sei, ärgste Not also aus eigener Erfahrung kannte. Er werde rasch und durchgreifend Abhilfe schaffen, so die frohe Botschaft.

Nach dem 30. Januar 1933 wurde der Kampf gegen Armut und Elend von Millionen, auf die die Krisenlasten von staatswegen abgewälzt worden waren, als eine Massenbewegung inszeniert. Sie sollte davon überzeugen, dass das Versprechen aus der „Kampfzeit“ eingelöst und die einträchtige Volksgemeinschaft entstehen werde. Mit ihr, so lautete die rassistische Erläuterung, würde den Deutschen die ihnen angeblich art- und blutgemäße Lebensform wiedergegeben. Denn die zerrissene Nachkriegsgesellschaft wäre nichts anderes gewesen als ein Werk der Juden. Das Regime begann, sich zu einem Sozialstaat zu schminken. Die Aktivisten der NSDAP erhielten einen „Marschbefehl im Kampf gegen Hunger und Kälte“.<sup>1</sup>

Die 1932 geschaffene Organisation *Nationalsozialistische Volksfürsorge (NSV)* suchte den frei gewordenen Platz zu besetzen, der entstanden war, weil proletarische und bürgerliche Verbände und Vereine, die sich vordem um Menschen gekümmert hatten, die im kapitalistischen Konkurrenzkampf unterlegen waren und deren Lebensfaden zu reißen drohte, entweder – wie die Rote Hilfe – verboten wurden oder sich unter Druck selbst auflösten. Auch die karitativen Dienste der Kirchen wurden in ihren Wirkungsmöglichkeiten eingeschränkt, öffentliche Sammlungen waren ihnen untersagt.

Die NSV, die der Reichsleitung der NSDAP und dort dem Hauptamt für Volkswohlfahrt als eine „betreute Sozialgemeinschaft“ unterstellt wurde, trat im nahenden Winter 1933/34, als die Zahl der

<sup>1</sup> So die Überschrift eines Appells an die „Nationalsozialisten“ des Gaus Kurmark in der preußischen Provinz Brandenburg aus dem Jahre 1934, mit dem sie zu Anstrengungen für das WHW 1934/35 aufgerufen wurden.

offiziell registrierten Arbeitslosen sich wieder der Viermillionengrenze näherte, die sie dann auch überstieg, als organisierendes Zentrum eines Winterhilfswerkes hervor. Es hieß bald allgemein abgekürzt WHW und erhielt im faschistischen Staat einen festen Platz. Anfangs stand die Parole *Keiner soll hungern, keiner soll frieren* im Mittelpunkt der Werbungen. Deren Spezialisten bezogen sich sowohl auf die Bibel, dort mit dem aus dem Paulusbrief an die Galater (6,2) entlehnten Aufruf *Einer trage des anderen Last*<sup>2</sup>, wie auch auf Erfahrungen der Arbeiterbewegung, zumal es zu den erklärten politischen Zielen gerade dieser Aktion gehörte, den Einfluss des „Marxismus“ zurückzudrängen. So operierten sie mit dem Slogan von den [254:] *Sozialisten der Tat*.<sup>3</sup> Hinzu gaben sie Floskeln wie die vom *Angriff auf die gebefreudigen Herzen*.

Seit dem Winter 1933/34 wiederholten sich die Hilfskampagnen Jahr für Jahr. Geld- und Sachspenden wurden gefordert und eingetrieben. Sammler gingen in den Städten von Wohnungstür zu Wohnungstür und erhielten auch von nicht Begüterten so genannte Pfundspenden, d. h. Tüten voller Mehl, Graupen, Grieß, Linsen, Zucker und anderen Nahrungsmitteln des Massenkonsums, die mitunter in Geschäften in besonderer Verpackung übergabefertig gekauft werden konnten. Von den Bauern wurden schwerer wiegende Abgaben vor allem an Kartoffeln verlangt. Mitunter geschah das aggressiv. Wer sich dem Ansinnen verweigerte, konnte sich öffentlich angeprangert finden. Die WHW-Aktivisten waren erfinderisch, wenn es darum ging, das Sammelergebnis in einer Ortschaft oder einem Stadtgebiet zu erhöhen und erfolgreicher zu sein als die Konkurrenz. Säumige oder Verweigerer erhielten Mahnschreiben. Kleinere Vergehen wurden nachgesehen, wenn eine entsprechend höhere Spende floss. Später, während der Kriegsjahre, erhielt mancherorts ein „Volksgenosse“ nur dann einen zum Kauf von rationierten Waren berechtigenden Bezugschein, wenn er sich spendend beteiligt hatte.

Geld wurde zumeist an Wochenenden, teils an den Türen von Wohnungen, Häusern und Gehöften, in den Städten hauptsächlich aber auf Straßen und Plätzen gesammelt. Dort forderten Mitglieder von NS-Organisationen und auch Angehörige der Polizei und der Wehrmacht, einander ablösend und mit plombierten Blechbüchsen klappernd, von Passanten Geldbeträge. Dafür wurden Reviere aufgeteilt, mitunter einander auch streitig gemacht. Wer spendete, konnte so genannte WHW-Abzeichen erwerben, die, an der Kleidung befestigt, kenntlich machten, dass der Forderung schon Genüge getan war. Die Produktion dieser Abzeichen brachte holz-, blech-, papier-, keramik- und kunststoffverarbeitenden Kleinbetrieben und deren Heimarbeitern willkommene Aufträge. Die Zeichen, von denen jeweils ganze Serien aufgelegt wurden, dienten zuzüglich verschiedensten politischen Reklamezwecken. Manche stellten begehrte Sammelobjekte dar, so dass sie mitunter auch rasch vergriffen waren. In Wohnzimmern strammer „Nationalsozialisten“ fanden sich an Wänden, auf Steckkisten drapiert, die Zeugnisse solcher Sammelwut und Gefolgstreue wieder. Die Zahl der bei den Straßensammlungen verkauften WHW-Abzeichen stieg von 31,7 Mill. im [255:] Jahre 1933/34 – was bedeutete, dass im Durchschnitt jeder zweite Bürger ein derartiges Zeichen erworben hatte – auf 169,3 Mill. im Jahre 1938/39, also auf mehr als das Fünfeinhalfache.<sup>4</sup>

Den Werbeeffekt schlechthin erzielten die Organisatoren jedoch durch die Aushändigung der gesammelten Sachspenden, zu denen auch Kleidungsstücke gehörten, an die als bedürftig Eingestuften und für würdig Angesehenen. Von ihnen waren jüdische und zu Juden erklärte Deutsche ausgeschlossen. Ihnen wurde gestattet, separate soziale Initiativen zu ergreifen – eine Genehmigung, die um so weniger bedeutete, je mehr die israelitischen Gemeinden infolge der Flucht vieler ihrer zahlungskräftigen Mitglieder ins Ausland verarmten. Während das WHW also der rassistischen Propaganda diente, stärkte seine Darstellung in Presse, Rundfunk und Literatur zugleich den nationalistischen Hochmut, denn es wurde behauptet, keine andere Nation – immer mit Ausnahme des faschistischen Italien – sei

<sup>2</sup> Unter diesem Titel erschien bereits 1933 in Mühlhausen ein so genanntes WHW-Werbespiel in der Reihe: Nationale Volksbühne, 35.

<sup>3</sup> Ebenfalls schon nach der ersten WHW-Kampagne gab unter dieser Überschrift die NSDAP-Gauleitung Berlin, Amt für Volkswohlfahrt 1934 eine Publikation heraus, die im Untertitel „Das Buch der unbekannten Kämpfer der N.S.V.“ hieß.

<sup>4</sup> Nach Angaben bei Herwart Vorländer: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard am Rhein 1988, S. 54 (= Schriften des Bundesarchivs, 35).

aufgrund ihres Charakters so sozial eingestellt und zu so solidarischem Handeln fähig wie die Deutschen. Das schloss nicht aus, dass im Kriege auch Tschechen im so genannten Protektorat Böhmen und Mähren, Spenden unter Drohungen abgepresst wurden.

Schon während des ersten Winterhilfswerkes im Jahre 1933/1934 waren die Organisatoren in der Lage, bei einer Bevölkerung von etwa 65 Millionen 358 Mill. RM an Geldspenden aufzutreiben<sup>5</sup> und diese Summe vermochten sie von Jahr zu Jahr – nach ihren eigenen, aber jedenfalls in der Tendenz glaubwürdigen Angaben – zu steigern. Das wurde möglich, weil sich die Einkünfte von Arbeitern, Angestellten und Bauern, wenn auch höchst unterschiedlich und vielfach geringfügig, so doch erhöhten. Da gleichzeitig die Zahl der Unterstützungsbedürftigen abnahm, verfügte die Leitung des WHW über erhebliche Geldsummen, die sie anderen Zwecken der NSV und weiterer Organisationen der NSDAP übergeben konnte.

Mit den WHW-Kampagnen entstand eine reichlich ausgebeutete Chance zu verlogener Selbstdarstellung des Regimes, an der sich Publizisten und Schriftsteller dienstfertig beteiligten, so dass eine weitere Gruppe daraus – wie aus anderen ähnlichen Handlangerdiensten – eigenen Vorteil zu ziehen vermochte. Die Aktion gab den Führern, die sich zumeist dienstlich und privat exklusiv und auch luxuriös eingerichtet hatten, so dass ihr Protzentum immer wieder offene, mehr noch verhaltene Kritik auslöste, alljährlich Gelegenheit, ihre vorgeblich ungebrochene Volksverbundenheit zur Schau zu stellen. Das geschah zum einen dadurch, dass sie selbst zur [256:] Sammelbüchse griffen. Hermann Göring, Joseph Goebbels und weitere Reichsminister und Parteigrößen präsentierten sich im Zentrum Berlins auf Plätzen und an Straßenkreuzungen als – um einen später aufgekommenen Ausdruck zu benutzen – „Politiker zum Anfassen“. Einzig Hitler betätigte sich nicht in dieser Weise. Ihn mit einem Blechbehälter klappernd zu zeigen, hätte zum Bild des „Führers“ nicht gepasst. Doch sorgten Nazipropaganda und -legende permanent dafür, dass Hitler als ein persönlich völlig anspruchsloser Mann erschien, der in seiner Lebensweise dem „einfachen Volke“ nahe und den Genüssen der Reichen ganz fern stand.

Die gleiche Wirkung wurde an so genannten Eintopfsonntagen (im Kriege wurden sie offenbar mit Rücksicht auf die Rationierung der Lebensmittel und den damit für Millionen einhergehenden Zwang zu noch einfacherer Kost in „Opfersonntage“ umbenannt) erzielt. Da sollten auch die „Volksgenossen“, die sie sonst mieden, einfache Gerichte essen und das auf diese Weise von ihnen Gesparte dem WHW zur Verfügung stellen. An solchen Tagen stellte sich die Parteiprominenz Erbensuppe löffelnd auf Plätzen zur Schau oder bestellte sich einen Fotografen an den häuslichen Familientisch, der sie mit der Kelle in der Hand beim Austeilen einfacher Kost auf Filmband oder -platte bannte. Die Mobilisierung für das WHW reichte selbst über die Staatsgrenzen hinaus in die Landesgruppen der Partei im Ausland, zu deren Mitgliedern und Sympathisanten nicht wenige begüterte und reiche so genannte Volksdeutsche gehörten.<sup>6</sup>

Die Parole *Keiner soll hungern, keiner soll frieren* war, da es im Nazireich seit 1937/38 Arbeitslosigkeit als Folge der Hochrüstungspolitik praktisch nicht mehr gab, bereits vor dem Kriege obsolet geworden. Der offiziellen Propaganda zufolge lebten im Deutschen Reich alle „Volksgenossen“ glücklich und zukunftsfröhlich. Doch waren insbesondere in der ältesten Generation und in kinderreichen Familien Armut und Bedürftigkeit keineswegs verschwunden. So ließ sich der Appell an die Spendenfreudigkeit weiterhin begründen. Die WHW-Kampagne wurde fortgesetzt. Sie hatte sich als wirksame Methode erwiesen, finanzielle Mittel, die der Staat wenigstens zu einem Teil hätte aufbringen müssen, von Reichsbürgern – Juden blieben vom Geben wie vom Nehmen ausgeschlossen – aufbringen zu lassen. Die öffentlichen Fürsorgesätze hätten nicht so niedrig gehalten werden können, wären sie für deren Empfänger nicht auf diese Weise aufgestockt worden. Zugleich wurde den Arbeitern und Angestellten im Einzelnen zwar ein geringer, im Ganzen aber ein durchaus ins [257:] Gewicht

<sup>5</sup> Ebenda, S. 47.

<sup>6</sup> Davon zeugt beispielsweise die von der Landesgruppe Schweden der NSDAP für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes 1935/ 36 herausgegebene Publikation von Selma Lagerloef: Zur Jahreswende. Ein kleiner Versuch im Stil Tagores, die in deutscher Übersetzung in Stuttgart (1935) erschien.

fallender Teil ihrer Kaufkraft entzogen. Die hätte sonst sich in einer Nachfrage nach Waren niedergeschlagen, die sich wegen der konzentrierten Aufwendung von Rohstoffen und Devisen für die Zwecke der Aufrüstung immer schlechter befriedigen ließ.

1939 wurde das Unternehmen rasch in Kriegswinterhilfswerk (KWHW) umgetauft und mit noch vermehrter Energie fortgesetzt. Hitler selbst spielte die Rolle des obersten Werbers. In den ersten Kriegsjahren nutzte er die Gelegenheit, die Kampagne zu eröffnen, wiederholt zu massenwirksamen Auftritten.<sup>7</sup> Seine Ansprache im Jahre 1940 besitzt insofern Erinnerungswert, als er großspurig ankündigte, er werde kommen, nämlich auf die britische Insel, was den Glauben vieler Deutscher an eine bevorstehende Invasion und einen baldigen Frieden bestärkte. Ein Jahr darauf klang *Keiner soll frieren* den Deutschen bereits anders in den Ohren. Es begann sich im einsetzenden Winter 1941 herumzusprechen, dass und wie die deutschen Soldaten an weiten Abschnitten der erstarrten deutschen Ostfront nicht nur froren, sondern massenweise Erfrierungen erlitten. Eine an die WHW-Erfahrungen anknüpfende Sammlung von Winterbekleidung und -ausrüstungen, darunter Skier und Schneeschuhe, fing die Enttäuschung über das Fortdauern und den Verlauf des Krieges geschickt auf, dessen Wirklichkeit die offiziellen Tagesberichte des Oberkommandos der Wehrmacht mal wortarm, mal wortreich verschleierten.

Zur Mitfinanzierung des Krieges reichte den Machthabern die wintersüber betriebene Kampagne schon früh nicht mehr aus. Deshalb wurde ihr eine weitere hinzugefügt, das Hilfswerk für das Deutsche Rote Kreuz. Dazu rief Propagandaminister Goebbels am 19. April – das war der Vorabend des Geburtstages des „Führers“ – 1940 auf. Von nun an wurden den Volksgenossen im ganzen Jahresablauf Geld- oder Sachspenden, indirekt eine Art Kriegssteuer, abverlangt. Ein Nebeneffekt des WHW, den die Machthaber nicht gering schätzten, bestand darin, dass ihnen die Höhe der eingegangenen Spenden eine gewisse Auskunft über Stimmungen in der Bevölkerung lieferte. So konnten bei Beginn des Krieges steigende Einnahmen verbucht werden. Hitler hatte seinem Appell zum ersten Kriegswinterhilfswerk (KWHW) ausdrücklich mit einer Erinnerung an den Ersten Weltkrieg verbunden und erklärt, diesmal könne die Heimat sogar wiedergutmachen, was sie in den Jahren 1914 bis 1918 gesündigt hätte. Zwei Jahre später, aus gleichem Anlass sich zu Worte meldend, schockierte er, wie die Beobachter des Sicherheitsdienstes [258:] vermerkten, die noch ahnungslosen Volksgenossen mit dem Bemerkten, das jetzt um Sein oder Nichtsein gekämpft werde. Die einst populäre Parole begann sich anders anzuhören, als in den durch Bombenangriffe zerstörten Städten und wegen des Mangels an Heizmaterial die Menschen immer mehr froren und die Lebensmittelrationen herabgesetzt werden mussten. Nicht zu reden von dem Moment, da, von NS-Funktionären mobilisiert, sich Millionen Deutsche im Osten auf die Flucht vor der herannahenden Front machten und in der Winterkälte 1944/45 westwärts zogen.

Wie andere Schlagworte und Sprüche aus Nazizeiten hat auch *Keiner soll hungern, keiner soll frieren* das Kriegsende und den Untergang des Reiches um einige Jahre überdauert. Das geschah in einer sprachlich nur leicht, dem Inhalt nach aber schwerwiegend veränderten Version. Sie lautete nun *Keiner soll hungern, ohne zu frieren*. Sie spiegelte das Leben von Millionen Deutschen wieder, hungernd infolge der knappen Zuteilungen von Nahrungsmitteln, frierend infolge der kärglichen Rationen an Heizmaterial für ihre häufig nur notdürftig gegen Kälte geschützten Wohnungen. *Keiner soll hungern, ohne zu frieren* – daraus sprach aber auch so etwas wie Galgenhumor im Nachkrieg.

<sup>7</sup> Adolf Hitler: Führer-Reden zum Kriegswinterhilfswerk 1939 und 940, Berlin 1940 (Schriftenreihe der NSV, 11) und ders.: Führer-Rede zum Kriegs-Winterhilfswerk 1941/1942. Mit der Rede des Reichsministers Dr. Goebbels sowie dem Rechenschaftsbericht des Kriegswinterhilfswerkes 1940/41, Berlin 1941 (Schriftenreihe der NSV, 13).

## ***Arbeit macht frei***

*Von Heinz Kühnrich*

Die Lösung *Arbeit macht frei* hat viele Bezüge, emotionale, menschheitsgeschichtliche, politische und soziale; sie erinnert an den eigenen Platz in der Gesellschaft, an eigene Erlebnisse, an erfüllte und gescheiterte Träume, an Stolz über Ergebnisse vollbrachter Arbeit, dabei möglicherweise entstandene Freundschaften und gewonnene Einsichten. Sie konfrontiert jedoch auch im Rückblick auf deutsche Geschichte mit einer Wirklichkeit, die schockiert und deshalb im Gedächtnis haften bleibt.

Wissenschaftler und Politiker haben sich mit dem Wesen der Arbeit befasst. Einiges fand in Lexika Aufnahme, wie die von Physikern getroffene Kurzfassung, Arbeit sei das Ergebnis aus Kraft mal Weg. Ökonomen und Sprachwissenschaftler definierten sie als Beschäftigung, Tätigkeit, Erwerb, als den Beitrag, den der Einzelne für die [259:] Allgemeinheit leistet. Nach Karl Marx ist Arbeit „ein Prozess zwischen Mensch und Natur“; indem der Mensch dadurch die Natur verändere, unterwerfe er sie „seiner eignen Botmäßigkeit“.<sup>1</sup> In Friedrich Engels’ Schrift „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ steckt schon im Titel die Kernaussage: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums ... Sie ist die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, dass wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen.“<sup>2</sup> Wilhelm Liebknecht definierte die Arbeit als Grundlage allen menschlichen Fortschritts, durch sie konnte sich der Mensch über das Tier erheben, sei es ihm gelungen, „sich von der Sklaverei der Natur zu befreien“.<sup>3</sup>

Die Ansichten darüber haben sich im Verlauf der Jahrhunderte stark verändert. In der antiken Gesellschaft galt Handarbeit, die körperliche Arbeit als verächtlich, sie wurde Sklaven übertragen. In der christlichen Religion fand lange Zeit die Auffassung Verbreitung, dass Arbeit ein Dienst am Reiche Gottes sei. Im Zuge der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte, der wachsenden Arbeitsteilung, der sozialpolitischen Teilung der Gesellschaft in Berufsgruppen, Stände und Klassen formierten sich die heutigen Ansichten über Sinn und Wert der Arbeit, in der beispielsweise körperliche und geistige Arbeit oft nicht mehr streng getrennt werden können. Der Zusammenhang von Arbeit und Freiheit wird im realen Leben für viele Menschen greifbar. Ein Arbeitsloser wird in seiner sozialen Lage Arbeit als Befreiung ansehen, weil sie ihn freier macht von Sorgen; ein Künstler wird Arbeit als gestalterische Befreiung seiner Ideen und Pläne verstehen. Und Spötter verallgemeinern, Arbeit mache nicht frei, sondern krank.

Diese Wertungen unterlegen der Feststellung *Arbeit macht frei* einen verständlichen Sinn. Sie heute so zu verwenden, stößt jedoch auf Befremden, auf politische und moralische Hemmnisse. Denn dem NS-Regime blieb es vorbehalten, sie auf eine Kurzformel des Zynismus, des Inhumanismus und der Abscheulichkeit reduziert zu haben: *Arbeit macht frei* stand an den Eingangstoren der Konzentrationslager (KZ) Auschwitz, Dachau, Flossenbürg, Sachsenhausen und über dem Stollen B der unterirdischen Anlage im Kahnstein (Dora-Nordhausen). Kaum eine andere Feststellung ist dadurch so wie *Arbeit macht frei* missbraucht und in perverser Weise sinnentstellt verwandt worden. Obwohl sie mehr als das ist, verbindet heute jeder, der über Grundwissen deutscher Geschichte von 1933 bis 1945 [260:] verfügt und gelegentlich Gedenkstätten besucht, diese Kurzformel wohl ausschließlich mit dem Regime der KZ- und Vernichtungslager.

Dem Vernehmen nach setzte erstmalig Theodor Eicke als Lagerkommandant in Dachau, später war er Inspekteur aller KZ, diesen Spruch ein.<sup>4</sup> Erstaunlicherweise wird in der kaum überschaubaren Zahl von Monographien und Erinnerungen über die Geschichte der KZ, in Nachschlagewerken und Zitatenlexika lediglich auf den Tatbestand, dass dieser Sinnspruch verwendet wurde, eingegangen, oft nicht einmal darauf, jedoch ist noch nie untersucht worden, welche Wurzeln und Vorläufer *Arbeit*

<sup>1</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 192.

<sup>2</sup> Ebenda, Bd. 20, Berlin 1962, S. 444.

<sup>3</sup> Wilhelm Liebknecht: Zu Schutz und Trutz. In: Kleine politische Schriften, Leipzig 1976, S. 125.

<sup>4</sup> Vgl. Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höß. Hg. v. Martin Broszat, München 1998, S. 95 f.

*macht frei* hatte. Wolfgang Brückner, der das Defizit benannte<sup>5</sup>, konnte bei seinen Recherchen immerhin feststellen, dass diese formulierte Lösung erstmalig 1872 in einem Buchtitel (in Wien „ohne erkennbare Öffentlichkeitswirkung“ veröffentlicht) und 1922 als Klebemarke (herausgegeben vom Deutschen Schulverein in Österreich), jeweils in einem gleichen völkisch-deutsch nationalen Umkreis, „aus deren Reihen der Erfinder der SS und ihrer Elitevorstellungen kam“, auftauchte. Brückner relativiert dies aber zugleich als „musealen Zufallsfund ..., dessen Einschlägigkeit es zu beweisen gilt“.<sup>6</sup> Der Arbeitsbegriff wird dabei auf Arbeit für das Deutschtum, als Kulturarbeit reduziert, anders als diejenigen, die dieser Lösung später eine menschenverachtende Sinndeutung im Rahmen der KZ gaben.

1933 entstanden die KZ als Zentrum eines außergerichtlichen Haftregimes des blanken Terrors. In seinem bekannten Werk „Der SS-Staat“ schrieb Eugen Kogon, selbst jahrelang KZ-Häftling, ihr Hauptzweck war es, jeden wirklichen oder vermuteten Gegner auszuschalten: „Absondern, diffamieren, entwürdigen, zerbrechen und vernichten – das waren die Formen, in denen der Terror in Wirksamkeit trat.“<sup>7</sup> Mit dem bald flächendeckenden System der KZ sollte abgeschreckt, Furcht verbreitet, aber niemals zur „Arbeit“ erzogen werden. Die Verwendung von *Arbeit macht frei* bei der Installierung und Betreibung der KZ beabsichtigte von vornherein, politische Gegner zu diffamieren und Gewalt zu rechtfertigen. In der nach außen gerichteten NS-Propaganda galten Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten und andere Nazigegner, auch der jüdische Teil der Bevölkerung als „arbeitsscheu“ und „asozial“; sie sollten durch Arbeit zu ordentlichen Menschen erzogen, der sogenannten Volksgemeinschaft zugeführt werden. Bezeichnenderweise wird im internen Schriftverkehr im Gegensatz dazu oft festgestellt, dass gerade Kommunisten, insbesondere ihre Funktionäre, hochintelligent und [261:] Eingangstor zum Konzentrationslager Theresienstadt hervorragend ausgebildet, der Anteil von



Wissenschaftlern, Ärzten, Juristen, Schriftstellern und Künstlern unter der jüdischen Bevölkerung überproportional hoch seien. Im Zusammenhang mit dem Judenboykott vom 1. April 1933 und vor allem mit dem Pogrom 1938 tauchten in der Presse Fotos von Juden auf, die gezwungen wurden, mit Bürsten Straßen zu reinigen. Durch die Unterschrift „Arbeit für die Juden, endlich Arbeit für Juden!“<sup>8</sup> stufte man sie als arbeitsscheu ein. Nur wenige erkannten, dass dies lediglich eine Vorstufe zur Massenausrottung war. Während in den KZ unter der Lösung *Arbeit macht frei* gedemütigt und gemordet wurde, nahm in der NS-Propaganda die Phrase von den „Arbeitern der Stirn und der Faust“ als Säulen des „schaffenden Volkes“, vom „Adel der Arbeit“ bis hin zur Umdeutung des 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit“ einen vorrangigen Platz ein. Die künstlerische Darstellung des üppig proportionierten Arbeiters gehörte zu einem Arbeitskult, mit dem um den werktätigen Teil des Volkes geworben, der Anschein einer Be seitigung von Klassenschranken suggeriert wurde. Im öffentlichen Meinungsbild wurde offenkundig angeknüpft an verbreitete Auffassungen, die auch in die staatliche Rechtsauffassung eingegangen waren, dass Müßiggang und Arbeitsscheu bestraft werden müsse. Dafür waren bereits bestehende Arbeitshäuser vorgesehen, in denen Asoziale, [262:] Arbeitsscheue und wegen gewohnheitsmäßiger Unzucht durch Gerichte Verurteilte eingewiesen wurden, um sie einem „geordneten“ Leben wieder zuzuführen. Die Gleichstellung mit Bettlern, Landstreichern, Zigeunern, Arbeitsscheuen, Müßiggängern, Prostituierten, Querulanten, Alkoholikern und so genannten Berufsverbrechern durch die

5 Vgl. Wolfgang Brückner: „Arbeit macht frei“. Herkunft und Hintergrund der KZ-Devise, Opladen 1998, S. 12.  
 6 Ebenda, S. 26, 31 und 39.  
 7 Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Berlin 1947, S. 34 f.  
 8 Zit. nach Wolfgang Benz: Geschichte des Dritten Reiches, München 2000, S. 159.

gemeinsame KZ-Haft sollte nicht nur moralisch Nazigegner und Oppositionelle diskriminieren, sondern vom eigentlichen Zweck der KZ ablenken. Der Wahrheit näher kam da schon die im SS-Organ „Das Schwarze Korps“ publizierte Aussage, KZ seien „inselhafte Kampfgebiete der inneren Front“.<sup>9</sup>

Anfangs waren zur Täuschung der Öffentlichkeit tatsächlich noch die Lager als „Erziehungsstätten“ ausgegeben worden. Dem diente auch die ebenfalls in manchen Lagern (wie Buchenwald und Sachsenhausen) teils überdimensional an Barackenwänden anzutreffende Inschrift: „Es gibt einen Weg zur Freiheit. Seine Meilensteine heißen: Gehorsam, Fleiß, Ehrlichkeit, Ordnung, Sauberkeit, Nüchternheit, Wahrhaftigkeit, Opfersinn und Liebe zum Vaterland!“ Sie war genau so verlogen, wohl nur für gelegentliche Besucher bestimmt; den Häftlingen dieser Lager, zumal den während des Zweiten Weltkrieges überwiegend ausländischen Häftlingen, war dies nur eine weitere abgrundtiefe Verhöhnung ihres Daseins.

Die KZ entwickelten sich vom anfangs mehr politischen Instrument als Teil des faschistischen Macht- und Unterdrückungsapparates zu einem über Deutschland hinausreichenden Netz von Lagern, die ökonomische Bedeutung als Reservoir von Arbeitssklaven mit angeschlossenen Betrieben und Werkstätten, als Zulieferer von Arbeitskräften für die Industrie und Landwirtschaft, für Steinbrüche und Straßenbau, zuletzt auch als Kanonenfutter für den Krieg hatten (zwangsweise Einziehung zur SS-Division Dirlwanger, zur Straffdivision 999 u. a.).

Das NS-Regime und speziell die SS hatten schon früh entdeckt, dass das KZ-System sehr profitabel sein konnte. Mit dem etwa seit 1938 einsetzenden Streben nach einem SS-eigenen Wirtschaftskonzern (gruppiert um das spätere SS-WVHA – Wirtschafts-Verwaltungshauptamt) und dem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften, aber auch dem Verlangen eines großen Teils der deutschen Industrie und Landwirtschaft nach billigen Arbeitssklaven wurde nicht mehr von „Erziehung“ gesprochen. „Die „Ökonomisierung“ der Konzentrationslager begann.“<sup>10</sup> Schon eine 1938 durchgeführte Aktion „Arbeitsscheue Reich“ (dabei gelangten etwa 11.000 zur „Vorbeuge“ [263:] in die KZ) wurde intern als „Maßnahmen zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kräftebedarfs“ bezeichnet.<sup>11</sup> Während des Krieges kam es sogar zu Auseinandersetzungen zwischen den durch das Rüstungsministerium unter Albert Speer vertretenen Industriekreisen und der SS über den Zugriff zu dem durch die Besetzung vieler Länder Europas als unerschöplich geltenden Arbeitskräftepotential in den KZ.

Nie wurde ein Häftling wegen guter Arbeitsleistung entlassen. Arbeit war kein Weg zur Freiheit, sondern Anlass zum Töten. Eher war der Widerstand gegen das Lager-Regime, gegen die Arbeitsbedingungen ein möglicher Weg zur Freiheit, weil er helfen konnte, Menschenleben zu retten oder wenigstens die Haftbedingungen zu erleichtern. Grausamkeiten, Strafexerzieren, Demütigungen, Entzug der Hungerrationen, der tägliche Kampf ums Überleben bestimmten den Lageralltag. Häftlinge wurden während des Arbeitseinsatzes „auf der Flucht erschossen“, beim Steinetransport vom Felsen gestürzt wie auf der berüchtigten Todestreppe von Mauthausen oder von Loren überrollt, mit Knüppeln und Gewehrkolben zu Tode geprügelt oder einfach durch stundenlanges Stehen auf dem Appellplatz bei Regen und Kälte umgebracht. Persönliche Rachegelüste und der Sadismus Einzelner konnten sich freien Lauf verschaffen. Häftlinge, die in Mauthausen eingeliefert wurden, kannten die Äußerung des Lagerkommandanten Franz Ziereis: Keiner verlässt dieses Lager, außer durch den Schornstein; bei ihm gelte nur Arbeiten und Sterben.<sup>12</sup> In den ersten drei Monaten 1940 kamen in Sachsenhausen von den damals etwa 10.000 Häftlingen 2000 ums Leben.<sup>13</sup> Arbeit machte nicht frei, sondern zehrte den gequälten, ausgehungerten Körper noch rascher aus.

<sup>9</sup> Zit. nach Kurt Hirsch: SS gestern, heute und ..., Frankfurt a. M. 1957, S. 20.

<sup>10</sup> Jan Erik Schulte: Zwangsarbeit und Vernichtung: Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933-1945, Paderborn/München/Wien/Zürich 2001, S. 125.

<sup>11</sup> Vgl. Heinz Kühnrich: Der KZ-Staat. Die faschistischen Konzentrationslager 1933 bis 1945, Berlin 1988, S. 57.

<sup>12</sup> Vgl. Aktenvermerk R.u. Ein Bericht über die Solidarität und den Widerstand im Konzentrationslager Mauthausen von 1938 bis 1945, Berlin 1979, S. 38 und 48.

<sup>13</sup> Vgl. Bericht über das Konzentrationslager Sachsenhausen durch den ehemaligen Häftling Theodor Feuerlein, Arbeitskommando Falkensee, Stammlager Sachsenhausen, bis zum 3. Mai 1945, o. O. o. J., S. 11 f.

Ein Angelpunkt dieser Entwicklung war der nach der militärischen Niederlage vor Moskau am 17. März 1942 von Vertretern der SS, verschiedenen Ministerien und der Wehrmacht gefasste Beschluss, die KZ sollten „in stärkerem Maße für die Rüstungsindustrie eingespannt werden“.<sup>14</sup> Oswald Pohl, Chef des SS-WVHA, erklärte am 30. April noch deutlicher, der Krieg habe eine „sichtbare Strukturänderung“ der KZ gebracht und den Häftlingseinsatz grundlegend geändert: „Die Verwahrung von Häftlingen nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein steht nicht mehr im Vordergrund. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert.“ Im Vordergrund stünde die Nutzung der Häftlingsarbeitskräfte für Kriegsaufgaben.<sup>15</sup>

[264:] Dennoch war der Tod weiter allgegenwärtig. Nach einer im SS-WVHA erstellten Statistik kamen im zweiten Halbjahr 1942 bei einem durchschnittlichen Häftlingsgesamtbestand von 95.000 immer noch 57.073 um, also etwa 60 Prozent.<sup>16</sup> Dabei spielte die von perversen Hirnen ausgedachte „Vernichtung durch Arbeit“ eine spezifische Rolle. Diese Lösung ist keine Erfindung von Historikern, die rückblickend die Zeitumstände analysierten. Sie war ministerieller Wortschatz, festgehalten in Briefen und Protokollen. Nachdem sich Propagandaminister Joseph Goebbels und Justizminister Otto Thierack am 14. September 1942 darauf einigten, der „Gedanke der Vernichtung durch Arbeit sei der beste“<sup>17</sup>, übergab Letzterer vier Tage später an den Reichsführer-SS Heinrich Himmler einen Teil seiner in Haftanstalten einsitzenden Häftlinge – wie es im Protokoll hieß- „zur Vernichtung durch Arbeit“ an die KZ.<sup>18</sup> Genannt wurden dabei Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer, Polen, Tschechen und Deutsche. Das SS-WVHA berichtete ein halbes Jahr später an Thierack, dass von den 12.658 „Sicherungsverwahrten“, die dadurch in die KZ eingeliefert waren, inzwischen 5935, also fast die Hälfte, „verstorben“ seien.<sup>19</sup> Die tatsächlich in die KZ und Vernichtungslager verschleppten Personen rekrutierten sich weit über diesen Personenkreis hinaus, betrafen Angehörige aus drei Dutzend Ländern, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, politische Häftlinge und wegen krimineller Delikte Verurteilte, Widerstandskämpfer, Geistliche und Abgeordnete, Generäle und Offiziere. Die KZ waren oft auch reine Exekutionsstätten, wie die Massenerschießungen von sowjetischen Kriegsgefangenen Ende 1941 belegen.

Hunderttausende wurden nur deshalb in die Lager verschleppt, weil immer mehr rechtlose Arbeitsklaven gebraucht wurden. Gegen Kriegsende gab es zwei Dutzend Hauptlager mit weit über tausend Außenlagern und -kommandos, ein gigantisches Arbeitskräfteervoir. Die SS vermietete die Häftlinge zu festen Tagessätzen. So bediente sich der IG Farben-Konzern der Häftlinge, errichtete bei Auschwitz ein neues Buna-Werk, nachdem den Direktoren zugesagt worden war, „in jedem nur möglichem Umfange“ Häftlinge zu überlassen. Ein IG Farben-Direktor bekräftigte danach in einem Brief, dass „sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich“ auswirke.<sup>20</sup> KZ und Außenlager entstanden in der Nähe von Betrieben, und Industrie wurde dort angesiedelt, wo sich Häftlinge befanden. Der Katalog der Konzerne und Unternehmen, die KZ-Häftlinge ausbeuteten, liest sich wie ein Nachschlagewerk der deut-[265:]schen Industrie- ein beschämendes Kapitel der Geschichte, an das nicht gern gerührt wird.

Eine in der Menschheitsgeschichte besonders zynische Variante, die Lösung *Arbeit macht frei* zu missbrauchen, ist für immer mit dem Massenmord an Juden verbunden, steht mit dem Holocaust in Verbindung. Das Naziregime glaubte in der Euphorie der Blitzkriegssiege in der Anfangszeit des Zweiten Weltkrieges, das Arbeitskräfteproblem und die Massenvernichtungspläne gleichzeitig verwirklichen zu können. In der Praxis der menschenverachtenden Arbeits- und Lebensbedingungen der

<sup>14</sup> Vgl. Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung, Dokumente und Berichte, Berlin 1960, S. 234.

<sup>15</sup> SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1967, S. 216 f.

<sup>16</sup> Vgl. Martin Broszat: Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933-1945. In: Hans Buchheim/Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick: Anatomie des SS-Staates, Bd. II, Olten/Freiburg i. Br. 1965, S. 150.

<sup>17</sup> Vgl. SS im Einsatz, S. 224.

<sup>18</sup> Vgl. Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945-1. Oktober 1946, Nürnberg 1947, Bd. XXVI, S. 200-203, Dokument 654-PS.

<sup>19</sup> Vgl. Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung, S. 246.

<sup>20</sup> Vgl. Kühnrich, S. 99-102.

KZ scheiterte allerdings die Vorstellung des SS-Generals Pohl über die vorrangige Nutzung der Häftlingsarbeitskraft für die Kriegsrüstung, weil sich die KZ-Kommandanten und ihre Untergebenen, wie Hans Mommsen schrieb, bereits zu sehr „an die mörderische Behandlung der Häftlinge gewöhnt hatten“.<sup>21</sup>

Im Umfeld der Gaskammern und Krematorien „zierte“ *Arbeit macht frei* das Tor des Stammlagers Auschwitz, eine erschreckend makabre Form ungehemmter Selbstdarstellung des Massenmordes und der Verhöhnung der Opfer oder – wie Wolfgang Brückner feststellte – „eine zynische Schurkerei“, „prototypisch für ein ganzes kulturelles System und seine Denkformen“.<sup>22</sup> Und Auschwitz war nur ein Ort der staatlich organisierten und industriell betriebenen Massenvernichtung – mit und ohne *Arbeit macht frei* am Eingang. Hunderte Transporte aus vielen Ländern Europas fuhren die Rampe von Auschwitz an; mit einer Daumenbewegung nach rechts oder links entschieden SS-Leute und „Ärzte“ über den Soforttod in der Gaskammer oder den verzögerten Tod. Letzterer betraf stets den geringeren Prozentsatz. Die so Selektierten empfing *Arbeit macht frei* am Tor; das weckte Hoffnung, der Hölle auf Erden zu entkommen. Aber diejenigen, die als ausgewählte Arbeitskraft diese Gnadenfrist erhielten, wussten nicht, dass die durchschnittliche Lebenserwartung unter den Haftbedingungen von Auschwitz etwa ein Vierteljahr betrug.

Es war ein tödlicher Kreislauf. Er begann mit der Verhaftung, der Selektion und führte über die Auszehrung in den Betrieben bis zur Leichenfledderei der durch Arbeit „Verschrotteten“, der Verwertung der Knochen, der Haare, der Goldzähne und des Eigentums der Opfer. Die Zahl der durchschnittlich in den Lagern befindlichen Häftlinge war 1944 auf etwa 600.000 bis 700.000 gestiegen, die Zahl der bis dahin zu Tode gebrachten Menschen in den Vernichtungszentren Auschwitz, Chelmno, Treblinka, Sobibór und anderen über-[266:]stieg dagegen das Mehrfache. Arbeit war ein Instrument der Ausrottung und kein „Weg zur Freiheit“.

*Arbeit macht frei* wird im Gedächtnis der Menschen für immer mit Terror, erbarmungsloser Ausbeutung der Arbeitskräfte und Massenvernichtung, mit politischer Unterdrückung, Sklavendasein und Rassismus durch das Naziregime verbunden sein.

---

<sup>21</sup> Siehe Vorwort von Hans Mommsen. In: Schulte, S. IX.

<sup>22</sup> Brückner, S. 16.

## ***Du bist nichts, dein Volk ist alles***

*Von Kurt Pätzold*

Die Angehörigen der später so genannten Hitlerjugend-Generation konnten sich noch Jahre nach dem Ende der faschistischen Herrschaft in Deutschland kaum eines anderen Gebotes stärker erinnern als eben jenes *Du bist nichts, dein Volk ist alles*. Nicht, dass ihnen der Satz vor anderen besonderen Eindruck gemacht oder gar gefallen haben würde. Aber sie waren ihm immer wieder begegnet. Zum Beispiel auf einem Plakat, das ein frisch und gläubig dreinschauendes, blond bezopftes Mädchen in der Tracht genannten Uniform des Bundes Deutscher Mädel, der Organisation für die 10- bis 18jährigen weiblichen Jugendlichen, abbildete. Der Spruch war an Plakatwänden, in Schulen und in den dort gebräuchlichen Lesebüchern zu finden, schmückte Feierräume und -hallen aus und konnte bei vielerlei anderer Gelegenheit eingeprägt werden.

Was war mit diesem *Du bist nichts, dein Volk ist alles* eigentlich ausgedrückt, was verlangt? Eine Haltung der Unterordnung, des Verzichts, des Dienens, der Hingabe bis zum Opfer des eigenen Lebens, die Nichtachtung der eigenen Person und deren restloses Aufgehen in einem höheren Wesen, zu dem dieses deutsche Volk erklärt wurde. Auch damit erwies sich die Ideologie der deutschen Faschisten als die totale Abkehr von den Prinzipien der Aufklärung, zu denen die Postulierung der Lebensrechte aller Menschen und die Freiheit der Selbstbestimmung gehört hatte. Und fernab lag diese Devise von allen sozialen Bestrebungen, die sich in der Geschichte der Menschheit darauf gerichtet hatten, allen und überall die Chance des Lebensgenusses zu eröffnen.

Nun weist die Sentenz nicht zufällig eine enge Verwandtschaft mit vielen anderen ähnlichen Sprüchen auf, mit denen die [267:] Deutschen seit Generationen zu einer Gesinnung und Haltung verpflichtet werden sollten, die es den jeweils Herrschenden erleichterten oder ermöglichten, an ihre innen- wie insbesondere an ihre außenpolitischen Ziele zu gelangen. Das ergebene und fraglose Dienen war nicht nur von den Bürokraten in den deutschen Kleinstaaten schon als die höchste aller Tugenden, ja Lebensweisen bezeichnet und auch akzeptiert worden. Das war Dienst an den verschiedenen Herrscherhäusern gewesen, die sich dafür mit Gnadenbeweisen und allerlei Hausorden erkenntlich zeigten. Weithin gepriesen wurde der „Dienst am Vaterland“, lebenslänglich, insbesondere der angeblich höchste mit der Waffe, der den Tod „fürs Vaterland“ einschloss. Und dann existierten in den Köpfen vieler Ratschläge wie jener, der Menschen empfahl, sich unter Umständen „als dienendes Glied“ an „ein Ganzes“ anzuschließen, und vielerlei Gebrauch ermöglichte.

Derlei Tradition und Mentalität waren ausbeutbar und auch in das Gegenteil dessen zu verkehren, was diejenigen gemeint hatten, die sie begründeten, schätzten und pflegten. Und das war schon geschehen, bevor das *Du bist nichts, dein Volk ist alles* den Volksgenossen, vor allem den heranwachsenden, eingeprägt wurde. Die Erläuterungen des Sinns finden sich in Hitlers „Mein Kampf“ ebenso phrasenhaft wie klar. Darin wurden Erziehungsgrundsätze entwickelt, die sich Erziehungsideale nicht gut nennen lassen und deren gedanklichen Ansatz ausschließlich der Weltkrieg von 1914 bis 1918 bildete, in dessen Verlauf nach Ansicht des Autors die verfehlte Erziehung der Deutschen verheerend sichtbar geworden sei. Hitlers Kernforderungen lauteten vor diesem Hintergrund: Hinführung zu „verzichtfreudiger Opferbereitschaft“, Weckung „fanatischer, ja hysterischer Leidenschaften“, Vermittlung der Überzeugung, „anderen unbedingt überlegen zu sein“, „restlose Unterwerfung ... unter die zum Idol gewordene Idee“, Vermittlung von „blindem Glauben an die Richtigkeit einer Lehre“.<sup>1</sup>

Unter welche Idee? An welchen Glauben? Dass es die geschichtliche Aufgabe des deutschen Volkes sei, die es bei besseren Voraussetzungen früher schon gelöst haben könnte, durch „das siegreiche Schwert“ eine Welt im Dienste eines Herrenvolkes zu schaffen. Das werde gelingen, wenn das deutsche Volk „die disziplinierteste, blindgehorsamste, bestgedrillte Truppe“ besäße, die seine genialsten Heerführer befehligen müssten.<sup>2</sup> *Du bist nichts* – das forderte mithin Verachtung des eigenen Lebens, wie sie fundamentaler nicht gedacht werden kann. „Morgenrot, leuchtest mir zum frühen Tod.“ [268:]

<sup>1</sup> Adolf Hitler: Mein Kampf, München 1934, S. 470, 475, 456, 122 u. 512.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 478 u. 510.

Die Verzichtserklärung wurde in erster Linie von der männlichen Jugend verlangt, von den Soldaten von morgen.

Der Gedanke, dass ein Volk sich selbst genügen und unheroisch leben wollte, erschien dem Manne, der, etwa acht Jahre nachdem er dieses unverkleidete imperialistische Programm und das Bekenntnis zu einer zum Zweiten Weltkrieg hinführenden Politik in der Republik ungehindert veröffentlicht hatte, Reichskanzler wurde, als Beweis für Dekadenz und Lebensuntüchtigkeit. Und als die Wehrmacht weitere sechs Jahre später „antrat“, um die Weltvorherrschaft in einem zweiten Griff zu erzwingen, da sollten die Männer und jungen Burschen denn auch für nichts anderes denn für Führer, Vaterland und eben das *Volk* auf dem „Ferde der Ehre geblieben“ sein. So war nach dem Willen der Machthabenden und ihrer Propagandisten in schwarz umrandeten und mit dem Eisernen Kreuz versehenen Texten der Kriegstod eines Sohnes, Vaters, Bruders oder Ehemanns öffentlich mitzuteilen. Die Redaktionen der Zeitungen erhielten Weisung, dies zu beachten und den als unheldisch geltenden bloßen Ausdruck individueller Trauer nicht aufs Druckpapier gelangen zu lassen. Ein Nichts war den „Heldentod“ gestorben.

Das in ihrer Ideologie und Reklame mystifizierte Volk aber, das angeblich irgendein unausdrückbares Alles sei, galt Hitler und anderen zivilen und militärischen Führern nur als ihr willenlos verfügbares Instrument. Nicht zufällig war Hitler in seinem „Kampfbuch“, wenn er vom Volke sprach, mehrfach übergangslos auf das Bild von der „Herde“ gekommen und bezeichnete „herdenmäßige Einheit“ als den erstrebenswerten Zustand der Deutschen.<sup>3</sup> Darauf nahm in seinen frühen, ursprünglich streng geheim gehaltenen, dann unter dem Titel „LTI. Notizen eines Philologen“ veröffentlichten Aufzeichnungen zur Sprache des „Dritten Reiches“ auch der Romanist Victor Klemperer Bezug, der das Ziel der Erziehung sarkastisch benannte: „Die instinktbegabte Hammelherde folgt ihrem Leithammel“ und schrieb: „Du bist nichts, dein Volk ist alles“, heißt eines ihrer Spruchbänder. Das bedeutet: du bist nie mit dir selbst, nie mit den Deinen allein, du stehst immer im Angesicht deines Volkes. Die LTI ist ganz darauf gerichtet, den Einzelnen um sein individuelles Wesen zu bringen, ihn als Persönlichkeit zu betäuben, ihn zum gedanken- und willenlosen Stück einer in bestimmter Richtung getriebenen und gehetzten Herde, ihn zum Atom eines rollenden Steinblocks zu machen. Die LTI ist die Sprache des Massenfanatismus.“<sup>4</sup>

[269:] Diesen Fanatismus versuchte die Propaganda im Moment der Wendung des Kriegsgeschehens aufs Äußerste zu steigern. Wieder und wieder wurde den Deutschen erklärt, die Alternative zum Kriegssieg wäre „das Ende unseres Volkes und seiner Geschichte“.<sup>5</sup> Im Angesicht der Niederlage wünschten die zivilen und militärischen Führer, die sich aus ihrem ruchlosen Dasein stahlen, die Deutschen, die ihnen so lange gefolgt waren, mit in den Orkus zu reißen. Hitler enthüllte – freilich nur in engstem Kreise und nicht vor der Öffentlichkeit – diese seine Denkweise unverschämt. Ließ sich mit der schwerstbewaffneten „Herde“ nicht siegen, verdiente sie nichts anderes als den Untergang. Doch dahin wollte die Mehrheit der Deutschen nicht mehr mitmarschieren. In einem der letzten überlieferten Stimmungsberichte, die besagen, wie diese Führung das Volk zurückließ, wurde im März 1945 geschrieben: „Ein Großteil des Volkes hat sich daran gewöhnt, nur noch für den Tag zu leben. Es wird alles an Annehmlichkeiten ausgenützt, was sich darbietet. Irgendein sonst belangloser Anlass führt dazu, dass die letzte Flasche ausgetrunken wird, die ursprünglich für die Feier des Sieges, für das Ende der Verdunklung, für die Heimkehr von Mann und Sohn aufgespart war. Viele gewöhnen sich an den Gedanken, Schluss zu machen. Die Nachfrage nach Gift, einer Pistole und sonstigen Mitteln, dem Leben ein Ende zu bereiten, ist überall groß. Selbstmorde aus echter Verzweiflung über die mit Sicherheit zu erwartende Katastrophe sind an der Tagesordnung. Zahlreiche Gespräche in den Familien mit Verwandten, Freunden und Bekannten sind von Planungen beherrscht, wie man auch bei Feindbesetzung durchkommen könnte. Notgroschen werden beiseite gelegt, Fluchttorte gesucht.“<sup>6</sup>

<sup>3</sup> Ebenda, S. 123 u. 437.

<sup>4</sup> Victor Klemperer: LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1980, S. 253 u. 29.

<sup>5</sup> So der Propagandaminister in seinen am 26. September 1943 veröffentlichten „Die 30 Kriegsartikel für das deutsche Volk“. In: Joseph Goebbels: Der steile Aufstieg. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1942/43, München 1944, S. 465.

<sup>6</sup> Bericht aus Akten der Geschäftsführenden Reichsregierung Dönitz von Ende März 1945 In: Heinz Boberach (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Bd. 17, S. 6737.

## **Kraft durch Freude**

*Von Kurt Pätzold*

Zu den Versprechen, die von den „Nationalsozialisten“ während der Jahre, da sie um Mitglieder, Anhänger und Wähler warben, gemacht wurden, gehörte an vorderem Platze, dass sie dem düsteren Dasein von Millionen, das in der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise erneut Leben zerstörende Ausmaße angenommen hatte, ein Ende setzen werden. Sie besäßen ein Programm zur Lösung der sozialen [270:] Frage. Ihr Führer habe sie gründlich studiert. Er wisse, wie Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam und einträchtig zu ihrem Glück gelangen könnten. Käme Hitler an die Macht, werde das angeblich „in jedem arischen Menschen schlummernde Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit“<sup>1</sup> zur Geltung gebracht werden. Als Urheber allen sozialen Unrechts galt den deutschen Faschisten „der Jude“ oder die „jüdische“ Gesinnung. Mit dieser Deutung, die sie ja unberührt ließ, konnte die Mehrheit der deutschen Kapitalisten hoch zufrieden sein. Die Führungsgruppe hatte keine Absicht, in Eigentumsverhältnisse einzutreten. Doch musste sie, an die Regierung gelangt, den arbeitenden Klassen und Schichten etwas bieten, wenn sie deren Mehrheit gewinnen wollte.

Noch im ersten Jahr nach der Machtübernahme gründeten die Parteiführer eine Organisation, die vorgab, in Schichten des so genannten einfachen Volkes Freude und Frohsinn zu stiften und insbesondere Arbeitern und Angestellten Entspannung nach angestrengter Arbeit zu ermöglichen. Hitler engagierte sich als der erste Werber für das Unternehmen und erklärte: „Ich will, dass dem deutschen Arbeiter ein ausreichender Urlaub gewährt wird. Ich wünsche dies, weil ich ein nervenstarkes Volk will, denn nur mit einem Volk, das seine Nerven behält, kann man wahrhaft große Politik machen.“

Der ursprüngliche Name der neuen Organisation war wie vieles am deutschen Faschismus beim italienischen geliehen. *Dopo lavoro* war ins Deutsche übersetzt worden, die neue „Gemeinschaft“ unter dem Hakenkreuz, die am 27. November 1933 aus der Taufe gehoben wurde, nannte sich schlicht auch *Nach der Arbeit*. Doch tat sie das nur kurze Zeit. Den Führern erschien die Kennzeichnung offenbar zu sehr ins Private zu weisen. Sie wurde umgetauft und hieß nun *Kraft durch Freude*. Ihre Leitung übernahm der Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Führer der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley, der es – wie noch am 1. Mai 1939, als der Tag des Überfalls auf Polen sich schon fest im Visier der deutschen Generalität befand – nicht an vollmundigen Erklärungen darüber fehlen ließ, dass der Nationalsozialismus so etwas wie eine freudestiftende Unternehmung sei: „Wir wissen, dass Gott die Welt nicht erschaffen hat, um aus ihr eine Hölle zu machen. Deshalb wollen wir unsere Welt erfüllen mit Lebensfreude und Lebenskraft ...“

Die finanzielle und materielle Basis der Organisation rührte von Konten und anderen Besitztümern her, die den verbotenen Gewerkschaften geraubt worden waren. Sodann war seit 1933 der Druck auf [271:] Arbeiter und Angestellte gewachsen, der Deutschen Arbeitsfront beizutreten. In ihr Mitglied zu sein, schloss automatisch auch die Zugehörigkeit zur „NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude“ ein und die wiederum war mit einem monatlichen Mindestbeitrag von 0,30 RM verbunden. So ergab sich am Vorabend des Krieges bei einer Gesamtmitgliedschaft von etwa 20 Millionen eine jährliche Einnahme von ca. 72 Mill. RM. Damit verfügte *Kraft durch Freude* über die Möglichkeit, Leistungen billig anzubieten. Zudem flossen ihr Spenden von fördernden Mitgliedern, Industrie- und Bankunternehmen, zu, die honorierten, dass sie sich nicht länger gewerkschaftlichen Forderungen gegenüberseien.

*Kraft durch Freude* klang nicht nur kämpferisch. So war es auch gemeint. Freude das Mittel zum Kraftgewinn. Wofür? Den demagogischen Reden zufolge zum Zwecke des tatkräftigen Aufbaus eines neuen Deutschland und eines besseren Lebens für alle. Das braucht an der Arbeitsfront leistungsfähige und -willte Menschen. Der Arbeiter der Faust sollte geölt werden, wie er selbst seine Maschine ölte. Also müsse er, hieß es in einer Propagandabroschüre, „wie man den Motor eines Kraftwagens nach einer gewissen gelaufenen Kilometerzahl überholen muss“, auch „von Zeit zu Zeit überholt“ werden. „Gestärkt und neu ausgerichtet“ sollte der KdF-Urlauber an seinen Arbeitsplatz zurückkehren. Kraft, physische zumal, gehörte zum Idealbild vom „arischen“ Herrenmenschen. Sie sollte er

<sup>1</sup> Adolf Hitler: *Mein Kampf*, München 1942, S. 350.

am Arbeitsplatz einsetzen können, auf dem Kasernenhof, im Manöver, später auf Schlachtfeldern, von denen vorerst öffentlich die Rede nicht war.

Die Organisation *Kraft durch Freude*, für die sich alsbald die Abkürzung KdF einbürgerte, entwickelte sich zu einem erstrangigen propagandistischen und wirtschaftlichen Unternehmen des Regimes. Eine von einem eigenen, von Albert Speer dirigierten Amt „Schönheit der Arbeit“ vorangetriebene Kampagne setzte sich für Aufwendungen der Unternehmer ein, die Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu verbessern, beispielsweise mehr Sauberkeit und Licht an die Arbeitsplätze zu bringen, Pausenräume, Erholungszonen, Sportplätze zu schaffen und auf moderne Art, Erkenntnisse der Arbeitspsychologie einbeziehend, Leistungen zu stimulieren. Öffentliche Bloßlegung von Zuständen, die „des deutschen Arbeiters unwürdig“ wären, publiziert in der organisationseigenen Presse, waren dazu bestimmt, das Ansehen der NS-Arbeitsfront zu verbessern und ein Gegengewicht gegen die permanent kritisierte, staatlich verordnete und geschützte Lohnstopp-Politik zu schaffen.

[272:] Zum KdF-Reklameschlager schlechthin wurde das Angebot von Urlaubsreisen für besser verdienende Arbeiter und Angestellte. Hinter dem Reisebetrieb verblasssten andere und keineswegs geringe Aktivitäten der Organisation, die von einer KdF-Reitschule bis zu meist seichten Unterhaltungen in Veranstaltungen reichten, die Hunderte von Besuchern in Hallen und Vergnügungsstätten der Städte zusammenführten und den nicht unwesentlichen Nebeneffekt besaßen, dass sie in den Krisenjahren häufig arbeitslos gewesenen zweit- und drittklassigen Schauspielern, Musikern, Sängern und Tänzern Beschäftigung boten. Nicht wenige von ihnen hatten nun Plätze der vertriebenen Juden einzunehmen können.

Zunächst gingen im Herbst 1933, als die ersten Züge mit Erholungssuchenden Großstädte verließen, SA-Leute auf Reisen. Ihnen sollte der Dank für ihren „Kampf für Deutschland“ zuteil werden und eine möglichst nachhaltige Ablenkung angesichts der Tatsache, dass viele ihrer Erwartungen an ihr „Drittes Reich“ unerfüllt geblieben waren. Ziel dieser Reisenden waren nicht traditionelle und exklusive Urlaubsorte der Begüterten und Reichen an der See, in den Alpen oder gar Kurbäder. Sie gelangten meist in wenig bekannte Regionen der deutschen Mittelgebirge, von denen manche zu den in der Weimarer Republik amtlich anerkannten Armutsbezirken gehörten. Damit wurde eine weitere politisch ausbeutbare Wirkung erzielt. Brachten die unerwarteten Gäste doch ein wenig Geld in Orte, deren Bewohner von den Krisenjahren zusätzlich hart getroffen worden waren.

Doch es blieb nicht bei den Privilegierten des Anfangs. Das Unternehmen weitete sich aus, die Zahl der KdF-Urlauber nahm zu. Deren Masse kam eine Woche in bescheidenen Heimen oder angrenztenen Privatquartieren unter. Dort blieben sie nicht ihren eigenen Plänen und Interessen überlassen. Sie sahen sich einem Angebot an „Volksgemeinschaft“ gegenüber, das vom Wandern über Sport und Spiel bis zum gemeinsamen Volksliedesang reichte und dem sich schwer ausweichen ließ. Nur vor dem Hintergrund der Tatsache, dass viele Teilnehmende nie zuvor eine Urlaubsreise unternommen hatten und nun in fremde, reizvolle Landschaften gelangten, erklärt sich, dass und in welchem Grade dieses Reisen als Errungenschaft betrachtet und genutzt wurde. In bescheidenem Ausmaß und staatlich gelenkt, begann in Deutschland der Massentourismus.

Ohne dass darüber Zahlen vorliegen, kann angenommen werden, dass jene, deren frühere Erholungs- und Gemeinschaftserlebnisse sich mit der Freizeit in der verbotenen Arbeiterbewegung verbanden, etwa in der Naturfreunde-Organisation oder der Arbeitersportbewegung, von derlei Offerten unbeeindruckt blieben. Mitunter verfielen die volkstümlichen Konzerte und seichten Unterhaltungen dem Spott derer, die durchschauten, was mit ihnen bezweckt wurde: Bisschen Schubert auf die Stulle, / Das ersetzt das beste Schmalz, / Und statt Vollmilch aus der Pulle / Gieß dem Kindchen / Alle Stündchen / Wagners Rheingold in den Hals ...<sup>2</sup>

Den Höhepunkt der Reklame für den „Nationalsozialismus“ bildete die KdF-Flotte, deren erstes Schiff am 2. Mai 1934, dem Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften, in Dienst genommen wurde. Weitere vorhandene oder neu gebaute Fahrgastschiffe wurden gekauft. Mit ihnen gingen

<sup>2</sup> Zeitzünder im Eintopf. Antifaschistische Satire 1933-1945, Berlin 1975, S. 62.

ausgewählte Arbeiter und Angestellte auf Seereisen, die in den Nordatlantik entlang der norwegischen Küste, in das Mittelmeer und bis nach Madeira führten. Nun könnten, kommentierte die Presse, Arbeiter Urlaub machen wie früher nur Generaldirektoren. Als Schiffe dieser Flotte in Le Havre ankerten, hieß es, französische Arbeiter würden nun mit eigenen Augen sehen, was das „Dritte Reich“ gebracht hätte. Deutsche Arbeiter auf Luxusschiffen in den Weltmeeren- das wurde als Verwirklichung des wahren Sozialismus ausgegeben, als die deutsche Art des Zusammenlebens von Kapitalisten und Proletariern, die nun Betriebsführer und Gefolgschaft hießen, angepriesen und mit effektvoll düsteren Bildern vom „Sowjetparadies“ konfrontiert.

KdF-Reisen gaben ihren Veranstaltern zusätzliche Argumente für die Inlands- und Auslandspropaganda an die Hand. In Italien, mit dem 1938 ein Abkommen über die Urlaubsbesuche geschlossen wurde, konnte die Bekanntschaft mit den zur Schau gestellten Ergebnissen des Mussolini-Regimes arrangiert werden. Auf See ließen sich Begegnungen mit Schiffen der deutschen Seekriegsflotte – so den neu gebauten Unterseebooten- inszenieren, wobei die so lange gedemütigten Herzen deutscher Nationalisten höher schlügen. *Kraft durch Freude* präsentierte einen Sozialstaat und täuschte Friedenswillen vor. Eine Ausstellung *Freude und Arbeit* – ihr Titel verzichtete bezeichnender Weise auf die Kraft und rückte die Freude an Platz eins – wurde seit dem 9. Oktober 1938 in Sofia, nach dem 21. Juni 1939 in Bukarest gezeigt.

All das sollte erst der Anfang sein. Im Jahr vor dem Kriegsbeginn intensivierte sich die Reklame um das „KdF-Seebad der 20.000“, mit dessen Bau 1936 in forciertem Tempo auf der Insel Rügen zwischen [274:] Saßnitz und Binz begonnen worden war. Es wurde als die erste von mehreren gigantischen Anlagen ausgegeben, die an der Ost- und der Nordsee entstehen würden. Dem Kriegsbeginn folgte das Ende der Arbeiten rasch. Gespenstisch ragten die kilometerlangen Bauten hinter den Dünen hervor. Sie begannen, sich in Ruinen zu verwandeln. Zeitweilig wurde das wenige, was davon provisorisch fertiggestellt wurde, verschiedensten Kriegszwecken dienstbar gemacht. Das Unternehmen KdF, dessen Initiatoren vor dem 1. September 1939 noch geplant hatten, das Projekt auch im Kriege fortsetzen zu können und die dazu beitragen wollten, die Stimmung namentlich der sodann im Schlagabesungenen „tapferen kleinen“ Soldatenfrauen hochzuhalten, verkümmerte insgesamt. Die Meere waren Kriegsgebiet, die Schiffe wurden für Truppentransporte gebraucht, die Heime als Lazarette oder Genesungsstätten für verwundete oder kranke Soldaten, andere als Unterkünfte für vom Bombenkrieg betroffene oder bedrohte Mütter und deren Kinder. Auch verflog den Deutschen die Urlaubslust. Noch vor Ausrufung des totalen Krieges kam das Aus. Das Personal des riesenhaften bürokratischen Apparates mit Ämtern für Ausbildung, Propaganda, Kultur, Schönheit der Arbeit, Selbsthilfe und Siedlung u. a. wurde mit als kriegswichtig geltenden Aufgaben befasst.

Vollständig erledigt war auch ein anderer Reklameschlager: das Volksauto. Mit seiner Konstruktion war 1934 durch Ferdinand Porsche begonnen worden. 1936 wurden die ersten Prototypen erprobt, 1938 der Grundstein für ein riesiges Autowerk nahe der niedersächsischen Kleinstadt Fallersleben gelegt. In dessen Nachbarschaft entstand für die Belegschaft eine eigene *KdF-Stadt*. Finanziert wurde das Unternehmen, als dessen Betreiber eine Gesellschaft gegründet wurde, von der Deutschen Arbeitsfront und vor allem von den Deutschen, die sich um den Kauf des Kleinwagens bewarben. Schon 1938 lagen 270.000 Anmeldungen vor, die dazu verpflichteten, wöchentlich fünf RM auf ein Sparkonto zu zahlen. Da der Endpreis mit 999 RM festgesetzt worden war, wären die ersten Sparer im Jahre 1940 zu beliefern gewesen. Hoch fliegende Pläne sahen vor, dass das Werk in der 3. Ausbaustufe jährlich 450.000 Autos herstellen und schließlich eine Jahreskapazität von 1,5 Mill. Fahrzeugen erreichen, sich also zum weltgrößten Autowerk entwickeln sollte. Als man 1940 schrieb, wurden im Werk Leitwerke und Tragflächen für Flugzeuge, sodann Munition und der so genannte geländegängige Kübelwagen für die Wehrmacht hergestellt. Die farbenfrohen Plakate mit freude-[275:]strahlenden über Autobahnen dahin fahrenden „Volksgenossen“, mit denen so viele Hoffnungen geweckt worden waren, verschwanden im Archiv. Die Sparer konnten sich von der Fahrtüchtigkeit des VW-Kübels während eines Kinobesuches beim Ansehen der Wochenschauen überzeugen. Da fuhr gleichsam auch ihr Geld über Straßen und Wege im eroberten Teil Europas, bis es sich am Kriegsende –

die Autos waren massenhaft zerschossen und ausgebrannt – als Schrotthaufen an Straßenrändern präsentierte.

*Kraft durch Freude* gehört zu jenen faschistischen Einrichtungen, die als Legende weiterlebte. Geähnert wurde sie auch durch den Wiederaufbau des Werkes und den Siegeszug der Porsche-Konstruktion als so genannter VW-Käfer. Es erhielt sich die Vorstellung, dass tatsächlich allen Deutschen im Vorkrieg Erholung und Urlaub ermöglicht worden sei. Dass dies nicht der Fall war, hatte schon Rudolf Heß vor der NSDAP-Führerschaft in Ansprachen eingestanden, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren. So erklärte er vor den zum NSDAP-Parteitag versammelten Parteiführern, dass die Masse der Arbeitenden vom „Nationalsozialismus“ materiell vorerst nur indirekt profitieren könne.<sup>3</sup> Und das schränkte er in einer 1939 verfassten Denkschrift „Rudolf Heß an den Führer“ noch weiter ein, denn es seien unter den Bedingungen der Lohnstopp-Politik, ohne die das rasante Tempo der Aufrüstung nicht hätte erreicht werden können, den Arbeitern in ihrer Masse auch kaum indirekte Lohnvorteile zugekommen. Die am schlechtesten Verdienenden, zudem von hohen Lohnabzügen Betroffenen könnten nicht einmal die zusätzlichen Kosten aufbringen die ein KdF-Urlaub trotz der billigen Preise erfordere.<sup>4</sup> Diesem Urteil lag zugrunde, dass sich Urlaubsreisen selbst in einem Umfang von sieben oder acht Tagen zumeist nur Familien von Angestellten und aus der Gruppe der hoch verdienenden Arbeiter leisten konnten. Obendrein überstiegen die 14-tägigen Angebote das Urlaubsanrecht vieler Arbeiter.

Wie vieles waren auch die wirtschaftlichen Unternehmen von *Kraft durch Freude* keineswegs durchgerechnet. Das KdF-Auto ließ sich in absehbarer Zeit keineswegs zu den Kosten herstellen, zu dem es Sparern angeboten worden war. Doch derlei Kalkulationen beschäftigten die Machthaber nicht ernsthaft. Krieg und Sieg würden alles finanziell ins Lot bringen und die Genüsse, die dem „nationalsozialistischen deutschen Arbeiter“ nach dem Endsieg zugeschlagen waren, sollten die Besiegten und die Fremden bezahlen. Sie würden für Deutschland schuften müssen. Die Schlussbilanz stellte sich [276:] anders dar. Jedoch erhielt, wer sich in der Bundesrepublik einen Volkswagen kaufte und sich als Sparer zu KdF-Zeiten ausweisen konnte, einen Preisnachlass – eine Regelung, der längere Auseinandersetzungen vorausgegangen waren. Vom „Seebad der 20.000“ an der Ostsee hingegen künden teils Ruinen, teils später fertiggestellte, zuerst von sowjetischen Truppen, dann von der Nationalen Volksarmee der DDR genutzte Bauten, für die gegenwärtig noch immer Nutzer gesucht werden.

Die zeitweilig populäre Wortwendung *Kraft durch Freude* erhielt sich – gleichsam entpolitisirt – unter den Nachkriegsdeutschen noch eine Weile. Sie ging mit dem Heranwachsen neuer Generationen verloren. Das legendäre KdF-Reisen verblasste hinter dem seit den fünfziger Jahren einsetzenden Massentourismus der Westdeutschen, anfangs nach Österreich und Italien, und der Ostdeutschen in Gewerkschaftsheime und -quartiere sowie auf Zeltplätze zwischen Zittauer Gebirge, Thüringer Wald, Ostharr und der Ostsee, und später in die benachbarte Tschechoslowakei, nach Ungarn, an die rumänische und bulgarische Schwarzmeerküste und auch nach Polen.

Jedoch unter deutschen Rechtsextremen und namentlich in ihrem äußersten nazistischen Flügel feierte die Naziparole neuerdings mit vielen anderen Bezeichnungen, Begriffen und Wortwendungen aus faschistischer Zeit Wiederauferstehung. *Struggle for fun*, wie die Übersetzung ins Englische lautet, meint in deren Kopf und Munde den barbarischen Spaß, sich durch die Niederschlagung, Tötung oder Ermordung von Schwächeren oder Schutzlosen erhöht und als Vorkämpfer für ein sauberes Deutschland zu fühlen.

<sup>3</sup> Der Text der Rede, die wiederum zur weiteren Verbreitung im Führerkorps verschickt wurde, in Barch, NS 6/ 802, BI. 89-97 ff.

<sup>4</sup> Mit dem Datum vom 17. Juni 1939. Heß befand sich damals zu einem Urlaub in Mecklenburg und schrieb aus Kalkhorst bei Grevesmühlen.

## **Kanonen statt Butter**

*Von Dietrich Eichholtz*

Am 28. Oktober 1936 hatte Hermann Göring, Hitlers nächster Vertrauter, einen großen Auftritt im Berliner Sportpalast. Damals, zehn Tage nach seiner Ernennung zum „Beauftragten für den Vierjahresplan“, einer Art Wirtschaftsdiktator, schlug er die Reklametrommel für Kanonen statt Butter. Spaßhaft sollte klingen, was tatsächlich eine Kriegsdrohung gegen innen und außen war: „zu viel Fett“ – und er schlug sich selbst gegen seinen Wanst –, „zu dicke Bäuche. [277:] Ich selbst habe weniger Butter gegessen und zwanzig Pfund abgenommen.“<sup>1</sup> Öffentlich brachte Göring hier zur Sprache, was zu einem Grundproblem der Aufrüstung gehörte, das Naziclique, Wehrmacht- und Wirtschaftsführung schon seit 1933 beschäftigte.

Die nationalsozialistische Diktatur war vom ersten Tag an auf den Krieg zugesteuert. Es war der „Wille des Führers“, alle wirtschaftliche Entwicklung der Aufrüstung unterzuordnen. Das geschah im Gleichklang mit der Festigung der Diktatur in zunehmend raschem Tempo. Brachliegende Arbeitskräfte und auch industrielle Kapazitäten waren genügend vorhanden. Aber der deutsche Rüstungsaufschwung aus der weltweiten Krise krankte an einem wesentlichen Mangel: Der Welthandel stockte weiter, und die notwendigen Valutamittel für den Import kriegswichtiger Rohstoffe und zusätzlicher Lebensmittel für Wehrmacht und Bevölkerung waren nur unter großen Schwierigkeiten zu beschaffen. Devisenmangel gefährdete die Aufrüstung. Auch die erhöhten Ansprüche der Millionen in Arbeit gebrachten Menschen, die vorher arbeitslos waren, an bessere Ernährung und Versorgung drohte zu einem Problem, und sogar zu einem besonders kitzlichen, für die Machthaber zu werden. Nichts fürchtete das Regime mehr als Unruhe und Antikriegsstimmung im Volk. Schon 1934 hatte Rudolf Heß, der „Stellvertreter des Führers“, auf dem Reichsbauerntag in Goslar aus dieser Sorge heraus die Bauern zur „Erzeugungsschlacht“ aufgerufen: „Hunger von Massen bedeutet den Ausbruch der Verzweiflung, bedeutet Bolschewisierung.“<sup>2</sup> Zu tief steckten den Herrschenden noch die Hungerunruhen im Ersten Weltkrieg in den Knochen.

Bei Joseph Goebbels, dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, klang es noch wie eine Entschuldigung für die Schieflage des wirtschaftlichen Aufschwungs, als er in seiner Silvesterrede 1935 erklärte: „Weil wir Rohstoffe für die Arbeitsschlacht und für die Wehrhaftmachung unseres Volkes nötig haben, mussten wir die Einfuhr von Lebensmitteln, vor allem von Fetten und Fleisch, zu einem Teil einschränken.“<sup>3</sup> Wenig später machte er es der Berliner Parteiprominenz klar, wie im Falle von Mängelscheinungen zu argumentieren sei: „Üb mit oder ohne Butter, damit werde ich fertig. Aber wir werden nicht fertig ohne Kanonen!“<sup>4</sup>

Hitler selbst nannte das Problem im August 1936 in seiner geheimen Denkschrift zum „Vierjahresplan“ beim Namen. Er forderte die größtmögliche Beschleunigung der Kriegsvorbereitung: In vier Jahren sollte die Wehrmacht einsatzfähig und die Wirtschaft kriegs-[278:]fähig sein. Es sei unmöglich, erklärte er mit Schärfe, „bestimmte Rohstoffdevisen für den Import von Lebensmitteln zu verwenden, ... vor allem gänzlich unmöglich, dies auf Kosten der nationalen Aufrüstung zu tun“.<sup>5</sup> Sein Fußvolk allerdings beschwichtigte er auf dem Reichsparteitag im September: Er könne es ja verstehen, „dass viele dieser jahrelang unterernährten, (jetzt) etwas verdienenden Volksgenossen sich zuerst auf den Lebensmittelmarkt stürzen“.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Zit. nach David Irving: Göring, 3. Aufl., München/Hamburg 1987, S. 246.

<sup>2</sup> Rede Heß' auf dem 3. Reichsbauerntag, Goslar, 10.-17.11.1934; Gustavo Corni/Horst Gies: Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997, S. 354.

<sup>3</sup> Rundfunkrede Goebbels', 31.12.1935; Corni/Gies, S. 359.

<sup>4</sup> Rede auf dem Gauparteitag Berlin der NSDAP; ebenda.

<sup>5</sup> Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges. Hg. v. Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 146, Do k. 48, Denkschrift Hitlers vom 26.8.1936.

<sup>6</sup> Proklamation Hitlers auf dem Reichsparteitag der NSDAP, Nürnberg, 8.-14.9.1936; Corni/Gies, S. 355.

Görings Auftritt im Sportpalast erregte besondere Aufmerksamkeit, und selbst in öffentlich zugänglichen Publikationen fand sich gedruckt die fatale Schlussfolgerung, „dass bei der überragenden Bedeutung der Aufrüstung für die Lebensgemeinschaft des deutschen Volkes die wenigen verfügbaren Devisen in erster Linie für wehrpolitische Zwecke bereitgestellt werden müssen“.<sup>7</sup> Das Schlagwort *Kanonen statt Butter* blieb im Gedächtnis vieler Deutscher haften; und wer auch nur ein wenig darüber nachdachte, konnte darauf kommen, dass man vom Krieg vielleicht nicht mehr allzu weit entfernt war. Die Kampagne selbst, mit der das deutsche Volk zum Verzicht auf Fleisch und Fett, importiertes Gemüse und Obst animiert werden sollte, währte aber nur kurz. Die amtliche Propaganda war ein Fehlschlag, schon weil sie auf eine unwillige Bevölkerung traf, der hier Einschränkungen zugemutet wurden. Länger hielten sich dagegen geschickter aufgezogene Kampagnen wie der „Ein-topfsonntag“ (seit Januar 1936), der Slogan „Kampf dem Verderb“ (seit Juli 1936) und die „Reichsfischwerbung“.

Alles in allem waren die Erfolge der Ernährungspolitik und -propaganda des Regimes zwiespältig. Die Buttererzeugung z. B. stieg im Inland zwar während der „Erzeugungsschlachten“ erheblich: von 387.000 Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1928 bis 1932 auf 517.000 Tonnen im Durchschnitt der Jahre von 1936 bis 1939. Aber die Vollbeschäftigung in der Aufrüstungsphase und das rasante Anwachsen der Armee trieben den Verbrauch in die Höhe: von 500.000 auf 603.000 Tonnen im Jahresdurchschnitt. Der Import von Butter wuchs seit dem Tiefstand von 1933 rasch an. 1940 übertraf er den Stand der Krisenjahre von 1929 bis 1932 schon weit; in diesem Jahr zählten freilich allerlei Zwangsimporte aus besetzten und abhängigen Ländern mit.<sup>8</sup>

Kundenlisten für Butter und für tierische Fette (Schmalz, Speck) hatte das Regime schon im November 1935 eingeführt, eine „Bezugsorganisation ohne Karten“, wie Göring sich ausdrückte. Jede Familie, jeder Bürger hatte sich als Kunde bei einem bestimmten [279:] Einzelhändler einzutragen. Damit wurde es unmöglich gemacht, größere Mengen unkontrolliert in verschiedenen Geschäften einzukaufen. Seit dem 1. Januar 1937 wurden tierische Fette rationiert. Auch für den Einkauf von Margarine war seit 1937 ein System von Bezugscheinen eingeführt worden.<sup>9</sup>



Fotomontage von John Heartfield,

Schon längere Zeit vor dem Krieg tauchten in den internen Berichten der Behörden Meldungen über Beschwerden und Klagen aus der Bevölkerung auf, die sich gegen Mängel in der Fettversorgung und gegen die Zwangseintragung in die Fotomontage von John Heartfield, 1935 so genannten Kundenlisten richteten. Aus Betrieben des Bergbaus in Oberschlesien und an Rhein und Ruhr – einem für das Regime sehr empfindlichen Bereich – wies man mehrfach auf das Missverhältnis „zwischen der erforderlichen, auf sechs Tage in der Woche ausgedehnten Arbeitsleistung“ der Kumpel, besonders der Hauer, „und der allgemeinen Ernährungslage“ hin.<sup>10</sup>

Erst der Krieg und die – schon seit 1937 vorbereitete – Zwangsrationierung für Lebensmittel löste das Problem der Herrschenden und zwar auf zweierlei Weise. Die Rationierung beschränkte den Verbrauch für jedermann. Trotzdem blieb für die Masse der deutschen Bevölkerung die Ernährung bis gegen Kriegsende erträglich hoch – auf Kosten der ausgeplünderten besetzten Länder, in denen Millionen Menschen dem Hunger ausgeliefert waren und wo das deutsche

<sup>7</sup> Wilhelm Meinhold: Grundlagen der landwirtschaftlichen Marktordnung, Berlin 1937, S. 62; ebenda, S. 259 f.

<sup>8</sup> Statistisches Handbuch von Deutschland 1928-1944. Hg. vom Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets, München 1949, S. 491.

<sup>9</sup> Corni/Gies, S. 362 f.

<sup>10</sup> Timothy W. Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975, S. 287, Monatsberichte der Treuhänder der Arbeit für Febr. 1937; ebenda, S. 568 f., Schreiben des Vorstandsvorsitzenden der Gelsenkirchener Bergwerks-AG an Oberberghauptmann Schlattmann, Reichswirtschaftsministerium, 16.11.1937.

Millionenheer sich durch rücksichtslose Ausplünderung aus dem Lande ernährte, und auf Kosten von Millionen Insassen der Konzentrations- und Vernichtungslager, die Hungers starben; nicht [280:] zuletzt auf Kosten vieler Hunderttausender ausländischer Zwangsarbeiter, die in der deutschen Landwirtschaft für die deutsche Ernährung sorgten, selbst aber von verkürzten Rationen leben mussten.

Trotzdem gab es schon 1940 erste Rationskürzungen für Deutsche und dann, dem Verlauf des Krieges entsprechend, besonders empfindliche im April 1942 (Brot, Fleisch, Fett), im Mai 1943 (wiederum Fleisch, Fett) und im Winter 1944/45 (sämtliche Rationen). Immerhin versuchte das Regime, so lange wie möglich die eigene Bevölkerung bei Laune zu halten, etwa durch geschickt gestreute und propagandistisch ausgeschlachtete Sonderzuteilungen oder durch „Führerpakete“ für Fronturlauber. Ungezählte Deutsche erhielten Pakete von ihren Angehörigen und Verwandten in den besetzten Gebieten. Nur deutsche Volksgenossen und nicht etwa Juden, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene konnten sich im Tauschhandel zusätzliche Lebensmittel verschaffen.

Seit Kriegsbeginn beobachteten die Behörden systematisch die Stimmung der Bevölkerung und meldeten vielfach Unruhe und Misstimmung über die Ernährungsverhältnisse. Besonders unangenehm waren ihnen Forderungen, die Zuteilung für Kinder zu erhöhen. Kinderreiche Mütter klagten, die allzu knappe Fettzuteilung für Kinder schade deren Gesundheit.<sup>11</sup> Ein Betrieb berichtete an den Regierungspräsidenten in Hannover, dass bei ihm beschäftigte Frauen, meist Mütter von kleinen Kindern, „ihren Kindern einen Teil der ihnen zustehenden Lebensmittel überließen und sich während der Arbeit nur von trockenem Brot mit Marmelade ernährten“.<sup>12</sup> Im Wehrkreis III (Berlin) registrierte die Deutsche Arbeitsfront bald nach Kriegsbeginn, dass zunehmend Arbeiter in Betrieben der Arbeit unentschuldigt fernblieben, die auch durch kurzfristige Inhaftierung durch Sicherheitsdienst oder Staatspolizei nicht zu „bessern“ seien. Sie begründeten ihr dauerndes Fehlen drastisch: „Wer nichts zu fressen hat, kann auch nicht arbeiten.“ „Ich werde nicht als Schwerarbeiter anerkannt und kann unter diesen Umständen nicht weiterarbeiten.“ „Wenn meine Familie hungert, hört bei mir jede Gemütlichkeit auf.“ „Wenn ich zu Hause trockene Bolzen kriege, kann ich nicht arbeiten.“<sup>13</sup>

Mit der Zeit meldeten sich auch Ärzte zu Wort. Seitens der Ärzteschaft, hieß es in einem geheimen Bericht des Sicherheitsdienstes vom 19. Oktober 1942, „werde hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Volksgesundheit eine baldige Erhöhung der Fettrationen für unbedingt notwendig erachtet und dabei hervorgehoben, dass sich [281:] der Gesundheitszustand der Bevölkerung seit dem Vorjahr wesentlich verschlechtert habe.“ Seit Februar seien Gewichtsabnahmen „bis 25 Pfund und mehr“ festzustellen, „Mättigkeit, Arbeitsunlust und leichte Ermüdbarkeit“, alles „in erster Linie“ wegen Fettmangels.<sup>14</sup> Ehe aber die wahre Not die Masse der Bevölkerung heimsuchte, dauerte es noch lange, fast bis zum Ende des Krieges. Erst in den letzten Kriegsmonaten brachen Rationierungssystem, Versorgung und Transport in den meisten Gebieten Deutschlands, besonders in den Großstädten, zusammen.

*Kanonen statt Butter* hatten die Deutschen viele Jahre lang reichlich bekommen. Die Hypothek, die sie noch bis weit in die Nachkriegszeit hinein in Gestalt von Hunger und mangelhafter Versorgung zu tragen hatten, rührte aus dem von ihnen verantworteten und bis *fünf Minuten nach zwölf* geführten verbrecherischen Krieg her.

<sup>11</sup> Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Hg. v. Heinz Boberach, Bd. 2, S. 346 f., S. 354, Bericht zur innenpolitischen Lage, vom 11. bzw. 13.10.1939.

<sup>12</sup> Mason, S. 1207, Schreiben des Reichsministers des Innern an den Reichsarbeitsminister, 28.11.1939.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 1174 f., Bericht des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis III an den Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, 27.10.1939.

<sup>14</sup> Meldungen aus dem Reich, Bd. 11, S. 4352 f., 19.10.1942.

## ***Führer befiehl, wir folgen***

*Von Kurt Pätzold*

Am 22. Juni 1941 wälzte sich das größte und bestgerüstete Landheer, das je in deutscher Geschichte aufgeboten worden war, über die Grenzen der Provinz Ostpreußen und des so genannten Generalgouvernements auf das Gebiet der Sowjetunion. Es sollte den Nachbarstaat militärisch und als Staatsgebilde zerschlagen, die europäischen Teile des Riesenreiches erobern und dessen Rohstoffe und Menschen dauernd ausbeutbar machen. Hitler beabsichtigte, diesen „Kuchen“ handgerecht zerteilen zu lassen ...

Prompt war ein Marschlied zur Hand, das zunächst der Großdeutsche Rundfunk verbreitete. Sodann sollten es deutsche Soldaten lernen, um es auf ihrem Eroberungszug markig singen zu können. Text und Vertonung des Liedes waren im Reichspropagandaministerium zustande gekommen. Joseph Goebbels hatte daran mitgewirkt. Die Verse des Refrains lauteten: Freiheit – das Ziel, Sieg – das Panier, *Führer befiehl, wir folgen dir*. So wurde die totale Unterwerfung unter den in Befehle geronnenen Willen eines Mannes besungen, unter den des Führers der einzigen legal existierenden Partei Adolf Hitler, der in rascher Folge Regierungschef (1933), Staatsoberhaupt [282:] (1934) und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht (1938) geworden war. Bevor noch der erste Schuss des Zweiten Weltkrieges abgefeuert worden war, sah sich Hitler schon als Garant des Endsieges. Er besaß keine Hemmung, Neville Henderson während ihres Zusammentreffens auf dem Obersalzberg Ende August 1939 zu erklären, dass der Erste „Weltkrieg nicht verloren worden wäre, wenn er (Hitler, K. P.) damals Kanzler gewesen wäre“<sup>1</sup>, worauf der britische Botschafter diplomatisch-kühl auf die Wechselfälle hinwies, die sich in der Geschichte der Kriege ereignet hätten.

Nach dem 1940 überraschend leicht und schnell errungenem Sieg über Frankreich war Hitler auch zum Größten Feldherrn aller Zeiten erklärt worden, eine Bezeichnung, die später spöttelnd oder höhnisch in die Verkürzung Gröfaz zusammenschmelzen sollte. Hitler wurde zu einer- gemessen an Vergleichbarem in der neueren deutschen Geschichte – beispiellosen Kultfigur. In vieler Vorstellungen und auch in seinem Selbstverständnis überragte er die Gestalten Otto von Bismarcks und Friedrichs II. weit. Einsam stand er auf einer Stufe, der Vorsehung, einem Sammelbegriff der deutschen Faschisten für die nicht näher bestimmten überirdischen Kräfte, ihr näher als seinen Mit- und Unterführern und hoch über den Millionen deutscher Volksgenossen. Die schauten – ausgenommen die nach 1933 rasch abnehmende Zahl von Gegnern und Kritikern des Regimes – bewundernd, auch zunehmend gläubig zu ihm auf. Hitler – ein Übermensch.

*Führer befiehl, wir folgen dir* – das verkündete den Totalverzicht auf jedes eigene Urteil und die bedingungslose Kapitulation vor dem genialen Verstand und den geheimnisvollen Eingebungen dieses Mannes. Es bedeutete das Unterlassen jeglicher Nachfrage, die eine seiner Entscheidungen traf. Es hieß im direktesten Sinne Kadavergehorsam, schloss folglich ein, nicht mehr nach der Berechtigung eigenen Handelns und Unterlassens zu fragen, umfasste auch den Glauben, befreit zu sein von Verantwortung für eigenes Tun und Lassen. Ein Dasein, vermeintlich unbedroht von irgendeiner Möglichkeit des Schuldigwerdens. Der Führer ahnte, dachte, entschied, befahl, stand ein – beraten von Männern seiner Wahl und seines Vertrauens. Diese Haltung einzunehmen war bequem, aber auch, wie sich zeigte, mit tödlichem Risiko behaftet.

Die Worte des „Russlandliedes“ (dessen Sänger mit der Kriegswende verstummt), ging es doch nun nicht mehr, wie es im Text hieß, *vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer – vorwärts*), erhoben mit [283:] dem Verlangen nach dem Befehl Hitlers keine überraschend neue Forderung. Das Bekenntnis zu absoluter Gefolgschaftstreue besaß da schon eine lange Vorgeschichte. Sie reichte bis in die von den deutschen Faschisten verherrlichte Kampfzeit zurück. Da bereits war Hitler in den Parteireihen zum unumstrittenen Führer emporgestiegen, Lockung ebenso einsetzend wie der Intrige mächtig, sich von Kameraden von gestern ebenso trennend wie Gegner von einst sich unterwerfend. Seine Karriere, die ihn früh auf den nur einmal zu vergebenden Platz an der Parteispitze führte, zeugte von Fähigkeiten

<sup>1</sup> Akten der deutschen auswärtigen Politik, Reihe D, Bd. 7, Nr. 200, S. 179.

zu Machtgewinn, von Härte und dem Vermögen sich gegen Widerstände durchzusetzen, von Rücksichtslosigkeit und taktischem Geschick.

Hitler präsentierte sich den Deutschen, um deren Gefolgschaft und Stimmen er warb, während der Endzeit der Weimarer Republik als Erlöser. Darauf war die Parteipropaganda gestimmt. Das *Heil Hitler*, bald nach der Machtübernahme zum deutschen Gruß erhoben und als Ausdruck nationalsozialistischer Gesinnung auch Nichtparteimitgliedern abverlangt, aber nur *Ariern* vorbehalten, rief Heil auf den Heilsbringer herab. Nach 1933 förderte eine mächtige Reklame den Hitlerkult und trug ihn in unvorhergesehnen Tempo in das Volk. Er verdrängte Zweifel und erzeugte Gewissheit. Jeder wirkliche oder vermeintliche innen- oder außenpolitische Erfolg wurde mindestens im gedanklichem Ursprung Hitler zugeschrieben. Als der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, während des Parteitages im September 1938 eine Huldigungssadresse an Hitler richtete, gipfelte sie in dem Gelöbnis: „Führer, welchen Weg Du auch gehst, wir folgen Dir. Dir gilt unser Glaube auf dieser Welt. Führer, Du bist unser und wir sind Dein.“<sup>2</sup> Im Lied der Hitlerjugend, dessen Text vom Reichsjugendführer Baldur von Schirach stammte, hieß ein Vers *Führer, dir gehören wir*. Diese sklavische Unterwürfigkeit pries ein Dichter, der den aktuellen politischen Bedürfnissen des Regimes immer dicht auf den Fersen war, Heinrich Anacker, mit den Worten *Soll kommen, was will ... Adolf Hitler, wir halten dir Treue*.<sup>3</sup>

Den Sinngehalt aller dieser Bekenntnisse entschlüsselt der Blick auf die europäische Situation des Spätsommers 1938, erzeugt durch die von militärischen Drohungen begleitete, an die Tschechoslowakei gerichtete Forderung nach dem Sudetenland. Deutschlands Machthaber rasselten mit dem Säbel. *Wir folgen dir* bedeutete erstmals: Gefolgschaft auch in den Krieg. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Verhältnis zum Führer – wie Rudolf Heß’ Formulierung verriet – [284:] weithin irrationale und dessen Verehrung unter Partei- und Volksgenossen quasi-religiöse Züge angenommen. Die Bilder von den Triumphzügen Hitlers bei seinem Erscheinen in Großstädten oder auf dem Reichsbauerntag am Bückeberg bei Goslar, von seinem Empfang durch Hunderttausende auf dem Wiener Heldenplatz beim Einzug in Österreich, die Fotos von den Ansammlungen vor der Berliner Reichskanzlei und vom Besucherstrom am Obersalzberg, seinem zweiten Regierungssitz, bezeugen bei aller Inszenierung, dass Millionen Männer und Frauen, Jugendliche und selbst Kinder in Hitler ihren Wegbereiter sahen, der deutsche Größe schaffen, gemeinsames Glück herbeiführen und sie alle – wie eine später bitter zitierte Phrase lautete – herrlichen Zeiten entgegen führen werde. Im Vorkrieg erreichte der Kult um den Führer seinen absoluten Höhepunkt an dessen 50. Geburtstag, der am 20. April 1939 als Staatsfeiertag begangen wurde. Hitler, wurde verkündet, sei eine Erscheinung von einmaliger geschichtlicher Größe. Ganz im Sinne der Forderung nach blindem Gehorsam reimte ein Nazidichter aus diesem Anlass *Auch wenn wir dich einmal nicht Jassen, werden wir mit dir gehen ... Ein anderer hatte in einem An den Führer überschriebenen Gedicht gehimmelt Bote Gottes – führe dein Volk.*

Als er die Deutschen mit Unterstützung seiner zivilen und insbesondere seiner militärischen Paladine „nach Stalingrad“ geführt hatte und der Krieg eine unumkehrbare Wende nahm, enthüllte sich die Funktion dieses uneingeschränkten Gefolgschaftsbekenntnisses wiederum. Auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast, das Regime beging seinen 10. Geburtstag, riss Goebbels – Hitler grüßte aus seinem Hauptquartier – eine ausgesuchte Zuhörerschaft zu Beifallsstürmen für „unsere alte Parole“ hin: *Führer befiehl, wir folgen*. Unter dieser Überschrift wurde die Rede des Ministers auch veröffentlicht.<sup>4</sup> Von nun an wurde der Führerglaube auf härtere Proben gestellt.

Doch lebte er bis in die Endphase des Regimes und er erhielt einen neuen Inhalt und eine veränderte Funktion. Hitler galt als der letzte Retter, der noch in aussichtslos erscheinender Situation einen

<sup>2</sup> Der Text der Rede, die wiederum zur weiteren Verbreitung im Führerkorps verschickt wurde, in: BArch, NS 6/802, Bl. 89-97 ff.

<sup>3</sup> Die zitierten und die folgenden Verszeilen aus Gedichten entstammen einer Sammlung, die der bekannte in Breslau ansässige Schulbuchverlag Hirth unter dem Titel „Dein Volk ist alles“ 1937 für das 5.-8. Schuljahr herausgab, und die diese Hitlerlyrik zusammen mit patriotischen, Wander- und Heimatliedern enthielt.

<sup>4</sup> Rede am 30. Januar 1943. In: Joseph Goebbels, Der steile Aufstieg. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1942/ 43, München 1944, S. 149 f.

Ausweg wisse. Diese Hoffnung wurde von der Propaganda durch einen demagogischen Rückgriff in die Frühgeschichte der NSDAP gestärkt. Es sei Hitler gewesen, der nach dem Scheitern des 1923 unternommenen, als nationale Heldentat verklärten Marsches zur Feldherrnhalle und dem folgenden Parteiverbot den Wiederaufstieg aus verzweifelter Lage bewirkt habe. Was ihm damals für die NSDAP gelungen wäre, werde er für Deutschland wiederum vollbringen. [285:] Dass den Reklamespezialisten um Goebbels die Verbreitung dieses Glaubens partiell gelang, hatte seine Ursache im Wunschdenken von Millionen, die sich weigerten, die herannahende totale Niederlage als unabwiesbar zu erkennen. Mit Hitler hofften sie, wenn schon nicht mehr auf eine wundersame vollständige Wendung der Kriegsereignisse, doch glimpflich aus dem Kriege zu gelangen. In Wahrheit war der Führer zur stärksten Barriere gegen eine Kapitulation geworden – ein Wort, das er nach eigener großspuriger Beteuerung gar nicht kannte.

Hitler vermochte noch aus seiner Betonhöhle unter den Trümmern der Reichskanzlei Befehle zu erteilen, die von Feldmarschällen ebenso befolgt wurden wie von Volkssturmmännern und bewaffneten Hitlerjungen. Doch regierten da bereits die Dumpfheit und Stumpfheit sinnlosen Weiterschießens, das Vertrauen auf rettende Kameraderie, die Furcht vor den mörderisch funktionierenden Standgerichten der Wehrmacht, die Angst vor der Rache der Sieger und dem Weg in ungewisse Gefangenschaft. Der Führerglaube, während vieler Jahre stärkstes inneres Bindemittel zwischen der Staats spitze und dem Volke – wie Geheimberichte des Sicherheitsdienstes in Formulierungen, deren Verfasser sich nicht den Vorwurf des Defätismus einhandeln wollten, vermerkten –, schwand unwiederbringlich. In einem Bericht von Ende März 1945 hieß es: „Der Führer ist für Millionen der letzte Halt und die letzte Hoffnung, aber auch der Führer wird täglich stärker in die Vertrauensfrage und die Kritik einbezogen.“<sup>5</sup>

Diese Entwicklung hatte im Hochsommer 1944 eingesetzt. Als die Alliierten in Frankreich landeten, äußerte sich vereinzelt und kurzzeitig noch einmal Hoffnung. Hitler habe alles vorhergesehen, er sei an der Ostfront „kurzgetreten“, um alle Kraft im Westen zu versammeln. Nachdem die Invasion gescheitert sein würde, könnte er sich wieder und dann vernichtend dem Gegner UdSSR zuwenden. Doch der Verlauf der Kämpfe in der Normandie und dann die Zerschlagung der deutschen Armeen im Mittelabschnitt der Ostfront erzeugten rasch einen Umschwung. Tiefer Pessimismus griff um sich. Hatten Millionen Deutsche früher bei schlechten Nachrichten sich durch eine Hitlerrede wieder auf lichten lassen, so wurde am 22. Juli 1944 vermerkt, selbst „Führerworte“ würden „nur teilweise einen gewissen Auftrieb“ vermitteln.<sup>6</sup> Hitlers Kraft als Prophet des Sieges war verloren, sein Ruf als unfehlbarer Feldherr dahin. Im Februar 1945 erloschen auch die letzten Hoffnungsfunkens auf einen [286:] Einfall des Führers. Hitlers Proklamation anlässlich des 24. Februar 1945, des Jahrestages der Parteigründung, wurde als blanke Propaganda abgetan. Auch NSDAP-Aktivisten äußerten Zweifel offen. Von wo der Hitlerkult ausgegangen war, dort hielt er sich zwar am längsten, brach dann aber rasch auch in den Parteireihen völlig zusammen.

Nach Kriegsende verwandelte sich der Führer für einen zunehmenden Teil der einstigen Gefolgschaft aus einer Kultfigur und einem Wundertäter in einen Sündenbock. Die Zahl derer, die sich ihr Hitler bild bewahren wollten und ihn als Opfer von Verrat sahen, schmolz alsbald. Nur wenige glaubten noch, er habe dieses nicht gewollt und jenes nicht gewusst. Einstige militärische Ratgeber und Befehlshaber, Marschälle, Generale und Generalstäbler, charakterisierten in Memoiren und Erinnerungsschriften Hitler als Dilettanten oder Nichtfachmann, der Siege verschenkt und verloren habe. Niemand wollte mit ihm eines Sinnes gewesen, ihm freiwillig oder gar begeistert gefolgt sein. Hitler erhielt wieder einen Sockel, diesmal jedoch im Bereich des absolut Negativen. Die deutschen Antifaschisten nahmen mit dem Blick auf die Hinterlassenschaft des Regimes Bertolt Brechts kontradiktionsreiche Verszeile auf und kein Führer führt aus dem Salat ...

<sup>5</sup> Bericht aus Akten der Geschäftsführenden Reichsregierung Dönitz von Ende März 1945. In: Heinz Boberach (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Herrsching 1984, Bd. 17, S. 6734.

<sup>6</sup> Ebenda, Bericht vom 22. Juli 1944, Bd. 17, S. 6652.

Das durch eine völlig veränderte Situation gewandelte Bild des Diktators, wozu die Enthüllungen über seine Rolle als ein politischer Großverbrecher entscheidend beitragen, ließ selbst Neonazis davon Abstand nehmen, Bilder Hitlers vor sich her zu tragen und ihn als ihre Galionsfigur zu benutzen. Auch sein Ende kann ihnen nicht als erhebend gelten. Zwar größen sie mitunter *Heil Hitler* und begrüßen sich mit dem so genannten Hitlergruß, doch als Idol taugt die Person nicht. Daher wird auf andere Figuren ausgewichen: auf den (nicht nur von Rechtsextremen in Anspruch genommenen) namenlosen Kriegshelden der Wehrmacht, der angeblich nur seine Pflicht tat, auf die mit Orden dekorierten Kriegsabenteurer, auf Horst Wessel, den umgebrachten Berliner SA-Sturmführer, auf die Brüder Otto und Gregor Strasser, die wirkliche Nationalsozialisten gewesen sein sollen, auf den Führerstellvertreter Rudolf Heß, der als getreuer Gefolgsmann, schlichter Nationalsozialist, abgewiesener Friedensbote und Märtyrer ebenso verehrt wie verfälscht wird. Die zeitgenössischen deutschen Nazis leiden unter einem Mangel an vorzeigbarem historischem Personal, aber ihr Problem röhrt mehr noch aus dem politischen Verbrechertum ihrer Vorgänger her.

## ***Heim ins Reich***

*Von Kurt Pätzold*

Unter den Kampfparolen, welche die deutschen Faschisten ausgaben, hat kaum eine andere tiefere Verirrungen der Gedanken und stärkere Verwirrungen der Gefühle bewirkt als diese eine: *Heim ins Reich*.

Heim – assoziiert Heimkehr und Heimat, Heimatland und Heimatliebe. Bilder werden wachgerufen, an denen sich Herzen warm machen. Auch eines aus biblischer Geschichte, das nahezu alle Deutschen von religiöser Unterweisung in Familie, Schule und Kirche her kannten. Erzählt wurde von der *Heimkehr* des verlorenen Sohnes in sein Vaterhaus, in dem er Geborgenheit und Wärme, Vertrautheit und Schutz fand. Dabei machte es wenig aus, dass der Evangelist Lukas (15, 11-32) vom schuldhaften Verhalten des Sohnes berichtete, der sein Vaterhaus verlassen, ein unstetes und verlottertes Leben geführt, sein Geld in Wirtshäusern und mit Dirnen vertan hatte. Albrecht Dürer war durch diesen Teil der Erzählung zu einem seiner Kupferstiche inspiriert worden. Auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vater und dessen daheim gebliebenem Sohne über den Empfang des Zurückkommen den standen nicht im Mittelpunkt des Erinnerns. Den besetzte ganz die anrührende Wiederbegegnung des Vaters mit dem Verlorengeglaubten. Sie stand für einen Augenblick unaussprechbaren Glücksgefühls. Die Szene hatten begnadete Maler ins farbige Bild gesetzt. Das berühmteste schuf Rembrandt. Auch Bassano, Nicolas Poussin, Bartolomé Murillo und Auguste Rodin ließen sich durch sie anregen. Zudem hatten viele Unbekannte davon einfache Zeichnungen gefertigt und verbreitet. Die Geschichte vom heimkehrenden Sohn nahmen Autoren von Gedichten, Novellen, Romanen und Dramen auf, nicht wenigen diente sie als Titel ihrer Werke.<sup>1</sup> Mitunter atmeten diese ein Einverständnis mit Enge und Begrenztheit wie bei Theodor Fontane, der einen endlich Heimgekommenen bekennen lässt: das Haus, die Heimat, die Beschränkung, die sind das Glück und sind die Welt.

Ganz anders hingegen das Wortsignal *Reich*. Es erzeugte – bis in das Jahr 1945, danach verband es sich mit der Vorstellung von Katastrophe und Untergang – Gedanken an Größe und Dauer, Stärke und Macht. Es war schwerst beladen mit Geschichte und Geschichten, in denen leibhaftige Kaiser ebenso figurierten wie die Sagengestalt des [288:] Barbarossa im Kyffhäuser, der des Reiches Herrlichkeit wieder bringen würde. *Reich*, damit waren auch berühmt gewordene Gestalten und Taten aus der Vergangenheit anderer Nationen und Völker auf- und Erinnerungen an Großreiche wachgerufen, die sich mit den Namen Alexanders des Großen, Dschingis Khans und Kaiser Karls V. verknüpften, und ebenso die düsteren Konturen des Zarenreiches und die der kolonialen Weltreiche der Spanier und der beneideten Briten.

*Heim ins Reich* – die Lösung wandte sich vor allem an die Deutschen, die nach dem Ersten Weltkrieg und als Folge der im Versailler Vertrag getroffenen Bestimmungen jenseits der Grenzen des verkleinerten Reiches lebten. Dazu zählten die Westdeutschen, die im Saargebiet zu Hause waren, das sich befristet de facto unter französisch er, de jure unter Völkerbundsverwaltung befand, die ostdeutschen Bewohner des zur Freien Stadt erklärten Danzig, die Memelländer, die Staatsbürger Litauens geworden waren, und vor allem Angehörige deutscher Nationalität im 1918 wiedererstandenen Polen.

Sicher ist, dass die Parole *Heim ins Reich* bald nach dem Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Reduzierung des einstigen Großstaates auf die Österreichischen Lande aufkam. Ge- wiss auch, dass sie Protest gegen jene Bestimmung des in St. Germain geschlossenen Friedensvertrages ausdrückte, welcher der Alpenrepublik den Anschluss an das Deutsche Reich verbot. Sie wurde prompt mit einer in Deutschland und Österreich agierenden Anschlussbewegung beantwortet, zu deren finanziellen und ideologischen Förderern im Weimarer Staat Bankiers, Industrielle und Politiker aller Parteien der Regierungskoalition gehörten.

---

<sup>1</sup> So u. a. Paul Heyse, Gustav Regler, Ernst Wiechert, Luis Trenker und am frühesten William Shakespeare.

Ihren organisatorischen Ausdruck fanden die Bestrebungen, Österreich dem Reich einzuverleiben und so die Nachkriegsbedingungen für Wirtschaft und Politik in den beiden besiegten Staaten zu verbessern, 1920 in der Gründung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes. Deren Vorsitz übernahm ein Jahr darauf der sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe und behielt ihn bis in das Jahr 1933. Zunächst gab die Rheingau-Organisation des Bundes in Bochum ein Periodikum unter dem Titel *Heim in's Reich*, Zeitschrift für den Anschluss Deutsch-Österreichs und das Selbstbestimmungsrecht der angrenzenden Gebiete des ehemaligen Österreich-Ungarn, heraus. Es wurde 1924 von einem monatlich erscheinenden Zentralorgan abgelöst, das bis 1933 existierte und den Haupttitel „Österreich-Deutschland“ führte, aber im Untertitel die Losung *Heim ins Reich* beibehielt. So nannte sich auch der Berliner Verlag, [289:] der die Zeitschrift herausgab. Wie sich im Falle Österreichs versteht, besagte *Heim ins Reich nicht*, verlasst eure Wohnsitze, sondern verlangte, Deutschland und Österreich zu einem Staate zusammenzuschließen. Namentlich in Österreich entwickelten sich, lange bevor die Nationalsozialisten größeren Einfluss gewannen, Bestrebungen, diesem Gedanken Anhänger zu schaffen. Mit dem Sitz in Bruck an der Murr machte sich ein Dienst bemerkbar, der die Devise im Namen führte, Flugblätter herausgab und ein Preisausschreiben zum Thema veranstaltete: Was hat Österreich dem Reiche zu bieten?<sup>2</sup> Doch blieb die Reichweite dieses Unternehmens begrenzt.

Dennoch: Mit der Losung *Heim ins Reich* verband sich in den 20er Jahren europaweit die bedeutendste Forderung einer Grenzrevision, wenn auch nicht die einzige. Die regierenden Kreise der Weimarer Republik, die sich 1925 in Verträgen mit Belgien und Frankreich zur Akzeptanz der deutschen Westgrenze bekannt und damit ausdrücklich bestätigt hatten, dass die deutschen Minderheiten im Elsass und in Lothringen sowie in Eupen-Malmedy dauernd in diesen beiden Staaten leben sollten, weigerte sich, das auch gegenüber den polnischen und tschechischen Nachbarn zu tun. Eine Vielzahl von Organisationen hielt Verbindung mit den Deutschen in Polen und den Danzigern, propagierte die Grenzkorrektur und nährte die Hoffnung auf sie. Finanzielle und andere Mittel flossen den Partnern jenseits der Grenzen zu, die damit den Zusammenhalt der so genannten Grenzland-, Heimat- oder Volksdeutschen sicherten und sie auch in der gewünschten emotionalen Verfassung hielten. In diese Richtung wirkten auch Kräfte unter den Deutschen in Böhmen und Mähren, die sich aus privilegierten Untertanen der Habsburger Monarchie in eine Minderheit verwandelt hatten, die in der ungeliebten tschechoslowakischen Republik lebte.

Zwar blieb der Weimarer Staat politisch und militärisch viel zu schwach, als dass er Revisionsforderungen hätte nachdrücklich geltend machen können. Mit dem Machtantritt der Regierung Hitler änderte sich zunächst an diesem Kräfteverhältnis nichts. Daher wurden anfänglich überzogene Erwartungen gedämpft, welche Aktivisten unter den Auslandsdeutschen an den „Führer“ knüpften. Dennoch tauchte 1934 die Parole *Heim ins Reich* zum ersten Mal als Aktionslosung auf. Der Versailler Vertrag hatte bestimmt, 15 Jahre nach seinem Inkrafttreten sollten dessen Bewohner über die Zukunft des Saargebiets durch Abstimmung entscheiden. Dieser Zeitpunkt nahte. Nun erfuhr die Parole eine populäre Übersetzung in [290:] die Mundart der Einwohner des aus früheren Gebietsteilen Bayerns und Preußens gebildeten Landes. *Nix wie hemm* (hochdeutsch: Nichts außer heim) lautete sie und stach von Plakaten ins Auge, die ein Zusammenschluss aller saarländischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Sozialdemokraten verbreitete, der sich Deutsche Front nannte. Eine andere Losung warb ähnlich: *Deutsche Mutter, heim zu dir*. Am Tag der Abstimmung, dem 13. Januar 1935, zeigte sich die Zugkraft der gemütvollen Reklame. Von zehn Saarländern stimmten neun für den Anschluss an den faschistischen Staat. Viele, die bei Wahlen zum saarländischen Parlament vordem Kommunisten oder Sozialdemokraten ihre Stimme gegeben hatten, befolgten diesmal deren Rat nicht, sich angesichts der Reichszustände für eine begrenzte Fortdauer der Völkerbundsregie zu entscheiden.

Schon in der Kampagne um die Zukunft des Saargebiets mit seinen Berg-, Eisen- und Stahlwerken hatte sich erwiesen, dass sich mit der *Heim ins Reich*-Propaganda nationalistische Gefühle hochpuschen und Ressentiments gegen Nachbarn mobilisieren ließen. Zurück nach Deutschland- damit war

---

<sup>2</sup> Das Ergebnis verbreitete ein Flugblatt des „Heim ins Reich-Dienstes“, Bruck an der Murr.

das Versprechen eines besseren Lebens in einer von sozialer Solidarität geprägten Volksgemeinschaft verbunden gewesen. Die nationale Demagogie verwob sich mit der sozialen, auch wenn das auf den ersten Blick der Text nicht so klar erkennen ließ wie ein Menschenalter später die zugkräftige, Glück verheißende Lösung von den *Blühenden Landschaften*.

Mit keinem Ereignis verbindet sich die Parole *Heim ins Reich* stärker als mit der kurz „Anschluss“ genannten Liquidierung des 1918 entstandenen Staates Österreich im März 1938. Die Österreicher, von denen ein scharfsinniger Beobachter gesagt hat, sie waren schon eine Nation, sie hätten es nur noch nicht gewusst, verwandelten sich in „Ostmärker“ und Bürger der Reichsgaue Wien, Nieder- und Oberdonau, Steiermark, Kärnten, Salzburg und Tirol-Vorarlberg. Angeblich waren sie heimgekehrt. Nichts weniger als das! Zum 1871 entstandenen Deutschen Reich hatten sie nie gehört, vielmehr waren sie durch Bismarcks Politik und kriegerische Mittel außerhalb von dessen sich abzeichnenden Grenzen gehalten worden. Doch 1938 wurde vom Truppeneinmarsch an das Unternehmen auf das *Heimkehr*-Bild hin inszeniert. Hitler, 1913 aus der Habsburger- in die Hohenzollernmonarchie gewechselt, spielte in einer Nebenrolle die des *Heimkehrenden* selbst. Der Wehrmacht folgend, begrüßte er auf dem Wege nach Wien einen seiner Lehrer und besuchte das Grab seiner Eltern. Als Hauptrolle gab er jedoch den *Heimholenden*, der [291:] ein Vierteljahrhundert zuvor, als er Wien verlassen hatte und Münchener wurde, seinen Landsleuten ins Reich gleichsam vorausgegangen war. Auf dem Heldenplatz in Wien meldete er der „Vorsehung“, seine Heimat sei in das Reich zurückgekehrt.

Doch schien den Akteuren dieses Coups, nach dessen Gelingen sie von Großdeutschland sprachen, die Lösung von der *Heimkehr ins Reich* bald nicht mehr mobilisierend genug zu sein. Sie hatten, um internationale Reaktionen unbesorgt, einen Staat, ein Mitglied des Völkerbundes, von der Landkarte Europas gelöscht. Nun verfolgten sie den Plan, die Neudeutschen unverzüglich zu folgsamen Volksgenossen zu machen und deren Kräfte zu nutzen, um das Rüstungsprogramm auf noch höhere Touren zu bringen. So konkurrierte mit *Heim ins Reich*, das sich mit dem 13. März als Aktionslösung erledigt hatte, alsbald die Parole *Ein Volk – ein Reich – ein Führer* und diese wurde zur lautesten. Mit Hitlers Bild fand sie sich auf Plakaten ebenso wie auf Postkarten und Briefmarken, die für die im April stattfindende bedeutungslose Abstimmung herausgegeben wurden. Ostpreußen wie Kärntner waren aufgerufen, für „Großdeutschland“ zu stimmen. Die neue Lösung, für die der Nazidichter Heinrich Anacker sogleich auch Gedichte schrieb<sup>3</sup>, forderte den „Ostmärkern“ ab, was Saarländern drei Jahre zuvor nicht sogleich zugemutet worden war. Sie sollten unverzüglich in den Führerkult einstimmen, der in diesem Frühjahr 1938 sich geradezu epidemisch ausbreitete. An die abgelegte Lösung erinnerten zwischen Burgenland und Vorarlberg noch Schriftentitel rührseliger Beschreibungen der „Kampfzeit“, die nicht zuletzt für die Jugend bestimmt waren.<sup>4</sup>

Als aktuelle Herausforderung sprang die Parole *Heim ins Reich* nun in die Regionen über, in denen Deutsche in der Tschechoslowakei lebten, vor allem in die geschlossenen Wohngebiete der Sudetendeutschen. Dort hatte die Partei gleichen Namens, ein kaum getarnter Ableger der NSDAP, an Einfluss stark gewonnen. Österreichs „Anschluss“ wurde zum Impuls, das gleiche Verlangen populär zu machen und daran die Hoffnung zu knüpfen, es werde seine Verwirklichung mit wirtschaftlichem und sozialem Aufstieg verbunden sein. Es verging wenig mehr als ein halbes Jahr und auch die Sudetendeutschen waren „heimgekehrt“. Das hatte nach einer unverhüllten Kriegsdrohung Hitlers gegen die Tschechoslowakei das Münchener Abkommen erzwungen, eine von Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich inszenierte erpresserische Aktion, der sich die Prager Regierung beugen musste. In Reichenberg, der [292:] Gauhauptstadt des Sudetengaus, erschienen unter dem Titel *Heim ins Reich* gesammelte Reden des Gauleiters<sup>5</sup> und auch Lieder eines Sudelendeutschen<sup>6</sup>. Überall verbarrikadierten bis zur Hysterie gesteigerte Emotionen jeden Gedanken daran, was eigentlich

<sup>3</sup> Heinrich Anacker: Ein Volk, ein Reich, ein Führer. Gedichte um Österreichs Heimkehr, München 1938.

<sup>4</sup> Josef Prueger: Heim ins Reich. Kampf und Sieg der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung in der Ostmark. Hg. im Auftrag des NS-Lehrerbundes, Wien 1941.

<sup>5</sup> Heim ins Reich. Reden Konrad Henleins, Reichenberg 1939.

<sup>6</sup> Heim ins Reich. Lieder eines Sudetendeutschen, Reichenberg 1939

geschah: Die deutschen Machthaberveränderten auf ihrem Vorkriegspfad die wirtschaftliche, demographische und militärstrategische Situation zu ihren Gunsten.

Zu diesem Zeitpunkt glaubte die übergroße Mehrheit der Deutschen, die Außenpolitik ihrer Regierung wolle alle vor den Grenzen des Reiches lebenden „Volksdeutschen“ in einem Staat zusammenführen. Das hielten sie für gerechtfertigt und für eine nationale Großtat. In dieses Bild passte nicht mehr die im März 1939 folgende Zerschlagung der Tschechoslowakei und die Okkupation der böhmischen und mährischen Landesteile. Manche Deutsche erinnerten sich, dass Hitler im September 1938 in einer Kriegsgeist wachrufenden Kundgebung in Berlin ausgerufen hatte: Wir wollen gar keine Tschechen! Nun wurden Millionen von ihnen zu Untertanen des Reiches gemacht. Freilich wagte niemand laut, Hitler Lügner zu nennen. Doch Berichte des Sicherheitsdienstes vermerkten die mancherorts entstandene Verwunderung über den nicht erwarteten und unverstandenen Schritt. Zu dessen Begründung reichten „völkische“ Argumente nicht aus. Daher griffen die Machthaber in die Geschichte, der sich viele schon vor ihnen als ein Warenhaus für die Legitimation von Eroberungen bedient hatten. Sie erklärten, der westliche Teil der Tschechoslowakei sei alter deutscher Reichsbesitz. Auf diese Weise ließen sich noch weitere Expansionen ins Visier nehmen, die jedoch ohne einen Schuss nicht zu haben sein würden. Doch genau kannten sich die Deutschen in der mittelalterlichen Reichsgeschichte zumeist nicht aus.

Am 1. September 1939, als die Wehrmacht in Polen einfiel, wurde den Deutschen weisgemacht, ihre Landsleute im Nachbarstaat seien von Ausrottung bedroht. Auch sie wünschten *Heim ins Reich* zu gelangen. Ein Spielfilm mit dem Titel *Heimkehr*, dessen Hauptrollen mit dem äußerst beliebten österreichischen Schauspieler-Ehepaar Paula Wessely und Attila Hörbiger besetzt wurden – beide hatten im „Abstimmungskampf“ 1938 ausdrücklich für die *Heimkehr* Österreichs geworben –, rechtfertigte in gefühlstiefender Handlung den Einfall in den Nachbarstaat. Er stellte die Polen als deutschenfeindliche Mörderbande dar. Aus deren Händen, so die Handlung, seien die „Volksdeutschen“ befreit worden, nachdem sie hinter Kerker-[293:]mauern und Stahlgittern tränenreich gesungen hatten: Nach der Heimat möchte ich wieder ... Antipolnischen Hass schürte auch der in den Hauptrollen mit den nicht weniger populären Schauspielern Willy Birgel und Brigitte Horney besetzte Spielfilm „Feinde“. In hohen Auflagen erschien das Buch „Der Tod in Polen. Die volksdeutsche Passion“ von Edwin Erich Dwinger, einem Schriftsteller, der durch seine die deutschen Soldaten des Weltkrieges heroisierenden Romane bekannt geworden war.<sup>7</sup>

Danziger, Ostoberschlesier und die verstreut in West- und Nordpolen lebenden Deutschen machten jedoch nicht die Mehrheit der Landesbewohner der okkupierten nord- und westpolnischen Gebiete aus. In diesen, die zu Reichsgauen erklärt, teils auch existierenden deutschen Provinzen angeschlossenen wurden, lebten vor allem Polen. Die Eroberer vertrieben sie zum Zwecke der „Germanisierung“ ostwärts in das so genannte Generalgouvernement. Deutsche aus der UdSSR, vor allem dem Baltikum, und aus Rumänien, Nachkommen von Familien, die vor Jahrhunderten aus deutschen Staaten ausgewandert waren, wurden 1940 auf weiten Wegen *Heim ins Reich* geholt und in verlassenen Gehöften angesiedelt. Vertreibung und „Germanisierung“ organisierte ein Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums, das zugleich eines der SS-Hauptämter war und also Heinrich Himmler, dem rabiaten und fanatischen Rassisten, unterstand. Mit diesem Schritt hatte sich die Möglichkeit, die populäre Parole zur Rechtfertigung eroberungslüsterner Politik zu verwenden, nahezu vollständig erschöpft.

Mit dem Wort *Heimkehrverbanden* sich den Deutschen seit 1940 Ereignisse und Hoffnungen ganz anderer Art. Zuerst die Rückkehr der siegestrunkenen Truppen nach Eroberungszügen. Enthusiastische Kundgebungen empfingen sie in den Garnisonsstädten, nachdem Frankreich kapituliert hatte. Sodann drückte *Heimkehr* die Hoffnung aus, es möchten Väter, Söhne, Brüder den sich hinziehenden und immer mehr Tote erfordernden Krieg gesund überleben. Schließlich, da lebten die Deutschen schon im Nachkrieg, galt der Begriff *Heimkehrer* den Soldaten, die aus der Gefangenschaft entlassen worden waren. „Hoffnung *Heimkehr*“ nannte einer von ihnen seinen Bericht, den er Jahrzehnte später

<sup>7</sup> Edwin Erich Dwinger: *Der Tod in Polen. Die volksdeutsche Passion*, Jena 1941.

veröffentlichte.<sup>8</sup> In dieser neuen Bedeutung wurde *Heimkehr* allen Deutschen geläufig, drückten sich in ihm doch Gefühle des Glücks ebenso aus wie die herbster Enttäuschung. Denn jene, die in den abgenutzten Kleidungsstücken der Wehrmacht nun nicht in ein Reich, sondern in besetzte Zonen [294:] zurückkehrten, waren nicht so selten auch Todesboten, die meist verlässliche Nachricht von den im Kriege und in Gefangenschaft Umgekommenen brachten. Unter ihnen waren nicht wenige – Saarländer, Österreicher, Sudetendeutsche –, die einst in Chören *Heim ins Reich* und auch *Ein Volk – ein Reich* – ein Führer gerufen hatten.

---

<sup>8</sup> Wolfgang Stadler: Hoffnung Heimkehr. Mit 17 Jahren an die Front, mit 19 hinter Stacheldraht, Colditz 2001.

## **Räder müssen rollen für den Sieg**

*Von Kurt Pätzold*

Zu den Lösungen, die sich über die Zeit der faschistischen Diktatur in Deutschland hinaus erhielten und ohne ihre ursprüngliche militärische Verwendung im Volksmund noch über Jahre in Gebrauch blieben, gehört *Räder müssen rollen für den Sieg*. Die Wendung schien viel weniger anrüchig zu sein als beispielsweise *Führer befiehl, wir folgen*, woran kaum jemand erinnert werden möchte, es sei denn, er wollte darauf bestehen, dass Hitler eben befohlen hätte und er habe folgen müssen. Was vielfach freier Entschluss gewesen war, erhielt den Anstrich unausweichlichen Zwanges, der von der Verantwortung für Tun und Lassen freisprechen sollte ...

Die Parole *Räder müssen rollen für den Sieg* besaß ihren Ursprung in einer Teilkrise im Kriegsverlauf und sie propagierte zugleich Anstrengung und Verzicht, durch die sie bewältigt werden sollte. Der Ausbruch dieser Krise datierte vom Herbst und Winter des Jahres 1941. Mit dem Vordringen der Wehrmacht in das Innere des europäischen Teils der Sowjetunion wurden die Nachschubwege für das Heer immer länger. Und zugleich wuchs mit dem unerwartet hartnäckigen Widerstand der Roten Armee der Verschleiß an Kriegstechnik und Munition. Es erhöhten sich die Forderungen an Nachschub und Ersatz. Das traf eine besonders empfindliche Stelle der deutschen Breitenrüstung, die schon im Vorkrieg sichtbar geworden war. Dass sie nicht schon früher bedrohlich aufbrach, hatte seine Gründe in der kurzen Dauer der Feldzüge zwischen September 1939 und dem Frühjahr 1941 und den vergleichsweise kurzen Entfernung, die bei den Kämpfen in Westeuropa und auf dem Balkan zu bewältigen gewesen waren. Sodann gehörten zur Beute in den eroberten Ländern auch Lokomotiven und Waggons der dortigen Eisenbahnunternehmen.

[295:] Das Debakel trat ein, bevor noch der Partisanenkampf sich gegen Transporte und Schienenstränge richtete. Der Fahrzeug- und namentlich der Lokomotivpark zeigte sich den Bedingungen des osteuropäischen Winters nicht gewachsen. Als die Fronten nach der Niederlage vor Moskau im Winter 1941/1942 erstarrten und die Gefechtstätigkeit für einige Zeit abgenommen hatte, sinnierte Hitler in seinem ostpreußischen Hauptquartier, sich um eine tiefere Analyse der Ursachen für den gescheiterten Feldzug herum drückend, auch über das angebliche Versagen seiner Verkehrsfachleute: „Das Schwierige unserer Lage ist nicht der Winter an sich, sondern Menschen haben und sie nicht transportieren, Munition haben und sie nicht vorbringen, Waffen haben und sie nicht hinbringen zu können. Wehe der Eisenbahn, wenn sie das das nächste Mal nicht anders macht.“<sup>1</sup> Zwei leitende Beamte der Eisenbahn, die im besetzten Osten in Minsk und Kiew eingesetzt gewesen waren, wurden aufgrund von Beschwerden der Wehrmacht kurzerhand in ein Konzentrationslager eingeliefert, dann jedoch nach Fürsprache des Ministers Julius Dorpmüller und Albert Speers wieder entlassen.<sup>2</sup> Das Problem ließ sich nicht auf ein paar Sündenböcke laden und mit ihnen in die Wüste lenken.

Nicht nur Hitler, sondern auch die Militärexperten seiner engsten Umgebung waren vor dem Einfall in die UdSSR davon ausgegangen, dass der Feldzug im Osten vor Wintereinbruch beendet sein werde. Folglich war auf die nun eingetretenen Schwierigkeiten kein vorausschauender Gedanke gewendet worden. Eilig wurden während der Phase der relativen Ruhe der Kriegshandlungen im Winter und Frühjahr 1942 Vorkehrungen getroffen, die Situation zu verbessern. Von den Anfang dieses Jahres verfügbaren Lokomotiven – insgesamt 30.000 – befand sich jede sechste in Reparatur. Als im Juni 1942 für die Offensive im Süden der Ostfront, die am 28. Juni begann und bis in die Niederlagen im Kaukasus und in Stalingrad führte, ein riesiger Fahrplan bewältigt werden musste, wurde gleichzeitig die Propaganda-Aktion *Räder müssen rollen für den Sieg* mit außerordentlichem Aufwand ins Werk gesetzt. Er war nur mit jenem vergleichbar, der für die Einsparung von Heizmaterial („Kohlenklau“) oder für die Sicherung der Geheimhaltung („Feind hört mit“) warb. Die Parole wurde durch die Presse

<sup>1</sup> Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944, Die Aufzeichnungen Heinrich Heims: Hg. v. Werner Jochmann, Hamburg 1982, S. 213 (= Heyne-Buch 6097) u. Henry Picker: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, Stuttgart 1981, S. 85 (= Goldmann TB). Die Aufzeichnungen geben Hitlers Äußerungen vom 18./19.01.1942 wieder.

<sup>2</sup> Institut für Zeitgeschichte München, Archiv MA 326, 24.

und den Funk unausgesetzt verbreitet. Sie stand in großen Lettern auf Bahnhöfen, Gebäuden des Verkehrswesens und an Schienenfahrzeugen der Eisenbahn.

[296:] Zu diesem Zeitpunkt hatte Hitler auf Anraten Albert Speers mit Albert Ganzenmüller am 1. Juni 1942 einen Staatssekretär an die Spitze des Reichsverkehrsministeriums gesetzt, der über „Osterrfahrung“ verfügte und als besonders durchsetzungsfähig galt. Bei seiner Einführung erklärte Hitler, der erneut versicherte, dass es für ihn das Wort unmöglich nicht gäbe: „Wegen der Transportfrage darf der Krieg nicht verloren gehen, sie ist also zu lösen“.<sup>3</sup>

Der Druck der Kampagne für die zum Sieg rollenden Räder sollte vor allem die Einschränkung privater Bahnreisen bewirken und den immer wieder kritisierten unzuverlässigen Berufsverkehr stabilisieren, den Arbeiter fortgesetzt kritisierten, weil sie – zusätzlich zur Überlänge ihres Arbeitstages – durch Verspätungen um Erholung und Schlaf gebracht wurden. Eine Zeit lang rangierte der Bau von Lokomotiven und Waggons in den Werken, die vorzugsweise Zwangsarbeiter zugewiesen erhielten, auf den Dringlichkeitslisten ganz vorn. Der für die Herbeischaffung dieser Arbeitskräfte – auch dafür war Transportraum erforderlich – zuständige Generalbevollmächtigte Fritz Sauckel sprach 1942 vom „Engpass der Engpässe“.<sup>4</sup>

Doch nicht nur für den unerreichbaren Sieg an den Fronten und auf Schlachtfeldern rollten die Räder der Deutschen Reichsbahn. Seit dem Jahre 1941 schafften Sonderzüge auf langen Schienenwegen mitunter quer durch Europa Juden aus dem Reich, aus den besetzten Gebieten und aus den Staaten der Verbündeten zu Mordstätten nach Oberschlesien, in das so genannte Generalgouvernement und in erobertes sowjetisches Gebiet. Berechnungen, die teils auf Schätzungen beruhen und deshalb nicht ohne Fehlerquote sein können, aber im Ganzen doch sichere Grundlagen besitzen, weisen aus, dass etwa drei Millionen Menschen auf diese Weise ihre Fahrt zu den Mörfern antreten mussten. Eine daran geknüpfte, in der Literatur immer wieder anzutreffende Behauptung, es hätten diese Züge vor denen der Wehrmacht Vorrang besessen, gehört in das Reich der Legende. Die Organisatoren dieser Transporte im Reichssicherheitshauptamt und auch Heinrich Himmler selbst traten gegenüber den Planern und Verteilern des Fahrzeugparks und der Schienenwege mit ihren Ansprüchen bestimmt, aber doch als Bittsteller auf und wussten, dass die für die Deportation notwendigen Züge auf den Prioritätenlisten der obersten Bahnbeamten zu keinem Zeitpunkt den ersten Platz besetzen konnten. Doch taten das Reichsverkehrsministerium und namentlich Staatssekretär Ganzenmüller alles, um das Verlangen der Judenmörder möglichst zu befriedigen.<sup>5</sup>

[297:] Während nach der Kapitulation an Gebäudewänden und den verschiedensten Flächen ange malte nazistische Durchhalteparolen rasch verschwanden, war *Räder müssen rollen für den Sieg* ins besondere auf dem Betriebsgelände der Eisenbahn noch länger zu lesen. Der Slogan höhnte nun die Deutschen an, zu deren Kriegserbschaft ein hochgradig zertrümmertes und ruiniertes Schienenverkehrsnetz gehörte. Auf Trittbrettern und Dächern von Waggons und an das Gestänge von Lokomotiven geklammert bewegten sie sich auf Fahrten, die keinem Fahrplan mehr folgten und an gesprengten Brücken unterbrochen wurden, durch ein weitgehend zerstörtes Land – zu ihren Arbeitsstätten oder auf so genannten Hamsterfahrten, bei denen sie auf dem Lande irgend etwas Essbares zu beschaffen, meist zu ertauschen suchten.

<sup>3</sup> Ebenda, MA 217, 1304 ff.

<sup>4</sup> Ebenda, Fa 511, Bl. 67, 73, 92.

<sup>5</sup> Zu den Einzelheiten vgl. Kurt Pätzold/Erika Schwarz: „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof“. Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994 Hier

## **Bombenstimmung**

*Von Almuth Püschel*

„Es war eine *Bombenstimmung*.“ Wer hat nicht irgendwann schon einen Bericht gehört, in dem – gleichsam zusammenfassend und krönend – dieser Satz gesprochen wurde. Und jeder der ihn hörte, verstand problemlos, dass da ein Beisammensein in heiterer und ausgelassener Atmosphäre, unbremst und überschäumend fröhlich verlaufen war. Das Kompositum in seiner Bedeutung „sehr heiter“ und „ausgelassen“ gehört zur allgemeinen Umgangssprache. Und kaum jemand wird stutzig über diese Sinngebung, über den Antagonismus, der in dem Wort steckt; verheißt doch das Bestimmungswort des Kompositums „Bombe“ von seiner Bedeutung her nichts Gutes. Es signalisiert Gefahr, Zerstörung und Tod. Mit Bomben machten Generationen von Deutschen vor allem in den Jahren zwischen 1941 und 1945 bittere Erfahrungen. Sie haben ihnen mehr als einmal nicht nur die Stimmung verdorben. Und dennoch hat sich das Wort behauptet.

Bombe bezeichnet einen mit Spreng-, Brand- oder chemischen Stoffen gefüllten und mit einem Zünder versehenen Metallkörper. Das Wort besitzt seinen Ursprung im griechischen bómbos (dumpfes Getöse). Ins Lateinische wurde es als bombus mit den Bedeutungen dumpfer Ton, Summen, Brummen übernommen. Aus der italieni-[298:]schen gelangte es Anfang des 17. Jahrhunderts über die französische (la bombe) in die deutsche Sprache. Andere Wortbildungen, wie die Adjektive bombenfest (zweite Hälfte 18. Jahrhundert), bombensicher (zweite Hälfte 19. Jahrhundert) bedeuteten ursprünglich: einem Bombenangriff standhalten. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich Übertragungen im Sinne von „sehr stabil“, „sehr sicher“ und „ganz sicher“. Zu ihnen gehört auch das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandene Substantiv Bombenerfolg. Es stellt eine Gedankenverbindung her zu Kraft, Stärke und Wirksamkeit, eben jener von Bomben, die damals mit dem Mörser abgeschossen wurden. Das Wort Bombenstimmung schließlich ist eine Wortschöpfung erst aus den späten 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, als im faschistischen Staat die Rüstungspolitik und insbesondere die Luftrüstung verherrlicht und die Kriegspropaganda auf hohe Touren gebracht wurden. Damals gewann die technische und ökonomische Kriegsvorbereitung neue Dimensionen.

Als der Mensch über die Möglichkeit verfügte, sich in der Luft zu bewegen, brauchte es nicht lange und diese Erfindungen wurden auch militärisch genutzt. Seit sich 1783 die Brüder Montgolfier mit ihrem ersten Ballon in die Lüfte erhoben hatten, vergingen nur elf Jahre bis 1794 derlei Gerät während der Französischen Revolution zur Luftaufklärung eingesetzt wurde. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts erhoben sich Luftschiffe von der Erde, und sehr schnell wurde ihre militärische Verwendbarkeit erkannt. Die europäischen Mächte begannen mit dem Aufbau von Luftstreitkräften. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs verfügte das deutsche Kaiserreich über die modernste Luftschiff-Flotte. Im kaiserlichen Generalstab wurde offen über deren Bedeutung als Bombenträger gesprochen.

Das Bekanntwerden dieser Vorstellungen deutscher Militärs schuf erhebliche Beunruhigung in Europa. 1912 initiierten der „Vater“ des Sherlock Holmes, Arthur Canon Doyle, und der Nestor der Science-Fiction-Literatur, Herbert George Wells, eine Protestnote gegen den Luftkrieg. Wells hatte bereits 1908 in seinem Roman „War in the Air“, in dem er die Bombardierung von Städten durch Luftschiffe beschreibt, vor deren Verwendung als Bombenträger und vor dem Einsatz von Bomben gegen die Zivilbevölkerung gewarnt. Der Gedanke an einen Krieg aus der Luft besaß nichts Lustiges, sondern verbreitete Angst und Schrecken. Doch die Militärs planten weiter.

[299:] Während der deutsche Generalstab auf das Luftschiff setzte, konzentrierten sich die Entente-mächte auf die Entwicklung von Flugzeugen. Deren Bau schritt seit den ersten Flugversuchen der Brüder Orville und Willbur Wright im Jahre 1903 – sie erprobten eigentlich bessere Lufthüpfer – rasch voran. Auch die Flugapparate wurden alsbald darauf geprüft, ob sie praktischen Nutzen für militärische Zwecke zu bringen vermochten. Sie wurden für brauchbar befunden. Die ersten Bomben aus einem Flugzeug warfen italienische Militärs von einer Rumpler-Taube aus ab. Das geschah am 1. November 1911 während des italienisch-türkischen Krieges über den lybischen Ortschaften Ain Zara und Taguira. Ziel waren die türkischen Streitkräfte.

Drei Jahre später tobte der Weltkrieg. Die Schreckensvisionen von Wells aus dem Jahre 1908 wurden Realität. Der Krieg, bislang zu Land und Wasser geführt, dehnte sich in die Luft aus. Das Flugzeug setzte sich gegenüber dem schwerfälligen Luftschiff durch. Seine Entwicklung und Produktion wurde forciert. 1918 betrug der Anteil der Bombenflugzeuge am gesamten deutschen Flugzeugbestand elf Prozent. Der Krieg, auch als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts identifiziert, legte die Janusköpfigkeit der Verwendung technischer Neuerungen bloß und verdeutlichte – wenn auch erst in Umrissen – welches Ausmaß der Einsatz der Luftwaffe künftig gewinnen könnte. Acht Millionen Tote und 19 Millionen Verwundete, zum Teil für den Rest ihres Lebens gezeichnet, waren zu beklagen. Wer heute durch das Somme-Tal oder Flandern reist, kann die Narben noch erkennen, die dieser Krieg hinterließ.

Der 1919 unterzeichnete Versailler Vertrag untersagte Deutschland, Luftstreitkräfte zu unterhalten. 15.000 Flugzeuge und 28.000 Flugmotore mussten zerstört oder den Ententemächten übergeben werden. So existierten in der Weimarer Republik offiziell nur zivile Luftverkehrsgesellschaften und in den Flugzeugfabriken wurde nur für den zivilen Bedarf produziert. Jedoch investierte nicht allein das Reichsverkehrsministerium in die Entwicklung des Flugwesens. Mit weit höheren Beträgen war daran das Reichswehrministerium beteiligt. Carl von Ossietzkys Wochenschrift „Die Weltbühne“ enthüllte 1929, dass Staatsbehörden den Versailler Vertrag unterlaufen und an verschiedene Flugzeugkonzerne insgeheim Rüstungssubventionen gezahlt hatten. In den Fabriken entstanden unter größter Geheimhaltung u. a. Bombenabwurfvorrichtungen und Transportwagen für Bomben.<sup>1</sup> Die insgesamt doch nicht geheim zu haltenden [300:] Rüstungen – nicht nur für eine Luftwaffe, sondern auch für eine modernisierte Marine – reihten sich während der 20er Jahre zu einer politischen chronique scandaleuse aneinander, die jedoch für die Haltung des Auslands zur Weimarer Republik faktisch folgenlos blieb.

Unmittelbar nach dem Machtantritt der nationalsozialistischen Führer richteten sich Sofortmaßnahmen, noch notdürftig getarnt, auf die Stärkung der Luftrüstung. Das Kabinett bewilligte dafür auf seiner Sitzung am 9. Februar 1933 40 Millionen RM. Das Schwergewicht wurde auf den Aufbau einer starken Bomberflotte gelegt; die Orientierung lieferten Theorien über den künftigen Luftkrieg, die von dem italienischen Fliegeroffizier Giulio Douhet stammten. Ermöglicht werden sollten Fernflüge und andauernde Luftangriffe auf Zivilbevölkerung und Industrieanlagen im Hinterland des Gegners, um dessen Bevölkerung zu demoralisieren. 1939 machte der Bomberbestand fast die Hälfte der Flugzeuge der deutschen Luftwaffe aus.

Zum Experimentierfeld für die neu gewonnenen zerstörerischen Möglichkeiten war zuvor schon Spanien geworden. Die Einwohner von Guernica (1937) und Barcelona (1938) waren Luftangriffen ausgesetzt, die in der Geschichte ohne Beispiel waren. Sie erlebten vorweg, was kurze Zeit später der Bevölkerung in den von Deutschland angegriffenen Ländern geschah und dann auch der in deutschen Städten. Während Pablo Picasso sein Gemälde „Guernica“ schuf, in dem er den Angriff als Apokalypse darstellt, ähnlich wie H. G. Wells in seinem frühen Roman, während antifaschistische Filmemacher, Schriftsteller und Fotografen in aller Welt in Kunstwerken den Luftkrieg gegen Spanien und dessen faschistische Urheber anklagten, begannen 1939 in den Ufa-Studios Dreharbeiten zum Spielfilm „Legion Condor“, der den Terror gegen das spanische Volk rechtfertigte. Regie führte Karl Ritter gemeinsam mit dem Luftwaffengeneral Wilberg. Beide hatten während des Ersten Weltkrieges als Flieger einschlägige Erfahrungen gesammelt. Wilberg arbeitete 1926 die „Richtlinien für die Führung des operativen Luftkrieges“ aus.

Alsbald hatte das Medium Film einen großen Anteil an der Inszenierung des Luftkrieges als einer besonders fröhlichen Art, Krieg zu führen. Keine andere Waffengattung der deutschen Wehrmacht war so häufig im Film vertreten wie die Luftwaffe, in belehrenden Kulturfilmern ebenso wie in Spielfilmen, die zur Unterhaltung dienten [301:] und Manipulation dezent bewirkten. Dafür war der Gegenstand psychologisch bestens geeignet. „Fliegerfilme“ nutzten den Technikenthusiasmus vor allem der männlichen Jugend und beuteten deren Begeisterung für Tempo, Bewegung und Abenteuer aus. Ihr Sujet bot noch weitere Möglichkeiten, die sich gut in das Konzept der NS-Propaganda fügten: die

<sup>1</sup> Siehe Jörg Arnim Kranzoff: Arado. Geschichte eines Flugzeugwerkes, Oberhaching 1995, S. 43 f.

Darstellung von Männerfreundschaften, die in den Gefahren und Widrigkeiten des Lebens bestanden, von Opfermut für das Vaterland, von Liebesgeschichten, die von Treue und Verzicht der Frauen erzählten.

Zwischen 1935 und 1939 entstand eine Reihe von Kulturfilmern, die über den Aufbau und die Stärke der neuen deutschen Luftwaffe berichteten und Begeisterung für das Fliegen wachrufen oder weiter fördern sollten. In ihnen wirkten als Gäste Protagonisten der deutschen Luftwaffe wie Erhard Milch und Ernst Udet mit. Schon die Filmtitel zielten auf die Weckung von militärisch ausgerichtetem Nationalstolz: Deutsche Flieger, Deutschlandflug, Deutscher Luftflug u. a. Die Botschaft lautete durchweg: Die „Schmach von Versailles“ ist Vergangenheit. Auf der Leinwand präsentierten sich neu gewonnene Kraft und Stärke.

1938 drehte Karl Ritter „Pour le mérite“, der die Weimarer Republik des Verrats an den deutschen Soldaten (Fliegern) des Weltkrieges denunzierte, die illegale Rüstung glorifizierte und das neue Reich als Durchbruch zur „Wehrfreiheit“ feierte. Der Film mündet in die Verkündung der Allgemeinen Wehrpflicht am 16. Mai 1935 und die Gründung der Luftwaffe. Er zeigt, dass die Kriegshelden, die dem Film zufolge während der Republikzeit ein Schattendasein fristen mussten, nun wieder gebraucht werden. Eine Militärparade, die Beförderung des lange zum Leben am Rande der Gesellschaft verdammten Haupthelden zum Oberst und das Aufsteigen der ersten Stukas beenden den Film.

Ein Jahr später, 1939, drehte Hans Bertram „D III 88“, der 1941 mit „Kampfgeschwader Lützow“ seine Fortsetzung fand. Karl Ritter ergänzte im gleichen Jahr mit „Stukas“ die Palette. Dann folgten „Himmelhunde“ (1942), „Besatzung Dora“ (1943), „Junge Adler“ (1944). Fröhliche Propaganda für die deutsche Fliegerei – wenn auch in verhaltenerer Form – verbreiteten die Quax-Filme mit dem populären Heinz Rühmann, 1941 „Quax der Bruchpilot“, 1944 „Quax auf Abwegen“ und – noch 1945 – „Quax in Fahrt“. Darüber hinaus entstanden noch eine Vielzahl von Lehr- und Kulturfilmern, die im Beiprogramm oder in speziellen Vorführungen gezeigt wurden.

[302:] Einer anderen Kategorie war der 1940 entstandene Kompilationsfilm „Feuertaufe – Film vom Einsatz der deutschen Luftwaffe in Polen“ zuzurechnen, der im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums von Hans Bertram fertiggestellt wurde. Er dokumentierte den Luftkrieg gegen Polen und benannte bereits die nächste Stoßrichtung – England. Er zeigte Bilder von verheerenden Wirkungen der Luftangriffe, so auf das zerbombte und brennende Warschau, das am 27. September 1939 kapituliert hatte. Die Luftwaffe hatte demnach ganze Arbeit geleistet. Siegerstimmung herrschte bei den Bombenwerfern. Am Schluss des Films standen drohend Görings Worte: „Was die deutsche Luftwaffe in Polen versprochen hat, wird sie in England und Frankreich halten ... Wir werden Herrn Chamberlain beweisen, dass es keine Inseln mehr gibt. Jedes Fliegerherz schlägt höher, wenn der Startbefehl ergeht: Wir fliegen gegen England.“<sup>2</sup> Zur emotionalen Verstärkung erklang die Norbert-Schulze-Vertonung von Wilhelm Stoepplers Versen:

Wir flogen zur Weichsel und Warthe,  
Wir flogen ins polnische Land!  
Wir trafen es schwer, das feindliche Heer,  
mit Blitzen und Bomben und Brand.  
Wir stellen den britischen Löwen  
Zum letzten entscheidenden Schlag!  
Wir halten Gericht. Ein Weltreich zerbricht.  
Das war unser stolzester Tag!<sup>3</sup>

Und dann ging es mit einem Refrain fort, als handele es sich um ein gänzlich gefahrloses Abenteuer: „Kamerad! Kamerad! Alle Mädels müssen warten. / Kamerad! Kamerad! Der Befehl ist da, wir starten! / Kamerad! Kamerad! Die Lösung ist bekannt / Ran an den Feind! Ran an den Feind! Bomben

<sup>2</sup> Zit. nach Hilmar Hoffmann: „Und die Fahne führt uns in die Ewigkeit“. Propaganda im NS-Film, Frankfurt a. M. 1988, S. 171.

<sup>3</sup> Ebenda. In anderer Version lautet der letzte Vers: das wird unser stolzester Tag.

auf Engelland! / Hört ihr die Motoren singen: ran an den Feind! Hört ihrs in den Ohren klingen: ran an den Feind! / Bomben! Bomben! Bomben auf Engelland!“

Auch im Spielfilm „Stukas“ fliegen die Besatzungen begeistert ihre Sturzflugattacken, klinken singend und lachend ihre todbringende Ladung aus und vollführen am Himmel triumphierend Kunstflüge. Die am Himmel dahin ziehenden Bomberstaffeln wecken im Film die Assoziation an Revuefilme. Ähnlich wie in „Feuertaufe“ verstärken Musik und Gesang die euphorische zum Teil ekstatische Stimmung. Hier wird zu Knüppelversen gesungen: Wir sind die schwarzen Husaren der Luft / Die Stukas, die Stukas, die Stukas / Immer bereit, wenn der Einsatz ruft, / Die Stukas, die Stukas, die [303:] Stukas / Wir stürzen vom Himmel und schlagen zu. / Wir fürchten die Hölle nicht und geben nicht Ruh', / Bis endlich der Feind am Boden liegt, / Bis Engeland, bis Engeland, bis Engeland besiegt, / Die Stukas, die Stukas, die Stukas!“ (Text: Geno Ohlischläger, Musik: Herben Windt). Großaufnahmen der Stuka-Besatzungen lassen die Filmbetrachter an der guten Laune der Piloten teilhaben. Fröhliche Stimmung überträgt sich von der Leinwand in die Kinosäle – zu einer Zeit, da den Deutschen die Sprache noch fremd war, in der ihnen wenig später der Anflug feindlicher Luftverbände auf ihre Städte mitgeteilt wurde, und auch die sich daran anschließende Erfahrung. Da noch ließen sie sich in *Bombenstimmung* und Siegeslaune versetzen. Schmutz, Schmerz und Blut kamen in diesen Filmen nicht vor. Der Tod ist ein hehres Opfer, das die Angehörigen mit Fassung tragen. Und die Toten des kriegerischen Luftterrors spielten in den Filmen sowieso keine Rolle.

Doch selbst als der Luftkrieg auf Deutschland zurückschlug und dessen Bevölkerung das Trauma und das Elend der Luftangriffe am eigenen Leibe erfahren hatte, ging die Wortschöpfung Bombenstimmung in der Bedeutung von „fröhlich“, „sehr gut gelaunt“ nicht verloren. Es erhielt sich eine im Kern perverse Wortschöpfung, mit der Freude und Fröhlichkeit bezeichnet wurde, während das Morden seinen Fortgang nahm.

## **Heimatfront**

*Von Richard Lakowski*

Der Philologe und Romanist Victor Klemperer vermerkte auf den ersten Seiten seines berühmt gewordenen Buches über die Sprache des Dritten Reiches: „Natürlich bemächtigte die LTI sich auch und sogar mit besonderer Energie, des Heeres; aber zwischen der Heeressprache und LTI liegt eine Wechselwirkung vor, genauer: erst hat die Heeressprache auf die LTI gewirkt, und dann ist die Heeressprache von der LTI korrumptiert worden.“<sup>1</sup>

Der seit Mitte des Zweiten Weltkrieges in Presse, Rundfunk und auch in der einflussreichen Kino-Wochenschau benutzte Terminus von der *Heimatfront* ist ein Musterbeispiel für Klemperers Feststellung.

[304:] Der Ursprung dieser Sprachschöpfung liegt, wie in vielen anderen Fällen, in den politischen und militärischen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges. Noch in den europäischen Kabinettskriegen des 18. Jahrhunderts spielte das eigene Territorium kaum eine andere Rolle als das des Gegners. Üblicherweise konnte der Feind von heute der Freund von morgen sein, übermorgen war er es mit Sicherheit. Nicht selten bildete die Eroberung und Aneignung des gegnerischen Gebiets oder von Teilen desselben sowie die Unterwerfung seiner Bewohner den Preis des Sieges. Letzteres geschah meist unabhängig von Volkszugehörigkeit, Glauben oder Nationalität. Bei allen Verheerungen, die auch jene Kriege anrichteten, die unentwickelten Kriegsmittel begrenzten noch – verglichen mit dem Geschehen des 20. Jahrhunderts – die Zahl der Toten und die Masse der Trümmer und anderen Zerstörungen.

Erste Anzeichen der Veränderung der Verhältnisse im europäischen Raum zeichneten sich in den Jahren der napoleonischen Kriege bis zu deren Ende im Jahre 1815 ab. Die Große Französische Revolution von 1789 brachte Elemente einer Kriegsführung hervor, in denen die zivile Bevölkerung zugleich Objekt und Subjekt wurde. Im „Volkskrieg“ verwischten sich Unterschiede zwischen Kriegs- und Heimatgebiet und daraus entsprangen schreckliche Folgen. Früh hat sie der spanische Maler Francisco Goya im Zusammenhang mit dem Schicksal seines Vaterlandes in seinen Radierungen festgehalten.

Die Veränderungen in den Kriegen infolge wirtschaftlicher und technischer Entwicklungen, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzogen, wurden – obwohl sie sich z. B. im Bürgerkrieg der USA zwischen 1861 und 1865 abzeichneten – von den führenden Militärs der europäischen Großmächte nicht erkannt bzw. nicht beachtet. Ebenso wenig nahm man das Werk des russischen Nationalökonomie Bloch über den zukünftigen Krieg wahr. Er sagte voraus, dass dieser für Sieger und Besiegte gleichermaßen problematisch sein werde und warnte vor den zu erwartenden Folgen eines großen Krieges. Vor allem befürchtete Bloch unkalkulierbare Reaktionen der Massen in den Krieg führenden Staaten.<sup>2</sup> Der überwiegende Teil der Theoretiker und Praktiker des Krieges ging von einem gegenteiligen Kriegsbild aus, so in Deutschland der Chef des Generalstabes Alfred von Schlieffen, der meinte, dass sich lang „hinziehende Kriege“, weil wirtschaftlich untragbar, nicht möglich seien. „Der Kulturzustand der Völker, der Aufwand der zur Unterhaltung solcher Massen (Millionenheeren, R. L.) erforderlichen [305:] unermesslichen Mittel verlangt rasche Entscheidung, baldiges Ende.“<sup>3</sup>

Der Krieg von 1914 bis 1918 korrigierte das gründlich. Unter den Militärs aller Großmächte, vor allem im unterlegenen Deutschland begann nicht lange nach dem „Großen Krieg der weißen Männer“ – so der Titel eines Romanzyklus von Arnold Zweig – jedoch nicht die Suche nach friedlichen Konfliktlösungen, sondern danach, wie ein erneuter Waffengang unter den neuen Bedingungen vorbereitet und geführt werden müsste.

Das Ergebnis bestand in der Lehre vom totalen Krieg und dessen gesamtgesellschaftlichem Charakter. Der Krieg der Streitkräfte, der Wirtschaftskrieg und der Propagandakrieg würden die Aufbietung

<sup>1</sup> Victor Klemperer: LTI. Notizbuch eines Philologen, 3. Aufl., Leipzig 1970, S. 29.

<sup>2</sup> Ivan S. v. Bloch: Der zukünftige Krieg in seiner technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung, Berlin 1899.

<sup>3</sup> Zit. nach Helmut Otto: Schlieffen und der Generalstab, Berlin 1966, S. 108.

aller Ressourcen, der Ausschöpfung aller Menschenreserven und ihrer geistigen Mobilisierung erfordern. Also werde bei künftigen militärischen Auseinandersetzungen das Hinterland, die Heimat, ebenso Kampfgebiet sein wie die Front, wie diese müsste es auf den „Ernstfall“ vorbereitet werden. „Der Krieg wird zum totalen Krieg und trägt wieder die Züge seiner rauen Urform, des rücksichtslosen Kampfes aller gegen alle ... Ein solcher Krieg kennt in seinem Verlauf keine Schonung gegenüber dem feindlichen Volk.“<sup>4</sup> Über Erfolg oder Misserfolg werde wie bisher im bewaffneten Kampf entschieden. Aber unter den Faktoren, die den Krieg und dessen Ausgang beeinflussten, stand an vorderster Stelle die Führung, Mobilisierung und Aktivierung des Volkes, das so geführt werden müsse, dass es über längere Zeit höchste Anspannung willig, zumindest ohne Widerstand ertrug.

Für die Herstellung dieser Bedingung bot sich in Deutschland die faschistische Bewegung an. Die Affinität führender Militärkreise zur Nazipartei und der von ihr beherrschten Diktatur in Deutschland lag zu einem großen Teil in dem Trauma des Ersten Weltkrieges und der Revolution des Jahres 1918 begründet. Die von Hitler geführte Partei und Regierung verschmolz vorgefundene Ideologien mit der Entschlossenheit zu einem alle bedrohenden Terror gegen die, die sich als kriegsunwillig zeigen würden. Dessen Anwendung schon im Vorkrieg gegen Linke, Liberale und nicht zuletzt den jüdischen Teil des deutschen Volkes gewöhnte bereits im Frieden an die „rauen Urformen“ des kommenden Krieges.

In offiziellen Dokumenten war in der Regel von der „inneren Front“ die Rede, für deren Aufrichtung und Festigung die Nazipartei zuständig war. Die 1937 gebildete „Abteilung Mobilmachung im [306:] Stab des Stellvertreters des Führers“ legte im Mai 1938 streng vertrauliche Pläne für den Einsatz der Nazipartei und ihrer angeschlossenen Verbände im Kriegsfall vor. Reichsorganisationsleiter der SDAP, Robert Ley, verkündete: „.... ebenso wichtig wie der Kampf an der Front ist der Kampf in der Heimat, jener Kampf, der dem Aufbau und der Ausrichtung der inneren Front Deutschlands zu dienen hat ... die Heimat muss innerlich so fest bleiben, dass die Front draußen nie wieder durch verbrecherische Elemente von hinten erdolcht werden kann.“<sup>5</sup>

Während der Blitzsiege zwischen September 1939 und Frühjahr 1941 erwiesen sich die aus dem Ersten Weltkrieg herrührenden Befürchtungen als unbegründet. Die potentiellen Unruhestifter wurden bei Kriegsbeginn nach entsprechend vorbereiteten Unterlagen in Lager gesperrt. Nur sehr vorsichtig wurden, trotz der Einführung von Lebensmittelkarten und der Verlängerung der Arbeitszeit, weitere Einschränkungen für das Leben der Zivilisten vorgenommen. Der Krieg blieb fern, begrenzt und erfolgreich. Von Siegen berauscht, folgte der überwiegende Teil des Volkes den „Fahnen des Führers“. In dieser Zeitspanne ist die Benutzung der Vokabel *Heimatfront* kaum nachweisbar. Noch nach dem Überfall auf die UdSSR im Juli 1941 sprach Hitler nur von einem ganzen Volk im Kampf, „teils in der Heimat, teils an der Front“ und am 3. Oktober dankte er der „Front und der Heimat“. Die Deutschen sollten und konnten sich insgesamt als Kriegsgewinner sehen. Die Verluste schien der „Ertrag“ aufzuwiegen.

Dem Teil der Naziführung, der von vornherein auf die schärfste Ausrichtung der Gesellschaft und ihrer Strukturen auf den totalen Krieg bedacht war, verweigerte sich Hitler mit Rücksicht auf die Reaktion der Massen. Erst nach dem Scheitern des „Blitzkrieges“ im Osten und der Niederlage bei Stalingrad sowie mit dem Beginn der Flächenbombardements der Westalliierten gegen die Zivilbevölkerung begann sich die „innere Front“ inhaltlich und im öffentlichen Sprachgebrauch zur *Heimatfront* zu wandeln. Nun, da nicht mehr allein das gegnerische Hinterland, sondern auch das eigene den Krieg direkt zu spüren bekam und zu erleiden hatte, erhielt der Begriff Heimatfront seinen realen Gehalt. Propagandaminister Joseph Goebbels trug dem im August 1942 nach einer Vortragsreise durch Westdeutschland Rechnung. Auf einer geheimen Konferenz seines Ministeriums schlussfolgerte er aus der durch die Luftangriffe in den rheinisch-westfälischen Städten entstandenen Situation,

<sup>4</sup> Gerhard Förster: Totaler Krieg und Blitzkrieg. Die Theorie des totalen Krieges und des Blitzkrieges in der Militärdoktrin des faschistischen Deutschlands am Vorabend des zweiten Weltkrieges, Berlin 1967, S. 243.

<sup>5</sup> Laurenz Demps: Dokumente zur Funktion und Rolle der faschistischen Partei (NSDAP) bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges (1937-1939), in: Bulletin des Arbeitskreises „zweiter Weltkrieg“, Nr. 3/4, 1977, S. 94 f.

man solle [307:] deren Bevölkerung eine größere Anerkennung zukommen lassen. Besondere Leistungen während und nach den Angriffen müssten mit Auszeichnungen belohnt werden, die bisher nur für den Fronteinsatz vorgesehen gewesen waren, wie das Eiserne Kreuz und das Ritterkreuz.<sup>6</sup>

Stärker noch als die Luftangriffe des Jahres 1942 wirkte sich der Krieg im Osten auf die Veränderung der Situation im Heimatgebiet aus. Dessen Bevölkerung wurden nun zunehmend höhere physische und psychischen Belastungen auferlegt. Lockung, Belohnung, Versprechen, Bestrafung aller Art wurden eingesetzt.

Für die unteren und mittleren Nazifunktionäre erwies es sich immer schwieriger, die Stimmung an der „inneren Front“ zu beeinflussen und überzeugende Argumente unter die Leute zu bringen, die sie mobilisierten. Dass sie selber, wiewohl kriegsverwendfähig, sich als unabkömmlich (UK) in der Heimat befanden, wirkte mehr provozierend als aktivierend. Und der Drang dieser so genannten Heitesträger an die Front, wie er noch zu Zeiten der Blitzsiege bestand, ließ auch merklich nach.

Nun aber traf sich hier die reale Entwicklung des Kriegsgeschehens mit dem persönlichen Interesse eines Teiles der Nazifunktionäre. Ihre Tätigkeit in der Heimat ließ sich als eine Art Fronteinsatz – eben an der *Heimatfront* – darstellen. Die häufige Verwendung des Begriffs bot sich für diese Gruppe geradezu an. Trotz ironisierender Gegenschöpfungen im Landserjargon wie *Heimatkrieger*, wurde er von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen, charakterisierte er doch deren Lebenswirklichkeit und hob mancher Leute Selbstwertgefühl nicht wenig. Jedoch: die Zeit, da Rundfunksendungen wie „Wunschkonzert“, die alle Sender des „Großdeutschen Rundfunks“ übertrugen, die Verbindung zwischen Front und Heimat selig herstellten und im Sinne der Machthaber festigten, war vorüber.

Am 13. Januar 1943 unterzeichnete Hitler den Erlass „Über den umfassenden Einsatz der arbeitsfähigen Männer und Frauen für die Aufgaben der Reichsverteidigung“. Am 18. Februar 1943 proklamierte Goebbels den totalen Krieg. Gravierende Einschnitte in die Lebens- und Arbeitsbedingungen der deutschen Bevölkerung folgten. In der Rüstungsindustrie stieg die wöchentliche Arbeitszeit von 60 Stunden im Jahre 1940 auf 72 für das „Adolf-Hitler-Panzerprogramm“.<sup>7</sup> Der Erlös aus unentgeltlichen zusätzlichen Sonntagsschichten floss dem Staat zu. Im Frühjahr 1943 wurde das Jugend-[308:]schutzgesetz geändert, so dass auch die 16- und 17-Jährigen an Sonntagsschichten teilnehmen konnten.

Die Hauptlast dieser und weiterer Maßnahmen hatten aufgrund der Mobilisierung der Männer für die Wehrmacht die Frauen, insbesondere der unteren Schichten zu tragen. Verlängerte Arbeitszeiten mit durch unsichere Verkehrsverbindungen längeren Anfahrten zu den Arbeitsstätten, Erschwernisse infolge immer häufiger werdender Fliegeralarme, Sorgen um die Betreuung und Ernährung von Kindern und Kranken erhöhten die Lasten des Alltags unausgesetzt. Immer jüngere „Volksgenossen“ wurden in die Kriegsanstrengungen eingespannt, wie Ley schon 1939 angekündigt hatte: „Die moderne Verteidigung eines Volkes ist keineswegs nur eine Angelegenheit der Soldaten, sondern sie geht jeden einzelnen deutschen Mann, jede einzelne deutsche Frau, jeden Jungen und jedes Mädel an.“<sup>8</sup> Hatten Jungen und Mädchen schon seit Kriegsbeginn Hilfsdienste geleistet, zu denen Ernteeinsätze, das Sammeln von Altmaterial, die Betreuung Verwundeter gehörten, so erhielt auch für sie von 1943 an das Wort „Kriegseinsatz“ einen veränderten Sinn. Nach einem „Führerentscheid“ vom 7. Januar wurden Schüler höherer Schulen vom 15. Lebensjahr an als Helfer bei der Heimatflak verpflichtet, seit 1944 geschah das auch Lehrlingen. Zum gleichen Dienst wurden Frauen herangezogen und ebenso zur Verwendung als Stabs- und Nachrichtenhelperinnen in der Wehrmacht, die sie im Reich wie im besetzten Gebiet und im rückwärtigen Heeresgebiet verwendete.

Die Naziführung war sich bewusst, dass allein eine wortreiche Gleichsetzung der Heimat mit der Front und moralische Anreize wie Auszeichnungen nicht genügten, um in diesem Stadium des

<sup>6</sup> Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939-1945. Hg. v. Willi A. Boelcke, München 1967, S. 352 f.

<sup>7</sup> Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. II, 1941-1943, Berlin 1985, S. 262.

<sup>8</sup> Demps, S. 94.

Krieges die notwendige Mobilisierung zu erreichen. Daher wurde ein abgestuftes System materieller Vergünstigungen bei der Versorgung (u. a. nach Luftangriffen, für Soldatenfrauen und -witwen) geschaffen, wobei sich die NSDAP werbend als Geber, Spender und Organisator in Szene zu setzen suchte. Diese „Geschenke“ waren nur möglich, weil sie auf der gnadenlosen Ausplünderung der okkupierten Gebiete beruhten, was die Mehrheit der Deutschen weder wahrnahm noch interessierte. Als Hitler am 1. September 1943 in einer Rundfunkrede ausdrücklich die *Heimatfront* lobend erwähnte, soll das, wie Meldungen des Sicherheitsdienstes hervorhoben, „dankbar hingenommen“ worden sein.

Zugleich schritt die terroristische Sicherung der Heimatfront fort. Das Strafmaß gegen „Defätisten“ wurde verschärft. „Neuerdings [309:] erblickt man in diesen Äußerungen (im Nazijargon in den „Zersetzungsvorwürfen einzelner Defätisten“, R. L.) vielfach ein todeswürdiges Verbrechen, wenn sie, wie es in einer Rundverfügung des Reichsjustizministeriums heißt, dem ‚Großangriff des Feindes auf die innere Front‘ Vorschub leisten, indem sie die Opfer, die der totale Krieg von allen fordert, als sinnlos, und als nicht länger erträglich hinstellen‘. Der betreffende Täter wird jetzt insbesondere nach § 5 Absatz 1 Nr. 1 der Kriegsstrafsonderstrafrechtsverordnung (Wehrkraftzersetzung) bestraft.“<sup>9</sup>

Der größte Teil der Bevölkerung des Reiches erwies sich für die „innere Front“, so immer noch die offizielle Benennung des Heimatkriegsgebietes, als tauglich und machte dem Regime keine Probleme. Befürchtungen aber ergaben sich aus dem Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern im Reichsgebiet. Nun bekam die „innere Front“ eine neue Dimension, namentlich seit Millionen sowjetische Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter, so genannte „Ostarbeiter“ herangeschleppt wurden, wodurch sich die Struktur der Arbeitskräfte in den industriellen Ballungsgebieten bedrohlich veränderte. Dem trug die Wehrmacht mit dem Walküre-Plan Rechnung, der 1943 in Kraft trat und militärische Gegenmaßnahmen im Falle innerer Unruhen im Reichsgebiet vorsah.

*Heimatfront* – der Begriff verband sich jedoch am deutlichsten und bleibend mit dem Luftkrieg über Deutschland. Dessen Führung veränderte sich, wie der amerikanische Historiker Edward Jablonski feststellt, mit den deutsch-britischen Operationen seit 1940 grundlegend: „Die Fiktion des rein militärischen Ziels war beseitigt. Der Krieg zwischen den Soldaten war vorüber, es würde nun ein Krieg zwischen den Völkern werden. Der Zivilist genoss nicht länger den Status des Nichtkombattanten: Der moderne Krieg hatte offiziell eine neue Lage eingenommen.“<sup>10</sup> Im Gegensatz zur relativen Ruhe in manchen Regionen der besetzten Gebiete, die offiziell als Front galten, wurde das gesamte Heimatgebiet von 1943 an tatsächlich Front. Mit dem wachsenden Potential und den Erfahrungen ihrer Luftstreitkräfte weiteten sich Ziele und Intensität der alliierten Luftangriffe über Deutschland aus. Sie reichten von den Bewohnern der Großstädte, wodurch der britische Luftmarschall Harris „den Deutschen die Seele aus dem Leib schlagen“ wollte, den Industriestandorten und Verkehrswegen bis zu der einzelnen Person auf der Straße oder dem Feld.

Die letzte Phase erreichte die Geschichte der *Heimatfront* nach dem Januar 1945. Von diesem Zeitpunkt an war eine Unter-[310:]scheidung nur noch zwischen vorderster Linie und Hinterland möglich. In Berlin fuhren Soldaten und Angehörige des Volkssturms, des letzten aus Männern in fortgeschrittenem Alter und Jünglingen bestehenden militärischen Aufgebots der Heimat, mit der Vorortbahn an die Front, der Rhein bildete den ersten Graben und der Himmel gehörte dem Gegner. Außer Bomben trafen die Heimatfront jetzt Granaten und Geschosse, die sich gleichermaßen gegen Soldaten wie Zivilisten richteten. „Wer hätte das je gedacht, dass Deine Angehörigen in so große Gefahr kommen werden, dagegen Du noch wie im Frieden leben kannst!“ schrieb eine Frau am 21. April aus einem Bunker in dem umkämpften Berlin an ihren Mann an die „Front“ nach Norwegen.<sup>11</sup> Im Reichsgebiet war aus den zwei Fronten eine einzige geworden.

<sup>9</sup> Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944. Hg. von Heinz Boberach, München 1968, S. 375.

<sup>10</sup> Zit. nach W. Paul: Der Heimatkrieg 1939-1945. Augsburg 1999, S. 66.

<sup>11</sup> Richard Lakowski/Hans-Jürgen Büll: Ein Lebenszeichen. Feldpost zwischen Oder und Elbe (unveröffentlichtes Manuskript).

Dann gehörte das Wort von der *Heimatfront*, dass sich für die Zwecke der Propaganda in mehrerlei Hinsicht als nützlich erwiesen hatte, der deutschen Geschichte an. Von manchen Zeitgenossen der Ereignisse ist es im aktiven Sprachschatz bewahrt worden. Jedoch mitunter in einem grotesk veränderten Widersinn: Es bezeichnete dann die Einnahme eines Arbeits- oder anderen Platzes, an dem weniger Anstrengungen notwendig waren und es gemütlicher zuging als andernorts.

## ***Bis fünf Minuten nach zwölf***

*Von Richard Lakowski*

Am 8. November 1942, die Niederlage bei Stalingrad zeichnete sich bereits ab, verkündete Hitler in seiner Rede anlässlich des Jahrestages des gescheiterten Putsches vom 9. November 1923: „Das Deutschland von einst (das Kaiserreich R. L.) hat um  $\frac{3}{4}$  12 die Waffen niedergelegt – ich höre grundsätzlich immer erst 5 Minuten nach zwölf auf!“<sup>1</sup> Ein Jahr später sprach er wiederum im Saal des Löwenbräukellers. Es war seine letzte öffentliche Rede, die der Rundfunk nach geringfügigen Streichungen „ungeschickter Formulierungen“ durch seinen Propagandaminister zeitversetzt sendete. Geblieben war in ihr auch der Passus: „Es mag dieser Krieg dauern, solange er will, niemals wird Deutschland kapitulieren. Niemals werden wir den Fehler des Jahres 1918 wiederholen, näm-[311:]lich eine Viertelstunde vor zwölf die Waffen niederzulegen. Darauf kann man sich verlassen: Derjenige, der die Waffen als allerletzter niederlegt, das wird Deutschland sein, und zwar fünf Minuten nach zwölf.“<sup>2</sup>

Als Hitler die Drohung aussprach, war der Kriegsausgang bereits vorgezeichnet. Mit der Niederlage der 6. Armee bei Stalingrad ging die Initiative des Handelns auf die Alliierten über. Im Sommer 1943 scheiterte an der deutsch-Sowjetischen Front das Unternehmen „Zitadelle“. Nur mit Mühe konnte die Dnjeprlinie teilweise gehalten werden. In Nordafrika hatten die deutsch-italienischen Truppen kapitulieren müssen. Im Juli des Jahres landeten alliierte Truppen auf Sizilien, Anfang September auf dem italienischen Festland in Kalabrien und Salerno. Die nach dem Sturz Mussolinis gebildete neue italienische Regierung nahm seit Mitte August geheime Verhandlungen mit den alliierten Regierungen auf und schloss einen Waffenstillstand ab. Am 3. Oktober 1943 trat Italien in den Krieg gegen einen Eben-noch-Verbündeten.

Obwohl Deutschland 1943 noch den größten Teil Europas beherrschte und seine Rüstungsanstrennungen steigern konnte, waren sich der Diktator und seine führenden Offiziere zu diesem Zeitpunkt schon bewusst, dass der Krieg nicht zu gewinnen war.<sup>3</sup> Jetzt hätten politische Wege gesucht werden müssen, um ihn zu beenden. Doch das Gegenteil trat ein. Die Naziführung wendete alles auf, um den Krieg fortzusetzen zu können. Neben den erwähnten Rüstungsanstrengungen war es vor allem die Verstärkung der Propaganda gepaart mit sich verschärfenden Terror, der das Volk für den Kampf *bis fünf Minuten nach zwölf* einnehmen und mobilisieren sollte.

Auf einer der geheimen Konferenzen mit seinen engsten Mitarbeitern hatte Goebbels schon am 4. Januar 1943 als Prinzip der Arbeit mit Presse, Rundfunk und Film erklärt, es käme darauf an, „einige feststehende Grundsätze laufend und unaufhörlich bei jeder Gelegenheit herauszustellen und sie in das Gewissen des Volkes einzuhämmern.“ Zu den Thesen, die er aufzählte, gehörte auf Platz zwei: „Es geh(t) in diesem Kriege um Leben oder Sterben.“<sup>4</sup> Den gleichen Gedanken notierte der Propagandaminister am Tage darauf in sein Tagebuch: „Wenn wir in diesem Krieg unterlägen, so wäre alles verloren.“<sup>5</sup> Diese Behauptung tauchte in der Hitler-Proklamation zum 30. Januar 1943, die Goebbels während einer Kundgebung im Berliner Sportpalast verlas, erneut auf: „... in diesem Krieg (wird es) nicht Sieger und Besiegte, sondern nur Überlebende [312:] und Vernichtete geben.“<sup>6</sup> Die Deutschen sollten glauben, dass es zu diesem Entweder-Oder ein Drittes nicht gäbe.

Am 3. Februar 1943, unmittelbar nach dem Debakel von Stalingrad, hielt Hitler in Rastenburg/Ostpreußen vor Gauleitern der NSDAP eine zweistündige Rede über die allgemeine Lage. Goebbels vermerkte im Tagebuch, mit welcher „Brutalität des Wahrheitsfanatismus“ Hitler die Situation charakterisiert hatte. Seine Darstellung gipfelte wiederum in „Alles oder Untergang“. Er sah allein die

<sup>1</sup> Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. 4, 1941-1945, 4. Aufl., Leonberg 1988, S. 1935.

<sup>2</sup> A. a. O., S. 2056.

<sup>3</sup> Reiner Hansen: Das Ende des Dritten Reiches. Die deutsche Kapitulation 1945, Stuttgart 1966, S. 36.

<sup>4</sup> Wollt ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939-1943. Hg. v. Willi A. Boelcke, München 1969, S. 415.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 207.

<sup>6</sup> A. a. O., S. 434.

Möglichkeit, „entweder Herr über Europa zu werden oder eine gänzliche Liquidierung und Ausrottung zu erleben“. Der Zusammenbruch des Reiches wäre auch das Ende seines Lebens, erklärte Hitler. Da dieser aber nur „die Schwäche des eigenen Volkes“ zur Ursache haben könnte, hätte das deutsche Volk dann nichts anderes verdient, „als von einem stärkeren ausgelöscht zu werden; dann könne man mit ihm auch kein Mitleid haben“.<sup>7</sup>

Zum denkwürdigsten Ereignis auf dem Weg in den totalen Krieg und seinem Ende *fünf Minuten nach zwölf* wurde der erneute Auftritt des Reichspropagandaministers im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943. Den Untergang der 6. Armee ins Mythische hebend, rechtfertigte Goebbels nochmals den Überfall auf die Sowjetunion. Er behauptete, wieder das einprägsame Bild von der ablaufenden Uhrzeit benutzend, es sei am 22. Juni 1941 „Zwei Minuten vor zwölf“ gewesen, als dem „Ziel des Bolschewismus“, der „Weltrevolution der Juden“, entgegengetreten worden sei. Von dieser Zukunft könne Europa nur durch die Wehrmacht gerettet werden, nur sie und „das deutsche Volk besäßen mit ihren Verbündeten die Kraft, für eine „grundlegende Rettung“. Damit kehrte Goebbels auf die Propagandalinie zurück, die in Deutschland bereits nach dem Ersten Weltkrieg von der äußersten Rechten zur Machterhaltung bezogen worden war. Nun wurde der Krieg dem deutschen Volke und auch dem Ausland in neuem Licht gezeigt. Deutschland und seine Streitkräfte: die Retter Europas vor der „bolschewistisch-jüdischen Gefahr“. Dann stellte der Propagandaminister die bekannten zehn Fragen, zu denen die nach der Zustimmung zum totalen Krieg gehörte. Sie lautete: „Wollt ihr den totalen Krieg? Wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?“<sup>8</sup> Wie schriftliche und filmische Aufzeichnungen belegen, gingen die Worte des Ministers „in nicht enden wollenden stürmischen Beifallskundgebungen unter“. Sie wurden als Abstimmung des Volkes ausgegeben und von ausgesuchten Kundgebungsteilnehmern bezeugt.

[313:] Ein anderes Bild der Volksmeinung vermittelte der Sicherheitsdienst. In seinen „Meldungen aus dem Reich“ hieß es, dass „bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung trotz äußerlicher Gelassenheit und tadellosem Verhalten, insbesondere rastloser und opferbereiter Pflichterfüllung in der Arbeit, eine pessimistische Grundtendenz unverkennbar (war) ... Es fehlt jedoch an der nötigen Überzeugung und dem Glauben an den Endsieg ...“.<sup>9</sup> Die Autoren der gleichen Meldung vom 6. Mai 1943 kommen zu dem Schluss, dass „sich die Bevölkerung völlig darüber im Klaren (sei), dass durchgehalten werden müsse und ein November 1918 sich nicht wiederholen dürfe“. Von den furchtbaren Folgen ihrer Haltung dürften sich weder die Beifallschreienden in der Halle noch die schweigende Mehrheit der Deutschen eine Vorstellung gemacht haben. Beider Verhalten zeitigte, ungeachtet ungleicher Motive, die gleiche Folge. Es führte in den Krieg der Deutschen noch *fünf Minuten nach zwölf*. Der Boden für die Durchsetzung der selbstmörderischen Parole war im Volk wie in seinen Eliten bereitet. Die Gründe hierfür dürften vielschichtig gewesen sein, sie überlagerten und durchdrangen sich.

Traditionsgemäß genossen in Deutschland die militärischen und wissenschaftlichen Führungsschichten beim Volk besonderes Vertrauen. Das galt auch für die Urteile über Verlauf und Ausgang des Krieges 1914-1918, die in wissenschaftlichen und populären Arbeiten formuliert worden waren.

Zu den weit verbreiteten gehörte bereits vor dem Zweiten Weltkrieg, dass der moderne Krieg ein „totaler Krieg“ sein und in ihm eine Kombination politischer, militärischer, ökonomischer, ideologischer und psychologischer Elemente wirksam sein würde.<sup>10</sup> Das Streben der Militärs nach Beherrschung des „technisch-industriellen Krieges“ hatte zur Akzeptanz der nationalsozialistischen Diktatur und zu einer unauflösbar Verbindung beider geführt. Ihre Verkettung war schließlich so eng, dass

<sup>7</sup> Richard Lakowski: Kriegsbeendigung als Problem. Die deutschen Operationsplanungen am Ende des Zweiten Weltkrieges. In: Rassismus, Faschismus, Antifaschismus: Hg. v. Manfred Weißbecker/Reinhard Kühnl unter Mitwirkung von Erika Schwarz, Köln 2000, S. 206 f.

<sup>8</sup> Rede des Reichspropagandaleiters Reichsminister Dr. Goebbels im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943. Hg. von der Reichspropagandaleitung der NSDAP. Hauptamt Propaganda.

<sup>9</sup> Meldung vom 6. Mai 1943. Zit. nach Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939-1944. Hg. v. Heinz Boberach, München 1968, S. 318 f.

<sup>10</sup> Lakowski, Kriegsbeendigung, S. 203 ff.

bei Kriegsende „der Punkt nicht mehr aufzufinden war, von dem aus zwischen der Katastrophe des Nationalsozialismus und Deutschlands unterschieden werden konnte“.<sup>11</sup> Nicht nur für Hitler und die von ihm dominierte Reichsführung, sondern auch für den größten Teil seiner hohen Militärs stellte sich die Frage nach Alternativen zur Kriegsführung bis fünf Minuten nach zwölf nicht mehr. Ihre gemeinsamen Bestrebungen richteten sich, je näher sie dem Zentrum der Macht standen, ausschließlich „auf Sieg oder Untergang“. Die Rolle der mythologischen Phantastereien der Naziideologie hierbei sollte nicht überschätzt werden. Das Verhalten besaß seine sehr realen Wurzeln. Bis 1942/43 hatten Ziele und Methoden der deutschen Kriegsführung den Rubikon aller Erfahrungen der neueren Geschichte überschritten. Durch die mit dem Krieg einhergehende Judenvernichtung, den geplanten und partiell ausgeführten Genozid an den slawischen Völkern, die Okkupationsregime in den Staaten West-, Nord-, Süd- und Südosteuropas war das Nazireich zu einem „Unpartner“ seiner Gegner geworden. Der Krieg „löste alle Fesseln von Humanität und Völkerrecht. Es begann eine Orgie von Gewalt und Vernichtung, der blutigste Kampf der Weltgeschichte, der das 20. Jahrhundert in eine neue Richtung stieß“.<sup>12</sup> Als Folge dieser Entwicklung wurden die Chancen der Reichsführung und der sie beherrschenden Partei selbst für einen „Diktatfrieden“ nach dem Vorbild des Jahres 1919 immer geringer, für einen Kompromissfrieden immer unwahrscheinlicher.

Die Forderung des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt und des britischen Premiers Winston Churchill nach der „unconditional surrender“ auf der Casablanca-Konferenz im Januar 1943 setzte hierfür ein deutliches Zeichen. Das Verlangen der bedingungslosen Kapitulation „implizierte die Nichtanerkennung des Gegners als Verhandlungspartner und negierte damit jegliche gemeinsame Ebene, die zwischen den Krieg führenden Parteien außerhalb der kriegerischen Gegnerschaft in menschlichen und geistigen Bereichen noch bestehen konnte“.<sup>13</sup> Auf diese Bedingung unverzüglich einzugehen, wäre mit großer Wahrscheinlichkeit für das deutsche Volk die günstigere Alternative gewesen. Doch dafür wurde kein Weg freigemacht. In den Führungsschichten des Reiches herrschte das Bewusstsein vor, dass sie die Brücken hinter sich abgebrochen hatten, eine bedingungslose Kapitulation kam für sie nicht in Frage.<sup>14</sup> Dennoch hofften sie noch auf den Trümmern der Reichshauptstadt, auf irgendeine Weise glimpflich aus dem Krieg herauszukommen und daher setzten sie ihn selbst dort noch fort.

Was aber waren die Ursachen dafür, dass die Mehrheit des Volkes mitmachte und mitlief wie das ahnungslose Vieh zur Schlachtkuh? Neben der erwähnten Auffassung, dass die erfahrenen militärischen Führer und Wissenschaftler verlässliche Urteilskraft besaßen, war eine Verbundenheit mit dem Regime anzutreffen, die sich in vielen Fällen auf das Bewusstsein gründete, an zahlreichen Verbrechen beteiligt gewesen zu sein oder doch von ihnen gewusst zu haben. [315:] Einerseits musste selbst in den Meldungen des Sicherheitsdienstes hervorgehoben werden, dass unter den Fragen der Bevölkerung seit Kriegsbeginn die nach Ausgang und Ende des Krieges „naturgemäß an erster Stelle“ steht. Andererseits kehrte sich die „tiefe Friedenssehnsucht“ der Bevölkerung<sup>15</sup> zum geringsten Teil gegen die Naziherrschaft. Sie wirkte politisch nicht gegen die Absicht der Machthaber, bis *fünf Minuten nach zwölf* weiter Krieg führen zu lassen. Der Widerstand im eigenen Land blieb trotz seines Heroismus begrenzt, das mörderische und selbstmörderische Regime musste durch die „gegnerische“ Koalition zerschlagen werden.

Sowohl die Casablanca-Formel, als auch der strategische Luftkrieg der Westalliierten wurden zu Argumenten der Nazipropaganda zugunsten ihrer Durchhalteparolen. Insbesondere die sich seit 1943

<sup>11</sup> Manfred Messerschmidt: Militärgeschichtliche Aspekte der Entwicklung des Nationalstaates, Düsseldorf 1988, S. 145.

<sup>12</sup> Rolf-Dieter Müller/Gert R. Ueberschär: Kriegsende 1945. Die Zerstörung des Deutschen Reiches, Frankfurt a. M. 1995, S. 12.

<sup>13</sup> Günter Moltmann: Die Genesis der Unconditional-Surrender Forderung. In: Probleme des Zweiten Weltkrieges. Hg. v. Andreas Hillgruber, Köln/Berlin 1967, S. 167.

<sup>14</sup> Manfred Messerschmidt: Militärgeschichtliche Aspekte der Entwicklung des Nationalstaates, Düsseldorf 1988, S. 145.

<sup>15</sup> Meldungen aus dem Reich, a. a. O., 22. November 1943, S. 370 f.

verstärkenden Bombenangriffe auf deutsche Städte, die vor allem die Zivilbevölkerung trafen, erzielten zum wenigsten den beabsichtigten Effekt. Die Rüstungsproduktion stieg bis Ende 1944. Es kam weder zu Panik oder Chaos noch zu Aktionen gegen die Naziregierung. Die beabsichtigte Abkehr der Bevölkerung von der Nazidiktatur trat nicht ein, die „Heimatfront“ wurde nicht entscheidend geschwächt. Zunehmende Kriegsmüdigkeit und verschlechterte allgemeine Stimmung führten nur in Ausnahmefällen zu aktivem Handeln gegen die Weiterführung des Krieges. Schicksalsergebenes Erdulden nutzte der Führung. Die knüpfte an historisch gewachsene „patriotische“ Erziehungsformeln an. „Glaube kann Berge versetzen“ und „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ waren nicht allein Redensarten, sondern gehörten weithin und noch lange nach der Kriegswende zur Volksmentalität.

Hinzu kam: Von nicht geringen Teilen des Volkes waren schon das Kriegsende 1918 und die darauf folgenden Jahre nicht als Chance, [316:] sondern als Verschlimmerung ihres Lebens gegenüber der „guten alten Vorkriegszeit“ angesehen, die Niederlage und der Versailler Vertrag für Not und Elend verantwortlich gemacht worden. Das trug nicht wenig dazu bei, dass, selbst als die Lage keinerlei Hoffnung für eine Kriegswende mehr zuließ, Befehle und Weisungen der NS-Führung noch strikt befolgt wurden. Im Gegensatz zu 1918 hielten „Front und Heimat“ aus und verharren schließlich in aus Alternativlosigkeit des Denkens geborener Passivität.

Mehr und mehr verkürzten sich Hoffnungen darauf, den Krieg als Gruppe oder Einzelner möglichst unbeschadet zu überstehen. In den letzten Monaten, Wochen, ja sogar Tagen wandelten sich die Motive für ihr Handeln bei den Soldaten, Offizieren sowie den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in dem Tempo, mit dem das Reich seinem Untergang näher kam. Da setzten sich Soldaten das Ziel, vor allem der gefürchteten sowjetischen Gefangenschaft zu entgehen. Zivilisten, die sich Ende April 1945 gegen die Fortsetzung der Kämpfe zu wehren suchten, stießen wie im märkischen Halbe auf Angehörige der Waffen SS, die nach der Devise handelten, was nicht verteidigt werden kann, wird niedergebrannt und „wer uns daran hindert, wird erschossen.“<sup>16</sup>

Lange hatte auch die Nazipropaganda für *Wunderwaffen* gewirkt. Gerüchte über geheime, äußerst wirksame, den Kriegsverlauf völlig verändernde geheime Waffenentwicklungen wurden buchstäblich bis in die letzten Kriegstage geglaubt. Sie fanden Nahrung in dem spektakulären Einsatz der Fernrakete A 4 (V2) und des unbemannten Flugkörpers Fi103i (V1). Noch im Frühjahr 1945 legte die Wehrmachtführung auf Befehl Hitlers „für neue besonders hochwertige Waffen“ suggestiv wirkende Namen fest. Dadurch sollten sie „an der Front und in der Heimat bekannt“ und „ihre propagandistische Wirkung auf das feindliche Hinterland und neutrale Ausland erhöh(t)“ werden.<sup>17</sup> Die „Würger“, „Blitz“, „Rächer“, „Goliath“, „Feuerteufel“ oder „Panzerschreck“ verlängerten das Morde, soweit sie noch zum Einsatz kamen. Der Krieg wurde selbst in den inzwischen in Trümmern liegenden Städten und Orten des eigenen Landes fortgesetzt und hinterließ auch hier eine grauenvolle Spur. Hitlers Parole vom Krieg bis fünf Minuten nach zwölf wurde schreckliche Realität. Die Redewendung entwickelte sich in den Nachkriegsjahrzehnten zum Synonym für eine verbrecherische und verantwortungslose Politik, die auch gegenüber dem eigenen Volk keinerlei Rücksicht mehr kennt.

<sup>16</sup> Zit. nach Sebastian Erxleben: Die operativen und technischen Probleme der Kesselschlacht bei Halbe, Diplomarbeit an der Universität der Bundeswehr München 1998, S. 71.

<sup>17</sup> 1945. Das Jahr der endgültigen Niederlage der faschistischen Wehrmacht-Dokumente ausgew. u. eingel. v. Gerhard Förster/Richard Lakowski, 2. Aufl., Berlin 1985, S. 247.

## ***Hitler kaputt***

*Von Elke Scherstjanoi*

Dieser Ausspruch hat gute Chancen, im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verschüttzugehen. Umfragen unter deutschen Studenten der Sozial- und Geisteswissenschaften (insbesondere der Zeitgeschichte und der Osteuropawissenschaften), spontan organisiert in den Jahren 2000 und 2001 an Universitäten in Leipzig, Münster und Berlin, ergaben einen ernüchternden Befund. 33 von 60 der vornehmlich 19- bis 25-Jährigen hatten die Worte so noch nie gehört; weitere zwölf stellten zum Ursprung bzw. zum historischen Zusammenhang nur vage Vermutungen an. Es mag an den eindeutigen historischen Bezügen liegen, die Weiterverwendung und häufigen Gebrauch unmöglich machen. *Hitler kaputt* wurde nicht zur Redewendung, es hat nichts von einer Metapher. Doch gilt das heute so ausschließlich nur für den deutschen Sprachraum. Im Russischen wird der Ausdruck ausnahmsweise auch einmal metaphorisch benutzt, zum Beispiel anstelle von „Ende“, „Alles verloren“ oder „Das Spiel ist aus.“ Das soll witzig klingen und wird in der Regel auch so aufgefasst. In Deutschland hört man die Formel nur im historischen Kontext und auch das immer seltener.

Die Berührungsängste gehen auf die Tatsache zurück, dass die Worte an einen unrühmlichen Abschnitt deutscher Geschichte erinnern, an das katastrophale Ende eines grausamen, verbrecherischen deutschen Staates. *Hitler kaputt* steht für die militärische Niederlage der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und den von außen erzwungenen politischen Zusammenbruch des Dritten Reiches unter Adolf Hitler, für die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus durch die alliierten Siegermächte im Mai 1945. Diese allgemeine Sinngebung vermag hierzulande jeder vorzunehmen, der den Namen Hitler historisch einordnen kann. Zugleich kennt 55 Jahre nach Kriegsende kaum ein junger Deutscher den konkreten Ursprung der Worte. Viele vermuten einen Zusammenhang zu Hitlers Selbstmord am 30. April 1945. Nur etwa jeder Siebte der im Geschichtsstudium Stehenden kann Situationen rekonstruieren, in denen diese Worte einst fielen. Demgegenüber scheint für die übergroße Mehrheit der älteren Deutschen, vor allem für jene, die das Kriegsende in Ost- und Mitteldeutschland miterlebt haben, zweifelsfrei festzustehen: „Das haben die Russen gesagt, als sie 1945 in [318:] Deutschland einmarschiert sind.“ Das ist richtig, doch es ist nur die halbe Wahrheit.

In Deutschland nahm und nimmt man an (und selbst die nichtinformierten Studenten äußerten Vermutungen vor allem in dieser Richtung), der Ausdruck gehe auf „die Russen“ oder zumindest auf des Deutschen nicht mächtige Kriegsgegner Nazideutschlands zurück. Der kauderwelschende „Iwan“ bestimmt das Bild, das, wie gesagt, real Erlebtes und massenhaft Weiterberichtetes durchaus wirklichkeitsgetreu wiedergibt. Doch warum hat das kollektive Gedächtnis der Deutschen kaum solche Bilder bewahrt, die heute noch unter den Kindern und Enkeln der „Iwans“ kursieren? Umfragen unter russischen Jugendlichen ergaben nämlich markante Unterschiede zu den Überlieferungsspuren in Deutschland. Nicht nur, dass dieses Wortpaar selbstjungen Russen fast ausnahmslos bekannt ist. Die meisten von ihnen verbinden mit *Hitler kaputt* auch eine mehr oder weniger bildhafte historische Szenerie, die nicht allein auf der sinnfälligen Kombination der Wortinhalte fußt. Das Bemerkenswerteste aber ist, dass ein Großteil der Befragten solche Szenen im Kontext des Zweiten Weltkrieges beschreibt, in denen diese Worte von Deutschen gesprochen werden. 32 von 76 Studenten der Geschichtswissenschaften in der zentralrussischen Stadt Woronesch, mehrheitlich 19 bis 23 Jahre alt, rekonstruierten einen deutschen Ursprung des Ausspruches beziehungsweise hielten in ihren frei strukturierten Antworten (auch) Episoden fest, wo *Hitler kaputt* aus einem deutschen Munde kam. Im deutschen Gedächtnis fehlen solche Episoden fast gänzlich. Zur unterschiedlichen Erinnerungsleistung kommt also eine inhaltliche Differenz in der Überlieferung hinzu.

Ist nun die mittlerweile blasse deutsche Erinnerung obendrein noch beschädigt, oder ist die starke und bildhafte russische zusätzlich mit falschen Anekdoten bestückt? Wer sagte wann zu wem und unter welchen Gegebenheiten tatsächlich zum ersten Mal Hitler kaputt? In Russland wird gelegentlich

vermutet, der Ausspruch ginge auf den legendären Sprecher von Radio Moskau Levitan zurück<sup>1</sup>; eine andere häufig anzutreffende Erklärung lautet, der Deutsche Generalfeldmarschall Paulus hätte die Worte bei der Kapitulation seiner Armee vor Stalingrad als Erster ausgerufen.<sup>2</sup> Beides ist Legende. Die Historiographie nennt bisher kein Einzelereignis, welches als Schlüsselbegebenheit gelten kann. Sie kennt keine konkrete Person, die den Ausspruch in Umlauf brachte. Folglich muss die Frage nach dem Ursprung der Wortverbindung eine nach den allgemeinen [319:] historischen Konstellationen sein, wobei sprachlich-kulturellen Aspekten Beachtung zu schenken ist.

Memoirenliteratur und Belletristik taugen als Quellen nur bedingt, denn jedes Nachkriegswerk steht im Verdacht, die zeitlichen Abläufe zu verklären. Zeitgenössische sowjetische Publizistik verwendete den Begriff, soweit überschaubar, nicht vor 1942. Dass er noch zu Beginn der Kämpfe auf deutschem Boden, also Anfang 1945, vielen Rotarmisten nicht geläufig war, geht aus sowjetischen Soldatenbriefen der letzten Kriegsmonate hervor. Sie bezeugen außerdem, dass der Sinn der Worte von einem Russen nicht einmal zu erraten ist. Wenn Frontsoldaten ihren Angehörigen schrieben, die besieгten Deutschen würden nun *Hitler kaputt* rufen, so folgte dem Bericht nicht selten die Erläuterung in muttersprachlicher Übersetzung: *Hitler kaputt* bedeute „Konec Gitleru“ („Hitler ist am Ende“) oder „Schluss mit Hitler“). Und tatsächlich, das bei Kriegsende allen Soldaten der Roten Armee bekannte „kaputt“ kommt – entgegen deutschen Vorstellungen – im Russischen gar nicht vor. Es war vor dem Krieg weder im Alltagsvokabular noch in Kultur und Propaganda irgendeiner slawischen Sprache in Gebrauch. Als Beleg dafür kann sogar die Art und Weise seiner Verwendung in der hier besprochenen Kombination dienen. Ein Russe, der das Wort „kaputt“ mit „Ende“ zu übersetzen gelernt hat, wird im guten Russisch sagen „Gitleru kaputt.“ Die russische Grammatik fordert die Verwendung des Dativs. Genau mit dieser Deklination wurden im Krieg auch andere Worte an den fremden Begriff „kaputt“ gebunden, wobei in der Regel die Konnotation erhalten blieb. Viktor Nekrassov<sup>3</sup> lässt seine Rotarmisten im 1951 erschienenen Roman „In den Schützengräben von Stalingrad“ nach Bekanntwerden eines erfolgreichen Angriffs sowjetischer Einheiten sagen: „Fašistam kaput“ und „Nemcam kaput“. Erst nach vielfacher Wiederholung wurde das fremde Wort den Siegern so geläufig, dass sie es auch in unpolitische Sinnzusammenhänge einzubauen bereit waren. Das hierzulande ebenfalls für typisch russisch gehaltene „mašinka kaput“ ist eine (von wem eigentlich?) rationell abgeleitete und formell abgewandelte Kombination. Viele Russen meinen, dies sei gutes Deutsch, Deutsche meinen, es sei gutes Russisch.

Ein Blick in Wörterbücher zeigt, dass „kaputt“ außer im Deutschen nur in verwandten nordeuropäischen Sprachen existiert. Im Niederländischen heißt es „kapot“, im Dänischen „kaput“ und im Schwedischen „kaputt“ [kapü’t]. Es kam im 17. Jahrhundert aus [320:] dem Französischen ins Nordhochdeutsche als ein Ausdruck des Kartenspiels: „faire qn. capot“ – jemanden verlieren machen, jemanden jeden Stich abstechen; „etre capot“ – ohne Stich sein. Landsknechte verwendeten es schon bald auch im Zusammenhang mit „töten“ oder „besiegen“. Am Ende des 19. Jahrhunderts hatte es seine Vulgarität verloren. Im Deutschen fand es breite Anwendung als Adjektiv für Dinge des Alltags, Körperteile, ja sogar Gemütszustände. Es bedeutet noch heute: entzwei, zerschlagen, kraftlos, erschöpft, ruiniert, am Ende sein. Doch keiner unserer südlichen oder östlichen Nachbarn kennt es, nicht einmal die Sorben.

Nachdem nun geklärt ist, dass *Hitler kaputt* keine russische Schöpfung sein kann, bleibt zu ergründen, auf welche Weise es im soldatischen Wortschatz der Rotarmisten Aufnahme fand. In den Katalog deutschsprachiger Kommandos, den sowjetische Gefechtsaufklärer und Voraustrupps an der Front erlernen mussten (wie etwa das gleichfalls legendäre „Chendechoch“ – „Hände hoch“) gehörte *Hitler*

<sup>1</sup> Der 1914 geborene Levitan war seit 1931 Rundfunksprecher im Allunionsradio, in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges verlas er die Meldungen des Sovinformbüros, sprach während Direktübertragungen vom Roten Platz, großen Meetings und Politveranstaltungen in Moskau. Seine Stimme wurde Legende.

<sup>2</sup> Der deutsche Generalfeldmarschall Paulus (1890-1957) war ab Januar 1942 Oberbefehlshaber der 6. Armee, mit der er im November 1942 bei Stalingrad eingeschlossen wurde und in Gefangenschaft ging; er schloss sich dem Nationalkomitee Freies Deutschland an.

<sup>3</sup> Der russische Schriftsteller und Romancier (1911-1987) lebte seit 1974 in Paris.

*kaputt* nicht. Russische Zeitzeugen berichten, sie hätten es von Soldaten aus mit Deutschland verbündeten Armeen vernommen, etwa von Italienern, nachdem diese übergelaufen oder in Gefangenschaft geraten waren. Auch im Italienischen hat „*kaputt*“ keine wortstammähnliche Entsprechung. Indes war es dort gerade im Kontext expressionistischer Endzeitbeschreibungen nicht unbekannt, spätestens seit Curzio Malapartes Roman „*Kaputt*“ (1944).<sup>4</sup> Andererseits ist es mehr als nur denkbar, dass Sätze wie „*Unsere Truppen sind am Ende. Hitler ist kaputt*“ auch im vertraulichen Gespräch zwischen kriegsmüden deutschen Landsmännern fielen. Noch in deutschen Schützengräben oder im Kessel, auf der Flucht oder in der Gefangenschaft, wo der zweite Satz dann auch- vielleicht um das Verb verkürzt - von russischen Wachposten aufgeschnappt worden sein konnte.

Und erinnert das Kürzel nicht irgendwie auch an typisch deutsche Sprachverstümmelungen, mit denen sich dümmlich-arrogante Fremdsprachenignoranten einem Ausländer nähern nach dem Motto: Ich Jane, du Tarzan? So nämlich wäre die Entstehung des Ausspruchs als Parole erklärlich: Ein deutscher Soldat steht einem „Iwan“ gegenüber, gelangt – freiwillig oder nicht – in dessen Gewalt und signalisiert die Bereitschaft, sich zu ergeben. Es gilt, das nackte Leben zu retten. Wie macht man sich nur rasch verständlich? Der Deutsche ruft: „Hitler kaputt.“ – Diese Szene ist kein Fantasieprodukt. Sie ist es, die in der kollektiven Erinnerung der östlichen Sieger am häufigsten und markantesten aufleuchtet, wenn nach der [321:] Entstehungsgeschichte von *Hitler kaputt* gefragt wird. „Das sagten deutsche Soldaten, wenn sie sich ergaben“, erfährt man allenthalben. Sowjetische Literatur und Film haben diese Begegnung später vielfach nachgestellt, dabei gelegentlich auch die Dimension überhöht. Als Propagandabild ohne realen Hintergrund hätte sie sich jedoch kaum gehalten.

Gleichwohl, als deutsche Überläuferparole fand *Hitler kaputt* im Krieg keine massenhafte Verbreitung. Die noch vor 1945 in sowjetische Gefangenschaft Geratenen schreiben die Worte in ihren Erinnerungen auch eher Russen zu. Erst in der wechselseitigen Rezeption und Multiplikation unter Rotarmisten erlangte die Chiffre Bekanntheit. 1945 kam sie nach Deutschland zurück, wo man sich eine Überlaufersituation natürlich nicht vorstellen wollte, und wo im übrigen keiner geglaubt hätte, dass solch eine Wortkonstruktion russischer Herkunft gar nicht sein kann. Jetzt verließ sie aus dem Mund des Feindes „Der Krieg ist aus.“ Und so wurde sie auch Legende, zumindest für die Überlebenden aus der deutschen Kriegsgeneration.

Nachtrag: Witzigerweise fand die neue deutsche Erfahrung kurze Zeit nach dem Krieg sogar in Neuauflagen altehrwürdiger Sprachkunde-Werke ihren Niederschlag. In der 16. Auflage des Etymologischen Wörterbuchs der deutschen Sprache von Friedrich Kluge und Alfred Götz, erschienen 1953 in Berlin, wird behauptet, das Wort „*kaputt*“ wäre vom Deutschen in östliche Sprachen gelangt. Das ist nun wieder eine typisch deutsche Übertreibung. Von einer Aufnahme etwa ins Russische kann keine Rede sein.

---

<sup>4</sup> Der italienische Schriftsteller, eigentlich Kurt Erich Suckert, lebte von 1898 bis 1957.

## Personenverzeichnis

- Adenauer, Konrad S. 39, 44 f., 149, 204  
Ahas, König von Juda S. 57 f.  
Albrecht, Herzog von Württemberg S. 96  
Alemann, Ulrich von S. 166  
Alexander der Große S. 288  
Anacker, Heinrich S. 283, 291  
Arndt, Ernst Moritz S. 63 ff., 77, 143 f.  
Attila, Hunnenkönig S. 84  
Audorf, Jakob S. 220, 230  
Aulard, François-Alphonse S. 248
- Bach, Johann Sebastian S. 60  
Bacon, Francis S. 228 ff.  
Bamberger, Ludwig S. 158  
Barbusse, Henri S. 248, 250  
Bassano, eigentl. Jacopo da Ponte S. 287  
Bauer, Gustav S. 180, 243  
Bauer, Max S. 105  
Baum, Vicky S. 187  
Bebel, August S. 199, 215 ff., 220, 223, 226 f., 234, 236 f.  
Becher, Johannes Robert S. 54  
Becker, Nikolaus S. 145  
Bernstein, Eduard S. 199, 228  
Bertram, Hans S. 301 f.  
Bethmann Hollweg, Theobald von S. 120 f.  
Beumelburg, Werner S. 99  
Beyer, Wilhelm Raimund S. 42  
Birgel, Willy S. 293  
Bismarck, Fürst Otto von S. 78 ff., 156, 215 ff., 222 ff., 226, 282, 290  
Bloch, Ernst S. 13, 20, 42, 233  
Bloch, Ivan S. von S. 304  
Blocher, Christoph S. 41  
Blum, Robert S. 24 ff.  
Bluntschli, Alfred Friedrich S. 65
- Bormann, Martin S. 191  
Bracher, Dietrich S. 41  
Brandt, Max August von S. 15 1  
Brandt, Peter S. 204  
Brandt, Willy S. 39, 44, 46, 49  
Brass, August S. 78  
Brauchitsch, Walther von S. 110, 123  
Brecht, Bertolt S. 11, 286  
Bresslau, Harry S. 158  
Briand, Aristide S. 148  
Brie, Michael S. 43  
Brückner, Wolfgang S. 260, 265  
Buchrucker, Bruno Ernst S. 188  
Bülow, Bernhard Graf, Fürst von S. 83  
Bülow, Hans von S. 219  
Burkhardt, Jacob S. 113
- Camphausen, Ludolf S. 212  
Cassel, Paulus S. 158  
Castoriadis, Cornelius S. 42  
Chamberlain, Neville S. 148, 302  
Chruschtschow, N. S. S. 233  
Churchill, Sir Winston S. 141, 148, 314  
Class, Heinrich (Pseudonym: Frymann, Daniel) S. 72  
Clausewitz, Carl v. S. 137, 141  
Cordes, Heinrich S. 84
- Dahrendorf, Ralf S. 47  
Darwin, Charles S. 112 f.  
David, König von Israel S. 59  
Dibelius, Otto S. 62, 105  
Döblin, Alfred S. 89  
Dorpmüller, Julius S. 295  
Douhet, Giulio S. 300  
Doyle, Arthur Conan S. 298

- Draeger, Hans S. 185  
Droysen, Johann Gustav S. 156  
Dsershinski, F. E. S. 208  
Duncker, Hermann S. 42 f.  
Dürer, Albrecht S. 287  
Dwinger, Edwin Erich S. 293
- Ebert, Friedrich S. 104, 107, 167 f., 171, 194-200 f., 241  
Eckermann S. 144  
Ehrhardt, Hermann S. 32, 189  
Eichhorn, Emil S. 168  
Eicke, Theodor S. 260  
Einstein, Albert S. 250  
Endner, Wilhelm S. 155  
Engels, Friedrich S. 26, 42 f., 113, 212, 217, 228, 259  
Engholm, Björn S. 48  
Erhard, Ludwig S. 45, 47  
Erzberger, Matthias S. 31, 197  
Etzel, König S. 82
- Falkenhayn, Erich von S. 96  
Fehrenbach, Konstantin S. 146  
Feuchtwanger, Lion S. 187  
Fichte, Johann Gottlieb S. 12  
Filbinger, Hans S. 40  
Fischer, Ernst S. 42  
Fischer, Fritz S. 121  
Fischer, Hermann S. 32  
Foertsch, Friedrich S. 135  
Fontane, Theodor S. 287  
Forrester, Viviane S. 43  
Fürster, Bernhard S. 156  
Fürster, Paul S. 194  
France, Anatole S. 248, 250  
Franz Ferdinand, habsburgischer Erzherzog S. 92
- Freiligrath, Ferdinand S. 28, 51  
Freymuth, Arnold S. 191  
Freytag-Loringhoven, Hugo von S. 69  
Frick, Wilhelm S. 178  
Friedrich II. (der Große), preußischer König S. 69, 83, 137, 282  
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen S. 211, 221  
Fritzlar, Herbort von S. 144  
Fritzsche, Friedrich Wilhelm S. 223  
Fukuyama, Francis S. 238  
Furet S. 41  
Fürnberg, Louis S. 237
- Ganzenmüller, Albert S. 296  
Garaudy, Roger S. 42  
Gareis, Karl S. 31  
Gaulle, Charles de S. 149  
Geibel, Emanuel S. 60, 72, 145  
Gerhardt, Paul S. 60  
Glagau, Otto S. 194  
Glotz, Peter S. 41, 47 f., 237  
Goebbels, Joseph S. 119 f., 123, 128 ff., 141, 154-256 f., 264, 277, 281, 284 f., 306 f., 311 f.  
Goerdeler, Carl S. 165  
Goethe, Johann Wolfgang von S. 41, 143 f., 187  
Gorbatschow, Michail S. 233  
Göring, Hermann S. 89, 100, 120, 256, 276 ff., 302  
Gorki, Maxim S. 250  
Gößler, von S. 85  
Götze, Alfred S. 321  
Goubareff S. 67  
Goya, Francisco José de S. 304  
Graefe, Albrecht von S. 108  
Graetz, Heinrich S. 158  
Grillenberger, Carl S. 227

- Grimm, Hans S. 111, 114 f., 117
- Grosz, George S. 250
- Grote, Hanns Henning von S. 101
- Guderian, Heinz S. 94
- Gumbel, Emil Julius S. 187, 190
- Gutschmid, Freiherr von S. 151
- Haase, Hugo S. 31, 64
- Haffner, Sebastian S. 175
- Halder, Franz S. 123
- Hänel, Dr. S. 157
- Hansemann, David S. 212 ff., 221
- Hansen, Karl-Heinz S. 48
- Harden, Maximilian S. 250
- Harich, Wolfgang S. 42
- Harris S. 309
- Hasenclever, Wilhelm S. 223
- Hayek, Friedrich August von S. 38 f.
- Hecker, Friedrich S. 26, 29
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich S. 113
- Heine, Heinrich S. 237
- Heinemann, Gustav S. 4.5
- Heines, Edmund S. 192
- Helfferich, Karl S. 31 f.
- Henderson, Neville S. 282
- Hergt, Oskar S. 32
- Herrnstadt, Rudolf S. 203
- Herwegh, Georg S. 21, 218 ff.
- Heß, Rudolf S. 119, 275, 277, 283
- Heuß, Theodor S. 45
- Heydrich, Reinhard S. 122
- Heydt, August von der S. 214
- Heym, Stefan S. 52
- Himmler, Heinrich S. 263, 293, 296
- Hindenburg, Paul von Beckendorff und von S. 74, 102, 105 f., 108, 110, 163
- Hintze, Paul von S. 102
- Hinze, Peter S. 37
- Hitler, Adolf S. 8.5, 88, 93 f., 100 ff., 107 ff., 114 ff., 119 ff., 123, 127 ff., 134, 147 f., 153, 164, 176 f., 179, 183, 186, 191, 194, 196, 252, 256 f., 267 ff., 276 f., 281 ff., 289 ff., 294 ff., 305 ff., 310 ff., 316 ff.
- Hobbes, Thomas S. 113
- Hobsbawm , Eric J. S. 18
- Hobson, John Atkinson S. 152
- Hochhuth, Rolf S. 46
- Hoevels, F. E. S. 205
- Hoffmann von Fallersleben, August Heinrich S. 145
- Hoffmann, Heinrich von S. 168 f.
- Holitscher, Arthur S. 250
- Holz, Hans Heinz S. 42
- Homer S. 76
- Honecker, Erich S. 50, 52, 233 f., 237
- Hörbiger, Attila S. 292
- Horney, Brigitte S. 293
- Horvath, Ödön von S. 187
- Höß, Rudolf S. 191
- Hubatsch, Walter S. 101
- Immermann, Karl S. 187
- Itzenplitz, Heinrich Graf von S. 215
- Jablonski, Edward S. 309
- Jacob, Berthold S. 191
- Jacoby, Johann S. 222
- Jesaja S. 57 ff., 61, 235
- Jesus von Nazareth S. 59 f., 62
- Jodl, Alfred S. 89, 123
- Joel, Manuel S. 158
- Jogiches, Leo S. 30
- Jung, Edgar Julius S. 164
- Jünger, Ernst S. 164

- Kadow, Walther S. 191  
Kaehler, Siegfried A. S. 106, 121  
Kant, Immanuel S. 13, 60  
Karl V., Kaiser S. 288  
Kautsky, Karl S. 209, 234  
Keitel, Wilhelm S. 89, 123  
Kelsen, Hans S. 41  
Kempner, Robert M. W. S. 191  
Kern, Erwin S. 32  
Ketteler, Klemens Freiherr von S. 84  
Khan, Dschingis S. 288  
Kiesinger, Kurt Georg S. 45 f.  
Kleist, Heinrich von S. 187  
Klemperer, Victor S. 268, 303  
Kluge, Friedrich S. 321  
Knackfuß, Hermann S. 151  
Knoeringen, Waldemar von S. 47  
Koester, Adolf S. 102  
Kogon, Eugen S. 37, 260  
Kohl, Helmut S. 14  
Kołakowski, Leszek S. 42, 238  
Kollwitz, Käthe S. 250  
Kraus, Karl S. 195 f.  
  
Lampel, Peter Martin S. 187  
Landsberg, Otto S. 200  
Lange, Friedrich Albert S. 113  
Langevin, Paul S. 248  
Lasker, Eduard S. 158  
Lassalle, Ferdinand S. 217 ff.  
Laval, Pierre S. 149  
Lazarus, Moritz S. 157  
Leander, Zarah S. 127  
Lefebvre, Henri S. 42  
Legien, Carl S. 234  
Lenin, W. I. S. 182, 208 f., 238 f., 249 ff.  
Leonardo da Vinci S. 125  
  
Lessel, Emil von S. 86  
Levi, Paul S. 190, 207  
Levine, Eugen S. 30  
Levitán, J. B. S. 318  
Ley, Robert S. 270, 306, 308  
Liebknecht, Karl S. 30, 175, 197, 200 ff., 240  
Liebknecht, Wilhelm S. 28 f., 220, 223 f., 230 ff., 236, 259  
Lindemann, Ernst S. 79  
Löbe, Paul S. 288  
Löwenthal, Gerhard S. 40  
Lübke, Heinrich S. 45  
Ludendorff, Erich von S. 102 f., 105 f., 138, 141, 180, 183  
Luther, Martin S. 60, 220  
Lüttringhaus, J. D. S. 83  
Luxemburg, Rosa S. 11 ff., 30, 102, 175, 197 f., 201  
  
Mackensen, August von S. 92 f.  
Malaparte, Curzio S. 320  
Malthus, Thomas Robert S. 112, 118  
Mann, Thomas S. 38, 99  
Marr, Wilhelm S. 194  
Martini, Winfried S. 39  
Marx, Karl S. 28, 42, 113, 220, 229, 239, 259  
Masereel, Frans S. 21  
Matern, Hermann S. 203  
Mathiez, Albert S. 248  
Matthäus S. 59  
Maupassant, Guy de S. 236  
May, Karl S. 124  
Meckel, Markus S. 51  
Mehring, Franz S. 29, 219, 229, 236  
Meinecke, Friedrich S. 99, 107  
Mende, Fritz S. 223  
Mertens, Carl S. 191  
Mevissen, Gustav von S. 212

- Milch, Erhard S. 301  
Minnerup, Günter S. 204  
Modrow, Hans S. 56  
Moeller van den Bruck, Arthur S. 75 f.  
Moltke (der Ältere), Helmuth Graf von S. 55 ff., 85, 151  
Moltke (der Jüngere), Helmuth von S. 96  
Mommsen, Theodor S. 156 ff.  
Montgolfier S. 293  
Müller, Georg Alexander von S. 153  
Münzenberg, Willi S. 250 f.  
Murillo, Bartolomé S. 287  
Mussolini, Benito S. 209, 311
- Nansen, Fritjof S. 250  
Napoleon I., Bonaparte, Kaiser der Franzosen S. 18, 78, 81, 91, 119  
Napoleon III. S. 91, 119, 223  
Naudh, H. (Pseudonym für Heinrich G. Nordmann) S. 155, 157  
Nekrassov, V. P. S. 319  
Neumann, Heinz S. 206  
Nexö, Martin Andersen S. 250  
Niebuhr, Barthold Georg S. 78  
Nietzsche, Friedrich S. 114, 156  
Nikolaus II., Zar S. 153  
Nitti, Francesco Saverio S. 249  
Noske, Gustav S. 167 ff.
- Oertzen, Peter von S. 245  
Ohlischläger, Geno S. 303  
Oldenburg-Januschau, Elard von S. 161  
Oppen, von S. 235  
Oppenheim, Heinrich Bernhard S. 158  
Osberus S. 61  
Ossietzky, Carl von S. 35, 147, 191, 299
- Paulus, Friedrich S. 318  
Pechstein, Max S. 251  
Pétain, Henri Philippe S. 149  
Picasso, Pablo S. 300  
Pius XII. S. 46  
Plievier, Theodor S. 37  
Pohl, Oswald S. 263, 265  
Porsche, Ferdinand S. 274  
Poussin, Nicolas S. 287  
Preuß, Hugo S. 35
- Quintilianus, M. Fabius S. 77  
Radbruch, Gustav S. 190 f.  
Radin, L. P. S. 21  
Raeder, Erich S. 123  
Rathenau, Walther S. 30 ff., 197  
Reinhardt, Walther S. 168 f.  
Rembrandt S. 287  
Renn, Ludwig S. 99  
Reymann, Hellmuth S. 134  
Ribbegge, Wilhelm S. 48 f.  
Ritter, Karl S. 300 f.  
Röchling, Hermann S. 148  
Rodin, Auguste S. 287  
Rolland, Romain S. 248  
Rommel, Erwin S. 93  
Roon, Albrecht Graf von S. 221  
Roosevelt, Franklin D. S. 139, 141, 314  
Röpke, Wilhelm S. 39  
Rorty, Richard S. 237  
Rosenberg, Alfred S. 106, 115, 177  
Rühe, Volker S. 140  
Rühmann, Heinz S. 301
- Sandmayr, Marie S. 190  
Sauckel, Fritz S. 296  
Schäfer, Dietrich S. 73  
Scharping, Rudolf S. 40

- Schäuble, Wolfgang S. 54  
Scheel, Walter S. 44  
Scheidemann, Philipp S. 31, 34, 169, 180, 194, 200, 241  
Schenkendorf, Max von S. 78  
Scherchen, Hermann S. 22f.  
Schiffer, Eugen S. 153  
Schirach, Baldur von S. 101, 283  
Schlieffen, Alfred Graf von S. 68, 71, 304  
Schmidt, Helmut S. 39, 41, 50  
Schmidt, Siegfried S. 29  
Schneckenburger, Max S. 145  
Schnee, Heinrich S. 185  
Schottlaender, Rudolf S. 42  
Schreiner, Ottmar S. 40  
Schröder, Gerhard S. 40  
Schröder, Gerhard (CDU) S. 45  
Schubert, Franz S. 273  
Schulz, Paul S. 191  
Schumacher, Kurt S. 203, 207 ff.  
Schusser, Walter S. 238  
Schwarzenberg, Felix Ludwig Johann Friedrich Fürst zu S. 27  
Schweitzer, Johann Baptist von S. 223  
Scotti-Hagen, Edmund S. 70  
Seeliger, Rolf S. 48  
Seymour, Sir Edward Hobert S. 89 f.  
Shaw, George Bernard S. 250  
Shea S. 136, 142  
Shelley, Percy B. S. 219  
Siemens, Werner von S. 156  
Silone, Ignazio S. 37  
Singer, Paul S. 224 f., 235  
Sinowjew, G. J. S. 202, 208  
Sinzheimer, Hugo S. 191  
Sirius, Peter S. 196  
Sokrates S. 12  
Speer, Albert S. 128, 263, 271, 295 f.  
Spengler, Oswald S. 163  
Spinoza, Baruch S. 11  
Spitteler, Carl S. 143  
Stalin (Dshugaschwili), J. W. S. 12, 202, 239  
Stauffenberg, Claus Graf Schenk von S. 110, 128  
Stenger S. 88  
Stöcker, Adolf S. 156  
Stoeppler, Wilhelm S. 302  
Stoiber, Edmund S. 37  
Strasser, Gregor S. 192, 286  
Strasser, Otto S. 286  
Strauß, Franz Josef S. 40  
Streckfuß, Adolph S. 29  
Streicher, Peter S. 195  
Stremann, Gustav S. 147  
Struve, Gustav von S. 26  
Tacitus, Publius Cornelius S. 158  
Thälmann, Ernst S. 202  
Thierack, Otto S. 264  
Tiglat-Pilesar III., König von Assur S. 58  
Tirpitz, Alfred von S. 68  
Tjutèev, F. I. S. 80  
Tocqueville, Alexis de S. 38 f.  
Tolksdorf, Max S. 235  
Treitschke, Heinrich von S. 154 ff., 194  
Treuberg, Graf von S. 190  
Triepel, Heinrich S. 163  
Troeltsch, Ernst S. 163  
Trotha, Thilo von S. 177  
Tucholsky, Kurt S. 35  
Udet, Ernst S. 301  
Ulbricht, Walter S. 203

- Virchow, Rudolf S. 156  
Vogeler, Heinrich S. 250  
Voigt, Karsten Dietrich S. 40  
Vollmar, Georg von S. 226 f.
- Wagner, Richard S. 177, 273  
Waldeck, Benedikt S. 221  
Waldersee, Adolf Graf von S. 68, 85 f.  
Wallot, Paul S. 162  
Waltershausen, Sartorius von S. 214  
Weber, Max S. 106, 234  
Weizsäcker, Richard von S. 166  
Wells, Herbert George S. 298, 300  
Wels, Otto S. 34, 209  
Wessel, Horst S. 286  
Wessely, Paula S. 292  
Wieczorek-Zeul, Heidemarie S. 40  
Wilberg, Helmuth S. 300  
Wildenbruch, Ernst von S. 74
- Wilhelm I., preußischer König, deutscher Kaiser S. 145, 181, 222  
Wilhelm II. von Preußen, deutscher Kaiser S. 64, 70, 75, 83 ff., 88 f., 134, 150 ff., 160, 162, 166, 171, 217, 225  
Windisch-Grätz, Alfred Candidus Ferdinand Fürst zu S. 27  
Windt, Herben S. 303  
Wirth, Joseph S. 30 ff.  
Wrangel, P. N. Baron von S. 221, 248  
Wright, Orville S. 299  
Wright, Willbur S. 299
- Zedler, Johann Heinrich S. 144  
Zetkin, Clara S. 250  
Ziereis, Franz S. 263  
Zille, Heinrich S. 21  
Zöllner, Friedrich S. 156  
Zweig, Arnold S. 305

## Autorenliste Bd. 1

- Prof Dr. Reinhard Brühl, Militärhistoriker (Potsdam)
- Prof Dr. Wolfgang Büttner, Historiker (Petershagen)
- Prof Dr. Dietrich Eichholtz, Historiker (Borkheide)
- Prof Dr. Ludwig Elm, Historiker (Jena)
- Dr. Gerd Fesser, Historiker (Isserstedt b. Jena)
- Peter Franz, ev.-luth. Theologe (Taubach b. Weimar)
- Prof Dr. Dieter Pricke, Historiker (Jena)
- Prof Dr. Georg Fülberth, Politikwissenschaftler und Historiker (Marburg)
- Prof Dr. Paul Heider, Militärhistoriker (Dresden)
- Prof Dr. Armin Jähne, Historiker (Berlin)
- Prof Dr. Reinhard Kühnl, Politikwissenschaftler und Historiker (Marburg)
- Prof Dr. Heinz Kühnrich, Historiker (Berlin)
- Dr. Richard Lakowski, Militärhistoriker (Erkner)
- Dr. Inge Lammel, Musikwissenschaftlerin (Berlin)
- Prof Dr. Harald Lange, Historiker und Politikwissenschaftler (Berlin)
- Prof Dr. Helmut Metzler, Psychologe (Jena)
- Prof Dr. Heinz Niemann, Historiker (Bergfelde)
- Prof Dr. Kurt Pätzold, Historiker (Berlin)
- Günter Platzdasch, Jurist und Publizist, (Jena)
- Dr. Almuth Püschel, Historikerin und Germanistin (Potsdam)
- Dr. Claus Rehmer, Historiker (Jena)
- Prof Dr. Jörg Roesler, Wirtschaftshistoriker (Berlin)
- Dr. Elke Scherstjanoi, Historikerin, Blankenfelde
- Prof Dr. Walter Schmidt, Historiker (Berlin)
- Dr. Amo Schölzel, Philosoph und Journalist (Berlin)
- Prof Dr. Wolfgang Schröder, Historiker (Taucha)
- Prof Dr. Helmut Seidel, Philosophiehistoriker (Leipzig)
- Prof Dr. Manfred Weißbecker, Historiker (Jena)
- Prof Dr. Wolfram Wette, Historiker (Waldkirch-Mollnau b. Freiburg i. Br.)